This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

4768.16

BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)
13 Nov. 1877.

Geschichte

der

neuesten Zeit.

1815—1871.

Von

Dr. Constantin Bulle.

Erster Band.

Von 1815 bis 1848.

Mit einem Namen- und Sachverzeichniß.

Leipzig.
Verlag von Veit & Comp.
1876.

3902

H 768.76
1877, Nov. 13.
Minot fund.
(1er, II.er Bd.)

Inhaltsverzeichniß.

	Seite.
Einleitung	1
Völker und Fürſten der Heiligen Allianz	5
Die romaniſchen Völker	11
Oeſtreich	17
Deutſchland	20
England und Frankreich	48
Die Revolutionen in den romaniſchen Ländern	53
Die amerikaniſchen Freiheitskämpfe	62
Deutſchland nach 1820	74
Die griechiſchen Freiheitskämpfe	80
Der ruſſiſch-türkiſche Krieg	107
Das Königreich Griechenland	109
Der Petersburger Dekabriſten-Aufſtand	112
Deutſchland und der Zollverein	115
Englands innere Reformen	126
Frankreich vor der Juli-Revolution	134
Die Juli-Revolution	145
Die belgiſche Revolution	155
Die polniſche Revolution	165
Oeſtreich und Italien	177
Die Schweiz	180
Die Revolution in Deutſchland	182
Preußen und der Zollverein	189
Süddeutſchland und der Bundestag	199
Das junge Europa und die europäiſche Reaction	215
Frankreich nach der Juli-Revolution	220
Dom Miguel und Don Carlos	230
Die Politik der Großmächte	249
Mehemet Ali und die Türkei	251
Rußland und England in Aſien	262
Die Whigs in England	267

Seite.
Der hannoverſche Verfaſſungsbruch 272
Der Ultramontanismus und die Cölner Wirren 277
Friedrich Wilhelms IV. Anfänge 294
Deutſchland bis zur Revolution 311
Die nationale Bewegung der vierziger Jahre bei den Slawen, Ungarn und Italienern 324
Die Weſtmächte und die Schweiz 334
Frankreich bis zur Februar-Revolution. 343
Alphabetiſches Namen- und Sachverzeichniß 361

Einleitung.

Als mit Napoleons Sturze die Stürme sich legten, die ein Vierteljahrhundert hindurch Europa von einem Ende zum andern durchbraust hatten, da trat an Fürsten und Völker die Aufgabe heran, ihre Beziehungen nach innen und außen auf neuen Grundlagen und im Geiste der neuen Zeit zu regeln. Die Wirkungen der französischen Revolution waren doch zunächst nur zerstörender Art gewesen. Gesunken waren vor dem Schlachtrufe der Freiheit und Gleichheit das unumschränkte Königthum und die Vorrechte der begünstigten Stände; aber die Versuche, auf den neuen Principien eine neue Lebensordnung der Völker zu begründen, waren mißlungen. Aus dem Kampfe der widerstreitenden Interessen und Grundsätze war das Kaiserthum hervorgegangen und hatte mit starker Hand die Idee des Staates gegenüber der auflösenden Kraft der freiheitlichen Bestrebungen zur Geltung gebracht. Aber eine Versöhnung der Gegensätze hatte es nicht erreicht. Wie es innerhalb der französischen Nation an die Stelle einer zügellosen Freiheit die ebenso ungezügelte Willkür gesetzt, so hatte es die Selbständigkeit der Nachbarvölker unterdrückt und ihnen unerbittlich das Joch der Fremdherrschaft auferlegt; wie es dort die Rechte des Bürgers, so hatte es hier die Rechte der Nationalität mit Füßen getreten und kein anderes Recht anerkannt, als das des Staates, der in seinem Begründer und Beherrscher verkörpert war. Diese Maßlosigkeit schuf sich selbst den Untergang. Gegen das Kaiserthum erhoben sich vereint alle die Mächte, die es mittelbar oder unmittelbar sich unterworfen. Die Feinde der Revolution, die vergeblich von dem Bändiger derselben die Rückgabe ihrer „legitimen" Rechte erwartet hatten, die begeisterten Anhänger der Gleichheit und Freiheit, denen der Usurpator die guten und die schlimmen Früchte ihres Sieges gleichmäßig entrissen hatte, die mißhandelten Völker, welche den Schatz ihrer Nationalität erst, da sie ihn verloren, recht würdigen gelernt hatten, sie alle standen zusammen, um den gemeinsamen Gegner zu stürzen, und sie stürzten ihn. Aber nachdem sie dieses Ziel erreicht, trennten sich ihre Wege, und an die Stelle der Bundesgenossenschaft trat der Kampf der Bundesgenossen. Gegen die Forderungen der Mitstreiter erhob sich die Schaar derer, welche die Erhaltung oder vielmehr die Erneuerung des Alten wollten. Ihr waren alle die zugewandt, die unter den Stürmen der Revolution

Aufgaben der neuen Zeit.

Die Gegensätze.

Die Legitimität.

Vorrecht und Besitz verloren hatten und nunmehr Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangten. Auch unter ihnen, den Fürsten, der Kirche, dem Adel, gab es wohl solche, die Manches aus der neuen Zeit beizubehalten für recht und nothwendig erkannten; aber im Wesentlichen galt ihnen doch der Wirrwarr, zu dem die Ideen von 1789 geführt, als der beste Beweis für die Unhaltbarkeit derselben, und in dieser Schlußfolgerung stimmten gar Viele mit ihnen überein, die einst den großen Schlagworten, die über den Rhein herüberklangen, laut zugejauchzt hatten. In der öffentlichen Meinung war durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eine doppelte Strömung hervorgetreten, die von verschiedenen Seiten her die erregten Gemüther in den Hafen der conservativen Grundsätze führte, die eine religiöser, die andre historischer Art. Je mächtiger die furchtbaren Ereignisse, die man erlebt hatte, jedem Einzelnen das Herz in der Brust erschütterten, desto allgemeiner war das Gefühl der Abhängigkeit von einer höheren Macht wieder zum Durchbruch gekommen, und desto größer war die Zahl derer geworden, die vor den Irrungen und der Willkür des subjectiven Glaubens eine Zuflucht bei den Satzungen der Kirche suchten. Viele der verdientesten Patrioten der Freiheitskriege, die Stein, Niebuhr, Eichhorn, Arndt, Schenkendorf, Görres folgten aus tiefer Ueberzeugung der orthodoxen Lehre ihres Bekenntnisses; zahlreiche bedeutende Männer aus protestantischen Kreisen ließen sich damit noch nicht genügen, sondern kehrten wie Fr. Schlegel, Ad. Müller, Werner u. A. früher oder später in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurück. Bei vielen verband sich diese religiöse Stimmung mit der historischen. Die Erfahrung hatte gezeigt, zu welch entsetzlichen Zuständen es führe, wenn man unbekümmert um die geschichtliche Entwickelung und um die vorhandenen Gesellschaftsformen die Ideen und Träume weltbürgerlicher Philosophen in die Wirklichkeit rufen wollte; durch die despotische Gleichmacherei der Republik und des Kaiserthums war das Bewußtsein von der berechtigten Eigenthümlichkeit der einzelnen Völker wieder lebendig geworden; trotz der Ungunst der Zeiten hatte man mit Eifer begonnen, diese Eigenthümlichkeit auch in der Vergangenheit zu studiren, und Sprache, Dichtung, Kunst, Verfassung, Rechtsleben, Geschichte zumal der Jahrhunderte des Mittelalters zu erforschen. Die romantische Schule war entstanden und hatte allmälig die Herrschaft auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens erworben. Sie war ihrem innersten Wesen nach conservativ und den Ideen des Liberalismus, der Aufklärung, feindselig abgewandt; allein sie war daneben doch zugleich national und insofern ein Bindeglied zwischen den Vertretern der Legitimität und denen des Liberalismus. Auch in dem letzteren waren die Keime zu großen Spaltungen vorhanden; neben der nationalen Richtung bestand immer noch die kosmopolitische. Aber fürerst war sie freilich unendlich schwach und durch die Begeisterung der Kriegsjahre selbst in das nationale Fahrwasser hineingerissen; sie gewann erst dann an Stärke, als der Spalt zwischen den nationalen Liberalen und den nationalen Romantikern dadurch unausfüllbar wurde, daß diese mit fliegenden

Die Romantik.

Der Liberalismus.

Fahnen in das Lager der Reaction übergingen. Da konnte der kosmopolitische Liberalismus noch einmal eine große Herrschaft in den Gemüthern gewinnen, obgleich ihm so wenig wie der Legitimität oder der Romantik die Verheißung der Zukunft beschieden war. Diese ruhte nur bei der Partei, welche es verstand, das Recht der Nationalität mit den Principien gesetzlicher Freiheit und Gleichheit zu verbinden; die Aufgabe, welche den Völkern Europas nach den napoleonischen Kriegen gestellt war, konnte nur die sein, nationale Staatengebilde auf der Grundlage constitutioneller Verfassungen herzustellen. Bei dem einen Volke wog das eine, bei dem andern das zweite Bedürfniß vor; zwei Menschenalter sind nöthig gewesen, um die wichtigsten Länder Europas an das doppelte Ziel zu führen. Das Jahr 1870 bildet für Deutschland und Italien einen entscheidenden Abschluß, und fordert deshalb dazu auf, den Zeitraum, der zwischen ihm und dem Jahre 1815 liegt, in zusammenhängender Darstellung zu schildern. Einen so allgemeinen Wendepunkt der gesammten europäischen Geschichte wie der Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft bildet es freilich nicht. Der Sturz des ersten Napoleon war ein Ereigniß, zu welchem das ganze Europa mitgewirkt hatte; das ganze Europa trat zusammen, um seine Rechtsordnung auf einem neuen Fundamente aufzubauen. Wie schlecht und mangelhaft dieser Bau in vielen seiner Theile sein mochte, die Grundmauern waren gezogen; man konnte sie wieder wegräumen oder man konnte auf ihnen weiter bauen, aber unbeachtet lassen konnte man sie nirgends. Auch der Sturz des dritten Napoleon war ein Ereigniß von der weitreichendsten Bedeutung; seine Folgen wurden mehr oder minder stark von jedem Volke des Erdtheils, ja des Erdballs verspürt; aber er ging aus von einer einzelnen Nation, und nur Frankreich selbst erfuhr durch ihn eine gänzliche Umgestaltung seiner staatlichen Grundlagen, wie es sie überdies in den verflossenen zwei Menschenaltern schon dreimal erlebt hatte. Allerdings, Deutschland und Italien war es vergönnt in Folge dieser Begebenheit den letzten Stein in das Gebäude ihrer nationalen Einigung zu fügen; sie haben mit dem Jahre 1870 das heiße Tagewerk beschlossen, das mit dem Wiener Congresse begann; ein neuer Arbeitstag ist für sie angebrochen. Aber für das übrige Europa war kein Ruhepunct gekommen; drei Großmächte und die ganze Reihe der mittleren und kleineren Staaten stehen den Ereignissen von 1870 so gegenüber, wie denen von 1815 nur etwa die Türkei. Sie empfinden den gewaltigen Umschwung der Dinge in allen ihren Beziehungen, nach Außen wie im Innern; sie müssen ihm Rechnung tragen und wohl oder übel sich ihm anbequemen; aber davon abgesehen fahren sie ruhig fort in den Arbeiten, bei welchen sie beschäftigt waren; ein neues Zeitalter hat für sie nicht begonnen.

1815 u. 1870.

So stellen sich für jetzt wenigstens die Verhältnisse unsren Augen dar. Ob der Blick künftiger Geschlechter Anderes und Größeres wahrnehmen wird, entzieht sich unserer Beurtheilung. Es ergiebt sich daraus aber eine Folgerung, die wichtig für den ist, welcher die Geschichte der neuesten Zeit darstellen will. Es bietet sich ihm eine

Plan der Darstellung.

doppelte Wahl: entweder er muß auf einen leitenden Faden in seiner Entwickelung verzichten und gruppenweise die Ereignisse an einander fügen; oder er muß die deutsche Geschichte, die einen sicheren Abschluß gewonnen hat, in den Mittelpunct seiner Erzählung rücken, an den sich vorausschreitend und nachholend die Begebnisse und Erlebnisse der anderen Nationen zu knüpfen haben. Diese Wahl sich stellen heißt, zumal für einen Deutschen, natürlich auch schon sie getroffen haben. Mag der Standpunct, auf den sie ihn führt, auch ein beschränkter und nicht so hoch sein wie der, welchen das nächste oder zweitnächste Geschlecht erklimmen wird: der rothe Faden, der sich durch seine Erzählung hindurchzieht, darf kein anderer sein als das Ringen des deutschen Volkes nach seiner staatlichen Einigung, und alle andern Ereignisse, die seit 1815 die Menschheit bewegt haben, können nur im Zusammenhange der deutschen Geschichte — oder wenn ein solcher Zusammenhang fehlt, als äußerliche Beigaben — vorgeführt werden. Ihnen auch so gerecht zu werden, sie in der Ausführlichkeit zu schildern, die ihrer Bedeutung entspricht, und auf ihre Verknüpfung unter einander gebührend Bedacht zu nehmen, ist eine Aufgabe, deren Schwierigkeit wohl schrecken und zu Mißgriffen führen kann, die aber die Richtigkeit des Verfahrens nicht zu beeinträchtigen vermag. Was sie aber allerdings beeinträchtigen wird, das ist das Gleichmaß, die künstlerische Rundung der Erzählung. Wenn wir von dem Standpuncte des deutschen Volkes aus die Ereignisse seit 1815 betrachten, werden wir oft genöthigt sein, die Blicke lange in der Ferne und auf den Geschicken andrer Völker ruhen zu lassen, während inmitten unsrer eigenen Nation nur unbedeutende, wenig in die Augen springende Vorgänge wahrzunehmen sind. Nur locker wird die Verknüpfung mitunter sein und mehr in der Empfindung des deutschen Erzählers und Lesers als in den Thatsachen selbst ruhen; der Schwerpunct des Erzählten wird nicht immer mit dem Standpunct des Erzählers zusammenfallen. Dieses Mangels sind wir uns wohl bewußt geblieben; aber ihn zu beseitigen lag nicht in unserer Macht, wofern wir nicht ein ganz anderes Werk, eine Geschichte des deutschen Volkes, statt dessen, das wir beabsichtigten, einer Geschichte der civilisirten Völker, schreiben wollten.

Völker und Fürsten der Heiligen Allianz.

Ohne Zweifel lebte nach den Befreiungskriegen in unserem Volke ein starkes Verlangen nach staatlicher Einigung; aber wir sind im Allgemeinen doch wohl geneigt, uns dieses Verlangen lebhafter und drängender vorzustellen, als es wirklich war. Es wird uns nicht leicht, uns in den unglaublich traurigen Zustand zurückzuversetzen, welchem dieser Krieg ein Ende machte. Die Abschüttelung des Franzosenjoches, die Herstellung nationaler Staatengebilde war allein schon ein so unendliches Glück, daß die große Menge derer, welche die schweren Jahre der Fremdherrschaft erduldet hatten, über dem Erreichten ohne zu großes Widerstreben auf das Nicht-Erreichte verzichtete. Kannten sie doch auch allesammt aus eigner Erfahrung keinen Zustand, der ihnen mehr geboten hätte; war das deutsche Volk doch schon seit unvordenklichen Geschlechtern des Segens einer wirklichen staatlichen Einheit verlustig. Denn das deutsche Reich, das 1806 zu Grabe gegangen, hatte ja nur dem Scheine nach diesen Namen verdient. Und andrerseits ließen sich an den neu gegründeten Bund, so lange er noch nicht in Wirksamkeit getreten war, ja alle die Hoffnungen knüpfen, mit welchen vertrauensvolle Sehnsucht das Unbekannte auszuschmücken liebt. Als dann später die Enttäuschung kam, als die einzige Kraftäußerung des Bundestages in der Unterdrückung freiheitlicher und nationaler Bestrebungen zu Tage trat, da war in der großen Masse der Nation, die doch immer den Ausschlag giebt, die Abspannung zu groß, um ein Aufraffen zu gestatten. Die schwere Zeit, welche die Lebenden hinter sich hatten, schien kein andres Bedürfniß zurückgelassen zu haben, als das nach einem Zustande der Ruhe, der Erholung, des Genusses. Freilich fehlte es, zumal unter der Jugend, nicht an solchen, welche die Schmach dieses thatlosen Pflanzenlebens tief empfanden; die gewaltigen Leidenschaften, welche in den hoffnungsreichsten Tagen der Freiheitskriege die Brust der Völker durchlodert hatten, die glänzenden Zukunftsträume, mit denen todesmuthige Begeisterung die Kämpfenden entflammt, die Sterbenden beglückt, die Trauernden getröstet hatte, sie zuckten auch jetzt noch nach und wollten nicht an ihre Nichtigkeit glauben; aber sie bildeten nicht das Gepräge der Zeit; sie waren das schmerzliche Vorrecht der kräftigeren, edleren Naturen; sie ermuthigten, reizten, peinigten den, welcher an ihnen hing; aber sie vermochten nicht die Herzen der großen Masse zu erobern; sie waren nicht stark genug, um die Folgen der geistigen und physischen Ueberanstrengung zu überwinden, die

Stimmung in Deutschland.

Stimmung in Europa.

nach so gewaltigen Stürmen nicht ausbleiben konnten. Und das war nicht allein in Deutschland der Fall. Selten wohl sind die Völker eines ganzen Erdtheils so einmüthig bereit gewesen, mit Bewußtsein auf ihre Ideale zu verzichten und sich willig der Leitung ihrer Machthaber hinzugeben, wie nach 1815. Das Einzige, was sie verlangten, war ein verständiges, mildes Regiment; ja sie waren in der Stimmung, als solches auch noch Willkürlichkeiten gelten zu lassen, die in minder ermatteten Zeiten für argen Despotismus wären angesehn worden. Der Bogen konnte sehr scharf gespannt werden ohne zu springen; wenn und wo er doch sprang, da mußte den Völkern mehr, als Menschen ertragen können, zugemuthet sein.

Hörte man freilich nur auf die Worte der Regierenden, so mußte man denken, das goldene Zeitalter werde wiederkehren. Und diese Worte schienen Glauben zu verdienen; denn unter den tonangebenden Fürsten wa keiner, dem nicht eine gewisse patriarchalische Gesinnung gegen seine Unterthanen eigen gewesen wäre. Da war zuerst Alexander, der russische Czar. Ueber dem Tage, der ihm die Krone aufs Haupt gesetzt, schwebte ein unheimliches Dunkel; der Weg zum Throne hatte ihn über die Leiche seines Vaters Paul I. geführt. Mochte er auch von der Verschwörung zum Voraus Nichts gewußt haben, so hatte er doch die Früchte geerntet und hatte, vielleicht widerstrebenden Herzens, die Mörder belohnt. Ueber seine Seele hatte sich in Folge dessen ein düstrer Schleier gelegt; er war tiefsinnig, schwärmerisch, mystisch geworden. Er hatte Verzeihung für ein schweres Unrecht von Gott zu erbitten und er hatte zugleich in dem eignen Gewissen einen feindlichen Mahner niederzukämpfen. Das Eine machte ihn weich, wohlwollend, zugänglich; das Andre machte ihn scheu, argwöhnisch, schroff. So bewegte er sich in Extremen, ein Mann, dem das innere Gleichgewicht fehlte; aber es überwog doch zumeist die milde, schwermüthige Stimmung; es überwog der Wunsch, durch ein gerechtes, christliches Regiment seine Herrschaft und ihren dunklen Beginn vor Gott, vor der Welt und vor sich selbst zu rechtfertigen. Die großen Wechselfälle seines Lebens, die Tage von Austerlitz und Friedland, von Moskau und Leipzig, mußten dieser religiösen Stimmung nachhaltige Nahrung verschaffen; zeigte sich doch sichtbar in ihnen der Finger des strafenden, aber auch des verzeihenden Gottes. So war ein böswilliger Despotismus von Alexander niemals zu erwarten; denn er fühlte beständig eine höhere Macht über sich; es fehlte ihm das, was allein den wahren Despoten macht, der Glaube an die eigne Straflosigkeit oder der Leichtsinn, der diesen Glauben hinwegspottet. Aber es fehlte freilich auch das, was allein den wahrhaft volksfreundlichen Fürsten macht: das offene Zutrauen, das gute Gewissen, die heitere Ruhe der Seele. Und je weniger diese Ruhe in ihm war, desto größeres Verlangen trug er, sie um sich zu sehen. So wurde er ein aufrichtiger Freund des Friedens und ein herzhafter Feind der Revolution; so ging sein sehnlicher Wunsch dahin, die Völker Europas gerecht und weise beherrscht zu sehen, aber nicht minder auch dahin, jede Auflehnung rasch und entschieden im ersten Keime

Alexander I.

zu erſticken. Zu dem Einen wie zu dem Andern war ihm jedes Mittel recht; konnte die Ruhe der Nation durch eine Verfaſſung erzielt werden, ſo billigte er die Verfaſſung; mußte ſie durch Kanonen erzwungen werden, ſo war er auch für die Kanonen. Nur keine Gährung, nur keine Unruhe, nur Nichts, was an Verſchwörung erinnerte! Dann war er zufrieden und gütig und glücklich.

In dieſem Puncte konnte „Franz der Kaiſer, unſer guter Kaiſer Franz", des vielſprachigen Oeſtreichs Herrſcher, ihm wohl verglichen werden. Nur ging ſeine Liebe zur Ruhe aus weſentlich andern Bedürfniſſen hervor. Der gemüthliche Herr war das leibhaftige Phlegma. Er wollte gewiß Niemandem zu nahe treten, aber Niemand ſollte auch ihm etwas zu Leide thun, und das that unglücklicher Weiſe jeder, der ihn in ſeiner Ruhe ſtörte. Das Verfolgen an ſich machte ihm keine Freude, aber wer ſich nicht bedeuten laſſe, ſo ſagte man, den jage er weg, und wer ſich unterfange, mit ihm ringen zu wollen, den ſperre er zeitlebens ein. Er war vollkommener Egoiſt. Ungemein treffend hatte über ihn als 17jährigen ſchon ſein Oheim Kaiſer Joſeph geurtheilt: Ein verzogenes Mutterkindchen iſt er, dem allein die Erhaltung ſeiner Perſon unendlich wichtig erſcheint, edle moraliſche Motive, Ehrgeiz, Vaterlandsliebe, Pflichterfüllung, ſelbſt Religionsgrundſätze machen auf ihn nicht den geringſten Eindruck; nur Furcht und Scheu vor Verdrießlichkeiten beeinfluſſen ihn. Seine Unterthanen ſollten daher thun und laſſen, denken und glauben, was er wollte und verlangte. Wer neue Ideen in Umlauf brachte, der wurde ſchon dadurch ſein perſönlicher Feind. Befand er ſelbſt doch bei den alten Zuſtänden ſich ganz vortrefflich; wozu alſo Aenderungen herbeiführen? „Es ſind jetzt neue Ideen im Schwung, ſagte er 1821 zu den Laybacher Profeſſoren; Ideen, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie Sich an das Alte, denn dieſes iſt gut und unſre Vorfahren haben ſich dabei gut befunden, warum ſollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, ſondern brave Bürger. Die Jugend zu ſolchen zu bilden liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen." Solchen Anſchauungen entſprach es vollkommen, wenn er etwa einen höheren Offizier um Verzeihung bat, weil er ihn für den Verfaſſer eines militäriſchen Werkes gehalten, oder wenn er Gott dankte, daß Gentz und ſolche Leute keine geborenen Oeſtreicher, ſondern Ausländer ſeien. Alle großen Geſichtspuncte fehlten ihm; nur für Einzelheiten und Perſonalien hatte er Theilnahme. Die Stärke des Heeres beſtimmte ohne ihn der Hofkriegsrath; aber die Befreiung irgend eines einzelnen Mannes vom Kriegsdienſt mußte ihm ſelbſt vorgelegt werden. Audienzen zu ertheilen machte ihm unendliches Vergnügen; auf ſeiner Reiſe in Italien empfing er 1825 etwa 20,000 Perſonen. Dabei erwies er ſich dann ſtets ſehr leutſelig und gewann durch ſeine gemüthlichen Antworten in der Sprache des Volkes große Beliebtheit. Aufrichtiges Wohlwollen beſeelte ihn freilich durchaus nicht; es war jene gutmüthige Schwäche, die ganz gern Andern etwas zu Liebe thut, wenn

Kaiſer Franz.

ſie nur ſich ſelbſt dadurch kein Opfer auferlegt, verbunden mit einer kleinlichen Neugier nach den Privatangelegenheiten ſeiner Unterthanen. Das Spionir- oder Spitzelſyſtem wurde daher unter ihm zur größten Blüte gebracht und die Verletzung des Briefgeheimniſſes war ſo ſelbſtverſtändlich, daß Stein ohne weitere Bemerkung an Gneiſenau ſchreibt: Ihren Brief erhielt ich durch die öſtreichiſche Poſt, alſo unzweifelhaft eröffnet, — daß Varnhagen meinte, es genüge daran zu denken, daß man in Oeſtreich ſei, um die Luſt zum Schreiben und Empfangen von Briefen zu verlieren, — und daß ein toscaniſcher Miniſter ſich weigerte mit Oeſtreich einen Poſtvertrag abzuſchließen, weil man demſelben kein Felleiſen anvertrauen könne. Dieſe Spürſucht, die ihre erſte Quelle vielleicht nur in weibiſcher Neugierde hatte, mußte mit innerer Nothwendigkeit eine Saat von Mißtrauen ausſtreuen; die Polizei wurde immer gewaltiger im Staat und über den Kaiſer ſelbſt; ſie erſtreckte ihre Aufſicht über die Geringſten und über die Höchſten; ſie beſtimmte über die Anſtellung von Profeſſoren und über die Reſidenz von Erzherzögen; ſie zog eine chineſiſche Mauer gegen das Ausland; fremde Bäder waren ſo gut verboten wie fremde Univerſitäten. Selbſt in den Zeiten der dunkelſten Reaction herrſchte in Preußen noch Tageshelle, wenn man den dortigen Zuſtand mit Oeſtreich verglich, und die preußiſche Staatszeitung, die man in Berlin verachtete, galt in dem Kaiſerſtaate für ein Wunder von Freiſinn. Und dennoch blieb der gute Kaiſer Franz der Liebling ſeines Volkes, die Wiener verträumten unter den Klängen Beethoven'ſcher Muſik und in behaglichem Wohlleben ihre ſchmachvolle politiſche Lage, und rechtfertigten das bittere Wort: in Wien laſſe ſich jede Revolution mit ein paar tauſend gebackener Hähndeln beſchwichtigen.

Friedrich Wilhelm III.

Ein Liebling ſeines Volks war auch der preußiſche König, Friedrich Wilhelm III. Schwere Zeiten nähern ja die Herzen derer, die ſie zuſammen erdulden. So hatten die trüben Jahre von 1806 bis 1812 um Herrſcher und Beherrſchte ein Band gewoben, das 25 Jahr lang bis zum Tode des Königs in unverminderter Stärke aushielt. Und dieſer verdiente in vielfacher Rückſicht die Liebe ſeiner Unterthanen. Er war kein großer Geiſt; umgeſtaltende Neuerungen konnten ihm nur ſchwer annehmbar gemacht werden; kühne Entſchlüſſe vermochte er nur unter dem drückendſten Zwang der Verhältniſſe zu faſſen; großartige Charactere waren ihm unbequem und beängſtigend. Aber er beſaß neben großem perſönlichem Wohlwollen eine unbeſtreitbare Ehrlichkeit; ſein ſchlichtes Aeußere war frei von der Gefallſucht des öſtreichiſchen Kaiſers; ſein Fleiß und ſeine Gewiſſenhaftigkeit in der Erfüllung ſeiner Regentenpflichten minderten ſich auch mit dem Alter nicht. Der politiſch denkende Theil ſeines Volkes mochte vielfach Anſtoß nehmen an den militäriſchen und theologiſchen Neigungen des Monarchen; er mochte es ſchmerzlich empfinden, daß die verheißene Verfaſſung immer länger auf ſich warten ließ und endlich in durchaus ungenügender Weiſe ihre vergebliche Erfüllung fand; der hohe Adel und die Umgebung des Königs mochten über ſeine wachſende Verdrießlichkeit klagen und widerwillig die Ausbrüche ſeiner Galle über

ſich ergehen laſſen; aber das eigentliche Volk blieb von dieſen Mißſtimmungen unberührt: ihm war Friedrich Wilhelm der Gemahl der Königin Luiſe, das ſchuld- und wehrloſe Opfer der Wuth des rohen Corſen, der Urheber des Aufrufes vom 17. März 1813, der Gründer der Landwehr, der Freund und Förderer des allgemeinen Volksunterrichtes, der Zertrümmerer der Zollſchranken, der gewiſſenhafte Arbeiter, der wohlwollende Fürſt, der ſchlichte bürgerfreundliche Mann. Man hätte ihm ſo wenig etwas zu Leide gethan wie einem perſönlichen Freunde und eben ſo wenig konnte man ihm etwas verübeln oder mit ihm grollen und ſchmollen. Seine Stellung zum Lande war weniger eine politiſche als eine perſönliche. Man ertrug ſeine Schwächen, wie man die Schwächen eines Vaters erträgt, und man war einverſtanden darüber, daß dieſer Vater ein liebevoller, achtungswerther und gerechter Fürſt ſei.

Verhältniß der drei Herrſcher.

Zwiſchen Friedrich Wilhelm und Alexander beſtand ein ſehr herzliches Verhältniß. Seit jener Novembernacht im Jahre 1805, wo ſie am Grabe Friedrichs des Großen in der Garniſonkirche zu Potsdam ſich ewige Freundſchaft gelobt hatten, war freilich manche Wetterwolke zwiſchen ihnen aufgeſtiegen; Alexanders Haltung gegen Preußen beim Abſchluß des Friedens von Tilſit hatte wenig den ſchönen Worten entſprochen, mit denen er noch ein paar Wochen zuvor im Angeſichte der vereinigten Heere den Freund umarmt hatte: Nicht wahr, wir fallen zuſammen, entweder keiner von beiden oder — beide? Aber das, und Preußens Abfall nach Auſterlitz, und ſeine Theilnahme am Krieg von 1812, und was man etwa ſonſt noch einander vorzuwerfen hatte, war vergeben und vergeſſen: die Waffengemeinſchaft von 1813 bis 1815 hatte die Erinnerung daran verſcheucht; das häufige Zuſammenſein im Feldlager und in den Hauptſtädten, bei Friedensſchlüſſen und Congreſſen hatte die perſönlichen Bande noch enger gezogen; Gemeinſamkeit der Grundſätze und Gemeinſamkeit der Empfindungen gaben dieſem Bündniß die höhere Weihe; bald trat auch durch die Verlobung des Großfürſten Nicolaus mit des Königs Tochter Charlotte der gemüthvolle Reiz enger verwandtſchaftlicher Beziehungen hinzu. Dagegen ſtand Kaiſer Franz dieſem innigen Verhältniß ziemlich fern; ſeine Verbindung mit den beiden Waffengenoſſen war eine faſt ausſchließlich politiſche, und wenn der Vortheil es zu erheiſchen ſchien, ſo koſtete es ihm keine Ueberwindung, ſich ſogar mit Frankreich gegen ſeine beiden Alliirten zu verbünden, wie er das während des Wiener Congreſſes bewieſen hatte. Bewahrte doch nur die unerwartete Landung Napoleons Europa vor dem Schauſpiel eines Krieges, der auf der einen Seite Rußland und Preußen, auf der andern die übrigen Bundesgenoſſen und Frankreich geſehen hätte. Innerliche Beziehungen zwiſchen Franz und ſeinen Vettern in Petersburg und Berlin gab es nicht, und nur mit einem geheimen ſpöttiſchen Lächeln mag der öſtreichiſche Kaiſer jene merkwürdige Urkunde unterzeichnet haben, in welcher Alexander ſeine aufrichtigen Gefühle niederlegte und Friedrich Wilhelm ſeine eigenſten Anſchauungen wiederfand: die Urkunde der Heiligen Allianz. Es war am 26. September 1815.

Die Heilige Allianz.

Von Paris aus, wo die siegreichen Fürsten sich noch befanden zur Vereinbarung des zweiten Pariser Friedens, waren sie nach Vertus gefahren, einer großen Musterung der russischen Truppen beizuwohnen. Nach Beendigung des Feldgottesdienstes legte Alexander den beiden befreundeten Monarchen das eigenhändig von ihm abgefaßte Schriftstück vor, in dem der Versuch gemacht wurde, die Grundsätze der christlichen Religion zur Grundlage der Politik eines ganzen Erdtheiles zu erheben. Denn es erklärten die Unterzeichner, daß sie ihre Völker nur als Zweige einer und derselben christlichen Nation betrachten wollten, und luden sämmtliche christliche Fürsten ein, sich ihrem Bunde anzuschließen. Als Bevollmächtigte der Vorsehung wollten sie ihre Völker regieren; wie die Beziehungen der Staaten unter einander, so sollte die innere Verwaltung der einzelnen Länder nur auf die Vorschriften des Christenthums, auf Gerechtigkeit, Liebe und Frieden gegründet werden; wie Brüder wollten die Fürsten unter sich verkehren, wie Familienväter wollten sie ihren Unterthanen gegenüber stehn. Es war das Programm einer neuen Zeit, das so der Welt verkündet wurde; es war gleichsam die Summe der Lehren, die ein Vierteljahrhundert voll Haß und Blut dem Menschengeschlechte gepredigt. Hatte sich der vortreffliche Inhalt dieser Urkunde auch in etwas wunderbare Formeln gehüllt, deren schwärmerischer Klang dem Ohre der Kinder der Welt seltsam genug erschien, so war das, was versprochen wurde, doch um so köstlicher. Später freilich hat die Heilige Allianz das einstimmige Verdammungsurtheil der Völker getroffen; aber es wäre unrecht und ungeschichtlich, wenn man glauben wollte, die bösen Früchte, welche sie trug, seien von Anfang an beabsichtigt gewesen. Der Kaiser Alexander, welcher im privaten Gespräch aufrichtig betheuerte, friedlich für die Verbreitung liberaler Ideen wirken zu können, sei das Einzige, was dem Leben für ihn einigen Werth verleihe, der König von Preußen, der wenige Monate vorher seinem Volk eine Verfassung verheißen, um ihm ein Pfand seines Vertrauens zu geben, sie waren gewiß am 26. September 1815 nicht Willens, mit schönklingenden Worten ein trügerisches Spiel zu treiben und absolutistische Neigungen unter dem Deckmantel christlicher Frömmigkeit zu verbergen. Wenn sie ihre Völker als Väter zu lenken versprachen, so wollten sie damit die Liebe und Sorgfalt bezeichnen, die sie ihnen schuldig zu sein überzeugt waren; sie wollten nicht damit sagen, daß sie dieselben für unmündige Kinder hielten, denen ein eigner Antheil an der Ordnung ihrer Geschicke nicht verstattet werden
Die Congresse. könne. Und daß es ihnen Ernst war mit der Versicherung, sich gegenseitig als Brüder zu behandeln und in friedlicher Vereinbarung etwa ausbrechende Streitigkeiten zu schlichten, dafür lieferten sie einen klaren Beweis in der Erklärung, welche sie am Tage des zweiten Pariser Friedens erließen und laut deren sie, die Monarchen, theils selbst von Zeit zu Zeit persönlich zusammenkommen, theils Bevollmächtigte zusammentreten lassen wollten, um zu erwägen, wie man die Ruhe und Wohlfahrt Europas am sichersten fördern und bewahren könne. Auch dieser in seinem Ursprung vortreffliche Vorsatz hat sich nachher

zum Böſen gewendet, und endloſes Leid und Unheil iſt durch die Congreſſe von Aachen bis Verona über die verſchiedenſten Völker Europas gebracht worden. Als er der Welt bekannt wurde, konnte er nicht anders als den einſtimmigen Beifall aller Verſtändigen finden. Denn kaum zu irgend einer Zeit mag das Gefühl der Gemeinſamkeit in den Intereſſen die verſchiedenen Nationen Europas gleichmäßiger und ſtärker durchzogen haben als damals, wo ſie faſt ausnahmslos zuſammengeſtanden hatten, um das Joch des Eroberers abzuſchütteln, und wo auf dem Wiener Congreß in einer großen Friedensacte das Geſchick des ganzen Erdtheils neu geordnet und ein neues europäiſches Staatenrecht geſchaffen war.

Die romaniſchen Völker.

Nur ein Land mußte ſich in dieſem großen Völkerbunde ſehr vereinſamt fühlen, nämlich Frankreich. Es war von ſeiner Höhe als Herrſcherin hinabgeſtürzt und in ſchmerzlichem Gegenſchlag gleichſam unter die Vormundſchaft Europas geſtellt. Fünf Jahre lang ſollten die Truppen fremder Mächte ſeinen Boden bewachen und das Herrſcherhaus beſchirmen, das Nichts gelernt und Nichts vergeſſen hatte. Aber auch in Frankreich war das Ruhebedürfniß groß, ja größer vielleicht als irgendwo im übrigen Europa. Ein Land, das in den letzten zehn Jahren $2^1/_2$ Million ſeiner Söhne auf den Schlachtfeldern verloren und fünf Milliarden in ungerechten Kriegen vergeudet hatte, durfte wohl nach ſchweren Niederlagen in Schlaffheit verſinken. Kein Wunder daher, wenn die Wahlen im Jahre 1815, denen überdies der Druck von oben nicht gefehlt hatte, eine Kammer ergaben, von der ſelbſt der König eingeſtand, ſie habe ihm unfindbar geſchienen, und die daher in der Geſchichte den Ehrennamen der unfindbaren Kammer (chambre introuvable) führt. Der Monarch und ſein Miniſterium hatten dieſer Landesvertretung gegenüber keine andere Aufgabe, als ihre Dienſtwilligkeit zu zügeln und in den Schranken der Weisheit zu halten. Bei Ludwig XVIII. ſowohl, wie bei ſeinem erſten Miniſter Richelieu durfte man den guten Willen dazu wohl vorausſetzen. Der König war zwar nichts weniger als ein überzeugungstreuer Liberaler; das konnte man nach ſeinen Lebenserfahrungen nicht wohl verlangen. Aber wie er beim Heranziehen der Revolution mit freiſinnigen Grundſätzen geliebäugelt hatte, ſo ward ihm auch jetzt das Eingehen auf gemäßigt liberale Einrichtungen nicht ſchwer. Es lag ihm am Herzen, ſeine Herrſchaft zu befeſtigen; noch einmal in ſeinem Alter das Brod der Verbannung zu eſſen, war das ſchreckhafteſte Geſpenſt, das ihm vor die Seele treten konnte. Ueberzeugte man ihn — und er war ſehr geneigt, das zu glauben — daß eine milde conſtitutionelle Regierung dieſer Gefahr am dienlichſten vorbeuge, ſo war die Sache für ihn entſchieden. Richelieu ließ es nicht an Eifer fehlen, in dieſem Sinne zu wirken. Während der Revolution und des Kaiſerreiches hatte er in Rußland gelebt und ſich als Statthalter von Odeſſa Erfahrung und Beliebtheit erworben. Alexander empfahl

Frankreich.

Ludwig XVIII.

Richelieu.

ihn zum Minister und hatte an ihm einen Mann, der ganz in seinem Geiste wirkte. Ein höchst achtungswerther Character mußte auch in Frankreich dem ersten Rathgeber der Krone bei allen Verständigen Ansehn und Geltung verschaffen; vor Allem war seine strenge Uneigennützigkeit in dem Lande der Talleyrand und Fouché eine seltene Eigenschaft; daß ein Minister, dem bei seinem Rücktritt ein Ehrengeschenk bewilligt wurde, dessen ganzen Betrag milden Anstalten überwies, war in Frankreich noch nicht dagewesen. Unglücklicher Weise aber machten sich neben Richelieu andre Einflüsse geltend; im Ministerium selbst arbeitete Vaublanc gegen ihn, der nach Bedürfniß Jacobiner, Bonapartist und jetzt Ultra-Reactionär war. An der Spitze der Rückschrittspartei stand des Königs Bruder, Graf Artois, dessen Residenz im Pavillon Marsan das Hauptquartier aller Reactionäre (oder, wie man in Frankreich sagte, aller Ultras) war. Auch die übrigen Prinzen und Prinzessinnen schlossen sich diesem Lager an, und ihrem vereinten Bemühen gelang es, König und Ministerium unter Hinweis auf die Stimmung der Kammer zu sich herüber zu ziehen. So begann denn in Frankreich eine Reaction, die um so thörichter war, als die Parteien, gegen welche sie ihren Zorn richtete, die Republicaner und die Bonapartisten, vollständig ohnmächtig waren. Durch die Erschießung des Marschall Ney, des Obersten Labedoyère und andrer Offiziere, die bei der Rückkehr Napoleons von Elba sich wieder zu ihm gewandt hatten, durch das Todesurtheil, das man über Flüchtlinge aussprach, ohne es vollstrecken zu können, reizte man das Heer, in welchem persönliche Zuneigungen für die Helden des Kaiserreichs, die Träger des nationalen Ruhmes, natürlich weit verbreitet waren. In dem Hasse gegen Napoleon ließ man einzelne Präfecten so weit gehen, daß sie seine Bilder verbrannten; einer fügte dem Autodafé auch noch einen lebendigen Adler hinzu; ein anderer schüttete die Asche des „Menschenfressers" in die Loire. Die Absetzungen von Beamten wurden immer massenhafter; in einzelnen Departements erreichte ihre Zahl 6—700; in der Isère und Aude wurden allein je 300 Maires ihrer Posten beraubt. Durch die Sicherheitsgesetze wurde die persönliche Freiheit gefährdet; zur Bestrafung aufrührerischer Rufe und Handlungen wurden besondere Gerichte, nach Art der Kriegsgerichte, eingesetzt. Ueber den Käufern der Güter, welche in der Revolution eingezogen waren und die natürlich zum großen Theil schon ein- oder vielmals ihre Besitzer gewechselt hatten, schwebte beständig das Damoklesschwert der Einziehung. Die Geistlichkeit wurde in jeder Weise begünstigt; der ganze Hof, der greise Monarch voran, zog in Procession durch die Straßen des spottlustigen Paris; Artois trat an die Spitze eines strengkatholischen Vereines, der Congregation, der seine Fühlfäden über das ganze Land erstreckte und für Gläubige wie für Ungläubige, sofern sie nur zu heucheln verstanden, als Leiter zu Macht und Ansehn diente. Zu entsetzlichen Gräueln führte der Religionseifer in den südlichen Provinzen, besonders in der Stadt Nîmes, wo nur der Anmarsch östreichischer Truppen den mörderischen Verfolgungen gegen die Protestanten

Uebergewicht der Ultras.

ein Ziel ſetzte. Alle beſiegten Parteien waren gleichmäßig der Rache der Unverſöhnlichen Preis gegeben. Die Verhaftungen wurden ſo maſſenhaft, daß ſie ſchon Ende Auguſt 1815 etwa 70,000 betrugen; noch zahlreicher waren die Ueberwachungen; der Marſchall Maiſon allein rühmte ſich, dieſelbe in einem Vierteljahr nur in Paris über 20,000 Perſonen ausgeübt zu haben. Bei einem ſolchen Regiment mußte auch dem Geduldigſten bald die Geduld vergehen. Schon in der erſten Hälfte des Jahres 1816 kam es zu Verſchwörungen und Aufſtandsverſuchen, in Paris, Lyon, Grénoble. Die zu unterdrücken war denn freilich nicht ſchwer; aber die allgemeine Unzufriedenheit und die Abwendung der liberalen Partei von den Bourbonen rückgängig zu machen, war ſchwerer. Ludwig XVIII. hatte genug Einſicht um zu erkennen, daß er ſich auf eine falſche Bahn habe locken laſſen. Richelieu's Einfluß gewann wieder an Stärke. Als Vaublanc und die Ultras im Jahre 1816 dem Könige vorſchlugen, die Verfaſſung zu ändern und an die Stelle der Beſtimmung, wonach jährlich $^1/_5$ der Deputirten auszutreten hatte, eine fünfjährige Wahlperiode für die ganze Kammer zu ſetzen — ein Vorſchlag, der ihnen die Dauer der chambre introuvable bis 1820 ſichern ſollte, da ſie wohl wußten, daß bei jeder Neuwahl regierungsfeindliche Mitglieder eintreten würden — da verweigerte er die Zuſtimmung, löſte vielmehr im September die chambre introuvable ganz auf und gab Richelieu neue Collegen, mit denen er beſſer übereinſtimmte. Dieſes Vorgehen erfreute ſich durchaus der Billigung Alexanders, der ſogar durch ein Handſchreiben den König dazu ermuthigte und dann, gleichſam zur Belohnung, eine Note der Großmächte vom 10. Februar 1817 veranlaßte, welche eine Verminderung der Beſatzungsarmee um 30,000 Mann ankündigte und ausdrücklich hervorhob, wie viel die Grundſätze des Miniſteriums und beſonders auch des Herzogs von Richelieu zu dieſem Schritte beitrügen. Daß auch das Land den Entſchluß ſeines Königs mit Freuden aufnahm, begreift ſich von ſelbſt; die Neuwahlen ergaben eine gemäßigte Kammer, in welcher das Miniſterium eine ſichere Majorität hatte, und ein neues Wahlgeſetz erhöhte noch die Beliebtheit der Regierung und beſonders des Polizeiminiſters Decazes, der in derſelben neben Richelieu die Hauptrolle ſpielte. Auch die entſchiedenen Liberalen, die ſog. „Unabhängigen“ (Independenten), die freilich damals in der Kammer nur 12 Sitze hatten, die aber in jedem Jahre bei der Fünftel-Erneuerung an Zahl und Einfluß wuchſen, ſchenkten dem Miniſterium mit Zurückdrängung manches berechtigten Wunſches ihre Unterſtützung.

Sieg der Gemäßigten.

So konnte man alſo von Frankreich wohl ſagen, daß es nach kurzem und verderblichem Irrwege auf den Pfaden der Reaction eine Bahn eingeſchlagen habe, die, feſt innegehalten, zum Heile des Landes führen mußte. Eine feſte, ehrenhafte Regierung, ein gemäßigt freiſinniges Regiment, eine weiſe, patriotiſche Beſcheidung der liberalen Partei — alles das waren Elemente, welche die von der Zeit ſo ſehr gewünſchte und ihr ſo dringend nöthige Ruhe zu verbürgen ſchienen.

Portugal. In den andern romaniſchen Staaten lagen die Dinge nicht ſo gut. Auf der pyrenäiſchen Halbinſel befand ſich Portugal in einem ganz widernatürlichen Zuſtande. Das von Napoleon abgeſetzte Haus Braganza hatte zwar dem Namen nach wieder den Thron beſtiegen; allein die wahnſinnige Königin Maria und ihr Sohn Johann, der für ſie als Prinz-Regent herrſchte, weilten noch in Braſilien, und alle Macht befand ſich in den Händen des Engländers Beresford, der ſich als Oberbefehlshaber des Heeres durch ſeine Begünſtigung engliſcher Offiziere und engliſcher Handelsintereſſen großen Haß zuzog. Wenn dieſer, wie im Jahre 1817, in einer Militär-Revolution ſich entlud, ſchritt er natürlich mit Strenge ein und vermehrte dadurch von Neuem den Zündſtoff, der früher oder ſpäter zu einem Ausbruch

Spanien. führen mußte. Ungleich ſchlimmer aber noch ſah es in Spanien aus. Der Ruhm, mit welchem die Bewohner dieſes Landes ſich in dem Kriege gegen Napoleon und ſeinen Bruder Joſeph bedeckt, die Verdienſte, welche ſie durch ihren hartnäckigen Widerſtand ſich um ganz Europa erworben, die Treue gegen das Königshaus und die Liebe zur Freiheit, von der ſie ſo zahlreiche und glänzende Beiſpiele gegeben hatten, alles das ruft unwillkürlich unſre Theilnahme für ſie wach. Allein die Grunderforderniſſe zu einem glücklichen Staatsleben waren

Die Parteien. bei ihnen nicht zu finden. Das Volk war in zwei ſchroff geſonderte Parteien zerſpalten, deren einziger Bindepunkt der Haß gegen den Fremden geweſen war. Auf der einen Seite ſtand die Geiſtlichkeit, welche mit Leidenſchaft an den verrotteten Einrichtungen der vorjoſephiniſchen Zeit feſthielt; auf der andern Seite die Liberalen, die alles Heil in den Grundſätzen der franzöſiſchen Revolution ſuchten und als gemeinſames Banner, um das ſie ſich ſchaarten, die Verfaſſung von 1812, das Werk der Cortes von Cadix, erhoben. Beide Parteien waren ſtark, beide waren unnachgiebig und eigenwillig. Die Clericalen verlangten Inquiſition und Jeſuiten, Cenſur und Steuerfreiheit der Geiſtlichkeit; die Liberalen ſchwuren auf ihre Conſtitution von 1812 wie auf ein Evangelium und hatten in ſie die Beſtimmung aufgenommen, daß ſie während der nächſten 8 Jahre in keinem Puncte geändert werden dürfe. Zwiſchen dieſen Gegenſätzen hindurch zu laviren, war eine Aufgabe, die zu löſen dem größten Staatsmanne ſchwer,

Ferdinand VII. vielleicht unmöglich geweſen wäre. Und was für ein Menſch fand ſich in Wirklichkeit dieſer Arbeit gegenüber geſtellt! Ferdinand VII., der jetzt aus der franzöſiſchen Gefangenſchaft zurückkehrte, hatte ſchon in den Wirren mit ſeinem Vater und in den Verhandlungen mit Napoleon, die ihm den Thron koſteten, ſeine ganze Jämmerlichkeit gezeigt. Grauſam und feig, ſtumpf und genußſüchtig, faul und argwöhniſch, beſaß er auch nicht den leiſeſten Anflug der Eigenſchaften, die zu ſeiner ſchweren Aufgabe nöthig waren. Zwiſchen den Parteien zu vermitteln, war ein Gedanke, der in ſeinem Hirne nicht ein-

Herrſchaft der Clericalen. mal dämmerte. Ohne Widerſtreben gab er ſich auf der Stelle den Clericalen hin, die ihrerſeits nichts Eiligeres zu thun hatten, als durch den Marquis von Mataflorida und etwa 70 andre Cortesmitglieder ihrer Partei ihn um einen Staatsſtreich zu erſuchen und durch ihr

Preßorgan „den Galgen ohne Spruch und Recht“ für die Liberalen zu verlangen. Der König ließ ſich auch nicht lange bitten. Schon am 4. Mai 1814 hob er die Conſtitution von 1812 auf. Ehe er in Madrid einzog, wurden die Mitglieder der Regentſchaft, die Miniſter, die liberalen Parteiführer verhaftet, um nach mehrmonatlichen Quälereien ohne Angabe eines Grundes für 6—8 Jahre in die Klöſter, die Feſtungen oder die africaniſchen Preſidios geſperrt zu werden. Keine Verdienſte konnten vor der ſchmählichſten Behandlung ſichern; die Vertheidiger von Saragoſſa, die Helden des Unabhängigkeitskrieges waren ſo gut den Verfolgungen ausgeſetzt, wie die Afranceſados oder Joſefinos, wie man die Anhänger der Franzoſen nannte. Alle Beamte, die von den Cortes Stellen angenommen, wurden abgeſetzt; alle Anhänger des Königs Joſephs auf 20 Stunden von der Hauptſtadt verbannt, etwa 10,000 von ihnen des Vaterlandes und Eigenthumes beraubt; in den Kerkern der Inquiſition ſchmachteten ſchon 1816 über 50,000 Gefangene. Den Käufern der eingezogenen Kirchengüter wurde nicht bloß ihr Eigenthum genommen, ſondern noch eine Geldſtrafe dazu auferlegt. Dabei herrſchte am Hofe die größte Verſchwendung. Obgleich Heer und Flotte vernachläſſigt wurden, ſo daß laut amtlichen Berichtes in Ferrol drei Marineoffiziere Hungers ſtarben, obgleich die Steuern erhöht wurden und zahlreiche Confiscationen die Staatscaſſe füllten, häufte König Ferdinand in 5 Jahren 2 Milliarden Realen Schulden an. Tüchtige Miniſter hatte er nicht; und hätte er ſie gehabt, ihnen wäre nicht die Erlaubniß geworden und nicht die Zeit gelaſſen, Verbeſſerungen einzuführen. Der König war völlig in der Macht ſeiner Höflingsſchaar; dieſe blieb; die Miniſter wechſelten; in 6 Jahren hatte er deren dreißig. Wollte er ſie wegjagen, ſo rief er ſie wohl zu ſich, überhäufte ſie mit Freundlichkeiten und entließ ſie gnädig; kamen ſie dann nach Haus, ſo fanden ſie ihre ſchimpfliche Abſetzung oder auch einen Verhaftbefehl. Solches Regiment mußte unvertilgbaren Haß aufſammeln; aber weil es der Unterſtützung der Geiſtlichkeit ſicher war und weil dieſe das niedrige Volk unbedingt beherrſchte, ſo kümmerte man ſich nicht darum. Die Gebildeten waren machtlos, das Heer ohne Zuſammenhang. Deshalb ſcheiterten auch alle Verſuche, die aus deſſen Mitte unternommen wurden; neun Aufſtände wurden in den Jahren 1814—19 niedergeſchlagen und mit Strick und Blei, mit Kerker und Folter gebüßt, wenn es den Führern nicht gelang, wie dem berühmten Mina, über die Grenze zu fliehen. Aber jeder mißlungene Verſuch feuerte zu neuem Wagniß an; Verbindungen der Gleichgeſinnten wurden heimlich angeknüpft; das Land glich einem Vulcane; mochten Eruptionen auf Eruptionen ohne großen Schaden anzurichten vorübergehen: jeden Tag konnte ein neuer Ausbruch erfolgen und niemand vermochte vorauszuſagen, welche Ausdehnung er annehmen werde.

Italien.

Würdige Seitenſtücke zu dieſem ſpaniſchen Treiben wies die appeninniſche Halbinſel auf. Zwar einige von ihren vielen Staaten erfreuten ſich weiſen oder doch milden Regimentes. So Parma, wo Napoleons Gemahlin, die Erzherzogin Maria Louiſe, das Scepter

führte; ſo Toscana, wo Großherzog Ferdinand zwar die franzöſiſchen Neuerungen, auch die guten, meiſt beſeitigte, aber in den verſtändigen Geſetzen ſeines Vaters Leopold keinen ſchlechten Erſatz bot. In den übrigen Staaten aber herrſchte die blindeſte Reaction. Mit löblichem Beiſpiel ging der Papſt Pius VII. voran. Er, der den Jeſuitenorden wieder herſtellte, führte auch die Inquiſition wieder ein und geſtattete gegen die Freimaurer den Gebrauch der Folter. Ein getaufter Jude, der zu ſeiner Religion wieder zurücktrat, wurde zum Tode verurtheilt und es galt für ein Großes, als in Folge dieſer Scheußlichkeit die Todesſtrafe gegen Ketzer aufgehoben wurde. Mit einem Schlage thaten faſt 2500 Klöſter ſich von Neuem auf. Die Straßenbeleuchtung wurde als eine franzöſiſche Einrichtung abgeſchafft und die Pockenimpfung theilte wenigſtens vorübergehend dieſes Schickſal. Doch konnte ſich in dieſer Hinſicht der Papſt noch nicht mit dem König von Sardinien, Victor Emanuel, meſſen, der den botaniſchen Garten in Turin zerſtören ließ, weil Franzoſen ihn gepflanzt, die Pobrücke abreißen laſſen wollte, weil Napoleon ſie gebaut, und Päſſe für den Mt. Cenis zu ertheilen verbot, damit die prächtige Straße verfalle, die der verhaßte Corſe über dieſen Berg hatte führen laſſen. Mit auffälliger Schonung behandelte man die franzöſiſchen Einrichtungen in Neapel; aber man ſorgte durch eine liederliche Verwaltung dafür, daß ſie möglichſt wenig Segen bringen konnten. Erreichte ſchon im Kirchenſtaat die Peſt des Brigantenthums eine furchtbare Höhe, ſo wurde Neapel doch das Eldorado aller Räuber und Raubmörder, deren Zahl man 1817 auf 30,000 ſchätzte und die zu bekämpfen man kein andres Mittel fand, als eine Bande gegen die andre zu dingen oder mit Gift und Giftmiſchern, für die der General Amato z. B. der Regierung 2000 Ducaten in Rechnung ſetzte, gegen ſie vorzugehen. Von conſtitutionellen Formen wollte man nirgends etwas wiſſen. In einem geheimen Vertrage mit Oeſtreich verpflichtete ſich König Ferdinand von Neapel 1815, keine Verfaſſung einzuführen und keine Einrichtungen zu treffen, die liberaler ſeien als die der Lombardei. Die freiſinnige Verfaſſung der Inſel Sicilien wurde aufgehoben. In Sardinien führte daſſelbe Edict, welches alle franzöſiſchen Geſetze aufhob, die königlichen Conſtitutionen von 1770 wieder ein mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß deren Befolgung ohne Rückſicht auf irgend ein andres Geſetz geſchehen müſſe. Der Kirchenſtaat ſah natürlich die alte Cardinalswirthſchaft ohne jede Ueberwachung durch Laien in vollſter Blüte wieder erſtehen. Ein Erſatz für die geträumte Freiheit, die man durch die Vertreibung der Franzoſen zu erringen gehofft, ein Erſatz für die geordnete Verwaltung, die man mit dem Ende der Fremdherrſchaft verlor, ohne doch den harten Steuerdruck los zu werden, ein Erſatz für den Schein nationaler Selbſtändigkeit, der in dem Vicekönigthum Eugens und der unabhängigen Monarchie Murats gelegen hatte, wurde nicht geboten. Im Gegentheil: Italien mußte ſich für einen bloßen geographiſchen Begriff erklären laſſen; ſeine einzelnen Staaten wurden nicht einmal wie die deutſchen durch einen noch ſo lockeren Bund vereinigt; zwei ſeiner fruchtbarſten, geiſtig leben-

Der Kirchenſtaat.

Sardinien.

Neapel.

Die Verfaſſungen.

Nationale Wünſche.

digſten und politiſch reifſten Provinzen vertauſchten die franzöſiſche Fremdherrſchaft mit der öſtreichiſchen. Für den Italiener boten daher die Feſtſetzungen des Wiener Congreſſes keinen Abſchluß der Revolutionszeit; für ihn galt es weiter zu kämpfen und an die Stelle der von Europa befohlenen Ordnung eine neue zu ſetzen, die den Wünſchen und Bedürfniſſen des eignen Volkes entſprach. Da es für dieſen Kampf an einer offenen, geſetzlichen Arena fehlte, ſo zog ſich die Agitation in geheime Verbindungen zurück, die überdies dem Charakter der Nation ſo ſehr zuſagen. Schon im Jahre 1799, nach andern Quellen 1807 war eine Geſellſchaft gegründet worden, die ſeit 1811 den Namen der Carbonari, d. h. der Köhler, führte. Weshalb ſie ſich ſo nannten, wußten ſie ſelbſt nicht; ſie ſuchten ihren Namen durch allerlei Mythen, z. B. durch Herleitung von jenem Köhler, der bei dem ſächſiſchen Prinzenraube eine Hauptrolle ſpielte, zu rechtfertigen. In der franzöſiſchen Zeit war ihr Beſtreben die Abſchüttelung des fremden Joches geweſen; jetzt wurde es die Sicherung des erwerbenden Bürgerſtandes nach unten und oben, gegen Räuber und Fürſten. Letzterer Zweck wurde ihnen in Neapel förmlich aufgedrängt, indem die Regierung einen monarchiſchen Gegenbund, die Keſſelmacher oder Calderari, ins Leben rief. Da nun aber die Feinde deſſelben Gegners untereinander leicht zu Freunden werden, ſo kam es vielfach zu einem Bündniß zwiſchen Carbonari und Briganten und es wurde ſchwer zu unterſcheiden, wo der Straßenräuber aufhörte und der politiſche Verſchwörer anfing. In den übrigen Landſchaften Italiens hielt ſich der Bund reiner, erlangte freilich auch nicht die gleiche Ausdehnung. Immerhin aber zählte man nach einigen Jahren 60,000 Theilnehmer in allen Gegenden der Halbinſel und zahlreiche kleine Aufſtände verriethen das Feuer, das unter der Aſche glomm.

Die Carbonari.

Oeſtreich.

Keine der Großmächte wurde durch dieſe Gährung in Italien unmittelbarer bedroht als Oeſtreich, das nicht blos die Lombardei und Venetien zu verlieren hatte, ſondern auch die Anſteckung der liberalen und nationalen Beſtrebungen für die übrigen Beſtandtheile des vielſprachigen Kaiſerreiches fürchten mußte. Daß dieſes Gemiſch von Deutſchen und Italienern, von Czechen und Polen, von Magyaren und Kroaten, Rumänen und Ruthenen, Slawonen und Slowenen und wie die Völker und Völkchen ſonſt ſich nennen mögen, damals nur durch das ſtraffe Band eines ſelbſtherrlichen Willens zuſammengehalten werden konnte, wird nicht leicht Jemand zu beſtreiten wagen. Fangen wir doch erſt ſeit Kurzem an zu hoffen, daß die Erfahrungen von ſechs Jahrzehnten und die fortgeſchrittene politiſche Bildung der Gegenwart die conſtitutionelle Einheit Oeſtreichs zu ſichern im Stande ſein werden. Was man damals von den Ständen einzelner Reichstheile zu erwarten hatte, dafür lieferte Ungarn ein bedenkliches Beiſpiel. Als der ungariſche Reichstag 1815 nicht

Gegenſatz der Nationalitäten.

Die Landtage.

einberufen wurde, verweigerten die Comitate (Kreisvertretungen) Steuern und Recruten und fügten ſich nur unter den heftigſten Proteſten. Vergeblich betheuerte Kaiſer Franz ihnen, daß er ihre alte Verfaſſung eben ſo liebe, wie ſie ſelbſt, und daß er ſie ſeinen Nachkommen unverletzt überliefern werde. Mit gutem Grunde fügte er in claſſiſchem Latein, der parlamentariſchen Sprache Ungarns, klagend hinzu: die ganze Welt ſei verrückt geworden und wolle Phantaſieverfaſſungen: totus mundus stultizat et constitutiones imaginarias quaerit. Auch den deutſch-ſlawiſchen Provinzen war mit den alterthümlichen Ständeverſammlungen, die ſie in den nächſten Jahren erhielten, nicht viel gedient. Schon durch ihre Zuſammenſetzung waren ſie gänzlich unfähig Vertrauen zu erwecken, wenn ſie auch nicht ſo abhängig waren wie die „Congregationen" der italieniſchen Provinzen, deren Mitglieder einfach ausgeſchloſſen werden konnten, wenn ſie ſich des kaiſerlichen Vertrauens unwerth zeigten. Ihre Wirkſamkeit beſchränkte ſich darauf, an dem beſtimmten Tage zuſammenzutreten, die Vorſchläge der Regierung „in allerunterthänigſtem Gehorſam anzuhören und zu vernehmen, nachmals dieſelben zu getreuen Herzen zu ziehen, reiflich und wohl zu erwägen, zu berathſchlagen und ſich zu ſolchem Entſchluß zu bequemen, wie es des Kaiſers, des Landes und ihre eigne Nothdurft erfordre." Da es auf dieſe Anbequemung in jedem Fall ſchließlich herauskommen mußte, ſo war es das Bequemſte, ſich die Prüfung ganz zu erſparen und zu Allem und Jedem einfach Ja zu ſagen. Uebrigens bezogen ſich die Vorlagen faſt ausſchließlich auf die Einforderung von Steuern und Soldaten; reformirende Geſetze wurden gar nicht eingebracht. Und das iſt der ſchwere Vorwurf, den man dem Metternich'ſchen Syſtem mit Recht macht. Daß Oeſtreich kein Feld für politiſche Neuerungen war, daß jeder aufrichtige Fortſchritt in conſtitutioneller Richtung das Beſtehn der Monarchie gefährden mußte, kann nicht geleugnet und folglich einem öſtreichiſchen Staatsmann kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er ſich dem entgegenſtemmte und den Verſuch machte, zu ſehen, wie lange ſich der Staat, ſo wie er ſei, erhalten laſſe. Es galt von ihm, was von den Jeſuiten geſagt war: sint ut sunt aut non sint. Allein eine wirthſchaftliche und ſociale Entwicklung war damit noch keineswegs ausgeſchloſſen und unbeſchadet des politiſchen Stillſtandes hätte Metternich hier auf der Bahn Joſephs II. fortſchreiten und dadurch auch eine politiſche Reform anbahnen können. Aber auch nach dieſer Richtung geſchah Nichts; Nichts für die Hebung des Handels und der Gewerbthätigkeit, Nichts zur Beſeitigung der bäuerlichen Unterthänigkeit, Nichts für die Abſchaffung der Leibſteuer, des Gehorſamshellers, des Aufruhrſchillings, des Sühnheus, der Vogtgaben und wie die wunderſamen Abgaben der Bauern ſich ſonſt benennen mochten. Man fürchtete auch dadurch die „drohende nahe Auflöſung der Geſellſchaft" zu beſchleunigen, während es doch für die Hauptaufgabe der Regierung galt, dieſe Auflöſung zu verzögern, nicht aber „die Geſellſchaft nach einem beſſeren Plan für die Zukunft zu bilden". Was ſpäter einmal aus ſolchen

Die Politik des Stillſtandes.

vorſündflutlichen Zuſtänden werden möchte, darum kümmerte man ſich nicht und wie die Frau von Pompadour durch ihr berüchtigtes Après nous le déluge, ſo tröſtete ſich Gentz, Metternichs Vertrauteſter, darüber mit dem frivolen Ausſpruch: Mich und den Metternich hält's halter noch aus. Dazu aber waren die öſtreichiſchen Staatsmänner einſichtig genug, daß ſie ſich nicht verhehlten, wie zur Aufrechterhaltung ihres Syſtemes im eignen Lande die Herrſchaft deſſelben auch in den Nachbarländern unerläßlich ſei. Deshalb war ihr eifrigſtes Bemühen vor Allem in Italien, Deutſchland und dem ruſſiſchen Polen, dem Alexander eine Verfaſſung verheißen hatte, die Einführung der conſtitutionellen Regierungsform zu verhindern. Hätten die Nachbarregierungen nur ihr eigenes Intereſſe zu Rathe gezogen, ſo würden ſie um ſo eifriger das Verfaſſungsleben gefördert haben. Denn aus einem Verfall Oeſtreichs würde für ſie eine bedeutende Stärkung erwachſen ſein; Preußen hätte die Leitung Deutſchlands, vielleicht gar die deutſchen Lande Oeſtreichs erhoffen können; für Rußland winkte der Gewinn Galiziens und freie Hand im Orient. Aber von ſolchen eigenſüchtigen Gedanken waren beide Regierungen fern; Alexander und Friedrich Wilhelm bewieſen hier, daß es ihnen Ernſt ſei mit dem Gedanken der heiligen Allianz; auch hielten ſie Oeſtreichs Beſtehen im europäiſchen Intereſſe für nöthig. Weil dies aber durch Nährung und Befriedigung der conſtitutionellen Wünſche in ihren eignen Ländern gefährdet werden konnte, ſo waren ſie um ſo geneigter, dieſen Wünſchen die Erfüllung zu verſagen. Oeſtreichs innere Schwäche wurde ein Element ſeiner Stärke. Weil ihm durch eine Revolution, ja durch jede freiheitliche Regung der Zerfall drohte, ſo vermochte es um ſo leichter ſeine beiden Verbündeten von freiheitlichen Zugeſtändniſſen abzuhalten und immer tiefer in die Reaction zu verſtricken. Weil ihm durch die nationale Geſtaltung Deutſchlands und Italiens ſchwere Gefahren erwachſen wären, ſo bekämpfte die heilige Allianz in Deutſchland und Italien die nationalen Ideen. Die kleinen Souveräne in beiden Ländern ſchloſſen ſich natürlich mit Eifer an Oeſtreich an, und ſo kam nach und nach, wie Springer ſagt, die ſchöne Zeit, wo Fürſt Metternich alljährlich auf ſeinem Schloß Johannisberg die Huldigungen der deutſchen Herrſcher und Miniſter leutſelig einſammelte, wo Couriere mit Paſteten und andern Leckerbiſſen ſich jagten, Metternich mit ſeinen Gäſten die Weine im Eberbacher Keller probirte, oder bei Mayer Anſelm Rothſchild dinirte, wo die deutſchen Staatsmänner ſich geheimnißvoll erzählten, daß auch ſie auf Schloß Johannisberg ſich aufgehalten. Der gewaltige Einfluß, den Metternich auf ganz Europa übte, erklärt ſich in der That viel mehr aus der Lage des Staates, den er leitete, als aus ſeiner Perſönlichkeit. In Coblenz 1773 geboren, war er unter den Eindrücken des rheiniſchen Lebens groß geworden und hatte ſich auch in ſeinen Studienjahren keine übergroßen Kenntniſſe erworben. Seine Univerſitätsfreunde wußten nur die drei F an ihm zu rühmen: er ſei fin, faux, fanfaron. Nur auf Genuß bedacht, haßte er alle Anſtrengung und daher auch jeden

Ihre Ausdehnung über Europa.

Metternich.

Widerſpruch, ſo daß er nur „leidende, ganz hingebende Organe" um ſich duldete. Auf fremde Anſichten einzugehn, war ihm unmöglich; aber auch eigene ſchöpferiſche Gedanken zu faſſen war ihm nicht gegeben. Seine ganze Weisheit beruhte in der Befolgung der altöſtreichiſchen Grundſätze, in der Erhaltung des Beſtehenden, und über die Inhaltsloſigkeit dieſer Politik ſuchte er ſich ſelbſt und Andre durch eine rege Vielgeſchäftigkeit zu täuſchen. Sein Grundſatz iſt, beſtändig etwas vor der Hand zu haben, ſagte man von ihm und traf damit den Nagel auf den Kopf. Dieſe maſſenhafte Thätigkeit zeichnete ſich übrigens aber weder durch die Folgerichtigkeit, noch durch die Kühnheit ihrer Wege aus; noch weniger durch deren Rechtlichkeit. Galt doch der Fürſt allgemein für beſtechlich und hatte von ſeiner Zweizüngigkeit zahlreiche Beweiſe gegeben. Sein Stab von Staatsmännern und Zeitungsſchreibern beſtand aus Leuten ähnlichen Schlages, zum Theil höchſt talentvollen Männern, wie Gentz, der Unter-Metternich, wie man ihn ſpottweiſe nannte, Ad. Müller, Friedrich Schlegel, denen aber, wie ihrem Herrn und Meiſter, der behagliche Genuß des Lebens über Alles ging. Mit beſtem Erfolge arbeiteten ſie daran, alles politiſche und geiſtige Leben in Oeſtreich zu erſticken; Sanskrit und Muſik fanden allenfalls Gnade vor ihren Augen; deutſche Wiſſenſchaft und Literatur wurden polizeilich an der Grenze zurückgewieſen. Die Reiſen ins Ausland überwachte man ſorgfältig; Fremde durften im Kaiſerſtaate nicht einmal Privatunterricht ertheilen; ja man ließ ſogar Kinder von Ausländern, wenn ſie das zehnte Jahr überſchritten hatten, nicht mehr in den öffentlichen Schulen zu. Die Bibliothekare mußten jährlich Verzeichniſſe der Bücher einliefern, welche die Profeſſoren entliehen hatten; die unſchuldigſten wiſſenſchaftlichen und populären Werke wurden verboten; bei der Prüfung der Lehrer ſollten die ſchriftlichen Arbeiten nach den darin ausgeſprochenen kirchlichen und politiſchen Grundſätzen beurtheilt werden. Den Reiſenden ſpürte die Polizei auf Schritt und Tritt nach und weder Künſtler wie Horace Vernet, noch Staatsmänner wie Capo d'Iſtria, noch Fürſten wie der Kronprinz Ludwig von Baiern entgingen ihrer Aufmerkſamkeit. So löſte ſich mehr und mehr der längſt ſchon lockere Zuſammenhang mit Deutſchland. Es gab, um noch einmal Springer anzuführen, wohl Reichsthore und Reichsſtraßen, man wußte, daß öſtreichiſche Truppen im Reiche Garniſon hielten, beneidete die in Mainz um die Fleiſchtöpfe Aegyptens, aber ſelbſt die Gebildeten hatten von den Bundespflichten Oeſtreichs keine klare Vorſtellung und überließen die Sorge um Deutſchland der Staatskanzlei.

Ertödtung des öffentlichen Geiſtes.

Deutſchland.

Die Grenze gegen Frankreich.

Deutſchland hatte von der Erhebung des Jahres 1813 dreierlei erhofft: die Abſchüttelung des fremden Joches, die Herſtellung einer nationalen Einheit, die Einführung conſtitutioneller Formen. Die franzöſiſche Herrſchaft war glücklich beſeitigt, zwar nicht in dem Umfang, wie die glühendſten Patrioten es gewünſcht, aber in höherem

Grade, als beſcheidene Gemüther noch Ende 1813 gehofft hatten. Eine verbreitete Stimmung wollte ſich damals am rechten Rheinufer genügen laſſen und das ganze linksrheiniſche Gebiet mit Aachen und Cöln, mit Mainz und Worms den Franzoſen preisgeben. Die Einwohner dieſer Gegenden wären im Ganzen und Großen auch nicht übel zufrieden damit geweſen. Aber der Patriotismus eines Blücher und Stein duldete ſolch ſchwächlichen Verzicht mit Nichten, und E. M. Arndts Büchlein „Der Rhein Deutſchlands Strom, nicht Deutſchlands Grenze" gab dem Unwillen der Entſchiedenen Ausdruck. Mit dem Vorrücken in Frankreich war dieſe Gefahr abgewendet, allein der Wunſch auch das Elſaß zurückzugewinnen, ſcheiterte 1814 wie 1815, obgleich beim zweiter Pariſer Frieden die deutſche, beſonders die preußiſche Diplomatie kräftig und mit den beſten Gründen für ihn eintrat. Er ſcheiterte vor Allem an dem Abfall Oeſtreichs, obgleich man deſſen Sonderintereſſen ſo weit entgegen zu kommen bereit war, daß man zum Herrſcher des Landes den Erzherzog Karl auserſah. Noch viel nachtheiliger als in dieſem Puncte wurde die Politik Metternichs aber in Bezug auf die Neugeſtaltung Deutſchlands. Als Alexander und Friedrich Wilhelm im Februar 1813 ihr Bündniß von Kaliſch ſchloſſen, gedachten ſie alle Anhänger Napoleons unter den deutſchen Fürſten, vor Allem alſo die Rheinbundskönige ganz zu beſeitigen und verſprachen dem Volke eine Verfaſſung, die aus dem ureigenſten Geiſte der Nation geboren ſein ſolle. Ein preußiſches Kaiſerthum lag damals den Gedanken der Eingeweihten gewiß nicht fern, aber ſehr bald wurde es völlig in den Hintergrund gedrängt. Durch Oeſtreichs Beitritt zum Bündniß gegen Napoleon ſchwand die Ausſicht dazu ſo völlig, daß ſchon vor den Schlachten an der Katzbach und bei Dennewitz die drei Verbündeten ſich über die Nichtwiederherſtellung der deutſchen Kaiſerwürde verſtändigten. Allein Oeſtreich ging auf eigene Hand noch weiter. Durch den Vertrag von Ried ſicherte es Baiern ohne allen Vorbehalt ſeine volle Selbſtändigkeit (am 8. Oct. 1813) und ließ ähnliche Verträge mit Würtemberg und Baden (zu Frankfurt und Fulda) folgen. Natürlich konnten nun auch Hannover, Heſſen, Braunſchweig, Oldenburg u. ſ. w. ihren vertriebenen Fürſten nicht vorenthalten werden und die Fortdauer der deutſchen Vielſtaaterei war geſichert, ehe noch der Rhein überſchritten war. Unter ſolchen Umſtänden war es denn freilich nicht leicht eine Form zu finden, die dem deutſchen Volke mehr als den Schein der politiſchen Einheit gegeben hätte. Darnach zu ſuchen war die Aufgabe des deutſchen Ausſchuſſes am Wiener Congreß, der aus Oeſtreich, Preußen und den Königreichen beſtand. Natürlich beſchäftigte dieſer ſich nicht mit den phantaſtiſchen Plänen, welche patriotiſche Dilettanten ausheckten, etwa mit Görres' Idee, Oeſtreich wieder mit der Kaiſerwürde zu ehren, den preußiſchen Herrſcher aber daneben zum deutſchen Könige zu machen. Die Grundlage der Verhandlungen bot vielmehr eine Idee Steins, wonach an die Spitze des Bundes ein Directorium, aus Oeſtreich, Preußen, Baiern und Hannover beſtehend, treten ſollte; die Bundesverſammlung ſollte aus Vertretern

Die Verfaſſung.

Verhandlungen am Wiener Congreß.

Plan einer Directorial-Verfaſſung.

ſämmtlicher Fürſten und ſämmtlicher Ständekammern zuſammengeſetzt werden; directe Einkünfte, z. B. Grenzzölle, deckten die Ausgaben des Bundes, der außerdem allen ſeinen Angehörigen beſtimmte politiſche Rechte garantirte. Gegen dieſe Vorſchläge Preußens, die vom 13. Sept. 1814 datirt waren, erhoben ſich 29 Kleinſtaaten, aber nicht etwa, weil dieſelben zu weit, ſondern weil ſie nicht weit genug gingen. Sie erklärten am 14. November, daß Ein gemeinſames Oberhaupt der deutſchen Nation Noth thue und daß ſie in ihrem Bereich den Ständen die Mitwirkung bei der Geſetzgebung und die Bewilligung der Ausgaben zugeſtehen wollten. Allerdings ſtehen die Urheber dieſer Erklärung zum Theil im Verdacht, daß ſie durch dieſes Weitergehn die geringeren Forderungen Preußens, beſonders das Directorium, vereiteln wollten; aber ſehr vielen war es doch unzweifelhaft Ernſt. Nur war von vorn herein kein Gedanke daran, daß ſie mit ihren Vorſchlägen würden durchdringen können. Der preußiſche Entwurf erlitt zunächſt in den Berathungen mit Metternich weſentliche Umänderungen, die beſonders in der Entfernung der liberalſten Beſtimmungen beſtanden. Am 16. Oct. legten die beiden Großmächte den drei Königreichen 12 Artikel vor, über welche ſie ſich geeinigt. Darnach zerfiel Deutſchland in 7 Kreiſe; in je zweien bekleideten Oeſtreich und Preußen, in je einem Baiern, Würtemberg und Hannover das Amt eines Kreisoberſten. Als ſolche leiteten ſie die Kreistage, hatten die Aufſicht über das Militärweſen des Kreiſes und das Gerichtsweſen letzter Inſtanz; gemeinſchaftlich bildeten ſie den Rath der Kreisoberſten und hatten die ausübende Gewalt, die diplomatiſche Vertretung, die Entſcheidung über Krieg und Frieden. Bezüglich der Geſetzgebung ſtand neben ihnen der Rath der Stände, welcher aus den übrigen Staaten und einigen Vertretern der mediatiſirten Häuſer zuſammengeſetzt werden ſollte. Dieſer Plan war ohne Zweifel recht künſtlicher Art; aber da er auf hiſtoriſchen Grundlagen beruhte und den Machtverhältniſſen leidlich entſprach, ſo durfte man an ſeine Ausführbarkeit wohl glauben. Allein von allen Seiten regten ſich die Gegner. Metternich ſelbſt war der erſte, ihm Hinderniſſe zu ſchaffen; wenigſtens verbreitete ſein getreuer Schildknappe Fr. Schlegel 14 Paragraphen Knittelverſe, in denen er die Kleinſtaaten aufzuſtacheln ſuchte. Von Witz war darin nicht viel zu merken, wenn man nicht leicht zu errathende gemeine Reime auf Preußen dafür will gelten laſſen. Die Kleinſtaaten antworteten darauf mit der erwähnten Note vom 14. November; allein die heftigſten Angriffe gingen von den Mittelſtaaten aus: Baiern und Würtemberg verlangten kühnen Muthes im Rathe der Kreisoberſten dieſelbe Stimmenzahl wie Oeſtreich und Preußen und überdies Wechſel des Vorſitzes. Auch dann aber wollten ſie auf ihr ſelbſtändiges Kriegs- und Friedensrecht keineswegs verzichten; ja ihre Unverſchämtheit ging ſo weit, daß Wrede auf franzöſiſche Unterſtützung anſpielte und Würtemberg die Verhandlungen am 16. Nov. gradezu abbrach. Darauf erklärte dann freilich ſelbſt Metternich ſehr nachdrücklich, daß es keineswegs in dem freien Willen jedes einzelnen Fürſten ſtehe, dem Bunde beizutreten oder nicht, daß

Plan einer Kreis-Verfaſſung.

Haltung der Mittel- und Kleinſtaaten.

vielmehr jeder verpflichtet ſei, die Opfer zu bringen, die das Wohl des Ganzen befördern möchten; aber die einzige Antwort, die der König von Würtemberg darauf hatte, war, daß er auf ſeiner Anſicht beharren müſſe, und das hatte zur Folge, daß der deutſche Ausſchuß ſich auflöſte und nicht wieder zuſammentrat.

Freilich wirkte dabei vor Allem die ſteigende Spannung mit, welche zwiſchen Oeſtreich und Preußen über die polniſch-ſächſiſche Frage ausgebrochen war und die am 3. Jan. 1815 zu dem berüchtigten geheimen Bündniß Oeſterreichs, Sachſens, Frankreichs und Englands führte, zu dem auch die Mittelſtaaten zugezogen wurden. Erſt als jener Conflict gemildert war, konnten Verhandlungen über die deutſche Frage wieder aufgenommen werden. Den Anſtoß dazu gab eine Note von 32 Fürſten und Städten (d. d. 2. Febr. 1875), der „Mindermächtigen", wie ſie ſich ſelbſt nannten, welche den Zuſammentritt eines allgemeinen deutſchen Congreſſes verlangte. Preußen theilte darauf hin Oeſtreich am 10. Febr. 1815 zwei neue Entwürfe mit, deren einer die Kreistheilung beſeitigte, während der zweite den kleineren Fürſten noch zwei Sitze in dem Rathe der Kreisoberſten einräumte, ſo daß dieſer 9 Mitglieder zählte, ohne daß die Zahl der ſieben Kreiſe vergrößert wurde. Sehr nachdrücklich wurde außerdem die Forderung aufrecht erhalten, daß jedes Land Stände mit beſtimmten Minimalrechten bekomme und daß dieſe Einzelverfaſſungen unter die Gewähr des Bundes geſtellt würden. Auch einige Grundrechte, wie die Auswanderungs- und die Preßfreiheit oder die Aufhebung der Leibeigenſchaft ſollten in die Bundesurkunde aufgenommen werden. Neben dieſen preußiſchen Vorſchlägen tauchten jetzt aber noch zwei andre Pläne auf, ein mecklenburgiſcher, auf den näher einzugehen nicht nöthig iſt, und ein öſtreichiſcher aus der Feder des Freiherrn von Weſſenberg. Der letztere iſt in allem Weſentlichen die Grundlage des deutſchen Bundesvertrages geworden. Er gab allen Mitgliedern völlig gleiche Rechte und Oeſtreich das Präſidium, ſicherte den einzelnen Ländern Verfaſſungen zu, die binnen Jahresfriſt ertheilt ſein ſollten, und verſprach auch einige Grundrechte für das ganze Volk. Wenn Metternich daran im Stillen auch Anſtoß nahm, ſo erklärte er doch den Weſſenberg'ſchen Entwurf für die geeignetſte Grundlage und ließ denſelben in ſeinem Sinne umarbeiten. Ein Gleiches that vom preuß. Standpunct aus W. v. Humboldt. Ueber dieſe beiden Entwürfe begannen dann neue Verhandlungen, die am 11. Mai eröffnet wurden und am 23. zu einer Vereinbarung führten, welche ſich eng an den urſprünglichen Weſſenberg'ſchen Entwurf anſchloß, die meiſten volksthümlichen Zugeſtändniſſe deſſelben aber beſeitigte. Nun wurden endlich auch die kleinen und mittleren Staaten aufgefordert, an den Conferenzen Theil zu nehmen. Noch 11 Sitzungen, vom 23. Mai bis zum 10. Juni, waren nöthig, um das Werk zum Abſchluß zu bringen. Die Abänderungen, welche es noch erfuhr, waren nicht von Bedeutung; eine Reihe freiſinniger Anträge kleinerer Staaten wurden einfach abgelehnt. Uebrigens hatten Würtemberg und Baden an den Berathungen gar nicht Theil genommen und weigerten ſich

Die „Mindermächtigen".

Neue Entwürfe.

Abſchluß der Bundesacte.

die neue Bundesacte zu unterzeichnen. Preußens Bevollmächtigten kostete ihre Unterschrift auch einige Ueberwindung. Sie erklärten vorher feierlich: sie hätten gewünscht, dieser Urkunde eine größere Ausdehnung, Fertigkeit und Bestimmtheit zu geben; allein es sei besser, vorläufig einen weniger vollkommenen als gar keinen Bund zu schließen; der Bundesversammlung selbst bleibe es vorbehalten, den vorhandenen Mängeln abzuhelfen.

Eröffnung der Bundesversammlung.

Das war denn freilich ein Wechsel auf die Zukunft, mit dem unserem Volke nicht viel gedient war. Ueberdies wurde die Verabredung, nach welcher die Bundesversammlung schon am 1. Sept. 1815 zusammentreten sollte, durchaus nicht eingehalten; anfangs bot die Fortdauer des Kriegszustandes einen hörbaren Entschuldigungsgrund; dann wollte man erst alle Grenzfragen zwischen den einzelnen Staaten in Ordnung bringen, und das war in der That keine leichte Aufgabe. Baden und Würtemberg brauchten lange Zeit, ehe sie sich überhaupt zum Eintritt in den Bund entschlossen; zwischen Baiern und Oestreich drohte Anfang 1816 sogar ein Krieg um den Besitz von Salzburg auszubrechen. Preußen seinerseits hätte sich gern mit Oestreich vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung über die künftige Wehrverfassung Deutschlands geeinigt und zeigte deshalb gar keine Eile. Als im Sommer 1816 die einzelnen Gesandten allmälig in Frankfurt eintrafen, war der preußische unter den letzten. Fast ein halbes Jahr mußten die Vertreter der kleineren Staaten sich gedulden, bis ihre größeren Herren Collegen einrückten und statt am 1. Sept. 1815 fand die Eröffnung der Sitzungen am 5. Nov. 1816 statt. Dadurch war das Interesse des Volkes für die neue Schöpfung natürlich noch mehr abgeschwächt, und groß war es begreiflicher Weise von Anfang an nicht gewesen. Nun gab es freilich zum Beginn einige schön klingende Phrasen zu hören, die in vertrauensseligen Gemüthern neue Theilnahme wach rufen mochten; aber da den Worten keine Thaten folgten, so blieb Gleichgültigkeit und höchstens absprechender Spott die vorherrschende Stimmung der Nation. Wie Stein den Antrag, östreichischer oder preußischer Gesandter am Bunde zu werden, ablehnte, weil eine vernünftige und kräftige Ausbildung der Verfassung doch nicht denkbar sei, so war auch die öffentliche Meinung zum Voraus davon überzeugt, daß aus dem Bundestag nichts werden könne, und versagte ihm das Vertrauen, das er beanspruchte. Manchen Regierungen und besonders manchem der frankfurter Gesandten that man dadurch allerdings Unrecht. Es gab unter den Diplomaten der Bundesstadt mehr als einen, der mit Lust und Hoffnung sich seiner Aufgabe widmete. Der Mecklenburger Plessen, der Luxemburger Gagern, der Holsteiner Eyben, der Bremer Smidt und mit weniger Entschiedenheit noch einige andre kleinstaatliche Bevollmächtigte sannen unermüdlich darauf, den Bundestag in den Augen des Volkes zu heben und ihn zum wirklichen Mittelpunct der Geschicke Deutschlands zu machen. Aber bei den größeren Staaten und ihren Gesandten war freilich das entgegengesetzte Bestreben vorherrschend. Würtemberg und Baden hatten so zu sagen an den Haaren herbeigezogen werden

Thätigkeit derselben.

müſſen; Baiern und Sachſen traten nicht viel williger ein. Zwiſchen Oeſtreich und Preußen beſtand vom erſten Tage an das regſte Mißtrauen, und während der preußiſche Geſandte von der Goltz zum Theil in Folge körperlicher Leiden eine ſehr geringe Thätigkeit entfaltete und eine ganz vereinſamte Stellung einnahm, bemühte ſich der präſidirende Oeſtreicher, Graf Buol-Schauenſtein, die Bande zwiſchen ſich und ſeinen Collegen möglichſt eng zu knüpfen. Es gelang ihm das um ſo leichter, als Preußen fortdauernd das Kriegsweſen des Bundes im innigen Anſchluß an die Heere der beiden Großmächte zu ordnen wünſchte und Verhandlungen in dieſem Sinne mit Metternich pflog. Davon ließ Buol die übrigen Geſandten in geſchickteſter Weiſe grade ſo viel erfahren, wie nöthig war, um ſie mißtrauiſch zu machen, und wiederholte ſeinerſeits und im Namen ſeines Kaiſers unermüdlich die beruhigende Verſicherung, Alles thun zu wollen, um den Bund ſo kräftig und ſelbſtändig zu organiſiren wie möglich. Die Geſchäfte der erſten Zeit waren übrigens nicht danach angethan, große Aufmerkſamkeit und Theilnahme beim Volke zu erwecken; es handelte ſich um die Abwickelung allerlei rechtlicher Anſprüche, beſonders Penſionsbezüge, an das alte Reich und dergleichen mehr; über den Umfang der rechtlichen Befugniſſe der Verſammlung wurden langwierige und ermüdende Verhandlungen ohne recht greifbare Ergebniſſe gepflogen; höchſtens bei der Berathung über Bittſchriften und Beſchwerden berührte man Fragen, die lebhaftes Intereſſe gewährten. Dabei kam dann aber auch das Widerſtreben der abgeneigten Fürſten offen zu Tage, und einer von dieſen, der Kurfürſt von Heſſen, führte ſogar einen offenkundigen Scandal herbei. Dieſer 70jährige Fürſt fand Gefallen daran, in Deutſchland die Rolle des Königs von Sardinien zu ſpielen. Alles, was ſeit 1806 in ſeinem Lande geſchehen war, galt ihm wie nicht vorgefallen. Wie er ſelbſt den ganz ſinnlos gewordenen Kurfürſtentitel beibehielt, ſo behandelte er alle Beamten, als ob ſie ihre Aemter auch während der weſtfäliſchen Zeit unbehindert fortgeführt hätten, ertheilte dem Platzcommandanten von Hanau einen Verweis, weil er die vierteljährlichen Feſtungsberichte nicht eingeſandt, führte beim Militär die Zöpfe wieder ein, die in Gemäßheit einer Ordre von 1787 einen Fuß zwei Zoll lang ſein ſollten, und zwang die Käufer der Domänen, welche die weſtfäliſche Regierung veräußert hatte, zur Rückgabe ohne Entſchädigung. Einen von dieſen nun, den er ſo wider alles Recht aus ſeinem Beſitz vertreiben wollte und der ſich beſchwerdeführend an die Bundesverſammlung gewandt, hatte dieſe ſehr rückſichtsvoll zunächſt an den Landesfürſten zurückverwieſen, wenn er aber dort wider alles beſſere Erwarten kein Gehör finden ſollte, weitere Verwendung zugeſagt. Darauf mußte der kurheſſiſche Geſandte, und zwar auf ausdrücklichen Befehl ſeines Herrn zu öffentlichem Protocoll eine Verwahrung abgeben, die in ſehr auffallendem Tone ſich jede Einmiſchung in die innere Staatsverwaltung verbat. Natürlich wurde „dieſer erſte Verſuch, inneren Zwieſpalt zu erregen und die Würde der Bundesverſammlung durch eine Proteſtation, welche ganz die

Ihr Streit mit dem Kurfürſten von Heſſen.

Geſtalt eines Verweiſes annehme, zu verletzen", entſchloſſen und einmüthig zurückgewieſen. Die verſchiedenen Regierungen beſtätigten die Abſtimmung ihrer Geſandten zum Theil ſehr nachdrücklich; auch Metternich belobte den Grafen Buol wegen ſeines Verhaltens und tadelte die kurheſſiſche Regierung ſcharf. Aber dennoch ſah man dieſes ſelbſtändige Auftreten der frankfurter Geſandten an den großen Höfen nicht gern und wollte es nicht dahin kommen laſſen, daß die Verſammlung ſich gleichſam über einen der ſie beſchickenden Fürſten ſtelle. Es hatte daher dieſer Vorfall die ſchlimme Folge, daß die meiſten Geſandten ſich fortan weniger als bisher zu freien Entſchlüſſen berechtigt glaubten und in jedem Einzelfall erſt Inſtructionen einzuholen für nöthig fanden, wodurch der an ſich ſchon ſchwerfällige Geſchäftsgang in Frankfurt nach und nach zu einer wahren Schneckenpoſt wurde.

Verfaſſungen der Einzelſtaaten.

Von einer Volksvertretung am Bunde war natürlich keine Rede. Schon während der Wiener Conferenzen, als die Preſſe ſich darauf noch Hoffnung machte, hatte Wilh. v. Humboldt gemeint: dahin ſei noch ein weiter Weg. Um ſo lebhafter war in den Kreiſen, die ſich überhaupt noch mit Politik beſchäftigten, der Wunſch, wenigſtens in den Einzelſtaaten ſtändiſche Vertretungen zu erlangen. Die Bundesurkunde verhieß dies auch in ihrem §. 13. Oder, wie die Diplomaten witzelten, ſie prophezeite es doch. Denn aus der Zuſage des Weſſenberg'ſchen Entwurfes, daß binnen Jahresfriſt in allen Bundesſtaaten eine landſtändiſche Verfaſſung eingerichtet werden ſolle, war erſt der Termin des einen Jahres geſtrichen und endlich aus dem „ſoll beſtehen" ein bloßes „wird beſtehen" gemacht worden. Der Eifer, dieſe Prophezeiung zu erfüllen, war nun bei den verſchiedenen Regierungen ſehr verſchieden. Am größeſten war er bei den ſüddeutſchen; nicht etwa aus liberaler Schwärmerei oder Ueberzeugungstreue, ſondern aus einer ſehr richtigen Berechnung ihres Sondervortheils. Nichts lag dieſen Staaten mehr am Herzen, als ſich jede Einmiſchung des Bundes fern zu halten. Nun war dieſer zur Zeit noch keineswegs hinreichend organiſirt, um einen irgend gefährlichen Verſuch der Art zu machen; dazu war die Bundesacte, die einzige Grundlage ſeiner Thätigkeit, viel zu inhaltsleer. Es galt daher, die Zeit zu nutzen, um den Einzelſtaaten mittelſt neuer Verfaſſungen eine Wehr gegen künftige Anſprüche zu ſchaffen. Je feſter das einzelne Bundesgebiet ſeinen Organismus gefügt hatte, um ſo kräftiger konnte es Widerſtand leiſten, um ſo weniger Lücken bot es, in welche der Bund eingreifen konnte. Daß dieſe Berechnung es war, welche die ſüddeutſchen Fürſten zur Ertheilung von Verfaſſungen antrieb, beweiſt der Zeitpunct, in welchem ſie den Entſchluß dazu faßten. Sobald nämlich die Könige von Baiern und Würtemberg den erſten preußiſchen Bundesentwurf vom 13. Sept. 1814 und die darin allen Deutſchen verbürgten Rechte kennen lernten, ertheilten ſie ihren Miniſtern Befehl, Verfaſſungen auszuarbeiten und mit den alten Ständen zu vereinbaren, um dann, auf deren Zuſtimmung geſtützt, ſich allen weiteren Anforderungen widerſetzen zu können. Als die drohende Gefahr ſich mehr und mehr

Süddeutſchland.

verzog, mäßigte ſich dann zwar ihr Eifer, aber ſie waren doch klug genug, den eingeſchlagenen Weg nicht wieder zu verlaſſen und konnten ſchließlich auch nicht mehr zurück. Ja als der König von Preußen von ſeinen landſtändiſchen Ideen immer weiter abkam, gewann es für die ſüddeutſchen Fürſten ſogar einen neuen Reiz, ſie zu pflegen, und dadurch ſich dem norddeutſchen Großſtaat gegenüber in der öffentlichen Meinung einen Vorzug zu verſchaffen. So erhielten nach mehrjährigen Vorarbeiten Baiern am 26. Mai und Baden am 22. Auguſt 1818 eine Conſtitution, wie ſie den Anforderungen des damaligen Liberalismus entſprach. Der Großherzog von Baden verband damit noch ein beſonderes Ziel. Sein einziger ebenbürtiger Verwandter war ſein Oheim Ludwig; eine Seitenlinie des großherzoglichen Hauſes, die Grafen von Hochberg, galt nicht für gleichen Blutes. Darauf hin hatte Oeſtreich in einem pariſer Vertrage vom Juni 1814 für den Fall des Ausſterbens der Hauptlinie einen Theil des Landes Baiern zugeſichert. Aber weder das großherzogliche Haus, noch das Volk war mit dieſer Ausſicht zufrieden, und die Verfaſſung ſollte eine Waffe mehr werden, die bairiſchen Anſprüche zu bekämpfen. Sie verordnete deshalb gleich in ihren erſten Paragraphen, daß die Grafen von Hochberg, welche zu Markgrafen von Baden erhoben wurden, erbberechtigt ſeien. Ob dieſe Beſtimmung freilich von großer Wirkſamkeit geweſen wäre, wenn nicht andre, ſtärkere Einflüſſe dem Verlangen der Badener zu Hülfe gekommen wären, mag dahin geſtellt bleiben. Weſentlich durch Alexanders Druck bewogen, verzichtete Baiern noch 1818 gegen einige Abtretungen und zwei Millionen Gulden auf ſeine Anſprüche, und nach dem Tode des Großherzogs und ſeines Oheims beſtieg Leopold I. von der Hochberg'ſchen Linie wirklich 1830 den badiſchen Thron. Ein lebhafteres Intereſſe noch, als die Ertheilung der bairiſchen und der badiſchen Verfaſſung, erregten in ganz Deutſchland die Verhandlungen und Kämpfe in Würtemberg. Hier hatte der despotiſche König Friedrich I., ein echter Rheinbundsfürſt und glühender Anhänger Napoleons, im Jahre 1806 die alten rechtmäßigen Stände eigenmächtig aufgelöſt. Als er nun 1815 dem Lande eine neue Conſtitution geben wollte, mußte er den Aerger erleben, daß die Vertreter, welche er einberief, ſein Angebot ablehnten und kurz und gut die frühere Verfaſſung zurückverlangten. Trotz der Mängel, welche dieſe hatte, und trotz ihrer veralteten Beſtimmungen ſchien es den Würtembergern wünſchenswerther, von einem anerkannt geſetzmäßigen und hiſtoriſch gewordenen Boden aus ihre Zuſtände weiter zu entwickeln, als von der Gnade des Königs etwas anzunehmen, was ſeine Willkür vielleicht über kurz oder lang wieder zurückfordern konnte. Einem Character wie Friedrich I. gegenüber war dies Verfahren wohl nicht unzweckmäßig, obgleich es in jedem Falle Alles an Alles ſetzen hieß. Durchaus unpractiſch und unpolitiſch mußte es jedoch erſcheinen, als nach Friedrichs Tode 1816 die Stände auch deſſen Sohne, dem freiſinnig und deutſch geſinnten König Wilhelm, gegenüber in ihrer Weigerung beharrten und einen ſehr liberalen Entwurf, den er ihnen durch den Miniſter v. Wangenheim vorlegen ließ, einfach zurückwieſen, weil ſie

Baden.

Würtemberg.

auf der Wiederherſtellung des Tübinger Vertrags von 1514 beſtehen müßten. Das Gebotene kam aus zuverläſſiger Hand und war zeitgemäßer und beſſer als das Verlangte; dennoch ließen die Würtemberger von ihrem Widerſtande nicht ab und ſtimmten jubelnd in Uhlands Verſe ein:

Noch iſt kein Fürſt ſo hoch gefürſtet,
So auserwählt kein ird'ſcher Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürſtet,
Er ſie mit Freiheit tränken kann,
Daß er allein in ſeinen Händen
Den Reichthum alles Rechtes hält,
Um an die Völker auszuſpenden
So viel, ſo wenig ihm gefällt.

König Wilhelm brach die Verhandlungen trotz der gereizten Stimmung, die im Lande herrſchte, nicht ab, und theils ſeiner Klugheit, theils der Beſorgniß der Stände, ſie möchten doch am Ende ihre alte ſchlechte Verfaſſung nicht wieder erhalten und die gute neue obendrein verſcherzen, war es zu danken, daß am 26. Sept. 1819, grade als die Reaction mit Macht ihr Haupt erhob, eine Vereinbarung ſtattfand, die das Land in die Reihe der conſtitutionellen Staaten einführte.

Die kleineren Staaten.

Erſt zwei Jahre ſpäter, 1821, geſchah ein Gleiches in Heſſen-Darmſtadt; damit war aber die Reihe der einigermaßen beträchtlichen Staaten, welche moderne Verfaſſungen bekamen, erſchöpft; von den kleineren Ländern waren auch Naſſau, Lippe, Liechtenſtein und die ſächſiſchen Herzogthümer glücklich in den Hafen eingelaufen; ihre Conſtitutionen enthielten zum Theil ſehr eigenthümliche Beſtimmungen; ſo forderte man in Liechtenſtein von den Abgeordneten, daß ſie liegende Gründe von einem beſtimmten Werth und „eine verträgliche Gemüthsart" beſäßen. Sachſen-Weimar war den andern Kleinſtaaten voraus; denn Carl Auguſt, Goethe's Freund, war der erſte deutſche Fürſt, der den §. 13 der Bundesurkunde erfüllte; er hatte ſeinem Ländchen ſchon am 5. Mai 1816 eine Verfaſſung ertheilt und überdies durch Aufhebung der Cenſur und Einführung der Preßfreiheit ſeine liberalen Geſinnungen practiſch bethätigt.

Norddeutſchland.

Weſentlich anders hatten ſich die Sachen in Norddeutſchland gemacht, ſo daß im Jahre 1819 ein Mann, der die franzöſirenden ſüddeutſchen Conſtitutionen nicht ſehr liebte, wohl aber ſtändiſche Vertretung überall hergeſtellt zu ſehen wünſchte, Joſeph Görres, in die Klage ausbrechen konnte: während die eine Hälfte Deutſchlands ſich im Veitstanze bewege, ſei die andre wie vom Schlagfluß gelähmt. Die Verfaſſungen einzelner Staaten konnten gradezu für Curioſitäten gelten. So zerfielen die königlich ſächſiſchen Landſtände in 7 Abtheilungen, die ſich niemals als Ganzes verſammelten, von denen aber zwei, die der Ritterſchaft und der Städte, nach den Kreiſen des Landes wieder in Unterabtheilungen gegliedert waren, ſo daß der Volkswitz mit Recht ſagen durfte: der Landtag ſpiele Kämmerchen. In Mecklenburg war grade wie heutzutage die Regierung einer Reform wohl zugeneigt; denn thatſächlich beſaß ſie zwar in einem Theile ihres Landes, dem Domanium, un-

umſchränkte Gewalt; aber dafür war ſie in dem andern Theile gänzlich machtlos gegenüber der Ritter- und Landſchaft, die deshalb von keiner Neuerung etwas hören wollte und beiſpielsweiſe jede Steuerreform verweigerte, weil die Abgaben ja vor 60 Jahren auf ewige Zeiten feſtgeſetzt ſeien. In Oldenburg gab es trotz Artikel 13 der Bundesacte überhaupt keine Vertretung des Volkes, weil der Herzog meinte, man wolle lieber erſt abwarten, wie die neue Einrichtung ſich in andern Ländern bewähre. In Hannover hätte der Adel am liebſten die 14 verſchiedenen Verfaſſungen wiederhergeſtellt, die vor der franzöſiſchen Zeit beſtanden; allein hier griff die Regierung entſchieden durch, indem ſie einen „Allgemeinen Landtag" einberief, deſſen Zuſammenſetzung freilich den gerechten Anſprüchen des Volkes durchaus nicht entſprach. Beiſpielsweiſe waren dem Adel 43, dem Bauernſtande 3 Vertreter zugeſtanden. Kein Wunder daher, wenn die Verſammlung ſo reactionär wie möglich war, die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen verweigerte, die Herſtellung einer hannoverſchen Münz- und Maaßeinheit verwarf und kaum die Einführung einer gleichmäßigen Beſteuerung genehmigte. Es hat kein Intereſſe, auf die Verfaſſungen auch der übrigen norddeutſchen Staaten einzugehen. Sie alle theilten mehr oder minder den vorſündflutlichen Character der eben geſchilderten und entſprachen in keiner Weiſe den Forderungen des Liberalismus; ſie alle knüpften an das mittelalterliche Ständeweſen an und begünſtigten den Adel und die Geiſtlichkeit vor dem Bürger und vollends vor dem Bauer; ſie waren der grade Gegenſatz zu dem, was die Zeit verlangte, zu dem ſogenannten Repräſentativſyſtem, das jedem Staatsbürger, der eine beſtimmte Steuerkraft aufzuweiſen vermochte, das gleiche Wahlrecht und alſo den gleichen Einfluß auf die Zuſammenſetzung der Landesvertretung geben wollte. Allein ſie erfüllten doch wenigſtens dem Buchſtaben nach die Zuſicherungen der Bundesacte. In dem größeſten Staate, in Preußen, blieb jedoch auch dieſer Buchſtabe unerfüllt, obgleich ihm durch das feierliche Verſprechen des Königs eine erhöhte Bedeutung zu Theil geworden war. Für Preußens innere Entwicklung wie für ſeine Stellung in Deutſchland erwies ſich dieſer Mangel als ein ſchwerſchädigender Uebelſtand.

Die Verfaſſungsfrage in Preußen.

Beim Wiederbeginn des Kampfes gegen Napoleon hatte Friedrich Wilhelm III. von Wien aus am 22. Mai 1815 ein Geſetz erlaſſen, in deſſen Einleitungsworten er verſprach, der preußiſchen Nation als Pfand ſeines Vertrauens in ſchriftlicher Urkunde eine Verfaſſung zu geben. Als Grundzüge derſelben wurden hingeſtellt, daß Provinzialſtände überall da, wo ſie exiſtirten, erhalten, wo ſie aber noch nicht exiſtirten, eingeführt werden ſollten. Aus den Provinzialſtänden ſolle eine Landesrepräſentation in Berlin gewählt werden, deren Aufgabe es ſei, *berathend* bei allen Geſetzen mitzuwirken, welche die perſönlichen und die Eigenthumsverhältniſſe der Staatsbürger beträfen. Ein entſcheidendes *Beſchlußrecht* war den Ständen alſo von vornherein nicht zugeſagt und lag auch ſpäter niemals in der Abſicht des Königs. Ein Ausſchuß unter dem Vorſitz des Staatskanzlers von

Hardenberg ſollte am 1. September in Berlin zuſammentreten, um den Verfaſſungsentwurf auszuarbeiten. Dieſe königliche Zuſicherung wurde in den nächſten Wochen in den verſchiedenen Patenten, durch welche der Monarch von den ihm neu zugefallenen Landestheilen Beſitz ergriff, feierlich wiederholt. Allein der 1. September kam heran, ohne daß die Commiſſion zuſammentrat. Freilich gab es dafür zunächſt hinreichende Entſchuldigung in der politiſchen Geſammtlage; denn noch war der zweite Pariſer Friede nicht geſchloſſen, noch weilte der König ſelbſt und mit ihm der Staatscanzler in Paris. Aber auch als beide in die Hauptſtadt zurückgekehrt waren, hörte man nichts von dem Zuſammentritte der verheißenen Commiſſion, und bald genug trat es hell an den Tag, daß nicht in äußeren zwingenden Gründen, auch nicht in den inneren Schwierigkeiten der Verfaſſungsangelegenheit, ſondern in der perſönlichen Umſtimmung des Königs der Anlaß dieſer Verzögerung zu ſuchen ſei. Es gab am Berliner Hofe eine ſehr große und wohl organiſirte Partei, die in der Verhütung einer Verfaſſung, in der Erhaltung der alten unumſchränkten Regierungsform ihre Hauptaufgabe ſah. An ihrer Spitze ſtanden der Polizeiminiſter Wittgenſtein, von dem man ſagte, daß er dem Könige als Spucknapf ſeiner Launen diene, der Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz, der General von dem Kneſebeck; Tauentzien, v. d. Goltz, Bülow, Schuckmann und eine lange Reihe anderer einflußreicher Männer ſchloſſen ſich ihnen an. Wie ſie es anfingen, um den König von der Erfüllung ſeines Verſprechens zurückzuhalten, iſt mit voller Sicherheit nicht erkennbar; im Ganzen und Großen aber laſſen ſich die Gründe und die Mittel, deren ſie ſich bedienten, wohl herausfinden. Ihre erſte Aufgabe mußte ſein: Zeit zu gewinnen; es galt dem König begreiflich zu machen, daß es beſſer ſei, mit der Berufung der Landſtände noch zu warten. Preußen war ſoeben durch neue Provinzen vergrößert worden; zu den 5 Millionen, welche den Staat von 1814 bildeten, waren $5^1/_2$ Million neuer Unterthanen hinzugetreten, die, vor Kurzem noch zu mehr als hundert deutſchen Territorien gehörig, bis dahin von den Geſetzen von neun verſchiedenen Staaten regiert waren. Von ihren Vertretern durfte man ſchwerlich eine wirklich preußiſche Haltung erwarten. Sachſen, Poſen und die Rheinlande murrten und ſchmollten; ihre Repräſentanten hätten in einem preußiſchen Landtage von vornherein eine gehäſſige Oppoſition gebildet, welche die innere Feſtigung des Staates in ſeinen neuen Grenzen ernſtlich gefährden konnte. Dieſer Grund, dem es nicht an ſachlicher Kraft fehlte, mußte in den Augen des Königs einen Aufſchub durchaus rechtfertigen. Damit aber war viel gewonnen. Denn aus denſelben Gründen konnte man auch die Berufung polniſcher, ſächſiſcher, rheiniſcher und in weiterer Folge — um keine Provinz zurückzuſetzen — aller Provinzialſtände anrathen, und ſo lange dieſe ihre Thätigkeit nicht begonnen, ja ihre Geſtaltung überhaupt noch nicht erhalten hatten, war man vor allgemeinen Ständen völlig ſicher. Die Gewiſſensbedenken, welche der König über den Bruch ſeines Wortes empfand, wurden durch den Hinweis darauf beſchwichtigt,

Die Gegner.

Verzögerung der Sache.

Bearbeitung des Königs.

daß die Wohlfahrt des Landes ein ſolches Verfahren erheiſche. Berichtet doch der Biſchof Eylert, des Königs Vertrauter, in deſſen Biographie: er habe gehandelt wie ein weiſer Vater, der, gerührt von der anhänglichen Liebe ſeiner Kinder, an ſeinem Geburts- oder Geneſungstage gefällig iſt und auf ihre Wünſche eingeht, dann aber mit Ruhe dieſelben modificirt und ſeine Autorität aufrecht erhält. Wenn er überzeugt wäre, ſo äußerte der König wohl, daß eine Verfaſſung zum wahren Beſten des Landes gereiche, ſo würde er zu jeder Aufopferung bereit ſein; ſo aber müſſe er erſt abwarten, ob ſich die Sache in fremden Ländern bewähre. Und als ihm ſpäter die Erfahrung das Gegentheil zu beweiſen ſchien, da machte er eben deshalb dem Staatskanzler die Verordnung von 1815 als argen Mißgriff zum ſchweren Vorwurf, weil er fühlte, daß ſein Verſprechen ihm eine Verpflichtung auferlege, und weil er die Einlöſung dieſes Verſprechens doch für eine Schädigung des Landes hielt. Um aber in dem Könige die Ueberzeugung wach zu rufen, daß wirklich ein revolutionärer und preußenfeindlicher Geiſt in der Bevölkerung herrſche, dazu dienten zunächſt die thatſächlichen Bezeugungen dieſes Geiſtes, wie der Aufſtand der ſächſiſchen Soldaten zu Lüttich im Mai 1815, das Bewerfen der preußiſchen Wappenſchilder, woran ſich die naumburger Straßenjugend ergötzte, der ungewohnt freie kritiſche Ton, den das Hauptblatt der rheiniſchen Preſſe, der Rheiniſche Mercur, unter Görres' Leitung, anſchlug. Die Rückſchrittspartei war nicht müßig, dieſe und ähnliche Vorkommniſſe auszubeuten. Was ihre Häupter im Privatgeſpräch mit dem Könige erörterten, das ließ man durch den Kaiſer Alexander, deſſen Revolutionsfurcht leicht rege zu machen war, mit größerem Gewicht wiederholen, das ließ man durch gewandte Federn, über die man verfügte, in vertraulichen Staatsſchriften eingehend begründen und dem Könige mundgerecht machen. Schon im März und April 1815 waren ein paar ſolcher Abhandlungen dem Staatscanzler überreicht worden, um das Verſprechen einer Verfaſſung zu hintertreiben. Da der König trotzdem das Mai-Edict genehmigte, wandte ſich der Hofrath Janke im Auguſt, ohne Zweifel in höherem Auftrage, direct an den Monarchen mit allerlei Angebereien, die den gefährlichen Geiſt, der in Deutſchland herrſche, beweiſen ſollten, und ſeine Erörterungen wurden dann wiederum durch eine lange Abhandlung unterſtützt, mittelſt deren man den König im November über die geheimen politiſchen Verbindungen zu belehren oder zu beunruhigen ſuchte. Denn dieſe geheimen Verbindungen mußten den Hauptſtoff zu den Verdächtigungen liefern, und unter ihnen wieder vorzugsweiſe der Tugendbund, der bekanntlich zur Zeit der Fremdherrſchaft ein ſehr unſchuldiges Daſein geführt hatte und dem nunmehr nachgeſagt wurde, daß er die gefährlichen Ideen, die in der Zeit der Noth in Umlauf gekommen ſeien, nähre, und ihnen durch die angeſehene Stellung ſeiner Mitglieder, unter denen ſich Generale und Diplomaten befänden, erſt Kraft und Anſehn gebe. Während der König ſelbſt auf ſolche Weiſe mit dieſen Gedankenkreiſen vertraut gemacht war,

Das Schreckmittel der Geheimbünde.

Die Schmalz'ſche Schrift.

begann die Partei in ſehr geſchickter Art ſie ihm auch durch die Preſſe nahe legen zu laſſen. Der Hofrath Schmalz, ein Schwager des edlen Scharnhorſt, mußte dieſelben Ideen in einem Schriftchen verarbeiten, das im September 1815 erſchien. Daß ſich dagegen ein gewaltiger Sturm erhob und eine Flut von Antworten die erhobenen Anſchuldigungen zurückwies, war den Parteiintereſſen nur förderlich. Denn grade das war dem Könige, der ſich nicht gern „geniren" und beunruhigen ließ, höchſt verdrießlich, während ſeinem proſaiſchen Gemüthe nichts mehr zuſagte, als die Behauptung, zu welcher Schmalz ſich verſtiegen hatte, daß ein begeiſterter Aufſchwung des Volkes ſich 1813 mit Nichten gezeigt, daß vielmehr die Nation ſich nur aus Gehorſam für ihren König erhoben habe, ſo wie man bei einer Feuersbrunſt aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löſchen herbeieile. Als nun die gründliche Verarbeitung, welche dem Schmalz'ſchen Machwerke in Zeitungsaufſätzen und Gegenſchriften zu Theil wurde, der allgemeinen Entrüſtung den kräftigſten Ausdruck verlieh, da war es wiederum nicht ſchwer, den König zu einem Einſchreiten zu bewegen, theils um dem ungerecht leidenden Verfechter königstreuer Ideen eine Genugthuung zu bereiten, theils um das unbehagliche Gezänk zur Ruhe zu bringen. Es war ein großer Sieg, den die Rückſchrittspartei erfocht, als der König dem Streit in der Preſſe durch eine Verordnung Stillſchweigen gebot; ein noch größerer, als er dem Angeber zur Belohnung einen Orden verlieh. Zu dieſem verfänglichen Schritte hätte es niemals kommen können, wenn Hardenberg, hinter deſſen Rücken derſelbe geſchah, beim Könige die Stellung eingenommen hätte, die ihm zukam. Aber dieſer Staatsmann, an deſſen liberalen Grundſätzen man nicht zweifeln konnte, liebte ſein Amt doch noch viel mehr, als ſeine Grundſätze. Die Schwächen des Alters klopften bei ihm vernehmlich an; ſeine Schwerhörigkeit nahm ſo zu, daß ſie ihn ſehr in den Geſchäften behinderte; trotzdem wollte er Alles ſelbſt beſorgen und verzögerte dadurch oft die wichtigſten Dinge. Rathgeber und Gehülfen konnte er ja ſchlechterdings nicht entbehren; aber er ſuchte ſie möglichſt in ſolchen Kreiſen, aus denen ihm keine Nebenbuhler erſtehen konnten. Männer von Rang und Talent, wie Wilhelm von Humboldt, wünſchte er ſich und dem Könige möglichſt fern zu halten, damit ſie ihm nicht über Nacht zu Nachfolgern erwüchſen. Um ihn ſammelte ſich eine Schaar von talentvollen, aber durch ihren Character keineswegs ausgezeichneten Günſtlingen, denen er einen bedenklichen Einfluß einzuräumen ſich gewöhnte. Dem Könige kräftig entgegen zu treten, wagte er nicht, weil er ſich ſein Amt bis an ſeinen Tod zu erhalten wünſchte. Mochte Gneiſenau ihn auf das Lebhafteſte antreiben, gegen die Auszeichnung, die Schmalz zu Theil wurde, aufzutreten, mochte Blücher ungeberdig mit Hundsföttern um ſich werfen, der Staatscanzler ſchwieg ſtill und ließ ſich die Ohrfeige gefallen. Aber die öffentliche Meinung, ſoweit ſie überhaupt ſich ausſprach, war nicht ſo geduldig, und ein ingrimmiger Haß gegen Schmalz und Genoſſen griff Platz.

Hardenbergs Schwäche.

Nun auf, ihr Burſchen, frei und ſchnell, ſang Follen,
Ihr Brüder du und du!
Noch bellt der Kamptz- und Schmalz-Geſell,
Der Bel- und Kotzebue.

Zum Unglück für die liberalen Ideen war es leider vorzugsweiſe die Jugend, welche ſie treu und ausharrend pflegte, während die erwachſenen Vorkämpfer entweder allein ſtanden, oder eigenſinnig abſonderliche Ideale verfolgten, oder auch von dem jugendlich unreifen Tone ſich anſtecken ließen, ja ihn vielfach nährten. Männer wie Humboldt, Vincke, Schön und Andre, die vereinigt Großes hätten erreichen und dem Staatscanzler einen feſten Rückhalt bieten können, ſtanden entweder zu dieſem in einem lauen, ja widrigen perſönlichen Verhältniß, oder ſie waren in den Provinzen zerſtreut. Männer wie Stein, Stägemann, Niebuhr, Gneiſenau verfochten zum Theil überwundene und unmögliche Ideen, wie die Bevorrechtung des Adels, die Herſtellung eines Patriciates in den Städten, die ſelbſtändige Verwaltung der Provinzen und Aehnliches. Endlich war da die dritte Claſſe, Männer, die im engſten Verkehr mit der rührigen Jugend ſtanden, aber auch am meiſten in deren unreife Begeiſterung verſtrickt waren. Der ausgeprägteſte Character unter dieſen Leuten war der Turnvater Jahn, den Arndt wohlwollend einen gereinigten Eulenſpiegel, Stein aber einen fratzenhaften, dünkelvollen Narren ſchalt. Dafür pries der deutſche Student um ſo begeiſterter den Mann, „der für des Volks urheil'ge Rechte auf der Freiheit Rennlaufsbahn" voranſchreite und die Jugend hinausführe in die friſche freie Luft, wo der Sinn für das öffentliche Leben und ſeine Aufrichtigkeit gedeihe. Seine verrückteſten Ideen fanden den lauteſten Beifall. Sein wüſter Franzoſenhaß weckte das kräftigſte Echo in den Kämpfern der Freiheitskriege. Bezeichnend war ſein Vorſchlag, an der Grenze gegen Frankreich einen wilden Wald, eine Hamme, wie er es nannte, mit Auerochſen, reißenden Beſtien und Grenzwächtern anzulegen und ſo jeden Verkehr mit den welſchen Nachbarn abzuſchneiden. Ein urdeutſches Volksthum ſollte wieder hergeſtellt werden; mit ſchwärmeriſcher Verehrung ſprach man von den Teutonen und Cheruskern; der freie Burſchenton ſollte die Herrleinſitten verdrängen, „Wanderart und Turnerfahrt die Stubenwacht und Ofenpacht, ſo die Herzen weich gemacht." Ihren Mittelpunct fand dieſe reformatoriſche Bewegung, die ſich äußerlich in ſchwarzſammtnen Schnürenröcken und ſchwarz-roth-goldenen Pfeifentroddeln kund gab, in der allgemeinen deutſchen Burſchenſchaft. Schon 1810 hatte Fichte bei der Gründung der Univerſität Berlin die dortigen Studenten mit Hardenbergs Vorwiſſen zu einer ſolchen Burſchenſchaft zu vereinigen geſucht, um das rohe Treiben der Landsmannſchaften, welches in jener Zeit die meiſten Hochſchulen beherrſchte, von vorn herein auszuſchließen. Aehnliche Verſuche waren in den nächſten Jahren auch in Gießen gemacht worden und nicht ganz ohne Erfolg. Wirklich entſcheidend aber wurde der Vorgang Jenas, wo die Burſchenſchaft ſich am 12. Juni 1815 begründete und von wo ſich ihr Gedanke über eine große Anzahl anderer

Die Deutſchthümelei.

Die Burſchenſchaft.

Univerſitäten verbreitete. Eine unmittelbare politiſche Wirkſamkeit beabſichtigte ſie übrigens in dieſen erſten Jahren noch nicht; dieſe Beſtrebungen gehören erſt der Zeit nach 1817 an; aber der Wunſch, das nationale Leben in der deutſchen Jugend zu wecken, das aufreizende Treiben, das unerläßlich damit verbunden war, der jugendliche Leichtſinn, der unbeſonnen mit kecken und verfänglichen Worten um ſich warf, machten die Burſchenſchaft von vorn herein für die Rückſchrittler zu einem Gegenſtande ſorgfältiger Beobachtung und zu einem Popanz, den geſchickt zu verwerthen man nicht unterlaſſen dürfe.

Unſicheres Schwanken in Berlin.

Denn allerdings war damit, daß die Verfaſſungscommiſſion, welche am 1. Sept. 1815 hatte zuſammentreten ſollen, noch immer nicht exiſtirte, das Spiel der Reactionäre noch keineswegs gewonnen. Friedrich Wilhelm hatte ſich überzeugen laſſen, daß er die Ertheilung einer Conſtitution noch verſchieben müſſe, aber an ſein Verſprechen hielt er ſich nichtsdeſtoweniger innerlich ſo ſehr gebunden, daß er noch 1818 auf dem Congreß zu Aachen äußerte, wenn er die Verfaſſung verliehen habe, dann könne er ruhig ſterben. Auch verübelte ihm die öffentliche Meinung das bisherige Zögern nicht in allzu hohem Maße. Entſchieden liberale Blätter, wie Ludens Nemeſis, bezeichneten ihn noch 1816 als „einen der edelſten, hochgeſinnten, vortrefflichen Monarchen, der kein andres Ziel kenne als das Glück ſeines Volkes“. Die offene Begünſtigung von Schmalz, die Unterdrückung des Rheiniſchen Mercurs, der im Januar 1816 aufhören mußte zu erſcheinen, der öffentliche Tadel, welcher dabei dem Ober-Präſidenten der Rheinprovinz wegen der „bisher geſtatteten Freiheiten“ ertheilt wurde, die Verſetzung deſſelben nach Pommern, die Aufhebung des Tugendbundes, änderten allerdings dies Urtheil vielfach und es mehrten ſich die

Der Staatsrath.

Klagen über die ſteigende Reaction. Allein neben dieſen bedenklichen Zeichen fehlten doch auch andrerſeits die Spuren nicht, daß die liberale Strömung den Kampf unverdroſſen fortſetze. Einen großen Triumph feierte ſie beſonders, als am 20. Mai 1817 der Staatsrath eröffnet und in deſſen Schooß alsbald ein Ausſchuß von 22 Mitgliedern für die Verfaſſungsangelegenheit gebildet wurde. Freilich hielt dieſer in der erſten Seſſion des Staatsrathes, die bis in den Juli 1817 dauerte, nur eine Sitzung, deren Ergebniß war, daß auf des Königs Wunſch drei Commiſſarien (Altenſtein, Beyme und Klewitz), in die einzelnen Provinzen geſchickt wurden, um dort aus dem Studium der früheren Verfaſſungen und aus der Berathung mit angeſehenen Einwohnern Stoff für weitere Beſchlüſſe in der nächſten Sitzungsperiode des Staatsraths, die für gewöhnlich vom 1. Sept. bis zum letzten Mai lief, zu ſammeln. Immerhin war das aber ein beträchtlicher Fortſchritt und die Hoffnungen der Verfaſſungsfreunde, die durch Adreſſen an den König und an den Bundestag ihre Sache noch ſchneller zu fördern dachten, ſtiegen ſehr. Das meiſte Vertrauen

Wilhelm von Humboldt.

ſetzten ſie auf Wilh. von Humboldt, der, wie man hörte, im Staatsrath als Führer der Oppoſition ſich geltend gemacht und durch eine energiſche Bekämpfung neuer Steuerpläne den bisherigen Finanzmi-

nister von Bülow gestürzt hatte. Man sprach schon davon, daß Hardenbergs Tage gezählt seien und Humboldt ihn ersetzen werde. Aber diese Gefahr, wenn sie bestand, wußte der Staatscanzler geschickt zu beseitigen; einmal dadurch, daß er Humboldt als Gesandten nach London schickte, und zweitens durch ein verstärktes Liebäugeln mit liberalen Ideen, das seinen Gipfelpunct in einer preußischen Erklärung am Bundestag (5. Febr. 1818) erreichte, worin die bisherige Verzögerung der Verfassung entschuldigt und für ihrem Ende nahe erklärt wurde; die Provinzialstände, so hieß es, würden bald ins Leben treten, die Gesammtverfassung ihnen folgen; übers Jahr denke die Regierung dem Bundestage weitere Mittheilungen machen zu können. Erklärung am Bundestage.

Je mehr die Rückschrittspartei durch diesen Gang der Dinge an Boden verlor, desto eifriger arbeitete man von Wien und Petersburg aus sie zu stützen und fand dabei leider die besten Bundesgenossen in den allzuglühenden Vorkämpfern der liberalen Sache in der Presse und der öffentlichen Meinung. Zwei Ereignisse, die studentische Wartburgfeier vom 18. Oct. 1817, und die rheinische Adreßdeputation vom 18. Jan. 1818, dienten ihren Plänen, das eine, indem es von ihnen geschickt ausgebeutet wurde, das andre, indem es den König unmittelbar verletzte. Die Burschenschaft hatte in den zwei Jahren, die sie nunmehr bestand, kräftige Wurzeln auf den Hochschulen geschlagen; es schien jetzt an der Zeit sie auch äußerlich in ihren einzelnen Zweigen zusammenzufassen, und so wurde auf den 18. Oct. 1817 eine große Versammlung nach der Wartburg ausgeschrieben, um dort „das dreifache Fest der Reformation, des Sieges bei Leipzig und der ersten freudigen und freundschaftlichen Zusammenkunft deutscher Burschen" zu begehen. Die städtischen Behörden von Eisenach, die Geistlichkeit, einige jenenser Professoren nahmen Theil; an alle protestantischen Universitäten ergingen die Ausschreiben; von allen bis auf vier erschienen Abgesandte; doch war die große Mehrzahl der 500 Theilnehmer natürlich von Jena herbeigekommen. Das Fest hatte einen ernsten religiösen Anstrich; es fehlte nicht zum Beginn und Schluß der feierlichen Versammlung im Rittersaale der Burg der Choralgesang und der apostolische Segen; auch eine Abendmahlsfeier, an der sich über 200 Studenten betheiligten, fand am zweiten Tage statt. Die Reden hatten einen ernsten, schwungvollen, aber vorwiegend unpolitischen Character; und wenn ja von dem Einen geklagt wurde, daß so viel schöne Hoffnungen vereitelt seien; wenn ein Andrer trauernd ausrief, daß nur ein Fürst fürstlich sein Wort gelöst und eine Verfassung ertheilt habe, so mahnten andre Stimmen, besonders der treffliche Professor Oken, von Selbstüberhebung ab, denn es gezieme dem Burschen nicht zu bereden, was im Staate geschehen solle oder nicht, andre riefen auf zu frischer Hoffnung und Vertrauen in die deutsche Zukunft. Schon war das eigentliche Fest zu Ende und sein practischer Ertrag der Beschluß, eine allgemeine deutsche Burschenschaft ins Leben zu rufen; auf den Höhen des Wartenberges, der Wartburg gegenüber, brannten im abendlichen Dunkel, wie rings Das Wartburgfest.

auf den Bergen umher, die Octoberfeuer. Da führte ein kleinerer Kreis ein satirisches Nachspiel auf. Der Student Maaßmann schleppte ohne Wissen des Festausschusses einen Korb voll Bücher herbei; in der Hand eine Heugabel und mit großen schwarzen Zetteln versehen, auf welchen mit fernscheinenden Buchstaben die Namen der Verdammten geschrieben standen, erschienen einige Burschen an dem meistlodernden Holzstoß. Laut wurden die Titel der Bücher verlesen und dann die Zettel, auf denen sie standen, bei einigen auch das Buch selbst mit der Heugabel den Flammen übergeben. So wanderten neben einem Schriftchen Immermanns gegen die Burschenschaft Kotzebue's deutsche Geschichte, des Herrn von Kamptz Codex der Gensdarmerie und Schmalzens verhaßte Denunciation, überdies Schriften von Haller, Ancillon, Wangenheim u. A. Alles in Allem 28 Bücher ins Feuer, zur Nachahmung von Luthers Bullenverbrennung, als Kundgebung „des grimmigen Hasses gegen alle Bösen und Buben im Vaterlande", und hinter ihnen drein flogen ein hessischer Zopf, ein östreichischer Corporalstock und ein preußischer Gardistenschnürleib. Es war eine Handlung jugendlichen Leichtsinnes und Uebermuthes, die auch wohlwollende Männer wie Stein und Niebuhr ärgerte und empörte, besonders da sie in übertriebener Weise berichtet und zu den verbrannten Schriften auch die Wiener Congreß-Acte und die Urkunde des heiligen Bundes gefügt wurde. Vollends auf die reactionäre Partei wirkte das Ereigniß wie ein heftiger galvanischer Reiz. In hellem Zorne erhoben sich die Betroffenen. Herr von Kamptz verlangte in einem unverschämten Schreiben an den Großherzog von Weimar Schutz gegen den Haufen verwildeter Professoren und verführter Studenten und gegen die durch Feuer und Mistgabeln von Schwärmern und Unmündigen geübte Censur. Fürst Hardenberg und der östreichische Gesandte in Berlin, Graf Zichy, reisten in Person nach Weimar und Jena, um die Unthat in nächster Nähe zu studiren, überzeugten sich übrigens, daß die Sache nicht so schlimm sei, wie man sie dargestellt habe. Aus Petersburg und Paris trafen Noten ein, die zu recht entschiedenem Vorgehen mahnten; kurz, vier Großmächte voran, erhob sich Alles wider Weimar und die Studenten, so daß dem Großherzog nichts übrig blieb, als die Preßfreiheit wieder mit einem Censurgesetz zu vertauschen, die projectirte Burschenzeitung zu untersagen, die andern Zeitungen scharf zu verwarnen und gegen die betheiligten Professoren eine Untersuchung einzuleiten. Allein sein Verhalten dabei zeigte deutlich, wie er nur dem äußeren Zwang gehorche, und seine Stellung zu seinen Unterthanen wurde deshalb nicht im Mindesten getrübt.

Ausnutzung durch die Reaction.

Dem Könige von Preußen war das Burschenfest natürlich so sehr zuwider gewesen, wie nur irgend möglich; die fortdauernde Discussion, die damit verknüpft war, und die sich noch Monate hinzog, genirte ihn sehr; vollends ging ihm aber die Geduld aus, als das zweite vorhin erwähnte Ereigniß, die rheinische Adreßdeputation, hinzu kam. Hardenberg begab sich nämlich im Winter 1817—18 an den Rhein, um die dortigen Stimmungen und Verhältnisse kennen zu lernen. Die

Die rheinische Adresse.

neue Provinz war keineswegs mit ihrer Lage zufrieden; neben vielem guten Willen hatte die Regierung doch auch viel Ungeſchick gezeigt; wenn es einen guten Eindruck machen mußte, daß der König in der herrſchenden Hungersnoth für 2 Mill. Thlr. Oſtſeegetreide ankaufen ließ, ſo war andrerſeits beſonders durch die Behandlung der Perſonenfragen viel Mißſtimmung hervorgerufen. Jetzt forderte der Canzler öffentlich auf, Jeder, der etwas zum Beſten des Landes vorzubringen habe, möge es ihm mittheilen. Dieſe Einladung benutzte Görres, der eifrige katholiſche Agitator für ſtändiſche Verfaſſung, um eine Adreſſe zu Stande zu bringen, die er am 12. Januar an der Spitze von 18 Perſonen aus den verſchiedenſten Ständen Namens vieler hundert Gemeinden und mit etwa 5000 Unterſchriften verſehen dem Staatscanzler überreichte. Ueber den ſehr wohlwollenden Empfang berichtete er öffentlich in einem Adreßbüchlein. Auch dieſes fand bei Hardenberg eine recht gute Aufnahme und freundlichen Dank. Aber in Berlin verletzte der Ton der Einleitung und des Nachſatzes aufs Aeußerſte; der Kronprinz mußte das Widmungsexemplar mit einem bittren Briefe zurückſchicken laſſen; der Canzler wurde ungnädig zurecht gewieſen, und während noch am 5. Februar die erwähnte verfaſſungsfreundliche Erklärung am Bundestag erfolgt war, erging am 21. März eine königliche Cabinetsordre, nach welcher Se. Maj. ſich vorbehalte die Zeit zu beſtimmen, welche zur Ertheilung einer Verfaſſung geeignet ſei. Höchſt wahrſcheinlich hing dieſer Befehl mit erneuten Berathungen im Staatsrath zuſammen, in deſſen Schooß ſich mittlerweile drei Gruppen gebildet hatten: die eine der entſchiedenen Verfaſſungsfreunde wie W. v. Humboldt, Stägemann, Gneiſenau, Grolmann, Beyme, Boyen, Eichhorn; die zweite der entſchiedenen Gegner unter Savigny's Führung; endlich eine dritte vermittelnde, für welche Ancillon das Wort in dem Sinne führte, daß man Nichts übereilen dürfe, und daß die Verfaſſung um ſo vollkommener werden müſſe, je mehr man ihr Zeit zum Ruhen laſſe. Dieſe Anſicht gewann die Oberhand und entſprach auch am meiſten den Neigungen des Königs. Wenn ſie aber an ſich ſchon ein Sieg der Rückſchrittspartei war, ſo mußte das große Ereigniß des Jahres 1818 ſie noch mehr dazu ſtempeln.

Niederlage der Verfaſſungsfreunde.

Dieſes Ereigniß war der Monarchen- und Miniſtercongreß, der vom 30. Sept. bis zum 21. Nov. in Aachen ſtattfand. Seine eigentliche Aufgabe war die Berathung darüber, ob die Beſetzung Frankreichs noch länger andauern ſolle. Thatſächlich war dieſe Frage aber ſchon zum Voraus verneint, ſo daß der förmliche Beſchluß, die Truppen am letzten November zurückzuziehen, ſchon am 9. October gefaßt werden konnte. Man ging in der Freundlichkeit gegen Frankreich aber noch weiter; die Monarchen von Rußland und Preußen machten von Aachen einen Abſtecher nach Paris; es wurde eine Verminderung der Kriegsſteuer beſchloſſen, und endlich der franzöſiſche König eingeladen, ſich künftig an den periodiſchen Berathungen zu betheiligen, welche, wie früher erwähnt, die Oſtmächte am 20. Nov. 1815 unter ſich vereinbart hatten. In einer Erklärung vom 15. Nov. 1818 theilten die Fürſten dies Europa mit, erneuerten die Grundſätze der

Der Aachener Congreß.

Die Räumung Frankreichs.

heiligen Allianz und bezeichneten den Beitritt Frankreichs als den Schlußſtein des Friedenswerkes und die Ergänzung ihres politiſchen Syſtemes, deſſen Beſtand ſie verbürge. Künftige Congreſſe ſollten dann ſtatt finden, wenn die eigenen Intereſſen der fünf Mächte oder der Aufruf eines andern Staates ſie erforderten.

Verabredungen gegen den Liberalismus.

Allein dies war nur die eine Seite des Congreſſes, die andere Seite war die Verabredung eines Feldzuges gegen den Liberalismus in ganz Europa. Mit dieſem Plane war Metternich nach Aachen gekommen und Alles half ihm den Kaiſer Alexander dafür zu gewinnen. Da kamen aus Polen Nachrichten, die den Selbſtherrſcher mißſtimmten; da fielen die Wahlen in Frankreich unerhört liberal aus und brachten alte Republicaner wie Manuel und Lafayette in die Kammer; da wurde die Verſchwörung einiger Belgier entdeckt, die Alexander auf der Durchreiſe durch ihr Land zur Anerkennung Napoleons II. zwingen wollten; da lief endlich die Anklageſchrift ein,

Stourdzas Schrift.

welche ein junger wallachiſcher Bojar Stourdza gegen den revolutionären Geiſt des deutſchen Volkes geſchmiedet hatte, und die, gleichzeitig in verſchiedenen Sprachen zu Paris erſchienen, nun von Alexander eigenhändig vertheilt wurde. Als die traurigſte Seite der deutſchen Zuſtände hatte Stourdza darin die Lage der öffentlichen Erziehung geſchildert. Die Univerſitäten würden von manchen Regierungen nur als Finanzſpeculation betrachtet, um Geld ins Land zu ziehen; die Profeſſoren ſähen bei ihrem Unterricht nur auf Honorar und Popularität; die Studenten hätten ſich in der Burſchenſchaft eine aufrühreriſche Verbindung geſchaffen, für deren Abſichten das Wartburgfeſt und einige Schlägereien in Göttingen den Beweis lieferten.

Die Burſchenſchaft.

In der That hatte die Burſchenſchaft inzwiſchen einen ausgeprägteren Character angenommen. Schon im Sommer 1817 hatte ſich in Gießen ein beſonderer Zweig gebildet, die Unbedingten, deren Ziel eine Verfaſſung war, die Follen ausgearbeitet hatte, laut deren die Fürſten nur die erſten und zwar gewählten Beamten des Staates ſein, über den einzelnen deutſchen Landtagen aber ein gemeinſamer Reichstag ſtehen ſollte, der den König zu wählen habe. Die Gemeinſchaft unter den Burſchenſchaften der einzelnen Univerſitäten war im Laufe des Jahres inniger geworden, und zu derſelben Zeit, wo die Monarchen in Aachen tagten, beriethen die Vertreter von 14 deutſchen Hochſchulen zu Jena die Bundesurkunde, die vom 18. Oct. 1818 datirt iſt. Als Grundſätze des Verbandes wurden aufgeſtellt: Einheit, Freiheit und Gleichheit aller Burſchen unter einander, und chriſtlich-deutſche Ausbildung jeder geiſtigen und leiblichen Kraft im Dienſte des Vaterlandes. Jährlich ſollten Verſammlungen von Abgeordneten, ſ. g. Burſchentage, ſtatt finden; eine allgemeine Gaſtfreundſchaft ſollte gegenſeitig geübt werden — auf die Dauer von drei Tagen, wie man ſpäter aus guten Gründen beifügte. Jede einzelne Burſchenſchaft durfte ſich ſelbſt in ihrer Weiſe einrichten. Meiſt theilten ſie ſich in Claſſen von je 10 Mitgliedern, die einen Ausſchußmann wählten; der Vorſtand blieb ein halbes Jahr im Amte; ſein Sprecher wechſelte allmonatlich. Gemeinſame Loſung aller Burſchen-

ſchaften war: Ehre, Freiheit, Vaterland; die leipziger ſtellte dem noch Gott voran. Sie genoß jährlich einmal insgeſammt das heilige Abendmahl. Ihre Verſammlungen eröffnete das Lied: Sind wir vereint zur guten Stunde. Alle Einrichtungen und Gebräuche zeigten neben ihrem jugendlichen Frohſinn und Uebermuth doch auch ein ernſtes ſittliches und patriotiſches Streben. Doch war der Character der Verbindung deshalb noch keineswegs ein politiſcher. Als nach dem Wartburgfeſte im Kreiſe der Jenenſer der Antrag geſtellt wurde, ein politiſches Glaubensbekenntniß zu veröffentlichen, wurde daſſelbe vielmehr deshalb verworfen, weil die Burſchenſchaft als ſolche ſich mit politiſchen Fragen nicht zu befaſſen habe. Vollends von wirklich revolutionärem Geiſte, von geheimnißvollem Verſchwörerthum war immer noch wenig oder Nichts in der Burſchenſchaft vorhanden. Dennoch machte Stourdza's Schrift auf die Fürſten und Miniſter einen tiefen Eindruck und führte zu dem Entſchluſſe, die Zuſtände der deutſchen Univerſitäten im nächſten Jahre auf einer Conferenz deutſcher Staatsmänner zu berathen. In der deutſchen Jugend aber rief ſie eine unglaubliche Erbitterung hervor, die ſich nicht auf den walachiſchen Bojaren allein, ſondern auf alle ſeine Geſinnungsgenoſſen erſtreckte. Stourdza ſelbſt war auf eine ſehr lächerliche Weiſe vom Schauplatz abgetreten. Er lebte in Weimar. Dorthin ſandten ihm zwei jenenſer Studenten, die Grafen Bochholz und Keller, eine Forderung auf Piſtolen. Perſönlich feige entfloh Stourdza nach Dresden und erklärte von dort dem Senat in Jena, er habe ſeine Schrift auf Alexanders Befehl gedacht, geſchrieben und ausgeführt, und könne deshalb für dieſelbe keine Genugthuung geben. Mit treffendem Hohne hatten die Herausforderer dieſen Grund für genügend erklärt; denn eine „Denk-, Schreib- und Handlungsmaſchine" könne allerdings keine Genugthuung gewähren. Aber das helle Hohngelächter, in welches die deutſche Jugend darüber ausbrach, wich ſehr bald wieder einem Sturm der Entrüſtung. Längſt ſchon war Kotzebue, der als ruſſiſcher Staatsrath in Weimar lebte und in ſeinem „politiſchen Wochenblatte" die liberalen Ideen bekämpfte und begeiferte, ein Gegenſtand des allgemeinen Abſcheues, der ſich auch durch Fenſtereinwerfen und ähnliche Zeichen ſchon öfter kundgegeben hatte. Da gerieth durch einen Zufall einer der Polizeiberichte, die er für gute Bezahlung nach Petersburg ſchickte, in die Hände des Profeſſors Luden, der ihn alsbald in ſeiner Nemeſis, einer der tüchtigſten liberalen Zeitſchriften, abdrucken ließ. Der Zorn, welchen dieſes ſchmähliche Actenſtück in Aller Herzen wach rief, ſteigerte ſich bei einem Burſchenſchafter, einem der „Unbedingten" zu einem furchtbaren Racheſchwur. Carl Sand aus Wunſiedel im Fichtelgebirge, nach den meiſten Berichten eine trübſinnige ſchwärmeriſche Natur, ohne beſondere Geiſtesgaben, entſchloß ſich, den Verräther des deutſchen Volkes zu ermorden. Kotzebue hatte ſeinen Wohnſitz in Folge der letzten Vorgänge von Weimar nach Mannheim verlegt. Dorthin folgte ihm um die Mitte des März Sand. Am 23. März um 11 Uhr, eine Stunde nach ſeiner Ankunft, ging er zu ihm. Er wurde auf den Abend wieder beſtellt.

Zorn über Stourdza.

Kotzebue's Ermordung.

Zwiſchen 4 und 5 Uhr vorgelaſſen, zog er nach den erſten Begrüßungsworten einen verborgenen Dolch hervor und durchbohrte den Ahnungsloſen mit dem Rufe: Hier, du Verräther des Vaterlandes! Dann ſtürzte er auf die Straße, kniete nieder, brachte laut dem Vaterland ein Hoch und Gott ſeinen „Dank für dieſen Sieg", und fügte zu dem erſten Dolchſtoß, den er ſich ſchon im Hauſe gegeben, einen zweiten. Aber keiner war tödlich; im Gefängniß genas er; eine lange Unterſuchungshaft verlängerte ſein Leben; erſt $^5/_4$ Jahr ſpäter, am 20. Mai 1820, ward er in Mannheim enthauptet.

Folgen der That.

Der Eindruck des Ereigniſſes war ein gleich gewaltiger in allen Kreiſen. Gereifte Männer von liberaler Geſinnung bedauerten die That und bedauerten den Thäter. Der berühmte berliner Theologe de Wette ſchrieb einen Troſtbrief an die unglückliche Mutter Sands; Görres meinte, ganz Deutſchland mißbillige die Handlung und billige die Motive; Jahn freilich ſtellte ſie lobpreiſend der Ermordung Cäſars und Geßlers gleich. Und in der aufgeregten Jugend war allerdings wohl die Bewunderung für Sand größer als die Erkenntniß der ſittlichen und politiſchen Verwerflichkeit ſeiner That. Ließ ſich doch ein naſſauer Apothekerlehrling, Namens Löhning, durch ſie zur Nachahmung verleiten, indem er am 1. Juli 1819 in Schwalbach einen Mordverſuch auf den Staatsrath von Ibell machte, der glücklicher Weiſe fehl ſchlug. Löhning nahm ſich ſelbſt im Gefängniß das Leben. Aber dieſer zweite Frevel ſteigerte natürlich die Wuth der Reaction aufs Höchſte und gab zugleich der Verdächtigung einige Wahrſcheinlichkeit, daß man es nicht mit den Verirrungen Einzelner, ſondern mit einer Verſchwörung Vieler zu thun habe. In Folge deſſen wurden alsbald ausgedehnte Unterſuchungen eingeleitet; de Wette wurde um ſeines Briefes willen abgeſetzt, auf die Papiere Arndts und der beiden Welcker, die in Bonn Profeſſoren waren, Beſchlag gelegt, Jahn, Follen und Andere in Haft genommen, ſelbſt Vertraute Hardenbergs, wie Varnhagen von Enſe, in Unterſuchung gezogen. Görres entkam der Feſtung nur durch eilige Flucht nach Straßburg. In Heſſen, Mecklenburg, Würtemberg und andern Staaten fanden ähnliche polizeiliche Maßregelungen ſtatt; es war erſichtlich, daß viele Regierungen jetzt endlich den Augenblick gekommen glaubten, um die wachſende Aufregung, die ſie ſchon längſt mit Unbehagen beobachtet, mit einem ſtarken Schlage zu unterdrücken. Niemandem konnte das erwünſchter ſein als Metternich. In ſeinen Augen waren freilich die Studenten und Profeſſoren wohl kaum die ſchlimmſten Uebelthäter; er zielte vor Allem auf die freiſinnigen Regierungen und die conſtitutionellen Verfaſſungen. Der Bundestag, von dem die Nation ſo wenig merkte und jedenfalls nichts Rühmliches zu erzählen wußte, war ihm doch immer noch viel zu liberal und zu ſelbſtändig. Wenn er den einen oder den andern ihm mißliebigen Geſandten, wie z. B. Gagern, glücklich zu beſeitigen im Stande geweſen war, ſo erlebte er dafür den Aerger, daß andre eintraten, welche die Oppoſition verſtärkten. Nicht allein der würtembergiſche Geſandte von Wangenheim, der als das Haupt derſelben gelten konnte, ſondern auch der bairiſche

Der Schwalbacher Mordverſuch.

Politiſche Verfolgungen.

Metternichs Eingreifen.

von Aretin, die beiden Heſſen Lepel und Harnier, dazu Pleſſen, Smidt und einige minder entſchiedene waren dem öſtreichiſchen Miniſter aufs Aeußerſte verhaßt. Daß man es wagte, den Artikel 13 in Erinnerung zu bringen, wie Pleſſen das im December 1817 gethan hatte, erbitterte ihn ſehr. Sein lebhafter Wunſch war deshalb, den Bundestag zu demüthigen und dadurch zugleich die feindlichen Regierungen zu treffen. Ohne Preußens Zuſtimmung konnte das ſelbſtverſtändlich nicht gelingen; aber Hand in Hand mit dieſem war die Aufgabe nicht ſchwer. Denn bei manchen Regierungen, die es zu bekämpfen galt, ließ ſich vorausſetzen, daß ſie dem leiſeſten Druck von außen mit Vergnügen nachgeben würden. Der König von Baiern z. B. hatte ſeine neue Verfaſſung ſo ſchnell ſatt bekommen, daß er ſchon im März 1819 ernſtlich in Erwägung zog, ob er ſie nicht durch einen Staatsſtreich wieder aufheben ſolle, und der König von Würtemberg lag mit ſeinen Ständen noch immer ſo bitter im Streit, daß er, die eigentliche Seele der mittelſtaatlichen Oppoſition, ſchon einige Monate früher eine authentiſche Erklärung des Artikels 13 beantragt hatte, um dieſelbe als Waffe gegen ſeine Volksvertreter zu ſchwingen.

Die Carlsbader Conferenzen.

Metternich begab ſich alſo Ende Juli 1819 nach Teplitz, wo der König von Preußen und ſein Staatscanzler die Cur gebrauchten, und verabredete mit ihnen eine preußiſch-öſtreichiſche Einladung zu Miniſterconferenzen der Mittelſtaaten. Im Laufe des Auguſt fanden dieſelben in Carlsbad Statt. Nachdem die Oppoſition, die ſich hier trotz Allem geltend machte, eingeſchüchtert war, vereinigte man ſich zu den berüchtigten Carlsbader Beſchlüſſen. So weit dieſe den Bundestag treffen ſollten, kamen ſie nicht über ein Zukunftsprogramm hinaus: ſie beſtimmten, daß eine Erläuterung des Artikels 13 im Sinne des monarchiſchen Princips ſtattfinden und daß eine Bundesexecutionsordnung ſchleunigſt entworfen werden ſolle. Mit ganz feſten Vorſchlägen wandten ſie ſich aber gegen die Univerſitäten, gegen die Preſſe und gegen die ſog. demagogiſchen Umtriebe. Die Burſchenſchaft und die Turnvereine ſollten aufgehoben, an allen Univerſitäten Regierungsbeamte, ſog. Curatoren, eingeſetzt werden, deren Amt es war, Profeſſoren und Studenten ſtreng zu überwachen. Für alle Zeitſchriften und für Bücher über 20 Bogen wurde die Cenſur gefordert und zur Unterſuchung der geheimbündleriſchen Umtriebe eine Centralcommiſſion für ganz Deutſchland vorgeſchlagen, zu deren Sitz Mainz auserſehen war. Zu ihrer Gültigkeit bedurften dieſe Beſchlüſſe noch der Zuſtimmung des Bundestages. Metternich machte ſich deshalb ſogleich daran, die einzelnen Regierungen gründlich zu bearbeiten. Eine Note vom Auguſt 1819 ſchilderte den deutſchen Höfen die Furchtbarkeit der italieniſchen Carbonaria und behauptete, die deutſchen Verſchwörer ſtänden mit derſelben in Verbindung; beſonders in Preußen hätten ſie eine weite Verbreitung, und der Beamtenſtand ſei dort faſt ganz revolutionär. Mit dieſen Schreckmitteln noch nicht zufrieden, ſorgte Metternich dann weiter dafür, daß in Frankfurt die Sache mit größter Haſt erledigt wurde. Graf Buol wußte es durchzuſetzen, daß ſchon vier Tage nach dem Eingang der Carlsbader

Die Carlsbader Beſchlüſſe am Bundestag.

Beſchlüſſe, am 20. September, ohne jede Debatte und ohne Inſtructionseinholung die Genehmigung derſelben erfolgte. Der Widerſpruch einzelner Geſandten wurde aus dem veröffentlichten Protocoll geſtrichen und die unwahre Behauptung aufgenommen, die Beſtätigung ſei einſtimmig geſchehen. Die Oppoſition, Wangenheim an der Spitze, hatte nicht den Muth, dagegen Einſpruch zu erheben.

Die mittelſtaatliche Oppoſition.

Gegen die Gefahren, welche der Selbſtändigkeit der Mittelſtaaten von den weiter in Ausſicht genommenen Beſchlüſſen drohten, ſuchte der König von Würtemberg auf doppelte Weiſe ſich zu ſchützen. Am 26. September beſtätigte er die mit den Ständen vereinbarte Verfaſſung und führte ſein Land dadurch in die Reihe der conſtitutionellen Staaten ein. Dann reiſte er ſofort nach Warſchau, um den Beiſtand ſeines Schwagers, des Kaiſers Alexander, anzurufen. Wirklich gelang es ihm, dieſen, der Metternichs wachſende Macht ſcheute, zu offenem Eintreten gegen deſſen fernere Pläne zu bewegen, ſo daß Hardenberg in bittere Klagen darüber ausbrach, daß Rußland ſich bemühe, das offenbare Uebergewicht Oeſtreichs in Deutſchland zurückzudrängen.

Die Wiener Conferenzen.

Geſtützt auf dieſen Rückhalt, über den Briefe Alexanders und eine ruſſiſche Erklärung am Bundestage genügendes Licht verbreiteten, wagten die ſüddeutſchen Staaten eine lebhafte Oppoſition, als Metternich auf den Wiener Conferenzen, an denen ſämmtliche Bundesſtaaten betheiligt waren, eine Reviſion der Bundesverfaſſung ins Werk ſetzte. Preußen ſtand mit vollendeter Gleichgültigkeit gegen die Folgen getreu zu Oeſtreich und verſchaffte dadurch den Mittelſtaaten die dankbare Rolle als Vorkämpfer der Freiheit und der Unabhängigkeit Deutſchlands auftreten zu können. Es feſtigte ſich hier in Wien jene Idee des „reinen“ Deutſchland im Gegenſatze zu den beiden Großſtaaten, die in den folgenden Jahren den einzigen Schutz gegen die Uebergriffe der despotiſchen Wiener Staatskunſt bildete. Zugleich aber wurden dadurch die Mittelſtaaten nicht wenig in ihrem Selbſtdünkel und in ihrer Selbſtgenügſamkeit beſtärkt und dem ruſſiſchen Einfluß, deſſen Beiſtand ihre thatſächliche Ohnmacht doch nicht entbehren konnte, Thür und Thor geöffnet.

Die Wiener Schluß-Acte.

Mit dem Ergebniß der Wiener Conferenzen konnten ſie im Ganzen recht wohl zufrieden ſein; es wurde zuſammengefaßt in der „Wiener Schluß-Acte“ vom 15. Mai 1820, die am 8. Juni vom Bundestage beſtätigt und der Bundesacte vom 8. Juni 1815 gleichgeſtellt wurde. Die weſentlichſten Beſtimmungen derſelben enthielten allerdings eine Schwächung des Bundestages, wie Metternich ſie gewünſcht, aber zugleich eine erhöhte Unabhängigkeit der Einzelſtaaten. Die völlige Gleichberechtigung aller Bundesglieder wurde aufs ſchärfſte betont und unbedingte Einſtimmigkeit für alle organiſchen Geſetze erfordert. Als Norm für die Verfaſſungen der Einzelſtaaten wurde beliebt, daß ſie die volle Souveränität des Landesfürſten nicht antaſten und die Erfüllung der Bundespflichten nicht beeinträchtigen dürften; zwei ziemlich nichtsſagende Beſtimmungen, die auch eine practiſche Folge nicht hatten.

Die Mainzer Commiſſion.

Die Carlsbader Beſchlüſſe aber zeigten ihre verderbliche Wirkung in tauſendfacher Geſtalt: in der Lähmung der Univerſitäten, in der

Fesselung der wissenschaftlichen Literatur, in der Zerstörung des Lebensglückes zahlloser Jünglinge. Die Mainzer Untersuchungscommission fand sich freilich in der Lösung ihrer Aufgabe durch die Souveränitätsbedenken der einzelnen Fürsten vielfach gehemmt und konnte ihren unermüdlichen Eifer nicht so, wie sie wohl gewünscht, in Thaten umsetzen. Sie war von Metternich nicht allein deshalb ausgedacht, um durch Centralisation der Untersuchung eine größere Kraft zu geben, sondern auch, um den Einzelregierungen und besonders auch dem Fürsten Hardenberg, dessen Eifer für die gute Sache er trotz aller Betheuerungen nicht recht traute, die Untersuchungen aus der Hand zu nehmen. Sehr empfindlich war es daher, daß nicht blos andere Cabinette sich widerspenstig zeigten und z. B. der bairische Justizminister den Gerichtsbehörden gradezu verbot, einer mainzer Ladung zu genügen, da nach der Constitution Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, sondern daß auch der König von Preußen die Ueberweisung der preußischen Angeklagten nach Mainz nicht genehmigte und nur die Acten dorthin abgehen ließ, ein Verhältniß, das auch dann sich nicht änderte, als Oestreich den Vorsitz in der Mainzer Commission an Preußen abtrat. Für die unglücklichen Opfer der Demagogenverfolgung war damit freilich nicht viel gewonnen, wenigstens in Preußen nicht. Was die Mainzer Commission nicht thun konnte, das thaten die Behörden der Einzelstaaten, zum Theil unter völliger Mißachtung der gerichtlichen Urtheile. So war der Turnvater Jahn beispielsweise längst vom berliner Kammergerichte freigesprochen und wurde doch trotz aller Eingaben seiner Frau noch gefangen gehalten und endlich durch willkürlichen Cabinetsbefehl nach Colberg verwiesen. Andern ging es ähnlich. Zu einem Todesurtheile, das wohl Mancher gern gefällt hätte, fand sich freilich keine Möglichkeit; auch die gewaltige Verschwörung, der man so gern auf die Spur kommen wollte, wurde nicht entdeckt. Daß Sand keine eigentlichen Mitschuldigen gehabt, mußte der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, schon im September 1819 zugestehen; aber er fabelte doch noch mit vieler Salbung von einer Partei, die in Deutschland die eine und untheilbare Republik herstellen wolle, deren Mitglieder sich unterstützten, ohne sich persönlich zu kennen und sich verständen, ohne sich ausgesprochen zu haben. Aber selbst auf dieser dehnbaren Grundlage und trotz der Berge von Acten, die man in Berlin und Mainz aufhäufte, konnte man kein Resultat ans Licht fördern, das sich der Welt hätte mittheilen lassen; die Mainzer Protocolle blieben ein Geheimniß; aber unzählige deutsche Jünglinge mußten im Gefängniß schmachten, weil sie patriotische Lieder gesungen und schwarz-roth-goldene Abzeichen getragen; zahlreiche verdiente Männer wurden ihrem Wirkungskreise entrissen und in ihrer ganzen Lebensstellung ruinirt, weil sie in vertraulichen Briefen sich unwillig über das reactionäre Treiben geäußert. Wenn ein Tertianer den Teufel gemalt hatte, der einen König als guten Bissen verschlingt, oder ein anderer in die schrecklichen Worte ausgebrochen war: O Sand, du wußtest nicht, welche Heuochsen wir waren, so mußten sie selbst nunmehr den Criminalisten

Demagogenverfolgung.

als guter Biſſen dienen. Bis zu zehn Jahren Feſtungshaft lauteten die Strafurtheile, welche gegen die Umtrieber gefällt wurden; aber viel ſchädlicher als dieſe härteſten Strafen, die immerhin doch nur wenige Einzelne trafen, wirkte die große Maſſe der Verhaftungen und Unterſuchungen, die auf das Empfindlichſte in das Lebensglück zahlreicher Familien eingriffen. Den ganzen Umfang des Unheils, das dieſe Demagogenverfolgung anrichtete, zu ermeſſen, iſt eine Unmöglichkeit; aber man ſagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß ſie an Kleinlichkeit des Verfahrens, an Gehäſſigkeit der Geſinnung und an Gewiſſenloſigkeit in den Mitteln zu den traurigſten Perioden unſrer Geſchichte geſtellt werden muß. Und warum das Alles? Die Commiſſion geſtand in ihrem Bericht von 1822 ſelbſt ein, daß eine kleine, Aufruhr predigende Schrift faſt die einzige in ihren Acten vorgekommene ſtrafbare Handlung ſei, daß ſie im Uebrigen nur von Verſuchen, Vorbereitungen und Einleitungen eines bedenklichen politiſchen Treibens Kunde erhalten habe, und daß ſich Alles mit der Zeit von ſelbſt wieder ins Gleiche ſetzen werde, ohne daß die Regierungen Etwas zu fürchten brauchten. Gefährlich erſchien der Liberalismus nur, inſofern er in die Regierungen eingedrungen ſei, und in dieſer Hinſicht wurden auch dem preußiſchen Staatscanzler Hardenberg ſcharfe Vorwürfe nicht erſpart; grade in ſeinen Büreaus ſollten die ſchlimmſten Umtriebe ſtattgefunden haben. Es war eine bittre Pille, die der greiſe Staatsmann ſo kurz vor ſeinem Tode noch verſchlucken mußte; aber es war die gerechte Strafe für die Lauheit, mit der er ſeine Principien, und für die Zähigkeit, mit der er ſeinen Poſten vertheidigt hatte. Sein Tod, der am 26. November 1822 in Genua erfolgte, erſparte ihm den harten Schlag einer völligen Entlaſſung; aber einen deutlichen Beweis, daß ſeine Zeit abgelaufen, hatte er doch vorher noch erleben müſſen: am 16. September wurde ihm in der Perſon des Miniſters von Voß, eines ſtrammen Reactionärs, ein Vicecanzler an die Seite geſtellt, der die wirkliche Leitung der Staatsgeſchäfte in die Hand nahm und auch die leidige Verfaſſungsfrage bald mit guter Manier aus der Welt ſchaffte.

Hardenbergs Ausgang.

Hardenberg hatte ohne Zweifel die ernſtliche Abſicht gehabt, eine preußiſche Verfaſſung zu Stande zu bringen; aber egoiſtiſch, wie er war, gönnte er keinem Andern Antheil an dem Ruhm und dem Einfluß, welchen die Löſung dieſer Aufgabe verſprach, ſtieß die tüchtigſten Gehülfen bei Seite und vereitelte dadurch das Gelingen. Einmal war er auf dem beſten Wege ſich ſelbſt zu überwinden und Humboldt, den tauglichſten Mitarbeiter, heranzuziehen; aber der gute Vorſatz war von kurzer Dauer. Wilhelm von Humboldt war zum Aachener Congreß von ſeinem Londoner Poſten herübergekommen, und da er ſich in ſeiner Stellung nicht gefiel, hatte er den König um ſeine Entlaſſung gebeten. Der König gewährte ſie, verſprach ihm aber einen Miniſterpoſten und ließ in dieſer Abſicht die ſtändiſchen und die Gemeindeangelegenheiten von dem Miniſterium des Innern trennen. Mit regem Eifer machte ſich Humboldt, noch ehe er ſein Amt wirklich angetreten, an die dankbarſte Aufgabe, welche es ihm ſtellte. In

Humboldts Verfaſſungspläne.

einer geiſtvollen Denkſchrift wies er nach, wie nothwendig eine allgemeine Ständeverſammlung für die Einheit des Staates ſei; er forderte ſogar, daß ſie unmittelbar aus Volkswahlen und nicht aus dem Schooße der Provinzialvertretungen hervorgehe; ja er wandelte die blos berathende Stimme, welche der König ihr in ſeinem Mai-Edict von 1815 zugeſagt hatte, in eine entſcheidende um. Mit möglichſter Beſchleunigung ſollte das Werk betrieben werden; im Jahre 1820, ſpäteſtens 1821 könnten in allen Provinzen die Einzelſtände in Thätigkeit ſein, und im Jahre 1822, ſpäteſtens 1823 müſſe die Reichsverſammlung berufen werden. Aber je mehr Thätigkeit und Scharfblick Humboldt entwickelte, um ſo unbequemer und gefährlicher war er für Hardenberg. Für einige Monate verſtand dieſer es, den Nebenbuhler noch mit gutem Anſtande von Berlin fern zu halten, indem er ihn als Vertreter in eine Commiſſion ſchickte, die in Frankfurt die Grenzberichtigungen und Gebietstauſche, welche zwiſchen einzelnen deutſchen Staaten noch immer in der Schwebe waren, zu ordnen hatte. Bei dieſen ſchwierigen Verhandlungen mitzuwirken, konnte Humboldt nicht ablehnen, weil er der Commiſſion ſchon früher angehört hatte und beſſere Kenntniß von den ſtreitigen Fragen beſaß als ein Anderer. Aber er fühlte ſehr wohl, daß Hardenberg die Sache abſichtlich verzögerte, um ihn möglichſt lange in dieſer halben Verbannung zu halten. Beſonders ſcharf trat dies nach Sands Attentate hervor. Nun iſt die Verfaſſung unmöglich, war des Canzlers erſtes Wort, als er von dem mannheimer Ereigniß hörte. Jetzt wäre ihm Humboldt in Berlin doppelt unbequem geweſen und ſo wußte er ihn denn, obgleich die Ernennung zum Miniſter ſchon am 11. Januar erfolgt war, bis zum Juli in Frankfurt feſtzuhalten. Mittlerweile war er ſelbſt trotz jenes verzweifelten Ausrufes keineswegs unthätig; ſelbſt ſeine Einwilligung in Metternichs reactionäre Bundespolitik hing damit zuſammen; er hoffte ſich dadurch gleichſam einen Freibrief für die preußiſche Verfaſſung zu erkaufen. Aber freilich nicht für eine nach Humboldts Ideen. Am 12. Auguſt ſollte dieſer in ſein neues Amt eingeführt werden: am Tage vorher legte der Staatscanzler ſeinem Könige „Ideen zu einer landſtändiſchen Verfaſſung“ vor, ohne dem Miniſter für ſtändiſche Angelegenheiten auch nur ein Wort davon zu ſagen. Länger als zwei Monate weilte dieſer in Berlin, ohne den König auch nur ein einziges Mal zu ſprechen und ohne von der Exiſtenz jener Ideen das Mindeſte zu wiſſen. Friedrich Wilhelm hatte dieſelben inzwiſchen geprüft und am 23. Auguſt die Bildung einer Commiſſion befohlen, die auf Grund derſelben ihre Arbeiten beginnen ſollte. Sie beſtand aus 6 Mitgliedern, darunter natürlich Hardenberg und Humboldt. Der Zuſammentritt verzögerte ſich bis in den October und nun erſt erhielt Humboldt Mittheilung von des Staatscanzlers Entwurf. Unterdeſſen aber waren hinter ſeinem Rücken die Carlsbader Beſchlüſſe gefaßt, die er nimmermehr billigen konnte. Mit der größeſten Entſchiedenheit lehnte er ſich dagegen auf und hatte einen Augenblick faſt alle ſeine Collegen gewonnen, um gegen dieſe „ſchändlichen, unnationalen, ein

Hardenbergs Entwurf.

Humboldts Sturz.

denkendes Volk aufregenden" Beſchlüſſe zu proteſtiren, ja zu verlangen, daß Bernſtorff, der Preußen in Carlsbad vertreten hatte, in Anklage verſetzt werde. Doch als des Königs feſter Wille ſichtbar wurde, als Hardenberg keinen Finger rührte, um der Oppoſition beizuſtehen, da fiel ein Miniſter nach dem andern ab, und die drei ehrlich liberalen Männer, die im Cabinete ſaßen, neben Humboldt Boyen und Beyme ſtanden hülflos und vereinſamt da. Der Sturz des Einen mußte den der Andern im Gefolge haben. Der, welchen zuerſt die Reihe traf, war der Kriegsminiſter von Boyen. Er hatte ſeit dem Frieden unermüdlich daran gearbeitet, die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, ſo weit es die finanzielle Lage des Landes irgend zuließ, zu ermöglichen. In dieſer Abſicht war beſchloſſen worden, die Landwehr auch für die Zukunft beizubehalten und eng mit dem ſtehenden Heere zu verbinden. Da man aber den demokratiſchen Geiſt jetzt überall zu wittern begann, ſo befürchtete man, ihm in der Landwehr eine bewaffnete Macht zu ſchaffen und ſuchte derſelben deshalb die eigenthümlichen Rechte, die ihr anfänglich zugedacht waren, z. B. die Wahl ihrer Offiziere durch die Stände, zu entziehen. Dieſe Richtung wurde dem Könige gegenüber beſonders durch ſeinen Generaladjutanten, den Chef des Militärcabinets von Witzleben, vertreten, und zwar ſo erfolgreich, daß Boyen ſeine Entlaſſung erbitten mußte. Nachdem er ſie erhalten, blieb auch Humboldt und Beyme nichts Anderes übrig als ſeinem Beiſpiel zu folgen; am letzten Tage des Jahres 1819 ſchieden ſie aus dem Amte. Hardenberg triumphirte über dieſen Ausgang, der ihn von einem läſtigen Nebenbuhler befreite; jetzt hoffte er für ſich wieder freie Bahn zu haben und die Verfaſſung in ſeiner Weiſe fördern zu können. Die Staatszeitung mußte verſichern, daß trotz Humboldts Ausſcheiden der Verfaſſungsausſchuß ſeine Arbeiten fortſetze, und der König ſelbſt gab dem Volke einen unzweideutigen Beweis dafür, daß er noch immer an ſeinem Verſprechen feſthalte, in der denkwürdigen Verordnung vom 17. Januar 1820, welche die Aufnahme neuer Staatsſchulden in Preußen von der Verbürgung der künftigen Reichsſtände abhängig machte. Auch die Verbeſſerung der Grundſteuer wurde im Mai der Berathung mit den dereinſtigen Vertretern vorbehalten.

Neue Verfaſſungsverſprechungen.

Aber auf der andern Seite waren auch die Gegner der Verfaſſung nicht unthätig. Zu ihnen zählten faſt ausnahmslos die Mitglieder der alten Stände, die ihre Rechte durch jede Neugeſtaltung geſchmälert zu ſehen fürchten mußten. Mit Unwillen ſahen ſie aus einer neuen Commiſſion, die Hardenberg im Januar gebildet hatte, Entwürfe zu einer Kreis-, Städte- und Gemeinde-Ordnung hervorgehen, die im freiſinnigen Geiſte abgefaßt waren. Sie ſetzten es bei dem Könige durch, daß dieſelben zunächſt einem neuen Ausſchuß, der unter dem Vorſitze des Kronprinzen nur reactionäre Mitglieder enthielt, zur Prüfung überwieſen wurde. Durch dieſen geſchickten Handſtreich wurde dem Staatscanzler die ganze Sache entwunden. Der Kronprinz war ein begeiſterter Anhänger der Haller'ſchen Staatsphiloſophie, und ſuchte deren feudale Grundſätze voll Eifers ins Leben zu rufen. Die

Die endliche Löſung.

Entwürfe der Hardenberg'ſchen Commiſſion wurden einfach bei Seite geſchoben und im Juni 1821 von dem Könige die Bildung eines neuen Ausſchuſſes erlangt, deſſen einzige Aufgabe die Berathung von Provinzialverfaſſungen ſein ſollte. Vergeblich waren die Bemühungen des Canzlers, dieſen Ausſchuß zu ſprengen; nur zu deutlich ſtellte es ſich heraus, daß ihm dazu jede Kraft fehle. Den einen oder andern tüchtigen Verwaltungsbeamten ausgenommen, beſtand ſein kleiner Anhang aus unwürdigen oder unfähigen Perſonen, die bei ernſtlichen Angriffen ſeiner Gegner von ihm ſelbſt nicht vertheidigt werden konnten und durch deren Sturz er doch auch äußerlich bald ganz vereinſamte. Zur Gegenpartei aber gehörten nicht allein die Reactionäre, unter ihnen faſt ſämmtliche Miniſter, ſondern auch viele ehrliche Liberale, die theils bewußt, theils unbewußt den Canzler bekämpften. Die Verfaſſungscommiſſion lag währenddes unter der lebhaft fördernden Leitung des Kronprinzen ihrer Arbeit mit rühmlichem Eifer ob und brachte es ſchon im Januar 1822 ſo weit, daß aus einer Provinz nach der andern angeſehene Männer in die Hauptſtadt berufen werden konnten, um die Entwürfe zu begutachten, ein Verfahren, das allerdings viel Zeit in Anſpruch nahm. Erſt im Jahre 1823, und zwar am Geburtstage des Königs (3. Auguſt) konnten die erſten Provinzialverfaſſungen (für Brandenburg, Preußen und Pommern) veröffentlicht werden; im März 1824 ſchloſſen ſich ihnen die fünf übrigen an. Damit erreichte der erſte Act der preußiſchen Verfaſſungsgeſchichte ſein Ende. In jeder Provinz wählten fortan die Grundbeſitzer, die adligen, ſtädtiſchen und bäuerlichen, ihre Vertreter zu einem Provinziallandtage, dem es oblag, in ſeinen alle drei Jahre ſtattfindenden Sitzungen Geſetze, welche die Provinz betrafen, zu begutachten. Der Adel war dabei in hohem Maße bevorzugt; von der Geſammtzahl der Ständemitglieder, die ſich auf etwa 600 belief, gehörten ihm faſt 300, den Bürgern gegen 200, den Bauern gar nur 124 an. Von einem Landtage der ganzen Monarchie war nicht mehr die Rede, und die große Maſſe des Volkes, die keinerlei Grundeigenthum beſaß, war endgültig von jeder, auch der beſcheidenſten Mitwirkung in politiſchen Dingen ausgeſchloſſen. Die öffentliche Meinung bezeigte daher den neuen Schöpfungen eine vollkommene Gleichgültigkeit, und nur vereinzelt brach ſich die Hoffnung durch, daß dies kleine Loch im Abſolutismus ſich mit der Zeit doch ſchon vergrößern werde.

Die Provinzialſtände.

Auf dieſe endliche Geſtaltung der Provinzialverfaſſungen hatte, wie erzählt, der Kronprinz einen bedeutenden Einfluß geübt; in ihm hatte die neue Staatsweisheit, die damals Europa zu belehren und von ſeinen Irrthümern zu bekehren ſuchte, die Haller'ſche Staatsrechtslehre, einen überzeugten Anhänger gewonnen. Alle Verirrungen, welche die Geiſter blendeten, wurden zurückgeführt auf die Verkennung des wahren Weſens der Fürſtlichkeit und des Staates. Die Demokraten ſahen in dem letzteren eine Vereinigung der frei und gleich geſchaffenen Bewohner des Landes; ſie erklärten das Königthum für das Ergebniß eines Vertrages und deshalb für abhängig von dem

Das Staatsrecht der Reaction.

Willen des Volkes, deſſen unveräußerliche Rechte keine Gewaltanmaßung vernichten könne. Haller dagegen, und mit ihm die ganze Reaction, betrachtete das Land als das Eigenthum des Fürſten, der es von Gott erhalten habe; der Staat war ihnen die Ordnung, welche der Fürſt getroffen hatte; dem Adel, der durch fürſtliche Verleihung, zur Belohnung ſeiner Dienſte, beſtimmte Vorrechte erworben, durften dieſe Vorrechte freilich nicht genommen werden; auch der Antheil, welcher dem Bürgerthum etwa an den ſtändiſchen Berathungen und der Steuerbewilligung zuſtand, mußte gewahrt bleiben; aber jede Ausdehnung lag in dem Belieben des Fürſten und war ein Vorrecht, das dem Begnadigten zu Theil wurde, nicht die Anerkennung eines angeborenen Naturrechtes. Im Gegentheil, wie Gott die Menſchen verſchieden nach Anlagen und Lebensſtellung geboren werden läßt, ſo ſollten ſie auch in ſtreng gegliederten Claſſen ihren Platz in der Staatsordnung ausfüllen, und für dieſe Staatsordnung brauchte nicht erſt lange nach einem künſtlich ausgeſonnenen Plane geſucht zu werden; der beſte Plan und die beſte Ordnung lag in dem Ständeweſen des Mittelalters vor, das höchſtens in Einzelheiten nach den veränderten Verhältniſſen der Gegenwart ein wenig umgemodelt werden mußte.

Solchen Anſchauungen, denen der Kronprinz begeiſtert huldigte, war der König von Preußen wohl ziemlich fremd; es lag nicht in ſeiner Natur, ſich philoſophiſchen Grübeleien hinzugeben; aber thatſächlich handelte er doch in demſelben Geiſte, denn was bei Andern aus Grundſätzen und Gedankenentwicklungen hervorging, entſprang bei ihm aus dem Mißbehagen, mit dem ihn die revolutionären Zuckungen erfüllten, die nicht blos das romaniſche Europa erfuhr, ſondern die ſelbſt England, das conſtitutionelle Muſterland, in einige Aufregung verſetzten.

England und Frankreich.

Die demokratiſche Partei.

Ohne innere Erſchütterungen hatte das Inſelreich den Sturm der franzöſiſchen Umwälzung überſtanden; jetzt zeigte ſich an den Nachwehen, daß er doch nicht ſpurlos an ihm vorüber gegangen ſei. Das Volk fing an ſich darauf zu beſinnen, daß die gerühmte engliſche Verfaſſung doch eigentlich nichts bedeute als die Herrſchaft einer mächtigen Ariſtokratie, die freilich von der Maſſe der Bevölkerung durch keine ſo ſchroffen Abſtände geſchieden war, wie auf dem Feſtlande, die aber gleichwohl die Geſetzgebungsgewalt, die ſie in der Hand hielt, nicht ſelten eigenſüchtig zu ihrem Vortheil ausbeutete und grade jetzt durch unerſchwingliche Kornzölle das Brod des Volkes zum Nutzen der großen Gutsbeſitzer rückſichtslos vertheuerte. Neben den beiden alten Parteien der Whigs und der Tories tauchte eine dritte, demokratiſche auf, die ſich ebenſowohl der wiſſenſchaftlichen Durchbildung ihrer Grundſätze zuwandte, als unmittelbar die vorhandenen Uebelſtände angriff und ſich bald Beachtung verſchaffte. Als die Denker und leitenden Köpfe der Partei ragten Bentham, Romilly und der ältere Mill hervor; als die Vorkämpfer in der

Masse des Volkes, in Vereinen und bald auch im Parlament Cobbett, Hunt, Burdett u. A. Die Lehren Benthams bestachen durch die Faßlichkeit und Gemeinverständlichkeit ihrer Ausgangspuncte; der einfache Satz, daß der Staatszweck der Nutzen sei und zwar der gemeinsame Nutzen Aller und nicht der einzelner bevorzugter Classen, ließ eine so unendliche Anwendung nach allen möglichen Richtungen zu, daß Jeder, der mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden war, durch ihn seine Wünsche befriedigen zu können hoffen durfte. Benthams Name und Schule verbreitete sich über ganz Europa und Amerika, und besonders die romanischen Völker waren es, unter denen er begeisterte Verehrer fand; wie die portugiesischen Cortes ihn mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betrauten, so stand er in den engsten Beziehungen zu den Freiheitshelden Süd-Amerikas und 40,000 Exemplare seiner Schriften wurden bis 1830 nach der neuen Welt verkauft. In seiner eigenen Heimat waren die Aussichten, die Grundsätze der Nützlichkeitslehre, des Utilitarismus, wie man sein System nannte, ins Leben zu führen, weit geringer; denn festgewurzelt in jahrhundertelanger geschichtlicher Entwicklung konnte der Bau der englischen Verfassung selbst heftigen Stürmen Trotz bieten und sich dabei nicht allein auf die tausendfältigen Interessen, die er schirmte, sondern nicht minder auf die patriotische Anhänglichkeit, deren er sich erfreute, als auf feste Grundlagen verlassen. Das herrschende Regiment freilich war sehr geeignet, diese Anhänglichkeit zu untergraben. Der König Georg III. war wahnsinnig, der Prinzregent, erst von 1820 an als Georg IV. König, in Folge seines liederlichen Lebens, seines unzuverlässigen Characters und seiner reactionären Gesinnung äußerst unbeliebt. Seit Jahrzehnten saßen mit ganz kurzer Unterbrechung die Tories am Ruder und die Partei der Whigs war Dank der Kriegsluft, welche die Nation ergriffen hatte, aber auch aus Mangel an bedeutenden Führern fast bis zur Ohnmacht zusammengeschmolzen. Unter den Tories brachen nun zwar, eine natürliche Folge der langen Herrschaft, mancherlei Spaltungen aus; jüngere Kräfte, wie Canning und Wellesley, suchten mit freierem Blick die Parteipolitik den Zeitverhältnissen anzupassen; allein sie waren vorerst noch zu schwach, um Erfolge zu erzielen, und die alten Führer, Lord Liverpool, der seit 1812 an der Spitze des Cabinets stand, Castlereagh, der das auswärtige Amt in Metternichs Geiste leitete, Eldon, Sidmouth u. A. gaben trotz ihrer Beschränktheit den Ton an. Dabei klammerten sie sich so fest an ihre Posten, daß sie auch parlamentarische Niederlagen ruhig überstanden. Nach der Beendigung der großen Kriegszeit, die dem Lande eine Schuldenlast von 900 Millionen Pfund als Erbtheil hinterließ, forderten sie die Forterhebung der drückenden Einkommensteuer, um mittelst derselben das Heer in einer Stärke von 175,000 Mann zu erhalten. Das war auch ihren Anhängern zu viel und das Unterhaus lehnte 1816 die Einkommensteuer ab; Lord Liverpool aber fügte sich und blieb im Amte. Die Torymehrheit des Parlamentes ließ das nicht ungern geschehen, im Lande aber gewann die Bewegung gegen das Ministerium jetzt einen größeren Umfang und

Das Ministerium Liverpool.

richtete ſich auch gegen das Parlament und deſſen Zuſammenſetzung.

Die Noth der Zeit.

Die ſchwere Noth der Zeit vermehrte die Unzufriedenheit. So lange der Krieg dauerte, hatte ſich das Volk die furchtbar hohen Kornpreiſe als unvermeidliches Uebel gefallen laſſen; mit Freuden hatte es dann den jähen Umſchlag begrüßt, der ſeit 1814 in Folge der lang entbehrten ruſſiſchen und polniſchen Zufuhren den Marktpreis des Getreides um mehr als die Hälfte erniedrigte. Sollte es ſich nun ruhig gefallen laſſen, daß die großen Grundbeſitzer im Parlamente künſtlich wieder eine Theuerung heraufbeſchworen, daß ſie ein altes Korngeſetz von 1670 erneuerten, das jede Zufuhr verbot, ſo lange der Marktpreis nicht eine beſtimmte Höhe erreicht hatte? Die ſchlechte Ernte des Jahres 1816 und der Stillſtand der Fabriken, die keinen Abſatz für ihre Erzeugniſſe fanden, vermehrte die Noth

Die Reformbewegung und die revolutionären Umtriebe.

und den Unwillen. Es kam zu gewaltthätigen Aufläufen, Zertrümmerungen von Mühlen und Maſchinen, zu Bedrohungen der verhaßteſten Perſonen, auch des Regenten, den der Londoner Pöbel bei der Parlamentseröffnung 1817 mit Koth bewarf und durch kränkende Zurufe beleidigte. Cobbett, der in zahlloſen Reformclubs und mehr noch durch ſeine Zeitungsblätter, die er zu unerhört niedrigen Preiſen verkaufte, ſich einen großen Anhang erwarb, trat dieſen Ausſchreitungen zwar entgegen, aber die Million Unterſchriften, die er für die Forderung der Parlamentsreform zuſammenbrachte, ſchreckte die herrſchenden Claſſen weit mehr als der gelegentliche Ausbruch der Volkswuth; ja den letzteren beförderte ſie ſogar durch Sendlinge, welche die Menge aufreizen und dadurch den friedlichen Bürger mit Abſcheu gegen die Reformbewegung erfüllen ſollten. Eine Zeitlang halfen dieſe Mittel und der Aufſchwung erlahmte ſo, daß Cobbett 1817 das Land verließ und nach Amerika ging. Als aber die ſchändlichen Kunſtgriffe der Regierung bekannt wurden und die Beſchränkungen der perſönlichen Freiheit, zu denen das Parlament auf ein Jahr ſeine Zuſtimmung gegeben, erloſchen, griff die Bewegung nur um ſo ſtärker um ſich. In den großen Fabrikſtädten des Landes, die zum Theil jeder Vertretung im Parlament entbehrten, traten Maſſenverſammlungen zuſammen und wählten eigenmächtig Abgeordnete, beſchloſſen auch wohl, dieſelben mit bewaffneter Macht nach London zu führen. Als dies am 16. Auguſt 1819 auch in Mancheſter geſchah, ertheilte der Magiſtrat den Truppen Befehl einzuhauen, und viele Verwundete, auch einige Todte, waren die Opfer des Tages.

Die Reaction.

Den Miniſtern war dieſer Vorgang äußerſt erwünſcht; ſie billigten und belobten die Handlungsweiſe des Magiſtrates, beriefen ſodann das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung und ſetzten ohne Mühe die Annahme der ſechs „Knebelbills“ durch, der Carlsbader Beſchlüſſe Englands, durch welche das Verſammlungsrecht, die Preßfreiheit, der Schutz gegen willkürliche Verhaftung aufgehoben wurden. Der Unwille im Lande über dieſe Beſchränkungen war ſehr groß; die Whigs, in deren Mitte Brougham, John Ruſſell und andere aufwachſende Talente allmählich wieder größere Thatenluſt entfachten, erklärten ſich heftig dagegen; dem Miniſterium aber

kam, ähnlich wie den Rückschrittsmännern des Festlandes, ein verbrecherischer Anschlag zu Statten, der rechtzeitig verrathen ward. Es war eine Verschwörung unbedeutender Menschen, die sich zum Ziel gesetzt, die Minister bei einem Festmahl zu ermorden, die Casernen anzuzünden und eine provisorische Regierung zu bilden: ihr Haupt, Arthur Thistlewood, sammt vier Genossen büßte mit dem Strange (Febr. 1820). Um die allgemeine Aufregung auf's Höchste zu steigern, war nur noch nöthig, daß eben jetzt Georg III. starb und der neue König vor der ganzen Nation einen großen Scandalproceß begann. Im Jahre 1795 hatte er sich mit der Prinzessin Caroline von Braunschweig vermählt; diese gebar ihm eine Tochter Charlotte, die aber bereits 1817 gestorben war und den nachmaligen König der Belgier, Leopold von Coburg, als Wittwer hinterließ. Sie hatte eine höchst unglückliche Jugend verlebt, denn zwischen ihren Eltern herrschte seit ihrer Geburt das ärgste Zerwürfniß. Die Schuld lag an Beiden, aber die größere Hälfte an dem Prinz-Regenten. „Meine Mutter war schlecht," hatte die Tochter ebenso treffend wie traurig gesagt; „aber sie wäre nicht so schlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch viel schlechter gewesen wäre." Nachdem die Prinz-Regentin 18 Jahre lang von ihrem Gemahl getrennt unter den ärgsten Beleidigungen in England gelebt, verließ sie 1814 das Land und begab sich auf Reisen. Es begleitete sie ihr Kammerherr Bergami, von dessen Verhältniß zu ihr bald die anstößigsten Dinge erzählt wurden. Als ihr Gemahl 1820 nach Georgs III. Tode König wurde, kehrte sie plötzlich nach England zurück und machte ihre Rechte geltend. Darauf beantragte jener beim Oberhause Scheidung wegen Ehebruchs und nun begann in voller Oeffentlichkeit der Proceß, bei dem der gefeiertste Redner des Landes, Lord Brougham, für die Prinzessin eintrat und das ganze Volk für sie Partei nahm. Zwar entschied eine kleine Mehrheit der Pairs, 9 Stimmen, zu Gunsten des Königs; aber wie das Urtheil des Unterhauses ausfallen werde, war so wenig zweifelhaft, daß das Ministerium die Vorlage zurückzog. Die verwickelte und peinliche Angelegenheit fand die bequemste und gründlichste Lösung durch den plötzlichen Tod der Prinzessin, der in Folge der gewaltigen Aufregungen am 7. August 1821 eintrat. Aber damit war doch nur dieser besondere Fall erledigt; die allgemeine Mißstimmung und Vernichtung gegen das Ministerium dauerte fort. Sie wurde sehr bald selbst für Castlereaghs grobe Nerven zu stark. Auch ihm schien der Tod das einzige Mittel, um sich aus seiner qualvollen Lage zu befreien, und da er nicht von selbst kam, so rief er ihn. Ein Jahr nach dem Tode der Prinzessin, am 12. August 1822, durchschnitt er sich mit einem Federmesser die Halsader. Damit trat eine Schwankung in der Politik des Ministeriums ein. Castlereaghs Nachfolger, George Canning, auch er von Haus aus ein rechter Tory, bekehrte sich mit voller Ueberzeugung zu freisinnigen Grundsätzen und erwarb England die Geltung in Europa zurück, die es als sclavischer Nachtreter der Metternich'schen Politik verloren hatte.

Der Scheidungsproceß Georgs IV.

Castlereaghs Tod.

Frankreich. Das gleiche Mittel, von einem Irrwege umzukehren, das ſich dem altconſtitutionellen Inſellande in einem Miniſterwechſel bot, ſtand auch Frankreich zur Verfügung und ſchützte es vor einer offenen Revolution, die ohne dies wohl ſchon 1820 nicht ausgeblieben wäre.

Richelieu's Sturz. Richelieu hatte den Verdienſten, die er ſich durch ſeine gemäßigte Politik erworben, auf dem Aachener Congreß das letzte, größte hinzugefügt: er hatte eine Minderung der Kriegsſteuern und die beſchleunigte Räumung ſeines Landes von den fremden Truppen bewirkt. Aber freilich hatte er dafür ſeinem Gönner Alexander verſprechen müſſen, dem wachſenden Liberalismus in Frankreich, der ſoeben unter 55 neugewählten Abgeordneten über 20 Independenten in die Kammer ſchickte, entgegenzutreten. In der liberalen Partei hatte

Die Doctrinäre. ſich unter der Führung Royer Collards eine beſondere Schule gebildet, die es ſich zum Ziele ſetzte, in ſtrenger Folgerichtigkeit den Verfaſſungsſtaat auszubilden und daher als die der Doctrinäre bezeichnet wurde. Reich an hervorragenden Köpfen übte ſie trotz ihrer geringen Zahl doch einen bedeutenden Einfluß und war unverkennbar im Aufſteigen begriffen. Ein neues Wahlgeſetz ſollte dem Einhalt thun. Allein Richelieu's Collegen widerſetzten ſich dieſem Vorhaben, der König trat ihrer Anſicht bei, und Richelieu war nun conſtitutionell

Miniſterium Deſſolles. genug, ſeine Entlaſſung zu fordern (27. December 1818). Die übrigen Miniſter, beſonders der Herzog Decazes, blieben auf ihren Poſten und kamen unter Deſſolles' Vorſitz der liberalen Partei ſogar noch einige Schritte entgegen. Viele Verbannte wurden begnadigt, die Lage der Zeitungen durch neue Geſetze erträglich gemacht und die Adelskammer durch die Ernennung von 61 gemäßigten Pairs aus einem Hinderniß zu einem Bollwerk des beſonnenen Fortſchritts umgewandelt. Dadurch erſtarkte dieſer noch mehr und brachte bei den Ergänzungswahlen im Herbſt 1819 gar 28 Anhänger durch, unter ihnen eine Berühmtheit von 1789, den vormaligen Biſchof von Tours, Grégoire, der ſeiner Zeit im Convente den berühmten Ausſpruch gethan: die Könige ſeien in der moraliſchen Ordnung das, was die Ungeheuer in der phyſiſchen. Nun verlangte Ludwig XVIII. ſelbſt eine Aenderung des Wahlgeſetzes, und da ſich Deſſolles nicht fügte, entließ er ihn und zwei andere Miniſter und übertrug Decazes

Miniſterium Decazes. die Leitung des Staates. Immerhin waren auch deſſen Maßregeln durchaus gemäßigt; allein die Ausſchließung Grégoire's aus der Kammer und die beabſichtigte Aenderung des Wahlgeſetzes erbitterten doch die fortgeſchrittenen Liberalen ſehr, zumal ſie von den Wühlereien der Ultras, Angeſichts der Reaction, die ganz Europa durch-

Ermordung des Herzogs von Berry. zog, noch weitere Schritte befürchten durften. Als Führer der Ultras galt neben dem Grafen Artois mit Recht deſſen Sohn, der Herzog von Berry, der in den Augen der Republicaner überdies noch die ſündhafte Eigenſchaft beſaß, daß auf ihm die Fortdauer des königlichen Hauſes beruhte. Denn Ludwig ſelbſt war kinderlos; ſein Erbe war alſo ſein Bruder Artois. Dieſer hatte zwei Söhne, von denen der älteſte, Angoulême, gleichfalls keine Nachkommenſchaft hatte, und der jüngere, eben der Herzog von Berry, bis dahin zwar auch noch kin-

derlos, aber auch erst seit Kurzem vermählt war. Ein überspannter Sattler, Namens Louvel, glaubte sich ein Verdienst um das Vaterland zu erwerben, wenn er Berry, und damit die Hoffnungen des Königshauses, aus dem Wege räume; am 13. Februar 1820 erdolchte er den Prinzen vor der Oper. Bei der politischen Gesammtlage Europa's kam diese That der Reaction sehr zu Statten; Decazes, der in der Kammer selbst der Mitschuld an dem Morde geziehen wurde, erhielt seine Entlassung und Richelieu trat wieder an die Stelle, die er vor 2 Jahren verlassen hatte. Auch jetzt bewährte er seine Mäßigung und sein Geschick; er führte zwar die Censur für die Zeitungen wieder ein, beschränkte die persönliche Freiheit und änderte das Wahlgesetz zu Gunsten der Höchstbesteuerten; aber von leidenschaftlichem Wüthen gegen den Liberalismus konnte man doch nicht reden. Grade deshalb aber waren die Ultras auch noch nicht zufrieden; durch die Bezwingung einiger Straßenaufläufe in Paris und die rechtzeitige Entdeckung einiger Verschwörungen, die von den französischen Carbonari (der Charbonnerie) geplant wurden, durch die Geburt des Herzogs von Bordeaux, des jetzigen Prätendenten Heinrichs V., der bald nach seines Vaters Berry Ermordung das Licht der Welt erblickte, durch den Tod Napoleons am 15. Mai 1821, endlich durch ihre Siege bei den Ergänzungswahlen des Jahres war ihnen so sehr der Kamm geschwollen, daß sie über Richelieu hinauszugehen verlangten und ihn durch ein Mißtrauensvotum am 13. December 1821 stürzten. An seine Stelle trat Villèle, dessen sechsjährige Regierung uns noch mehrfach beschäftigen wird.

Richelieu's zweites Ministerium.

Die Revolutionen in den romanischen Ländern.

Der fünffache Cabinetswechsel, den Frankreich in etwas mehr als 3 Jahren erlebt hatte, bewies, obgleich er in abgleitender Stufenleiter der Reaction zu Gute gekommen war, doch, daß sich die Grundsätze des parlamentarischen Regimentes in diesem Lande bereits einer bedeutenden Kraft erfreuten, und daß sie als Sicherheitsventil in gefährlichen Krisen dienen konnten, wenn sich nur eine geschickte Hand zu ihrem Gebrauche fand. Ganz anders sah es in den romanischen Halbinseln Europas aus; ihnen brachte das Jahr 1820 blutige Revolutionen. Spanien eröffnete die seine am 1. Januar. Schon in den vorhergehenden Jahren hatte es nicht an Aufstandsversuchen gefehlt. Sie gingen sämmtlich vom Heere aus, das die unzufriedenen Generale um so leichter für sich zu bearbeiten vermochten, als der gemeine Soldat in beständiger Furcht schwebte, in die amerikanischen Colonien geschickt zu werden, um deren Unabhängigkeitsbestrebungen niederzuschlagen. Nicht weniger als 42,000 Mann waren in den letzten Jahren über den Ocean gesandt, und der größte Theil derselben war dem fremden Klima, den ungewohnten Mühsalen und dem Schwerte des Feindes erlegen, ohne der Sache des Heimatlandes den Sieg zu erringen. Auch die Offiziere waren zum großen Theil unlustig in einen Kampf zu ziehen, der geringe Ehren und noch ge-

Spanien.

ringeren Erfolg verſprach. Nun ſollten aber grade jetzt neue Truppenmaſſen abgehen, um einen entſcheidenden Schlag auszuführen. In ihrer Mitte begannen die Verſchwörer ihr Werk und bereits Mitte 1819 ſollte vor der Einſchiffung in Cadix der Aufſtand beginnen. Allerdings vereitelte der Abfall des vornehmſten Mitverſchworenen, des Grafen Abisbal, dieſen erſten Entwurf; allein die geheimen Fäden blieben unentdeckt, nur einzelne der Häupter wurden verhaftet, und da Krankheiten die Einſchiffung des Heeres verzögerten, ſo konnte der geſcheiterte Plan einige Monate ſpäter doch wieder aufgenommen werden. Als am 1. Januar 1820 die Abfahrt nach Buenos Ayres endlich vor ſich gehen ſollte, rief Rafael Riego die mißmuthigen Soldaten zur Empörung auf und gewann ſie für den Schwur auf die Verfaſſung von 1812; ſtatt ſich einzuſchiffen, revolutionirten ſie die Umgegend. Andre Regimenter, von Riego und ſeinem alten Mitverſchworenen Quiroga gewonnen, ſchloſſen ſich an und nahmen den Oberbefehlshaber Calleja gefangen. Aber damit endeten ihre Triumphe; die Garniſon von Cadix blieb treu und ohne den Beſitz dieſer Stadt war die Lage der Empörer hoffnungslos. Ein paar Wochen lang ſchlug Riego ſich in Andaluſien herum; dann verliefen ſich ſeine Leute und Anfangs März ſchien Alles verloren. Aber es ſchien auch nur ſo; denn der revolutionäre Funke, der im Süden keinen Brennſtoff finden konnte, hatte im Norden gezündet. Im Februar brach unter Espinoſa's Führung zu Coruña in Galizien ein Militäraufſtand aus und verbreitete ſich ſchnell in die benachbarten Provinzen. In Navarra erſchien der geflüchtete Mina aus Frankreich; Aragon, Catalonien, Valencia fingen an in Gährung zu gerathen. Darüber erſchrak Ferdinand VII. um ſo mehr, als gleichzeitig die Ermordung des Herzogs von Berry ihm ein drohendes Schreckbild zeigte. Von entſcheidender Wirkung war endlich der Abfall des Grafen Abisbal, der, gegen die Aufrührer ausgeſandt, am 4. März ſich für ſie erklärte, als ob er den früheren Verrath durch den ſpäteren ſühnen wolle. Es bedurfte jetzt kaum noch der Unruhen, die am 6. März in Madrid ausbrachen, um Ferdinand zu einem erheuchelten Geſinnungswechſel zu bewegen. Sobald er ſich ernſtlich vor die Wahl geſtellt ſah: Sturz oder Verfaſſung von 1812, beſann er ſich nicht lange, ſondern beſchwor am 9. März die bitter gehaßte Conſtitution. Ein unendlicher Jubel durchzuckte das Land und Niemand zweifelte an dem ernſten Willen des Königs; überall vollzog ſich der Umſchwung in größter Ordnung; die Wahlen zu den Cortes gingen in Frieden und Mäßigung vor ſich; ein freiſinniges Miniſterium, meiſt frühere Opfer des Königs, wie Perez de Caſtro, Arguelles, Herreros, trat an die Spitze der Geſchäfte, und die Aufhebung des Jeſuiten- und anderer verwandter Orden, die Einziehung der Klöſter und andre Maßregeln der Art ſchienen dem Siege des Fortſchrittes Dauer zu verſchaffen. Um ſo anſteckender mußte er nach Portugal und Italien hinüber wirken.

Portugal. In jenem Lande lagen die Verhältniſſe überdies ſehr günſtig. Der König, Johann VI., war noch immer in Braſilien, und der Regent, Lord Beresford, war wenigſtens zeitweilig dort. Ein Aufſtand, den

der Oberſt Sepulveda mit der Garniſon von Oporto im Auguſt 1820 begann, hatte deshalb leichtes Spiel. Schnell ergriff er das ganze Land und erreichte Liſſabon; eine proviſoriſche Regierung wurde eingeſetzt, Beresford verbannt, der König zur Rückkehr nach Europa aufgefordert und von neuen Cortes eine neue Verfaſſung entworfen. Als Beresford zurückkam, ſtand er ohnmächtig den neuen Verhältniſſen gegenüber; nicht einmal die Landung ward ihm geſtattet. Auch der König hielt es für gut ſich zu fügen. Sein älteſter Sohn Dom Pedro blieb in Braſilien, anfangs als Regent; doch mußte er bald dem Drängen des Landes, das eben ſo wenig wie die ſpaniſchen Colonien in ein Abhängigkeitsverhältniß zurückkehren wollte, nachgeben und ſich zum conſtitutionellen Kaiſer Braſiliens ausrufen laſſen. Der zweite Sohn Johanns Dom Miguel begleitete den Vater nach Europa zurück und ſuchte in Gemeinſchaft mit ſeiner Mutter Carlota den König von der Annahme der Verfaſſung abzuhalten. Allein die Macht der Verhältniſſe war ſtärker als ihre Zettelungen; Johann VI. beſchwor vor ſeiner Landung, die wenige Tage vorher, am 27. Juni 1821, vollendete Verfaſſung, und Portugal erfreute ſich für einige Jahre in Ruhe der neuen Staatsformen, die es ſich gegeben.

Neapel.

In Italien zündete das ſpaniſche Beiſpiel naturgemäß am erſten in dem Staate, deſſen Heer am meiſten von den Carbonari durchwühlt und dadurch den Einflüſſen ehrgeiziger Generale preisgegeben war, in Neapel. Von Nola aus zog Leutnant Morelli am 2. Juli 1820 mit einem Regiment nach Neapel und gewann unterwegs ſo große Verſtärkung, daß man bei Hofe jeden Gedanken an Widerſtand fahren laſſen mußte, zumal auch der volksthümlichſte unter den Offizieren, Wilhelm Pepe, ſich für die ſpaniſche Verfaſſung von 1812 erklärte und an die Spitze der Aufſtändiſchen trat. Einen Augenblick hoffte der jeſuitiſche König ſich durch eine erheuchelte Krankheit aus der Verlegenheit ziehen und ſeinem Sohne den geforderten Eid und den vorausſichtlichen Eidbruch in die Schuhe ſchieben zu können. Allein das gelang nicht; Pepe, der ſich zum Oberbefehlshaber aller königlichen Truppen ernennen ließ, verlangte neben dem Gelöbniß des Prinz-Regenten auch das des Königs; und als dieſer ſah, daß er der Forderung nicht entgehen könne, da erfüllte er ſie nicht blos, ſondern fügte ſeinem Schwur aus eigenem Antrieb noch das Gebet hinzu, daß, wenn er lüge, Gott in dieſem Augenblick die Blitze ſeiner Rache auf ihn lenken möge. Neapel war außer ſich vor Freuden über dieſe gründliche Bekehrung ſeines Königs; doch ſollte in den Freudenbecher gar bald ein bittrer Tropfen Wermuth fallen. Kaum war die Kunde der Ereigniſſe nach Sicilien gedrungen, ſo erhob ſich das Volk von Palermo mit der Forderung, die Inſel ſolle in Verfaſſung und Verwaltung von dem Feſtlande getrennt und nur durch Perſonalunion mit ihm verbunden ſein. Schon am 18. Juli mußte der Statthalter fliehen, und eine proviſoriſche Regierung, den Fürſten Villafranca an der Spitze, trat an ſeine Stelle. Die ganze Inſel, mit Ausnahme von vier Städten, fügte ſich entweder freiwillig dem neuen Regiment, oder wurde in blutigem Bürgerkrieg, der gegen 4000 Opfer forderte,

Sicilien.

dazu gezwungen. Allein Pepe und ſeine Genoſſen in Neapel waren nicht gewillt, dieſe Neuerung anzuerkennen; ſie ſchickten den jüngeren Pepe mit 6000 Mann auf die Inſel und das blutige Ringen begann von Neuem. In verhältnißmäßig kurzer Zeit gelang es den Aufſtand zu brechen und Palermo wieder zu nehmen; indeſſen man wußte wohl, daß die Unterwerfung nur eine erzwungene war, und ſah ſich genöthigt, die beſten Truppen auf der Inſel ſtehen zu laſſen.

Der Congreß von Troppau.

Dieſes widernatürliche Verhältniß war für Metternich, den die neapolitaniſche Revolution ſelbſtverſtändlich in den höchſten Zorn verſetzt hatte, ungemein verlockend und er begann für eine Einmiſchung zu arbeiten. Zu dieſem Zweck erließ er Einladungen zu einem neuen Monarchen- und Miniſter-Congreß, der im October 1820 zu Troppau in Oeſtreichiſch-Schleſien zuſammentrat. England und Frankreich waren nur durch Geſandte vertreten, denen die größte Zurückhaltung zur Pflicht gemacht war, die beiden Kaiſer und der König von Preußen fanden ſich perſönlich ein. Aber die Vorſchläge Metternichs ſtießen überall, außer bei Preußen, auf einen ſehr kalten Empfang; Alexander war wohl zu einer diplomatiſchen Einmiſchung geneigt, wollte aber Nichts von einer militäriſchen hören. Da kam dem Fürſten Metternich eine unerwartete Hülfe. Aus Petersburg wurde ihm die Nachricht von der Auflehnung des Garderegimentes Semenow gemeldet. In Rußland eine Militärverſchwörung! Was konnte erwünſchter ſein! Auf der Stelle eilte er zu Alexander, der von dem großen Ereigniß noch Nichts wußte, und die Ueberrumpelung gelang. Ohne den Geſandten der Weſtmächte Mittheilung zu machen, unterzeichneten die Monarchen ein Protocoll, in welchem ſie ſich verpflichteten, die Staaten Europas in dem Zuſtande von 1815 zu erhalten und gemeinſam der „tyranniſchen Macht der Rebellion und des Laſters“ die Stirn zu bieten. Doch ſollte zuvor noch eine Vermittelung verſucht und zu dieſem Zwecke der König von Neapel eingeladen werden, auf einem Congreß zu erſcheinen, den man für den Januar 1821 in Laibach anberaumte.

Der Congreß von Laibach.

Nachdem dieſe Beſchlüſſe gefaßt waren, theilte man ſie dem franzöſiſchen und engliſchen Geſandten zur Billigung mit; erbittert über ſolche Behandlung verweigerten dieſe nun erſt recht ihre Unterſchrift, ohne dadurch an der Sachlage viel ändern zu können. Der Laibacher Congreß trat zuſammen und auch der König von Neapel fand ſich ein. Allerdings hatten die Troppauer Beſchlüſſe in ſeiner Hauptſtadt und in ſeinem Parlamente zuerſt eine furchtbare Aufregung hervorgerufen; allein ſie legte ſich ſchnell und machte einer naiven Vertrauensſeligkeit Platz, als der König vor ſeiner Abreiſe ſich erbot, vier Parlamentsmitglieder als Zeugen und Räthe mitzunehmen. Man lehnte dankend dieſes Anerbieten ab, denn man wiſſe, wie es in einer Adreſſe hieß, daß „das Herz des Sohnes Carls III. ein Tempel der Treue ſei.“ Während man nun in Neapel an der neuen Verfaſſung weiterarbeitete und nach ihrer Vollendung am 31. Januar 1821 ſich des erneuten Schwures freute, mit dem der Prinz-Regent ſie bekräftigte, beſchloſſen die Oſtmächte im Einverſtändniß mit den italieniſchen Staaten und trotz der matten Einſprache Englands und

Frankreichs die Entsendung eines östreichischen Heeres nach Neapel. Der treue König Ferdinand ertheilte gern seine Zustimmung, erklärte seinen Eid für erzwungen und befahl schriftlich den revolutionären Behörden sich aufzulösen. Anfangs Februar überschritt General Frimont mit 43,000 Oestreichern die lombardische Grenze und rückte gegen Neapel vor. Hier war der Wille zum Widerstand größer als die Kraft. Zwei Heere, unter Pepe und Carrascosa, zusammen kaum 25,000 Mann, eilten an die Grenze. Ein einziges Gefecht, das Pepe bei Rieti am 7. März lieferte, genügte um ihre Niederlage zu entscheiden. 14 Tage später rückten die Oestreicher in Neapel ein. Das Parlament fanden sie nicht mehr vor; es war unter Protest auseinandergegangen; auch die Hauptführer hatten sich durch die Flucht gerettet; triumphirend konnten die östreichischen Blätter melden, als Farce habe geendigt, was sich so ruhmredig als Tragödie angekündigt. Aber der tragische Schluß sollte doch nicht fehlen. Hunderte von Todesurtheilen wurden gefällt, viele der angesehensten Männer in die östreichischen Festungen geschleppt, der ganze Carbonari-Bund in die Acht gethan, einzelne seiner Mitglieder auf Eseln durch die Straßen geführt und öffentlich ausgepeitscht. Auch Sicilien wurde von den Oestreichern wieder unterworfen; hier und dort beseitigte König Ferdinand, der im Mai in sein Land zurückkehrte, alle liberalen Einrichtungen; die Universitäten wurden geschlossen, die Jesuiten zurückberufen; eine tolle Polizeiwirthschaft tyrannisirte unter dem Schutz der östreichischen Waffen das ganze Land, und das Banditenwesen, durch politische Zuzügler verstärkt, nahm einen neuen ungeahnten Aufschwung.

Die Oestreicher gegen Neapel.

Man hätte meinen sollen, das übrige Italien, das während des ganzen Jahres 1820 die Nachahmung der neapeler Revolution unterlassen hatte, würde nach dem Beginn des östreichischen Heereszuges noch weniger Neigung gefühlt haben, sich dem Versuche anzuschließen. In dem größten Theile des Landes traf diese Erwartung auch zu, besonders in Mittelitalien, wo sich bald die östreichischen Truppen zeigten, und in der Lombardei, wo schon seit Monaten die kräftigsten Vorsichtsmaßregeln ergriffen waren, von wo die Häupter der liberalen Partei, unter ihnen der gefeierte Dichter Silvio Pellico, zu langjähriger Haft in die östreichischen Festungen hatten wandern müssen, und wo das ausgebildetste Spürwesen alle Bewegungen der Patrioten überwachte. Aber in Sardinien erweckte das Vorrücken der Oestreicher andre Gedanken. Was schien einfacher, als, während jene nach Neapel zogen, in die Lombardei einzufallen, diese aufzuwiegeln und dann in Gemeinschaft mit den Süditalienern die Oestreicher unter Frimont von beiden Seiten zu umfassen? Zum Gelingen dieses Planes war neben Vielem sonst besonders Eines erforderlich: man mußte in Sardinien selbst sehr schnell die Gewalt erringen. Dazu aber lagen die Verhältnisse günstig. Wenn man den längst schon regierungsmüden König Victor Emanuel zur Entsagung bewog, so war der Nächstberechtigte zwar dessen Bruder Carl Felix; aber der war zur Zeit außer Landes, und da er keine Kinder hatte, so mußte

Revolution in Sardinien.

Carl Albert.

bis zu ſeiner Rückkehr die Regentſchaft einſtweilen an Carl Albert, das Haupt der Seitenlinie Savoyen-Carignan, fallen, der in liberalen Ideen erzogen war und für gut italieniſch-geſinnt, ja vielfach ſelbſt für ein Mitglied der Carbonaria galt. Jedenfalls war Eile das, was am meiſten Noth that, und man konnte nicht erſt auf die unbedingte Zuſtimmung dieſes Prinzen warten. Ohne ſie erlangt zu haben — der Prinz gab ſie und zog ſie wieder zurück — begann der Militäraufſtand am 10. März in Aleſſandria — alſo drei Tage nach der Niederlage der Neapolitaner, von der man aber noch Nichts wußte. Eine proviſoriſche Regierung, an deren Spitze der edle und tapfere Graf Santa Roſa ſtand, erklärte dem Volk, daß, wenn das Heer ſich jetzt vorübergehend von den Geſetzen des militäriſchen Gehorſams entferne, das unabweisbare Bedürfniß des Vaterlandes es dazu eben ſo verpflichte, wie 1813 das preußiſche Heer, als es unter York freiwillig gegen ſeine Unterdrücker den Krieg begann. Große Begeiſterung erregte dieſer Aufruf eben nicht, aber die Bewegung übertrug ſich doch auch nach Turin und erzielte hier die Folgen, welche man wünſchen mußte. Victor Emanuel dankte am 12. März zu Gunſten ſeines Bruders Carl Felix ab und ernannte Carl Albert einſtweilen zum Regenten. Dieſer beſchwor nun zwar gleich die ſpaniſche Verfaſſung von 1812, allein da ihm der Aufſtand kein großes Vertrauen einflößte und für ihn im Falle des Mißlingens der Verluſt der Erbberechtigung in ſicherer Ausſicht ſtand, ſo behielt er die Genehmigung des neuen Königs vor und erbat ſich von dieſem Verhaltungsbefehle. Sie lauteten dahin, daß er auf der Stelle Turin verlaſſen und ſich zu den treuen Truppen, welche General La Torre in Novara ſammelte, begeben ſollte. Unterwürfig und berechnend gehorchte er dieſem Befehl am 20. März durch die Flucht, legte in Novara die Regentſchaft nieder und ſtellte ſich zur Verfügung des Königs. Damit war über die Revolution das Todesurtheil geſprochen, um ſo mehr, als in Neapel ja auch Alles zu Ende war. Vergeblich verſuchte Santa Roſa, die Seele des Aufſtandes, noch bewaffneten Widerſtand. Am 8. April wurden die 3000 Mann unter Oberſt Regis, über welche der Aufſtand noch gebieten konnte, bei Novara mit leichter Mühe von den treuen Truppen unter La Torre und den Oeſtreichern unter Bubna geſchlagen, und die Häupter der Empörung mußten froh ſein, daß es ihnen gelang, ſich nach Spanien, Griechenland und Frankreich zu flüchten.

Carl Felix König.

Die ſardiniſche Thronfolge.

Der Laibacher Congreß konnte alſo mit Befriedigung auf den glücklichen Ausgang ſehen, den ſeine Verſuche zur Beruhigung Italiens gehabt hatten. Aber Metternich war damit und mit dem unbedingten Einfluß, den ihm das Verbleiben von 12,000 Oeſtreichern in Sardinien und 42,000 Mann in Neapel verbürgte, noch nicht zufrieden. Er wollte dieſen in Sardinien, wo er durch den Tod des Königs leicht gefährdet werden konnte, dauernd machen und zu dem Zweck, die Thronfolge, die 1815 in Wien feſtgeſtellt war, ſo ändern, daß Carl Albert von derſelben ausgeſchloſſen und unbekümmert um alle Legitimität der Herzog Franz von Modena zum

Nachfolger beſtimmt würde. Dazu ſollte ein neuer Congreß helfen, der im Herbſt 1822 in Verona zuſammentrat. Allein Frankreich und Rußland waren frühzeitig auf dieſe Pläne aufmerkſam geworden und zu eiferſüchtig auf Oeſtreichs Einfluß in Italien um ſie zu begünſtigen. Metternich mußte ſeinen Vorſatz aufgeben, zumal Carl Albert bereit war, ſeine verdächtige politiſche Rechtgläubigkeit dadurch zu bekräftigen, daß er in Spanien, wo die liberale Regierung fortdauerte, mit den Waffen in der Hand gegen ſie eintrat.

Spanien.

Die ſpaniſchen Angelegenheiten bildeten nämlich die Hauptaufgabe des Congreſſes von Verona. Zwei Jahre hatte ſich dort, wenn auch in wechſelnden Miniſterien, der Liberalismus am Ruder gehalten. An Verſuchen, ihn zu ſtürzen, fehlte es freilich nicht; ſchon im Januar 1821 wurde Ferdinand ſelbſt bei einem Anſchlage ertappt, ſich gewaltſam aus den verhaßten Banden zu befreien, und eine Vorbereitung zu neuen Verſuchen in dieſer Richtung war es, wenn er im März das Miniſterium Arguelles entließ und ihm zwar Nachfolger von derſelben politiſchen Farbe, aber ohne geiſtige Bedeutung und ohne Anſehn im Volke gab. Und doch bedurfte Spanien der Männer von Kraft und Einfluß ſo dringend! Denn überall in den Provinzen regten ſich die Unzufriedenen. In Caſtilien ſammelte der Pater Merino, der einſt im Franzoſenkriege als Bandenführer geglänzt, die Schaaren ſeiner „Glaubensarmee“, die für die Kirche und den unumſchränkten König kämpfen ſollte; in den pyrenäiſchen Berglanden rotteten ſich gleichgeſinnte Haufen zuſammen, an ihrer Spitze zum Theil berüchtigte Schmuggler und Räuberhauptleute; von dem benachbarten Frankreich aus nährten die flüchtigen Häupter der Reaction, wie Mataflorida und Eguia, dieſe Erhebungen und ſtützten ſie durch Waffen und Geld. Und auf der andern Seite wiederum erhoben ſich in Cadiz, in Valencia, in Aragon die Exaltados, die Ultras, erbittert darüber, daß Riego im September ſeines Oberbefehls in Aragon entſetzt worden war, weil er im Verdacht ſtand, an einer republicaniſchen Bewegung in Spanien und Frankreich zu arbeiten; in Madrid ſelbſt erſtürmte der Pöbel ein Gefängniß und mordete den dort eingeſchloſſenen Beichtvater des Königs; die Clubs nahmen überhand und beherrſchten die Stadt und die Cortes, in denen doch die Moderados, die Gemäßigten, die Mehrheit hatten. Als unter ſolchen Verhältniſſen die Neuwahlen für die Cortes von 1822 vollzogen wurden, errang die äußerſte Partei einen vollſtändigen Sieg, der ſich in der Erhebung Riego's zum Präſidenten äußerlich kund gab. Nun glaubte auch Ferdinand ſich mit brauchbaren Miniſtern umgeben zu müſſen und erſetzte Anfang 1822 das zweite Moderado-Cabinet durch ein drittes, an deſſen Spitze der bedeutendſte Mann der Partei, Martinez de la Roſa, trat. Heimlich aber förderte er nach Kräften die reactionären Erhebungen, die beſonders im Norden an Kraft wuchſen. Mataflorida kam ſelbſt über die Pyrenäen und ſtellte ſich an die Spitze einer Regentſchaft, die in der Bergfeſtung Seo d'Urgel ihren Sitz nahm. Alles das aber ging dem König noch viel zu langſam. Ungeduldig ſuchte er ſich im Juli 1822 auf eigne Fauſt zu helfen,

und ließ ſeine Garde bearbeiten, die Conſtitution in der Hauptſtadt ſelbſt umzuſtoßen. Indeß auch dieſer Verſuch mißlang; die Garde wurde am 7. Juli in den Straßen Madrids beſiegt, und der König kam aus dem Regen in die Traufe. Statt ſeines bisherigen gemäßigten Miniſteriums mußte er ein neues aus der Partei der Exaltados bilden, an deſſen Spitze San Miguel ſtand. Verzweiflungsvoll wandte er ſich nun an Ludwig XVIII. und bat ihn in einem eigenhändigen Brief vom 23. Juli um Hülfe. Seit Beginn des Jahres war in Frankreich jenes Miniſterium Villèle an Richelieu's Stelle getreten, welches das reactionärſte ſeit 1815 war und von dem ſich Mitgefühl mit der Lage des ſpaniſchen Königs wohl erhoffen ließ. Allein ſelbſt Villèle trug doch Bedenken, ſich auf der Halbinſel, die Napoleon nicht hatte bezwingen können, die Finger zu verbrennen; er meinte, man müſſe den Vulcan von ſelbſt ausbrennen laſſen, und gab ſeinen Abgeſandten zum Veroneſer Congreß die Weiſung mit, Frankreich zu Nichts zu verpflichten. Ein anderes Land als Frankreich konnte aber aus geographiſchen Gründen die Einmiſchung nicht wohl übernehmen, und ſo gerieth Metternich, dem nach der glücklichen Erledigung der italieniſchen Aufſtände Spanien ſehr am Herzen lag, in Verlegenheit. Allein die Perſönlichkeit der franzöſiſchen Diplomaten kam ihm zu Hülfe. Der eine, Montmorency, der Miniſter des Auswärtigen, war ganz im Gegenſatz zu Villèle ein eifriger Freund der Einmiſchung und handelte den Weiſungen, die er aus Paris mitgebracht, gradezu entgegen; der andre, Chateaubriand, der bekannte Dichter, hing ſich an Kaiſer Alexander, und dieſer war ſo vollſtändig für die Politik der Einmiſchung gewonnen, daß er ſeinen feſten Entſchluß in die bündige Formel faßte: La guerre contre l'Espagne par la France, avec la France, sans la France — contre la France. Nur der erſte dieſer Fälle war für Frankreich annehmbar und ſo ſtimmten am 17. November die beiden franzöſiſchen Abgeſandten einem Beſchluſſe der drei Oſtmächte zu, nach welchem Spanien zu einer Aenderung ſeines politiſchen Syſtems aufgefordert und im Weigerungsfalle mit dem Einrücken eines franzöſiſchen Heeres bedroht werden ſollte. Das Miniſterium San Miguel ließ ſich dadurch nicht einſchüchtern. Grade jetzt gelang es ihm, durch Mina die Regentſchaft aus Seo d'Urgel zu vertreiben, ja über die Grenze zu jagen, und außerdem rechnete es auf England, das ſich gegen den veroneſer Beſchluß erklärte und durch Canning, der ſeit vier Monaten am Ruder ſaß, bereits deutlich in das liberale Fahrwaſſer einlenkte. Auch mochte es hoffen, daß Villèle ſeinen früheren Anſichten treu bleiben und eine bewaffnete Einmiſchung nicht billigen werde. Alle dieſe Hoffnungen trogen. Allerdings wurde Montmorency von Verona abberufen und mußte aus dem Miniſterium ſcheiden; aber es erſetzte ihn Chateaubriand und dieſem gelang es, auch Ludwig XVIII. für die Einmiſchung zu ſtimmen. Nach Ablehnung der in Verona geſtellten Forderungen ſeitens der ſpaniſchen Regierung entſchloß ſich der König, ſeinen Neffen Angoulême mit einem Heere nach der Halbinſel zu ſenden, und kündete ſeinen Kam-

Der Congreß von Verona.

Die Einmiſchung in Spanien.

mern in der Thronrede vom 28. Januar 1823 an, daß 100,000 Mann bereit ſtänden, den ſpaniſchen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten. Die Oppoſition dagegen war machtlos; ſie wurde von der Mehrheit niedergeſchrieen, und einer ihrer Führer, Manuel, der unerſchrocken ausſprach, die franzöſiſche Einmiſchung in Spanien ſtehe auf einer Linie mit dem Einmarſch der Preußen in Frankreich im Jahre 1792 und werde dieſelben Folgen — die Hinrichtung des Königs — herbeiführen, erregte als Verteidiger des Königsmordes ſolche Entrüſtung, daß er aus der Kammer ausgeſtoßen und, weil er ſich nicht willig fügte, von Gensdarmen weggeſchleppt wurde. Angoulême überſchritt nun die Pyrenäen und drang mit fünf Armeecorps in Spanien vor. Der Widerſtand, auf den er ſtieß, war unbedeutend; die Hauptſtadt zu verteidigen machten die Liberalen nicht einmal den Verſuch; ſie verlegten den Sitz der Regierung und der Cortes nach Sevilla und ſchleppten auch den König mit dorthin, der vergebens durch ein Zeugniß ſeiner Aerzte zu beweiſen ſuchte, daß ſein Geſundheitszuſtand dieſe Reiſe nicht geſtatte. Auch in Sevilla war der Aufenthalt nicht von langer Dauer; als der Einzug der Franzoſen in Madrid am 23. Mai und die Einſetzung einer Regentſchaft für den „gefangenen“ König bekannt wurde, zogen ſich die Cortes nach Cadix zurück und auch dorthin mußte Ferdinand ihnen folgen. Ein ſchlimmes Loos ſchien ihm bevorzuſtehn; ſchon hatten die Cortes, um in keiner Weiſe von ihm behindert zu ſein, ihn für geiſteskrank erklärt und auch ihrerſeits eine Regentſchaft gewählt. Vor dem Schickſal Ludwigs XVI. bewahrte ihn eigentlich nur die Furcht der Liberalen, die über den Ausgang ihrer Sache um ſo weniger in Zweifel ſein konnten, als ihre hervorragendſten Generale, Abisbal, Morillo, Balleſteros, ſie verriethen und ihren Frieden mit den Franzoſen machten. Als daher im Auguſt die Belagerung von Cadix begann und die Einnahme des Trocadero, eines feſten Inſelforts, die letzte Entſcheidung in nächſte Nähe rückte, dachten ſie den Monarchen wenigſtens als Pfand zu benutzen, um perſönlich leidliche Bedingungen bei ihrer Unterwerfung zu erreichen. Als Cadix Ende September nicht mehr gehalten werden konnte, ließen ſie ſich von ihm Begnadigung verſprechen und ſchickten ihn ins franzöſiſche Lager. Einige Millionen, die Chateaubriand daran gewandt hatte, um die einflußreichſten Führer zu beſtechen, beſchleunigten dieſen Entſchluß. Die Stadt wurde übergeben; die Klügeren unter den Liberalen flüchteten ſich eiligſt nach Gibraltar. Sie ſollten ſich bald zu dieſer Vorſicht Glück wünſchen; denn gleich am 1. October erklärte Ferdinand Alles, was ſeit dem 7. März 1820 geſchehen, für ungültig und begann die Verfolgungen gegen ſeine Feinde. Riego, der ſchon Anfangs September in der Sierra Morena gefangen worden war, wurde unter großen Mißhandlungen nach Madrid geſchleppt, dort von einem Eſel in einem Korbe nach dem Richtplatz geſchleift und an einem hohen Galgen unter dem Jubelgeſchrei des Pöbels gehenkt. Acht Tage ſpäter hielt der König ſeinen Einzug in Madrid; ein 20 Fuß hoher Triumphwagen, den hundert Menſchen zogen, trug ihn und ſeine Gemahlin, während Tänzer und

Einmarſch der Franzoſen.

Ende der Revolution.

Tänzerinnen in großer Zahl ihn umſchwärmten. Das ſpaniſche Volk jauchzte dem Tyrannen zu, der in Calomarde und Espanna Männer fand, welche bereitwillig der blindeſten Reaction ihren Arm liehen, und der beinah Freude darüber zu empfinden ſchien, daß eine neue Revolution ihm neue Opfer ſeiner Grauſamkeit geliefert hatte.

Portugal. Ihr Nachſpiel fanden dieſe Vorgänge in Spanien, wie üblich, in Portugal. Das Vorrücken der Franzoſen gab auch hier der abſolutiſtiſchen Partei das Zeichen zur Erhebung. Des Königs zweiter Sohn, Dom Miguel, ſtellte ſich an die Spitze der Truppen und forderte von Villafranca aus den Umſturz der Verfaſſung. Nach einigem Schwanken begab ſich der König zu ihm und löſte die Cortes am 2. Juni auf. Nun begann auch in Portugal das alte Regiment von Neuem; doch war hier der engliſche Einfluß zu mächtig, um ein blindreactionäres Wüthen zu geſtatten. Das neue Miniſterium begnügte ſich die Häupter der Gegenrevolution zu belohnen, ohne die Häupter der Liberalen zu verfolgen. Damit waren die Führer der erſteren, und beſonders Dom Miguel, durchaus nicht zufrieden. Im Einverſtändniß mit ſeiner Mutter Carlota verſuchte der Prinz im Mai 1824 einen Staatsſtreich, der aber völlig mißlang. Die Miniſter flüchteten ſich auf ein engliſches Kriegsſchiff, das im Hafen von Liſſabon lag, und dem Könige, der ſich bald von ſeinem Sohne wie ein Gefangener behandelt ſah, gelang es gleichfalls, dorthin zu entkommen. Ein kräftiger Aufruf ſetzte dem Volk die Sachlage auseinander und bewirkte einen allgemeinen Abfall von Dom Miguel, der ſodann vom Könige aus dem Lande verbannt wurde und ſich zu Metternich nach Wien begab. Cannings Einfluß war von da ab ſtark genug, um ein verſtändiges und gemäßigtes Regiment zu verbürgen, bis der Tod des Königs, am 10. März 1826, neue und ernſtere Verwickelungen heraufbeſchwor, und zugleich die gänzliche Trennung Braſiliens von dem Mutterlande vollendete. Es wird deshalb hier die Stelle ſein, der Verhältniſſe jenſeits des Oceans näher zu gedenken.

Auflehnung Dom Miguels.

Seine Verbannung.

Die amerikaniſchen Freiheitskämpfe.

Braſilien. Braſilien hatte durch die Ueberſiedelung des königlichen Hauſes ſeit dem Jahre 1808 eine tiefgreifende Umgeſtaltung erfahren; aus der abhängigen Colonie, die in jedem Kleinſten vom Mutterlande Befehl und Weiſung erhielt, war ein ſelbſtändiges Königreich geworden; die Häfen, bis dahin nur portugieſiſchen Schiffen geöffnet, ſtanden jetzt allen Völkern offen und den Engländern überdies unter ganz ausnehmend günſtigen Bedingungen. Schon hatten ſich zahlreiche Kaufleute in den wichtigſten Städten, in Rio, Bahia, Pernambuco, Para, niedergelaſſen und dem geſellſchaftlichen und öffentlichen Leben einen europäiſchen Anſtrich gegeben. Der Gedanke, in die früheren Colonialzuſtände zurückgeworfen zu werden, war daher den Braſilianern eben ſo ſchreckhaft wie verabſcheuenswerth und ſie wünſchten Nichts dringender, als daß die königliche Familie gar nicht wieder nach Europa zurückkehren möchte. Allerdings gab es im Lande,

beſonders im Norden, auch eine republicaniſche Partei, die, angefeuert von dem Beiſpiele der ſpaniſchen Colonien, die Umwandlung Braſiliens in einen Bund von Freiſtaaten als Ideal vor Augen hatte und in der Rückkehr Johanns VI. nach Europa eine Förderung ihrer Pläne erblickt haben würde; aber dieſe Partei war in der Minderheit und ihre Aufſtandsverſuche im Jahre 1817 wurden ſchnell unterdrückt. So eifrig nun die Braſilianer den König in Rio feſtzuhalten wünſchten, eben ſo dringend verlangten die Portugieſen ſeine Heimkehr und fanden dabei eine Stütze an des Königs älteſtem Sohne Dom Pedro, der als Regent an des Vaters Statt zurückgelaſſen zu werden hoffte. Die Revolution von 1820 kam ihm dabei zu Hülfe; wollte Johann VI. Portugal nicht verlieren, ſo mußte er eilen, ſich nach Liſſabon einzuſchiffen; nur ungern freilich trennte er ſich von den behaglicheren Verhältniſſen, in denen er zu Rio lebte; aber von Pedro gedrängt entſchloß er ſich doch dazu und reiſte im April 1821 ab. Was die Braſilianer gefürchtet, trat nun ſchnell ein. Die Cortes in Liſſabon faßten Beſchlüſſe über Beſchlüſſe, welche das Königreich wieder zu einer Colonie herabdrücken ſollten. Die Mißſtimmung, welche darüber entſtand, machte ſich der ehrgeizige Dom Pedro geſchickt zu Nutzen. Schon im Mai 1822 nahm er den Titel eines „conſtitutionellen Verteidigers Braſiliens“ an und berief eine verfaſſunggebende Verſammlung, welche die Unabhängigkeit des Landes ausſprach und ihn am 12. October als Kaiſer ausrief. Der Widerſtand, den Portugal dieſer Losreißung entgegenſetzen konnte, war nur gering. Eine braſilianiſche Flotte unter dem Befehl des Engländers Cochrane, der ſchon mehrere Jahre lang für die Unabhängigkeit des ſpaniſchen Südamerika gefochten hatte und im März 1823 in Pedro's Dienſte trat, verjagte die portugieſiſchen Schiffe aus den Häfen und die Beſatzungen aus den Städten des Nordens, ſo daß nach wenigen Monaten das ganze Land frei war. Auch die innere Ordnung des Landes wurde unter nicht ſehr erheblichen Schwierigkeiten begründet. Zwar überwarf ſich der Kaiſer mit der verfaſſunggebenden Verſammlung und jagte ſie im November 1823 gewaltſam auseinander; aber die Conſtitution, die er dann einſeitig entwerfen ließ und im Januar 1824 in Kraft ſetzte, fand doch meiſtentheils Zuſtimmung, und wo die Republicaner ſich gegen ſie auflehnten, wie in Pernambuco, ſtellte Cochrane's Flotte bald die Ruhe wieder her. Keine Macht ſah dieſe Befeſtigung des neuen Staates mit größerem Wohlgefallen als England, und Canning war deshalb in emſiger Thätigkeit, um die Anerkennung Braſiliens durch Portugal zu erwirken. Sir Charles Stuart reiſte in ſeinem Auftrag nach Liſſabon und Rio und brachte am 29. Auguſt 1825 einen Vertrag zu Stande, kraft deſſen Braſilien eine Schuld von 2 Millionen Pfund von Portugal übernahm und dafür in ſeiner Selbſtändigkeit anerkannt wurde. Nur über die Thronfolge war eine Verſtändigung noch nicht erreicht, als Johann VI. ſtarb und kraft des Rechtes der Erſtgeburt Pedro die portugieſiſche Krone erbte, die neben der braſilianiſchen zu tragen ihm die Verfaſſung des Kaiſerſtaates doch verwehrte. Er ſchwankte

Dom Pedro I.

nicht lange, welche Wahl er zu treffen habe. Indem er zu Gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria auf Portugal verzichtete und diese Tochter mit seinem Bruder Dom Miguel verlobte, zerschnitt er endgültig das Band, das Brasilien noch mit dem Mutterlande verknüpfte. Trotzdem war ihm selbst noch eine bedeutende Rolle in der Geschichte Portugals beschieden; aber Brasilien wurde durch diese seine persönliche Politik nicht in die europäischen Wirren verflochten, sondern behauptete fortan eine durchaus selbständige Stellung.

Die spanischen Colonien.

Reicher an Wechselfällen und ärmer an segensreichen Folgen waren die Kämpfe, in welchen sich die amerikanischen Colonien Spaniens vom Mutterlande losrissen. Die Neigung dazu war hier zuerst durch den amerikanischen Freiheitskrieg geweckt worden, trotz, ja zum Theil Dank den Reformen, welche Karl III. um diese Zeit in Spanien einführte und die auch ihnen zu Gute kamen. Der Handel nach Amerika, der bis dahin das ausschließliche Recht weniger Bevorzugter gewesen war, wurde von diesen Schranken befreit und nahm einen so gewaltigen Aufschwung, daß sein Werth von 1778 ab binnen zehn Jahren von 150 auf 1100 Millionen Realen stieg. Dazu kam noch ein lebhafter Schmuggelverkehr mit den englischen Antillen, der für beide Theile den größten Gewinnst abwarf. Aber eben dieses Anwachsen des Wohlstandes und dieses Hinwegräumen oder Ueberschreiten der lästigen Hemmnisse erweiterte auch den Blick und schärfte ihn für das Vernunftwidrige der bestehenden Verhältnisse. Dazu kamen die großen kriegerischen Ereignisse in Europa, der Anschluß Spaniens an die französische Politik, seine Verfeindung mit England. Zunächst waren es freilich nur einzelne Männer, die daraus den Muth schöpften, Schritte zur Losreißung ihrer Heimatländer zu wagen, unter ihnen besonders ein Venezolaner, Miranda, der seit den neunziger Jahren mit Pitt in lebhaftem Verkehr stand und 1806 auf eigne Hand eine Landung in Venezuela versuchte, die aber auf das kläglichste mißlang. Den englischen Staatsmännern behagte der Gedanke wohl, gegenüber den Königreichen von Napoleons Gnaden, die in Europa entstanden, auf den Trümmern der spanischen Macht in Amerika Königreiche unter Englands Schutz zu gründen; aber die Kräfte des Inselreiches waren schon ohne dies so gewaltig angespannt, daß es unmöglich schien, sich auf neue Wagnisse einzulassen. Wenn dies doch, z. B. in Buenos Ayres, 1806 geschah, so waren das eigenmächtige Schritte verwegener Flottenführer, die der nachhaltigen Kraft entbehrten und daheim keine Billigung fanden. Mit der Umwandlung Spaniens in ein französisches Königreich wuchs indeß das Unabhängigkeitsgefühl in den Colonien plötzlich in unerwartetem Maße; keine derselben erkannte den König Joseph an; der rechtmäßige Herrscher war in französischer Gewalt; die Centraljunta in Spanien, welche den Kampf gegen die napoleonische Unterdrückung leitete, war außer Stande, sich eingehend um die Dinge in Amerika zu kümmern; sie nahm dankbar die reichen Geldsendungen in Empfang, welche ihr von dort zuflossen, sie sandte auch Statthalter hinüber und räumte später

den Colonien Sitze in ihrer Mitte und in den Cortes ein; aber ſie vermochte doch nicht zu hindern, daß jenſeits des Oceans das Gefühl der Selbſtändigkeit erſtarkte und in allen ſechs Reichen (Mexico, Peru, Neu-Granada, Venezuela, Buenos Ayres und Chile) Parteien erſtanden, welche die unabhängige Verwaltung der Colonien, übrigens unbeſchadet der königlichen Rechte Ferdinands VII., auf ihre Fahne ſchrieben. Die Bedrängniß, welche das Jahr 1810 über die Centraljunta brachte, die Ohnmacht, welche ſie durch den Rückzug nach Cadix bekundete, war überall das Zeichen zum Losbruch der Bewegung. Schon im April bildeten ſich in Caracas (Venezuela), im Mai in Buenos Ayres, und weiterhin in den übrigen Hauptſtädten Regierungsausſchüſſe, die im Namen Ferdinands VII. die Verwaltung führten und die bisherigen Statthalter verdrängten; nur in Peru behauptete ſich das alte Regiment ohne Kampf. Allein auch in den übrigen Provinzen zählte das frühere Verhältniß zum Mutterlande noch viele Anhänger und auf dieſe geſtützt ſuchten die Statthalter das Verlorene wiederzugewinnen. Am ſchnellſten gelang dies von Peru aus in Ober-Peru (dem jetzigen Bolivia) und in Quito; beide Provinzen waren ſchon 1812 wieder unterworfen und von dort aus ward Buenos Ayres, von hier aus Neu-Granada bedroht, während gegen Chile ein Angriff zur See von Peru aus vorbereitet ward. Venezuela dankte ſeiner Lage eine größere Sicherheit gegen auswärtigen Angriff; deshalb nahmen hier die Verhältniſſe auch zuerſt eine feſtere Geſtalt an und der Congreß von Abgeordneten, der im März 1811 zuſammentrat, war der erſte, der unter Miranda's Einfluß am 5. Juli eine Unabhängigkeitserklärung erließ und im December dem Lande eine Verfaſſung gab. Ein furchtbares Naturereigniß war es, das dieſes ſchnell errichtete Gebäude eben ſo ſchnell wieder umſtieß. Am 26. März 1812 ward der Norden Venezuela's von einem der entſetzlichſten Erdbeben heimgeſucht, deren die Geſchichte gedenkt. Eine Menge von Städten wurden zerſtört, unter ihnen Caracas, deſſen Trümmer an die 10,000 Menſchen begruben. Nun wurde es der Geiſtlichkeit, die allen dieſen Umwälzungen feind war, leicht, das Volk durch den Hinweis auf dieſen ſichtbaren Finger Gottes zu einem völligen Wechſel der Geſinnung zu bekehren; aus den beiden Grenzprovinzen, Maracaibo im Weſten und Guyana im Oſten, die ſich der Erhebung überhaupt nicht angeſchloſſen hatten, brachen die ſpaniſch Geſinnten in das Land ein und zwangen die Republicaner zur Unterwerfung; Miranda capitulirte und ward, obgleich ihm die Auswanderung zugeſtanden war, ins Gefängniß geworfen, in dem er 1816 ſtarb. Manche der Aufſtändiſchen warfen ſich in die Gebirge und in die Llanos, Andre verließen das Land, um ſich anderswo den Erhebungen anzuſchließen. Unter dieſen befand ſich Simon Bolivar, der in Cartagena (Neu-Granada) ein Feld ſeiner Thätigkeit ſuchte. Glänzende Erfolge, die er hier davontrug, verſchafften ihm ſchnell ein großes Anſehn; es ſammelten ſich um ihn die flüchtigen Venezolaner, der Staat Cartagena lieh ihm ſeine Unterſtützung, und ſo gerüſtet wagte er den Verſuch, ſein Heimatland für die Sache der

Beginn der Bewegung 1810.

Venezuela.

Bolivars Befreierzug 1813.

Freiheit wieder zu erobern. Das Unternehmen gelang über alles Erwarten; wo ihm die Spanier entgegentraten, wurden ſie geſchlagen, und am 7. Auguſt 1813 hielt der „Befreier“ (Libertador war der Titel, mit dem man ihn ſchmückte) auf einem Triumphwagen, den zwölf Jungfrauen zogen, ſeinen Einzug in Caracas. Als Dictator ſchaltete er nun allmächtig in dem befreiten Staate. Allein es dauerte nicht lange, ſo erfolgte ein neuer Umſchwung. Auch die Spanier erfreuten ſich eines ausgezeichneten Führers, des Boves. Dieſer hatte ſich mit ſpärlichen Truppenreſten in die Llanos geworfen und ſammelte hier die wilden Bewohner dieſer Graswüſten um ſich. Der zähen Ausdauer, mit welcher er den Kampf fortſetzte, kam der große politiſche Umſchwung des Jahres 1814, die Rückkehr Ferdinands VII. auf den ſpaniſchen Thron, zu Hülfe. Wie in allen andern Colonien entmuthigte dieſes Ereigniß auch in Venezuela einen großen Theil der Unabhängigkeitspartei, viele zogen ſich vom Kampfe zurück und die Heere Bolivars ſchmolzen zuſammen. Boves benutzte die Gunſt der Lage und konnte im Auguſt 1814 ſiegreich in Caracas einziehen; in dem oberen Flußgebiete des Orinoco hielten ſich zwar die Aufſtändiſchen und Boves fand wenige Monate ſpäter im Kampfe gegen ſie den Tod; aber Bolivar flüchtete ſchon jetzt zum zweiten Male und wandte ſich wieder nach Cartagena. Hier ward er mit offenen Armen empfangen und griff kräftig in die inneren Wirren Neu-Granada's ein. In dieſer Colonie hatte der Ruf der Freiheit nämlich ſofort zu einem Bürgerkriege geführt. Die Bundesverfaſſung, die ein Congreß der einzelnen Provinzen im Jahre 1811 gegeben, wurde von der größten derſelben, Cundinamarca, in welcher die Hauptſtadt Bogotá liegt, verworfen; in dem Kriege, der darüber entſtand, hatte Nariño, der Präſident von Cundinamarca, Anfang 1813 den Sieg behalten; grade jetzt aber, im Mai 1814, fand er ſeinen Tod in Kämpfen an der Südgrenze gegen die von Quito heranziehenden Spanier. Dieſe Lage benutzte der Bund, in dem Cartagena die erſte Rolle ſpielte, zur Demüthigung von Cundinamarca, und Bolivar erhielt den Auftrag gegen Bogotá zu ziehen. Er entledigte ſich deſſelben ſo erfolgreich, daß Cundinamarca ſchon im December ſeinen Eintritt in den Bund erklärte und im folgenden Januar der Congreß ſeinen Sitz nach Bogotá verlegte. Im Auftrag deſſelben wollte Bolivar ſofort einen neuen Eroberungszug nach Venezuela antreten; aber jetzt erwies ſich der Staat Cartagena ihm feindlich und verweigerte ihm die Unterſtützung, auf die er hingewieſen war. Bereits ſchickte er ſich an die gegneriſche Partei in der Stadt mit Waffengewalt zur Nachgiebigkeit zu zwingen, als die Ankunft eines ſpaniſchen Heeres von 10,000 Mann, das Ende 1814 unter dem General Morillo in Venezuela gelandet war, drohend zur Eintracht mahnte. Gehemmt in ſeinen Entwürfen legte Bolivar ſein Amt nieder und begab ſich nach Jamaica; Morillo aber belagerte Cartagena und zwang es nach ſechsmonatlicher Einſchließung, nachdem 6000 Einwohner Hungers geſtorben und etwa 2000 ſich ſeewärts gerettet hatten, im December 1815 zur Ergebung. Auch die übrigen

Seine Vertreibung.

Neu-Granada.

Morillo's

Staaten des Bundes von Neu-Granada mußten ſich unterwerfen und im Mai 1816 ſtand Morillo in Bogotá.

Mexico.

Die Sache der Freiheit Amerika's ſchien um dieſe Zeit verloren. Auch in Mexico, das ſeine ganz geſonderte Entwicklung genommen, und in Chile war das ſpaniſche Anſehn wieder hergeſtellt. Die mexicaniſche Erhebung hatte im September 1810 ein Landpfarrer Hidalgo in der Gegend von Queretaro begonnen. Anfangs ſo glücklich, daß er mit einem Schwarm von angeblich 100,000 Menſchen bis dicht vor die Hauptſtadt rücken konnte, verſcherzte er durch die Gräuel ſeiner indianiſchen Banden ſchnell den Beifall der Gebildeten und Beſitzenden und ward von dem früher erwähnten General Calleja in einer Reihe von Gefechten geſchlagen, zurückgedrängt, endlich gefangen und im Juli 1811 hingerichtet. Trotzdem hielten ſich die Aufſtändiſchen beſonders im Süden des Landes unter der Führung eines andern Pfarrers, Morelos, beriefen ſogar einen Congreß und ſprachen am 6. November 1813 die Unabhängigkeit Mexico's aus. Aber durch Verſtärkungen aus Europa und den moraliſchen Eindruck der Rückkehr Ferdinands wurden auch hier die Königlichen in Vortheil geſetzt; nach vielfachen Niederlagen, die ihm beſonders der General Iturbide beibrachte, erlitt Morelos im November 1815 das Schickſal Hidalgo's, gefangen und erſchoſſen zu werden. Ausgedehnte Begnadigungen und ein verſöhnliches Regiment ſtellten allmälig die Ruhe auch da wieder her, wo ſie noch geſtört war, und Mexico galt wieder für einen geſicherten Beſitz.

Chile.

In Chile war die Erhebung mit vieler Ordnung und Mäßigung vollzogen worden; doch ſtellte ſich bald Zwietracht zwiſchen den beiden bedeutendſten Häuptern, Roſas und Carrera, ein. Der Letztere ſiegte, mußte aber ſpäter ſeinen Platz an O'Higgins abtreten und außer Landes gehen. Mittlerweile war in dem ſüdlichen Theile des Landes auf der Inſel Chiloe die peruaniſche Expedition gelandet und drang mit ſchwankendem Glück nach und nach gegen die Hauptſtadt Santiago vor. Ende 1814 fiel auch dieſe und das ganze Land war wieder unterworfen.

La Plata-Staaten.

Nur in den La Plata-Staaten, wo er zuerſt ausgebrochen, behauptete ſich der Widerſtand gegen Spanien, wenngleich unter traurigen inneren Wirren. Die Verſuche, von Ober-Peru aus ihn niederzuwerfen, ſcheiterten, ſo oft und ſo hartnäckig ſie auch erneuert wurden. Nicht erfolgreicher waren die Anſtrengungen des Generals Elio, der von Montevideo aus vier Jahre lang Buenos Ayres bedrohte, bis es im Juni 1814 dem General Alvear und der Flotte unter dem Engländer Brown gelang Montevideo und damit die Provinz Uruguay für die Sache der Freiheit zu erobern. Auch Paraguay, das im Jahre 1810 der Erhebung ſich widerſetzt hatte, verjagte 1811 die Spanier; von allen gemeinſamen Beſtrebungen hielt es ſich aber auch fürderhin fern und führte unter dem Scepter des Doctor Francia, der ſich erſt zum Conſul, dann zum Dictator ernennen ließ, ein ſtreng abgeſchloſſenes Sonderleben, ſo daß ſeine Kräfte dem Unabhängigkeitskampfe nicht zu gute kamen. Für das Wohl des Landes war dadurch,

einſtweilen wenigſtens, beſſer geſorgt als durch den Anſchluß an die La Plata-Staaten. Gleich beim erſten Beginn der Erhebung zeigte ſich in dieſen, ähnlich wie in Neu-Granada, ein erbitterter Gegenſatz zwiſchen den Anhängern der ſtraffen Einheit und denen des Bundesſtaates. Den letzteren begünſtigte der Mann, welcher die Seele der Losreißung war, Saavedra; aber ſchon 1811 ward er geſtürzt und verbannt. Die nächſten Jahre behauptete dann Buenos Ayres ein ſolches Uebergewicht über die Provinzen, daß dieſe einfach die Befehle der Hauptſtadt auszuführen hatten. Aber mit der Eroberung von Montevideo ward das anders; hier ſchwang ſich Artigas, ein wilder und rückſichtsloſer Soldat, zum Präſidenten auf und ihm ſchloſſen ſich die meiſten der vierzehn Provinzen an, ſo daß der Congreß von Tucuman, den Buenos Ayres 1816 zur Berathung einer Bundesverfaſſung berief, von vielen Staaten gar nicht, von andern nur zum Schein beſchickt wurde. Die Muthloſigkeit war deshalb groß und wurde noch größer, als um dieſelbe Zeit Braſilien den Krieg an Uruguay erklärte und 1817 Montevideo eroberte. Ueberall ſonſt war das Banner der Freiheit geſunken; auch am La Plata fühlte man den Untergang nahen und knüpfte bereits Verhandlungen über die Einführung einer monarchiſchen Verfaſſung in Spanien und Braſilien an. Da trat an zwei Orten faſt gleichzeitig ein Umſchwung ein, der die geſchwundenen Hoffnungen wieder entfachte und der Anfang zum völligen Siege der Unabhängigkeit wurde.

Befreiung Venezuela's durch Bolivar 1817.

Dieſe beiden Orte waren Chile und Venezuela. In Chile ſtürzte San Martin, ein General der La Plata-Staaten, der im Januar 1817 von Mendoza aus auf eigene Verantwortung die Anden überſchritt, die ſpaniſche Herrſchaft; in Venezuela war es Bolivar, der zum dritten Male der Freiheit zum Siege verhalf. Von Jamaica aus hatte er ſich nach Haity begeben und hier die Freundſchaft des reichen Holländers Brion gewonnen. Mit einem kleinen Geſchwader, deſſen Koſten dieſer trug, fuhr er nach der Inſel Margarita, ließ ſich hier von der Bevölkerung und ſeinen Gefährten zum Oberbefehlshaber von Venezuela ernennen und machte im Laufe des Jahres 1816 mehrere Verſuche an der Küſte zu landen. Sie ſcheiterten indes alle und das ganze Unternehmen wäre mißglückt, wenn nicht ein anderer Abenteurer, Piar, ſich durch glückliche Kämpfe in ſpaniſch Guiana, am Unterlaufe des Orinoco, feſtgeſetzt hätte. Hierhin begab ſich Bolivar 1817 und errang im Juli mit Hülfe der Flotte, die den Orinoco hinauf fuhr, den großen Erfolg, die Stadt Angoſtura einzunehmen. Morillo leiſtete ihm dabei weniger Widerſtand, als die Wichtigkeit des Platzes erwarten ließ, weil ihn im Oſten des Landes ein drittes Häuflein Aufſtändiſcher unter der Führung des großſinnigen Paez feſthielt und empfindlich ſchwächte. Mit Paez Fühlung zu gewinnen und den ganzen Lauf des Orinoco in ſeine Gewalt zu bringen, war nun die nächſte Aufgabe Bolivars. Er löſte ſie im Februar 1818, verdarb dann aber alles Gewonnene faſt gänzlich wieder durch einen leichtſinnigen Zug gegen Caracas. Glücklicher Weiſe hatte Paez ihn nicht begleitet und bot dem Geſchlagenen ſo

einen feſten Rückhalt; ihn zu ſtürzen und an ſeiner Stelle den Oberbefehl, den die Truppen in ſeine Hand gelegt, zu behalten verſchmähte er uneigennützig, blieb vielmehr auch fortan Bolivars feſte Stütze. Dieſer berief im Februar 1819 einen Congreß nach Angoſtura und ward von dieſem mit der höchſten bürgerlichen und militäriſchen Gewalt bekleidet; die Macht, die ſo ihm anvertraut war, benutzte er zu einem ebenſo verwegenen wie glücklichen Unternehmen. Während Paez in Venezuela zurückblieb, trat er ſelbſt während der Regenzeit des Sommers 1819 den Marſch über die Anden nach Neu-Granada an und vollendete ihn trotz der furchtbarſten Mühſale ſo ſchnell, daß er am 10. Auguſt, 75 Tage nach ſeinem Aufbruch, in Bogotá einziehen konnte, nachdem er den Feind am Fluſſe Boyaca völlig geſchlagen und zur Ergebung gezwungen hatte. Der kühnen militäriſchen That ließ er eine nicht minder kühne politiſche folgen; er erklärte die Vereinigung von Neu-Granada und Venezuela zu einer einzigen Republik Columbia; noch im December 1819 gab der Congreß von Angoſtura ſeine Zuſtimmung dazu und die Verſchmelzung wurde vollzogen. Noch ſtand freilich ein ſtarkes feindliches Heer auf dem Boden der Republik, das an Morillo und dem General La Torre tüchtige Führer hatte; aber die Kraft derſelben wurde gebrochen, als die Nachricht von Riego's Aufſtand und der ſpaniſchen Revolution aus Europa herüberkam. Morillo ſchloß einen Waffenſtillſtand und kehrte in die Heimat zurück; Provinzen, die bisher der Unabhängigkeit feindlich geweſen waren, wie Maracaibo, traten zu der Freiheitspartei über; La Torre endlich wurde nach dem Wiederbeginn des Krieges in der entſcheidenden Schlacht von Carabobo am 24. Juni 1821 beſiegt und Bolivar konnte ſiegreich in die Hauptſtadt Caracas einziehen. Wenig ſpäter fiel auch das hartnäckig vertheidigte Cartagena und bis auf Coro und Puerto Cabello waren Ende 1821 alle wichtigen Puncte im Beſitze der Republik.

Befreiung Neu-Granada's 1819.

Republik Columbia.

Nun konnte Bolivar es wagen die Rolle des Befreiers auch in Quito und Peru zu ſpielen. Seine Entfernung gefährdete zwar noch einmal den Beſtand ſeiner columbiſchen Schöpfung; es gelang La Torre 1822 Maracaibo wieder zu erobern und eine bedrohliche Stellung anzunehmen; aber von Dauer waren ſeine Erfolge nicht; beſonders der jungen Flotte der Republik, die der tapfere Padilla führte, war es zu danken, daß 1823 das Verlorene wieder gewonnen und auch Puerto Cabello genommen ward. Mittlerweile war Bolivar vollauf im Süden beſchäftigt. Die erſten Lorbeeren freilich erntete nicht er, ſondern ſein Kriegsminiſter Sucre, der von der Hafenſtadt Guayaquil, die ſchon im October 1820 ſich für die Unabhängigkeit erklärt hatte, ins Innere der Provinz Quito zog und Anfang 1822 den entſcheidenden Sieg bei Pichincha errang. Gleich darauf traf Bolivar vom Norden her ein; ſeiner Ankunft in Quito folgte ſogleich die Vereinigung der Provinz mit der columbiſchen Republik auf Grund der Verfaſſung, welche ein Congreß in Cucuta unterdeſſen (1821) für dieſe erlaſſen hatte; alle drei Staaten erkannten Bolivar als ihren gemeinſamen Präſidenten für die erſten vier Jahre an. Be-

Befreiung Ecuador's 1822.

wehrt mit den Streitkräften, welche dieſes Amt ihm zur Verfügung ſtellte, griff nun der Befreier in die Wirren Peru's ein. Hier traf ſein Lauf mit dem der Freiheitsbewegung, die von Süden ausgegangen war, zuſammen. San Martins Zug von Mendoza über die Anden hatte im Frühjahr 1817 die ſpaniſche Herrſchaft in Chile wieder geſtürzt. Wohl ward das im Sturm Errungene faſt eben ſo ſchnell wieder verloren, als der Vicekönig von Peru, Pezuela, eine Truppe unter dem tapfern Oſorio landen ließ; aber der Ausgang des harten Ringens war endlich, im April 1818, doch der Sieg der chileniſchen Freiheit. Die politiſche Führung des Landes übernahm von Neuem O'Higgins, eine kleine, aber tüchtige Flotte ſchuf der Engländer Cochrane, derſelbe, der ſpäter in Braſilien und Griechenland kämpfte; San Martin ſelbſt bemühte ſich um die Ordnung des Heeres, mit dem er, im Bündniß mit Buenos Ayres, Peru anzugreifen gedachte. Die Ausführung dieſes Planes hatte mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen. Die von La Plata verſprochene Hülfe blieb aus, weil der Director von Buenos Ayres, der ſie zugeſagt, Mitte 1819 geſtürzt wurde; Angriffe auf Callao, den Hafen von Lima, die Cochrane mit ſeiner Flotte um dieſelbe Zeit unternahm, blieben erfolglos; erſt ein Jahr ſpäter, im September 1820, war San Martin ſelbſt ſo weit, mit einem chileniſchen Heere in Piſco, ſüdlich von Lima, landen zu können. Und obgleich ihm nun die Nachrichten aus dem Mutterlande dieſelben Dienſte leiſteten, wie dem Bolivar in Columbien, ſo ging er doch nur äußerſt zaghaft vor und wagte lange Zeit keinen Angriff auf die Hauptſtadt. Die Vertheidigung des Landes leitete an Stelle des geſtürzten Pezuela Laſerna; unter ihm befehligten kühne und fähige Generale wie Valdes, Canterac, Rodil. Auch als ſie Lima und Callao im Juli und September 1821 preisgeben mußten, fügten ſie durch verwegene Streifzüge aus den Gebirgen heraus den Feinden ſchweren Schaden zu und San Martin, der unter dem Titel eines Protectors im Lande ſchaltete, litt durch ihre Erfolge nicht minder als durch die eigene Thatloſigkeit ſchwere Einbuße an ſeinem Ruhme. Nicht mit Unrecht ſtand er in dem Verdachte ehrgeiziger Pläne; man ſagte, er ſtrebe nach der Kaiſerkrone und ſuche ſich deshalb Aller, die ihm dabei entgegentreten würden, beſonders auch Cochrane's, zu entledigen. So richteten ſich denn Vieler Augen auf Bolivar und hofften, daß er von Quito aus die Spanier vertreiben, San Martin beſeitigen und die Ordnung im Lande herſtellen werde. Andrerſeits ſchmeichelte ſich auch der Protector eine Zeit lang mit der Hoffnung in Bolivar einen Bundesgenoſſen zu finden; als er aber durch einen Beſuch, den er ihm im Juli 1822 in Guayaquil abſtattete, die Gewißheit erlangte, daß der Befreier ihm entgegen ſei, entſchloß er ſich das Spiel aufzugeben und nach Chile zurückzukehren. Dadurch kam das unglückliche Peru zunächſt in eine noch viel ſchlimmere Lage; der Congreß, der zuſammenberufen ward, erwies ſich den herrſchſüchtigen Generalen gegenüber als ohnmächtig und zerſplitterte ſich ſelbſt in Parteien; die Spanier errangen Sieg auf Sieg und Canterac bemächtigte ſich im Juni 1823 ſogar Lima's wieder. Selbſt

San Martin in Chile 1817.

Befreiung Peru's 1820.

Bolivar nach Peru.

Sucre, den Bolivar inzwiſchen vorausſandte, war keineswegs glücklich, ſondern erlitt in Oberperu gegen Valdes bedeutende Schlappen. Jubelnd begrüßten die Patrioten deshalb Bolivar, als er am 1. September längſt erwartet in Lima eintraf, und übertrugen ihm ſofort die höchſte Gewalt, die ſie Anfang 1824 in eine Dictatur verwandelten. Aber auch er konnte Lima und Callao nicht vor einem neuen Angriff Rodils retten, und erſt als 10,000 Columbier ſeine Truppenmacht verſtärkten, wendete ſich das Glück wieder auf ſeine Seite. Nach ſchweren Kämpfen führte Sucre den entſcheidenden Streich; bei Ayacucho beſiegte er am 9. December 1824 Laſerna und zwang ihn zu capituliren. Von da ab war das Ende nicht mehr zweifelhaft; Befreiung von Ober-Peru, 1825.
Callao hielt ſich zwar noch ein volles Jahr, aber während deſſen drang Sucre tief in Ober-Peru vor, zog in Potoſi ein und befreite alles Land bis zur Grenze der La Plata-Staaten. Da dieſe nun ihre Unabhängigkeit überhaupt nicht wieder verloren hatten, da inzwiſchen auch Mexico wieder frei geworden war und da Spanien den Beſitz von Florida ſchon 1819 widerwillig den nordamerikaniſchen Freiſtaaten abgetreten hatte, ſo war um den Anfang des Jahres 1826 das ganze Feſtland Amerika's der ſpaniſchen Herrſchaft ledig.

In Mexico vollzog ſich die Losreißung im Jahre 1821 unerwartet ſchnell. Derſelbe Iturbide, der an dem Niederwerfen der erſten Erhebung ſo großen Antheil gehabt, gab jetzt das Zeichen zum Aufſtand. In einem Aufruf, den er am 24. Februar in Igual veröffentlichte, erklärte er ſich für ein ſelbſtändiges Kaiſerthum unter einem ſpaniſchen Prinzen, das mit dem Mutterlande durch eine Union verbunden und in dem der Katholicismus die herrſchende Religion bleiben ſolle. Mit einem Schlage trat faſt das ganze Land bis auf die Städte Mexico und Veracruz dieſem Programme bei und ſchon im Auguſt erkannte auch der Vicekönig O'Donnoju es durch den Vertrag von Cordoba an. Der glänzende Erfolg machte dem General Iturbide Muth die eigene Hand nach der Krone auszuſtrecken. Von ſeinen Soldaten am 18. Mai 1822 als Auguſtin I. zum Kaiſer ausgerufen, zwang er den Congreß zur Beſtätigung dieſer Würde, verdarb es aber bald durch ſeinen Uebermuth und ſeine Verſchwendung mit allen Parteien. Die gewaltſame Auflöſung des Congreſſes, zu der er am 31. October ſchritt, bot dem General Santana in Veracruz den Vorwand zum Abfall; ſtatt den Empörer zu bekämpfen, ſchloſſen ſich die gegen ihn geſchickten Truppen ihm an; ebenſo ſchnell wie Iturbide geſtiegen, ward er auch geſtürzt. Schon im März 1823 legte er vor dem wieder einberufenen Congreß ſeine Krone nieder und wurde ſofort von dieſem in die Verbannung nach Italien geſchickt. Ein thörichter Verſuch der Rückkehr koſtete ihm ein Jahr ſpäter das Leben; in der Provinz Tamaulipas gelandet, gerieth er alsbald in die Hände ſeiner Feinde und ward am 19. Juli 1824 in Padilla erſchoſſen. Der Congreß aber vollendete bald darauf die Verfaſſung, mit der er ſeit Jahresfriſt beſchäftigt war; nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten ſchloſſen ſich die 18 Provinzen zu einem mexicaniſchen Bunde zuſammen und erwählten den General

Mexico.

Kaiſer Auguſtin I.

Victoria, einen der erſten Vorkämpfer der Freiheitsbewegung, für die Dauer von 4 Jahren zum Präſidenten.

Bolivars Machtſtellung.

Den geſonderten Gang, den Mexico ſomit eingeſchlagen, verfolgte es auch ferner; ebenſo gingen die La Plata-Staaten ihren eigenen Weg und auch Chile behauptete eine ſelbſtändige Politik; Peru hingegen und Ober-Peru, oder Bolivia, wie es ſeinem Befreier zu Ehren ſeit 1825 ſich nannte, ſchloſſen ſich nothgedrungen dem columbiſchen Syſteme oder vielmehr der Perſon Bolivars an. Das heimliche Ziel des Letzteren war die Errichtung einer Wahlmonarchie, die ihm ſeine Stellung auf Lebenszeit verbürgen ſollte. Mit überſchwänglichen Ehren überſchüttet, als Erlöſer der Völker, als erſtgeborener Sohn der neuen Welt begrüßt, konnte er wohl hoffen dieſes Ziel zu erreichen. Der Congreß von Bolivia nahm zuerſt die Verfaſſung an, die — von dem Befreier ſelbſt ausgearbeitet — deſſen Ideal verwirklichen ſollte. Seinem Beiſpiel folgte 1826 Peru und bekleidete ihn auf Lebenszeit mit der höchſten Gewalt. Von da griff die Nachahmung nach Ecuador hinüber und Guayaquil und Quito beantragten in Bogotá den gleichen Schritt für die columbiſche Re-

Sein Sturz.

publik. Aber der Gegenſchlag blieb nicht lange aus; in Venezuela begannen gleichzeitig Aufſtände, die eine Löſung der geſchloſſenen Union anſtrebten und an denen ſogar der wackere Paez ſich betheiligte. Allerdings genügte es jetzt noch, daß Bolivar auf die Kunde davon in ſeine Heimat zurückeilte; ſofort unterwarfen ſich die Unzufriedenen und ſchon am 1. Januar 1827 konnte er von Puerto Cabello eine allgemeine Begnadigung ankündigen. Aber bald folgten härtere Schläge. Das columbiſche Heer, welches in Lima zurückgeblieben war, erklärte ſich gegen die bolivianiſche Verfaſſung und ſchiffte ſich im April 1827 nach Guayaquil ein, um dort die Anhänger des

Peru ſelbſtändig.

Befreiers niederzuſchlagen. In Lima trat ein Congreß zuſammen, erklärte die Wahl Bolivars für nichtig und ordnete Peru als eine

Ebenſo Bolivia.

ſelbſtändige Republik; im Mai 1828 rückte ein peruaniſches Heer in Bolivia ein, ſtürzte auch hier die Verfaſſung und zwang den Vice-Präſidenten Sucre zur Abdankung und Entfernung. Darüber erklärte im Juli Bolivar den Krieg an Peru; der Schauplatz deſſelben ward Ecuador, und Sucre's Erfahrung und Tapferkeit errangen noch einmal glänzende Erfolge für den Befreier. Aber dieſer fühlte ſeine Stellung untergraben und ſchloß 1829 einen Frieden, der Peru's Selbſtändigkeit anerkannte. Er durfte froh ſein, wenn es ihm nur gelang in Columbien ſein geſchädigtes Anſehen wieder herzuſtellen. Wie ſchwer daſſelbe gelitten, bewies der außerordentliche Congreß, der im April 1828 in Ocaña zuſammentrat, um die Verfaſſung nach Bolivars Wünſchen umzugeſtalten. Faſt die Hälfte der Abgeordneten blieb aus und von den Erſchienenen war kaum ein Drittel für die Pläne des Präſidenten; ſeine Freunde wußten zuletzt nichts Beſſeres zu thun, als durch ihren Austritt den Congreß zu ſprengen und durch Parteiverſammlungen, beſonders durch eine Erklärung von Bogotá,

Staatsſtreich Bolivars.

den Befreier zu einem Staatsſtreich aufzufordern. Und Bolivar gehorchte dieſen Lockungen. Er eilte nach Columbien, erklärte die Ver-

fassung für aufgehoben und stellte erst für das Jahr 1830 eine neue in Aussicht. Bis dahin wollte er unumschränkt herrschen. Absetzungen, Verbannungen, Todesurtheile folgten schnell auf einander, besonders seit im September 1828 eine Verschwörung das Leben des Dictators bedroht hatte; vertrauliche Verhandlungen mit England und Frankreich sollten deren Zustimmung und Schutz für die monarchische Neugestaltung erwirken. Etwa ein Jahr lang dauerte diese Gewaltherrschaft, da brach in Caracas im November 1829 der Aufstand dagegen los. In wenigen Wochen schloß sich ganz Venezuela ihm an und Paez, der lange geschwankt, stellte sich an die Spitze. Die Forderungen lauteten auf Trennung von Neu-Granada und Verbannung Bolivars. Alles ließ jetzt diesen in Stich. Der Congreß, den er auf den Januar 1830 nach Bogotá berufen, nahm ganz bereitwillig die angebotene Entlassung an, bewilligte dem Gestürzten ein reiches Jahresgehalt und ließ ihn ruhig den Weg zur Küste antreten, damit er sich nach Europa einschiffe. Die Losreißung Ecuadors und Venezuelas ward wie ein unvermeidliches Uebel hingenommen und nur durch friedliches Zureden, aber erfolglos, bekämpft. Die columbische Republik war zerfallen, noch ehe das Jahr zu Ende ging. Bolivar selbst überlebte seine Schöpfung nicht. Statt in Cartagena sich einzuschiffen, wollte er noch einmal den Versuch wagen, sein Werk zu retten; es ward ihm nicht schwer, in dem zerrütteten Lande sich nochmals eine Partei zu bilden; aber ehe er den doch hoffnungslosen Kampf beginnen konnte, streckte ihn eine Krankheit auf das Todtenlager. Am 17. December 1830 starb er in der Nähe von Santa Marta — trotz glänzender Gaben kein großer Charakter, trotz hoher Verdienste kein Retter seines Vaterlandes, an eigensüchtigem Ehrgeiz und unlauterer Gesinnung den Hunderten von Parteiführern gleich, die vor, mit und nach ihm Südamerika heimgesucht haben, an Kraft und Entschlossenheit nicht so weit ihnen überlegen, daß er mit eiserner Hand den Völkern seine Gesetze hätte auferlegen und durch harte Zucht sie zur Ordnung und Freiheit hätte heranbilden können. Die Unabhängigkeit von europäischem Joch hatte er wacker mit erstreiten helfen; aber außer dieser Unabhängigkeit war Nichts gewonnen und alle die Republiken, die aus den spanischen Colonialreichen hervorgegangen waren, gewährten auch fürderhin nur den traurigen Anblick staatlichen Zerfalls und sittlicher Erniedrigung.

Sprengung der Republik Columbia.

Bolivars Tod.

Trotzdem ward ihr Entstehen von den europäischen Parteien mit Jubel auf der einen Seite und mit Verwünschungen auf der andern begrüßt; kein Volk aber verfolgte die Wechselfälle dieser Vorgänge aufmerksamer als das der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Die Verdrängung der europäischen Mächte von dem amerikanischen Festlande war hier längst als eine Aufgabe der Zukunft erfaßt worden, wenngleich die Kräfte des jungen Bundes noch nicht ausreichten, sie als ein Programm und eine Forderung aufzustellen. Jetzt gewahrte man mit Freuden, wie der größte Theil Amerikas aus eigener Kraft das fremde Joch abschüttelte. Sofort nahm auch die Diplomatie der Vereinigten Staaten einen kühneren Ton an. Die Erschöpfung, welche

Die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

der letzte Krieg mit England (1812—14) zurückgelaſſen hatte, war ſchnell überwunden und in James Monroe, der zweimal hintereinander den Präſidentenſtuhl beſtieg (1817—25), ſtand ein kräftiger Staatsmann an der Spitze der Geſchäfte. Er benutzte die Bedrängniß Spaniens um es zum Verkaufe Floridas zu zwingen (1819) und würde auch Texas ſchon damals erworben haben, wenn nicht der Norden der Union dieſe ſtarke Vermehrung der Sclavenſtaaten mißbilligt hätte. Eifrig wirkte Monroe für die Anerkennung der ſüdamerikaniſchen Republiken; ſchon ſeit 1818 ſuchte er England dafür zu gewinnen, freilich ohne Ausſicht auf Erfolg, ſo lange Caſtlereagh die britiſche Politik leitete. Es war genug, wenn dieſer den Beſtrebungen entgegen arbeitete, die eine bewaffnete Unterſtützung Spaniens durch die heilige Allianz herbeiführen wollten. Kaum aber war mit Canning ein kräftigerer Geiſt in das auswärtige Amt zu London eingezogen, ſo ſchlug auch Monroe einen entſchiedeneren Ton an. Unter Zuſtimmung des Congreſſes in Waſhington bezeichnete er im December 1822 jedes Einſchreiten europäiſcher Mächte gegen die neubegründeten Staaten für eine Feindſeligkeit gegen die Union und erklärte die Zeit für beendet, in welcher es geſtattet geweſen, Amerika als ein Gebiet für die Anſiedelungen europäiſcher Staaten zu betrachten. Schon einige Monate früher hatte er die Republik Columbien förmlich anerkannt, und wenn Canning noch nicht ganz ſo weit ging, ſo ſchloß er doch bereits Verträge zur Unterdrückung der Seeräuberei mit den neuen Staaten und ſandte 1823 engliſche Conſuln in die wichtigſten Häfen. Der Unwille, den dieſe ſeine Schritte bei den Mächten der Heiligen Allianz erregten, die bewaffnete Einmiſchung Frankreichs in Spanien, und der Verſuch auf einer Miniſterconferenz in Paris die Angelegenheiten Amerikas dem Richterſpruch Europas zu unterwerfen, drängten ihn weiter vorwärts, ſtatt ihn zurückzuhalten. Am 1. Januar 1825 ſprach er die amtliche Anerkennung der nationalen Republiken aus und rief ſo, wie er ſich ſpäter ausdrückte, die neue Welt ins Leben, um das Gleichgewicht der alten wieder herzuſtellen. Die Heilige Allianz fühlte den Schlag tief, obgleich er ohne unmittelbare Folgen für Europa war. Was ihn ſo empfindlich machte, das war die Warnung, die er enthielt. So gut wie jenſeits des Oceans konnte England auch diesſeits die Beſtrebungen der Mißvergnügten unterſtützen; es lag eine ängſtigende Wahrheit in dem Bilde, das Canning gebrauchte, als er ſein Vaterland mit Aeolus, dem Gott der Winde, verglich, der nur ſeine Schläuche zu öffnen brauche, um die Stürme zu entfeſſeln. Und wenn ſie entfeſſelt waren, dann gab es, das wußten auch Metternich und Alexander nur zu wohl, auch in Europa des baufälligen Gerümpels die Ueberfülle, das ihrem Anprall zu widerſtehen außer Stande war.

Die Monroe-Doctrin.

Anerkennung der amerikaniſchen Republiken durch England.

Deutſchland nach 1820.

Allerdings lag grade jetzt faſt ganz Europa unregbar gefeſſelt in den Banden des Stillſtandsprincipes, das Metternichs Stolz war.

Beſonders auf Deutſchland konnte der Staatsmann an der Donau mit Wohlgefallen ſehen; Fürſten und Völker waren willfährig ihm zu dienen bereit. Die Carlsbader Beſchlüſſe und die Mainzer Unterſuchungscommiſſion hatten noch einen beſonders erfreulichen Erfolg gehabt: die Geheimbünde, nach denen man umſonſt geſucht, waren in Folge dieſes Suchens entſtanden. Die Burſchenſchaft war aufgelöſt; ernſt und ergreifend hatte ihr Auguſt Binzer das Grablied geſungen: Die Burſchenſchaft.

Wir hatten gebauet ein ſtattliches Haus
Und drin auf Gott vertrauet trotz Wetter, Sturm und Graus.
Wir lebten ſo traulich, ſo einig, ſo frei:
Den Schlechten ward es graulich, wir hielten gar zu treu.
Sie lugten, ſie ſuchten nach Trug und Verrath,
Verleumdeten, verfluchten die junge, grüne Saat.
Das Band iſt zerſchnitten, war ſchwarz, roth und gold,
Und Gott hat es gelitten! wer weiß, was er gewollt?
Das Haus mag zerfallen, was hat's denn für Noth?
Der Geiſt lebt in uns allen, und unſre Burg iſt Gott.

Aber der Geiſt, der in Allen lebte, wollte doch auch ſeinen Ausdruck haben, und ſo dauerte die Burſchenſchaft, auch als ſie aufgelöſt war, im Geheimen fort. Nur nicht ſo rein, ſo unſchuldig, wie vorher. Mit den erlaubten Zielen verbanden ſich, da man ſie im Verborgenen erſtreben mußte, bald auch unerlaubte; die frühere Eintracht, deren beſtes Förderungsmittel die offene Rede war, ſchwand; es bildeten ſich zwei Gruppen, die eine mit weitgehenden republicaniſchen Zielen, Germania, die andre, mit gemäßigteren Grundſätzen, Arminia genannt. Doch blieb immer noch ein Zuſammenhalt in den geheimen Burſchentagen, auf denen Abgeſandte der verſchiedenen Univerſitäten mit einander beriethen. Aber neben der Burſchenſchaft, unabhängig von ihr, wenngleich zum Theil aus Burſchenſchaftern beſtehend, bildete ſich im Frühling 1821 ein wirklich revolutionärer Geheimbund. Um die genannte Zeit verkehrte der Mecklenburger von Sprewitz in der Schweiz mit Follen und anderen deutſchen Flüchtlingen. Dieſe ſprachen ihm von einem Männerbunde, deſſen Ziel ſei, Deutſchland von ſeinen Tyrannen zu befreien, und gewannen ihn für den Plan, einen Jünglingsbund zu ſtiften, deſſen Mitglieder den Oberen des Männerbundes Gehorſam geloben ſollten, übrigens doch mit der Bedingung, ſolange deren Befehle mit ihrer, der Jünglinge, Ueberzeugung ſtimmten. Sprewitz unterzog ſich dem Auftrag nicht ohne Erfolg; neun Artikel, von denen einer Todesſtrafe über den Verräther verhängte, wurden beſchworen; zu den Theilnehmern gehörten manche ſpäter namhafte Männer, wie Ruge, Eiſenmann, Haſe; über dem Männerbunde blieb ein geheimnißvolles Dunkel. In der That ſcheint er wenig mehr als ein Trugbild geweſen zu ſein. Denn als im Jahre 1824 durch den Verrath eines bairiſchen Geiſtlichen, der, als er ſeinen Amtseid leiſten ſollte, jammernd eines andern Eides gedachte, durch den er gebunden ſei, die Sache ans Licht kam, da ergaben die Unterſuchungen für den Männerbund nur zwei Theil- Jünglings- und Männerbund.

nehmer, einen Turnlehrer in Erfurt und den dortigen Ingenieur vom Platz, Major von Fehrenthal. Als ihr nächſtes Ziel, zu deſſen Erreichung ſie Mord und Meineid für erlaubt hielten, war die Ueberrumpelung der Feſtung Erfurt ins Auge gefaßt; offenbar ſollte das Beſte dabei der Jünglingsbund thun, der ſeine Mitglieder über 15 Bundesſtaaten verzweigt hatte. Die Strafen, welche über die Theilnehmer verhängt wurden, waren in den verſchiedenen Ländern ſehr ungleich. In Kurheſſen verſtieg man ſich bis zu Todesurtheilen, ohne ſie doch zu vollſtrecken, in Preußen erkannte man auf 15jährige Feſtungshaft, in Schwarzburg-Rudolſtadt auf dreimonatlichen Hausarreſt, in Baiern wurde Freilaſſung und Niederſchlagung der Koſten verfügt. Für die Befeſtigung der reactionären Politik waren dieſe Enthüllungen ungemein dienlich; ſie halfen Metternich mit dazu, die letzten liberalen Willensäußerungen in den Regierungen der Einzelſtaaten zu unterdrücken. In der That hatten ihm dieſe ſeit 1820 noch mehr zu ſchaffen gemacht als ſchon vorher. Nach der Beendigung der Wiener Conferenzen trat an den ſüddeutſchen Höfen das ſichtliche Beſtreben an den Tag, ſich mit ihren Landesvertretungen baldmöglichſt zu verſtändigen. Die Kammerſeſſionen des Jahres 1820 zeigten in München wie in Stuttgart, in Darmſtadt wie in Karlsruhe ein ungemein nachgiebiges und gefälliges Verhalten der Miniſter gegen die Abgeordneten. In Frankfurt dagegen traten die Geſandten der conſtitutionellen Staaten unter der geiſtigen Führung Wangenheims nichts weniger als willfährig auf, und wußten insbeſondre in dem Militärgeſetz des Bundes, das am 9. April 1821 endlich zu Stande kam, ihre vollſtändige Unabhängigkeit von den beiden Großmächten durchzuſetzen. Daß dabei die Wehrfähigkeit Deutſchlands aufs Schwerſte geſchädigt wurde, machte ihnen geringe Sorge; ihr Hauptaugenmerk war, ſich von jeder Beeinfluſſung ſeitens der Großmächte nach Kräften frei zu halten. In welchen Träumen man ſich in dieſen Kreiſen wiegte, lehrte mit bedenklicher Klarheit eine Schrift, die im Jahre 1820 unter dem Titel „Manuſcript aus Süddeutſchland" erſchien und die im Auftrage des Königs Wilhelm von Würtemberg geſchrieben war. In maßloſer Weiſe wurden die Süddeutſchen als der wahre Kern unſres Volkes hingeſtellt; durch eine Art polniſcher Theilung ſeien neunzehn von neunundzwanzig Millionen Deutſchen an die fremden Mächte Oeſtreich, Preußen, England, Dänemark, Holland verkauft; auch die Hanſeſtädte ſtünden im Solde Englands; auf dem „reinen Deutſchland", auf den Stämmen der Baiern und Schwaben beruhe die Hoffnung des Vaterlandes; ihnen wurde die Pflege des demokratiſchen Princips und die Anlehnung an Frankreich empfohlen. Gegenüber dieſen ſonderbündleriſchen Beſtrebungen hielten nun auch die beiden Großmächte feſt zuſammen, freilich meiſt in der Weiſe, daß Oeſtreich den Ton angab und Preußen ihm zu Willen war. Das „öſtreichiſche Syſtem" des Grafen Bernſtorff war bis zu dem Grade ausgebildet, daß man in bittrem Spott ſagen konnte, ein preußiſcher Diplomat habe weiter Nichts zu thun als preußiſche Uniform zu tragen und öſtreichiſch zu ſprechen, oder daß man an die Vereinigung der öſtreichi-

Bezwingung der Mittelſtaaten.

Bundesmilitärgeſetz.

Das Manuſcript aus Süddeutſchland.

Preußen.

schen und der preußischen Bundesgesandtschaft in einer Person denken konnte. Aber selbst vor diesem strammen Zusammengehn scheuten sich die Kleinen nicht; selbst die Unbedeutendsten erlaubten sich allerlei Ungebühr gegen die Großmächte und besonders gegen Preußen, dem, wie man recht wohl wußte, Metternich eine kleine Demüthigung ab und zu von Herzen gönnte. Von der förmlichen Anklage, die Anhalt-Köthen am Bunde gegen seinen großen Nachbar erhob, wird später noch die Rede sein; der Kurfürst von Hessen wagte es, gewaltsame Verhaftungen auf preußischem Grund und Boden vornehmen zu lassen; in der Vereinigung fanden selbst die Waldeck, Lippe und Liechtenstein den Muth zu offener Opposition. Die Protocolle des Bundestages, die in ziemlich weitem Umfang veröffentlicht wurden, waren noch voll von freisinnigen Reden und Abstimmungen, die bei dieser oder jener Gelegenheit hervortraten, und ein stark persönliches Gepräge trugen. Mit verdrießlicher Ungeduld sahen die Großmächte dem zu und konnten zu keinem rechten Entschlusse kommen; als aber Wilhelm von Würtemberg, der tolle Jacobinerkönig mit dem betteligen Volk, wie man in Berlin ihn schimpfte, seinen Widerstand sogar auf die große Politik übertrug, wurde es Metternich endlich zu arg. Den Anlaß zum offenen Bruche bot das Verhalten des Königs gegenüber dem Veroneser Congreß. Auf die Mittheilung der dort gefaßten Beschlüsse gab der Minister von Wintzingerode eine sehr geharnischte Antwort, in welcher er die Rechte der selbständigen Staaten zweiten Ranges gegen die Alleinherrschaft der fünf Großmächte verwahrte. Wangenheim mußte am Bundestage die beantragte Zustimmung zu diesen Beschlüssen verweigern und ein paar andre Gesandte schlossen sich ihm an. Das war für Metternich und die Heilige Allianz zu viel; er verlangte die Abberufung Wangenheims, und da diese verweigert wurde, erhielten die Gesandten der drei Ostmächte Befehl, Stuttgart zu verlassen. Eine Zeit lang trotzte König Wilhelm auch dieser Drohung, äußerte sogar boshaft, er selbst werde, um die Mißverständnisse nicht zu vergrößern, seine Vertreter vor der Hand noch auf ihren Posten belassen; Wangenheim durfte fortfahren, den östreichischen Bundesgesandten durch seine kecke selbständige Haltung zu reizen. Es war ein offener Kriegszustand, der zwischen beiden herrschte. Weil Buol dieser Aufgabe nicht gewachsen schien, wurde er im Frühjahr 1823 durch Münch-Bellinghausen ersetzt. Die Gegenstände des Zankes waren mannigfaltig genug. So hatten sich Ende 1822 die holsteinischen Stände mit einer Beschwerde gegen den König von Dänemark wegen Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte an den Bundestag gewandt. Diese Beschwerde empfahl Wangenheim zur Berücksichtigung und beantragte, daß Dänemark binnen 6 Monaten eine Erklärung darüber abgeben solle. Diesen Antrag wies Münch-Bellinghausen in der schärfsten Weise zurück, da sein Kaiser es niemals angemessen finden werde, den souveränen Fürsten der Bundesstaaten Fristen zu setzen. Und wirklich schüchterten die kräftige Tonart und die unverkennbare Entschlossenheit der beiden Großmächte die kleineren Bundesgenossen so ein, daß sie die unzweifelhaft begründete Beschwerde

Der Bundestag.

Der König von Würtemberg.

Die holsteinische Beschwerde.

Die heſſiſchen Domänenkäufer.

abwieſen. Bald darauf nahm ſich Wangenheim als Berichterſtatter auch der heſſiſchen Domänenkäufer an, deren Angelegenheit noch immer nicht zum Abſchluß gekommen war. Dieſen Bericht mußte König Wilhelm, deſſen Widerſtandskraft inzwiſchen gebrochen war, zum Vorwande nehmen, um ſeinen Geſandten abzuberufen. Damit begann die von Metternich erſtrebte Reinigung des Bundestages. Die beiden treueſten Genoſſen Wangenheims, die heſſiſchen Geſandten Harnier und Lepel, wurden gleichfalls durch andre Männer erſetzt; auch der preußiſche Vertreter von der Goltz, der ſo wenig wie Graf Buol ſeiner Aufgabe gewachſen ſchien, erhielt bald darauf in dem ſtraffen Generalpoſtmeiſter Nagler einen Nachfolger, der Metternichs Anforderungen beſſer entſprach. Der tüchtige bairiſche Geſandte von Aretin war ſchon 1822 geſtorben. Nach dieſen Vorbereitungen konnte Oeſtreich, ohne Widerſtand zu fürchten, ſich anſchicken, die Erneuerung der Carlsbader Beſchlüſſe, deren fünfjährige Gültigkeit ihrem Ende nahe war, zu beantragen. Im Sommer 1824 fand auf Metternichs Schloſſe Johannisberg ein ſechswöchentlicher Congreß der bedeutendſten deutſchen Miniſter ſtatt, dem auch Vertreter der andern drei Großmächte beiwohnten. Das Ergebniß der Beſprechungen waren die Bundesbeſchlüſſe vom 16. Auguſt 1824. Danach ſollte die Ausübung der ſtändiſchen Rechte in den Einzelſtaaten ſorgfältig überwacht werden, damit dem monarchiſchen Princip nicht Abbruch geſchehe und die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zu keinen Mißbräuchen führe; eine beſondre Commiſſion ſollte das geſammte Schulweſen Deutſchlands einer gründlichen Prüfung unterziehen; in Bezug auf die Univerſitäten und die Preſſe wurden die Beſchlüſſe von 1819 auf unbeſtimmte Zeit erneuert und ebenſo die Mainzer Central-Commiſſion in ihrer Wirkſamkeit beſtätigt. Die Veröffentlichung der Bundestagsprotocolle hatte ſchon einige Wochen früher durch einen Beſchluß vom 1. Juli aufgehört. Der Erfolg aller dieſer Maßregeln war jetzt weit durchſchlagender als nach 1819. Wie die Regierungen im Kampfe gegen Metternich ermattet waren, ſo unterlag jetzt auch die liberale Oppoſition. Das Volk, die Preſſe, ſelbſt die Kammern in den Staaten, wo es ſolche gab, verhielten ſich muſterhaft ruhig; nur in Würtemberg platzte gelegentlich einmal ein Abgeordneter mit ſchwäbiſcher Grobheit heraus; in Baden war an die Stelle einer aufgelöſten oppoſitionellen Kammer eine völlig reactionäre getreten, der die Thronrede vom Jahr 1828 den Wunſch mit nach Hauſe geben konnte, der Großherzog hoffe dieſelben Deputirten, die er kenne und ſchätze, wiedergewählt zu ſehen; auch in Baiern, wo 1825 der für liberal geltende Ludwig I. ſeinem Vater Maximilian Joſeph auf dem Throne folgte, war die Volksvertretung äußerſt loyal und gemäßigt.

Reinigung des Bundestages.

Congreß vom Johannisberg.

Erneuerung der Carlsbader Beſchlüſſe.

Vollſtändiger Sieg der Reaction.

Die deutſche Einheitsidee.

So müſſen die zwanziger Jahre als die goldene Zeit des Metternich'ſchen Regimentes anerkannt werden; aber eben weil ſie den Höhepunct deſſelben bezeichnen, ſo treten in ihnen auch ſchon die Ausgangspuncte des Sinkens hervor. Ein Syſtem des Stillſtandes konnte offenbar nicht länger dauern, als das Ruhebedürfniß in den Völkern vorhielt; es mußte um ſo mehr erſchüttert werden, je mehr

die lebende Generation ausſtarb und ein neues Geſchlecht an ihre Stelle trat, ein Geſchlecht, dem die Napoleoniſchen Zeiten nur noch dunkle Kindesahnungen, die Freiheitskriege aber goldene Jugenderinnerungen waren. Dieſem Geſchlechte aber ging, wie Einer, der ihm angehörte, ſagt, die deutſche Einheit über Alles; „ſie war die höchſte Idee, welche alle Männer von Werth, die ſeit 1813 von den Univerſitäten ins bürgerliche Leben übergetreten waren, beſeelte“; die Verfaſſungsfragen hatten für die meiſten nur deshalb Bedeutung, weil ſie der Verwirklichung jener Idee dienen ſollten. Von den älteren, mattherzigen Liberalen unterſchied ſie vor Allem der feſte Entſchluß, auch vor der Anwendung der Volkskräfte, vor einer neuen Revolution, nicht zurückzuſcheuen. Ihr feſter blickendes Auge, ſo rühmten ſie, werde nicht getrübt durch die Livree-Ideen von Treue und Anhänglichkeit an den Landesfürſten; ſie ſeien nicht befangen in jener Weiſe der Spießbürger, welche andre Nationen, die für die Freiheit und Selbſtändigkeit ihres Vaterlandes Alles opfern, bewundern und beſingen, aber ſofort einen Schrei des Entſetzens ausſtoßen, ſobald ihnen ſelbſt ein Gleiches für ihr eignes Vaterland zu thun und zu opfern zugemuthet werde. Von Jahr zu Jahr rückten die Männer dieſer Geſinnung, die jugendlichen Kämpfer von Leipzig und Waterloo, die Burſchenſchafter, die Turnſchüler, in den Aemtern des Staatsdienſtes auf; von Jahr zu Jahr geſtattete ihnen ihr Alter mehr, in den öffentlichen Angelegenheiten redend nnd handelnd aufzutreten. Noch waren ſie eine verborgene Miliz, deren Stärke und Gefährlichkeit nicht zu erkennen war; aber ihre Zeit *mußte* kommen; der Augenblick *mußte* eintreten, wo ſie eine Macht bildeten, und die einzige Frage war die, ob ſie ſittliche Kraft genug beſaßen, um in der trüben Zwiſchenzeit ihre Geſinnungen treu zu bewahren und ſich nicht von den herrſchenden Mächten fangen zu laſſen. Bei vielen einzelnen war das natürlich der Fall; ſie ſagten ſich, mehr oder minder überzeugt, von den Idealen ihrer Jugend los, der eine früher, der andre ſpäter. Jener Graf Bocholtz, der Stourdza die Herausforderung ſchickte, wurde ein eifriger Jünger im Dienſte des Ultramontanismus; Stahl, der auf den geheimen Burſchentagen als Abgeordneter wirkte, predigte die Umkehr der Wiſſenſchaft und gab der reactionärſten Partei des preußiſchen Herrenhauſes den Namen; Heinrich von Gagern, der noch 1848 als Präſident des deutſchen Parlamentes ſeine burſchenſchaftlichen Hoffnungen verwirklichen half, wurde öſtreichiſcher Diplomat und treuer Bundesgenoß des Biſchofs Ketteler. Und dieſelbe Umwandlung, die ſich in dieſen bekannteren Männern vollzog, vollzog ſich natürlich ſchneller oder langſamer bei tauſend Namenloſen, Unbekannten. Aber eine große Schaar blieb doch der Fahne der Jugend treu und wuchs mit jedem Jahr an Kampfestüchtigkeit und Macht. Wenn ſie das zunächſt ihrer eigenen ſittlichen Stärke zu danken hatte, ſo gab es doch auch *eine* Kette von Ereigniſſen in dem hoffnungsloſeſten Jahrzehnt der neueſten Geſchichte, die ihren Muth ſtählte und kräftigte, und ſie vor verzweifeltem Verzicht auf ihre Ideale bewahrte. Dieſe Kette von Ereigniſſen bildeten die griechiſchen Freiheitskämpfe;

Keime des Radicalismus.

Bedeutung der griechiſchen Freiheitskriege.

ſie hielten in den zwanziger Jahren die Flamme der Begeiſterung hell und rein; ſie gewährten Troſt und Hoffnung, als Alles ſonſt zu Mißmuth und Verzagen trieb; ſie nährten den Glauben an die Unveräußerlichkeit nationaler Rechte und an die Endlichkeit aller Tyrannei. Die unerbittliche Geſchichte hat allerdings nach und nach manchen Ruhmesſchein von den Häuptern der modernen Hellenen wieder abgeſtreift, und ſchon die Zeitgenoſſen mußten manchen ſchönen Wahn, den ſie anfangs gehegt, allgemach als nichtig anerkennen. Aber da fügte es ein günſtiges Geſchick ſo, daß, je mehr der ideale Glanz der Freiheitskämpfer vor der nüchternen Wirklichkeit ſchwand, deſto mehr dieſe Wirklichkeit ſelbſt den liberalen Ideen förderlich wurde, daß, je weniger die Zuſtände in Griechenland den Träumen der Hoffnungsſeligen entſprachen, deſto mehr ihre Nachwirkungen auf die große europäiſche Politik das Gebäude Metternichs Stein für Stein aufbröckelten. Sowohl durch ihre geiſtigen Einflüſſe, wie durch den realen Gährungsſtoff, den ſie in das Syſtem des Stillſtandes warf, iſt daher die griechiſche Erhebung des Jahres 1821 eines der folgenreichſten Ereigniſſe der neueſten Geſchichte geworden.

Die griechiſchen Freiheitskämpfe.

Lage der Griechen unter türkiſcher Herrſchaft.

Auch unter der Türkenherrſchaft hatten ſich die Griechen einen gewiſſen kirchlich-politiſchen Zuſammenhang zu erhalten vermocht; ihr anerkanntes Haupt war der Patriarch in Conſtantinopel, der ſtets von dem Sultan ſelbſt den Rang eines Paſchas mit drei Roßſchweifen erhielt. Er diente der Pforte zugleich als Bürge für die Treue der ganzen Chriſtenſchaft. Ihm ſtand es zu, auf Gefängniß, Galeere, ja Tod zu erkennen, und der Uebertritt zum Islam rettete den Schuldigen nicht. Ihm zur Seite ſtand die große Synode, die von den Griechen vielfach als oberſte Inſtanz in Civilſtreitigkeiten angerufen wurde. Auch die Geiſtlichkeit in den Provinzen übte in Ehe- und Erbſchaftsſachen anerkannte Gerichtsbarkeit aus und wurde in andern Fällen ſehr häufig als Schiedsrichterin angerufen. Das türkiſche Joch laſtete auf den verſchiedenen Landestheilen mit ſehr verſchiedenem Druck. Manche Inſeln waren durch wenig mehr als die Zahlung eines Tributes der Pforte verbunden; manche Gebirgsvölker galten zwar amtlich als türkiſche Truppen, regierten ſich aber in der That ganz ſelbſtändig; noch andre, die freien Kleften, führten ein völlig unabhängiges Räuberleben und erkannten die Herrſchaft des Sultans auch nicht dem Namen nach an. Selbſt da, wo die Macht der Pforte am größeſten war, bewahrten ſich doch die Griechen wenigſtens zum Theil eine nationale Verfaſſung. Die Dörfer und Städte in Morea durften ſich ſelbſt ihre Vorſteher erwählen, welche dann ihrerſeits Vertreter, Primaten oder Kodjabaſchis genannt, in die Hauptſtadt der Provinz, nach Tripolitſa, ſandten, um dort dem Paſcha zur Seite zu ſtehen und einen ſtändigen Vertrauensmann, den Vekil, nach Conſtantinopel abzuordnen. Dieſer Provinzadel der Primaten gewann neben der Geiſtlichkeit einen großen Einfluß; beide

erfreuten sich übrigens keiner allzu großen Bildung. Diese fand die eifrigste Pflege theils bei den reichen Kaufherren, die in regem Geschäftsverkehr mit der abendländischen Christenheit standen und durch jahrelangen Aufenthalt im Auslande mit europäischer Kunst und Sitte vertraut geworden waren, theils bei dem Adel der Hauptstadt, den Fanarioten, so genannt nach der Pforte des Fanar, d. h. des Leuchtthurms, die sich neben der patriarchalischen Kirche befand. Aus dem Schoße dieses hauptstädtischen Adels waren die eifrigsten Förderer der neugriechischen Literatur hervorgegangen. Man konnte in derselben drei Richtungen unterscheiden, eine russische, eine französische und eine rein nationale. Während die beiden ersten durch Anlehnung an das Ausland die Unabhängigkeit Griechenlands zu erreichen suchten, erstrebte die letzte eine Wiedergeburt des Volkes durch die Belebung der alten Erinnerungen. Sie fand eine äußere Vertretung in dem Bunde der Philomusen, der Musenfreunde, der 1812 in Athen gegründet war und nur künstlerische und wissenschaftliche Ziele verfolgte, so daß der russische Minister Kapodistrias sein Präsident, Kaiser Alexander selbst und viele andre Fürsten seine Mitglieder werden konnten.

Die nationale Bildung.

Die Philomusen.

Dieser Bund der Philomusen diente aber, ohne es zu wissen und zu wollen, der Partei unter den gebildeten Griechen, die auf die Abschüttelung des Türkenjoches unmittelbar hinarbeitete, als erwünschter Deckmantel. Drei griechische Kaufleute in Odessa gründeten nämlich 1814 einen zweiten Bund, Hetärie der Philiker, d. h. Bund der Freunde, genannt, als dessen Ziel sie die „bewaffnete Gemeinschaft der Christen zur Vertreibung der Türken" aufstellten. Seine Mitglieder gehorchten einer unbekannten Regierung, unter der sie gern geneigt waren, die russische zu denken, da Alexander ja Mitglied der Philomusen war und eine Wechselbeziehung zwischen diesen und den Philikern geheimnißvoll angedeutet wurde. Allmählich und mit Geschick wurde das Netz der Hetäristen über alle Landestheile mit griechischer Bevölkerung ausgesponnen und 1818 der Sitz des Bundes sogar nach Constantinopel verlegt. Seine Bedeutung wuchs, als angesehenere Leute ihm beitraten, vor allem die Fanarioten Ypsilantis, deren einer, Alexander, Adjutant und Liebling des russischen Kaisers war. Entweder ihn oder Kapodistrias wünschte man zum Präsidenten der Hetärie zu machen, um dadurch in engere Verbindung mit Rußland zu treten. Einer der Gründer des Bundes, Xanthos, reiste in dieser Absicht nach Petersburg. Kapodistrias empfing ihn freundlich, lehnte aber den Antrag ab; Alexander Ypsilantis dagegen entschied sich nach einigem Zögern, und als auch Kapodistrias ihm zuredete, für die Annahme. Im Juli 1820 erbat er militärischen Urlaub und reiste von Petersburg nach Odessa.

Die Philiker.

Alexander Ypsilantis.

Wirklich lagen die Verhältnisse damals für eine Erhebung ungemein günstig. Einer der mächtigsten Vasallen der Pforte, zugleich eine der verschlagensten und entschlossensten Persönlichkeiten, welche die Geschichte kennt, Ali Pascha von Janina, war zum Abfall vom Sultan gedrängt und mit Freuden bereit, den Griechen die Hand

Aufstand Ali Pascha's.

zu reichen. Von kleinen Anfängen aus hatte er ſich eine ſehr bedeutende Macht erworben. Seine erſte That lehrt ihn am beſten kennen. Um ſich zum Herrn ſeiner Geburtsſtadt Tepeleni in Albanien zu machen, verlockte er ſelbſt durch allerlei Künſte ſeine Gegner, einen Mordplan gegen ihn zu machen; während er Mittags nach ſeiner Gewohnheit an einem Waldrande ruhte, ſollten Banditen ihn von Weitem erſchießen. Statt ſeiner aber trafen die Kugeln eine Ziege, die in eine Kapuze gehüllt und, damit ſie nicht mäckere, mit einem Maulkorb verſehen, an Ali's gewöhnlichem Ruheplatze feſtgebunden war. Das Herbeieilen ſeiner Freunde verhinderte die Verſchworenen, ihren Irrthum zu entdecken, und als ſie nun den anſcheinend gelungenen Mord durch einen großen Feſtſchmaus feierten, der ſich tief in die Nacht hineinzog, da überfiel Ali die Trunkenen, machte ſie nieder und erhob ſich zum Herrn von Tepeleni. Durch Liſt, Tapferkeit, Grauſamkeit, Beſtechung dehnte er dann ſeine Macht immer weiter aus. Der Mittelpunkt ſeiner Herrſchaft wurde Janina; mit dem Sultan wußte er ſich in gutem Einvernehmen zu erhalten, aber auch die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, beſonders zu Frankreich und England, pflegte er mit Sorgfalt, je nachdem ſein Vortheil es erheiſchte. Ein Ziel, das er einmal ins Auge gefaßt, hielt er unverrückt feſt und ließ ſich durch kein Mißlingen einſchüchtern. So unternahm er es dreimal, das tapfere Kleftenvolk der Sulioten zu unterwerfen und ſetzte ſeinen Willen endlich ſo weit durch, daß er dieſen heldenmüthigen griechiſchen Stamm zum Aufgeben ſeiner Felſenburgen und zur Ueberſiedelung nach den Joniſchen Inſeln zwang. Nicht minder begierig war Ali danach, die Küſte zu erreichen und die ehemals venetianiſchen Seeſtädte in ſeinen Beſitz zu bringen. Auch dies Verlangen befriedigte er nach und nach; den letzten Ort, nach dem ihn gelüſtete, Parga, erkaufte er im Jahre 1819 von den Engländern, die es ſeit 1815 beſetzt hielten. Aber die entrüſteten Pargioten wollten ſich der Gnade und Treue des Barbaren nicht anvertrauen; auch ſie verließen lieber ihre Heimat und ſchifften nach Corfu hinüber.

„Dich hat beſiegt nicht der Vezier mit ſeinen vielen Heeren,
ſo klagte das Volkslied,
Gleich Haſen floh'n die Türken ſtets vor der Pargioten Flinten.
Du hatteſt tapfre Männer ja und hatteſt Heldenweiber,
Die Kugeln aßen ſie wie Brod und Pulver gleich der Speiſe.
Wie Chriſtus einſt verſchachert ward, wirſt nun auch du verſchachert."

Damit ſtand Ali auf der Höhe ſeiner Macht, aber auch ſeines Uebermuthes. Selbſt über religiöſe Vorſchriften ſetzte er ſich kühn hinweg, während er doch andrerſeits blindem Aberglauben huldigte und feſt an die Prophezeiung glaubte, daß er 150 Jahre alt und einſt noch Corfu beherrſchen werde. Bei alledem konnte er aber doch das Gefühl der Unſicherheit nicht los werden, das ihm ſeine Abhängigkeit von der Pforte einflößte. Ein Paſcha, ſo ſagte er ſeinen Söhnen, iſt ein Mann, der mit Pelzwerk bekleidet auf einer Pulvertonne ſitzt. Schneller, als er ſelbſt wohl gedacht, ſollte dieſe in die Luft fliegen und ihn vernichten. Den unermüdlichen Bemühungen eines perſön-

lichen Feindes, des Pacho Bei, der Kämmerer des Sultans war, gelang es, im Juli 1820 die Aechtung des Uebermächtigen zu erwirken. Zuversichtlich nahm dieser den Fehdehandschuh auf: in Adrianopel, so hoffte er, werde Gott die Grenze zwischen ihm und dem Sultan stecken. Doch bald erfuhr sein Schicksal eine schlimme Wendung. Die drei Heere, mit denen er ins Feld zu rücken gedachte, fielen von ihm ab; nur mit Mühe entkam er den Nachstellungen seines Unterfeldherrn, Omer Vrionis, und warf sich mit 6000 Mann in seine Veste Janina. Hier verteidigte er sich beinahe anderthalb Jahr, bis es endlich dem kräftigen Statthalter von Morea, Churchit Pascha, gelang, die Stadt zu nehmen. Die letzte Zuflucht des Besiegten war eine kleine Insel im See von Janina. Von hier aus knüpfte er Unterhandlungen mit dem siegreichen Gegner an. Der aber fürchtete ihn auch jetzt noch so, daß er sich seiner durch Meuchelmord erledigte und so am 5. Februar 1822 diesem Aufstande ein Ende machte, der trotz seines Mißlingens doch von den schlimmsten Folgen für die Türkei sein sollte. Ali's Sturz.

Denn wenn die Griechen auch Nichts gethan hatten, um Ali zu stützen, zu dem sie unmöglich Zuneigung hegen konnten, so hatte dieser doch dadurch, daß er während des ganzen ersten Jahres der griechischen Erhebung die Heeresmacht der Türken festhielt und daß wenige Wochen vor dem Ausbruch der Revolution in Morea der Pascha dieser Provinz gegen ihn abgesandt wurde, der Sache der griechischen Freiheit die größten Dienste geleistet. Es war Schuld der Hellenen und wesentlich des Alexander Ipsilantis, wenn sie die Gunst der Lage nicht noch besser ausnutzten. Man konnte an sich zweifeln, ob es vortheilhafter sei, die Erhebung an der Donau (in Rumänien) oder in Morea beginnen zu lassen; aber die Lage Ali's, dessen Widerstand ja in jedem Augenblick erlahmen konnte, mußte für Morea sprechen. In der That entschied sich dafür denn auch ein Kriegsrath der Hetäristen, der am 1. October 1820 auf russischem Boden, auf dem Kirchhof von Ismaïl, abgehalten wurde. Allein Ipsilantis änderte nachträglich auf eigne Hand diesen Beschluß. Am 7. März 1821 überschritt er den Pruth und ging nach Jassy; von hier aus verkündete ein Aufruf in hochtönenden Worten den Hellenen, daß es Zeit sei aus dem Schlafe zu erwachen, den ganz Europa mit Unwillen sehe; eine große Macht werde sie beschützen, und mit leichter Mühe würden die Nachkommen derer, die einst die Truppen des Xerxes und Darius besiegt, über so verächtliche Feinde wie die Türken Herr werden. Die Thatsachen entsprachen von vorn herein diesen zuversichtlichen Worten nur wenig. Die große Macht, auf welche Ipsilantis prahlerisch hinwies, beeilte sich, jeden Zusammenhang mit dem Aufrührer abzuleugnen. Alexander befand sich eben auf dem Congreß von Laibach. Von da aus mußte Kapodistrias in einem Briefe an Ipsilantis diesem jede Hoffnung auf mittelbare oder unmittelbare Hülfe nehmen. Alexander erneuerte mit Kaiser Franz seinen Bund gegen die Revolution und verpflichtete sich, nöthigen Falls eine Armee von 95,000 Mann zu ihrer Bekämpfung zu stellen. Es

Beziehungen zu den Hellenen.

Beginn des Aufstandes.

Die Erhebung an der Donau.

Rußlands Haltung.

wäre für Rußland ein Leichtes geweſen den Aufſtändiſchen einen großen Dienſt zu leiſten; auf Grund des Friedens von Bukareſt (1812) durfte die Pforte ohne ruſſiſche Genehmigung keine Truppen
Die Rumänen. in die Donaufürſtenthümer einrücken laſſen; aber dieſe Genehmigung wurde nunmehr bereitwilligſt ertheilt und bereits Mitte Mai überſchritten drei türkiſche Heere die Donau. Auch ſonſt lagen die Verhältniſſe ſchlecht. Der Patriarch hatte nothgedrungen von Conſtantinopel aus den kirchlichen Bann gegen die Empörer ſchleudern müſſen; in der Wallachei herrſchte zwiſchen Griechen und Rumänen die heftigſte Spannung; ein Theil der letzteren hatte ſich ſchon im Februar gegen den mit Ypſilantis verbündeten griechiſchen Hospodaren Michael Sutſos erhoben. Ihr Führer, Theodor Wladimirescо, ſchloß ſich jetzt zwar ſcheinbar dem Aufſtande gegen den Sultan an; allein als die Türken ihren Vormarſch begannen, zeigte ſich, daß Theodor verrätheriſch zu ihnen übergehen wollte. Nur der Entſchloſſenheit des tüchtigſten von Ypſilantis' Generalen, des Olympiers Georgakis, war es zu danken, daß er rechtzeitig verhaftet und hingerichtet wurde. Ypſilantis ſelbſt war ſeiner Aufgabe durchaus nicht gewachſen. Langſam hatte er im März und April die beiden Fürſtenthümer beſetzt; ohne Widerſtand räumte er beim Eindringen der Türken einen großen Theil derſelben und zog ſich an die Karpathenpäſſe, um der öſtreichiſchen Grenze nahe zu ſein. Die Eigenmächtigkeit ſeiner Offiziere vergrößerte
Schlacht bei Dragatſchan. das Uebel. Einer derſelben, Karawias, griff die Türken ohne Befehl am 19. Juni bei Dragatſchan an. Bei ihm befand ſich der Kern des griechiſchen Heeres, die 500 Mann ſtarke heilige Schaar. Bald wurde ſie von einer großen Uebermacht umzingelt und vollſtändig aufgerieben. Die andern Truppen flohen, und ihre Muthloſigkeit ergriff ſogleich auch den Ypſilantis. So prahleriſch er ſeine Laufbahn begonnen, ſo jämmerlich endete er ſie. Von ſeinen eignen Leuten bedroht, floh er am 26. Juni über die öſtreichiſche Grenze und erklärte in einem neuen Aufruf jedes Band zwiſchen ſich und den „feigen Sclavenhorden", den Meineidigen, Verräthern und Memmen, die er dem Haß der Menſchheit überliefere, für zerriſſen.
Ypſilantis' Ausgang. Er mußte ſeine kurze Abenteurerlaufbahn durch ein hartes Schickſal büßen. Die öſtreichiſche Polizei ergriff ihn und ſchleppte ihn in die Feſtung Munkacz. Theils hier, theils in Thereſienſtadt verlebte er ſechs Jahre in der Gefangenſchaft; erſt 1827 wurde er auf ruſſiſche Verwendung freigegeben, und ſtarb dann bald darauf im Jahre 1828 in Wien.

Letzte Kämpfe. Mit ſeiner Flucht war das Schickſal des Aufſtandes an der Donau entſchieden; doch wandten mehrere ſeiner Offiziere wenigſtens die Schmach von ſich ab, mit der ihr Führer ſelbſt ſie bedeckte. Wie die heilige Schaar bei Dragatſchan, ſo hatte ein Heldenhäuflein unter Athanaſios bei Skuleni am Pruth Wunder der Tapferkeit gethan, und mit Begeiſterung vernahm Europa das Ende des Georgakis, der im Kloſter Sekko, als längerer Widerſtand hoffnungslos geworden, ſich und ſeine Gefährten in die Luft ſprengte. Bis in die erſten Tage des Octobers dauerte dies letzte, vereinzelte Aufflackern der Em-

pörung; von da ab lagen beide Fürſtenthümer willenlos zu den Füßen der ſiegreichen Türken.

Der Aufſtand in Morea.

Allein um dieſe Zeit hatte der nördliche Schauplatz der Empörung längſt ſeine hervorragende Bedeutung eingebüßt. Die Männer, welche in Ismaïl beſchloſſen hatten, den Aufruhr in Morea zu beginnen, waren durch Ypſilantis' eigenmächtiges Vorgehn nicht von ihrem Plane abgebracht. Der eifrigſte von ihnen war ein Mönch, der Papa Fleſas. Den ganzen Winter 1820—21 bereitete er unermüdlich den Aufſtand vor. Die Abberufung Churchit Paſchas zum Kampf gegen Ali war ein unerwarteter Glücksfall. Dennoch meinten Viele, beſonders von den Primaten, man ſolle Nichts übereilen. Aber eine Unvorſichtigkeit des ſtellvertretenden Paſchas, Salik Aga, begünſtigte die Eiferer. Dieſer lud nämlich auf Ende Februar 1821 die Primaten nach Tripolitſa, um ſich dort ihrer zu bemächtigen. Da ſie nun weder hingehen durften, noch ihr Ausbleiben zu entſchuldigen vermochten, ſo konnte die Entſcheidung nicht mehr hinausgeſchoben werden. Mit einzelnen Gewaltthätigkeiten, die Ende März hier und dort gegen türkiſche Beamte verübt wurden, begann der Aufſtand, ſeine Weihe erhielt er am 4. April. Der Erzbiſchof Germanos von Patras, und Londos, einer der flüchtigen Primaten, riefen die Bewohner von Patras zu den Waffen. Vor einem Kreuze, das er in der Hauptſtraße aufgerichtet, an einem Altar von Raſen theilte der Prälat das Abendmahl unter die Kampfesmuthigen aus und ſpendete ihnen die Abſolution. An demſelben Tage hielt Petro Mavromichalis, gewöhnlich Petrobei genannt, das Haupt der Maniaten, die ſich Nachkommen der alten Spartaner zu ſein rühmten, ſeinen Einzug in Kalamata, der Hauptſtadt Meſſeniens. Und nun griff die Empörung mit Blitzesſchnelle um ſich. „Der Türke ſoll nicht in Morea bleiben, und überhaupt nicht in der ganzen Welt!" ſo erſcholl es in den Klängen des Volksliedes von Berg zu Berg, von Dorf zu Dorf. Drei Wochen genügten, um faſt die ganze Halbinſel frei zu machen und das Oſterfeſt, der 22. April, ſah die Türken faſt einzig auf den Beſitz von Tripolitſa beſchränkt, das, in der Mitte des alten Arkadiens auf einer Hochebene gelegen, auch ſchon von allen Seiten umſchloſſen wurde. Der Held dieſer Wochen war Kolokotronis, ein wilder, verſchmitzter Klefte, aus deſſen Stamm noch Niemand eines natürlichen Todes geſtorben, auch äußerlich eine wahre Räuberhauptmannsgeſtalt. Ohne Schlappen war es freilich nicht abgegangen; wo die Türken ſtark genug waren, hatten ſie ſich tüchtig gewehrt, und nicht ohne Beſorgniß ſah man die Hülfstruppen nahen, welche Churchit auf die erſte Kunde dieſer Vorgänge aus dem Lager von Janina ſchickte und die Mitte Mai über Korinth und Argos in Tripolitſa eintrafen. Auch dieſe Furcht beſeitigte Kolokotronis. Als die Türken am 24. und 25. Mai ſeine Linien vor Tripolitſa angriffen, ſchlug er ſie bei Valtetſi ſo völlig, daß die Griechen, „die bis dahin wegliefen, wenn es hieß: die Türken kommen, fortan fragten: Wo ſind die Türken?" Trotz dieſer erneuten Begeiſterung wollte es aber mit der Belagerung nicht recht vorwärts; auch die Erſetzung des bisherigen Oberfeldherrn, des Petrobei, durch Demetrius

Petrobei.

Kolokotronis.

Schlacht von Valtetſi.

Demetrius Ypſilantis.

Ypſilantis, einen Bruder Alexanders, förderte die Sache wenig; den Ausſchlag gab die Noth, die in der Stadt herrſchte, und eine Treuloſigkeit der Griechen. Während die von den Belagerten angeknüpften Verhandlungen noch fortdauerten, griffen die Aufſtändiſchen plötzlich an, drangen ohne Mühe in die Thore und begannen ein furchtbares Gemetzel. 10,000, nach andern Angaben 32,000 Leichen bedeckten die Straßen, ſo daß Kolokotronis' Pferd vom Thor bis zum Palaſt den Boden nicht betrat. Drei Tage wüthete das Morden und Brennen und noch am dritten Tage war die Wuth ſo groß, daß man 2000 Perſonen in eine Schlucht des Maenalon ſchleppte und dort niedermachte. Mit ähnlicher Grauſamkeit und Tücke verfuhren die Griechen auch in den andern Städten, die in ihre Gewalt fielen, allerdings von den Türken ſchwer gereizt. Denn als die Kunde von den Ereigniſſen in Nord und Süd Stambul erreichte, ergriff die Moslemin wilde Wuth und Rachedurſt. Eine große Chriſtenhetze begann; ſtatt ſie zu bändigen, begünſtigte die Pforte ſie. Den Dollmetſch Muſuris ließ Sultan Mahmud ſelbſt vor dem Serail köpfen. Das Gräulichſte aber geſchah am griechiſchen Oſtertage. Als der Patriarch Gregor die Nachtmeſſe beendet, wurde er ergriffen und mit drei Erzbiſchöfen und drei Prieſtern an der Mittelthür der Fanar-Kirche aufgehenkt. Seinen Leichnam, der drei Tage nachher von Juden ins Meer geſchleift wurde, fiſchten ruſſiſche Schiffer auf und brachten ihn nach Odeſſa. Mochten die Katholiken von Galata für dieſes freudige Ereigniß auch ein Tedeum ſingen, die europäiſchen Mächte wurden durch ſolchen Frevel auf das Empfindlichſte herausgefordert. Selbſt Kaiſer Franz meinte, das ſei eben ſo ſchlimm, wie wenn es den Papſt betroffen hätte. Der ruſſiſche Geſandte Strogonoff erklärte in einer Note vom 18. Juli, die Pforte habe ihr Recht, neben den chriſtlichen Mächten Europas zu exiſtiren, ernſtlich gefährdet, und verlangte binnen 8 Tagen Genugthuung; als dieſe nicht erfolgte, verließ er Conſtantinopel. Der Krieg ſchien unvermeidlich. Metternich gerieth in die größte Beſtürzung. Die Sache hatte ſich ſo gut angelaſſen, Rußland war in Laibach ſo willig auf ſeine Ideen eingegangen, und nun ſollte die blinde Wuth der Türken Alles verderben. Im erſten Augenblick glaubte er Alles daran ſetzen zu müſſen, um den Sultan zum Nachgeben zu drängen; indeſſen bald ſah er ein, daß dies vergebliche Mühe ſei. So lange die Griechen weiter kämpften, verweigerte die Pforte jedes Zugeſtändniß. Nunmehr entſchloß ſich Metternich, Rußland zum Nachgeben zu rathen; er machte von Neuem Alexanders Abſcheu gegen alles Revolutioniren rege; er ſtellte vor, wie ein Krieg mit Rußland ein allgemeines Niedermetzeln der Chriſten zur Folge haben werde; er verſprach endlich, daß auch die andern Großmächte den diplomatiſchen Verkehr mit Conſtantinopel abbrechen würden, wenn Alexanders Entgegenkommen wider Erwarten dort nicht angenommen werde. Damit erreichte er, was er wollte; Rußland erklärte ſich bereit, in Verhandlungen mit der Pforte einzutreten, ſobald dieſe ihre Truppen aus den Donaufürſtenthümern wieder zurückgezogen habe. Dieſes Zugeſtändniß konnte der Sultan

Einnahme von Tripolitſa.

Chriſtenhetze in Conſtantinopel.

Bruch mit Rußland.

Metternichs Vermittlung.

nicht verweigern, und ſo ſchien im April 1822 Dank Metternichs Bemühungen der Friede geſichert.

Allein nur kurze Zeit ſollte man ſich in Wien dieſem erfreulichen Gedanken hingeben; da erſcholl plötzlich von der Inſel Chios aus eine Kunde, die ganz Europa mit Entſetzen erfüllte. Während die übrigen Eilande des Archipelagus ſich zum Theil mit großem Eifer dem Aufſtande angeſchloſſen hatten, waren die Chioten das ganze Jahr 1821 hindurch unthätige Zuſchauer geblieben, getreu ihrem etwas ſchlaffen Character, den das griechiſche Sprüchwort treffend verſpottete: Ein kluger Chiot iſt ſo ſelten wie ein grünes Pferd. Für die Inſeln, welche in die Bewegung eingetreten waren, hatte aber der Beitritt des reichen Chios eine große Wichtigkeit; vor allem für ſeinen nächſten Nachbar, das kleine, rührige Felſeneiland Pſara, das mit Spetſia und Hydra den Ruhm theilte, den Kern der griechiſchen Flotte zu ſtellen; denn dieſe drei Inſeln beſaßen nicht weniger als 350 Handelsſchiffe mit 12,000 Matroſen. Ein Pſariot, Papanikolis, war es geweſen, der im Juni 1821 das erſte türkiſche Kriegsſchiff mit ſeinem Brander in die Luft geſprengt hatte; nach allen Inſeln hatten dann pſariotiſche, hydriotiſche und ſpetſiotiſche Schiffe den Aufſtand getragen; auch in Chios war ſchon ein Verſuch gemacht, jedoch umſonſt. Im März 1822 wurde er mit beſſeren Kräften von Samos aus wiederholt; die türkiſche Garniſon wurde in das Fort zurückgedrängt und war nahe daran, ſich zu ergeben. Da nahte zu ihrem Entſatz die türkiſche Flotte unter Kara Ali. Der großen Uebermacht waren die Aufſtändiſchen nicht gewachſen; ſie entwichen nach Samos, und die Chioten unterwarfen ſich, nachdem Kara ihnen Verzeihung verſprochen hatte. Aber kaum hatten ſie die Waffen niedergelegt, ſo begann (in der Oſterwoche 1822) eine ſchauderhafte Jagd; 23,000 Menſchen ſollen ermordet, 47,000 in die Sklaverei geſchleppt ſein; nur die Katholiken und die Bewohner der Maſtixdörfer wurden geſchont. Ein Schrei der Rache war das Echo in ganz Hellas; ſie zu vollziehn, die Aufgabe der Flotte. Geführt von dem Hydrioten Miaulis, dem Kolokotronis der Meere, eilte ſie herbei; einem Pſarioten, dem Kanaris, war es beſchieden, den Frevel zu ſühnen. Die Nacht vom 18. zum 19. Juni war die letzte des Faſtenmonats Ramaſan; bei jubelnden Gelagen begingen die Türken ihren Carneval, das Bairam-Feſt. Die Unachtſamkeit, welche in Folge deſſen auf der Flotte herrſchte, benutzte Kanaris; glücklich erreichte er mit ſeinem Brander das feindliche Admiralſchiff und ſprengte es ſammt den 3000 Mann, die ſich darauf befanden, und dem Kapudan Paſcha in die Luft. Mit dem jubelnden Ruf: „Ei ſeht die ſchöne Illumination! Sieg dem Kreuze!“ entkam er ſelbſt der Zerſtörung; frohlockend empfingen ihn die Mitkämpfer auf Pſara und barfuß wallten ſie in die Kirche, um Gott ihren Dank zu bringen. Die armen Chioten aber fielen einem zweiten Blutbad heim, und ſo furchtbar raſte das türkiſche Schwert, daß im Monat Auguſt von 100,000 Bewohnern der Inſel nur 2000 noch lebten.

Das Blutbad von Chios.

Die Rache des Kanaris.

Neue Verwüſtung der Inſel.

Wo die Leidenſchaft zu ſolchen Frevels entflammte, da war an

Hellas und Morea 1822.

Verſöhnung augenſcheinlich nicht zu denken, und Metternichs Plan, den weiteren Verhandlungen zwiſchen Rußland und der Türkei als Grundlage das Verſprechen einer Begnadigung dienen zu laſſen und darauf hin eine Unterwerfung der Griechen zu verſuchen, mußte als gänzlich ausſichtslos erſcheinen. Ueberdies brachte das Jahr 1822 auch auf dem Feſtlande Ereigniſſe von größter Wichtigkeit. Der Tod Ali Paſchas ſtellte im Februar das ganze Heer, das Churchit Paſcha vor Janina commandirte, der Pforte zur Verfügung. In zwei Theilen ſollte es über den Iſthmus von Korinth nach Morea vordringen, um dies wieder zu erobern; den einen Theil, der zunächſt Weſt-Hellas mit dem wichtigen Meſolonghi unterwerfen mußte, befehligte Churchit ſelbſt; den andern, welcher durch Oſt-Hellas vordrang und wie im Vorbeigehen die Akropolis von Athen, die ſoeben erſt in die Hände der Griechen gefallen war, wiedernahm, führte Dramalis. Ohne Hinderniß zog er über den Iſthmus und durch die Päſſe der Derwennen, welche Korinth mit Argos und Nauplia verbinden. Die Zwietracht und Parteiſucht der Griechen war es, welche ihm ſein Werk ſo leicht machte. Zwiſchen den Primaten des Peloponnes einerſeits und den Hetäriſten und Kleften, wie Papa Fleſas und Kolokotronis andrerſeits, beſtand von den erſten Tagen des Aufſtandes an die größte Abneigung und Eiferſucht. Sie wurde vertieft und verſchlimmert, als jede der beiden Parteien einen europäiſch gebildeten Führer gewann: die der Kleften den Demetrius Ypſilantis, Alexanders Bruder; die der Primaten den Fanarioten Alexander Mavrokordatos. Der eine traf im Juli, der andre im Auguſt 1821 in Morea ein, und nur kurze Zeit vermochte der beiden gemeinſame Patriotismus ihren feindlichen Ehrgeiz zu zügeln. Demetrius war zum Archiſtrategen (Oberfeldherrn) ernannt worden und hatte ſeinen Nebenbuhler als Bevollmächtigten nach Hellas geſchickt. Kaum hier angelangt, berief dieſer eigenwillig zwei Nationalverſammlungen für Oſt- und Weſt-Hellas nach Salona und Meſolonghi und bildete zwei geſonderte Regierungen, Geruſien genannt, ohne ſich um Morea zu kümmern oder auf den Einſpruch des Demetrius zu achten. Dieſer berief darauf eine allgemeine Nationalverſammlung nach Argos; ſie trat auch zuſammen (12. Dec. 1821); allein bald erwies ſich die Mehrheit als Anhängerin der Primaten. Sie beſchloß ihren Sitz nach Piadha, dem alten Epidaurus, zu verlegen, erkannte die beiden Sonder-Geruſien für Oſt- und Weſt-Hellas an, genehmigte die Begründung einer dritten für Morea, ſetzte eine Geſammtregierung für ganz Griechenland ein, an deren Spitze ſie als Präſidenten den Mavrokordatos ſtellte, und ſpeiſte Demetrius mit dem Poſten eines Vorſitzenden der Legislative ab. Dem ſich zu fügen war dieſer keineswegs gewillt, und Kolokotronis, ſein Hauptbeſchützer, ſchickte ſich eben an, nach Argos zu marſchiren, um die Regierung von dort zu verjagen, als Dramalis ihm zuvorkam und ſelbſt dieſe Aufgabe übernahm. Darüber erſchraken doch auch Demetrius und ſeine Freunde; die 24,000 Mann zu Fuß und die 6000 Reiter, mit welchen die Türken anrückten, gaben zu denken, und ſo führte die gemeinſame Noth noch einmal eine Ver-

Churchit und Dramalis.

Zwietracht der Hellenen.

Mavrokordatos.

Die Geruſien von Oſt- und Weſt-Hellas.

Die Nationalverſammlung von Piadha.

Dramalis Angriff.

ſöhnung herbei. Argos ſelbſt war im erſten blinden Schreck von der unfähigen Regierung preisgegeben; aber die Burg, Lariſſa genannt, verteidigte Demetrius mit großer Ausdauer. Mit raſtloſem Eifer ſammelte Kolokotronis überall Truppen und rückte mit „einer Welt von Bewaffneten" gegen Argos und Nauplia an. Sein Plan war, die ſchmale Küſtenebene, in welcher beide Städte liegen, durch Beſetzung aller Päſſe, die nord-, weſt- und ſüdwärts führen, zu blokiren und Dramalis auszuhungern. Das hätte nicht gelingen können, wenn die türkiſche Flotte Proviant zugeführt hätte; aber vergeblich hoffte der Paſcha auf ihre Ankunft; ſeine Noth ſtieg in wenigen Wochen auf's Höchſte; er mußte ſich zum Rückzug nach Korinth entſchließen. Am 6. Auguſt wurde der Marſch durch die Derwennen angetreten; aber inmitten des Paſſes griffen Kolokotronis und ſein Neffe Nikitas, „der Türkenfreſſer", an, brachten den Feinden einen Verluſt von 3—4000 Todten bei und ſpalteten ſie in zwei Haufen, deren einer nach Korinth entkam, während der andre, an ſeiner Spitze Dramalis ſelbſt, nach Nauplia zurückgeworfen wurde. Die äußerſte Noth trieb ſchon am zweiten Tage (am 8. Auguſt) zu einem neuen Verſuch auf einem öſtlicheren Paß, und Dank der Beuteluſt der Griechen gelang dieſer beſſer; mit Verluſt ſeines Gepäcks und 1000 Mann erreichte Dramalis Korinth. Doch ward er hier von Neuem umzingelt und ſtarb während der Belagerung im November 1822; der Reſt ſeiner Truppen ſchlug ſich im Januar des nächſten Jahres mit großen Verluſten durch; das ganze Unternehmen war vollkommen mißlungen.

Seine Niederlage in den Derwennen.

Sein Tod.

Die Schuld daran mußte großentheils auf Churchit fallen, der nicht ſchnell genug durch Weſt-Hellas vorgerückt und Dramalis zu Hülfe geeilt war. Nach dem Abmarſch von Janina wandte er ſich gegen die wieder heimgekehrten Sulioten, um dieſe zu unterwerfen. Aber muthig ſchlugen ſie, ihrer tauſend gegen 14,000, zwei Stürme zurück und erklärten ſich nur dann zu unterwerfen, wenn alle Hellenen Verzeihung erhielten und annähmen. Für dieſe war es eine unabweisliche Ehrenpflicht, den tapferen Stammesgenoſſen Hülfe zu bringen, und ſo machte ſich Mavrokordatos Ende Mai, vor des Dramalis Ankunft in Morea, mit einer kleinen, aber gewählten Armee zum Entſatz auf den Weg. Mit ſich führte er das Corps der Philhellenen, das aus den Freiwilligen aller europäiſchen Nationen gebildet war, das einzige europäiſch geſchulte griechiſche Bataillon Tarella und mehrere Kleftenſchaaren. Glücklich gelangte er bis an den Buſen von Arta, von wo er in zwei Richtungen nach dem nahen Suli vordringen wollte. Allein ſchon hatte der Verrath den Seinen Verderben geſponnen. Unter denen, welche ſich ihm anſchloſſen, befand ſich der Albaneſenhäuptling Gogos, der ſich bei dem Städtchen Peta mit ihm vereinigte, zugleich aber mit dem türkiſchen General Kiutagi, der in Arta 6000 Mann commandirte, im Einvernehmen ſtand. In der Nacht zum 16. Juli rückte letzterer gegen Peta vor; zwei Angriffe auf die Philhellenen wurden glänzend abgeſchlagen; da gab Gogos verrätheriſch die Höhen preis, die er zu vertheidigen hatte, und nun wurden die Griechen von vorn und hinten angegriffen. In heldenmüthigem Kampfe fand

Churchit gegen Suli.

Schlacht bei Peta.

Tarella den Tod, Normann, der Würtemberger, die Todeswunde; mit ihnen fielen 400 auserleſene Krieger; nur wenige ſchlugen ſich rückwärts zu Mavrokordatos' Hauptcorps durch; der Entſatz von Suli war geſcheitert und im September verließ das tapfre Bergvolk zum zweiten Mal die Heimat, um nach Corfu überzuſiedeln. Churchit aber verſäumte, nachläſſig oder böswillig, alsbald mit ganzer Macht dem Dramalis zu Hülfe zu eilen; er wandte ſich nach Meſolonghi, der Hauptſtadt von Weſt-Hellas, wohin ſich Mavrokordatos und der tapfre Suliote Marko Botſaris geworfen, und belagerte dieſe Veſte. Doch hatte er weder Glück, noch bewies er Geſchick, und als ein Sturm ſeines Unterfeldherrn Omer Vrionis, des Verräthers Ali's, am griechiſchen Weihnachtstage mißlang, als die Nachricht kam, daß die Trümmer von Dramalis' Heer Korinth geräumt, als ſo beide Theile des Doppelzuges des Jahres 1822 völlig geſcheitert waren, da vergiftete ſich Churchit rechtzeitig im Januar 1823, drei Tage ehe ſein Todesurtheil aus Stambul eintraf.

Churchit vor Meſolonghi.

Sein Tod.

Die europäiſchen Mächte.

Die Ereigniſſe des Jahres 1822 waren alſo der griechiſchen Sache durchaus günſtig geweſen; zur See wie zu Lande waren alle türkiſchen Unternehmungen nach günſtigem Beginne zuletzt doch geſcheitert. Und auch diplomatiſch betrachtet war die Sachlage für Hellas beſſer geworden. Die Metternich'ſchen Vermittlungspläne, die als letztes Ziel die Rückführung der Türkenherrſchaft im Auge behielten, waren durch das Blutbad von Chios geſcheitert; allerdings war Alexander dadurch dem öſtreichiſchen Einfluß nicht entrückt; vielmehr hatte er ſich in Wien, wo er ſich auf der Reiſe nach Verona einige Zeit aufhielt, und auf dem Congreß in letztgenannter Stadt wieder eng an Metternich angeſchloſſen und ſogar ſeinen kriegsluſtigſten und griechenfreundlichſten Miniſter, Kapodiſtrias, beurlaubt. Griechiſche Geſandte, die ſich nach Verona begeben wollten, wurden vom Congreß nicht vorgelaſſen, ſondern in Ancona zur Umkehr gezwungen, da die Herrſcher entſchloſſen ſeien, die Empörung zurückzuſtoßen, wie und wo ſie ſich zeige. Aber thatſächlich war es für die Griechen nur günſtig, daß es noch nicht zum Kriege zwiſchen Rußland und der Türkei kam; denn ob ein ſolcher ihre Unabhängigkeit im Gefolge hatte, mußte ſo lange ſehr zweifelhaft erſcheinen, als ſie in den großen Cabinetten noch keine entſchiedenen Fürſprecher gewonnen hatten; und dazu war nur Hoffnung, wenn ſie mehrere Jahre aus eigner Kraft die Türken fern zu halten vermochten. Bedenklich konnte es freilich werden, daß in Stambul durch einen Miniſterwechſel mildere Stimmungen zur Geltung kamen, und daß die guten Dienſte ſeiner chriſtlichen Verbündeten, die Alexander in Verona erbeten, die Pforte beſtimmten, auf Verhandlungen in Petersburg einzugehen, ja daß Rußland ſogar einen Bevollmächtigten für Handelsſachen an Stelle ſeines abberufenen Geſandten nach Stambul ſchickte. Dafür war aber ein neuer Bundesgenoſſe der griechiſchen Sache in England erſtanden, deſſen auswärtige Politik ſeit dem Auguſt 1822 Canning leitete, und das im Februar 1823 die Griechen als kriegführende Macht anerkannte, und was noch mehr galt, auch das Jahr 1823 brachte den Türken auf keinem der

Annäherung zwiſchen Rußland und der Türkei.

Anerkennung der Griechen durch England.

drei continentalen Kriegsschauplätze einen Vortheil. Gelang es ihnen doch nicht einmal nach Morea vorzudringen. Aehnlich wie im Vorjahre Churchit und Dramalis, sollten jetzt in West-Hellas Mustai, der Pascha von Skodra, und Omer Vrionis, in Ost-Hellas Jussuf, der Pascha von Euboea, die Aufständischen bezwingen, sich dann bei Lepanto vereinigen und hier, an der schmalsten Stelle des Busens von Korinth, nach dem Peloponnes übersetzen. Aber Jussuf wurde den ganzen Sommer hindurch von Odysseus und Nikitas im Zaume gehalten, und Omer Vrionis erlitt am 21. August eine schmähliche Niederlage bei Karpenisi. Freilich kostete diese den Griechen ihren wackren Feldherrn, den Marko Botsaris, der mit 350 Sulioten die 5000 Mann starke Vorhut der Feinde anzugreifen gewagt, einen Mann, dessen selbstlose Gesinnung für das parteizerfressene Hellas ein unersetzlicher Schatz gewesen war. Führerlos wich nach dem Siege seine Schaar auf Mesolonghi zurück; begierig die Schlappe auszuwetzen, folgte Vrionis; aber erfüllt wurde ihm und Mustai ihr Wunsch nicht. An das feste Mesolonghi wagten sie sich nicht einmal; doch auch die benachbarte Seeveste Anatoliko bot ihnen Trotz, und nach monatelanger Einschließung zwang im December die rauhe Witterung sie zum Rückzug. Der Feldzug von 1823.

Morea hatte das ganze Jahr keinen Feind gesehen; die Folge davon war das Aufflackern der heftigsten Leidenschaft in den Parteien; alle Kraft, allen Haß, den sie gegen den Feind nicht zu kehren brauchten, kehrten sie gegen einander. Ende 1822 ging die Vollmacht der Regierung zu Ende; mit Zustimmung der Legislative verlängerte sie dieselbe um ein paar Wochen bis zum Zusammentritt der zweiten Nationalversammlung. Ergrimmt darüber jagte Kolokotronis, der längst den Hader, welchen er bei Dramalis' Ankunft „ins Meer geworfen", wieder hervorgeholt, aus Nauplia. Für ihn war der europäisch fein gebildete Mavrokordatos mit seinem Frack und seiner Brille ein Gegenstand unbezwinglichen Abscheus, aber freilich auch ein weit überlegener Gegner, wider dessen diplomatische Gewandtheit er nur die rohe Gewalt zu setzen hatte. Sein Groll stieg, als auf der zweiten Nationalversammlung, die Ende März 1823 in Astros zusammentrat, wieder die Bürgerlichen das Uebergewicht hatten, so daß Mavrokordatos (an Demetrius' Stelle) Präsident der Legislative wurde und für ihn als Präsident der Executive der primatenfreundliche Petrobei eintrat. Kolokotronis selbst war der einzige Nicht-Primat, dem man einen Platz in der Executive gönnte; er sah voraus, daß sein Einfluß gleich Null sein werde, wenn er ihn nicht durch Gewaltmaßregeln verstärke. Dazu boten ihm seine Kleften freudig die Hand. Er zwang zunächst die Regierung, ihren Sitz nach Nauplia zu verlegen, während die Legislative mit Mavrokordatos in Argos blieb. In Nauplia aber war er Herr, und so entstand zwischen beiden Gewalten ein offener Krieg. Mavrokordatos glaubte sich in Argos nicht mehr sicher; er floh nach Hydra und endlich nach West-Hellas, und daß seine Besorgnisse nicht unbegründet waren, bewies Kolokotronis dadurch, daß er im December die Legislative in Argos aus- Parteiungen in Morea. Der erste Bürgerkrieg.

einander jagte. Dieselbe flüchtete nach Kranidhi, erklärte von dort ihrerseits die Executive für abgesetzt und erwählte eine neue, deren Präsident der Hydriot Konduriottis wurde. So existirte nun eine völlige Doppelregierung: in Tripolitsa, wohin er von Nauplia übergesiedelt war, Kolokotronis; in Kranidhi Konduriottis. Anfänglich war jener dem letzteren an Macht unzweifelhaft überlegen; aber an Einfluß und Geist überwog von vorn herein Konduriottis; ihm stand die Zuneigung Europas zur Seite und nach und nach gewann er auch militärisch die Oberhand. In verschiedenen Gefechten wurde Kolokotronis besiegt und im April 1824 sogar Tripolitsa erobert. Mehr als diese Niederlagen trieb die Kleftenhäupter jedoch ihr Geldmangel zur Unterwerfung, und so wurde der erste Bürgerkrieg im Juni 1824 durch die Anerkennung des Konduriottis beendigt. Allerdings nur, um nach wenigen Monaten wieder auszubrechen. Auch die siegreiche Partei war in sich nichts weniger als einig. Konduriottis, und mehr noch seine rechte Hand, der verschmitzte Kolettis, begünstigten die Insulaner auf Kosten der Peloponnesier und wendeten ihnen den größten Theil einer englischen Anleihe zu, die sie eben abgeschlossen. Darüber murrten die festländischen Primaten, verweigerten die Steuern und knüpften Verbindungen mit Kolokotronis an, den sie noch soeben hatten bezwingen helfen. Auf's Neue sollten die Waffen entscheiden, aber Kolettis' Eifer und Gewandtheit führte die Sache zum schnellen Ende. Die Häupter der Primaten, Londos und Zaïmis, mußten fliehen; Kolokotronis, tief gebeugt durch den Tod eines Sohnes, der in einem der Scharmützel fiel, bat um Gnade. Er wurde mit 13 andern Häuptern der Revolution nach Hydra geführt und dort im Kloster St. Elias als Staatsgefangener bewacht. „Da saß nun der alte Klefte einsam auf der feindlichen Insel, Tag für Tag blickte er über's Meer, ob nicht Hülfe von den heimatlichen Bergen käme. Mit berechnender Gleichgültigkeit vernachlässigte er sein Aeußeres, fremde Besucher fanden ihn einem Thiere ähnlicher als einem Menschen. Alles Unheil, was in Griechenland geschah, leitete er aus seiner Gefangenschaft her und prophezeite, daß man ihn bald wieder brauchen und zu hohen Ehren zurückrufen werde." (Mendelssohn-Bartholdy.)

Konduriottis. Kolettis. Kolokotronis gefangen.

Und schnell genug ging diese Prophezeiung in Erfüllung. Die Pforte war schon durch den bösen Ausgang des Feldzugs von 1822 belehrt, daß ihre eignen Kräfte zur Bewältigung des Aufstandes nicht reichten; sie hatte deshalb, zunächst für den Seekrieg, ihren Vasallen Mehemet Ali von Aegypten zur Hülfleistung entboten. Bereits im Juni 1823 war dieser in den Krieg eingetreten; doch war der Schauplatz seiner Thätigkeit ein enger geblieben. Sein Schwiegersohn Hassan landete in Kreta und begann durch ein Schreckenssystem die Aufständischen, die unter sich gespalten und von Morea aus schlecht unterstützt waren, zu bändigen. Mit blutiger Energie erreichte er sein Ziel. Mit Schaudern hörte man, wie der „Würger von Melidoni" bei diesem Ort 370 Menschen in eine Höhle gedrängt und durch Rauch erstickt, wie er bei Melato von 2000 Gefangenen die

Eintritt Mehemet Ali's in den Kampf. Bezwingung Kretas.

Frauen in die Sclaverei verkauft, die Prieſter verbrannt, die andern Männer niedergemacht habe. Bis in den April 1824 hinein fand er noch Widerſtand; dann war der Aufſtand erſtickt, Kreta „befriedet" und Ibrahim, Mehemets Sohn, welchem der Vater den Oberbefehl übertragen, konnte von einem feſten Stützpunkte aus planmäßig vorgehen. Dabei galt es, gemeinſam mit der türkiſchen Flotte zu handeln, deren Anführer, den „lahmen" Chosrew-Paſcha die Lorbeern der Aegypter nicht ſchlafen ließen. Es gelüſtete ihn, den tapfren Pſarioten das Loos von Chios und Kreta zu bereiten. Durch einen plötzlichen Windwechſel begünſtigt, gelang es ihm am 2. Juli 1824, den Pſarioten unerwartet, an der ſteilen, ſchwach bewachten Nordſeite der Felſeninſel zu landen. Gleichzeitig griff er mit dem Hauptheil ſeiner Flotte die Stadt an und bemächtigte ſich nach verzweifeltem Kampf ihrer und der feindlichen Schiffe; nur wenige konnten ſich und einen Theil der Bevölkerung retten; die meiſten Einwohner wurden niedergemetzelt; einige flüchteten ſich in das Fort Palaeokaſtro und ſprengten ſich dort, geſtärkt durch das heilige Abendmahl, mit 2000 eindringenden Türken in die Luft (4. Juli 1824). Dieſer furchtbare Schlag jagte die Hydro-Spetſioten aus ihrer Unthätigkeit auf; eine ſtarke Flotte unter Miaulis eilte nach Pſara, wo Chosrew nur wenige Schiffe zurückgelaſſen, vernichtete dieſe und beſiegte die Beſatzung der Inſel. Als aber der Türke mit Uebermacht zurückkam, mußten ſie weichen, und Pſara blieb in Feindes Hand; ſeine Bewohner wurden Piraten und nie gewann die Inſel ihre Blüte wieder. Aber es ſchien mehr verloren als blos die eine Inſel. Chosrews Flotte vereinigte ſich im September 1824 mit Ibrahim, der auf 200 Schiffen 18,000 Mann herbeiführte. Im offenen Kampf ſchien dieſer Uebermacht Hellas nicht gewachſen zu ſein; Brander allein galten für die einzige Hoffnung Griechenlands. Und dennoch verzagten die wackeren Seeleute nicht und ſchlugen ſich in mehreren Gefechten an der klein-aſiatiſchen Küſte ſo glücklich mit den Feinden herum, daß dieſe ſich zurückzogen und in Folge der Zwietracht zwiſchen Chosrew und Ibrahim ſogar trennten. Der Türke kehrte in die Dardanellen zurück, der Aegypter ſegelte nach Rhodos. Manch kühner Streich war den Hellenen mit ihren Brandern geglückt; hätten ſie nur mehr, ſo meinten ſie die ganze ägyptiſche Flotte zerſtören zu können; aber nicht weniger als 22 waren in dieſem Feldzuge drauf gegangen. Als nun Ibrahim ſich bei Rhodos vor Anker gelegt, da glaubten die Griechen den Feldzug für dieſes Jahr beendigt und ſegelten heim. Grade darauf hatte Ibrahim gewartet; denn ſeine Abſicht war, in Morea zu landen. Noch im December fuhr er von Rhodos nach Kreta und traf alle Vorbereitungen zu dem großen Hauptſchlage. „Jetzt, da wir die Griechen zur See überliſtet haben, äußerte er, wird es leicht ſein ſie auch zu Lande zu ſchlagen", und nie mehr ſchwur er den Fuß auf feſten Boden zu ſetzen, es ſei denn in Morea. Im tiefſten Geheimniß wurden alle Einleitungen getroffen; raſtlos beſchleunigte Ibrahim ſein Unternehmen; europäiſche Reiſende ſahen ihn damals auf dem Hinterdeck ſeines Schiffes ſitzen, wie er mit Treten, Prügeln, Erſchießen die

Chosrew auf Pſara.

Miaulis' Rache.

Chosrew und Ibrahim.

innere Wuth und Ungeduld an ſeinen unglücklichen Untergebenen kühlte. Endlich war Alles in Ordnung und gänzlich unerwartet landete er am 24. Februar 1825 bei Modon, an der Südweſtſpitze Moreas.

Ibrahims Landung in Morea.

Die Pflicht, das Land zu vertheidigen, lag bei Konduriottis, der ſoeben den Kolokotronis nach Hydra hatte abführen laſſen. Aber ein voller Monat verſtrich, ehe jener von Nauplia aufbrach. Unterdeſſen ſetzte ſich Ibrahim von Tag zu Tage feſter, und ſchuf ſich in dem Feſtungsviereck Koron, Modon, Navarin und Pylos eine uneinnehmbare Citadelle. Immer lauter rief das Volk nach Kolokotronis, und „obgleich der Mann ſo viel zu rächen hatte“, mußte ihn der Präſident im Mai ſeiner Haft entlaſſen und eine allgemeine Amneſtie verkünden. Mit gewohnter Energie widmete ſich der alte Kleftenhäuptling, überdies zum Dictator erhoben, ſeiner ſchwierigen Aufgabe; aber es war zu ſpät. Umſonſt verſuchte er dem Aegypter den Weg nach Tripolitſa zu verlegen; ſelbſt bis Nauplia drang derſelbe vor und lüſtern ſchweiften ſeine Blicke über's Meer nach den Felſen von Hydra, und begrüßten es mit dem übermüthigen Ruf: Ha, Klein-England, wie lange wirſt du mir noch entgehen! Durch ganz Morea entſandte er nach allen Richtungen ſeine Streifcorps und überall, wo des Kolokotronis Schaaren ihm entgegentraten, begünſtigte ihn das Glück. Schon im Juli war die Lage ſo hoffnungslos, daß die Nationalverſammlung beſchloß ſich dem Schutze Englands anzuvertrauen, und im September wehte nur in einigen Küſtenſtädten noch die griechiſche Fahne.

Ibrahim gegen Meſolonghi.

Und ſchon winkten Ibrahim neue Lorbeern; denn ein Befehl Mehemet Ali's wies ihn an, ſofort den Buſen von Korinth zu überſchreiten und den Kampf in Weſt-Hellas aufzunehmen. Hier hatten im Jahre 1824 die Waffen faſt ganz geruht; einige ſchwache Angriffe Omer Vrionis' waren leicht von den Griechen abgewieſen. 1825 ward jedoch der Oberbefehl dem kräftigen Kiutagi übertragen und zwar mit der Weiſung: Meſolonghi oder dein Kopf! Im April begann er die Belagerung der Stadt. Dank den Philhellenen und beſonders „Milordo“ Byron war dieſelbe jetzt viel beſſer befeſtigt als 1823. In unermüdlicher Arbeit hatte der engliſche Dichter, der „Alles, was ein Menſch geben kann: Mittel, Zeit, Geſundheit, Leben“, der griechiſchen Sache weihte, ſeine letzten Monate dieſer Aufgabe gewidmet; jetzt ruhten ſeine Gebeine neben denen Normanns und Marko Botſaris' im Schutz von Meſolonghi's Mauern. Commandant der Veſte war Notis Botſaris, die Beſatzung beſtand aus 4000 Mann. Kiutagi begann ſogleich eine regelrechte Belagerung, die zur See von Chosrew Paſcha durch eine Blokade unterſtützt wurde. Glücklicher Weiſe konnte dieſe nicht ſtreng genug gewahrt und mußte im Auguſt ſogar vollſtändig aufgehoben werden, da Miaulis und Andrutſos dem türkiſchen Admiral eine ſchwere Niederlage beibrachten. Es war die höchſte Zeit, daß ſie kamen; denn der Pulvervorrath in der Stadt war ſchon auf zwei Fäſſer zuſammengeſchmolzen und mit Beſorgniß ſah man einem dritten Sturme Kiutagi's — zwei waren bereits abgeſchlagen — entgegen. Nun aber erfaßte die Belagerten neuer Muth,

der ſich in mehrfachen Ausfällen kund gab. Die Lage der Türken wurde bedenklich. In ihrem Rücken auf dem Gebirge ſammelte Karaïskakis, ein berühmter Klefte, ſeine Schaaren und beläſtigte ſie durch Angriffe und Abſchneiden der Zufuhr. Kiutagi mußte ſich ganz auf die Vertheidigung beſchränken und ſein Kopf gerieth ernſtlich in Gefahr. In dieſer Noth verlangte er Hülfe von der türkiſchen Flotte und von Ibrahim. Beide waren bereit ſie zu bringen. Mitte November erſchien der Admiral mit reichen Vorräthen und Ende des Monats traf Ibrahim ein und übernahm den Oberbefehl. Auf's Neue gerieth die Stadt in die größte Noth; zwar wurde ſie noch einmal durch den kühnen Miaulis verproviantirt; zwar wurde ein Sturm am 28. Febr. 1826 glücklich zurückgewieſen und Ibrahim mußte ſich überzeugen, daß es nicht ſo leicht ſei, „dieſen Zaun", dem er nur 14 Tage Widerſtand prophezeit hatte, zu nehmen; aber immer enger ſchloſſen ſich die Reihen der Feinde um die Stadt, immer mehr ſchwand die Hoffnung auf Hülfe von außen; immer gräßlicher pochte der Hunger an die Thore. Man lebte von Seegras, Gewürm und Thierhäuten; ein Außenwerk nach dem andern ging trotz hartnäckigen Widerſtandes verloren; ein Inſelfort nach dem andern wurde erobert. Eine Flotte, welche die Blokade brechen ſollte, mußte unverrichteter Dinge umkehren; eine Schaar regulärer Truppen, die unter dem Franzoſen Fabvier eine Diverſion in Attika machte, wurde geſchlagen; Karaïskakis mit ſeinen Kleften konnte keine Erleichterung bringen. Dennoch waren die Belagerten entſchloſſen, ſich nicht zu ergeben. „Wir kennen unſre Abſicht und euren Entſchluß, antworteten ſie auf den ägyptiſchen Antrag; aber was Gott beſtimmt hat, wiſſen weder Ew. Excellenz noch wir; ſein Wille geſchehe!" Die einzige Hoffnung blieb zuletzt der Verſuch ſich durchzuſchlagen. Um Mitternacht am 22. April öffneten ſich die Thore der Stadt; in drei Haufen brachen 3000 Bewaffnete, 6000 Wehrloſe in ihrer Mitte, hervor; mit dem Rufe: Vorwärts! ſtürzten ſie in die Linien der Feinde. Ihr erſter Anprall war unwiderſtehlich. Während ſie aber unaufhaltſam über Schanzen und Gräben und Bajonette vorwärtseilten, konnte in ihrem Rücken die verabredete Ordnung nicht erhalten werden. Erſt ſtill, dann mit Jammern und Geheul drängte die Maſſe der Bevölkerung, Weiber als Männer vermummt und bewaffnet, Kinder mit Piſtolen und Säbel im Gürtel, Greiſe in deren welken Händen die Waffen zitterten, aus Thor und Breſchen über den Feſtungsgraben. Bald war der dichte Knäuel von den türkiſchen Batterien mit Kartätſchen zerriſſen. Die vier hölzernen Brücken, die über den Graben geſchlagen waren, wurden der Schauplatz der wildeſten Verwirrung. Aus dem Gewühl erhob ſich der Schreckensruf: Zurück, zurück zu unſern Batterien und Kanonen! Man weiß nicht, wer ihn ausgeſtoßen, ob ein Verräther oder ein Verzweifelnder; jedenfalls vereitelte er den Zweck des Ausfalls; denn nun wälzten ſich die Meſolonghiten rückwärts in wirren, aufgelöſten Haufen der Stadt zu und mit ihnen zugleich ergoſſen ſich mordend und brennend die Schaaren der Belagerer durch Straßen und Plätze. Der Donner

Fall von Meſolonghi.

des Geſchützes, das Wehklagen der Sterbenden, das Krachen einſtürzender Balken, der tobende Allahruf der Muſelmänner verkündeten weit und breit das ſchreckliche Blutgericht dieſer Nacht. Zahlreiche Philhellenen, beſonders auch Deutſche, ſtarben den Heldentod; im Fort Botſaris, in der Patronenfabrik, auf der Inſel Anemomolos ſprengten ſich die Verteidiger mit den Angreifern in die Luft; man forderte und gewährte keine Schonung; die Aegypter allein ſammelten 3000 Köpfe von Erſchlagenen. Nur einem kleinen Theil war es bei dem Ausfall geglückt, ſich in die Gebirge zu Karaïskakis durchzuſchlagen; 1300 an der Zahl, darunter 7 Frauen und ein paar Kinder, langten ſie im Juni, geführt von dem greiſen Notis Botſaris, in Salona an, wo ſie Erquickung und Hülfe fanden.

Kampf in Oſt-Hellas.

Ibrahim konnte triumphiren; in fünf Vierteljahren hatte er fertig gebracht, woran ſich vor ihm die Türken vier volle Jahre vergeblich müde gerungen: Morea und Weſt-Hellas waren unterworfen. Das nächſte Ziel hätte Oſt-Hellas ſein müſſen, wo Athen mit ſeiner Akropolis die Rolle Meſolonghi's ſpielte. Allein der alte Mehemet hatte bereits 25 Millionen ſpaniſcher Thaler für die Unterwerfung der Griechen aufgewendet und fragte ſich, ob es für ihn lohnend ſei noch tiefer in ſeine Kaſſen zu greifen. Die Antwort fiel verneinend aus, Ibrahim erhielt keine neuen Unterſtützungen und kehrte deshalb nach Morea zurück, wo er von Tripolitſa aus ſeine alten Streifzüge wieder aufnahm. Kiutagi allein zog nach Oſt-Hellas. Während der erſten Jahre des Aufſtandes hatte dort unter den Griechen Odyſſeus von Ithaka die erſte Rolle geſpielt. Ein ehrgeiziger und unzuverläſſiger Menſch, war ihm aber ſein perſönlicher Vortheil theurer geweſen als das Vaterland; er hatte verrätheriſche Beziehungen mit den Türken angeknüpft; die waren entdeckt und durch den Kleften Guras, welcher den Odyſſeus gefangen nehmen und ſpäter (im Juli 1825) tödten ließ, vereitelt worden. Allein Guras verſtand es nicht, die Liebe und das Zutrauen der Bevölkerung zu erwerben; ſeine Härte machte ihn bei dem Landvolke ſo verhaßt, daß Kiutagi vieler Orten ſogar als Retter begrüßt wurde. Bald war Guras gezwungen ſich nach Athen zurückzuziehen, ja auch dieſe Stadt, die von Kiutagi am 25. Auguſt 1826 bombardirt und geſtürmt wurde, preiszugeben; nur die Akropolis mochte er noch halten. Sie vor dem Schickſal Meſolonghi's zu bewahren war die heiligſte Pflicht der Hellenen. Keiner empfand ſie lebhafter als Karaïskakis, der tapfere, verſchlagene, in Ali's Schule erzogene Kleftenführer. Auch ſeine Zuverläſſigkeit war nicht ohne Anfechtung geblieben; 1824 hatte er in Verhandlungen mit den Türken geſtanden; aber das gute Princip hatte in ihm geſiegt. „Ich leugne es nicht, ſo lautete ſein naives Geſtändniß, ich kann Engel oder Teufel werden, wie ich es will; für die Zukunft will ich Engel ſein.“ Sein Plan ging dahin, Kiutagi auf der attiſchen Halbinſel einzuſchließen und ihm alle Hülfe vom Feſtlande aus abzuſchneiden. Dank ſeiner Entſchloſſenheit, Liſt und Tapferkeit entriß er in den Wintermonaten den Türken das ganze Hellas wieder, ſo daß ſie im Februar 1827 nur noch vier Feſtungen,

Karaïskakis.

Mesolonghi, Anatoliko, Lepanto und Vonitsa, in ihrer Macht hatten. Freilich war die Noth der Akropolis inzwischen auf's Höchste gestiegen; aber selbst des Guras Tod entmuthigte ihre wackeren Verteidiger nicht; sie waren entschlossen bis zum Aeußersten Stand zu halten. Jetzt schickte sich Karaïskakis an, unmittelbar zu ihrem Entsatz ins Feld zu rücken. Er durfte dabei auf die Hülfe mehrerer europäischer Offiziere rechnen, die von der Central-Regierung angestellt waren. Einer derselben, der Franzose Fabvier, war schon im December 1826 glücklich in die Akropolis gelangt und hatte ihr bedeutende Pulvervorräthe zugeführt, konnte aber leider mit seinen 650 Mann trotz wiederholter Versuche nicht wieder heraus und steigerte so die Noth an Lebensmitteln, die in der Festung herrschte. Ein Andrer, der Engländer Gordon, hatte sich in dem alten Hafen von Athen, in Munychia, verschanzt; aber den Belagerten Hülfe zu bringen, gelang ihm nicht, da Kiutagi zwischen Munychia und der Akropolis in dem Kloster Spyridion eine sehr feste Stellung hatte, welche die Verbindungsstraße verriegelte. Endlich trafen zu Anfang April vor Munychia die Engländer Cochrane und Church mit 10,000 Mann ein, jener von der Nationalversammlung zum Oberadmiral, dieser zum Generalissimus aller Griechen ernannt. Ein erster glücklicher Kampf unter Cochrane's Leitung stellte am 25. April die Verbindung zwischen den verschiedenen griechischen Lagern her und umschloß das Kloster Spyridion, dessen Besatzung sich zwei Tage darauf aus Mangel an Wasser ergeben mußte. Die Capitulation derselben wurde übrigens von den Griechen in schnöder Weise gebrochen; man stürzte sich auf die Wehrlosen und hieb sie nieder; nur 60 von den 270 rettete Karaïskakis mit eigener Gefahr. Für den 5. Mai wurde nun ein Hauptsturm auf Kiutagi's Lager angesetzt; aber ein unvorhergesehenes Unglück veranlaßte die Verzögerung um einen Tag. Es war Karaïskakis' Tod, den er am 4. Mai bei einem Scharmützel fand. Der Eindruck des Ereignisses war bei Freund und Feind gewaltig. War es doch sprüchwörtlich bei den Griechen geworden, einen Fliehenden spottend zu fragen: Wohin läufst du Narr, als ob dich Karaïskakis jagte? und höhnisch riefen die Vorposten der Türken den griechischen zu: Karaïskakis ist nicht mehr; ihr müßt Trauer anlegen. Unter so unglücklichen Vorzeichen unternahm man den Angriff am 6. Mai. Theils in Folge der schlechten Maßregeln von Cochrane und Church, nicht minder aber durch die Entmuthigung der Griechen mißlang er völlig. Kaum war ihre Vorhut von Kiutagi geworfen, so stürzte sich das Hauptcorps in blinder Flucht auf die Schiffe, während Mitte und linker Flügel, ohne einen Schuß zu thun, nach dem Isthmus flohen. Es war die blutigste Niederlage, welche die Griechen noch erlitten; 1500 lagen todt, 240 Gefangene wurden zur Rache für Spyridion erschossen. Cochrane segelte sogleich nach Hydra ab, Church hielt sich ehrenhalber noch 3 Wochen in Munychia; dann zog auch er sich zurück. Und nun war für die Akropolis keine Hoffnung mehr; am 5. Juni 1827 capitulirte sie und mit ihr fiel das ganze Hellas von selbst in die Hände Kiutagi's zurück.

Karaïskakis' Tod.

Niederlage der Griechen.

Fall der Akropolis.

Nichts hätte jetzt dieſen gehindert über den Iſthmus nach Morea zu ziehen und mit Ibrahim gemeinſam die letzten Reſte des griechiſchen Aufſtandes zu verwiſchen. Allein aus Neid gegen den Aegypter that er das nicht, ſondern löſte ſeine Albaneſencorps auf und verbrachte den Reſt des Jahres unthätig in Theben, Lariſſa und Janina. So dauerte in Morea der bisherige halbe Zuſtand weiter fort. Ibrahim war zu ſchwach ein großes Unternehmen zu wagen; er begnügte ſich nach wie vor, durch Streifzüge das Land zu verwüſten und ließ die Griechen in den Feſtungen, die ſie behaupteten, unbehelligt. Dieſe aber verzehrten ihre Kräfte in verderblicher Zwietracht.

Parteiungen in Morea.

Die neue Nationalverſammlung, welche bald nach dem Fall von Meſolonghi, Ende April 1826 zuſammentrat, hatte den Konduriottis abgeſetzt und Zaïmis zum Präſidenten gemacht; aber ſo gering war ihr Anſehn, daß ſie nicht einmal die beiden Forts, welche Nauplia beherrſchen, in ihrer Gewalt hatte und im November ihrer eignen Sicherheit wegen nach Aegina überſiedeln mußte. Das war das Signal zu neuer Spaltung. Kolokotronis und Konduriottis, die ſich jetzt vorübergehend wieder gut vertrugen, beriefen eine andere Verſammlung nach Kaſtri und erwählten im Febr. 1827 den Siſſinis zum Präſidenten. Auf ſeiner Seite ſtanden die Parteien der Ruſſen und Franzoſen, d. h. im Weſentlichen die alten Kleften und die Inſelgriechen, während die Engländer, die alte Primatenpartei, zu Zaïmis hielt. So weit war es mit der Zwietracht alſo ſchon gekommen, daß ſich die Fractionen nach fremden Völkern benannten, von denen ſie Hülfe hofften. Ein Fremder war es denn auch, der das Schlimmſte verhütete. Den entſchiedenen Vorſtellungen Cochrane's, der um dieſe Zeit in Hellas eintraf, war es zu danken, daß im März ein Vergleich zu Stande kam, daß beide Verſammlungen ſich in Damala bei Troezen vereinigten, daß beide Präſidenten abgeſetzt

Kapodiſtrias wird Regent.

und Kapodiſtrias auf 7 Jahre zum Regenten (Kybernetes) erwählt wurde. Bis zu ſeiner Ankunft ſollte Georg Mavromichalis ſein Stellvertreter ſein. Cochrane wurde, wie ſchon erwähnt, Oberadmiral, Church Obergeneral; Miaulis und Kolokotronis ordneten ſich willig

Die Verfaſſung von Troezen.

den Fremden unter. Eine neue Verfaſſung wurde berathen und als ſie, die Verfaſſung von Troezen, von der Verſammlung genehmigt war, löſte dieſe ſich am 17. März 1827 auf. So war denn äußerlich ein tüchtiger Schritt zu geordneten Verhältniſſen gethan; aber in Wirklichkeit dauerte die alte Unordnung fort. Es kam ſo weit, daß die Commandanten der beiden Forts von Nauplia ſich über die Stadt hinweg bombardirten, wobei dieſe furchtbar verwüſtet, drei Senatoren im Sitzungsſaale verwundet und den Einwohnern kaum erlaubt wurde zu fliehen. Engliſche Vermittlung bewirkte endlich Waffenruhe und die Uebergabe des einen Forts an den General Church; der Commandant des andern aber verlangte eine Million Piaſter für das ſeine und man hatte kein Mittel ſeiner Herr zu werden.

Ibrahims Lage.

Daß bei ſolchen Zuſtänden der Krieg gegen Ibrahim erfolglos bleiben mußte, liegt auf der Hand. Auch kann es nicht Wunder

nehmen, wenn einzelne Bezirke ſich jenem freiwillig ergaben. Umſonſt ſetzte Kolokotronis Himmel und Erde in Bewegung, um eine kräftigere Kriegführung zu erzielen. Es fehlte ihm am Nöthigſten, an Munition und Brod. „Auch der Löwe, ſchrieb er an die Regierung, das größte Thier, vermag Nichts gegen 5 Quentchen Pulver. Meine Truppen beſtehen aus Menſchen, nicht aus Felſen. Sollen wir etwa die Felſen anbeißen? Kann ich Erde in Pulver verwandeln? Das iſt dem Kolokotronis unmöglich, da er von Chemie und überhaupt von allen Wiſſenſchaften Nichts verſteht: einem klügeren Manne mag es leicht ſein!“ Sein Schmerz Nichts ausrichten zu können, mußte um ſo größer werden, je unverkennbarer Ibrahims Erſchöpfung war. Wenn die eine oder die andre Partei kräftige Unterſtützung erhielt, ſo konnte ein Schlag den Krieg enden; wenn nicht, ſo war nicht abzuſehen, wann dem ſchwankenden Zuſtande ein Ende gemacht werde.

Europäiſche Sympathien.

Ein unerwartetes Ereigniß wandelte plötzlich dieſe unentſchiedene Lage. Um es zu verſtehen, müſſen wir einen Blick auf das übrige Europa werfen und ſehen, welche Stellung Völker und Fürſten zu der griechiſchen Erhebung einnahmen. Unter den Völkern war keines, das ihr nicht die lebhafteſten Sympathien zugewendet. Alle Nationalitäten waren in den griechiſchen Heeren vertreten, aus allen Ländern waren Geldſpenden nach Hellas abgegangen, in allen Sprachen waren begeiſterte Reden und Lieder dem neuerſtandenen Brudervolk entgegen erklungen. Nicht in letzter Reihe hatte dabei Deutſchland geſtanden; Wilhelm Müllers Griechenlieder erfüllen noch heute unſre Seele mit poetiſchem Zauber; der alte Voß, der gelehrte Thierſch, der kampfesmuthige Krug und eine ganze Anzahl andrer Profeſſoren waren in Rede und Schrift für die Nachkommen der alten Hellenen eingetreten; auch an den Fürſtenhöfen ſchwärmte man für ihren Sieg, unbekümmert um die öſtreichiſche Note, die ſchon 1821 den deutſchen Regierungen einſchärfte, das Waffnen und Sammeln für die Aufrührer zu hindern und die Frechheit der Schriftſteller, die dazu aufforderten, zu zügeln. Selbſt der Kronprinz von Preußen erklärte ſich mit Heftigkeit für die Griechen und der bairiſche äußerte noch als König Ludwig I., daß er „ſeit Teutſchlands Befreiung, als es unter Napoleoniſcher Zwangsherrſchaft gebeugt, für Nichts ſo geglüht, als daß Griechenland ſiegen möchte“. Er bewies das auch durch die reichen Gaben, die er mit freigebiger Hand für die helleniſche Sache opferte, und vielleicht noch mehr durch die Art, wie er als König die Sammlungen in ſeinem Lande förderte. Wenn er in den erſten Jahren ſeiner Regierung von München in das Bad Brückenau reiſte, ſo verbat er ſich in den Städten, durch welche er kam, die Beleuchtungen mit der Bitte, „für Hellas und die inwohnenden Bedürftigen“ das Geld zu geben; ja er wählte mit kaufmänniſcher Berechnung im zweiten Jahre eine andre Reiſeroute als im erſten, um in andern Städten als im Vorjahr dieſen Herzenswunſch ausſprechen zu können. Trotzdem waren freilich die Gelderträge in Deutſchland nicht ſehr glänzend, wohl weniger deshalb, weil vieler Orten die Polizei doch hindernd einſchritt, als wegen der Armuth des Landes

Ludwig von Baiern.

und der mangelnden Gewöhnung zu ſolchen politiſchen Spenden.

Eynard. Der fürſtlichſte Wohlthäter der Griechen in ganz Europa war der reiche Banquier Eynard in Genf, der ihnen im Laufe der Jahre die Hälfte ſeines Vermögens opferte. Der Gang der Ereigniſſe beeinflußte, wie ſich von ſelbſt verſteht, die Opferwilligkeit der Menge ſehr. Als die Kunde von Meſolonghi überall Entſetzen und Begeiſterung erregte, da wurden unter dem Titel „zum Loskauf griechiſcher Sklaven“ in kurzer Zeit $2^1/_2$ Millionen Franken zuſammengebracht, eine ſehr erwünſchte Gabe für die leere Staatscaſſe, deren Inhalt einmal bis auf 16 Piaſter zuſammengeſchmolzen war. Denn der Loskauf der Sklaven war nur ein Vorwand geweſen, weil man in den entſcheidenden Regierungskreiſen ſelbſt damals ſich noch nicht hatte überwinden können, die Hellenen als kriegführende Macht nach dem

Rußlands Politik. Vorbilde, das England ſchon 1823 gegeben, anzuerkennen. Auch Rußland hatte dieſen Schritt nicht gebilligt, weil es darin den Keim zur Anerkennung eines ſelbſtändigen Griechenlands ſah. Nun ſchien es aber dem ruſſiſchen Vortheil weit mehr zu entſprechen, wenn die drei Provinzen, welche ſich ja 1821 jede für ſich conſtituirt hatten, Morea, Oſt- und Weſt-Hellas, ohne mit einander verbunden zu werden, als Vaſallenſtaaten in dasſelbe Verhältniß zur Pforte traten, in dem die beiden Donaufürſtenthümer ſtanden, ein Verhältniß, das, unter ruſſiſchen Schutz geſtellt, bei jedem Anlaß die wünſchenswertheſte Gelegenheit zur Einmiſchung darbot. Als daher im Januar 1824

Petersburger Conferenzen. auf Metternichs Betrieb Conferenzen über die griechiſche Frage in Petersburg ſtattfinden ſollten, ſchlug Alexander als richtigen Mittelweg zwiſchen der türkiſchen und der griechiſchen Forderung die Bildung dreier Vaſallenſtaaten vor. Gleich entrüſtet wieſen Türken und Griechen dieſen Vorſchlag zurück; aber auch der engliſche Miniſter,

Canning. George Canning, weigerte ſich auf ſolcher Grundlage an den Conferenzen Theil zu nehmen, erklärte den griechiſchen Proteſt für das Vernünftigſte, was ſeit Epaminondas' Zeiten in Hellas gethan ſei, und trat mit der Regierung von Nauplia in Verkehr. Daß auch Metternich die ruſſiſchen Abſichten durchſchauen und ſich nicht auf ſolche Vorſchläge einlaſſen würde, war vorauszuſehen; aber ganz unerwartet war die Schwenkung, die er plötzlich machte. Als nach einer längeren

Metternich. Pauſe die Petersburger Conferenzen im Februar 1825 wieder eröffnet wurden, ſtellte der öſtreichiſche Geſandte „Unterwerfung oder Unabhängigkeit“ als die einzige Wahl hin. Metternich weigerte ſich die ruſſiſche Forderung auf Herſtellung von Vaſallenſtaaten in Stambul durch Drohungen zu unterſtützen und ſetzte es mit Hülfe Frankreichs, deſſen König er auf einer Reiſe nach Paris im Frühjahr 1825 ganz für ſeine Politik gewonnen, durch, daß als einziges Ergebniß der Conferenz der lächerliche Beſchluß vom 7. April gefaßt wurde: den Sultan einzuladen, bereitwillig eine Vermittlung der Mächte zwiſchen ihm und den Griechen anzunehmen; ein Beſchluß, der ohne durch Kriegsdrohungen, wie Rußland ſie wollte, geſtützt zu ſein, ſich auf den erſten Blick als völlig nichtig erweiſen mußte.

Sprengung der Heiligen Allianz. Um ſo bedeutſamer war er für die Stellung der Mächte zu

einander. Zwischen Rußland und Oestreich war eine tiefe Kluft entstanden, die Heilige Allianz thatsächlich vernichtet. Da Frankreich und Preußen zu Oestreich standen, so mußte Rußland mit innerer Nothwendigkeit Anlehnung bei England suchen. Wenn die Ziele und gar die Beweggründe beider Mächte auch völlig verschiedener Art waren, so konnten sie doch recht wohl ein Stück Weges zusammen gehen. Zunächst war Canning sehr zufrieden damit, daß Rußland selbständig zum Kriege sich anschickte. In einer Note vom 18. August 1825 erklärte nämlich Alexander den Großmächten, er werde fortan allein vorgehen, und eine Reise in den Süden seines Landes brachte man nicht ohne Grund mit Rüstungen und Vorbereitungen in Verbindung. Da erscholl plötzlich die Botschaft vom Tode des gefürchteten Czaren; der 1. December 1825 hatte seinem vielbewegten Leben ein Ziel gesetzt. Welchen Einfluß dies Ereigniß auf die griechische Sache haben werde, war nicht gleich vorauszusehen: wußte man doch noch nicht, wer des Verstorbenen Thron einnehmen werde, sein ältester Bruder Constantin oder Nikolaus, der zweite. Erst als der seltsame Streit zwischen beiden dadurch geschlichtet war, daß Nikolaus des Bruders Verzicht annahm, und als er seine Krone auch gegen den Aufstand der Dekabristen siegreich verteidigt, ließ sich behaupten, daß in Alexanders türkischer Politik keine Wendung, sondern eher ein beschleunigter Gang eintreten werde. Denn Nikolaus hatte aus seinen persönlichen Gesinnungen gegen die Griechen nie ein Geheimniß gemacht und überdies drängte ihn die Unzufriedenheit, die in seiner Armee grollte, dazu, ihr durch einen auswärtigen Krieg eine Ableitung zu verschaffen. Auch das wachsende Ansehn, dessen England sich in Hellas erfreute, war ein Antrieb zu rascherem Handeln; es hätte sonst Rußland Gefahr laufen können, seinen erhofften Einfluß gänzlich einzubüßen. Daß augenblicklich Canning das Uebergewicht gewonnen hatte, war unverkennbar geworden durch einen Beschluß, welchen die griechische Nationalversammlung am 20. Juli 1825, als Ibrahim auf den Höhen über Nauplia stand, gefaßt hatte: sie vertraute die griechische Nation der Großmuth und dem Schutze Englands an. Canning lehnte nun freilich, um es mit den andern Großmächten nicht vollends zu verderben, diese Schutzacte ab; allein er berief von Stambul den bisherigen türkenfreundlichen Gesandten ab und beauftragte seinen Nachfolger auf der Hinreise mit der griechischen Regierung Besprechungen anzuknüpfen. Diese fanden im Januar 1826 in Perivolakia, der Insel Hydra gegenüber, statt und ergaben auf Seite der Griechen eine so tiefe Entmuthigung, daß sie auf die russische Idee eines Vasallenstaates einzugehen bereit waren. Darauf hin entschloß sich Canning unmittelbar mit Kaiser Nikolaus zu verhandeln; daß er ein günstiges Ohr finden werde, hatten ihm schon die vertraulichen Besprechungen gezeigt, die er seit dem October 1825 mit dem russischen Gesandten in London, Baron Lieven, gepflogen. Er schickte deshalb im März 1826 den Herzog von Wellington nach Petersburg, angeblich um dem Czaren zur Thronbesteigung Glück zu wünschen, thatsächlich um ihn zu gemeinschaftlicher Verwendung für

Alexanders Tod.

Nikolaus.

Die englische Schutzacte.

Die Conferenzen von Perivolakia.

Wellington in Petersburg.

Griechenland einzuladen. Allerdings hatte nun Nikolaus wenige Tage vorher, am 17. März, ein Ultimatum nach Stambul geſchickt, welches unter Kriegsdrohung forderte, daß die Pforte endlich Bevollmächtigte nach Rußland ſende, um über die beſonderen ruſſiſchen Beſchwerden zu verhandeln, von der griechiſchen Sache aber nicht ſprach. Nikolaus mochte erwarten, daß die Pforte dieſes Ultimatum zurückweiſen werde; nahm ſie es an, ſo konnte ruſſiſcher Seits anſtändiger Weiſe nicht alsbald eine neue Forderung geſtellt werden, die ſich auf Griechenland bezog. Es war daher ein politiſch allerdings nicht zu mißbilligender, aber jedenfalls nicht eben nobler Schritt, wenn der Czar am 9. April, ehe die nachgiebige Antwort der Pforte auf ſein Ultimatum eintraf, das ſ. g. Petersburger Protocoll unterzeichnete, kraft deſſen England der Pforte die Baſis von Perivolakia vorſchlagen ſollte und Rußland ſich verpflichtete, was auch ſonſt ſeine Beziehungen zur Türkei ſein möchten, dafür einzutreten. Kein Wunder, daß die Mittheilung dieſes Protocolls faſt überall einen Sturm des Unwillens erregte, daß Metternich dasſelbe einen Vertragsentwurf zum Verbrechen nannte, und daß der Sultan ſich bis zum Aeußerſten zu widerſetzen entſchloſſen war. Die erſte Antwort, die er gab, erfolgte auf einem Umwege; ein außerordentlicher Divan beſchloß am 29. Mai eine Umgeſtaltung des Heeres; jedes Janitſcharenregiment ſollte 150 Mann abgeben, die als Stamm für eine neue Truppe, Muallem Iſchkendj (exercirte Hand) genannt, dienen ſollten. Allerdings erwies ſich dies Mittel als zweiſchneidig; die Janitſcharen begannen zu murren und ſchritten am 15. Juni zu offener Empörung; ſie wurden nun zwar von den übrigen Truppen angegriffen, in ihre Caſernen gedrängt und dort niedergemacht, aber dieſe „Revolution von 23 Minuten" ſchwächte doch fürerſt die Widerſtandskraft des Reiches und machte ein leiſes Nachgeben nöthig. In Folge des ruſſiſchen Ultimatums, das er ja angenommen, ſchickte der Sultan alſo Bevollmächtigte nach Akkerman und bewilligte auf den Conferenzen, die dort ſtattfanden, alle ruſſiſchen Forderungen, die ſich theils auf Rumänien, theils auf die Schifffahrt in den Dardanellen, theils auf die Abtretung einiger tſcherkeſſiſchen Feſtungen bezogen (Oct. 26). Während dieſer Zeit hielt der engliſche Geſandte mit der Ueberreichung des Petersburger Protocolls zurück, obgleich er ſie ſchon im Mai angekündigt hatte. Als aber die Beſchlüſſe von Akkerman ausgeführt waren und ein ruſſiſcher Geſandter Graf Ribeaupierre, ſich in Conſtantinopel wieder eingefunden hatte, überreichte der Engländer das Actenſtück erſt vertraulich, dann am Jahrestage ſeiner Unterzeichnung, am 4. April 1827, officiell. Zornig nannte der türkiſche Miniſter dasſelbe ein werthloſes weißes Papier, deſſen vertrauliche Mittheilung ihn unangenehm berührt hatte, während die amtliche ein beleidigender Schimpf ſei; vergebens betonte er, daß Rußland durch den Vertrag von Akkerman mittelbar auf jede Einmiſchung in die griechiſche Sache verzichtet habe; umſonſt auch eilte Metternich ihm zu Hülfe und ſuchte der Einmiſchung dadurch die Spitze abzubrechen, daß er ſich bereit erklärte, die geſtellten Forderungen zu befürworten, ſofern man

Das Petersburger Protocoll.

Janitſcharen-Aufſtand.

Vertrag von Akkerman.

Folgen des Petersburger Protocolls.

nur von Gewaltdrohungen abstehe und sich mit der gemeinsamen Abberufung der Gesandten begnüge. England und Rußland blieben fest auf ihrem Standpunct und hatten überdies Frankreich als Dritten für sich gewonnen. Da nun die Pforte sich unbedingt weigerte die Bildung eines griechischen Vasallenstaates zu gestatten, so mußten die drei Mächte einen Schritt weiter gehen. Auf Antrag Frankreichs wurde das Petersburger Protocoll am 6. Juli 1827 in den Londoner Vertrag umgewandelt; laut desselben erklärten die Unterzeichner für ihre Absicht: die Selbstverwaltung Griechenlands unter Oberherrlichkeit der Pforte erzwingen zu wollen, ohne darum ihre friedlichen Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Als erstes Mittel zur Erreichung dieser Absicht sollte eine alliirte Flotte dienen, die unter den Admiralen Codrington, de Rigny und von Heyden alle türkisch-ägyptischen Schiffssendungen von Menschen und Waffen abschneiden und somit Ibrahim zum Rückzug aus Morea zwingen sollte. Ob sich das ohne Anwendung von Gewalt erreichen lasse, mußte billiger Weise bezweifelt werden, und da somit „die Vollmachten der Admirale eines gewissen Spielraums bedurften", so wurde ihnen dieser, wie es in dem englischen Actenstücke heißt, „in vollem Maße gewährt". Der Londoner Vertrag.

So konnte jeder Tag einen blutigen Zusammenstoß herbeiführen. In banger Besorgniß suchte Metternich die diplomatischen Fäden, die jeden Augenblick zu reißen drohten, von Neuem fester zu verschlingen. Die Gesandten der drei Alliirten waren noch in Stambul. Gemeinschaftlich mit dem preußischen verlangten sie am 16. August, daß die Pforte einen Waffenstillstand mit Griechenland eingehe, und erklärten, als diese Forderung abgelehnt war, ihre Souveräne würden nunmehr solche Maßregeln ergreifen, als die Umstände ihrer Weisheit eingäben. Die Frage, ob das eine Kriegsdrohung sei, verneinten sie, worauf der türkische Minister die Ansicht aussprach: mit solchen dummen Antworten wisse er Nichts anzufangen; jedenfalls heiße das, Baumwolle neben Feuer legen. Doch schüchterte ihn der geheimnißvolle Ernst und die Größe der Gefahr trotz alledem etwas ein, und als Metternich sich anschickte, ihm eine goldne Brücke zum Rückzug zu bauen, war er nicht abgeneigt, sie zu betreten. Dem östreichischen Staatscanzler leuchtete nämlich plötzlich ein neuer Hoffnungsschimmer; unerwartet und viel zu früh für England und Europa starb am 8. October 1827 George Canning. Das Schwanken der englischen Politik, das in Folge davon wenigstens zeitweilig eintreten mußte, sollte schnell benutzt und eine östreichische Vermittlung von der Pforte erbeten werden. Wirklich erreichte Metternich seinen sehnlichen Wunsch; der türkische Minister ersuchte ihn am 20. October um seine guten Dienste; Alles schien sich noch ordnen zu lassen. Eine kleine Comödie unterstützte Oestreichs Bemühungen; der griechische Patriarch hatte im September die Gnade des Sultans für 5 Provinzen, die zur Unterwerfung bereit seien und thatsächlich schon unterworfen waren, anflehen müssen; es ward ihnen gnädig Verzeihung ertheilt und somit der Beweis geliefert, daß die Pforte nicht unversöhnliche Rachegedanken hege. Allein das Alles kam zu spät. An demselben Tage, Verhandlungen in Constantinopel. Cannings Tod. Oestreichs Vermittlung.

an welchem der Sultan Metternichs Vermittlung erbat, am 20. October 1827, war es bei Navarino, an der Küste von Morea, zu einem furchtbaren Zusammenstoß der alliirten mit der türkisch-ägyptischen Flotte gekommen.

Der Seekrieg.

Die steigende Noth Ibrahims und das dringliche Bitten der Pforte hatten den alten Mehemet veranlaßt, im Frühjahr 1827 eine neue große Flotte auszurüsten, um seinem Sohne Hülfe zu bringen. Der griechische Ober-Admiral Cochrane, dessen Kräfte durch zwei Dampfer einen erheblichen Zuwachs erhalten, versuchte diese Rüstung durch einen Angriff auf den Hafen von Alexandrien im Keime zu ersticken; allein das Unternehmen kam zu spät; die Flotte war bereits im besten Vertheidigungszustand; sie fuhr ihm aus dem Hafen entgegen und zwang ihn zum Rückzug; darauf trat sie selbst ihre Ueberfahrt an und erreichte, 92 Segel stark, am 7. Sept. 1827 Navarin, wo seit dem Mai auch ein türkisches Geschwader vor Anker lag. Alles in Allem befanden sich dort 126 Kriegsschiffe, die zum Auslaufen bereit waren und für deren erstes Ziel Hydra galt. Mittlerweile war die alliirte Flotte unter Codrington in den griechischen Gewässern erschienen, und ihre Aufgabe, den Waffenstillstand zu erzwingen, schloß natürlich die Pflicht in sich, das Auslaufen der Aegypter und Türken zu hindern. Als Ibrahim Mittheilung von dieser Sachlage erhielt, entschloß er sich nach einigem Zögern zum Aufschub seiner Unternehmung und unterzeichnete am 25. September einen Vertrag, kraft dessen er versprach, bis zur Ankunft weiterer Befehle aus Stambul den Hafen nicht zu verlassen. Vergeblich suchte er dagegen von den Admiralen das Zugeständniß zu erlangen, daß sie auch Cochrane in seinen Operationen hindern würden. Nach einigem Schwanken ertheilten sie ihm zur Antwort, sie müßten sich dem Theile anschließen, der den Waffenstillstand annehme; das hätten die Griechen gethan und damit seien sie diesen gegenüber nur im Stande, sie an der Ausdehnung ihrer Pläne auf neue Kriegsschauplätze zu verhindern. Natürlich gab Ibrahim dieser Auffassung nicht seine Zustimmung, und als daher die Nachricht eintraf, eine griechische Flotte unter Hastings habe bei Salona im Busen von Korinth eine türkische Flottille geschlagen, erklärte er den Vertrag vom 25. September für gebrochen und ließ einen Theil seiner Schiffe unter Mustafa auslaufen. Indeß Codrington verhinderte diesen Versuch, trotzdem er dreimal unternommen wurde, und zwang die Türken zur Rückkehr, wobei es schon zu einigen Schüssen kam. Während dieser Zeit kamen von Constantinopel die erbetnen Weisungen; Ibrahim wurde befohlen, den Waffenstillstand zu verwerfen und zunächst Morea völlig zu unterjochen, wobei ihn Kiutagi unterstützen werde. Demgemäß brach Ibrahim in drei Haufen, zusammen 17,000 Mann stark, von Navarino auf und begann mit einer barbarischen Verwüstung von Messenien, dessen Wohlstand er durch die Vernichtung von 60,000 Feigen- und 25,000 Oelbäumen auf Jahrzehnte zerstörte. Codringtons Antwort auf diese zwecklose Gräuelthat war ein Ultimatum vom 13. October, das die sofortige Räumung von Morea und die Heimfahrt der

Die Flotten bei Navarin

Ibrahim's Verhalten.

Verwüstung Messeniens.

ägyptischen Flotte forderte; und als ihm darauf geantwortet wurde, Ibrahim sei zur Zeit abwesend von Navarin und nicht gleich aufzufinden, beschloß er nach Abhaltung eines Kriegsrathes auf offner See, in den Hafen von Navarino einzulaufen. Auf die Vorstellung des türkischen Admirals, wenigstens nur mit einem Theil seiner Schiffe diese Drohung auszuführen, erwiederte er, er sei gekommen, Befehle zu ertheilen, nicht zu empfangen. Am 20. October Mittags lichtete er die Anker. Die Schlacht von Navarin. Die Feinde, 82 Segel mit 2000 Kanonen stark, lagen in Hufeisenform in dem rings von hohen Felsen umgebenen Hafen; Codrington verfügte über 26 Schiffe mit 1270 Kanonen. Eins seiner Schiffe, die Dartmouth, forderte einen feindlichen Brander auf, ihm Platz zu machen; als dies verweigert wurde, setzte sie ein Boot aus, jenem die Ankertaue zu durchhauen. Darüber entbrannte Nachmittags gegen $^1/_2$3 Uhr die Schlacht. Eine furchtbare Kanonade erschütterte bald die steilen Felsenwände, während endlose Trümmer die Fluten bedeckten. Nach wenig mehr als 2 Stunden waren 60 feindliche Schiffe gesprengt oder zusammengeschossen, 6000 Feinde getödtet. Aber auch die alliirte Flotte, wenngleich ihr Verlust an Todten und Verwundeten nur 540 Mann betrug, hatte schwer gelitten und mußte die heimischen Docks aufsuchen. Deshalb erneuerte Codrington nicht die Forderung, Morea zu räumen, sondern verließ am 24. October den Kampfplatz; die türkisch-ägyptische Flotte folgte seinem Beispiel im December, aber beladen mit reichlicher Beute, während andre Schiffe dem zurückbleibenden Ibrahim neue Zufuhr brachten.

Das Ereigniß von Navarin war doch allseitig sehr unerwartet gekommen, die Aufnahme der Nachricht sehr verschieden; in Petersburg versteckte sich hinter dem erheuchelten Bedauern herzliche Freude; in Paris machte man aus seiner Zufriedenheit gar kein Hehl; in England dagegen unterdrückte das Tory-Ministerium Wellington, das nach Canning's Tode eingetreten war, nur mühsam seinen Aerger über das „unwillkommene Ereigniß" und berief Codrington voller Zorn ab. Und nun gar Metternich, dem der glänzende Triumph, die östreichische Vermittlung, so unerwartet zwischen den Fingern zerrann! Kaiser Franz meinte, die That trüge alle Zeichen des Meuchelmordes an sich. In Constantinopel bewies man bei den ersten Gerüchten eine vorsichtige Zurückhaltung. Als die drei Gesandten am 30. October die Anfrage stellten, wie man eine Feindseligkeit der alliirten Flotte gegen Ibrahim auffassen werde, falls dieser sich nicht gefügt habe, lautete die Antwort: ein ungeborenes Kind, dessen Geschlecht man nicht kenne, habe noch keinen Namen. Als dann aber am 2. November die amtliche Nachricht eintraf, erklärte der Minister: der Name sei gräßliche Gewaltthat, für die er feierlich Rechenschaft fordre. Natürlich wurde sein Verlangen, das auf Entschädigung und Mißbilligung gerichtet war, abgelehnt, und da weitere Verhandlungen ebenso natürlich ohne Erfolg blieben, so reisten die drei Gesandten, nachdem sie vergeblich ihre Pässe gefordert, im December ohne dieselben von Stambul ab; unmittelbar darauf erfolgte die Austreibung

Eindruck derselben.

Bruch der drei Mächte mit der Pforte.

aller Engländer, Franzoſen und Ruſſen, die Verbannung von 12,000 katholiſchen Armeniern nach Angora, ausgedehnte Rüſtungen zu Land und Meer und ein feierlicher Aufruf an alle Moslemin, ihre Religion und ihre Exiſtenz gegen die Ungläubigen zu verteidigen.

So waren die Sachen denn bis zum Aeußerſten gediehen; ein Krieg der Alliirten gegen die Türkei ſchien unvermeidlich; in Griechenland, dem hart bedrängten, erwachte neue Hoffnung. Mit düſterer Ergebung hatte es ſchon begonnen ſeinem Untergang entgegen zu ſehn; denn überall faſt, in Oſt- und Weſt-Hellas wie in Morea und auf den größeren Inſeln, hatten die Türken ihre Obmacht wieder hergeſtellt; erſchöpft waren die Mittel, ihnen Widerſtand zu leiſten; todt die Helden der erſten hoffnungsfrohen Jahre; erloſchen die Begeiſterung unter der Wucht des Unglücks. Und wem verdankte Hellas nun den neuen Hoffnungsſchimmer? Den Völkern Europas und nicht ſeinen Regierungen. „Keiner der drei Verbündeten Monarchen würde es gewagt haben, ſeinem Admiral den Befehl zum Kampf zu ertheilen. Selbſt Nikolaus würde vor der Verantwortung zurückgeſchreckt ſein. Es war die öffentliche Meinung Europas, welche die widerſtrebenden Höfe erſt zur friedlichen Vermittlung zwiſchen den ſtreitenden Theilen veranlaßte, und welche ſchließlich die Admirale, da ſich jene Vermittlung als unlösbarer Widerſpruch herausſtellte, zu der blutigen That von Navarino fortriß. Der Philhellenismus hatte bewieſen, daß er keineswegs ein bloßes Traumbild frommer Schwärmer, ſondern daß er eine Macht ſei; und während, erſtaunt und beſtürzt, die Cabinette ſchwiegen, jubelten die Völker und ein tiefes Aufathmen der Freude ging durch die Chriſtenheit.“

Natürlich konnten ſich die drei Regierungen den Folgen ihrer Handlungsweiſe jetzt nicht mehr entziehen; doch war ihre Lage nicht gleich. Am meiſten gereizt war Rußland, gegen welches der Aufruf der Pforte vom 12. December die ärgſten Beleidigungen enthielt, alſo grade die Macht, welche von einem Kriege zugleich unmittelbare Vortheile erhoffen konnte. Kaiſer Nikolaus ſchwankte daher nicht lange, auf jenes Manifeſt mit einer Kriegserklärung zu antworten (26. April 1828). England und Frankreich begnügten ſich damit, ihr bisheriges Ziel feſtzuhalten, und zunächſt die Aegypter zum Abzug aus Morea zu nöthigen. Zu dem Zweck wurde von den drei Mächten, deren Geſandte in London zu einer ſtändigen griechiſchen Conferenz zuſammentraten, am 19. Juli 1828 die Entſendung einer franzöſiſchen Armee nach Morea beſchloſſen. Aber noch ehe dieſelbe ſich eingeſchifft hatte, erreichte Codrington die Räumung Moreas durch eine Fahrt, die er auf eigene Verantwortlichkeit mit ſeiner Flotte nach Alexandria antrat. Mehemet Ali war klug genug, es nicht zum Aeußerſten kommen zu laſſen und willigte am 9. Auguſt 1828 in einen Vertrag, kraft deſſen er ſeinen Sohn Ibrahim zurückrief, ohne daß es zu neuem Blutvergießen gekommen wäre. Dadurch ward Morea von allen Feinden befreit und die Ankunft des Generals Maiſon, der trotzdem am 30. Auguſt mit 8000 Mann in Petalidi landete, hatte für Griechenland höchſtens noch den Vortheil, daß es

Die Expedition nach Morea.

seine eigenen Truppen aus der Halbinsel nach Hellas schicken und dort gegen die Türken verwenden konnte. Denn hier und soweit sie die Inseln unterworfen hatten, dauerte die Herrschaft der Türken fort, und bedrohte folglich auch die Unabhängigkeit Morea's, sobald dieselbe nicht mehr durch die französischen Waffen geschützt, oder noch nicht von der Pforte rechtlich anerkannt war. Einige nicht unbedeutende Erfolge trugen denn auch die griechischen Waffen noch davon, obgleich der Krieg sehr zögernd geführt werden mußte, da die drei Verbündeten trotz allem Vorgefallenen noch immer an dem Londoner Vertrage festhielten und also die Einstellung der Feindseligkeiten forderten. Besonders wichtig war der Fall einiger Festungen, wie Patras und Mesolonghi, Anfangs 1829, und die endliche Eroberung Böotiens durch Ypsilantis. Diesem war es auch vergönnt, im September desselben Jahres den Sieg in dem letzten größeren Kampfe, der den Türken geliefert wurde, zu erfechten, indem er bei Petra ein nach Attika vorgedrungenes feindliches Corps zurückschlug. Von da ab ruhten die Waffen, da der Sultan in dem Frieden mit Rußland, von dem sogleich näher die Rede sein wird, die Bedingungen angenommen hatte, welche von der Londoner Conferenz in dem Protocoll vom 22. März 1829 aufgestellt waren. Danach sollte Hellas eine erbliche Monarchie werden, zugleich aber der Türkei tributpflichtig bleiben. Als Grenze war im Norden eine grade Linie zwischen den Busen von Arta und Volo bestimmt, von den streitigen Inseln sollten Kreta und Samos der Pforte gelassen werden. Die Auswahl des ersten Königs behielten die drei Mächte sich vor in Uebereinstimmung mit dem Sultan zu treffen.

Ende des Krieges.

Der russisch-türkische Krieg.

Um diese immerhin bescheidenen Forderungen durchzusetzen, mußten die Russen zwei Feldzüge bestehen, die nicht ohne ernstliche Gefahren waren. Nachdem Feldmarschall Wittgenstein im Mai 1828 den Pruth überschritten, war ein mehrmonatlicher Festungskrieg gefolgt, der nur zwei bedeutendere und mühsam errungene Ergebnisse herbeiführte. Im Juni wurde von den Donauvesten Ibrail zur Uebergabe gezwungen und im October folgte Varna an der Balkanlinie. Aber weder der eine noch der andre Gürtel war damit völlig in der Hand der Russen; denn in dem äußeren, an der Donau, hielten sich noch Widdin und Silistria, in dem inneren, am Balkan, das wichtige Schumla, der eigentliche Schlüssel zu den Pässen des Gebirges. Eine offene Feldschlacht hatten die Türken mit Geschick zu vermeiden gewußt und auf dem zweiten Kriegsschauplatz, in der asiatischen Türkei, wo Paskiewitsch die Russen befehligte, waren zwar das wichtige Kars und einige andre Festungen gefallen, aber entscheidende Schläge doch noch weniger als in Europa erfolgt. Dieses langsame Vorrücken hatte Metternich im Winter 1828 auf 29 noch einmal Muth gemacht, die Fortsetzung des Krieges zu vereiteln. Er hatte sich an Frankreich und England gewandt, die Befreiung Moreas

Der Feldzug von 1828.

Metternichs Einmischungsversuche.

als Thatſache hingenommen und von ihnen gefordert, daß ſie Oeſtreich unterſtützen ſollten, wenn es Rußland Halt gebiete. Sollte es darüber, was Metternich nicht befürchtete, zum Kriege kommen, ſo wurde als Preis der franzöſiſchen Hülfe das linke Rheinufer in Ausſicht geſtellt. Aber ſelbſt um dieſes Zugeſtändniß war Frankreich nicht Willens von ſeiner bisherigen Politik abzulaſſen; allein wagte Metternich es nicht, ſich in ſolche Abenteuer zu verſtricken, und ſo gab er ſeinen Einmiſchungsplan auf und leugnete ihn vor dem ruſſiſchen Geſandten, der von Allem genau unterrichtet war, vollſtändig ab. Nikolaus war zufrieden, dieſen Zwiſchenfall ſo glücklich beſeitigt zu ſehen; er fühlte, daß er alle ſeine Kräfte brauche, um den türkiſchen Krieg glücklich zu beenden, und ſcheute ſelbſt ein Zurückweichen nicht, wenn er dadurch einer neuen Verwicklung entgehen konnte. Das zeigte ſich im Frühjahr 1829 Perſien gegenüber. In Teheran hatte der ruſſenfeindliche Pöbel den als Dichter berühmten ruſſiſchen Geſandten Gribojedow mit dem ganzen Geſandtſchaftsperſonal ermordet. Zu andern Zeiten würde das ein erwünſchter Anlaß geweſen ſein um den kaum beendeten Perſerkrieg wieder zu beginnen; jetzt begnügte ſich der Czar mit einer demüthigen Abbitte, welche der Enkel des perſiſchen Schahs, Chosrew Mirza, in Petersburg leiſtete. Mit möglichſtem Nachdruck wurde der Krieg 1829 auf beiden Schauplätzen, in Europa und in Aſien, wieder aufgenommen. Hier drang Paskiewitſch ſiegreich in Armenien vor und eroberte am 9. Juli Erzerum; dort übernahm an Wittgenſteins Stelle Graf Diebitſch den Oberbefehl. Einige Schlappen, die ſein Unterfeldherr, General Roth, der Schumla belagerte, erlitt, führten in ihren Folgen zu einem glänzenden Siege der Ruſſen. Reſchit-Paſcha nämlich, derſelbe, den wir als Kiutagi vor Meſolonghi und Athen haben kennen lernen, ließ ſich durch ſeinen Sieg verleiten, die Ruſſen unter Roth zu verfolgen und ſeinen Stützpunct Schumla zu verlaſſen. Dieſen Fehler benutzte Diebitſch, der vor Siliſtria ſtand, um durch einen Flankenmarſch einen Theil ſeines Heeres zwiſchen Schumla und die Türken zu ſchieben. Als nun Reſchit dies bemerkte und ſich nach Schumla zurückwandte, kam es am 11. Juni 1829 zu der achtſtündigen blutigen Schlacht von Kulewtſchi, in der die ganze feindliche Armee zerſprengt wurde und der Großvezier ſelbſt kaum der Gefangenſchaft entging. Die Folge davon war einerſeits der Fall von Siliſtria am 30. Juni und andrerſeits der Uebergang über den Balkan, der jetzt, wo kein feldtüchtiges Heer mehr in Schumla ſtand, auch von dort aus nicht ernſtlich behindert werden konnte. Schwierig blieb das Ueberſchreiten des unwegſamen Gebirges freilich auch ſo und mit ſchweren Opfern mußte es erkauft werden; dafür durfte es aber auch als der Anfang vom Ende des Krieges gelten und wenn Diebitſch durch einen Ehrennamen belohnt werden ſollte, ſo nannte Nikolaus ihn mit Recht Sabalkansky. Die Türken ergriff jetzt wirklicher Schrecken, und verblendete ſie ſo, daß ſie die Schwäche des ruſſiſchen Heeres durchaus nicht erkannten. Ohne Widerſtand räumten ſie Adrianopel, wo Diebitſch am 20. Auguſt ſeinen Einzug hielt, und ſahen den ruſſiſchen General ſchon im Geiſte vor den Thoren Stam-

Die perſiſche Verwickelung.

Der Feldzug von 1829.

Schlacht bei Kulewtſchi.

Diebitſch in Adrianopel.

buls. Die Widerstandskraft des Reiches war gebrochen; derselbe mohammedanische Fatalismus, der so oft die Türken mit rücksichtsloser Todesverachtung erfüllt hatte, trieb das Volk jetzt zu ruhiger Ergebung in sein Schicksal, das ihm als gerechte Strafe für die europäischen Reformen des Sultans Mahmud erschien. Selbst die Entfaltung der Fahne des Propheten, die sonst die Menge begeistert hatte, übte keine Wirkung. Obendrein rafften die Ueberbleibsel der Janitscharen sich zusammen und begannen neue Meutereien, die blutig erstickt werden mußten. So entschloß sich der Sultan zum Frieden, während kräftiger Widerstand ihm den sichersten Erfolg verhieß. Denn Diebitsch hatte kaum 20,000 Mann zu seiner Verfügung und England, durch das russische Vordringen erschreckt, war entschlossen es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen, sondern im letzten Augenblick seine bewaffnete Vermittlung den Russen aufzudringen. Diebitsch erkannte seine Lage eben so deutlich, wie der Sultan die seinige mißkannte. Er bewog den preußischen Militärbevollmächtigten, General von Müffling, in Constantinopel seine Vermittlung anzubieten, behielt aber selbst den Türken gegenüber seine stolze, siegesgewisse Sprache so erfolgreich bei, daß diese vollkommen getäuscht wurden und kein anderes Mittel versuchten, um die harten Bedingungen zu mildern, als daß sie die guten Dienste Preußens anriefen. Der königliche Gesandte von Royer reiste auch wirklich selbst nach Adrianopel, um sich bei Diebitsch zu verwenden; aber großen Eifer entwickelte er dabei nicht, sondern war vielmehr bemüht, nachdem er ein paar kleine Zugeständnisse errungen, auf die Türken zu drücken. So entschlossen sich diese denn am 14. September 1829 zum Frieden von Adrianopel, in welchem sich Rußland Abtretungen an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres und die Festung Kars, sowie die sandigen Inseln an der Donaumündung ausbedang, alle andern Eroberungen aber zurückgab. In Bezug auf die Schifffahrtsstreitigkeiten, in denen es mit der Pforte lag, wurden ihm bedeutende Zugeständnisse gemacht, von denen die freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen allen Völkern zu Gute kam. Für die Donaufürstenthümer wurden die Bestimmungen des Vertrages von Akkerman erneuert und darüber hinaus noch die Würde der Hospodaren lebenslänglich gemacht, den Mohammedanern neue Ansiedelungen untersagt und die Schleifung aller Festungen am linken Donauufer zugestanden. Was endlich Griechenland betraf, so mußte die Pforte seine Unabhängigkeit nach Maßgabe des Londoner Protocolls vom 22. März anerkennen.

Der Friede von Adrianopel.

Das Königreich Griechenland.

Der Bestand des neuen Staates war damit noch keineswegs gesichert. Weder das Vasallenverhältniß, in dem sie zu der Pforte stehen sollten, noch die Grenzen, die ihnen zugedacht waren, befriedigten die Hellenen, und obendrein waren die inneren Zustände noch immer nicht besser geworden. Kapodistrias hatte sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Statt versöhnlich aufzutreten, hatte er alle

Kapodistrias' Präsidentschaft.

Parteien vor den Kopf geſtoßen. Seine gründliche Verachtung des Fractionsgeiſtes, der Hellas zerrüttete, konnte man ihm gewiß nicht zum Vorwurf machen; wohl aber, daß er ſie offen an den Tag legte und daß er ſelbſt im Grunde doch auch mehr von Eigenſucht als von Vaterlandsliebe geleitet wurde. Ich kenne euch ſchon, war bei Vorſtellungen ſeine öfter wiederholte Anrede: ihr ſeid alle Kleften und Lügner! Oder: ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe geſtohlen; das ſind eure Heldenthaten! Ohne Anſehn der Perſon und der Partei beleidigte er alle, die bis dahin eine Rolle in Griechenland geſpielt, beraubte ſie des Einfluſſes, den ſie genoſſen, und ſetzte ſeine Geſchöpfe an ihre Stelle. Nicht daß er dictatoriſche Gewalt zu erwerben ſuchte, war ihm zum Vorwurf zu machen; denn eine aufgeklärte Dictatur war vielleicht das Beſte, was Griechenland zu Theil werden konnte; ſondern daß er dabei jede Klugheit aus den Augen ſetzte und ſtatt verſöhnlich nur verletzend auftrat. Mit offenen Armen hatte ihn das Land aufgenommen, als er im Januar 1828 endlich angekommen war. Nach ſeinem Wunſche ging die Nationalverſammlung ſofort auseinander und überließ ihm eine Machtbefugniß, wie er ſie nicht größer verlangen konnte. Auch als er ein Jahr ſpäter eine neue Vertretung des Volkes berief, genoß er trotz der unbedeutenden Erfolge, die er erzielt hatte, noch ſolches Vertrauen, daß 36 Bezirke ihn ſelbſt zu ihrem Abgeordneten erkoren und daß ihm die Verſammlung in allen Stücken willfährig war. Dafür forderte man nun aber auch, daß er ſeinen vermeintlichen Einfluß bei den Schutzmächten zur Erlangung der vollen Unabhängigkeit und beſſerer Grenzen verwerthe. Natürlich wünſchte Kapodiſtrias auch Beides durchzuſetzen; aber er wußte recht gut, daß, wenn er dies erreicht, ſeine Rolle ausgeſpielt ſei und irgend ein europäiſcher Prinz den neuen Thron beſteigen werde, und dieſen Augenblick zu beſchleunigen lag ihm keineswegs am Herzen. Zum Schein hatte er freilich ſelbſt ſchon Ende 1828 den Prinzen Leopold von Coburg vorgeſchlagen und da dieſer ſeine Geneigtheit im Allgemeinen zu erkennen gegeben hatte, ſo bot die Londoner Conferenz ihm am 3. Februar 1830 die Krone an. Die Abhängigkeit von der Pforte wurde ihm dabei nicht mehr zugemuthet, wohl aber waren, um den Sultan dafür zu entſchädigen, die Grenzen des neuen Königreiches jetzt enger gezogen als in dem Protocoll vom 22. März. Das bewog den Prinzen zu zaudern und Bedingungen zu ſtellen und überhaupt keine große Luſt mehr zur Annahme der Krone zu zeigen. Im Laufe der Verhandlungen fand er ſich dann zwar bereit, die Bedingungen in bloße Bemerkungen zu verwandeln und nur eine als Forderung aufrecht zu erhalten, die Bürgſchaft für eine Anleihe von 60 Mill. Francs. Aber als dieſe bereits genehmigt war und Alles in Ordnung zu ſein ſchien, trat er plötzlich vollſtändig von ſeiner Bewerbung zurück. Allgemein machte man ihm einen bittren Vorwurf daraus und glaubte, der wahre Antrieb ſei die Hoffnung geweſen, bei der plötzlichen ſchweren Erkrankung ſeines Schwiegervaters Georgs IV. Regent von England zu werden. Allein durch eine ſo zweifelhafte Ausſicht hätte ſich ein

Prinz Leopold v. Coburg.

Mann von Leopolds politiſchem Scharfblick nicht ködern laſſen; was ihn zu dem plötzlichen Bruche bewog, waren vielmehr Briefe von Kapodiſtrias, der ihm vorſtellte, wie ſeine Lage von vorn herein ganz verzweifelt ſein werde, wenn er nicht beſſere Grenzen mitbringen und eine Befragung des Volkes über ſeine Wahl erwirke. Beide Forderungen aber hatte die Conferenz ihm ſchon vorweg rund abgeſchlagen. So gewiß nun Leopold unter dieſen Umſtänden für ſein perſönliches Wohl nichts Klügeres thun konnte, als auf die dornenreiche Krone zu verzichten, ebenſo gewiß war dieſer Verzicht für Griechenland ein Unglück und Kapodiſtrias' Warnung nur ein Ausfluß des Eigennutzes und des Wunſches die Königswahl möglichſt lange hinauszuſchieben, um ſelbſt möglichſt lange Präſident zu bleiben. Er ahnte nicht, daß er damit an ſeinem eigenen Verderben arbeite. Die Feindſchaften gegen ihn mehrten ſich mit jedem Tage; es war ein dankbarer Vorwurf, den ſeine Gegner erhoben, daß er das Königthum Leopolds vereitelt habe. Denn wirklich hatten die Griechen mit Sehnſucht dem neuen Herrſcher entgegengeſehen und nun verzögerte ſich eine Erſatzwahl um ſo länger, als durch den Sturz der Bourbonen im Juli 1830 die Thätigkeit der Londoner Conferenz auf geraume Zeit gelähmt wurde. Während deſſen wuchs der Unfriede in Hellas; Kapodiſtrias wurde immer heftiger und härter; es kam bereits zu Aufſtänden, die gewaltſam unterdrückt werden mußten, ja in Hydra bildete ſich im Sommer 1831 eine förmliche Gegenregierung, der Männer von höchſtem Anſehn, wie Mavrokordatos, Konduriottis, Miaulis, angehörten. Durch einen kühnen Handſtreich bemächtigte ſich der letztere am 30. Juli der griechiſchen Flotte, die bei der Inſel Poros lag, und bedrohte dadurch die Macht des Präſidenten im höchſten Grade. Dieſem war unter ſolchen Umſtänden jedes Mittel recht; er wandte ſich an den ruſſiſchen Admiral Rikord mit dem Erſuchen, ihm gegen die Hydrioten zu helfen, und erlebte den Triumph, daß dieſer ihm willfahrte, dem Miaulis einen Theil der Schiffe wieder abnahm und denſelben ſo bedrängte, daß er die übrigen, um ſie nicht in ruſſiſche Hände fallen zu laſſen, am 13. Auguſt in Brand ſteckte. Aber nicht lange ſollte ſich Kapodiſtrias dieſes Erfolges freuen. Ein Aufſtand unter den Mainoten, die ſich die Erben der alten Spartaner zu ſein rühmten, hatte ihn veranlaßt, faſt die ganze Familie Mavromichalis, die angeſehenſte in jenem Berglande, verhaften oder doch in Nauplia bewachen zu laſſen; ihr Haupt, den tapfren Petrobei, hielt er eingekerkert; fruchtlos verwandte ſich ſelbſt Rikord für ihn, gerührt durch die Bitten der 86jährigen Mutter des Gefangenen, welche 49 Glieder ihres Hauſes für die Freiheit des Vaterlandes hatte fallen ſehen. Da beſchloſſen Petrobei's Bruder und Sohn, Konſtantin und Georgios Mavromichalis, die Ermordung des Tyrannen. Als er am 9. October 1831 zur Kirche ging, feuerte der Eine ſein Piſtol auf ihn ab, der Andre ſtieß ihm den Dolch ins Herz. Beide büßten ihre That mit dem Leben; der Bruder wurde von dem Volke an Ort und Stelle getödtet, der Sohn vor der Gefängnißzelle des greiſen Vaters erſchoſſen. An Kapodiſtrias' Stelle trat ſein

Kapodiſtrias' Ausgang

Auguſtin Kapodiſtrias.

Bruder Auguſtin, dem Kolokotronis und Kolettis beigeordnet wurden. Allein dieſer war der ſchwierigen Aufgabe noch weniger gewachſen; Kolettis fiel von ihm ab und bildete mit Ypſilantis und Zaimis eine Gegenregierung; ein neuer blutiger Bürgerkrieg brach aus und nach wenigen Monaten, am 9. April 1832, ſah ſich Auguſtin zur Abdankung genöthigt. Zwei Jahre waren nun ſeit Leopolds Ablehnung von Neuem verſtrichen und endlich hatte die Londoner Conferenz einen Erſatz gefunden. Mühſam genug war es geweſen. Die Fürſtenſöhne drängten ſich nicht nach der neuen Krone und die, welche ſie hätten annehmen mögen, erweckten politiſche Eiferſucht bei der einen oder der andern Großmacht. Endlich fiel am 7. Mai 1832 die Wahl auf den zweiten Sohn des Königs Ludwig von Baiern, den Prinzen Otto, und wenn ſeine Jugend in mancher Hinſicht Bedenken erregen konnte, ſo ſicherte ihm die treue Anhänglichkeit, welche ſein Vater ſtets für die griechiſche Sache gezeigt, doch zunächſt wenigſtens einen freundlichen Empfang. Die Bedingungen, welche man Leopold abgeſchlagen hatte, geſtand man ihm theilweiſe zu, man kehrte wieder zu der erſten Grenzlinie von Arta bis Volo zurück, ließ ſeine Wahl durch die griechiſche Nationalverſammlung beſtätigen und verbürgte auch ihm die nöthige Anleihe. Bis zu ſeiner Volljährigkeit ſollte eine bairiſche Regentſchaft, aus dem Grafen Armansperg, von Maurer und Heydeck beſtehend, das Land verwalten; 3500 Baiern wurden ihm als Kern eines geordneten Heeres mitgegeben; auch an finanzieller Unterſtützung ließ es König Ludwig nicht fehlen, indem er aus der bairiſchen Staatscaſſe während der erſten 6 Jahre ſeinem Sohne 1,800,000 Gulden zufließen ließ, die er 1849, als die bairiſche Kammer dieſes eigenmächtige Verfahren entdeckte, aus ſeinem Privatvermögen erſetzen mußte. Allein trotz dieſer Unterſtützung war der junge König nicht auf Roſen gebettet. Der jubelnde Empfang, der ihm bei ſeiner Landung in Nauplia am 6. Febr. 1833 zu Theil wurde, verrauſchte bald; die Parteiungen wurden dadurch, daß die Regentſchaft keine neue Nationalverſammlung berief, wohl verheimlicht, aber nicht unterdrückt, und einſichtsvolle Baiern mußten bald zu der Ueberzeugung kommen, daß trotz aller vortrefflichen Geſetze, mit denen beſonders der Staatsrath Maurer das Land beglückte, und auch nachdem König Otto in ſeiner neuen Reſidenz Athen, das er ſchon 1833 zur Hauptſtadt machte, am 1. Juli 1835 ſelbſt die Regierung übernommen, nicht eher Ruhe in dem zerklüfteten Lande möglich ſei, ehe nicht „zehn Griechen mehr, als auf der Welt ſind, gehangen ſeien".

Prinz Otto von Baiern.

Die Regentſchaft.

Der Petersburger Dekabriſten-Aufſtand.

Die Löſung der Heiligen Allianz.

Wir haben die Sache Griechenlands bis zu dieſem Zeitpunct, wo ſie aufhört eine allgemein europäiſche zu ſein, verfolgen müſſen und kehren nun in der Darſtellung bis zu dem Puncte zurück, wo ſie das Syſtem der Heiligen Allianz zu lockern begann. Das geſchah bereits zu den Lebzeiten Kaiſer Alexanders; dennoch würde ihre völlige Auflöſung wohl noch länger hintertrieben worden ſein, wenn nicht

die Thronbesteigung des Czaren Nikolaus auf russischer Seite die Werthschätzung des bisherigen Verhältnisses völlig beseitigt hätte. Alexander hatte in jeder revolutionären Zuckung, die er in seinen oder in andern Staaten wahrnahm, einen Antrieb mehr gesehen, den Frieden Europas ängstlich zu wahren, und hatte eben dadurch Oestreich zur vorherrschenden Macht in der Heiligen Allianz gemacht. Nikolaus wurde bei seinem Regierungsantritt von einer so kräftigen Meuterei begrüßt, wie sie Alexander nicht erlebt hatte; aber er ließ sich dadurch nicht einschüchtern, sondern war vielmehr bedacht, den unzweifelhaft in Rußland vorhandenen revolutionären Geist durch einen auswärtigen Krieg auf andre Bahnen abzulenken. Durch Alexanders Scheu vor kräftigem Durchgreifen begünstigt, hatte sich ein vollständiges Netz von Verschwörungen über das ganze Reich ausgebreitet; das Ziel, nach dem man strebte, war eben so wenig überall das gleiche, wie die Mittel. Während den Einen eine constitutionelle Monarchie genügte, schwebte den Andern der Traum einer Republik vor; während die Einen, wie Nikolaus Turgenjew, durch Verbreitung der Bildung nach und nach ihr Ideal ermöglichen wollten, sannen die Andern, an deren Spitze der Oberst Pestel stand, auf einen plötzlichen Umsturz des Bestehenden, auf eine militärische Revolution. Gegenüber den polnischen Vereinen, die nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes trachteten, richteten andre ihre Wünsche auf die Begründung eines großen slawischen Bundesstaates nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika. Außerhalb der Armee hatten alle diese Pläne wenig Anhänger; im Offizierkorps dagegen, und besonders in dem Theile, der bis 1818 in Frankreich gestanden hatte, war das Streben nach Neuerungen weit verbreitet. Schon in den letzten Jahren Alexanders war zwischen den geheimen Gesellschaften eine Annäherung und zum Theil eine Verschmelzung herbeigeführt worden. Doch standen, abgesehen von den Polen, sich immer noch zwei verschiedene Richtungen scharf gegenüber, die monarchische des nördlichen Bundes, der in Petersburg seinen Sitz hatte, und die republikanische des Südbundes, dessen Mittelpunct die Festung Tultschin war. Der mehrmals gehegte Plan, schon bei Alexanders Lebzeiten den Aufstand zu beginnen, war immer an zufälligen Umständen gescheitert; jetzt verlockte der unerwartete Tod des Kaisers und die Verwirrung, zu welcher die Thronfolge Anlaß gab, die Verschworenen in Petersburg umgekehrt zu einem übereilten Losbruch. Der rechtmäßige Nachfolger des Czaren war sein Bruder Constantin; aber theils seine gänzliche Unfähigkeit, theils der Umstand, daß er sich 1820 von seiner ebenbürtigen Gattin scheiden ließ und die polnische Gräfin Grudsinska heiratete, hatten den Gedanken hervorgerufen, die Erbfolge auf den nächsten Bruder, Nikolaus, den Gemahl der preußischen Prinzessin Charlotte (geboren 1796), übergehen zu lassen. Constantin selbst war es, der diesen Vorschlag machte und am 2. Februar 1822 des Kaisers Zustimmung erwirkte. In dreifacher Ausfertigung wurde sein Verzicht in Petersburg und Moskau niedergelegt, der ganze Vorgang aber so geheim gehalten, daß selbst Nikolaus wenigstens officiell

Russische Geheimbünde.

Die Thronfolge.

Nichts davon erfuhr. Vergebens drängte einer der wenigen Mitwisser, der Graf Golyzin, den Kaiser vor seiner letzten Abreise von Petersburg, den Schleier zu lüften; Alexander meinte in seiner frömmelnden Art: Ueberlassen wir das Gott; er wird es besser machen, als wir schwachen Menschen vermöchten. Als nun die Nachricht von des Czaren Tode in der Hauptstadt eintraf, huldigte Nikolaus sogleich seinem Bruder Constantin, der als Vicekönig in Warschau residirte, und nahm den Garden für ihn den Eid ab. Erst als dies geschehen war, entsiegelte man die Urkunde, welche Nikolaus zum Nachfolger bestimmte. Aber auch jetzt weigerte sich dieser, den Thron zu besteigen, so lange nicht die erneute Zustimmung seines Bruders eingetroffen sei, indem er es für sehr zweifelhaft erklärte, welches Opfer größer sei, der Verzicht oder die Annahme der Krone. Man thut wohl nicht Unrecht, die Neigung zu schauspielern, die man dem neuen Czaren allgemein zuschrieb, wie geflissentlich er sich auch dagegen zu verwahren pflegte, auch in diesem seinem Verhalten wiederzufinden. Er mochte von der Ernstlichkeit von Constantins Entschluß so fest überzeugt sein, daß er durch seine erheuchelte Bescheidenheit und Großmuth keine Gefahr zu laufen befürchtete, und daß er, wenn auch nicht amtlich, doch vertraulich lange von seiner Erhebung zum Nachfolger wußte, kann unmöglich bezweifelt werden, da die Sache schon seit Jahren für die diplomatischen Kreise in Berlin kein Geheimniß mehr war. Die ablehnende Haltung, welche er trotzdem einnahm, machte den Verschworenen in Petersburg Muth, einen Schlag zu wagen. Als Mittel, um auf die Truppen zu wirken, diente ihnen der doppelte Eid, der binnen weniger Tage erst für Constantin, dann für Nikolaus gefordert wurde; den letztern stellten sie als einen Bruch des erstern dar. Als daher am 26. December 1825 die Huldigung stattfinden sollte, verweigerten mehrere Regimenter dieselbe, zogen mit fliegenden Fahnen auf den Platz vor dem Staatsgebäude und ließen Constantin und die Constitution, von der man ihnen gesagt, sie sei Constantins Frau, leben. Nikolaus entwickelte in dieser Lage, die freilich kaum gefährlich zu nennen war, die nöthige Entschlossenheit; wenn er auch nur Eine Stunde Kaiser sein sollte, so wolle er doch zeigen, daß er würdig gewesen, es zu werden. Bald waren die Meuterer von Truppen umzingelt und der Ausgang gesichert. In einem mäßigen Verzuge lag keine Gefahr mehr, und der junge Czar konnte also nach Bedürfniß den Menschenfreundlichen spielen und die größte Abscheu vor Blutvergießen an den Tag legen. Erst als der General Miloradowitsch, der die Meuterer zum Gehorsam ermahnte, von einem der Verschworenen niedergeschossen war, als die Patriarchen von Petersburg und Kiew in vollem Ornate vergeblich zur Unterwerfung aufgefordert hatten, als die Dunkelheit hereinbrach und längeres Zögern hätte verderblich werden können, erging der Befehl, die Kanonen zu lösen, und drei Kartätschenladungen genügten, um die Aufständischen zu bezwingen. Mit großer Schnelligkeit und Sicherheit wurden sodann die Befehle der Verhaftung der Rädelsführer sowohl in Petersburg wie in Tultschin und anderen Orten ausgeführt. Ein außerordent-

Nikolaus Verhalten bei Alexanders Tod.

Der Aufstand.

licher Gerichtshof leitete die Unterſuchung; Peſtel und vier andre büßten am Galgen ihre That, die übrigen Dekabriſten, wie man die Verſchwörer nannte, wanderten nach Sibirien. Für den moraliſchen Zuſtand der Armee war die Meuterei ohne Zweifel eine glückliche Kriſis; mochte noch mancher Gährungsſtoff zurückgeblieben ſein, ſo fehlten den Unzufriedenen jetzt doch die Führer, und es ließ ſich mit Grund hoffen, daß der immer näher rückende Türkenkrieg das angefangene Werk vollenden und den guten Geiſt im Heere wieder völlig herſtellen werde.

Deutſchland und der Zollverein.

Ruſſiſcher Einfluß in Deutſchland.

Jedenfalls konnte Nikolaus jetzt nach außen mit ganz andrer Kraft auftreten als Alexander in den letzten Jahren, oder als er ſelbſt es gekonnt, wenn das Gift der Verſchwörung im Geheimen ſich weiter verbreitet hätte. Daß ſein Beſtreben zunächſt auf die Schwächung Oeſtreichs abzielte, lag in den Verhältniſſen völlig begründet, und damit waren zugleich die Wege angegeben, die er wandeln mußte. In der großen Politik mußte er mit England und Frankreich ſo weit irgend möglich zuſammengehen, in Deutſchland mußte er Preußen und die Mittelſtaaten an ſich zu feſſeln ſuchen. In Berlin durfte er in Folge ſeiner verwandtſchaftlichen Beziehungen, als Schwiegerſohn des Königs, von vorn herein auf einen nicht unbedeutenden Einfluß rechnen, und die übrigen Staaten, die nur mit bittrem Groll ihren Widerſtand am Bundestag unter dem Druck der Heiligen Allianz hatten aufgeben müſſen und die durch ihre Herrſcherfamilien zum großen Theil in naher Verbindung mit dem ruſſiſchen Hofe ſtanden, ſahen in dem neuen Czaren eine erwünſchte Stütze, deren ſie zur Gewinnung größeren Einfluſſes ſich zu bedienen hofften. Sehr deutlich trat dies in Baiern hervor, wo König Ludwig I. wenige Wochen vorher den Thron beſtiegen und ſeine Regierung zu Metternichs großem Verdruß mit der Aufhebung des Cenſuredictes begonnen hatte. Ihm lag ſehr viel daran, ſich von Oeſtreich unabhängiger zu ſtellen; Metternichs Tadel und Drohungen erwiderte er mit Spott; er ſei als König von Baiern nur Gott und der Verfaſſung verantwortlich; da nun Kaiſer Franz nicht der liebe Gott und Metternich ganz gewiß nicht die Verfaſſung ſei, ſo möge ſich dieſer die Schlußfolgerungen ſelbſt ziehn. Mit Rußland in ein gutes Vernehmen zu treten, war ſein eifrigſtes Bemühen; in ihm, ſo ſchrieb er dem Czaren im Januar 1826, ſehe er die ſtärkſte Stütze Baierns; das ſei ſein politiſches Glaubensbekenntniß. Damit ſtand er alſo weſentlich auf demſelben Boden, den König Wilhelm von Würtemberg ſchon Alexander gegenüber und nicht immer ohne Erfolg behauptet hatte; beide ſüddeutſche Königreiche ſchloſſen ſich wieder enger an einander und ſuchten gemeinſam mit Rußlands Hülfe ihre volle Selbſtherrlichkeit gegen jeden Eingriff Oeſtreichs und Preußens zu ſchützen. Unter den übrigen Bundesſtaaten fanden ſich aber auch manche, die mit Rußlands Zuſtimmung eine Annäherung an Preußen ſuchten, und da andrerſeits

Baiern.

Würtemberg.

für Oestreich der Zusammenhalt mit der norddeutschen Großmacht um so werthvoller wurde, je mehr sich seine Stellung zu Rußland verschlechterte, so ergab sich aus der politischen Gesammtlage wie von selbst für Preußen ein gesteigertes Ansehn. Die Frucht dieser günstigen Verhältnisse, nicht minder aber auch der weisen vorbereitenden Schritte, die selbst in den elenden Jahren von 1818—25 nicht verabsäumt waren, trat in der Gründung des preußisch-darmstädtischen Zollvereins 1828 zu Tage.

Wirthschaftlicher Zustand Deutschlands nach 1815.

Nach den Verheißungen der Bundesacte hätte man freilich erwarten sollen, daß in Gemäßheit ihres § 19 die Bundesversammlung gleich in ihrer ersten Session Verkehr und Handel zwischen den einzelnen Staaten geordnet hätte. Aber das war trotz des dringenden Nothstandes nicht geschehen. Zwei sehr verschiedene Umstände wirkten in den ersten Jahren nach 1815 zusammen um großes wirthschaftliches Elend hervorzurufen: die Entwerthung der Manufacturen und die Theurung der Bodenerzeugnisse. Letztere war vornehmlich durch die schlechten Ernten von 1816 hervorgerufen, jene durch die plötzliche Ueberfüllung des deutschen Marktes mit englischen Waaren, die sich in der Zeit der Continentalsperre massenhaft angehäuft hatten und nun bei übertriebenem Angebot — allein 1818 wurden für 129 Mill. Gulden in Deutschland eingeführt — zu Spottpreisen bis zu 30 und 40 Procent unter den Herstellungskosten verschleudert wurden, was natürlich den Ertrag des deutschen Gewerbes empfindlich schädigte. Für die geringe wirthschaftliche Bildung jener Zeit ist es bezeichnend, daß man nicht einsah, wie dieser Zustand nur vorübergehend sein konnte, und daß man ihm durch einen Verein entgegen wirken wollte, den die Berliner Stadtverordneten am 27. December 1816 gründeten und dessen Mitglieder ihr Ehrenwort gaben, keine ausländischen Waaren zu kaufen, wenn sie inländische Fabrikate bekommen könnten. Daß die Regierungen ihren Unterthanen an wirthschaftlicher Einsicht nicht viel voraus waren, bewiesen ihre Maßregeln gegen die Hungersnoth, der sie durch zahlreiche gegenseitige Ausfuhrverbote der nothwendigsten Lebensmittel zu steuern suchten. Welche Preisverschiedenheiten dadurch entstanden, mag man daraus ersehen, daß der Scheffel Weizen 1817 am Rhein etwa 7 Mark höher stand als in Posen, während die größte Verschiedenheit innerhalb der preußischen Monarchie in den 50er Jahren nur eine Mark betrug. Besonders hart bedrängt war Würtemberg; es wandte sich daher an den Bundestag und verlangte die Ausführung des Artikels 19. In dem Ausschuß, welcher deshalb niedergesetzt wurde, waren die besseren Einsichten leidlich vertreten, so daß selbst die abgünstigen Mitglieder den Gedanken eines einheitlichen deutschen Zollgebietes eine große herzerhebende Idee nannten, und die Mehrheit die Aufhebung aller Beschränkungen des freien Verkehrs mit Getreide vom 1. October 1817 an vorschlug. Aber nicht einmal dieses bescheidene Ziel war zu erreichen. Baiern machte seine Zustimmung davon abhängig, daß sämmtliche Bundesstaaten für alle ihre Besitzungen, auch die außerdeutschen, beiträten, woran natürlich weder bei Dänemark und Holland, noch bei Oestreich

Verhandlungen am Bunde über Artikel 19.

zu denken war. Dieſes erklärte vielmehr ſeinerſeits, daß bei der geſegneten Ernte des laufenden Jahres die Frage ihre Dringlichkeit verloren habe und man von einem Beſchluſſe deshalb füglich abſehen könne.

Von der Tagesordnung in Frankfurt war damit die Herſtellung eines leichteren Verkehrs einſtweilen wieder entfernt; aber ſowohl in der öffentlichen Meinung, wie von Seiten einzelner Regierungen wurde die Frage feſtgehalten. In den Mittel- und Kleinſtaaten klammerte man ſich dabei, trotz des erſten Mißlingens, nach wie vor an die Hoffnung, der Bundestag werde die Sache ordnen. In dieſem Sinne entfaltete beſonders der Würtemberger Friedrich Liſt, ein Mann von gründlicher wirthſchaftlicher Bildung, die freilich oft durch die Leidenſchaftlichkeit, mit der er ſeine Ziele verfolgte, verdunkelt wurde, eine lebhafte Thätigkeit in den Kreiſen der Gewerbtreibenden. Er ſtiftete einen Verein deutſcher Kaufleute und Fabrikanten, veranſtaltete eine neue Bittſchrift an den Bundestag, begab ſich nach Wien zu den Miniſterialconferenzen und ſuchte dort für ſeine Ideen zu wirken, ſchlug ſogar vor, die Grenzzölle, welche an die Stelle aller Binnenmauthen treten ſollten, einer Actien-Geſellſchaft zu verpachten und bot Namens ſeines Vereines 30 Mill. Gulden dafür. Mit weniger Ueberſchwänglichkeit verfocht der badiſche Staatsmann Nebenius ähnliche Ideen; in einer ausführlichen Arbeit, die er Ende 1818 aufſetzte und die ein Jahr ſpäter den Conferenzmitgliedern in Wien vorgelegt wurde, empfahl er die Herſtellung eines allgemeinen deutſchen Zollſyſtems, das von dem Bundestag ins Leben gerufen und verwaltet werden ſollte. So vortrefflich ſich indeß dieſe Pläne auch anhörten, ſo litten ſie doch an nichts Geringerem als völliger Unausführbarkeit. Am Bundestage ließ ſich nur durch Einſtimmigkeit etwas ausrichten, und die war mit Nichten zu erreichen; überdies fehlte ſowohl Nebenius wie Liſt die klare Einſicht, daß zu einer Gemeinſamkeit der Einfuhrzölle die weſentliche Gleichheit der inneren Verbrauchsſteuern unerläßlich ſei. Dieſe Einſicht beſaß man in Berlin im vollſten Maße und war durch ſie zu dem verſtändigen Plane gelangt, von einer allgemeinen deutſchen Zolleinigung vor der Hand ganz abzuſehen und fürerſt die unendlich wirren Zoll- und Steuerverhältniſſe Preußens ſelbſtändig zu ordnen. Wie ſehr das Noth that, beweiſt der Umſtand, daß es allein in den alten Provinzen — Sachſen, Poſen, Pommern, Rheinland u. ſ. f. ausgenommen — 67 Zoll- und Acciſetarife gab, von denen die letztern allein 2776 verſchiedene Gegenſtände umfaßten. Einen ſolchen Zuſtand aufrecht zu erhalten, war der König keinen Augenblick Willens; ſchon während des Krieges von 1813 und 1814 hatten die preußiſchen Staatsmänner, beſonders Bülow und Eichhorn, daran gearbeitet, alle Zölle an die Grenzen zu verlegen und womöglich auch die andern deutſchen Staaten in dies Syſtem hineinzuziehen. Als ſie damit nicht durchdringen und auch auf dem Wiener Congreß ihre Pläne nicht verwirklichen konnten, zogen ſie ſich auf Preußen allein zurück. 1816 ſprach eine königliche Verordnung die Abſicht aus, ſämmtliche Waſſer-, Binnen- und Provinzialzölle durch ein all-

Liſt's Verein deutſcher Kaufleute.

Nebenius.

Das preußiſche Zollgeſetz von 1818.

gemeines und einfaches Grenzzollſyſtem zu erſetzen; doch erforderte ein ſo mühſames Unternehmen natürlich ſorgfältige Vorbereitung. Dem Fleiß und der Sachkenntniß des Generalſteuerdirectors Maaßen fiel die Aufgabe zu, das neue Zollgeſetz auszuarbeiten. Nicht die geringſte Schwierigkeit beſtand darin, daß die unverhältnißmäßig lange Grenzlinie des preußiſchen Staates, die bei 1073 Meilen Länge an 28 Nachbarn ſtieß, die Ueberwachung des Schmuggels faſt unmöglich machte. Die Folgerungen, welche Maaßen daraus zog, waren erſtens die Aufſtellung eines einfachen, überſichtlichen Tarifes, der die Waaren in wenige große Gruppen brachte, und zweitens die Erhebung der Zölle nach dem Gewicht, nicht nach dem Werthe der Waaren. Bei der bedrängten Lage der preußiſchen Finanzen war das wichtigſte Augenmerk natürlich die Zölle einträglich zu machen; von dem Syſtem der Schutzzölle kam man faſt gänzlich zurück; auf Manufacturen war nur ein Satz von 10 Procent, auf Colonialwaaren dagegen bis zu 20 Procent geſetzt. Preußen war ſomit der erſte Staat, der unumwunden den Weg des Freihandels betrat und von den engliſchen Staatsökonomen als Muſter und Vorbild aufgeſtellt werden konnte.

Steuergeſetze.

Auch auf den übrigen Gebieten der Staatsverwaltung entwickelte ſich eine rege Thätigkeit. 1819 wurden die Verbrauchsſteuern auf Wein, Bier, Branntwein und Tabak eingeführt, 1820 die Gewerbe- und Claſſen-, die Schlacht- und Mahlſteuer. Wenn dadurch dem Volk neue Laſten auferlegt wurden, ſo waren ſie doch gerechter als die bisherigen, und durch verbeſſerte Einrichtungen mancherlei Art, die Handel und Gewerbe zu Gute kamen, wurde die Erwerbsfähigkeit

Verkehrsmittel.

geſteigert. So verwendete der König beiſpielsweiſe binnen 11 Jahren faſt 22 Mill. Thaler auf den Bau von Chauſſeen, deren Länge von 1817—28 von 523 auf 1065 Meilen ſtieg. Auch das Poſtweſen wurde unter Nagler's Leitung unabläſſig verbeſſert, 1823 z. B. eine tägliche Verbindung zwiſchen Berlin und dem Rhein eingeführt, ſo daß Naglers Lob bald auf allen Wegen, von allen Reiſenden erſchallte und nur die Poſtmeiſter und Poſtillone unzufrieden waren. Durch alle dieſe Maßregeln wurde nicht allein dem Publicum der größte Dienſt geleiſtet, ſondern allmälig auch die Einnahmen der Staatscaſſe weſentlich gehoben.

Klagen der Nachbarſtaaten.

Aber wenn Preußen denn auch allen Grund hatte mit ſeinem neuen Steuergeſetz zufrieden zu ſein, ſo erregte daſſelbe um ſo größeres Mißfallen bei den kleineren Nachbarn, die ihren Verkehr dadurch behindert ſahen, und vollends bei den Staaten, die ganz oder theilweiſe von preußiſchem Gebiet umſchloſſen waren. Natürlich konnte dieſen nicht die zollfreie Einfuhr der Artikel, die ſie gebrauchten, geſtattet werden; dagegen gebot die Billigkeit ihnen verhältnißmäßigen Antheil an den Grenzzöllen zu gönnen. Wollten ſie freilich darauf nicht eingehn, ſo konnte Preußen immerhin erklären, daß es den Zoll auf die Waaren, welche durch ſein Gebiet in jene Staaten eingeführt wurden, als Durchfuhrzoll erhebe. Doch lag dies keineswegs in der Abſicht der preußiſchen Staatsmänner. Ihnen war es ſehr erwünſcht, nicht blos die kleinen Einſchlüſſe, wie Anhalt und einige Beſtandtheile der

thüringischen Länder, sondern auch andre Nachbarstaaten vollständig in ihr Zollsystem aufzunehmen und dieses so von Grenze zu Grenze vorzuschieben. Antheil an der Gesetzgebung konnten sie freilich diesen Kleinsten nicht zugestehn, aber vollen Antheil am Ertrag der Steuern räumten sie bereitwillig ein. In diesem Sinne lud Eichhorn, in Zollsachen damals „die Seele des preußischen Ministeriums" des Aeußern, Anfang 1819 die Nachbarregierungen zu Verhandlungen in Berlin ein; den thüringischen Staaten insbesondere wurde noch gerathen, sich erst unter einander zu einem Handelsverein zu verbinden und dann eine Zollvereinigung mit Preußen anzustreben. Indeß so klar und so unangreifbar dieser Standpunct war, so wenig wollte er den Nachbarn einleuchten. Nur der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen nahm für einen Theil seines Ländchens den preußischen Vorschlag schon 1819 an; die übrigen Betheiligten und mit ihnen im Chorus die Unbetheiligten und die ganze öffentliche Meinung in Deutschland, von Luden's Nemesis an bis zu Kotzebue's politischem Wochenblatt, stimmte ein Wuthgeheul gegen Preußen an. Am vornehmlichsten ertönte der Schlachtruf des Herzogs von Köthen. Entschlossen, niemals auf seine unverlierbaren Souveränitätsrechte zu verzichten, rief er für seine „über alle Angriffe erhabene Sache" die Ministerconferenz in Wien um Hülfe an. Aber trotzdem daß Alles sich beeilte ihm Hülfe zu leisten, daß eigentlich nur Baiern nicht in den wilden Lärm einstimmte, daß ganz Deutschland auf Seiten der gekränkten Unschuld stand, war Nichts zu erreichen; denn Preußen beharrte fest auf seinem guten Recht, eben so entschlossen, jede Rücksicht der Billigkeit zu üben, wie keinen Schritt von dem Nothwendigen zurück zu weichen. Eine Zeitlang sah es dem Toben gelassen zu; endlich erforderte seine Würde und sein Interesse ein energisches Durchgreifen. Die Köthener betrieben nämlich, von den herzoglichen Behörden unterstützt, einen großartigen Schmuggel auf der Elbe. Während die Einwohnerzahl des Herzogthums zu der Preußens sich wie 9: 1000 verhielt, stand der Verbrauch ausländischer Waaren wie 64, der von Seidenfabricaten wie 91, der von baumwollenen Waaren gar wie 165: 1000. Nachdem sich beide Regierungen auch am Bundestage noch herumgezankt und hier die gesammte Opposition, Wangenheim an der Spitze, selbstverständlich für Köthen eingetreten war, riß Preußen endlich die Geduld; es umgab 1822 das ganze Herzogthum mit Zollstellen und nahm ihm so jeden freien Handelsverkehr. Als auch das sich noch nicht wirksam zeigte und das inzwischen zum Katholicismus übergegangene herzogliche Paar noch keine Anstalten zum Nachgeben traf, wurde endlich 1827 auch die Elbe beim Ein- und Ausfluß in Köthen abgesperrt und dadurch die Sache zur Entscheidung gebracht. Oestreich, das bisher den Widerstand gegen Preußen heimlich genährt hatte, brauchte jetzt dessen Hülfe gegen Rußland und drängte den Herzog von Köthen mit seinem Vetter von Dessau zum Nachgeben, so daß endlich nach einem zehnjährigen Zollkriege am 17. Juli 1828 der Eintritt in das preußische Zollsystem erfolgte. Wenigstens ein Trost war den Besiegten vergönnt, freilich der ärmlichste, den es giebt: sie hatten Genossen im

Sondershausen.

Köthen.

Dessau.

Bernburg. Unglück. Der Bernburger Herzog war ſchon 1823 mit der Hälfte
Andre Anſchlüſſe. und 1826 mit ſeinem ganzen Staatsgebiet hinzugetreten, und Rudolſtadt, Detmold, Weimar, Gotha, Schwerin nahmen wenigſtens für einzelne Aemter daran Theil. Vom nationalen Geſichtspuncte aus betrachtet war alſo die erreichte Einigung noch ſehr unbedeutend, aber da der Anfang wie überall ſo auch hier als das Schwerſte gelten mußte, ſo konnte man in Berlin doch mit großer Befriedigung auf den geſchaffenen Kern hinſehn. Mit verſtändiger Zurückhaltung verzichtete man darauf, die Nachbarſtaaten zum Beitritt einzuladen; man wußte aus Erfahrung, daß dadurch die Eiferſucht der Landesherren
Preußens Entgegenkommen. nur gereizt werde; ſeine Geneigtheit, ſie in ſein Zollſyſtem aufzunehmen, hatte der König ſchon 1818 ausgeſprochen; jetzt ſei es an den Nachbarn, meinte Eichhorn, ihrerſeits mit gutem Willen entgegenzukommen. Dabei war man gern bereit, den Größeren einen Antheil an der Beſtimmung des Zolltarifs zu gewähren, und ſah für Preußen, das ſich natürlich nicht ſeinem Intereſſe zuwider überſtimmen laſſen durfte, eine genügende Bürgſchaft in dem Kündigungsrechte. Die Grenzbewachung glaubte man freilich Anfangs ganz allein in die Hand nehmen zu müſſen; die Zolllinien der Kleinſtaaten waren nicht danach angethan, eine gründliche Verhinderung des Schmuggels zu verbürgen; je deutlicher man aber einſah, daß dieſer Verzicht auf die Anſtellung eigner Zollbeamten mehr als irgend etwas ſonſt den Fürſten die Einigung mit Preußen verleide, ließ man auch dieſe Forderung fallen und begnügte ſich mit einer gegenſeitigen Ueberwachung. Alles das waren wohlbemerkt Betrachtungen, Erwägungen und Ergebniſſe, die ſich einſtweilen nur im Schoße und im Dunkel der preußiſchen Miniſterien entwickelten, nicht im Meinungsaustauſch mit andern deutſchen Cabinetten. Zu einem ſolchen war Jahre lang die Gelegenheit gar nicht gegeben; die Frage des Beitrittes größerer Nachbarſtaaten war noch keineswegs practiſch geworden; aber man unterließ in Berlin nicht, ſie einſtweilen grundſätzlich zu ſtudiren, um zur rechten Zeit ſeine Forderungen und Angebote beſtimmt ausſprechen zu können.

Die Darmſtädter Berathungen. Die Mittel- und Kleinſtaaten verſuchten unterdeß, ob ſie nicht unter ſich, ohne Anſchluß an das gefährliche Preußen, einen „reindeutſchen“ Zollverein zu Stande bringen könnten. Baiern, Würtemberg, Baden, beide Heſſen, Naſſau und die thüringiſchen Staaten hielten zu dem Zweck auf Grund eines Wiener Vertrages vom 19. Mai 1820 Berathungen in Darmſtadt, die am 13. September eröffnet wurden. Allein was jeder Unbefangene vorausſehen konnte, trat ſehr bald ein: ſo wenig wie dem preußiſchen Zollgeſetz wollte irgend ein Staat ſich dem bairiſchen oder badiſchen Tarif unterordnen, und ſo wenig wie Preußen auf das ſeine verzichten konnte, ſo wenig war Baiern oder ſonſt eine Regierung dazu bereit. Dazu kam, daß die würtembergiſchen Oppoſitionsgelüſte ſich der Darmſtädter Conferenz und des zu gründenden Vereins als Mittels gegen die öſtreichiſche Politik bedienen wollten, und daß hierdurch nicht allein Metternichs Mißtrauen rege wurde, ſondern auch die getreuſten ſeiner Anhänger,

wie Naſſau und Baden zu ſtutzen begannen. Nach beinah dreijähriger Dauer gingen die Conferenzen endlich erfolglos auseinander. Darmſtadt erklärte am 3. Juli 1823 ſeinen Austritt und damit hatte Baiern den gewünſchten Anlaß gleichfalls auszuſcheiden. Nun verſuchte man, was im größeren Kreiſe nicht gelungen war, wenigſtens in kleineren Gruppen zu erreichen und ſchlug dabei ganz unbefangen den vielgeläſterten Weg ein, den Preußen betreten hatte. So kam es 1824 zu einem Zollvertrag zwiſchen Würtemberg uud Hohenzollern, zu gegenſeitigen Erleichterungen zwiſchen Baden und Darmſtadt und ſogar zu einem Vertragsentwurfe zwiſchen Würtemberg und Baiern. Dieſer letztere ſollte den drei Rheinſtaaten, Naſſau, Darmſtadt und Baden, zur Mitunterzeichnung vorgelegt werden. Aufs Neue fanden im Februar 1825 Conferenzen zwiſchen dieſen fünf Regierungen ſtatt, diesmal in Stuttgart. Aber das Ende war kein beſſeres als das vom Jahre 1823. Die Intereſſen waren zu verſchieden, der gegenſeitige Argwohn zu groß. Die Verhandlungen mußten im Juni 1825 abgebrochen werden und damit wurde auch der bairiſch-würtembergiſche Entwurf vor der Hand zu Grabe getragen. Jedoch nicht für lange. Im October des Jahres beſtieg Ludwig I. den bairiſchen Thron; mit großem Eifer griff er den Gedanken der Zolleinigung mit Würtemberg wieder auf; ihm wie dem Könige Wilhelm erſchien derſelbe zugleich wie ein erſter Schritt, um ſich dem Ziel, das ſie beide erſtrebten, der Unabhängigkeit ihrer Länder von den beiden Großmächten, zu nähern. Nach längeren Verhandlungen kam am 12. April 1827 ein neuer Entwurf zu Stande; noch einmal beſchloß man die angrenzenden Staaten zum Beitritt aufzufordern und ſie dabei auf die politiſche Bedeutung dieſes rein-deutſchen Bundes nachdrücklich hinzuweiſen; als dieſer Verſuch trotz aller aufgewandten Bemühungen erfolglos blieb, wurde der Vertragsentwurf am 18. Januar 1828 in einen wirklichen Vertrag verwandelt.

Süddeutſche Zolleinigungen.

Für keinen Staat war die hierdurch geſchaffene Lage unerträglicher als für Heſſen-Darmſtadt, das mit ſeinem getheilten Gebiet, ſeinen langen Grenzen, ſeinen unergiebigen Zöllen, ſeiner ſtets wachſenden Finanznoth ſich dem preußiſchen oder dem ſüddeutſchen Zollgebiet auf die Dauer gar nicht entziehen konnte. Beſonders von Baiern wurde keine Bemühung geſcheut es zum Anſchluß an den ſüddeutſchen Verein zu bewegen. Aber theils politiſche Beſorgniſſe, theils die Hoffnung auf günſtigere finanzielle Ergebniſſe, vor Allem wohl der ſtärkere Handelsverkehr mit Preußen führten den darmſtädter Miniſter du Thil dahin, mit dieſem Staate anzuknüpfen. Schon 1825 hatte er in Berlin anfragen laſſen, ob der König geneigt ſei, mit beiden Heſſen einen Zollverein abzuſchließen. Darauf war alsbald eine bejahende Antwort ertheilt, aber nun zeigte ſich, daß Kurheſſen mit dem Antrage durchaus nicht einverſtanden war. Mit Darmſtadt allein ſich zu verbinden, war aber für die preußiſche Regierung ſehr wenig verlockend. Sie hielt damals noch an dem Grundſatze feſt, ihr Zollſyſtem nur „von Grenze zu Grenze" vorzuſchieben, ein Verfahren, das eine fortſchreitende Verkürzung der Zolllinie und daher

Darmſtadts Lage.

Kurheſſen.

einen gesteigerten Ertrag der Zölle sicherte. Unter diesem Gesichtspuncte konnte grade die Vereinigung mit Darmstadt sich durchaus nicht empfehlen. Die preußischen Zollgrenzen waren durch die nach und nach abgeschlossenen Verträge mit den Einschlußstaaten von 1073 auf 992 Meilen heruntergebracht; Hessen-Darmstadts Beitritt mußte sie auf 1108 Meilen verlängern, während die Vergrößerung des Zollgebietes kaum 150 Quadratmeilen betrug. Auch der geringe Verbrauch von Colonialwaaren in dem Großherzogthum ließ eine Vereinigung für Preußen unvortheilhaft erscheinen, da der Zollertrag ja nach der Kopfzahl getheilt werden sollte. Aber wenn alle finanziellen Gründe auch gegen den Bund mit Hessen sprachen, so redeten die politischen um so lauter zu seinen Gunsten. Einen deutschen Bundesgenossen, der sich in ernster Verlegenheit finde, abzuweisen, hielt man für hochbedenklich; andrerseits gewann man die wichtige Stellung in Mainz und verhinderte den süddeutschen Sonderbund über den Main vorzudringen. Gemeinsam mit dem tüchtigen Finanzminister von Motz, der seit 1825 an Klewitz' Stelle getreten war, hoffte Eichhorn auch, daß Darmstadts Beispiel, wenn sich die Arznei, die es für seine Finanzverlegenheiten suche, als wirksam erweise, bei seinen Leidensgefährten bald Nachfolge finden werde. Und so wurde denn das Anerbieten du Thil's, einen geheimen Bevollmächtigten zum Abschluß eines Zollvertrages nach Berlin zu schicken, angenommen. Am 6. Januar 1828 traf dieser in der Person des Herrn v. Hofmann ein; schon am 3. Februar konnte der König die getroffenen Vereinbarungen genehmigen. Sie hielten sich durchaus auf dem Boden der Zugeständnisse, welche in preußischen Regierungskreisen schon vorher als zulässig erkannt waren. Darmstadt nahm den preußischen Tarif an, versprach die wichtigsten preußischen Verbrauchssteuern einzuführen, behielt seine eigene Zollverwaltung, war in der Zollgesetzgebung vollkommen gleichberechtigt und nahm an den Einkünften nach der Kopfzahl Theil. Von sechs zu sechs Jahren hatten beide das Recht der Kündigung.

Der preußisch-darmstädtische Zollverein.

Der Verdruß über diesen Vertrag war an beinahe allen deutschen Höfen gleich groß; nur die Geschicklichkeit, den Aerger zu verstecken, und die Gewandtheit, einen Gegenschlag gegen Preußen auszusinnen, war verschieden. Durch seine geographische Lage wurde Kurhessen in diesen Wochen der wichtigste Staat in Deutschland. Sein Beitritt zu dem preußisch-darmstädtischen Vertrage würde nicht allein die Zollgrenzen wesentlich verkürzt, sondern auch die beiden Theile der preußischen Monarchie verbunden haben. Deshalb war auch in Berlin beschlossen worden, daß der Großherzog von Hessen seinen kurfürstlichen Vetter zum Anschluß einladen solle. Dies zu verhindern mußte das nächste Ziel aller Preußenfeinde sein, und so bildete denn Cassel in den nächsten Monaten ein wahres Heerlager von amtlichen und geheimen Sendlingen der mittelstaatlichen Regierungen. Es war bei dem Charakter des Kurfürsten, der überdies mit seinem Schwager, dem König von Preußen, in den übelsten Beziehungen stand, keine zu schwere Aufgabe, die sie zu lösen hatten. In seinen Augen er-

Verhandlungen mit Kurhessen.

schien es als eine schwere Ungehörigkeit, daß Hessen-Darmstadt überhaupt Verabredungen in Beziehung auf seine Staaten mit Preußen getroffen hatte. „Ich bin Chef des hessischen Hauses, erklärte er dem hessischen Gesandten, und werde Anmaßungen, wie der Großherzog sie sich erlaubt hat, nicht dulden, seine Bitte nicht gewähren." Aber mit diesem nächsten Erfolge waren die mittelstaatlichen Höfe noch nicht zufrieden; sie wollten den Beitritt Kurhessens zum preußischen Zollsystem womöglich auch für die Zukunft vereiteln. Dabei trennten sich denn freilich ihre Wege. Baiern und Würtemberg wünschten Kurhessen als Dritten für ihren eignen Bund zu gewinnen; das erwies sich bald als ein durchaus hoffnungsloses Unternehmen; schon im Mai erklärte der Kurfürst, er wolle mit den bairischen Mauthrittern Nichts zu thun haben. Sachsen dagegen und die thüringischen Staaten bedurften der Mitwirkung des Kurstaates zu einem andern Plane, der einer boshaften Verschwörung gegen den preußischen Zollverein durchaus gleich kam. Es handelte sich um nichts Kleineres als einen mitteldeutschen Gegenzollverein, der ohne selbst ein eignes handelspolitisches Ziel zu verfolgen nur als ein Keil zwischen den preußischen und den süddeutschen Handelsbund eindringen und beider Verbindung hindern sollte. Dieser bösartige Gedanke war schon Ende März zwischen dem Herzog von Gotha, dem sächsischen Minister Carlowitz und ein paar thüringischen Staatsmänner vertragsmäßig ausgesprochen worden. Man versprach sich, alle zwischen den preußischen und bairischen Zolllinien gelegenen Staaten zum Beitritt zu werben und ging sogleich mit Eifer ans Werk. Der Erfolg konnte kaum glänzender sein. Die thüringischen Staaten, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hannover, Braunschweig, endlich auch Kurhessen, das dem neuen Vereine zur Herstellung der Gebietseinheit ganz unentbehrlich war, schlossen sich an und im Sommer 1828 war der „mitteldeutsche Handelsverein" fertig. Auf den Cassseler Conferenzen erhielt er am 24. Sept. 1828 seine Gesetze. Man trug sich mit den kühnsten Plänen. Nicht zufrieden damit, auf sechs Jahre hinaus — denn bis 1834 sollte der Bund dauern — jede Vergrößerung des preußischen Zollvereins links der Elbe vereitelt zu haben, hoffte man durch hohe Durchfuhrzölle auf den Straßen, welche die beiden Theile der preußischen Monarchie verbanden oder den Verkehr zwischen Preußen und Baiern vermittelten, einen solchen Druck in Berlin ausüben zu können, daß der König sich den Bedingungen des Handelsvereins zuletzt demüthig werde fügen müssen.

Der mitteldeutsche Handelsverein.

Der Gedanke war an sich nicht übel ersonnen; es fragte sich nur, ob die preußischen Staatsmänner keine Mittel fanden ihn zu vereiteln, und diese Frage fiel im Ganzen und Großen mit der andern zusammen, ob die Staaten des Handelsvereines wirklich unerschütterlich zusammenhielten. In Berlin war man von dem Gegentheil so tief überzeugt und hatte von der inneren Zwietracht des neuen Bundes so genaue Kenntniß, daß man darauf einen Feldzugsplan baute, der mit solcher Kühnheit und Sicherheit durchgeführt wurde, wie nur je eine diplomatische oder militärische That. Mit verdoppelter

Preußens Gegenanstrengungen.

Anſtrengung förderte man den Chauſſeebau, beſonders auf denjenigen Strecken, welche als Erſatz für ſolche dienen konnten, die zum Theil durch nichtpreußiſches Gebiet führten; von 1825—29 ſind 285 Meilen gebaut worden; 1830 ſollten nicht weniger als 142 hinzukommen.

Vertrag mit Baiern und Würtemberg.

Sodann aber wandte man ſich an Baiern und ſuchte dort die Gemeinſamkeit der Intereſſen, in welcher die beiden Zollvereine ſich gegenüber dem Handelsbunde befanden, zum Bewußtſein zu bringen. Der Baron von Cotta, der ſelbſtändig auf gleiche Ideen gekommen und in dieſem Sinne bei König Ludwig ſchon thätig geworden war, diente als Mittelsperſon. Er kam als vertraulicher Bevollmächtigter nach Berlin und fand leicht den Weg zu amtlichen Verhandlungen. Am 8. März 1829 wurden dieſelben eröffnet und am 27. Mai bereits der Vertrag zwiſchen beiden Zollbünden vollzogen. Zu einer Verſchmelzung war die Zeit freilich noch nicht gekommen; dazu war das Grenzgebiet, auf dem beide ſich berührten, zu ſchmal. Aber man verminderte nicht allein die gegenſeitigen Zölle auf Fabrikate und hob ſie für alle Erzeugniſſe der Natur, des Gewerbfleißes und der Kunſt völlig auf, ſondern man verabredete auch jährliche Zollconferenzen behufs weiterer Annäherung und verpflichtete ſich mit gemeinſamen Grenznachbarn keine einſeitigen Handelsverträge abzuſchließen.

Verträge mit Meiningen und Gotha.

Auf dieſen erſten Schritt folgte bald ein zweiter. Sollte der Verkehr mit Baiern ſich lebhafter entwickeln, ſo bedurfte man Handelsſtraßen, die von dem mitteldeutſchen Vereine nicht mit willkürlichen Durchfuhrzöllen belegt werden konnten. Es galt alſo unter den Caſſeler Verbündeten ſolche auszufinden, die trotz der übernommenen Verpflichtungen nicht blind für die Vortheile blieben, die ihren Ländern aus dem Erblühen eines lebhaften Durchfuhrverkehrs erwachſen mußten. Natürlich durfte man ſie nur unter den kleinern ſuchen und mußte ſich wohl hüten, ihnen Opfer anzuſinnen. Gelang das Vorhaben, ſo war ein großer Sieg erfochten; man hatte die Gegner mit ihren eigenen Waffen, mit ihrer eigenen Straßenpolitik geſchlagen. Unverdroſſen machte ſich Motz an die vielleicht langwierige Aufgabe und gewann den glänzendſten, ſchnellſten Triumph. Schon Anfang Juli 1829 unterzeichnete er einen Vertrag mit Meiningen und Gotha, kraft deſſen Preußen dieſen beiden Ländern das Geld vorſchoß um gemeinſam mit ihm einen großen Straßenzug zu bauen, der von Langenſalza aus über Gotha in zwei Armen nach Würzburg und Bamberg führen und von jedem Durchfuhrzoll befreit bleiben ſollte. Der Schlag war für den mitteldeutſchen Verein tödtlich; eine unabhängige preußiſch-bairiſche Handelsſtraße Hamburg-Nürnberg war geſichert; der alten Frankfurt-Caſſeler Linie drohte die gefährlichſte Concurrenz; ein Mittel, das Unheil abzuwenden, gab es nicht. Vergebens tagten die Diplomaten im Sommer 1829 von Neuem in Caſſel und tobten wider die beiden kleinen Verräther; vergebens ſuchten ſie ſich mit einer Verlängerung ihres Vertrages um 6 Jahre zu tröſten und beſchloſſen, daß jede Veränderung des Durchfuhrtarifs auf den großen Straßen fortan nur nach gemeinſamer Verabredung ſtatt haben dürfe. Das Unglück war geſchehn und nicht mehr rück-

Spaltung des mitteldeutſchen Vereins.

gängig zu machen. Meiningen und Gotha weigerten den Beitritt zu dem neuen Vertrage, die beiden Reuß verpflichteten ſich gar im Voraus ſich 1834 dem preußiſchen oder dem bairiſchen Syſtem anzuſchließen; ſelbſt in Frankfurt, in Naſſau, in Sachſen, entſchloß man ſich nur langſam zum Beitritt. Von allen Seiten drohte Verrath und Abfall.

Der Eimbecker Vertrag.

Da thaten ſich die Eifrigſten auf eigene Hand zuſammen um in dem Handelsbunde einen engeren Bund zu ſchließen; es waren Hannover und Oldenburg, Braunſchweig und Kurheſſen. Aber der Tag, an welchem ſie den Entwurf ihres Zollvereines, den Eimbecker Vertrag, unterzeichneten, war der 27. März 1830, und ehe dieſer Entwurf beſtätigt werden konnte, war die franzöſiſche Juli-Revolution mit ihren Nachwirkungen in Braunſchweig, Caſſel, Dresden und Hannover dazwiſchen getreten und hatte an allen dieſen Orten das alte Regiment geſtürzt. Von beſonderer Bedeutung war das in Caſſel. Denn Kurheſſens Beitritt zu dem Eimbecker Vertrag war durch kein Intereſſe des Landes geboten, während man einer engeren Verbindung von Hannover, Braunſchweig und Oldenburg ſelbſt in Berlin nicht jede Berechtigung beſtritt, zumal im Hinblick auf die handelspolitiſche Abhängigkeit, in der Hannover zu England ſtand. In Caſſel dagegen konnten die neuen Männer — und Finanzminiſter wurde ein Motz, ein Verwandter des leider zu früh, am 30. Juni 1830, geſtorbenen preußiſchen Motz — nicht auf der bisherigen Bahn verharren; ein völliger Umſchwung trat ein, und unbekümmert um ſeine vertragsmäßigen Verpflichtungen, die eimbecker wie die caſſeler, ſchloß ſich der Kurfürſt am 25. Auguſt 1831 dem preußiſch-darmſtädtiſchen, nunmehr preußiſch-heſſiſchen Zollvereine an. Damit war der Sieg Preußens über ſeine Gegner vollkommen; wie zwiſchen ſeinem Zollverein und Baiern, ſo war nun auch zwiſchen den Rheinlanden und der alten Monarchie die Verbindung hergeſtellt; erſchweren konnten die Gegner die Weiterbildung des Werks vielleicht noch manchmal; erſchüttern konnten ſie es nicht mehr. Preußen hatte einen neuen feſten Fuß in Deutſchland gefaßt und durch die geduldige beſonnene Arbeit ſeiner Staatsmänner den feſten Grund zu dem Wiederaufbau deutſcher Größe gelegt. Ein unmittelbares, bewußtes Streben nach der politiſchen Herrſchaft über die deutſchen Bundesgenoſſen hatte ſie dabei nur im geringſten Maße geleitet; ihre Abſicht war es, das materielle Wohl des eigenen Staates zu fördern; aber grade darin, daß ſie dies nicht wirkſamer thun konnten, als indem ſie die Nachbarländer an denſelben Segnungen Theil nehmen ließen, grade darin, daß Preußens Vortheil mit dem ſeiner Bundesgenoſſen zuſammenfiel, daß es dieſen ſogar Opfer bringen konnte, um ihre Mitwirkung zu gewinnen, grade darin zeigte ſich am klarſten und zwingendſten, daß es kein leeres Wort, keine begehrliche Anmaßung, ſondern eine unantaſtbare geſchichtliche Thatſache war, daß der preußiſche Staat berufen ſei die Führung Deutſchlands zu übernehmen und zunächſt die Gemeinſamkeit der Verkehrsintereſſen, weiterhin dann

Kurheſſens Eintritt in den Zollverein.

Preußens Stellung zum Zollverein.

aber auch in unabweisbarer Folge die politiſche Vertretung des geſammten Vaterlandes unter ſeine Obhut zu ſtellen.

Englands innere Reformen.

Das Ausland und der Zollverein.

Das Ausland ſchenkte der Begründung des preußiſchen Zollvereins bei Weitem nicht die Beachtung, die ſie verdiente. Metternich gewann es ohne große Mühe über ſich, das berliner Cabinet auf dieſem Gebiete, das ihm perſönlich recht fremd war, nach Belieben ſchalten zu laſſen; in Paris war man mit ganz andern Dingen beſchäftigt und hielt geraume Zeit dieſe kleinlichen Vorgänge in Deutſchland kaum der Aufmerkſamkeit werth. Rußland hatte Nichts dawider, wenn Preußen ſich auf dieſem Wege einigen Erſatz ſchaffte für den ſchweren Schaden, den es durch die Zollgeſetzgebung ſeines öſtlichen Nachbarn erlitt. Mit völliger Nichtachtung der Verkehrsfreiheit, die in Gemäßheit der Verträge von 1815 zwiſchen Preußen und Polen beſtand, führte Alexander nämlich 1822 Grenzzölle von ſolcher Höhe ein, daß dadurch dem Handel der angrenzenden preußiſchen Provinzen die ſchwerſten Wunden geſchlagen wurden, und keine Vorſtellungen vermochten ihn zu Aenderungen zu bewegen.

Rußland.

England.

Das meiſte Verſtändniß, freilich auch nur erſt in engen Kreiſen, fand die preußiſche Freihandelspolitik in England. Schon 1820 wandte ſich die Londoner City mit einer Bittſchrift an das Unterhaus, in welcher das Zollgeſetz von 1818 als ein ſegenbringendes Vorbild anempfohlen wurde, und ſieben Jahre nachher ſprach William Huskiſſon, Cannings College im Handelsminiſterium, in gleichem Sinne ſeine Hoffnung aus, daß auch England ſich mit der Zeit eines gleichen Tarifes werde rühmen können. Seine Stellung an der Spitze des Handelsamtes und die Billigung, die ſeine Anſchauungen bei Männern wie Canning, Robert Peel, Robinſon, ſeinen Collegen im Miniſterium, fanden, benutzte er um vorſichtig und allmälig mit den vielen Beſchränkungen aufzuräumen, denen Handel und Schifffahrt in England dank dem alten Schutz- und Abwehrſyſteme unterlagen. Fremden Schiffen wurden die höheren Hafengebühren, die ſie bisher gezahlt, erlaſſen und der Verkehr mit den engliſchen Niederlaſſungen geſtattet, nur daß ſie von dort keine Waaren in britiſche Häfen führen durften. Viele Zölle wurden ermäßigt, Einfuhrverbote aufgehoben und 1825 ein neuer Tarif ausgearbeitet. Handel und Verkehr nahmen in Folge deſſen einen gewaltigen Aufſchwung, aber freilich wuchs auch der Leichtſinn und die Verwegenheit in den Geſchäften. Bezeichnend dafür iſt, daß in dem einen Jahre 1825 das Parlament die Gründung von 286 Actiengeſellſchaften genehmigte, während bis dahin nur 276 beſtanden hatten. Die Folgen dieſer Maßloſigkeiten blieben nicht aus; gegen Ende des Jahres begann eine der ſchwerſten Handelskriſen, die England durchzumachen gehabt hat. Allein ſobald dieſe überſtanden war und den Markt von den zahlreichen unſoliden Geſchäften gereinigt hatte, blühte die Handelsthätigkeit um ſo kräftiger auf und mit ihr der Wohlſtand des Landes. Cannings auswärtige

Engliſche Handelsreformen.

Politik trug das Ihre dazu bei. Der größte Dienst, den er der Geschäftswelt leistete, war die Anerkennung der vormals spanischen Colonien in Amerika als selbständiger Republiken. Schon 1823 hatte er in den wichtigsten Häfen derselben englische Consule ernannt und mit dem 1. Januar 1825 erkannte er sie als unabhängige Staaten an. Die Vortheile dieses Schrittes waren doppelter Art. Auf der einen Seite wurde damit ein entscheidender Schlag gegen die Mächte der Heiligen Allianz geführt, die von dem Umsichgreifen der republikanischen Staatsform in Amerika die schlimmste Rückwirkung auf Europa befürchteten und immer noch gehofft hatten mit Englands Hülfe, die freilich dabei nicht zu entbehren war, die Wiederbefestigung der spanischen Herrschaft oder doch monarchischer Verfassungen zu erreichen. Indem nun England 1825 die neuen Republiken anerkannte, stellte es ihren Bestand gegen europäische Angriffe, die ohne seine Flotte aussichtslos waren, vollständig sicher, und aus dieser Sicherheit erwuchs ihm der zweite Vortheil, ein ungeahnter Aufschwung des Handels mit diesen Ländern, dessen Löwenantheil ihm als der größten Seemacht natürlich zufallen mußte. Auf die Befestigung der inneren Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten konnte freilich keine fremde Macht Einfluß gewinnen. Ihr gehoffter und gefürchteter Einfluß auf die europäische Politik blieb deshalb aus und es berührt uns heute sehr seltsam, wenn wir lesen, wie man z. B. im Kreise der deutschen Bundestagsgesandten im Jahre 1818 die näheren Nachrichten über eine neue südamerikanische Revolution mit einer Spannung und Neugier erwartet, wie sie nur einem hochwichtigen Ereigniß entgegengetragen wird. Nur wenige mochten damals voraussehen, daß diese republikanischen Gebilde der neuen Welt weit mehr geeignet sein würden abschreckend als ansteckend auf die europäischen Schwärmer zu wirken.

Anerkennung der amerikanischen Republiken.

Damals aber belebten die unklaren und verworrenen Nachrichten, die über den Ocean herüber klangen, allerdings die Hoffnungen des Liberalismus und Cannings Name war auch auf dem Festlande hochgefeiert, seit er die Anerkennung der Republiken vollzogen hatte. Daß ein Tory diesen Schritt gethan, erhöhte seine Bedeutung. Derselbe Tory trat in Griechenland und wo er sonst die Gelegenheit fand, mit gleicher Schärfe den absolutistischen Gelüsten gegenüber und trug kein Bedenken „der bürgerlichen und religiösen Freiheit auf dem ganzen Erdenrund“ einen öffentlichen Trinkspruch zu bringen. Auch in der heimischen Politik zeigte er eine maßvolle und verständige Hinneigung zum Fortschritt, wie sie nach Metternichs Ansicht mit der Rolle eines conservativen Staatsmanns durchaus unverträglich war. Auch Englands gesundes constitutionelles Leben krankte nämlich an einem schweren Uebel. Obgleich das Volk dem Herrscher gegenüber alle die Rechte im größten Umfange besaß, die es zur Verhinderung absoluter Willkür gebrauchte, so wirkten zur Ausübung dieser Rechte doch sehr beträchtliche Theile der Nation durchaus nicht mit. Seit Jahrhunderten war in der Zusammensetzung des Unterhauses keine wesentliche Veränderung vorgegangen; dieselben Städte schickten

Parlamentsreform und Katholiken-Emancipation.

noch dieſelbe Zahl von Vertretern ins Parlament, die ihnen unter ganz andern Verhältniſſen zugeſtanden war. So kam es, daß kleine verrottete Landſtädtchen, die ſog. rotten boroughs, deren ganze Wählerſchaft von irgend einem mächtigen Pair abhing, mehre Abgeordnete ernennen konnten, während blühende und täglich wachſende Fabrik- und Handelsſtädte ganz unvertreten blieben, weil ihr Entſtehen oder doch ihr Aufſchwung nicht bis ins Mittelalter zurückging. Noch bedenklicher aber als dieſer Uebelſtand war ein zweiter. Durch Geſetze, welche nach den beiden Revolutionen unter Karl II. und Wilhelm III. erlaſſen waren, ſahen ſich die Katholiken Englands und Irlands von der Wählbarkeit zum Parlamente ausgeſchloſſen. Zumal für die Iren war dies unerträglich, da ſie — zu ſieben Achteln katholiſch — damit zugleich des einzigen Mittels verluſtig gingen, durch das ſie ihre gedrückte Lage hätten beſſern können. Faſt alles Grundeigenthum ihrer Inſel befand ſich in den Händen engliſcher Großer; ſie ſelbſt konnten ihr heimatliches Land faſt nur als Pächter bebauen; den geringen Ertrag, welchen hohe Pachtſummen ihnen von den Früchten ihrer Arbeit ließen, ſchmälerten ſchwere Steuern, von denen beſonders die kränkend und drückend waren, welche zur Unterhaltung der proteſtantiſchen Geiſtlichkeit erhoben wurden. Dem ſchweren Elend des iriſchen Landmannes konnte nur durch einen Kampf im Parlament ein Ende gemacht werden, und dieſer Kampf war nicht eher möglich, als bis den Katholiken der Eintritt in daſſelbe offen ſtand. Während daher in England der Ruf nach Parlamentsreform hauptſächlich von den benachtheiligten Bewohnern der unvertretenen Großſtädte ausging, ſpitzte er ſich in Irland vornehmlich zu dem Verlangen nach der Gleichſtellung der Katholiken zu. Canning nahm zu dieſer Frage ſeit langem eine ſehr vorurtheilsloſe Stellung ein; er begriff nicht, wie man ſich vor vielleicht 30 Gewählten fürchten könne und ſtatt deſſen lieber 300000 Wähler in Zorn und Unwillen treibe. Aber nicht alle Mitglieder des Miniſteriums Liverpool dachten ſo; ſelbſt Robert Peel, ſonſt ſein treuer Geſinnungsgenoſſe, leiſtete in dieſem Puncte ihm Widerſtand. Das Unterhaus war in ſeinen Mehrheiten ſchwankend; meiſt nahm es die faſt jährlich wiederkehrenden Anträge der Katholikenfreunde, beſonders Burdett's und Plunkett's an, ein ander Mal verwarf es ſie wieder; und auch wenn es ſie annahm, wurden ſie nicht zum Geſetz, weil das Oberhaus ſich ihnen ſtandhaft widerſetzte. Immerhin war über den letzten Ausgang des Ringens ſchon lange kein Zweifel mehr möglich und die Gegner der Gleichberechtigung durften im Hinblick auf die mächtige Aufregung, die in Irland herrſchte, nur von Gewaltmaßregeln noch ihren Sieg erhoffen. Heftig erbittert ſtanden ſich dort die Parteien entgegen; auf der einen Seite die Proteſtanten in den oraniſchen Logen, auf der andern, von O'Connell geführt, die Katholiken in der 1823 gegründeten Aſſociation. Das Jahr 1827 ſchien die letzteren endlich zum Siege zu führen. Eine lebensgefährliche Erkrankung Lord Liverpools brachte im April Canning an die Spitze des Miniſteriums, uud dieſe Wandelung veranlaßte Robert Peel und ſeine

Canning's Miniſterium.

meisten Collegen zum Austritt. Canning ergänzte sein Cabinet durch Whigs wie Lord Landsdowne und arbeitete so an einer Verschmelzung der gemäßigten Gruppen in den beiden großen Parteien. Unglücklicher Weise war diese Verbindung von kurzer Dauer; schon am 8. August 1827 starb Canning und sein Nachfolger Lord Goderich (Robinson), der das alte Cabinet zu erhalten strebte, war dieser Aufgabe nicht gewachsen und mußte schon um die Jahreswende abtreten. Der Herzog von Wellington, der sein Nachfolger ward, konnte sich freilich den Einflüssen und Forderungen der Zeit auch nicht völlig entziehen. Zwar so lange er die „Canningiten" Dudley, Huskisson, Palmerston noch in seinem Cabinet hatte, schien ein weiteres Zugeständniß an die öffentliche Meinung nicht nöthig; erst als diese zu des Herzogs großer Befriedigung austraten und nun der Verlust der liberalen Collegen liberale Maßregeln nothwendig machte, entschloß sich Wellington, auch in der Katholikenfrage einen großen Schritt entgegenzukommen. Die Einleitung dazu bildete die Aufhebung der Corporations- und der Test-Acte, zweier Gesetze von 1661 und 1673, die jedem königlichen oder städtischen Beamten unter Anderm die Pflicht auferlegten, einen Monat nach dem Eintritt in seine Stellung das Abendmahl nach anglicanischem Ritus zu nehmen, wodurch natürlich die Katholiken von allen Aemtern ausgeschlossen wurden. Aber dieses Zugeständniß genügte bereits nicht mehr. Die irisch-katholische Bewegung begann einen immer heftigeren Pulsschlag anzunehmen. Ihre Seele war der dubliner Advocat Daniel O'Connell, ein Mann aus ächtem altirischen Blut und von einer wundersamen Beredtsamkeit, die ihm die unbedingteste Gewalt über seine Landsleute gab. Er beschloß den entscheidenden Schritt zu wagen und sich trotz seines Katholicismus ins Parlament wählen zu lassen; ja er hatte den Muth, sich um einen Sitz zu bewerben, den er einem Mitgliede des Cabinets, einem anerkannten Freunde der Emancipation, einem wegen seiner Milde bei den Iren durchaus beliebten Edelmann, dem Lord Fitzgerald, streitig machen mußte. Und das Wagniß gelang wirklich. Sechs Tage wogte in der Grafschaft Clare ein erbitterter Wahlkampf; am 5. Juli 1828 wurde O'Connell als Sieger ausgerufen. Ein gewaltiger Ausbruch der Freude erfüllte ganz Irland; in allen katholischen Kirchen wurden feierliche Hochämter abgehalten, auf allen Bergen brannten Freudenfeuer. Auch in England erregte das Ereigniß bei den Liberalen große Zufriedenheit; die Regierung aber fand sich in einer bedrängten Lage. Nach dem Buchstaben des Gesetzes war die Wahl des Katholiken ungültig; aber ließ sich dies Gesetz der vollendeten Thatsache gegenüber noch halten? Konnte die Ausschließung O'Connells anders als durch einen Bürgerkrieg erzwungen werden? Bei dieser Sachlage entschloß sich Wellington zum Nachgeben. Zwar unterdrückte er, um die Autorität der Regierung in Irland aufrecht zu erhalten, die katholischen Vereine, an deren Spitze O'Connell stand und denen er seine Wahl hauptsächlich zu danken hatte, und rief den bisherigen Vicekönig, den Marquis von Anglesea ab; aber zugleich traf er Vorbereitungen zur Aufhebung

Sein Tod. Lord Goderich.

Aufhebung der Test-Acte.

O'Connell's Wahl.

Emancipation der Katholiken.

der Gesetze, welche die Katholiken vom Parlament ausschlossen, und ließ den König in seiner Thronrede vom 5. Februar 1829 diesen Schritt empfehlen. Damit war der Erfolg auch schon gesichert; denn die widerstrebenden Elemente in beiden Häusern konnten trotz eines Sturmes von Petitionen, der sich gegen diese Neuerung erhob, der anerkannten Nothwendigkeit nicht Einhalt gebieten; nach heftigen Debatten genehmigte das Unterhaus am 30. März und wenige Tage später das Oberhaus das Gesetz, das am 13. April 1829 vom Könige bestätigt wurde. Nur eine Clausel wurde den katholischen Parlamentsmitgliedern noch auferlegt: sie mußten eidlich geloben, Nichts gegen die protestantische Staatskirche unternehmen zu wollen.

O'Connell trat, nachdem er sich einer Neuwahl unterzogen, in das Unterhaus ein und das Oberhaus wurde durch acht katholische Lords erweitert; einer der wesentlichsten Mängel der englischen Verfassung war damit gehoben und man durfte sich der Hoffnung hingeben, daß nunmehr auch für die irischen Zustände ein wirksames Heilmittel gefunden werden könne. Auf der andern Seite aber mußte es für selbstverständlich gelten, daß jetzt auch die Forderungen einer besseren Vertretung, welche aus dem Schooße der Großstädte laut geworden waren, befriedigt werden mußten. Wenn der Ruf nach Emancipation der Katholiken Erfolg gehabt hatte, weshalb sollte dann der andre nach Parlamentsreform unerhört bleiben? Die Zustände waren doch in der That himmelschreiend. Man berechnete, daß kaum der fünfte Theil der Unterhausmitglieder aus freier Wahl hervorging, daß 293 Sitze von der Aristokratie direct oder fast direct besetzt würden, daß nicht weniger als 204 rotten boroughs das Parlament beschickten. Man wies darauf hin, wie 75 von diesen weniger als 50 Wähler zählten; man entdeckte zwei unter ihnen, deren jeder nur noch aus zwei Häusern bestand und doch je zwei Abgeordnete ernannte; man stellte dem Städte gegenüber wie Manchester, Birmingham, Sheffield, Leeds u. a., die nur einen oder gar keinen Vertreter hatten, oder auch die neueren Theile von London, die bei einer Bevölkerung von 900,000 Seelen ganz ohne Wahlrecht waren. Aber so wenig die Gegner der Reform diese Thatsachen bestreiten konnten und so wenig sie dieselben jede für sich zu beschönigen vermochten, um so nachdrücklicher hoben sie hervor, daß trotz alledem das Parlament seine Pflichten vollkommen erfülle und daß man an die Stelle des segensreich wirkenden nicht ein neues von unbekannter, unerprobter Zusammensetzung stellen solle. Natürlich diente diese conservative Besorgniß zugleich den aristokratischen Standesinteressen zum Deckmantel. Die Parlamentsreform, wie die Whigs sie erstrebten, mußte im Laufe der Zeit das Schwergewicht, das bisher in dem Adel gelegen, auf den Bürgerstand übertragen, und deshalb war von Seiten der Tories entschlossener Widerstand zu erwarten. Wenn ihr Ministerium Wellington in die Katholikenemancipation gewilligt hatte, so durfte man eine gleiche Nachgiebigkeit in der Frage der Parlamentsreform nicht hoffen. Auch der König, Georg IV., welcher der Torypolitik mit Leidenschaft ergeben war, bildete ein

Parlamentsreform.

Georg's IV. Tod. Wilhelm IV.

gewichtiges Hinderniß, so daß sein Tod, der am 26. Juni 1830 eintrat, für die Reformer ein erfreuliches Ereigniß sein mußte. Denn von seinem Bruder und Nachfolger, dem bisherigen Herzog von Clarence, Wilhelm IV., brauchte man einen hartnäckigen Widerstand nicht zu befürchten; er hatte sich von jeher den Ansichten der gemäßigten Liberalen zugeneigt. Das Wichtigste war also, nun durch eine große Bewegung im Lande das Parlament selbst für die Sache zu gewinnen und sodann das Ministerium Wellington aus dem Sattel zu heben. Der Nation war die Frage, welche gelöst werden sollte, längst völlig vertraut; seit einem halben Jahrhundert war sie nicht weniger als 15 Mal im Parlamente zur Verhandlung gekommen, zwar ohne durchdringen zu können, aber nicht ohne dadurch ins Bewußtsein der Wähler überzugehen. In den ersten Jahren nach 1815 war sie zwar etwas in üblen Ruf gekommen, weil die Hunt und Cobbett sie auf ihr Banner geschrieben hatten; aber seitdem die Whigs wieder erstarkt waren und sich zu ihr bekannten, seit John Russell sie 1821 mit aller Mäßigung im Parlamente wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte, war sie vor der öffentlichen Meinung wieder gerechtfertigt, und konnte wohl gegenüber der Katholikenfrage zurücktreten, aber nicht mehr unterdrückt werden. Nun hatte der Sieg in der Katholikenfrage der liberalen Partei soeben auf's Neue ihre Stärke gezeigt, und überdies wirkte die Juli-Revolution, welche grade jetzt in Frankreich das reactionäre Ministerium und mit ihm die ganze Dynastie über den Haufen warf, kräftigend und ermuthigend auch nach England hinüber. Die Wahlen zu dem ersten Parlamente König Wilhelms, das im November 1830 zusammentrat, fielen daher stark zu Gunsten der Reformer aus, und da Wellington trotzdem am Ruder blieb, und die Thronrede Nichts für die verlangte Reform versprach, so machte sich in Versammlungen und Adressen der Unwille der Bevölkerung Luft. Auch an Ausschreitungen und gewaltthätigen Auftritten fehlte es dabei nicht; in London selbst kam es zu Unruhen, in manchen Grafschaften verriethen zahlreiche Brandstiftungen, daß sich mit den politischen Leidenschaften gefährlichere und weniger edle vermischten. Es war daher ein freudig begrüßter Sieg, als am 16. November Wellington, nachdem ihm das Parlament die Civilliste des Königs verweigert hatte, abtrat, und Earl Grey, der schon vor langen Jahren als Lord Howick im Unterhause die Reform verteidigt hatte, ein Whigministerium bildete. Die vorzüglichsten Köpfe seiner Partei, Brougham, Landsdowne, John Russell traten in dasselbe ein; aber auch von den gemäßigten Tories, die nicht unbedingt jeder Reform feindlich waren, wußte er einige, vor Allem Lord Palmerston und Goderich, für sein Cabinet zu gewinnen. Damit übernahm er die Verpflichtung, seine Reformvorschläge von jeder radicalen Färbung frei zu halten, womit er übrigens auch den Wünschen seiner eigenen Partei durchaus entsprach. Die Wintermonate wurden zur Ausarbeitung des Gesetzes benutzt und am 1. März 1831 brachte Lord John Russell dasselbe im Unterhause ein. Das Recht zu wählen sollte danach künftig in den Städten an einen Steuersatz von zehn

Ministerium Grey.

Reformvorlage.

Pfund gebunden sein, in den Grafschaften aber den bisher Berechtigten zwar verbleiben, aber auch auf alle Erbpächter und auf solche Zeitpächter ausgedehnt werden, deren Pacht wenigstens 50 Pfund betrüge. Den rotten boroughs, die weniger als 2000 Einwohner zählten, sollte ihre Vertretung ganz genommen werden, denen mit weniger als 4000 höchstens ein Abgeordneter bleiben. Von den so erledigten Sitzen sollten 62 in Zukunft ganz ausfallen, die Zahl der Unterhausmitglieder also auf 596 vermindert werden; die übrigen Sitze sollten zur Hälfte den Grafschaften und also mittelbar dem Großgrundbesitz zugewiesen, zur Hälfte auf die großen Städte vertheilt werden, so daß z. B. London acht neue Vertreter zu wählen habe, sieben Städte je zwei, und zwanzig bisher gar nicht vertretene Orte je ein Mandat zu vergeben hätten. Trotz der mäßigen Zugeständnisse, welche dies Gesetz enthielt, fand es aber doch bei den Tories den größten Widerstand, und manche Bestimmung, zum Beispiel die Verminderung der Parlamentssitze, erfreute sich auch auf Seiten der Whigs keines großen Beifalls. Daher erhielt der Vorschlag der Regierung in der zweiten Lesung nur eine Stimme Mehrheit (304 gegen 303) und wurde in der dritten Lesung so vielfach umgemodelt,

Auflösung des Parlamentes.

daß Graf Grey zu einer Auflösung des Parlamentes schritt, die vom Könige am 22. April vollzogen wurde. Die Tories hatten diese Niederlage ihrem eigenen Ungestüm zuzuschreiben; denn der Monarch war anfangs durchaus gegen die Auflösung; als er aber vernahm, daß im Oberhause eine Adresse beantragt werde, die ihm den Gebrauch dieses seines königlichen Vorrechtes widerrathen solle, bäumte sich sein Stolz dagegen auf und er genehmigte nicht allein sofort den Vorschlag seiner Minister, sondern fuhr sogar auf der Stelle ins Oberhaus, unterbrach durch sein Erscheinen die Adreßdebatte und verkündete persönlich den Entschluß, den er gefaßt habe. Die Neuwahlen ergaben eine entschlossene reformfreundliche Mehrheit; das Ministerium selbst nahm einen Theil der gewünschten Aenderungen in seine Bill auf, es verzichtete z. B. auf die Verminderung der Sitze, ließ mehreren rotten boroughs ihr Wahlrecht, und sah am 21. September die neue Vorlage mit einer Majorität von 109 Stimmen

Widerstand der Lords.

angenommen. Allein nun galt es noch den schwierigsten Widerstand zu überwinden: den des Oberhauses, welches das Gesetz einige Tage später mit großer Mehrheit verwarf. Seine Opposition zu brechen gab es zwei Wege; entweder mußte die öffentliche Meinung sich mit solcher Stärke äußern, daß die Lords sich zur Nachgiebigkeit entschlossen; oder der König mußte nach dem ihm zustehenden Rechte der Pairsernennung so viel reformfreundliche Mitglieder in das Haus schicken, daß die bisherige Mehrheit zur Minderheit wurde. Wenn der erste Weg zum Ziele führte, schien er den Vorzug zu verdienen. Das Parlament wurde also vertagt und bei seinem erneuten Zusammentritt die Bill mit einigen Aenderungen abermals vorgelegt.

Aufregung im Lande.

Die Monate, welche seit der Ablehnung verstrichen waren, hatte die Reformpartei zu den lebhaftesten Demonstrationen benutzt, sogar zu lebhafteren als gut war, wenn man nicht die ängstlicheren Gesinnungs-

genossen und besonders auch den König scheu machen wollte. Hatte doch der Präsident des Reformvereins in Birmingham mit der Aufstellung eines eigenen Heeres gegen das Oberhaus gedroht, ein Wort, das in seinem Munde, da sein Verein 50,000 Mitglieder zählte, nicht ganz unbedenklich klang. In Bristol war es bei der Ankunft eines bekannten Reformfeindes zu einem blutigen Auflauf gekommen; der Herzog von Wellington und andre Häupter der Tories sahen sich persönlich oder in ihrem Eigenthum gefährdet. Dadurch schien es für manchen gradezu eine Ehrensache zu werden, nicht nachzugeben. Wirklich verwarf das Oberhaus die Bill, welche das Unterhaus am 22. März 1832 auch in der neuen Gestalt angenommen hatte, am 7. Mai mit fast derselben Mehrheit, wie im September 1831. Nun blieb dem Ministerium kein andres Mittel, als vom König einen Pairsschub zu verlangen. Bedenklich gemacht durch die gewaltsame Agitation der Radicalen, stark beeinflußt von seiner Gemahlin Adelheid, einer meininger Prinzessin, die Rathschlägen vom Festlande her sehr zugänglich war, verweigerte König Wilhelm dem Grafen Grey die erbetene Vollmacht und willigte in seinen Rücktritt. Wellington wurde mit der Bildung des neuen Cabinettes betraut. Aber dieser vorübergehende Sieg zeigte am besten die Schwäche der Tories. Eine ungeheure Bewegung durchzuckte das Volk; an den Galgen mit Wellington! wiederhallte es in den Meetings; der König wurde mit Steinwürfen empfangen; 90,000 Schotten erklärten sich bereit mit den Waffen für die Reform einzutreten; das Unterhaus forderte den König auf, nur Freunde der Reform in seinen Rath zu berufen — und wenige Tage, nachdem ihn der König mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt, am 15. Mai 1832, gab Wellington diesen Auftrag in die Hände des Monarchen zurück. Graf Grey erhielt die Ermächtigung zu einem ausreichenden Pairsschub und ergriff wieder die Zügel der Regierung; und so entscheidend hatte das kurze Zwischenspiel gewirkt, so unzweifelhaft die Unmöglichkeit eines Tory-Regimentes an den Tag gelegt, daß jetzt die Drohung genügte und der Pairsschub selbst, dem auch die Whigs grundsätzlich keineswegs zugeneigt waren, unterbleiben konnte. Am 4. Juni nahm das Oberhaus, da die heftigsten Gegner sich der Abstimmung enthielten, die Parlamentsreform mit geringen Aenderungen an; diesen Aenderungen ertheilte schon am 5. auch das Unterhaus seine Zustimmung und am 7. Juni 1832 wurde das neue Gesetz vom König unterzeichnet. So war in einem lebhaften zweijährigen Feldzuge das erwünschte Ziel erkämpft worden, und wenn in dieser Zeit auch mehr als einmal das Gespenst der Revolution vernehmlich an die Thür geklopft hatte, so war doch auch in dieser großen Krisis zuletzt der Ruhm Englands gewahrt worden, daß seine Verfassung ihm die Mittel biete, nothwendige Reformen auch ohne blutige Zuckungen ins Leben zu rufen.

Ministerkrisis.

Wellington.

Nachgiebigkeit der Lords.

Frankreich vor der Juli-Revolution.

Ministerium Villèle.

Auf diese innerliche Gesundheit seines staatlichen Organismus konnte England um so stolzer und zufriedener hinblicken, als Frankreich nach einer Reihe vergeblicher Versuche, auch seinerseits die Bahnen der Reform einzuschlagen, doch wieder von Neuem den Weg der Revolution betreten hatte. Das Ministerium Villèle hätte es nach dem glücklichen Feldzug in Spanien leicht gehabt, ein verständiges conservatives Regiment zu führen und dabei doch den nöthigsten Forderungen der Liberalen gerecht zu werden. Denn diese verfügten in der Kammer über eine zu geringe Zahl von Stimmen, um viel zu verlangen; sie besaßen aber andrerseits in der Pairskammer eine hinreichende Macht, um wirklich reactionäre Maßregeln zu vereiteln. Die überkönigliche Opposition war ihrerseits auch nicht stark genug um das Cabinet, wenn dieses nur festen Willen zeigte, von der goldenen Mittelstraße wegdrängen zu können, und der König selbst gehörte nach Temperament und Lebenserfahrungen durchaus der gemäßigten Richtung an. Zu Frankreichs Unglück verstand aber Villèle weder die Gunst, noch die gebieterische Nothwendigkeit seiner Lage, sondern war beflissen, ohne in die Forderungen der alleräußersten Rechten einzustimmen, doch den reactionären Neigungen des Thronfolgers, des Grafen Artois sich gefällig zu zeigen und sich dadurch auch für den Fall des Regierungswechsels möglich zu erhalten. Er beschloß daher, den günstigen Ausgang des spanischen Feldzuges zu einer Erneuerung der Kammer zu benutzen, in der Hoffnung, diese dadurch von allen liberalen und überköniglichen Bestandtheilen zu reinigen. Mit Hülfe einer unerhörten Gewaltsamkeit, welche vor der Fälschung der Wählerlisten und ähnlichen Mitteln nicht zurückscheute, erreichte er dies Ziel so vollkommen, daß bei den Neuwahlen, welche der Kammerauflösung im Februar und März 1824 folgten, nur 17 Liberale gewählt wurden und auch die Opposition auf der äußersten Rechten eine bedeutende Verminderung erlitt. Ohne Schwierigkeiten setzte nun das Ministerium auch sein nächstes Vorhaben durch; die Kammern willigten ein, daß die theilweise Erneuerung, die verfassungsmäßig alle Jahre stattfinden sollte, beseitigt und die Dauer der Wahlperiode auf 7 Jahre verlängert wurde. Aber Villèle mußte nun die Erfahrung machen, daß es für eine herrschende Partei durchaus nicht wünschenswerth ist, keine kräftige Opposition sich gegenüber zu haben; da seine eigenen Anhänger von den Gegnern Nichts zu fürchten brauchten, so spalteten sie sich unter einander; die anfängliche Einmüthigkeit schwand mehr und mehr, und die gemäßigteren Deputirten, die im Gegensatz zu einer liberalen oder clericalen Opposition das Ministerium treu unterstützt haben würden, zweigten sich, da dieser Gegensatz bedeutungslos wurde, immer deutlicher von der Mehrheit ab. Andrerseits gerieth das Ministerium in Folge seiner willkürlichen Maßregeln immer weiter nach rechts, ohne doch die Ultras, die ihm von früher her persönlich Feind waren, an

Verfassungsänderung.

Reaction.

ſich zu ketten; vielmehr erwarb ſich Villèle durch ſein unkluges Verfahren ſtets neue Gegner. Seinem Collegen Chateaubriand, der ihn allerdings bei einer wichtigen Vorlage — es handelte ſich um die Herabſetzung des Zinsfußes der Rentenſchuld — in der Pairskammer im Stich gelaſſen hatte, zwang er zum Rücktritt und machte dadurch dieſe ſcharfe Feder, welcher das einflußreiche Journal des Débats zur Verfügung ſtand, zu ſeinem erbitterten Feinde. Die Preſſe nahm in ganzer Linie den Kampf gegen das Miniſterium auf, den die Kammer zu führen unterließ. Zwar kaufte Villèle nun mehrere wichtige Zeitungen unter der Hand an und ließ ſie im Sinne der Regierung ſchreiben; aber das einzige Reſultat war, daß ſie ihren Einfluß verloren und die andern Oppoſitionsjournale an Leſerzahl und Wirkſamkeit gewannen. Auch die Wiederherſtellung der Cenſur, welche der König nach einem Geſetz von 1822 durch bloße Verordnung verfügen konnte, erwies ſich als ſtumpfe Waffe und die Umgeſtaltung des Staatsrathes, deſſen freiſinnige Mitglieder durch Männer der Congregation verdrängt wurden, erbitterte, ohne neue Anhänger zu verſchaffen. Man ſah in allen dieſen Maßregeln bereits deutlich die Rückſichtnahme auf den künftigen Monarchen, und wirklich that Villèle in den letzten Monaten Ludwig's XVIII. keinen bedeutſamen Schritt, ohne ſich mit Artois verſtändigt zu haben. Ludwig wurde immer ſtumpfer und gleichgültiger gegen Regierungsſachen und mißbilligte die Beziehungen ſeines Miniſters zu Artois durchaus nicht. Altersſchwäche führte ſeine allmähliche Auflöſung herbei und am 17. September 1824 verſchied er. Ohne Liebe und ohne Haß hatte ſein Volk ihm gegenüber geſtanden; ſeinen Tod erfuhr es doch nicht ohne lebhafte Theilnahme. Denn nach Allem, was man von Artois wußte, durfte man jetzt auf ein craſſes Prieſterregiment gefaßt ſein. Wider Erwarten ließ ſich aber die Herrſchaft des neuen Königs, der als Karl X. den Thron beſtieg, glimpflicher an, als zu vermuthen war. Eine ausdrückliche Erklärung, die Verfaſſung, die er als Unterthan beſchworen, zum Wohle ſeines Volkes befeſtigen zu wollen, eine umfangreiche Begnadigung, die Wiederaufhebung der Cenſur und ähnliche Maßnahmen erweckten frohe Hoffnungen und eine ungeahnte Vertrauensſeligkeit. Von langer Dauer waren dieſe Tage der Zuverſicht allerdings nicht. Die kühnen Erwartungen, die ſogar den Erſatz Villèle's durch liberale Miniſter in Ausſicht nahmen, wurden bald enttäuſcht. Anfangs wechſelten noch gute und ſchlechte Eindrücke. Man murrte, als 167 Generale des Kaiſerreichs mit einem Federſtrich penſionirt wurden; man rief Beifall, als dem beliebten Herzog von Orléans der Titel „Königliche Hoheit“ zu Theil wurde, den Ludwig ihm hartnäckig verſagt hatte; man zürnte, als das Miniſterium für den König das Recht in Anſpruch nahm, durch bloße Verordnung die Gründung von Nonnenklöſtern zu geſtatten, wozu bisher ein Geſetz erforderlich war; und wiederum begrüßte man mit Freuden den Entſchluß des Monarchen, als er ſein perſönliches Eigenthum nach der Gewohnheit der früheren Könige den Staatsdomänen einverleibte. Aber nur wenige Monate hindurch dauerte dieſes Schwanken;

Tod Ludwigs XVIII.

Karl X.

die unbedingte Herrschaft, welche die Priesterpartei über Karl X. ausübte, trat bald in unverhüllter Nacktheit hervor. Wenn kirchliche Fragen ins Spiel kamen, dann bot auch die Pairskammer nicht den Rückhalt, welchen der Liberalismus in rein politischen Fragen bei ihr zu finden gewohnt war. Sie genehmigte das „Sacrilegiumsgesetz“, welches den Diebstahl gottesdienstlicher Gefäße mit lebenslänglicher Galeerenstrafe, den Einbruch in eine Kirche mit dem Tode und die Entweihung der Hostie gar mit der Strafe des Vatermordes bedrohte, eine Barbarei, welche die Verteidiger mit dem lästerlichen Satze rechtfertigten, daß man den Tempelschänder, indem man ihn tödte, ja nur zu seinem natürlichen Richter sende. Nicht minder großen, aber minder begründeten Unwillen erregte das Gesetz, welches eine Milliarde Franken zur Entschädigung der Emigranten anwies, deren Güter während der Revolution eingezogen und zum Besten des Staates verkauft waren. Wenn sich mancherlei gegen diese Maßregel einwenden ließ, so sprachen doch auch zahlreiche Gründe der Gerechtigkeit und der Klugheit dafür, und die Finanzlage des Staates war so günstig, daß man ohne Bedenken in die große Ausgabe willigen konnte; wies doch auch so das Budget für 1826, das sich in Einnahme und Ausgabe auf etwas mehr als je 900 Millionen Franken belief, noch einen Ueberschuß von 9 Millionen nach. In Karls X. Augen hatte die Entschädigung der Emigranten natürlich auch noch den Vortheil, daß sie der zum Theil verarmten Aristokratie wieder zu größerem Ansehn verhelfen sollte; den gleichen Zweck verfolgte er mit einem Gesetz, das in gewissen Fällen die Vererbung des ganzen liegenden Nachlasses an den ältesten Sohn einzuführen und somit die Zersplitterung des großen Grundbesitzes in Etwas zu erschweren bestimmt war. Allein zur lebhaften Freude der Liberalen, die darin eine unleidliche Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit sehen mußten, verwarf die Pairskammer in der Session von 1826 diesen Entwurf, dessen Annahme vielleicht im Interesse der Aristokratie, aber nicht in dem des Landes gelegen hätte. Karl X. hätte Nichts mehr gewünscht, als grade bei dem hohen Adel eine kräftige Unterstützung zu finden; je mehr er sich in dieser Hoffnung getäuscht sah, um so ausschließlicher suchte er nun seine Hülfe bei der clericalen Partei. Wie innig seine Anschauungen mit deren Ansichten verwachsen waren, zeigte sich noch 1825 im Mai bei seiner Krönung und Salbung in Rheims. Das heilige Salbfläschchen, die Ampulla, welche einst bei Chlodwigs, des Frankenkönigs, Taufe ein Engel vom Himmel gebracht haben sollte, war in der Revolution auf Befehl des Conventes zertrümmert worden und mit seinem Inhalt hatten sich die Frevler die Stiefel geschmiert; jetzt aber wurde protocollarisch festgestellt, daß ein Priester die Scherben des Gefäßes und einige Tropfen Oeles gerettet habe, und der Moniteur verkündigte feierlich den Gläubigen, dasselbe Oel, mit welchem seit Chlodwig alle französischen Könige gesalbt seien, werde auch auf der Stirne Karls X. fließen. Schlimmer aber als in solchen Spielereien gab sich der clericale Sinn des Königs in der tyrannischen Herrschaft kund, welche die Priester un-

Das Sacrilegiumsgesetz.

Die Entschädigung der Emigranten.

Die Krönung in Rheims.

Herrschaft der Geistlichkeit.

geſtraft üben durften, in der Bekämpfung der gemiſchten Ehen, in der Proſelytenmacherei, in der Unduldſamkeit, der ſchleichenden Spürerei und Heuchelei, die immer mehr überhand nahmen. Kein Wunder, wenn das Mißtrauen im Volke beſtändig wuchs und ſelbſt das abenteuerlichſte Gerede Glauben fand, wenn man ſich ſogar erzählte, der König ſei ſelbſt in den Jeſuitenorden eingetreten und müſſe, mit der Mönchskutte angethan, ſeinen Obern von all ſeinem politiſchen Thun und Laſſen Rechenſchaft ablegen. Unzweifelhafte Thatſache war es, daß die Jeſuiten, obgleich ein Geſetz ſie aus Frankreich verbannte, im Widerſpruch mit dem Geſetz von der Regierung geduldet wurden; dieſe ſelbſt geſtand es in der Kammer zu und änderte ihre Haltung auch dann nicht, als die Gerichte ihr die Verpflichtung, jenes Geſetz zu handhaben, ausdrücklich ins Gedächtniß riefen. Unzweifelhafte Thatſache war es auch, daß die Congregation im Staate die gewaltigſte Macht war, daß ihre Gunſt Beförderungen im Civildienſt wie im Heere erwirkte, daß ſie ihren Einfluß bis in die unterſten Geſellſchaftsclaſſen hineinerſtreckte, ſo daß ſelbſt Kammermädchen und Lakaien ſich damit empfahlen, daß ſie von der Congregation approbirt ſeien. Der Wagen rollt dem Abgrunde zu, rief das Journal des Débats aus, ohne daß wir ihn aufhalten können, wahrhaftig, man ſollte an ein Verhängniß glauben!

Die Pairskammer und das Preßgeſetz.

Es wird der damaligen Pairskammer für alle Zeiten zur Ehre gereichen, daß ſie in den meiſten und wichtigſten Fällen mit Entſchiedenheit der Regierung gegenüber trat und viel Unheil verhinderte. Von beſonderer Bedeutung war ihr Widerſtand, als Villèle, von der Prieſterpartei gedrängt, 1827 zu einem gradezu vernichtenden Schlage gegen die Preſſe ausholte. Außer vielen andern Beſchränkungen, die man ihr zudachte, ſollte z. B. für alle Bücher unter fünf Bogen eine Stempelſteuer eingeführt werden, die einen bis anderthalb Franken, je nach der Bogenzahl, betrug; die Tagespreſſe ſollte ſo beläſtigt und belaſtet werden, daß nach Villèle's eignem Geſtändniß kaum zwei oder drei pariſer Zeitungen den Druck hätten ertragen können und daß die Verluſte einzelner Verleger bis in die Millionen gingen. Natürlich regte ſich in Paris und ganz Frankreich augenblicklich Alles, was mit der Feder und der Druckerſchwärze irgend in Verbindung ſtand, die Schriftſteller von rechts bis links, von Chateaubriand und den Akademikern bis auf Béranger und Thiers, die Buchhändler, die Druckereibeſitzer, die Setzer, die Zeitungsverkäufer. Die Liberalen in der zweiten Kammer leiſteten muthigen Widerſtand, indes ſie unterlagen wie immer; in dem Hauſe der Pairs aber bereitete ſich die nachdrücklichſte und ſiegesgewiſſeſte Oppoſition vor. Ein Ausſchuß wurde zur Prüfung niedergeſetzt und beſchloß einſtimmig die Verwerfung der Vorlage. Die Niederlage der Regierung war ſo ſicher, daß ſie derſelben nur durch ein Zurückweichen entgehen konnte; am 17. April 1827 zog ſie den Entwurf zurück. Ein ungeheurer Jubel, Illuminationen, Feuerwerke, Fackelzüge waren in Paris und in den Provinzen die Antwort darauf. Man war gutmüthig genug, dem Könige die Zurücknahme als ein perſönliches Verdienſt anzurechnen;

Auflöſung der Nationalgarde.

als er wenige Tage darauf eine Muſterung über die 20,000 pariſer Nationalgardiſten abhielt, wurde er ſtürmiſch begrüßt und war ſo erfreut über den guten Empfang, daß er den Erlaß eines belobenden Tagesbefehls anordnete. Aber ehe dieſe Weiſung ausgeführt war, meldete man ihm, daß die heimkehrenden Nationalgardiſten außer den Hochs auf den König auch Nieder mit dem Miniſterium! und Weg mit den Jeſuiten! gerufen. Und mit plötzlicher Sinnesänderung verwandelte der gekränkte Monarch den belobenden Tagesbefehl in ein Decret, welches die Nationalgarde auflöſte, und ſtellte überdies durch eine Verordnung ohne alle Angabe von Gründen die Cenſur wieder her.

Der Pairsſchub.

In der bisherigen Weiſe konnten die Dinge indes nicht mehr weiter gehn; Villèle ſah ein, daß er ſich in einer Sackgaſſe befand, in der ihm die Pairskammer den Weg verſperrte. Sie war das Hinderniß, welches beſeitigt werden mußte. Das Mittel dazu war leicht gefunden, der König mußte einen gewaltigen Pairsſchub vornehmen; 70—80 neue Mitglieder mußten ernannt werden, um die Oppoſition zur Minderheit zu machen. Da aber dieſe neuen Pairs größtentheils aus den Reihen der Deputirten genommen werden mußten, ſo wären ſehr zahlreiche Erſatzwahlen nöthig geworden, welche der Regierung eine eben ſo große Thätigkeit und Wahlbeeinfluſſung auferlegten wie eine völlige Neuwahl. Da mußte ſich denn leicht der Gedanke einſtellen, ob es nicht beſſer ſei, die augenblickliche zweite Kammer, in welcher, wie ſchon erwähnt, die miniſterielle Partei in ſtarker Zerſetzung begriffen war und deren Mandat doch ſchon in 2—3 Jahren zu Ende ging, lieber ſogleich ganz aufzulöſen und allgemeine Neuwahlen auszuſchreiben, um dann für ſieben Jahr Ruhe zu haben, ſtatt jetzt ſchon durch ausgedehnte Erſatzwahlen und dann in kurzer Friſt durch die allgemeine Erneuerung zweimal die unbehagliche Aufregung der Wahlagitation ins Land zu werfen. Da Villèle nach dem glänzenden Erfolge, den er im März 1824 erzielt hatte, auch jetzt einen günſtigen Ausgang durchaus nicht bezweifelte, ſo war ſein Entſchluß bald gefaßt; der König ſtimmte zu, und am 5. November 1827 wurde Frankreich durch eine Reihe königlicher Verordnungen überraſcht, welche 76 neue Pairs ernannten, die Deputirtenkammer auflöſten, binnen 2—3 Wochen Neuwahlen anordneten und die Cenſur wieder aufhoben. Offenbar ſollte die letzte Maßregel eine der Regierung günſtige Stimmung hervorrufen und die Thätigkeit der Präfecten von dieſer Seite her unterſtützen; daß die Oppoſition aus ihr beträchtlichen Nutzen ziehen werde, ſchien bei der Kürze des Zeitraums, der bis zu den Wahlen noch ausſtand, unwahrſcheinlich.

Auflöſung der Kammer.

Die Neuwahlen.

Aber das Unwahrſcheinliche geſchah. Alle Widerſacher der Regierung ſchloſſen ſich zu einer „conſtitutionellen Oppoſitionspartei“ zuſammen. Zwei Vereine, die Freunde der Preßfreiheit und die Geſellſchaft Aide-toi, le ciel t'aidera, nahmen die Agitation in die Hand. Der Erfolg war glänzend. Paris wählte lauter Oppoſitionsmänner, Lafitte, Dupont de l'Eure, Royer Collard, Benjamin Conſtant, Caſimir Périer, die anerkannten Führer der Liberalen; in dem ſchrankenloſen

Jubel über dieſen Sieg kam es am Abend des Wahltages, am 18. November, ſogar zu blutigen Crawallen und — zum erſten Male wieder ſeit 30 Jahren — zu Anfängen des Barricadenbaues. Dieſe Ausſchreitungen wurden von der Regierung freilich leicht unterdrückt; aber das Wahlreſultat blieb und ſtand nichts weniger als vereinzelt; von 428 Deputirten waren nur 125 wirkliche Miniſterielle; die übrigen 300 gehörten den verſchiedenen Oppoſitionsparteien an, zum Theil den Liberalen, zum Theil denjenigen Royaliſten, welchen der Haß gegen die Prieſterpartei mit jenen gemeinſam war. Als Villèle ſeinen Anſchlag ſo völlig mißlungen ſah, entfiel ihm der Muth; am 3. Januar 1828, ehe die neue Kammer zuſammengetreten war, erbat er vom König ſeine Entlaſſung und räumte den Platz, den er ſieben Jahre behauptet, einem Miniſterium, deſſen wichtigſtes Mitglied der Vicomte von Martignac war.

Villèle's Rücktritt.

Die Parteigruppirung des neuen Parlamentes erforderte nicht, ja duldete ſogar kaum ein entſchieden liberales Cabinet, das überdies dem Könige unerträglich geweſen wäre. Martignac war deshalb eine ganz geeignete Perſönlichkeit, ein Gegner Villèle's, ein rühriger tüchtiger Geſchäftsmann, ein ehrlicher Character, aber kein liberaler Parteigänger. Wo freiſinnige Maßnahmen zum Wohle des Staates nöthig erſchienen, fanden auch dieſe bei ihm willige Förderung; aber was ihn leitete, war das Bedürfniß, nicht ein Parteiprogramm. Die Radicalen mochten daher wohl ſpotten, ſein Wahlſpruch ſei: ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution. Sie waren ihm doch für viele Schritte ſehr zu Dank verpflichtet. Aus den fünf Candidaten, welche die Kammer für ihren Präſidentenſitz bezeichnete, ließ er den König den Führer der Liberalen, Royer Collard, ernennen; zwei Collegen, die er anfangs aus Villèle's Cabinet mit übernommen hatte, mußten zwei gemäßigten Conſervativen, Hyde de Neuville und dem Biſchof Feutrier, weichen; durch ein neues Wahlgeſetz wurde der ungeſetzliche Einfluß der Beamten beſchränkt; das Recht des Königs, durch bloße Verordnung die Cenſur einzuführen, wurde aufgehoben, das ſ. g. ſchwarze Cabinet der pariſer Poſtverwaltung beſeitigt. Noch größeren Beifall fanden zwei königliche Verordnungen vom 16. Juni 1828, welche die Jeſuiten aus ein paar Schulen, die ſie gegründet, vertrieben, und feſtſetzten, daß auch von den übrigen geiſtlichen Orden in ihre Schulanſtalten nicht mehr als Alles in Allem 20,000 Schüler aufgenommen werden dürften. Die Expedition Maiſons nach Morea zeigte auch in der auswärtigen Politik einen kräftigen Zug. Aber die ſegensreichſte Maßregel des Miniſteriums ſchien es werden zu ſollen, als daſſelbe in der Seſſion von 1829 den Kammern ein Geſetz vorlegte, nach welchem in Zukunft die Generalräthe der Departements, die Bezirks- und die Gemeinderäthe, ſtatt wie bisher von dem Miniſter, reſp. dem Präfecten ernannt zu werden, aus freier Wahl hervorgehen ſollten. Nicht ohne Widerſtreben hatte der König dazu ſeine Einwilligung ertheilt; allein da er glaubte, die Zuſammenſetzung der Kammer mache es ihm unmöglich, Martignac zu entlaſſen, ſo hatte er ſeine Abneigung bezwungen. Ihn bei dieſem

Miniſterium Martignac.

Liberale Maßregeln.

Glauben zu erhalten, hätte das eifrigste Bestreben der Mehrheit sein müssen; aber die zahlreichen Erfolge, welche sie schon errungen, machten sie übermüthig; sie veränderte den Martignac'schen Entwurf in einer Weise, daß der Minister sich weigerte darauf einzugehen und, als die Mehrheit auf ihrem Willen bestand und insbesondere hartnäckig den Wegfall der Bezirksräthe forderte, die ganze Vorlage zurückzog. Die bösen Folgen dieses offenbaren Zwiespaltes traten nicht sogleich an den Tag, aber sie wirkten im Geheimen nur um so verderblicher. Der König hatte gesehen, daß auch Martignac die Kammer nicht in seiner Hand habe; damit fiel der einzige Grund, aus dem er ihn berufen, hinweg; angenehm war ihm sein Minister nie gewesen; der Mann seiner Wahl, den er schon seit lange an die Spitze seines Cabinettes gewünscht, war der Fürst Jules Polignac, damals Gesandter in London. Karl hatte schon mehrfach versucht, ihm einen Ministerposten zu geben; aber sowohl Villèle wie Martignac hatten in ihm einen gefährlichen Nebenbuhler gesehen und waren deshalb auf den Wunsch des Monarchen nicht eingegangen. Jetzt war dieser entschlossen ihn nicht als Collegen, sondern als Nachfolger Martignacs zu berufen. Hinter des letzteren Rücken verhandelte der König mit dem Führer der Ultras in der Kammer, Labourdonnaie, und gewann diesen für den Eintritt in das Zukunftscabinet. Bis zum Schluß der Session sollte die Sache geheim bleiben. Kaum aber waren die Kammern am 31. Juli 1829 geschlossen, so entließ Karl aus eigenem Antriebe sein Ministerium und übertrug am 8. August die Leitung des Staates dem Fürsten Polignac.

Martignacs Entlassung.

Polignacs Name war ein Programm, das für die öffentliche Meinung keiner Erklärung bedürftig erschien; verlangte man aber noch eine Erläuterung, so mußten die Männer, die er zu Collegen erhielt oder erwählte, die letzten Zweifel zerstreuen. Labourdonnaie wurde schon erwähnt; nächst ihm war Bourmont, der Verräther von Waterloo, der bekannteste und verhaßteste Mann. „Die Männer, welche jetzt die Verwaltung leiten, so begrüßte das Journal des Débats das neue Ministerium, wollten sie auch gemäßigt sein, sie könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemüthern erweckt, ist zu tief, um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet von Frankreich, werden sie Frankreich furchtbar werden." Und es schloß mit dem prophetischen Ausruf: Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König! Das war die allgemeine Stimmung, die sich von Paris durch das ganze Land verbreitete, und die von allen Parteien, die äußerste Rechte ausgenommen, getheilt wurde. Ohne Zweifel lag viel Uebertreibung in diesen Ansichten. Es steht durch ein Memoire, das Polignac an den König richtete, actenmäßig fest, daß er den Bestand der Verfassung nicht anzutasten entschlossen war; mit einem solchen Plane durchzudringen, so wies er nach, sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden; denn die Charte gelte der unermeßlichen Mehrheit der Franzosen als der ächte Ausdruck des nothwendigen Wechselverhältnisses zwischen König und Volk; höchstens dürfe man an eine vorübergehende Aufhebung des Gesetzes denken, aber auch dies nur unter der Voraus-

Ministerium Polignac.

Polignacs Pläne.

setzung, daß man der Nation die Ueberzeugung einflöße, es geschehe das nur, um ihr den Genuß des Gesetzes für alle Zukunft zu sichern. Verwegen genug war auch dieses Spiel, zumal wenn ein Mann wie Polignac es leiten sollte, von dem ein bittres Witzwort sagte, mit seinem Verstande sei es ungefähr ebenso beschaffen wie mit Talleyrands Ehrlichkeit. Dieser Einsicht verschloß sich auch Labourdonnaie nicht. Wenn ihm selbst die Führung zugefallen wäre, dann hätten ihm wahrscheinlich die äußersten Schritte keine große Ueberwindung gekostet; aber um seinen Kopf zu spielen, ohne selbst die Karten zu halten, dazu, erklärte er seinen Freunden, könne er sich nicht entschließen, und trat aus dem Cabinet zurück. Polignacs Lieblingsplan war es ohne Zweifel, durch einen glänzenden Erfolg der auswärtigen Politik die öffentliche Meinung für sich zurück zu gewinnen. Die Zeitlage schien zu einem kühnen Wagniß sehr günstig. Erst wenige Monate waren verstrichen, seit Metternich dem Ministerium Martignac die Rheingrenze angeboten hatte, wenn es ihm behülflich sein wolle, Rußland am weiteren Vordringen in der Türkei zu hindern. Das war jetzt freilich nicht mehr möglich, denn Diebitsch hatte den Balkan überschritten und die Türkei schien verloren. Aber auch auf dieser neuen Grundlage ließ sich vielleicht noch etwas machen. So entstand bei Polignac ein umfassender Plan, die Karte Europas umzugestalten. Die Türkei war das Opfer, sie sollte verschwinden. Die Donaufürstenthümer fielen an Rußland, Serbien und Bosnien an Oestreich; den Rest erhielt — der König der Niederlande. Von dessen Ländern kam Belgien an Frankreich, die Colonien an England, Holland wurde Preußen zu Theil, dem auch das Königreich Sachsen zugedacht war. Dessen Monarch sollte mit den rheinischen Besitzungen Preußens, einem neugeschaffenen Königreich Austrasien, entschädigt werden; nur den südlichsten Theil mußte er Baiern überlassen, welches dafür und für das östreichische Salzburg vermuthlich zu Frankreichs Gunsten auf die Pfalz verzichten sollte. Alles das waren nicht vage Ideen, sondern ein vollständiges Programm, welches die Billigung des Ministerrathes erhielt und nach Petersburg abging, um zunächst Rußland vorgelegt zu werden. Aber Polignac hatte Unglück; als seine Vorschläge an der Newa anlangten, traf auch die Kunde von dem Frieden von Adrianopel ein, und damit war dem Anschlag der Boden unter den Füßen weggezogen; der Gesandte konnte unter solchen Umständen seine Anträge nicht einmal mehr zur Kenntniß des russischen Cabinets bringen und die hoffnungsreichen Actenstücke wanderten in das Archiv des auswärtigen Amtes zurück. Es galt nun einen andern Anlaß zu finden, mittelst dessen sich einiger Ruhmesschimmer, wenn auch in bescheidenerem Maße, gewinnen lasse. Die Aufgabe war nicht schwierig. Schon seit 1827 hatte Frankreich den diplomatischen Verkehr mit dem Dey von Algier abgebrochen. Es hatte dieser nämlich aus Anlaß einer Geldstreitigkeit, in der zwei seiner Unterthanen mit der französischen Regierung lagen, einen Brief an Karl X. gerichtet, auf welchen die Antwort ausblieb. Seiner Klage darüber setzte der französische Consul die übermüthige Antwort entgegen, der König von

Die äußere Politik.

Der Streit mit Algier.

Frankreich führe keinen Briefwechsel mit einem Dey von Algier. Entrüstet fuhr der Dey auf und gab ihm einen Schlag mit dem Fliegenwedel. Da er jede Genugthuung für diese Schmach verweigerte, mußte Villèle den Consul abberufen und ließ Algier blokiren. Zwei Jahre dauerte dieses ziemlich unwirksame Einschüchterungsmittel; da stellte das Ministerium Martignac in seinen letzten Tagen ein Ultimatum. Aber mit so wenig Glück, daß der Dey sogar auf das Schiff des französischen Parlamentärs schießen ließ. So hatte also Polignac von dem ersten Tage seiner Regierung an einen Kriegsfall zur Verfügung; so lange er sich jedoch mit größeren Plänen trug, wünschte er die Strafe an Algier von fremder Hand vollziehen zu lassen, und lud Mehemet Ali von Aegypten, der bei der Zerstückelung der Türkei natürlich selbständig geworden wäre, ein, sich Algier zu erobern. Das Scheitern des großen Theilungsplanes erhöhte nun natürlich den Werth des Streites mit Algier in den Augen Polignacs, und wenn das Unternehmen auch in mancher Hinsicht schwierig und mißlich war, so mußte es nunmehr doch herhalten. Am 7. Februar 1830 beschloß das Cabinet den Krieg und übertrug die Führung desselben dem Minister Bourmont, dessen Geschäfte mittlerweile Polignac selbst wahrnehmen sollte.

Die Eröffnung der Kammern.

Während die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben wurden, eröffnete der König am 2. März persönlich die Kammern, und zwar, wie er es seiner Familie angekündigt hatte, „als König". Er sprach seine Zuversicht aus, daß die Vertreter des Landes ihn bei der Ausführung seiner guten Absichten unterstützen würden, aber er erklärte auch in fast drohendem Tone, daß er sowohl in der Liebe der Franzosen wie in seinem eigenen festen Entschlusse die Kraft finden werde, strafbare Umtriebe zu beseitigen. Dabei gerieth er so in Hitze, daß er, um sich abzukühlen, den Hut abnehmen wollte und ihn an den Boden fallen ließ. Der Herzog von Orléans war es, der ihn aufhob — eine Laune des Zufalls, in der man bald eine Vorbedeutung erkennen wollte. Zunächst rief die Entschiedenheit des Königs eine gleiche Entschiedenheit bei den Deputirten hervor. Die Antwort auf die Thronrede beklagte das Mißtrauen, welches der leitende Gedanke der jetzigen Verwaltung sei; sie nannte dieses Mißtrauen beleidigend, beunruhigend und bedrohlich für die Freiheiten des Volkes; sie forderte den Monarchen auf, ein Ministerium einzusetzen, das den Wünschen der Nation entspreche. Natürlich gab Karl zur Antwort, daß seine Entschlüsse unveränderlich seien und daß ihm das Interesse seines Volkes verbiete, davon abzugehen. Am Tage nach dem Empfang der Adresse, am 19. März 1830, wurden die Kammern bis zum 3. September vertagt.

Vertagung derselben.

Auch die Auflösung derselben war eine beschlossene Sache; aber man zögerte noch sie auszusprechen, um für die Neuwahlen Zeit zu gewinnen, und sie durch Siegesnachrichten aus Afrika beeinflussen zu können. Am 25. Mai ging die Expedition, über 100 Kriegsschiffe mit 27,000 Matrosen und Seesoldaten, 37,000 Mann Landungstruppen, unter Bourmonts Befehl, von Toulon aus in See. Die

Die Einnahme von Algier.

Ueberfahrt wurde durch widrige Winde sehr erschwert, die Landung aber am 14. Juni mit Glück und Geschick auf der Halbinsel Sidi Ferruk, drei Meilen westlich von Algier, vollzogen. Schon am 19. Juni kam es in der Ebene Staueli zu einer blutigen Schlacht, in welcher der Sieg zuletzt den Franzosen blieb. Gegen Algier selbst vorzurücken unterließ Bourmont jedoch, weil sein Belagerungspark noch nicht ausgeschifft war; 10 Tage waren dazu noch erforderlich; dann marschirte er vorwärts. Und nun entwickelte sich die Entscheidung mit großer Schnelligkeit. Zum Gegenstande des ersten Angriffs wurde das alte „Kaiserschloß" ersehen, bei dem 1541 Karls V. Zelt gestanden hatte. Am 30. Juni wurden die Laufgräben eröffnet, schon am 4. Juli verließ die Besatzung das Schloß und sprengte es in die Luft. Dem Dey war in der Bestürzung über die Macht der französischen Artillerie jede Lust zu weiterem Widerstande geschwunden; noch am selben Tage capitulirte er, bedang sich und der türkischen Besatzung freien Abzug mit Familie und Vermögen aus und überließ den Franzosen den Besitz von Algier; auch der bedeutende Staatsschatz im Belauf von 48 Millionen Franken, Waarenvorräthe im Werth von 11 Millionen, und die Artillerie des Deys, 1500 Geschütze, fielen in ihre Hand.

Das Unternehmen war also in der That nicht blos glücklich, sondern glänzend gelungen; 6 Wochen nach der Abfahrt, 3 Wochen nach der Landung des Geschwaders erfuhr Paris die siegreiche Beendigung des Krieges. Aber für die Wahlen kam die Nachricht doch schon zu spät; sie hatten wenige Tage vorher stattgefunden und waren durch die Kunde des Sieges von Staueli wenig beeinflußt worden. Da man die Absicht, in welcher der Zug nach Algier unternommen war, sehr wohl durchschaute, so verhielt man sich mit Bewußtsein gleichgültig gegen seine Ergebnisse. Die liberalen Parteien waren ungemein eifrig, durch die Presse und durch Vereine das Volk zu bearbeiten. Ein geheimer Ausschuß, das Comité directeur, hatte die Leitung in die Hand genommen; die Gesellschaft Aide-toi hatte ihre Agenten in allen Städten und Städtchen des Landes; alle andern Parteiunterschiede wurden hintangestellt und von Lafayette, dem alten Republikaner, der seit Polignacs Ministerium plötzlich wieder aus dem Dunkel hervorgetreten und, wo er sich im Lande gezeigt hatte, mit den überschwänglichsten Huldigungen begrüßt war, von Lafayette bis Martignac standen die Oppositionellen fest zusammen. Unter den Journalen gewann in wenigen Wochen der National, der erst mit Beginn des Jahres gegründet war, eine hervorragende Bedeutung; der junge Thiers, damals 33jährig, erwies sich als die größte publicistische Kraft seines Landes. Die Auflösung der Kammer, das Ausscheiden einiger maßvoller Minister, ihr Ersatz durch anerkannte Schützlinge der Congregation, alles das und manche geheimere Anzeichen befestigten den Glauben, daß ein Gewaltstreich vor der Thür stehe. Selbst die fremden Cabinette wurden besorgt. Der Czar ließ daran erinnern, daß Alexander nicht allein die Herrschaft der Bourbonen, sondern auch die Verfassung verbürgt habe; Metternich warnte

Die Wahlen in Frankreich.

Warnungen des Auslandes.

dringend, sich mit der Revolution einzulassen, wenn man nicht gewiß sei, sie zu besiegen. Polignac erwiderte diese Warnungen mit der festen Zusicherung, daß er die Verfassung nicht verletzen werde. Und wirklich hatte er sich und dem Könige eingeredet, daß die Charte selbst einen Weg angebe, auf dem sie zeitweilig umgangen werden könne, ohne daß doch ihre fortdauernde Gültigkeit in Frage gestellt werde.

Artikel 14 der Verfassung.

Artikel 14 bestimmte nämlich, daß der König die „Anordnungen und Ordonnanzen zu erlassen habe, welche zur Ausführung der Gesetze und für die Sicherheit des Staates nöthig seien". Offenbar waren damit außerordentliche Nothfälle ins Auge gefaßt; für einen solchen Nothfall glaubte aber Polignac auch die gegenwärtige Lage ansehn zu dürfen. Die vorige Kammer hatte der Regierung ihre Mitwirkung verweigert; von den 221 Mitgliedern der Mehrheit, welche jenen Beschluß gefaßt, waren 202 wieder gewählt worden; außer ihnen gehörten aber noch 70 andre der neuen Deputirten der Opposition an; es war also eine Wiederholung jenes Beschlusses mit Sicherheit zu erwarten. Für diesen Fall, meinte Polignac, liege der Nothstand vor, welcher den König zur Handhabung des Artikels 14 berechtige; ja, da der Fall mit mathematischer Gewißheit eintreten müsse, so brauche man seine Verwirklichung gar nicht abzuwarten, sondern könne schon jetzt mittelst jenes Artikels Maßregeln zu dem Zwecke treffen, daß eine neue Kammer gewählt werde, welche der Regierung die verfassungsmäßige Mitwirkung nicht versage. Das Fehlerhafte dieses Trugschlusses war leicht zu durchschauen. Der Nothstand sollte darin bestehen, daß der König ein Ministerium nicht entlassen wollte, das zu entlassen er nicht gezwungen werden konnte, die Kammer aber eben dieses Ministerium nicht unterstützen wollte und ihrerseits doch auch nicht gezwungen werden konnte, es zu unterstützen. Es war leicht einzusehen, daß dieser Conflict nur durch die Minister gelöst werden konnte, indem sie freiwillig zurücktraten; thaten sie das nicht, so waren sie es, die den Nothstand erst zum Nothstand machten und sie waren nicht berechtigt, auf Grund dieses von ihnen geschaffenen Nothstandes dem Könige die Anwendung des Artikels 14 anzurathen. Dem Könige seinerseits aber ließ sich, so lange er Minister fand, welche seine Ordonnanzen unterzeichneten, schwerlich vorwerfen, daß er seinen Eid auf die Verfassung gebrochen habe. Die Minister waren es, welche den ihren brachen. Diese Einsicht scheint jedoch Polignac nicht gewonnen, sondern in dem guten Glauben gehandelt zu haben, daß er zu den Maßregeln berechtigt sei, die er seinem Monarchen vorschlug. So entwarf er die fünf Ordonnanzen, welche die Juli-Revolution herbeiführten. Drei von ihnen bezweckten unmittelbar die Herstellung einer gefügigen Kammer; sie verordneten 1) die Auflösung der eben gewählten und noch nicht einmal zusammengetretenen; 2) ein neues Wahlgesetz, welches die Zahl der Wähler verminderte und die eigentliche Wahl ausschließlich in die Hand der Höchstbesteuerten legte, während die übrigen Wähler nur das Recht hatten, eine Candidatenliste aufzustellen; 3) die Einberufung einer nach diesem Gesetze gewählten Kammer auf den 28. September. Eine vierte Ordonnanz

Die Ordonnanzen.

führte die Censur wieder ein und verbot das Erscheinen der Zeitungen bis dahin, daß sie die polizeiliche Erlaubniß eingeholt, und eine fünfte ernannte verschiedene neue Mitglieder des Staatsrathes.

Der gleichzeitig gefaßte, aber nicht veröffentlichte Beschluß, den Marschall Marmont zum Befehlshaber der pariser Besatzung zu ernennen, war so ziemlich die einzige Vorsichtsmaßregel, welche das Ministerium — abgesehen von dem tiefen Geheimniß, mit dem es seine Maßnahmen traf — für nöthig hielt. Auch der König gab sich wenigstens den Anschein der vollsten Ruhe; er ging an dem Tage, an welchem die Ordonnanzen im Moniteur erschienen, ruhig auf die Jagd nach Rambouillet und kehrte erst um Mitternacht nach St. Cloud zurück. Daß ihm der Ernst der Lage aber doch nicht verborgen war, zeigt sein Verhalten in dem Ministerrathe vom 25. Juli, in dem er die Ordonnanzen unterzeichnen sollte. Den Kopf auf die linke Hand gestützt, die Feder in der rechten, zögerte er nachsinnend noch einen Augenblick; dann unterschrieb er, ließ unterschreiben und verabschiedete die Minister mit den Worten: Meine Herren, Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; zwischen uns gilt es jetzt auf Leben und Tod! In der Nacht wurde der Redacteur des Moniteur zum Justizminister beschieden und erhielt die Ordonnanzen mit dem Auftrag, sie sogleich zum Abdruck zu bringen. Gott erhalte den König und Frankreich! rief er aus, als er sie gelesen; ich habe alle Kampftage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erschütterungen!

Die Juli-Revolution.

Aber zunächst schienen solche Besorgnisse doch gar keine Bestätigung zu finden. An der Börse freilich sank die Rente sogleich um 4 Procent und der schweizer Gesandte berichtete nach Haus, es sei ein Schlag gefallen, auf den zu antworten das Land nicht säumen werde. Aber Paris blieb den ganzen 26. Juli stumm; die anwesenden Deputirten kamen wohl privatim zusammen, gelangten aber zu keinem Beschlusse; in den Cafés des Palais royal gab es einige Scenen und ein Haufen junger Leute warf Polignac die Fenster ein; aber das sah wenig nach einer Revolution aus. Das entscheidende Wort wurde in dem Redactionszimmer des National gesprochen; hier versammelten sich 44 Journalisten von 11 Zeitungen, um zu berathen, ob sie sich fügen und die gesetzwidrige Erlaubniß zum Forterscheinen einholen sollten. Einstimmig beschlossen sie, das nicht zu thun und am andern Tage in ihren Blättern einen Protest zu veröffentlichen, den Thiers sogleich entwarf. Da die Herrschaft des Gesetzes, so hieß es darin, unterbrochen sei und die Herrschaft der Gewalt begonnen habe, so höre der Gehorsam auf eine Pflicht zu sein; selbst zum Widerstand entschlossen, müßten die Unterzeichner an Frankreich die Aufforderung richten, zu überlegen, wie weit seinerseits der Widerstand reichen solle.

Der 26. Juli.

Der Protest der Zeitungen.

Dieser Protest gab der Bewegung Halt, wenngleich von den 11 Journalen nur zwei, der National und der Temps, wirklich den

Der 27. Juli.

Muth hatten, ihn am 27. Juli zu veröffentlichen. Die Aufregung in der Bevölkerung ſtieg von Stunde zu Stunde; tauſende von Exemplaren der beiden Zeitungen wurden verkauft und an den Straßenecken vorgeleſen; die Nachricht, daß gegen die Unterzeichner ein Verhaftsbefehl erlaſſen, daß die Druckereien des National und des Temps polizeilich geſchloſſen ſeien, erhöhte die Erbitterung; zu allem Ueberfluß verbreitete ſich Mittags die Kunde, daß Marmont den Oberbefehl übernommen habe. Bald durchzogen Gensdarmeriepatrouillen die Stadt; vereinzelte Steinwürfe, die ſie trafen, ſchwache Verſuche zum Barricadenbau, die hier und da ſichtbar wurden, die erſten Flintenſchüſſe, die gegen 3 Uhr fielen, zeigten, daß ein gewaltſamer Widerſtand im Entſtehen begriffen ſei. Das raſche Eingreifen einer genügenden Truppenmacht hätte ihn jetzt noch im Keime erſticken können. Aber ſtatt der 18,000 Mann, die Polignac zur Hand zu haben verſicherte, befanden ſich nur 11,000 in Paris; dieſe hatten obendrein durch längeren Aufenthalt engere Beziehungen mit der Bevölkerung angeknüpft und waren ſo nicht einmal zuverläſſig; das Schlimmſte aber war, daß keine Vorbereitungen irgend welcher Art getroffen waren und eine raſche Machtentfaltung am 27. daher unmöglich war. Andrerſeits fehlte freilich auch dem Volke den ganzen Tag über noch jede Leitung; die Maſſen in den Straßen wuchſen wohl von Stunde zu Stunde; mit den entlaſſenen Arbeitern der Druckereien vereinigten ſich Studenten und ehemalige napoleoniſche Soldaten; Barricaden wurden errichtet, Laternen eingeworfen, Wachtpoſten inſultirt; aber man wußte doch nicht recht: wo hinaus? Marmont glaubte am Abend berichten zu können, die Lage ſei nicht ernſt und die Verhängung des Belagerungszuſtandes unnöthig. Das änderte ſich über Nacht.

Der 28. Juli. Während derſelben wurden von mehreren radicalen Deputirten, wie Treilhard, Mérilhou u. A., in den zwölf Bezirken von Paris Aufſtandscomités errichtet; vor Sonnenaufgang hatten ſich die Barricaden vervielfältigt; die Sturmglocken ertönten und brachten Tauſende und aber Tauſende auf die Beine; aus den Läden der Waffenfabrikanten bewaffnete ſich die Menge; ehemalige Nationalgardiſten erſchienen in ihrer Uniform; die Schilder der Hoflieferanten, die königlichen Wappen wurden abgeriſſen und immer häufiger ertönte der Ruf: Nieder mit den Bourbonen! Marmont erkannte ſogleich die ſteigende Gefahr; ſchon um 9 Uhr meldete er dem König: Es iſt kein Aufruhr mehr, es iſt eine Revolution. Aber nicht zum Verſuch einer gewaltſamen Unterdrückung, ſondern zu Maßregeln, um den Frieden mit dem

Verhängung des Belagerungszuſtandes. Volke wiederherzuſtellen, rieth er dem Könige. Davon wollte dieſer Nichts wiſſen; der Belagerungszuſtand wurde verhängt und damit Marmont unumſchränkte Vollmacht gegeben. Nur mit halbem Herzen und ohne Glauben an den Erfolg widmete ſich dieſer ſeiner Aufgabe. Während er ſeine Truppen von den Tuilerien aus in vier Richtungen vorgehen ließ, um das Stadthaus und andre wichtige Puncte zu beſetzen, verhandelte er gleichzeitig mit den Vertretern der liberalen Abgeordneten. Dieſe hatten ſich gegen Mittag, etwa 30 an der Zahl, von Neuem verſammelt und einen ſehr matten, von Guizot verfaßten

Proteſt genehmigt, den ſie aber nicht einmal zu unterzeichnen wagten. Dann begaben ſich fünf von ihnen, Laffitte und Caſimir Périer an der Spitze, zu Marmont in die Tuilerien, um durch ſeine Vermittlung auf den König zu wirken und ihn ſelbſt zur Einſtellung der Feindſeligkeiten zu bewegen. Der Marſchall, den Arago, ſein perſönlicher Freund, ſchon mit ähnlichen Bitten beſtürmt hatte, machte kein Hehl daraus, wie ſehr er den Staatsſtreich mißbillige, erklärte aber, um ſeiner militäriſchen Ehre willen die Feindſeligkeiten fortſetzen zu müſſen; auf eine Nachgiebigkeit des Königs zu rechnen, ſei, wie er fürchte, eine leere Hoffnung. Mittelbar beſtätigt wurde das durch Polignacs Haltung; auch er befand ſich in den Tuilerien; aber als Marmont ihm vorſchlug, die Abgeordneten zu empfangen, lehnte er das als zwecklos ab. Gleichwohl erſtattete der Marſchall dem Könige Bericht von dem Vorgefallenen, ſchilderte die militäriſche Lage als ſehr bedenklich, da ſeine Truppen nirgends Fuß zu faſſen vermöchten, und rieth wiederholt, die gemachten Vorſchläge ohne Verzug anzunehmen. Aber Karl blieb hartnäckig; auch dem Baron Vitrolles, einem bewährten Royaliſten, der im Einverſtändniß mit einigen Häuptern der Liberalen ſich nach St. Cloud begab und in den König drang, gelang es nicht, ihn zu erſchüttern; grade daß die Oppoſition eine Verſöhnung anſtrebte, ſchien dem Monarchen ein Beweis ihrer Schwäche, und Polignacs Berichte beſtärkten ihn in dieſem Wahn. Und doch wurde die Lage in Paris immer ſchlimmer. Die Truppentheile, welche Marmont ausgeſandt hatte, mußten bis auf einen alle vor Abend wieder auf die Tuilerien zurückgehn, und auch dieſer eine, welcher ſich im Stadthauſe feſtgeſetzt hatte, räumte dieſen Punct während der Nacht. Am Morgen des 29. Juli war Marmont in den Tuilerien wie blokirt; nur im Rücken hatte er durch die elyſeiſchen Felder noch freie Verbindung mit St. Cloud. Aber ſchlimmer war, daß die Treue ſeiner Truppen zu wanken begann. Er bot jetzt ſelbſt den Pariſern in einer Anſprache eine Waffenruhe an; das Angebot wurde nicht beachtet, thatſächlich aber ruhte der Kampf. Statt deſſen machte ſich das Volk daran, einzelne Regimenter durch ſchmeichelndes Zureden zum Abfall zu bewegen; zwei Linienregimenter, die Gewehr bei Fuß auf dem Vendôme-Platze ſtanden, erlagen der Verſuchung und ſtellten ſich unter den Befehl des Generals Gérard, der zu den liberalen Abgeordneten gehörte. Sie zu erſetzen entſandte Marmont eines der beiden Schweizerbataillone, welche den Louvre verteidigten; dadurch gerieth das andre derſelben ins Schwanken, räumte den Louvre und zog ſich auf den Carouſſel-Platz, der zwiſchen Louvre und Tuilerien liegt, zurück. Das Volk drängte nach und richtete aus den Fenſtern ein lebhaftes Feuer auf die Schweizer und die andern Truppen. Nun griff die Panik, in welche dieſe bereits gerathen waren, ſchnell weiter; eine ſchimpfliche Flucht begann; Marmont ſelbſt mußte die Tuilerien räumen, auf denen alsbald die Tricolore als Siegeszeichen flatterte, und nach St. Cloud eilen, zufrieden, wenn er die wilde Flucht in einen leidlichen Rückzug umwandeln konnte. In St. Cloud fand er den König im Miniſterrath. Schon Morgens

Verhandlungen.

Hartnäckigkeit des Königs.

Der 29 Juli.

Abfall der Truppen.

Räumung der Tuilerien.

Berathungen in St. Cloud.

war Polignac hinausgeeilt, um den Monarchen in seiner Standhaftigkeit zu befestigen, in der ihn die bösen Nachrichten leicht erschüttern konnten. Bald nachher erschienen die Grafen Sémonville und Argout, von Marmont gesandt, um die Entlassung des Ministeriums zu empfehlen; aber der König blieb bei seiner Ueberzeugung: Nachgeben heißt abdanken. Wenig besseren Erfolg hatte Vitrolles, der zum zweiten Male kam, die böse Wendung in Paris berichtete und ein Ministerium Mortemart-Casimir Périer-Gérard als letzte Rettung forderte. Endlich stellte sich Marmont selbst ein, als Bote seiner eigenen Niederlage, umgeben von staubbedeckten, schweißtriefenden Adjutanten. Auf's Lebhafteste unterstützte er Vitrolles' Rath, aber noch stundenlang dauerte die Cabinetssitzung, ohne daß man einen Entschluß fassen konnte. Endlich, spät am Nachmittag, genehmigte der König die Entlassung Polignacs und übertrug Mortemart, einem gemäßigten Liberalen, der von seinem russischen Gesandtschaftsposten eben auf Urlaub in der Heimat war, die Leitung der Geschäfte. Schleunig eilten Vitrolles, Sémonville und d'Argout mit der frohen Botschaft nach Paris, fest überzeugt, daß nunmehr jede Schwierigkeit gehoben sei. Nur zu schnell erkannten sie, wie irrig diese Hoffnung war. Der Uebertritt der beiden Infanterieregimenter hatte den liberalen Abgeordneten, die sich bis dahin zu Nichts mehr als einem anonymen Protest hatten aufraffen können, plötzlich Muth eingeflößt. 25 an der Zahl, übertrugen sie dem alten Lafayette den Oberbefehl über die Nationalgarde, dem General Gérard, welcher sich jenem freiwillig unterordnete, den über die Linientruppen, und setzten einen Gemeindeausschuß ein, der aus Lafitte, Périer, dem General Lobau, Schonen, Audry de Puyraveau und Mauguin bestand und alsbald seine Thätigkeit auf dem Stadthause begann. An diesen wandten sich Vitrolles und seine Begleiter zunächst, um ihm Meldung von dem versöhnlichen Schritte des Königs zu machen. Casimir Périer verwies sie jedoch an die Abgeordneten, welche noch immer in Lafittes Hause tagten. Hier war die Stimmung einer Aussöhnung wohl geneigt, doch herrschte ein tiefes Mißtrauen vor und einzelne Stimmen, wie Thiers und Lafitte, erklärten grade heraus, es könne jetzt nur noch ein Thronwechsel helfen. Ihr Candidat war Louis Philipp, Herzog von Orléans, dem Lafitte schon im Laufe des Tages hatte melden lassen, er habe keine andere Wahl als eine Krone oder einen Paß. Aber wenn derselbe wegen seiner liberalen Grundsätze im Allgemeinen beim Volke beliebt war, so standen die Aussichten für ihn doch zur Zeit noch nicht besonders günstig. Eigentlich war seine Erhebung bis zu diesem Momente noch gar nicht ernstlich ins Auge gefaßt und neben der Fortdauer der bourbonischen Regierung nur die Republik in Betracht gezogen. Es galt also zunächst ihn überhaupt in Vorschlag zu bringen. Das geschah mittelst großer Anschlagezettel, die Thiers Nachts in der Werkstatt des National drucken ließ und die am Morgen des 30. Juli an allen Straßenecken prangten. Die Wirkung derselben war ungemein günstig, zumal der Herzog von Mortemart, dessen Ankunft in Paris man schon am vorigen Abend

Polignacs Entlassung.

Die Lage in Paris.

Der Gemeindeausschuß.

Der Herzog von Orléans.

bis über die Mitternacht hinaus gespannt erwartet, sich immer noch nicht sehen ließ und damit jede Bürgschaft für die versöhnlichen Absichten Karls X. schwand. Thiers hatte sich inzwischen mit dem Maler Ary Scheffer nach Neuilly begeben, wo er Louis Philipp vermuthete. Zwar fand er ihn dort nicht, denn der Herzog hatte sich, um zu keinem voreiligen Schritte gedrängt zu werden, nach Raincy, einem einsamen Landhause im Wald von Bondy, zurückgezogen; wohl aber trafen die Beiden dort seine Schwester, Madame Adelaide, und diese versprach in ihrem Sinn auf den Bruder zu wirken. Sogleich kehrte Thiers nach Paris zurück und begab sich in das Palais Bourbon, wo die Abgeordneten beisammen waren und abermals Mortemarts harrten. Seine Mittheilungen reiften einen Beschluß, der schon vorher in Ueberlegung gezogen war: da von Karl X. durchaus keine weiteren Mittheilungen kamen, wurde der Herzog von Orléans zum General-Statthalter des Königreichs ernannt und eine Deputation erwählt, welche zunächst den Pairs Mittheilung von diesem Beschlusse machen, ihre Zustimmung erwirken und dann, durch Vertreter der ersten Kammer verstärkt, den Herzog auffordern sollte, seine neue Würde alsbald anzutreten. Bei den Pairs trafen die Abgesandten zu ihrem großen Erstaunen den Herzog von Mortemart, der mit königlichen Decreten, welche die Ordonnanzen zurücknahmen und die Wiederherstellung der Nationalgarde bewilligten, zu Fuß und auf großen Umwegen endlich todtmüde und mit wunden Füßen in Paris angelangt war; vollständig entmuthigt durch die Zustände in der Hauptstadt gab er selbst dem Beschluß der Abgeordneten seine Zustimmung. Da man den Aufenthalt Louis Philipps immer noch nicht kannte, so wurde seine Ernennung in seinem Palaste abgegeben und seine schleunige Ankunft in Paris verlangt. Nach einem schweren Kampfe mit sich selbst entschloß sich der Herzog von Orléans die Würde anzunehmen. Gegen 11 Uhr Nachts traf er zu Fuß, begleitet von zwei Adjutanten, im Palais royal ein. Sogleich ließ er Mortemart zu sich rufen. Nur dem gebieterischen Drange der Umstände gehorchend, so versicherte er, und nur um die Ausrufung der Republik zu verhüten, sei er nach Paris gekommen; aber eher werde er sich in Stücke hauen als die Krone auf sein Haupt setzen lassen. Auch der Deputation der Abgeordneten, welche ihm Morgens am 31. Juli den förmlichen Beschluß wiederholte, gab er ähnliche Erklärungen, wenngleich in abgeschwächter Form, und erließ dann einen Aufruf, in welchem er die Statthalterschaft annahm, die Tricolore als Fahne Frankreichs anerkannte, den unverweilten Zusammentritt der Kammer verkündete und mit der Versicherung schloß: Die Verfassung wird fortan eine Wahrheit sein! Das Nächste mußte jetzt sein, den Gemeindeausschuß auf dem Stadthause und den alten Lafayette zur Anerkennung des Statthalters zu bewegen. Nachdem der Letztere unter der Hand bewogen worden war, auf die Verwirklichung seiner republikanischen Ideale zu verzichten, sollte in einem feierlichen Acte die Einigkeit zwischen ihm und Louis Philipp dem Volke gezeigt werden. Begleitet von 91 Abgeordneten — so viel hatten sich jetzt allmählich zusammen-

Erhebung zum General-Statthalter.

Der Herzog von Mortemart.

Louis Philipp nach Paris.

Louis Philipp auf's Stadthaus.

gefunden — begab sich der General-Statthalter nach dem Stadthause. Es war ein ärmlicher und ängstlicher Aufzug; ärmlich — denn kein militärischer Pomp wurde dabei entfaltet; ein einziger Trommler zog vorauf; ein paar Adjutanten waren die einzigen Uniformen; ängstlich — denn jeden Augenblick fürchtete man, daß die Kugel eines Republikaners dem Leben des Herzogs ein Ende machen werde.

Lafayette. Lafayette empfing den Statthalter, umgeben von dem Ausschuß, an der Thür des Sitzungssaales. Nachdem der Herzog sich zu dem Inhalt einer Ansprache bekannt, in welcher die 91 Abgeordneten dem Volke eine Reihe liberaler Maßregeln verbürgten, erfaßte Lafayette seinen Arm und trat so mit ihm, die dreifarbige Fahne in der Hand, auf den Balkon des Stadthauses. Lauter Jubel der Bevölkerung, die unten Kopf an Kopf stand, begrüßte die Beiden, als sie sich umarmten; das Eis war gebrochen, und anerkannt von der Revolution kehrte der Herzog in das Palais royal zurück. Bald darauf stattete ihm Lafayette daselbst seinen Gegenbesuch ab. Auch dieser verlief in schönster Eintracht. Lebhaft stimmte der Statthalter in das Wort des alten Republikaners ein: Frankreich bedürfe eines Thrones, umgeben von republikanischen Staatseinrichtungen, und Lafayette seinerseits war so entzückt von dem Prinzen, daß er ihn die beste der Republiken nannte und völlig vergaß, ihm das Programm des Stadthauses vorzulegen, das ihm seine republikanischen Gesinnungsgenossen, weniger gefühlsselig als er selbst, mitgegeben hatten, um es von Louis

Die Republikaner. Philipp anerkennen zu lassen. Eine republikanische Opposition gegen den neuen Regenten blieb deshalb vom ersten Tage an bestehn; ihre Führer waren besonders Cavaignac und Bastide. Thiers gab sich viele Mühe, auch diese zu bekehren; er veranlaßte eine persönliche Zusammenkunft und Besprechung, die aber nur die Tiefe der Kluft recht erkennen ließ. Als Bastide sich erhob um zu gehen, rief ihm Louis Philipp freundlich nach: Ich hoffe, Sie kommen wieder! Niemals! war die Antwort. Aber der König tröstete sich darüber mit dem berühmt gewordenen Worte: Man muß niemals Niemals sagen! Für die nächste Zeit hatte jedenfalls der Groll der unversöhnten Republikaner keine große Bedeutung; dagegen konnte von Seiten

Karl X. nach Rambouillet. Karls X. immer noch ein militärischer Versuch gegen Paris gemacht werden, besonders wenn es ihm gelang, die Ankunft Bourmonts mit seiner siegreichen afrikanischen Armee abzuwarten. Der Generalstatthalter suchte deshalb mit dem Könige nicht völlig zu brechen. Karl hatte sich, als Mortemarts Sendung nach Paris gescheitert war, noch einmal Polignac in die Arme geworfen; als er jedoch die Gefährlichkeit eines längeren Aufenthaltes in St. Cloud oder in Trianon, wohin er am 31. Juli ging, einsah, empfahl er seinen Ministern für ihre eigne Sicherheit zu sorgen und begab sich nach dem etwas entfernteren Rambouillet, wo er spät Abends am 31. Juli anlangte. Am nächsten Tage schrieb er dem Herzog von Orléans einen Brief, durch welchen er ihm seinerseits die Regentschaft übertrug. Louis Philipp antwortete darauf in einer Weise, die den König durchaus zufrieden stellte. Allein schon am nächsten Tage änderte sich die Sachlage von

Neuem. Karl überzeugte sich, daß für ihn persönlich keine Hoffnung mehr sei, den Thron wieder zu gewinnen und verzichtete daher zu Gunsten seines Enkels Heinrichs V. auf den Thron, ein Verzicht, welchem sich der Nächstberechtigte, Karls ältester kinderloser Sohn, der Herzog von Angoulême, anschloß. Ein Schreiben des Königs, das noch am 2. August Abends in die Hände des Adressaten gelangte, theilte dem Herzog von Orléans diesen doppelten Entschluß mit und forderte ihn auf, die Regierung im Namen Heinrichs V. zu führen. Mit dieser Botschaft hatte sich indeß eine Deputation gekreuzt, welche im Auftrage des Herzogs den König dringend einladen sollte, Rambouillet zu verlassen, da seine Nähe die Aufregung der Pariser wach erhalte. Allein der König weigerte sich die Abgesandten — es waren der Marschall Maison, Odilon Barrot und Schonen — auch nur zu empfangen. Um ihn zur Abreise zu bewegen, mußten daher stärkere Mittel aufgeboten werden. Ohne die Abdankungsurkunde vorher zu veröffentlichen, ertheilte der Herzog früh am 3. August dem General Pajol den Auftrag, mit 6000 Nationalgarden nach Rambouillet zu ziehen; eine bunte Menge, ohne einen Schein soldatischer Ordnung und Haltung, die Einen zu Fuß, die Andern in Droschken, auf Leiterwagen und auf anderem Fuhrwerk jeglicher Art, im Ganzen etwa 20,000 Menschen, strömte hinaus und lagerte sich gegen Abend vor Rambouillet in den Getreide- und Kleefeldern zu beiden Seiten der Straße. Voran geeilt waren abermals Maison und seine Collegen; mit den lebhaftesten Farben stellten sie dem Monarchen die Gefahr vor Augen; Maison gab sein Ehrenwort, daß die Menge wohl 60,000 Köpfe stark und Widerstand unmöglich sei. Darauf hin entschloß sich Karl noch Abends zur Abreise; in Maintenon reifte der Entschluß, Frankreich ganz zu verlassen und auch den Plan, südlich der Loire eine Gegenregierung zu bilden, aufzugeben; die Truppen, welche bis dahin ihn begleitet, wurden entlassen und nur etwa 1200 Mann mit 2 Geschützen zurückbehalten, um die königliche Familie, deren Mitglieder alle bei einander waren, nach Cherbourg zu begleiten. Nicht ohne manchen Beleidigungen ausgesetzt zu sein, schiffte sich der gestürzte König dort am 16. August auf einem amerikanischen Fahrzeug nach England ein und landete, ohne mit königlichen Ehren empfangen zu werden, auf der Insel Wight. Nur bis 1832 nahm er die Gastfreundschaft Englands in Anspruch und wohnte während dieser Zeit erst auf einem Schlosse in Dorsetshire, dann in Edinburg. Darauf siedelte er nach Oestreich über, wo er in Prag, später in Görz, lebte und an letzterem Orte 1836 am 6. November starb. Sein Sohn Angoulême folgte ihm 1844 im Tode nach.

Seine Abdankung.

Der Zug nach Rambouillet.

Des Königs Abreise.

Sein Ausgang.

Die Art, auf welche der Herzog von Orléans die Abreise des Königs bewirkt hatte, war nicht die feinste gewesen. Auch sein ferneres Verhalten trug keineswegs den Stempel ritterlicher Offenheit. Daß er nicht den Versuch machte, die Nachfolge Heinrichs V. selbst herbeizuführen, dazu konnte ihn freilich außer eigensüchtigen Beweggründen recht wohl auch die Einsicht in die Vergeblichkeit solches Bemühens veranlassen. Er ging aber noch einen Schritt weiter, indem er zu-

Louis Philipps Verhalten.

Eröffnung der Kammern.

nächst die Person Heinrichs V. ganz im Dunkel zu lassen suchte. An demselben Tage, wo die Pariser nach Rambouillet zogen, am 3. August, eröffnete er die Kammern und theilte denselben die doppelte Thronentsagung Karls und Angoulêmes mit, ohne beizufügen, daß sie zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux ausgefertigt sei. Ueber das, was nun zu thun sei, hüllte er sich in tiefes Schweigen und überließ damit der Kammer den ersten Schritt. Auf Antrag Bérards zog dieselbe sogleich die Fragen in Berathung, welche zur Herstellung der öffentlichen Ordnung zu erledigen seien, und faßte ihre Beschlüsse schon am 7. August mit 219 gegen 33 Stimmen in einer Erklärung zusammen, welche die Erledigung des Thrones, eine beträchtliche Zahl von Verfassungsänderungen, die Reformbedürftigkeit anderer wichtiger Bestimmungen und Gesetze, endlich aber die Erhebung Louis Philipps zum Könige der Franzosen aussprach. Die Pairskammer, die in der großen Woche, wie man die achttägige Revolution nannte, gar keine Rolle gespielt hatte, stimmte diesen Beschlüssen zu, obgleich sich darunter auch die Ausstoßung aller ihrer Mitglieder, die Karl ernannt, und eine Erklärung gegen die Erblichkeit der Pairie befand. Nur Chateaubriand wagte es, ein Wort der Treue dem gestürzten Könige nachzurufen, der jetzt zum dritten und letzten Male in die Verbannung ziehe. Mit ihm weigerte sich eine kleine Schaar von Mitgliedern beider Kammern der Regierung des neuen Königs den Eid zu leisten. Am 9. August erschien dieser vor den vereinigten beiden Häusern des Parlamentes und beschwor feierlich die Annahme der Erklärung vom 7. August.

Louis Philipp König der Franzosen.

Chateaubriand.

Des Königs Vergangenheit und Character.

Louis Philipp stand bei seiner Thronbesteigung bereits im 57. Lebensjahre, und die reichen Erfahrungen, welche er diesem vorgeschrittenen Alter dankte, waren durch die bunten Schicksale seiner Verbannungsjahre noch vielseitiger und nutzbringender geworden. Die Trägheit seines von Natur etwas langsamen und schwerfälligen Geistes war nicht ohne Erfolg von der berühmten Schriftstellerin Frau von Genlis nach Rousseau'schen Grundsätzen bekämpft worden; dagegen entwickelte sich unter ihrer Leitung zusehends der Hang zur Verstellung und zur Zweideutigkeit, Erbstücken, welche der Knabe seinem Vater, dem berüchtigten Philipp Egalité, verdankte. Die ersten Jahre der Revolution dienten für die Ausbildung dieser Geistesanlagen als hohe Schule. Die coquetten Beziehungen, in welchen der Vater zu den Jacobinern stand, mußte natürlich auch der Sohn pflegen. Er wurde Mitglied der pariser Clubs und ein eifriger Besucher der abendlichen Parteiversammlungen, über die er ein ausführliches Tagebuch anlegte. Beim Ausbruch des Krieges ging er zu seinem Regimente und betheiligte sich mit diesem an der Belagerung von Valmy und der Schlacht von Jemappes. Argwöhnischer als sein Vater, weniger verblendet und weniger gebunden als dieser, erkannte er aber mehr und mehr die Unnatur der Lage, in welcher er als Prinz des königlichen Hauses sich befand. Der Gedanke nach Amerika auszuwandern beschäftigte ihn lebhaft. Eine bedeutendere Rolle schienen ihm Dumouriez' Pläne nach der Hinrichtung des Königs zu eröffnen. Ihr

Scheitern machte andrerſeits ſein längeres Bleiben in Frankreich unmöglich. Rechtzeitig genug floh er über die Grenze und begab ſich nach der Schweiz, während ſein Vater das Schaffot beſtieg. Ob es mehr kluge Ueberlegung und der feſte Entſchluß, nicht gegen Frankreich die Waffen zu tragen, oder mehr ſeine unkriegeriſche Geſinnung geweſen, die ihn abhielt in die öſtreichiſche Armee zu treten, muß dahin geſtellt bleiben; jedenfalls war dieſe Zurückhaltung für ihn im Jahre 1830 von dem größten Nutzen. Der junge Prinz und Generalleutnant wurde unter dem Namen eines Herrn Chabaud-Latour Lehrer der Geographie, der Mathematik und des Zeichnens zu Reichenau in Graubünden. Als ſein Incognito entdeckt wurde, gab er die Stellung wieder auf und machte Reiſen, erſt im Norden Europas bis zum Nordcap hin, dann in Amerika bis in die Urwälder. Dabei unterhielt er ſtets ſeine politiſchen Beziehungen und wurde von einem Theil der Ausgewanderten als der geeignetſte Candidat für den franzöſiſchen Thron betrachtet. Nicht ohne Hoffnungen auf eine günſtige Wendung kehrte er im Januar 1800 aus Amerika zurück; als er aber bei ſeiner Ankunft in Europa Napoleon als erſten Conſul und Dumouriez im Lager der Bourbonen fand, zauderte er auch nicht länger, ſich mit der älteren Linie ſeines Hauſes auszuſöhnen, hatte eine Zuſammenkunft mit dem Grafen Artois und empfing als Lohn für dieſe Unterwerfung von England eine Jahrespenſion von 50,000 Francs, die er auf ſeinem Schloſſe Twickenham bei London verzehrte. Während der nächſten Jahre beſchäftigten ihn dann mannichfache ehrgeizige Pläne. Seine Vermählung mit einer neapolitaniſchen Prinzeſſin, Amalie, im Jahre 1809 erweckte bei ihm den Gedanken, ſich Murats Reich zu erobern; aber auch nach Spanien ſtand ſein Gelüſten und ſelbſt mit den Joniſchen Inſeln hätte er ſich begnügt. Die Hoffnung, noch einmal den franzöſiſchen Thron zu beſteigen, war dabei keineswegs aufgegeben und das Verhältniß zu den Bourbonen ſtets nur ein äußerliches. Eine Reihe einflußreicher Politiker, ſo der wieder bekehrte Dumouriez, Talleyrand, Conſtant u. A., wirkten in den erſten Tagen der Reſtauration und nach Napoleons zweitem Sturze für ihn. Doch trugen dieſe Bemühungen kein andres Ergebniß davon als erneuertes Mißtrauen bei den Bourbonen. Zumal das Verlangen Louis Philipps beim Beginn der 100 Tage, ihn als Generalſtatthalter an die Spitze des Königreichs zu ſtellen, um Napoleon wieder zu vertreiben, nährte den tiefen Argwohn Ludwigs XVIII. Während der ganzen Reſtaurationszeit unterhielt Louis Philipp dann gefliſſentliche Verbindungen mit den unabhängigen Liberalen; im Palais royal fanden Männer wie Conſtant, der reiche Banquier Lafitte, Périer, Horace Vernet, Thiers, Mignet eine freundliche Aufnahme und wurden allmählich zu einer orleaniſtiſchen Partei herangezogen. Um ſich als Throncandidaten nicht in Vergeſſenheit gerathen zu laſſen, ſcheute der Herzog auch bedenkliche Mittel nicht; ſo veröffentlichte der londoner Morning Chronicle nach der Geburt des Herzogs von Bordeaux einen Artikel ohne Unterſchrift, der im Namen Louis Philipps gegen die Aechtheit des Neugebornen proteſtirte,

Orleaniſtiſche Partei.

und den dieser wohl mündlich zurückwies, schriftlich aber in keiner Weise ableugnen wollte. Ganz wie bei dieser Gelegenheit verhielt er sich überhaupt. Er selbst trat niemals in den Vordergrund, auch seine nächsten Vertrauten durften nicht unmittelbar für ihn wirken, Privatleben. das geschah immer durch die zehnte, zwanzigste Hand. Aus seinen liberalen Ideen aber machte er kein Hehl, und eine Gelegenheit, seine bürgerfreundliche Gesinnung an den Tag zu legen, ließ er sich nie entgehen. Seine Wanderungen durch die Straßen von Paris, ohne Begleitung und den sprüchwörtlichen Regenschirm unter dem Arm, setzte er auch als König fort. Durch ein schlichtes Privat-, durch ein inniges Familienleben suchte er im Gegensatze zu dem kalten, abgeschlossenen, steifen Auftreten des königlichen Hofes die Herzen des Volkes für sich zu gewinnen. Seine Söhne waren in dem Collège de France erzogen worden, das nie vorher einen Zögling aus dem königlichen Hause gehabt hatte; sie blieben darin, auch als das Haupt des Vaters die Krone schmückte. Ein lebhaftes Familiengefühl bildete sich in dem Orléans'schen Hause aus; besonders als die Söhne des Königs sich nach einander vermählten, wurde das Zusammenleben eifrig gepflegt. Der Vereinigungspunct der Familienglieder war das Zimmer der Königin; dort wurden am Morgen die Zeitungen, besonders das Journal des Débats, am Abend die besten literarischen Neuigkeiten vorgelesen. Für das Verhältniß der Brüder zu einander ist die Aeußerung characteristisch, die der älteste, der Herzog von Orléans, gegen Dumas fallen ließ: sein Bruder Nemours benehme sich absichtlich dem Volke gegenüber kalt, weil er wisse, daß die Franzosen nicht allzuviel Liebe für ihr Fürstenhaus übrig hätten, und Sparsamkeit und Geldsucht. weil er dieses Wenige ihm, dem Thronerben allein gönne. Nach mehr als einer Seite hin wirkte der lebhafte Familiensinn, den der König und sein Haus bethätigte, übrigens auch schädlich; seine Bemühungen, den jüngeren Söhnen fremde Kronen zu verschaffen, schufen seiner auswärtigen Politik mehrmals Verwickelungen und wirkten bedeutsam zu seinem Sturze mit; in dem Verhältnisse zu dem eignen Volke schadete sich der Monarch aber besonders durch die Art, wie er seine Familieninteressen in Bezug auf Geldangelegenheiten vertrat. Noch Karl X. hatte bei seiner Thronbesteigung, wie oben erwähnt, die alte Sitte der französischen Könige erneuert und sein Privatvermögen mit den Staatsdomänen vereinigt; Louis Philipp übertrug dasselbe unter Vorbehalt des Nießbrauchs am Tage vor seiner Thronbesteigung an seine Kinder, und da man die Höhe desselben auf mindestens 100 Millionen zu schätzen hatte, da überdies kaum 3 Wochen später der gewaltsame Tod des Herzogs von Bourbon — er wurde am 27. August in seinem Schlafzimmer erhenkt gefunden — einen neuen, sehr bedeutenden Zuwachs desselben brachte, so verlor dagegen das Zugeständniß, welches der neue König wohl oder übel hatte machen müssen, die Herabsetzung der Civilliste von 25 auf 18 Millionen Francs, fast Stimmung des Volkes. alle Bedeutung. Einer wirklichen, wohlbegründeten Beliebtheit konnte sich das neue Herrscherhaus so wie so nicht rühmen; woher hätte sie stammen sollen? und gelegentliche Ausbrüche der Begeisterung, wie

an dem Tage, als Louis Philipp eine Muſterung über die neu errichteten zwölf Legionen Nationalgarde hielt, überdauerten nicht die Aufregung des Augenblickes. Dagegen gab es zur Mißſtimmung Anlaß genug. Die Geſchäfte hatten durch die Revolution ſchwer gelitten; die Möglichkeit eines auswärtigen Krieges erſchwerte ihr erneutes Aufblühen; Tauſende von brotloſen Arbeitern in der Hauptſtadt nährten die Furcht vor neuen Aufſtänden, und die löbliche Standhaftigkeit, mit welcher die Regierung ſich den Gelüſten der Republikaner, die an Polignac und ſeinen Collegen blutige Rache nehmen wollte, widerſetzte, konnte leicht den Vorwand dazu bieten. Die ehemaligen Miniſter ſaßen, ſoweit ſie nicht über die Grenze entkommen waren, im Schloß von Vincennes gefangen; das Volk lechzte förmlich nach ihrem Blut; ſelbſt Lafayettes Einfluß ſcheiterte an dieſer blinden Begier; am 18. October rettete nur die kaltblütige Entſchloſſenheit des wackeren Commandanten von Vincennes, Dumesnil, den Gefangenen das Leben; er drohte, ſich mit ihnen und der Volksmenge, die wüthend ihren Tod verlangte, in die Luft zu ſprengen. Der Zorn des Pöbels war um ſo größer, als die zweite Kammer, um die Angeklagten zu retten, die Abſchaffung der Todesſtrafe für politiſche Verbrechen beſchloß. Ein Wechſel des Miniſteriums, aus dem die Doctrinäre ausſchieden und das ſich am 2. November unter Lafittes Präſidium erneuerte — es beſtand außer ihm aus dem alten Republikaner Dupont de l'Eure, aus Maiſon, Gérard, Sébaſtiani, Montalivet und Mérilhou — trug nur vorübergehend zur Beſchwichtigung bei, und nur dem Aufgebot zahlreicher Truppenmaſſen war es zu danken, daß die Tage vom 14.—21. December, an welchen die gerichtliche Verhandlung vor den Pairs geführt wurde, trotz der gewaltigen Aufregung, die in der Stadt herrſchte, ohne ernſtere Ruheſtörungen verſtrichen. Lebenslängliche Gefangenſchaft, Verluſt aller Titel, Orden und Würden, für Polignac überdies noch bürgerlicher Tod, ſo lautete das Strafurtheil, welches am 21. December erging. Daß es den Schuldigen nicht auch das Leben abſprach, war für des Königs Beliebtheit in den unteren Schichten ein ſchwerer Stoß, der zu allem Unglück noch dadurch verſtärkt wurde, daß unmittelbar darauf Lafayette ſeine Entlaſſung als Obercommandant der Nationalgarde nahm, weil die Kammer dieſen Poſten zwar ihm auf Lebenszeit zu laſſen, grundſätzlich aber aufzuheben beſchloſſen hatte. Nun trat auch Dupont de l'Eure aus dem Miniſterium, der radicale Seine-Präfect Treilhard nahm ſeine Entlaſſung, und die Unzufriedenen hatten eine Reihe erwünſchter Anläſſe, um über den Beginn einer neuen Reactionsepoche zu klagen.

Wuth gegen Polignac.

Miniſterium Lafitte.

Proceß Polignac.

Lafayettes Rücktritt.

Die belgiſche Revolution.

Mit den auswärtigen Cabinetten war inzwiſchen unerwartet ſchnell ein regelmäßiger diplomatiſcher Verkehr angeknüpft worden. Aeußerſt bereitwillig hatte England die Juliregierung anerkannt, Oeſtreich und Preußen waren ohne großes Widerſtreben gefolgt,

Anerkennung der Julimonarchie.

Kaiser Nikolaus hatte zwar erst Miene gemacht mit den Waffen für die Bourbonen einzutreten, begnügte sich aber dann nach einem demüthigen, fast entschuldigenden Briefe Louis Philipps damit, ihm durch die Verweigerung der üblichen Anrede „Mein Bruder" seinen Aerger kund zu geben. Von den Mächten zweiten Ranges war Spanien erst durch die Anerkennung der südamerikanischen Colonien und durch die Unterstützung, welche Frankreich einem Einfalle Mina's zu gewähren drohte, mürbe zu machen; die übrigen nahmen keinen Anstand dem Beispiel der Großmächte zu folgen. Nur der Herzog von Modena machte sich das Vergnügen, jede Unterhandlung mit einem Usurpator kurzer Hand zurückzuweisen. In der That war es nicht gerathen, den neuen Beherrscher Frankreichs zu verletzen oder auf kriegerische Bahnen zu drängen, da es ihm nicht schwer hätte fallen können, zu seiner Rettung den revolutionären Brand über einen ansehnlichen Theil Europas zu verbreiten, und da die Empörung, die ohne planmäßige französische Einmischung in Belgien ausbrach, leicht von ihm zu Gunsten seines Thrones und seines Landes schien ausgebeutet werden zu können. Die Verschmelzung Hollands mit Belgien zu einem Königreich der Niederlande, die man 1814 wesentlich als Schutzmittel gegen Frankreich vollzogen hatte, war kein glücklicher Entschluß gewesen. Des Trennenden zwischen den beiden Ländern war mehr als des Gemeinsamen. Wenn auch die Bevölkerung Belgiens nur zum kleineren Theil romanisch war, so übte doch diese immerhin sehr starke und geschlossene Minderheit den bedeutsamsten Einfluß im Lande aus, und, was schlimmer war, die Bewohner germanischen Stammes, die Bläminger, sahen sich von den Holländern nicht genugsam beachtet und in ihren Eigenthümlichkeiten geschützt; man strebte danach, sie mit den Holländern in Sprache, Sitten und Gesetzgebung zu verschmelzen. Dazu kam als ergiebige Quelle von Streitigkeiten die Verschiedenheit der Religion, da in Holland ebenso sehr der Protestantismus, wie in Belgien der Katholicismus vorherrschte. Schon Joseph II. hatte seine belgischen Provinzen durch Nichts mehr verletzt und zum Aufstande getrieben, als dadurch, daß er den Einfluß der Priester zu brechen und ihre Erziehung in die Hände des Staates zu bringen suchte. Genau derselbe Schritt, die Errichtung einer staatlichen Hochschule für die Ausbildung der Geistlichen, wurde 1825 von der niederländischen Regierung gethan, und auch der Erfolg war genau derselbe wie 1786. Metternich hatte nicht Unrecht, wenn er es unbegreiflich fand, daß nach einem solchen Vorbild der König von Holland sich nicht besser vorgesehen habe. Auch die materiellen Interessen waren im Süden des Landes nicht unbeträchtlich verschieden von denen des Nordens; hier überwog der Handel, dort Ackerbau und Industrie. Die Vertheilung der Staatslasten war für die belgischen Provinzen drückend; sie sollten Theil nehmen an der großen Schuldenmasse von 2 Milliarden Gulden, die Holland aufgesammelt hatte, und sollten Steuern, wie die auf Brot und Fleisch, bezahlen, deren sie ungewohnt waren. Politische Vortheile tauschten sie nicht dafür ein; ihr eigener Einfluß auf die

Belgien und Holland.

Staatsverwaltung war gering. Die Verfassung des Landes war ihnen zum Trotz mit schamloser Rechtsverdrehung eingeführt worden. Eine Notabelnversammlung, die berufen war, um sie zu berathen, lehnte sie mit einer bedeutenden Mehrheit (796 gegen 527 Stimmen) ab. Da erklärte die Regierung, der Minderheit seien alle die beizurechnen, welche bei der Abstimmung gefehlt hätten; das waren nicht weniger als 280, und so wurde durch deren Stimmenzahl die Minorität der Annehmenden zur Mehrheit. In der Landesvertretung waren die Belgier nicht nach Verhältniß ihrer Bevölkerung zu etwa zwei Dritteln, sondern nur mit derselben Stimmenzahl wie das kleinere Holland bedacht, und da dessen Vertreter stets einmüthig waren den Vortheil ihres Landes dem belgischen voranzustellen, so brauchten nur ein oder zwei Abgeordnete der südlichen Hälfte des Königreichs zu denen der nördlichen abzufallen, um eine holländische Mehrheit zu Wege zu bringen — eine Möglichkeit, die fast immer zur Wirklichkeit wurde. Noch ungünstiger war das Verhältniß der beiden Nationalitäten unter den oberen Staatsbeamten und Militärs; auf 317 Holländer kamen im Jahre 1829 nur 81 Belgier. So konnte es gar nicht ausbleiben, daß eine lebhafte Opposition gegen Holland erwuchs, die theils auf nationaler Grundlage beruhte, theils von materiellen Interessen getragen wurde, und die ihre Rüstung zum Theil aus dem Zeughause des Liberalismus entlehnte, zum Theil mit den grundverschiedenen Waffen einer verbissenen Priesterpartei kämpfte. Ein wenig Geschicklichkeit und Nachgiebigkeit würde hingereicht haben, um die beiden Hälften der Opposition gegen einander zu verwenden und mit Hülfe der einen die andre unschädlich zu machen; aber dazu machte König Wilhelm I. nicht einmal den Versuch. Ungewarnt durch die drohenden Anzeichen, die sich in der Kammer und der Presse kundgaben, ließ er den unnatürlichsten Bund von der Welt zwischen dem Liberalismus bis zur äußersten Linken und dem schwärzesten Ultramontanismus sich vollziehen und gab sich dann obendrein, getäuscht durch einige Anhänglichkeitsbezeugungen, die ihm auf einer Reise zu Theil wurden, dem Wahne hin, die Unzufriedenheit sei nur künstlich erzeugt oder gar nicht vorhanden; es sei eine Infamie, wie er zu den städtischen Behörden in Lüttich sagte, von Beschwerden des Landes zu reden! Die Antwort darauf war die Bildung eines Vereines in Flandern, der eine Denkmünze trug mit der Inschrift: Treu bis zur Infamie! in Erinnerung an den Wahrspruch der alten Geusen: Treu bis zum Bettelsack! Die Erbitterung steigerte sich auf beiden Seiten. Der verhaßte Justizminister van Maanen forderte von den belgischen Beamten eine ausdrückliche Zustimmung zu dem Programm der Regierung, das in einer königlichen Botschaft vom 11. December 1829 enthalten war. Die Maßregelungen, denen sie im Weigerungsfalle ausgesetzt waren, veranlaßten dagegen die Bildung einer Conföderation, deren Mitglieder sich gleichsam untereinander gegen Schädigungen durch die Regierung versicherten. Die Seele der Opposition war schon seit einigen Jahren Louis de Potter, ein reicher, unabhängiger Mann, der Jahre lang nur literarischen Bestrebungen

Bündniß der Liberalen und der Ultramontanen.

Louis de Potter.

gelebt hatte und der durch die kirchengeſchichtlichen Studien, denen er hauptſächlich oblag, auf das Gebiet der Tagesfragen geführt war. Zur Führerſchaft der liberalen Partei verhalf ihm eine 18monatliche Gefängnißſtrafe, in die er 1828 verurtheilt worden war, weil er öffentlich die Aufforderung erlaſſen hatte, über alle miniſteriellen Belgier eine Volksacht zu verhängen. Aus dem Gefängniß heraus hatte er dann weiter die Vereinigung der liberalen und der clericalen Partei zu einer „conſtitutionellen Aſſociation" veranlaßt, hatte ſodann einen Petitionsſturm an den König um Abſtellung der nationalen Beſchwerden veranſtaltet und gab endlich offen die Loſung aus zu einer Bewegung, welche Belgien nach Verfaſſung und Verwaltung von Holland zu trennen ſtrebte. Dieſe Thätigkeit zog ihm im Frühjahr 1830 eine neue Anklage zu, die am 30. April mit einer achtjährigen Verbannung endigte.

Einwirkung der Juli-Revolution.

Die Juli-Revolution fand ihn in Paris; natürlich ſteigerte ſie ſeine Hoffnungen, aber ſie trieb ihn zunächſt nicht über die Grenze des bisher Erſtrebten hinaus. In einem offenen Briefe an den König Wilhelm erneuerte er ſeine Forderung eines Syſtemwechſels und der adminiſtrativen Trennung Belgiens von Holland. Der König und van Maanen beachteten dieſen Brief ſo wenig wie die drohenden Mahnungen, die in Brüſſel und andrer Orten laut wurden. Obgleich öffentliche Anſchläge verkündigten: Montag Feuerwerk, Dienstag Illumination, Mittwoch Revolution, ging der Leichtſinn in den Regierungskreiſen ſoweit, daß man zur Feier des königlichen Geburtstages am 25. Auguſt als Feſtoper die Stumme von Portici erkor, unbekümmert darum, daß dieſes Stück die Erhebung der Neapolitaner unter Maſaniello gegen die ſpaniſche Herrſchaft feierte. Schon im Theater kam es zu lebhaften Ausbrüchen politiſcher Leidenſchaft; nach Beendigung der Vorſtellung aber ſtürzte ſich der Pöbel auf die Gebäude des Juſtizminiſteriums, der Polizeidirection und der miniſteriellen Zeitung, um ſie zu zerſtören. Auch am andern Tage wiederholten ſich ähnliche Scenen; die Regierung war völlig machtlos.

Die Stumme von Portici.

Der Bürgerausſchuß.

Da thaten ſich die wohlhabenden Bürger zuſammen um dem Pöbel die Leitung zu entwinden; in einer großen Verſammlung ſetzten ſie am 27. Auguſt einen Bürgerausſchuß ein, an deſſen Spitze der Baron von Hoghvoorſt ſtand; das Hiſſen der brabanter Fahne auf den Regierungsgebäuden konnte als Zeichen dafür angeſehen werden, daß man eine völlige Trennung von Holland verlange. Doch zählte immerhin die Perſonalunion noch viele Anhänger, und die Gegner waren unter ſich noch ſehr getheilt. Eine kleine Schaar, von Gendebien, Potters Freunde, geführt, nahm den Anſchluß an Frankreich in Ausſicht; unter den Liberalen waren nicht Wenige der Gründung einer Republik geneigt; bei den Clericalen herrſchte der Wunſch vor, eine ſelbſtändige Monarchie herzuſtellen. Dieſe Spaltung hätte einem ehrlichen Verſuche auf Grund der Perſonalunion das Gelingen beinah mit Sicherheit verbürgt. Davon überzeugte ſich der älteſte Sohn des Königs, der Prinz von Oranien, der am 31. Auguſt mit einer kleinen Armee vor Brüſſel anlangte. Er verzichtete auf ſein

Die Parteien.

Des Prinzen von Oranien Vermittelungsverſuch.

anfängliches Verlangen, an der Spitze der Truppen in die Stadt einzumarſchieren, hielt ſeinen Einzug am 1. September ohne militäriſche Begleitung und vereinbarte mit einer Notabelnverſammlung die Einführung der Perſonalunion. Um ſie ſeinem Vater zu empfehlen, reiſte er am 3. September nach dem Haag zurück. Dort fand er aber nicht die Entſchloſſenheit zum Nachgeben, die zum Gelingen erforderlich war. Zwar berief der König die Generalſtaaten auf den 13. September und legte ihnen die Trennung Belgiens von Holland vor; aber eine Empfehlung konnte man die Art, in welcher es geſchah, nicht nennen. Dazu kam, daß in Holland eine lärmende und maßloſe Agitation gegen die Belgier ſich erhob, daß des Königs zweiter Sohn, Prinz Friedrich, in Antwerpen an der Spitze eines Heeres eine drohende Stellung einnahm, daß endlich in Belgien ſelbſt mit den Erfolgen die Forderungen wuchſen. Bis auf zwei, drei feſte Plätze, Antwerpen, Maaſtricht, die Citadelle von Gent, war das ganze Land in den Händen der Aufſtändiſchen. In manchen Gegenden traten republikaniſche Gedanken offener zu Tage, als in Brüſſel geſchehen war; aber auch in die Hauptſtadt verpflanzten ſich dieſe Beſtrebungen durch zahlreiche Zuzügler, welche aus allen Theilen des Landes und aus Frankreich dahin zuſammenſtrömten. Der Bürgerausſchuß machte ſchon am 20. September einem radicaler gefärbten Centralausſchuß Platz, in dem Vertreter aller Parteien, welche die Trennung von Holland wollten, Hooghvorſt, Vandeweyer, Gendebien, Graf Mérode, Rogier und auch der eben zurückgekehrte de Potter ſaßen. Inzwiſchen war Prinz Friedrich mit 10,000 Mann vor Brüſſel angekommen und verlangte in einer drohenden Proclamation, die er ohne höheren Befehl erließ, Unterwerfung. Statt deſſen entband der Centralausſchuß alle Belgier im königlichen Heere ihres Eides und berief fremde Offiziere, beſonders den franzöſiſchen General Mellinet und den Spanier van Halen, zur Organiſirung des bewaffneten Widerſtandes. Dieſe vermochten zwar nicht zu hindern, daß Prinz Friedrich am 23. in Brüſſel einrückte und das Schloß ſammt einigen Hauptſtraßen beſetzte. Als er aber in die Seitengaſſen einrücken wollte, ſtieß er überall auf Barricaden, und es entſpann ſich nun ein dreitägiger Straßenkampf, der mit ſolchen Verluſten für die Holländer verbunden war, daß der Prinz, zumal ihm auch die Munition auszugehen begann, in der Nacht vom 26. auf den 27. die Stadt wieder räumte. Dieſes Ereigniß hatte die letzte Brücke der Verſtändigung zerſtört; es nützte Nichts mehr, daß am 28. September die Generalſtaaten in die Perſonalunion willigten, daß König Wilhelm ihren Beſchluß am 4. October beſtätigte, daß der Prinz von Oranien zur Durchführung deſſelben als Statthalter in Antwerpen erſchien und eine Bereitwilligkeit, ſich den Forderungen des Centralausſchuſſes anzubequemen, an den Tag legte, die ihm ſogar die Ungnade des Königs zuzog. Die Perſonalunion war jetzt bereits ein völlig überwundener, völlig unmöglicher Standpunct. Der Centralausſchuß ſchrieb Wahlen zu einem Nationalcongreß aus und gab dieſem die Regelung der künftigen Verhältniſſe anheim. Am 10. No-

Der Centralausſchuß.

Prinz Friedrich in Brüſſel.

Seine Niederlage.

Die Perſonalunion.

Der Nationalcongreß.

vember trat er zusammen. Wider Erwarten und besonders zu de Potters großer Enttäuschung zählte er nur sehr wenige republikanisch Gesinnte; denn nachdem er am 18. November die Unabhängigkeit Belgiens erklärt, entschied er sich am 22. mit 174 gegen 13 Stimmen für die constitutionelle Monarchie, von der aber durch einen Beschluß vom 24. November das Haus Oranien ein für alle Male ausgeschlossen sein sollte. Dadurch erfuhren die Verhältnisse eine wesentliche Klärung, um so mehr, als auch die Gendebien'sche Partei, die den Anschluß an Frankreich wollte, auf eine Anfrage in Paris eine unbedingt ablehnende Antwort erhalten hatte, da Louis Philipp die eben gewonnenen guten Beziehungen zu den fremden Cabinetten nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen entschlossen war. Die Frage, wem man die belgische Krone übergeben solle, war freilich eine sehr schwierige; allein vor der Hand drängte ihre Lösung nicht; denn der Congreß war entschlossen zur Königswahl nicht eher zu schreiten, als bis er eine neue Verfassung berathen habe, und diese Aufgabe war umfangreich genug, um noch Monate in Anspruch zu nehmen.

Unabhängigkeitserklärung.

König Wilhelm hatte sich mittlerweile an die Großmächte als die Bürgen der Verträge von Paris und Wien gewandt, um von ihnen wieder in den alten Besitzstand zurückgeführt zu werden. Allein er fand hier keine sonderlich günstige Aufnahme. Nur Kaiser Nikolaus war im ersten Augenblick entschlossen marschieren zu lassen und bot dem englischen Cabinet 60,000 Mann nach den Verträgen von Chaumont, Paris und Aachen an. Aber Wellington, der damals noch Premierminister war, hielt zwar den Sieg der belgischen Revolution für eine „verteufelt schlimme Geschichte", konnte jedoch nicht im Entferntesten daran denken, sie mit den Waffen rückgängig zu machen; schon am 16. November mußte er überdies, wie früher erzählt, seinen Platz dem Earl Grey und den Whigs räumen, deren Parteigrundsätze ein Einschreiten gegen den belgischen Congreß von vorn herein ausschlossen. Für Oestreich und Preußen war und blieb die Erhaltung des europäischen Friedens der leitende Gesichtspunct; in Berlin konnte man überdies keine sonderlichen Sympathien für die Oranier haben, die in Sachen der Rheinschifffahrt dem preußischen Cabinet stets gehässig und kleinlich entgegen getreten waren; in Wien war man der Ansicht, daß König Wilhelm sein Unglück Niemandem als sich selbst zuzuschreiben habe; er gehöre leider zu den Menschen, die Nichts lernten und Nichts vergäßen. Dennoch hätte man beider Orten wohl nicht so schnell auf die Einmischung verzichtet, wenn man nicht gefürchtet hätte, dadurch Frankreich zur Unterstützung der Belgier zu treiben und so aus einem Schornsteinbrand eine Feuersbrunst zu machen. Das französische Cabinet schenkte natürlich dem Aufstande seinen vollsten Beifall, war aber gern bereit den Grundsatz der Nichteinmischung, welchen es im Gegensatz zu dem Verfahren der heiligen Allianz in das europäische Völkerrecht einzuführen suchte, auch hier zu befolgen, vorausgesetzt natürlich, daß auch die andern Großmächte so handelten. Der endliche Sieg der belgischen Sache

Die Großmächte.

war dadurch faſt unbedingt gewährleiſtet, daß die Bevölkerung der aufſtändiſchen Provinzen derjenigen Hollands etwa doppelt überlegen war.

Die Londoner Conferenz.

So vereinigten ſich denn die Großmächte zwar ziemlich ſchnell dahin, dem Erſuchen König Wilhelms durch die Bildung einer Geſandtenconferenz in London zu entſprechen; aber der erſte Beſchluß, welchen dieſe faßte, zeigte ſchon, daß von einer gewaltſamen Unterwerfung der Belgier nicht die Rede ſein ſolle. Am 4. November wurde den beiden Parteien der Abſchluß eines Waffenſtillſtandes auferlegt. Die Feindſeligkeiten, die bisher vorgefallen waren, kamen theils thatſächlich, theils moraliſch den Belgiern zu Gute. Sie hatten unter Mellinet Ende October die Feinde bei Barchem zurückgedrängt und den holländiſchen General Chaſſé zum Rückzug aus der Stadt in die Citadelle von Antwerpen genöthigt. Daß er von dort aus die Stadt aus 700 Kanonen mehrere Stunden bombardiren ließ, ſchuf zwar unendliche Verluſte, ſchadete aber als eine barbariſche Maßregel den Holländern ungemein in der öffentlichen Achtung. Die Belgier dagegen befeſtigten ihre Stellung ſowohl durch die Wahl eines gemäßigten Mannes, des Grafen Surlet de Chokier, zum Congreßpräſidenten, als durch die Annahme einer monarchiſchen Staatsform ſehr weſentlich. So that denn die londoner Conferenz ſchon am 20. December den entſcheidenden Schritt und erkannte die Unabhängigkeit Belgiens grundſätzlich an. Damit waren die Fragen, die fernerhin zu löſen blieben, auf drei Hauptpuncte zuſammengedrängt; es handelte ſich um die künftige Grenzlinie, es handelte ſich um den Antheil Belgiens an der bisherigen gemeinſamen Schuld, und es handelte ſich um die Perſon des neuen Monarchen. Erſt in zweiter Linie ſtanden Fragen wie die wegen der Schifffahrt auf der Schelde, wegen der Entſchädigung des deutſchen Bundes, dem ja Luxemburg bisher angehörte, wegen der Schleifung einiger Feſtungen an der franzöſiſchen Grenze, die man in Paris wünſchte. In Bezug auf die künftige Grenze und den Antheil Belgiens an der gemeinſamen Staatsſchuld zeigte ſich nun die Conferenz ſehr wohlwollend gegen Holland. In den ſog. Grundlagen für die Trennung (vom 10. und 27. Januar 1831) überwies ſie Holland die Grenzen von 1790 und das ganze Luxemburg und ſchrieb Belgien $^{16}/_{31}$ von der Schuldenlaſt zu. Holland ging darauf ein, in Brüſſel aber lehnte man dieſe Grundlagen ab. Die Frage blieb alſo in der Schwebe und trat für den Augenblick zurück gegen das Intereſſe, welches die Königswahl erweckte. Von den Candidaten, die überhaupt genannt worden waren, durfte der Prinz von Oranien jetzt für beſeitigt gelten; auch dem Prinzen Leopold von Coburg, der ſich durch die Ablehnung der griechiſchen Krone viel Feinde gemacht hatte, gab man nicht viel Ausſicht; England zeigte ſich lau, der franzöſiſche Miniſter Sebaſtiani drohte mit Krieg, wenn jener einen Fuß auf belgiſchen Boden ſetze. Dagegen galten als ernſtliche Bewerber Louis Philipps zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, und der Stiefenkel Napoleons, der Herzog Auguſt von Leuchtenberg, ein Sohn Eugen

Waffenſtillſtand.

Bombardement von Antwerpen.

Das Protokoll vom 20. December.

Die Grundlagen der Trennung.

Die Königswahl.

Beauharnais'. Nemours' Name war ſchon im October in den Vordergrund getreten; allein damals hatte ſein Vater ſeine Zuſtimmung unbedingt verweigert, um es nicht mit den Großmächten zu verderben. Als aber Leuchtenbergs Bewerbung Ausſicht auf Erfolg gewann — eine Möglichkeit, die dem Bonapartismus in Frankreich neue Nahrung hätte zuführen können — ließ Louis Philipp offen erklären, daß er dieſer niemals zuſtimmen werde, und ließ insgeheim mittheilen, daß er unter ſolchen Umſtänden Nemours' Erhebung zulaſſen wolle. Ernſtlich vertreten wollte er ſie aber auch jetzt nicht; er wußte, daß die londoner Conferenz ſie für unzuläſſig erklären würde, und es lag ihm nur daran, die Wahl Leuchtenbergs zu verhindern und einen Trumpf gegen ſie in die Hand zu bekommen. Das gelang ihm vollkommen. Am 3. Februar 1831 nahm der Congreß die Wahl vor, und mit einer Stimme Mehrheit wurde Nemours erkoren. Auf die erſte Kunde davon legte die londoner Conferenz am 7. Februar ihr Veto ein, das engliſche Miniſterium zeigte ſich zum Kriege bereit und Louis Philipp zögerte in Folge deſſen nicht, trotz der großen Mißſtimmung, welche dieſer Schritt in Frankreich hervorrief, am 17. Februar die Annahme der Krone für ſeinen Sohn abzulehnen.

Die belgiſche Verfaſſung.

Es war derſelbe Tag, an welchem der Congreß die Berathung der Verfaſſung durch einſtimmige Annahme derſelben beendete. Da nun die Hoffnung, gleichzeitig einen König gefunden zu haben, geſcheitert war, ſo übertrug man einſtweilen dem Baron Surlet de Chokier als Reichsverweſer die Würde und Machtvollkommenheit des Staatsoberhauptes und machte ſich daran, einen neuen Candidaten zu ſuchen.

Leopold von Coburg.

England und Frankreich vereinigten ſich jetzt, um Leopold von Coburg zu empfehlen, der dem Hauſe der Orléans nach ſeiner Wahl durch die Vermählung mit Louis Philipps Tochter Louiſe näher treten ſollte. Im April begab ſich im Auftrage des belgiſchen Miniſteriums eine Deputation von vier Congreßmitgliedern nach London, um den Prinzen vertraulich zu befragen, ob er eine Wahl des Congreſſes auf Grund der belgiſchen Verfaſſung annehmen werde. Die Antwort fiel trotz der Bedenken, welche der demokratiſche Grundzug dieſer Verfaſſung erregte, zuſtimmend aus, doch unter der Vorausſetzung, daß die londoner Conferenz ihre ungünſtigen Januar-Beſchlüſſe in der Grenz- und der Schuldfrage noch ändern würde. Daraufhin erwählte der belgiſche Congreß den Prinzen am 4. Juni mit 152 gegen 44 Stimmen und ſchickte alsbald Commiſſäre an die londoner Conferenz, um jene Aenderungen vorzuſchlagen. Deren Bemühungen waren nicht erfolglos; am 26. Juni wandelte die Conferenz das

Die 18 Artikel.

Januarprotokoll in die ſog. 18 Artikel um, welche die Luxemburger Frage offen ließen und die Schulden ſo ordneten, daß jeder Theil die übernehme, welche er vor der Vereinigung getragen, und daß der Reſt nach einem billigen Verhältniß getheilt werden ſolle. Am nächſten Tage empfing Leopold eine Deputation des Congreſſes, die ſchon ſeit drei Wochen in London wartete, und nahm die Krone unter der Bedingung an, daß der Congreß die 18 Artikel genehmige. Nachdem dies nach einer achttägigen ſtürmiſchen Debatte geſchehen

war, verließ er England und hielt am 21. Juli seinen Einzug in Brüssel.

Es fehlte jedoch noch viel daran, daß damit die belgische Frage gelöst war. Holland hatte den Januar-Bedingungen zugestimmt, die 18 Artikel verwarf es mit größter Entschiedenheit. Ja es kündigte den Waffenstillstand vom 4. November 1830 und ließ am 4. August 50,000 Mann über die Grenze rücken. Die belgische Armee war in schlechter Verfassung; ein Theil, die Maas-Armee unter General Daine, löste sich ohne Kampf völlig auf; mit dem andern, der Schelde-Armee, mußte Leopold selbst auf Löwen zurückweichen. Es blieb ihm Nichts übrig, als die Hülfe Frankreichs anzurufen, die bereitwilliger gewährt als erbeten wurde. Uebrigens erreichte sie ihren Zweck augenblicklich; am 10. August rückte General Gérard in Belgien ein, schon am 13. kehrten die Holländer nach Holland zurück und fügten sich 10 Tage später in einen neuen Waffenstillstand, den die Conferenz bis zum 10. October beiden Theilen auferlegte. Aber wenn die nächste Gefahr damit beseitigt war, so hatte sich die Lage des neuen Königreichs durch diesen kurzen Zwischenfall doch sehr verschlechtert. Hollands Muth und Widerstandskraft war gesteigert; die Abänderungen, die es an den 18 Artikeln verlangte, ließen sich schwerer verweigern. England war höchst unwillig über den Einmarsch der Franzosen; auch Leopold mußte ihre schleunigste Entfernung wünschen, da er hörte, daß Louis Philipps Vertreter in London, der alte Talleyrand, der schon im Januar vergeblich die Abtretung der Festungen Philippeville und Marienburg als Entgelt dafür gefordert hatte, daß Frankreich für die Wahl Leopolds wirke, jetzt Versuche mache, Preußen und Holland zu einer Theilung Belgiens unter diese drei Mächte zu verlocken, und da das französische Cabinet ihm selbst lästig wurde durch einen Vertrag, den es ihm am 8. September abpreßte und der ihn zur Schleifung von 5 bestimmten Festungen verpflichtete. Erst nach Abschluß dieses Vertrages begannen die Franzosen, lebhaft von England und den andern Großmächten gedrängt, den Rückmarsch, und die londoner Conferenz machte sich daran, die Grenz- und Schuldenfrage zum dritten Mal zu regeln. Das Ergebniß war für Belgien wesentlich schlechter. Die 24 Artikel vom 6. October 1831 überwiesen die größere östliche Hälfte von Luxemburg an Holland und nahmen Belgien auch noch Theile von Limburg; in Bezug auf die Staatsschulden aber legten sie dem neuen Königreich die Pflicht auf, jährlich 8,4 Mill. Gulden als Zinsen an Holland zu zahlen. Dennoch verweigerte das letztere von Neuem seine Zustimmung und gab dadurch Belgien wieder einen Vorsprung. Dieses trat nämlich den 24 Artikeln in einer Form bei, welche ihm zugleich die Anerkennung der Großmächte verschaffte. Jene Artikel wurden in die Gestalt eines Vertrages gebracht, welchen die Conferenzmächte mit Leopold schlossen; binnen zwei Monaten vom 15. November ab sollte derselbe ratificirt werden. Durch eine neue „Kabbelei" Frankreichs, um mit Palmerston zu sprechen, wurden jedoch noch einmal Schwierigkeiten geschaffen. Mit dem Hauptvertrage zugleich

Der holländische Augustfeldzug.

Einrücken der Franzosen.

Französische Pläne.

Der Festungsvertrag.

Die 24 Artikel.

Die Festungsfrage.

ſollte der über die Schleifung gewiſſer Feſtungen unterzeichnet werden. Sämmtliche Großmächte waren über die Dienlichkeit ſolcher Schleifungen einig: Frankreich, weil die fraglichen Plätze zu ſeiner Bändigung errichtet waren; die übrigen Staaten, weil die Zahl derſelben für Belgiens Heer und Finanzen zu groß war und deshalb im Kriegsfall eine Ueberrumpelung leicht hätte gelingen können. Ueber die Auswahl der Plätze, welche geſchleift werden ſollten, behielten ſich nun aber zu Louis Philipps größtem Verdruß die andern Mächte die alleinige Entſcheidung vor, und als er durch den erwähnten Feſtungsvertrag, den er am 8. September mit Leopold abgeſchloſſen, ſich mittelbar einen Einfluß erſchleichen wollte, verwarf die londoner Conferenz am 14. December 1831 die darin getroffene Auswahl und bezeichnete zum Theil andere Feſtungen. Aus Aerger und in der Hoffnung, ſeinen Willen doch noch zu erzwingen, verweigerte nun der franzöſiſche König die Ratification des Vertrages vom 15. November und fügte ſich erſt, als er ſah, daß Leopold trotz des beſten Willens keine Aenderung durchſetzen konnte, und als in den Vertrag die Clauſel aufgenommen wurde, daß Belgien durch denſelben zu den übrigen Großmächten in kein andres Verhältniß als wie zu Frankreich trete.

Anerkennung Belgiens durch die Großmächte.

So wurde Belgien am 31. Januar 1832 von England und Frankreich, in den nächſten Monaten von Oeſtreich, Preußen und Rußland anerkannt; von den beiden deutſchen Mächten unter Vorbehalt der Rechte des deutſchen Bundes auf Luxemburg. Preußen hegte dabei wohl noch die ſtille Hoffnung, es werde ihm vielleicht gelingen, wenigſtens die Feſtung mit dem nächſten Gebiet für ſich zu gewinnen. Um dieſen Preis hätte es wohl auch die Abtretung von Philippeville und Marienburg an Frankreich zugelaſſen. Aber grade deshalb wollte England von einem ſolchen „Abknabbern" Nichts wiſſen. Wenn dieſe großen Mächte einmal Blut geleckt haben, meinte Palmerſton, werden ſie nie mit Einem Biß zufrieden ſein, ſondern ſehr bald das ganze Schlachtopfer verſchlingen. — Holland ſetzte, auch verlaſſen von den Großmächten, ſeinen Widerſtand fort. Faſt ein Jahr hindurch wurde mit ihm ſeitens der Conferenz bald mehr, bald weniger lebhaft verhandelt; König Leopold ging nach längerem Zögern und einem Miniſterwechſel ſogar auf directe Verhandlungen über nochmalige Abänderung der 24 Artikel ein. Als Holland auch dieſe ablehnte, beſchloß die Conferenz am 1. October 1832 Zwangsmaßregeln. Die Oſtmächte hätten ſich gern auf finanzielle beſchränkt; England und Frankreich aber, die vor Allem Antwerpen befreit ſehen wollten, deſſen Citadelle noch immer von Chaſſé beſetzt war, ſchloſſen am 22. October einen Vertrag, der auch die Anwendung von Waffengewalt vorſah. In einem Ultimatum forderten ſie von Holland und Belgien die gegenſeitige Räumung aller der Gebietstheile, welche ſie den 24 Artikeln zuwider beſetzt hielten, und legten, als Holland dieſe Forderung ablehnte, nicht allein Beſchlag auf die holländiſchen Schiffe in ihren Häfen, ſondern blokirten auch die holländiſche Küſte und ließen ein franzöſiſches Corps unter Gérard auf Antwerpen vor-

Zwangsmaßregeln gegen Holland.

rücken. Ueber einen Monat hielt Chassé Stand, dann mußte er am 23. December capituliren und wurde mit der Besatzung kriegsgefangen nach Frankreich geführt; die Execution der beiden Mächte — denn den Ausdruck Krieg vermied man sorgfältig — war aber damit noch nicht erschöpft; zwei Forts, Lillo und Liefkenshoek, welche den freien Verkehr auf der Schelde sperrten, vertheidigten sich hartnäckig und kamen erst im Mai 1833 in die Hände der Belgier, als der König von Holland angesichts der Vergeblichkeit weiteren Widerstandes nachgab und am 21. Mai eine Convention mit den Westmächten schloß, worin er sich zu einem Vertrage mit Belgien bereit erklärte und bis zum Abschluß desselben den Frieden nicht weiter zu stören versprach. Die Schifffahrt auf der Maas und Schelde wurde sogleich freigegeben, in Bezug auf Luxemburg und Limburg aber der zeitweilige Besitzstand bis zum Abschluß des endgültigen Vertrages aufrecht erhalten. Damit konnte Belgien sehr wohl zufrieden sein, und es war ihm kaum erwünscht, als endlich im März 1838 die Halsstarrigkeit des Königs von Holland durch die augenscheinlichen Nachtheile, in welche er sein Land stürzte, so weit bezwungen wurde, daß er Verhandlungen über den Frieden mit dem Nachbarstaate begann. Jetzt sträubte sich Belgien nach Kräften dawider, die besetzten Theile von Luxemburg und Limburg herauszugeben; allein dem einmüthigen Willen der Großmächte mußte es weichen. Auch so aber brachte ihm der endgültige Frieden vom 19. April 1839 noch bedeutende Vortheile gegenüber dem Vertrage vom 15. November 1831 (den 24 Artikeln); denn die Rente, die es Holland danach zu zahlen verpflichtet war, wurde von $8_{,4}$ auf 5 Millionen Gulden herabgesetzt und der ganze Rückstand bis zum 1. Januar 1839 überhaupt gestrichen. Wilhelm I. aber, der König von Holland, hatte wohl Anlaß, mißmuthig und mit sich selbst unzufrieden zu sein. Der Herrschaft überdrüssig entsagte er 1840 dem Throne zu Gunsten des Prinzen von Oranien, der als Wilhelm II. bis 1849 regierte und mit Belgien ein freundschaftliches Nachbarverhältniß anzuknüpfen beflissen war.

Belagerung von Antwerpen.

Beendigung der Feindseligkeiten.

Der Vertrag von 1839.

Die polnische Revolution.

Fast neun Jahre waren somit erforderlich gewesen, um die Früchte der belgischen Revolution zu sichern und dem neuen Staatswesen, das sie schuf, auch die allgemeine rechtliche Anerkennung zu erwerben. Daß dieses Staatswesen aber seine thatsächliche Existenz sich erkämpfen konnte, das hatte es zum guten Theil dem gleichartigen, aber minder glücklichen Ringen eines andern Volkes im Osten Europas zu danken, dem Aufstande der Polen. Weder Rußland, noch selbst Preußen und Oestreich hätten sich in die Zertrümmerung des Königreiches der Niederlande so leicht gefügt, wenn nicht neben der Gefahr eines Krieges mit Frankreich als drohendes Gespenst der Gedanke gestanden hätte, daß mit Frankreichs Hülfe die Insurrection der Polen eine drohende Macht gewinnen könne. Die Lage Polens hatte sich mit der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus bedeutend

Die Lage Polens unter Alexander.

verſchlechtert. Alexander hatte dem Lande die Bedingungen gehalten, unter denen er es auf dem wiener Congreß empfangen hatte. Als ſelbſtändiges Königreich war es mit Rußland nur durch Perſonalunion verbunden; Heer, Finanzen, Verwaltung waren geſondert. Eine Verfaſſung, welche der königlichen Macht allerdings nicht gar zu enge Grenzen zog, war 1817 in Wirkſamkeit getreten. Sie knüpfte die Gültigkeit der Geſetze an die Zuſtimmung des Reichstages, der alle zwei Jahre, freilich nur für 14 Tage, zuſammentreten ſollte. Er beſtand aus dem Senat, deſſen 30 Mitglieder der König auf Lebenszeit ernannte, und den Landboten, die, 60 an der Zahl, von dem Adel gewählt wurden. Die oberſte Regierungsgewalt ſtand dem Statthalter zu und wurde von dieſem durch den Verwaltungsrath ausgeübt. Alle öffentlichen Aemter durften nur von Polen, nicht von Ruſſen, bekleidet werden. Der ſegensreichen Wirkſamkeit dieſer wohlgemeinten und trotz ihrer Beſchränkungen brauchbaren Verfaſſung ſtellten ſich jedoch von Anfang an viele Hinderniſſe in den Weg, zum Theil ſchwer beſiegbare. Der alte Nationalhaß zwiſchen Ruſſen und Polen, den eine Geſchichte von Jahrhunderten groß gezogen hatte, dauerte ungeſchwächt fort; die Hoffnungen des unterdrückten Volkes auf eine Wiedergeburt, auf eine Rückkehr der früheren uneingeſchränkten Selbſtändigkeit, waren auch nach den Enttäuſchungen, welche Napoleons Politik ihm bereitet, nicht geſchwunden. Die beſte, weiſeſte, freiſinnigſte Regierung hätte ihm von Rußlands Herrſcher geboten werden können; ſie würde doch die Sehnſucht der Patrioten nicht geſtillt, das Verlangen nach Unabhängigkeit nicht verdrängt haben. Und doch fehlte dieſem Verlangen auf der andern Seite jede Fähigkeit, zur Wirklichkeit zu werden. Sociale Zuſtände, ſo verrottet wie nirgends ſonſt in Europa, fraßen an dem Mark des Volkes und zehrten ſeine politiſche Lebenskraft, die ſchon vor Jahrzehnten zu gering zu einem ſelbſtändigen Daſein geweſen war, vollends auf. Ein wohlhabender nationaler Mittelſtand fehlte durchaus; Handel, Induſtrie und Gewerbe lagen zumeiſt in der Hand der Juden; ohne Mitgefühl für die nationale Sache, ohne den geiſtigen Schwung, welcher ihre Glaubensgenoſſen in andern Ländern auszeichnet, nur auf Erwerb bedacht, zehrten dieſe an dem Wohlſtande des Landes und ſammelten zugleich mit ihren Reichthümern eine untilgbare Summe von Haß und Verachtung an. Noch ſchlimmer ſah es um den Bauernſtand aus; er ſchmachtete noch in den Banden ungemilderter Leibeigenſchaft; neben der Autorität ſeines Herrn kannte er nur die des Prieſters; weiter reichte ſein Geſichtskreis nicht; ſeine leiblichen Bedürfniſſe waren gering wie ſeine geiſtigen; im Branntweingenuß vergaß er alle Sorgen des Lebens. Aus dem Adel ragten manche Geſchlechter durch Umfang des Beſitzes und altberühmte hiſtoriſche Namen hervor; die große Mehrzahl war von mäßigem Wohlſtande und mäßiger Bildung. Allen gemein war ein tiefgewurzelter Stolz auf ihren Stand, die lebhafte Erinnerung an die geſchwundene politiſche Bedeutung, ein glühender Patriotismus, in dem ſich wahre Vaterlandsliebe mit ſelbſtſüchtigem Standesintereſſe

unmerkbar verschmolz, selbstgenügsame Unbotmäßigkeit, persönliche Tapferkeit, ja waghalsiger Muth. Von den Ideen, welche die französische Revolution zur Geltung gebracht hatte, war dieser Adel lebhaft erfaßt worden; doch hatten sie bei den meisten seiner Mitglieder keine tiefen Wurzeln geschlagen; wenige dachten den Grundsatz der Gleichheit und Freiheit auch auf ihre Unterthanen zu übertragen und verwarfen die Leibeigenschaft; den meisten bestand das Princip der Demokratie nur in der Gleichberechtigung des kleinen Adels mit dem großen. Doch gab es auch eine wirklich demokratische Partei im Lande; nur war sie an Zahl und Einfluß sehr klein; sie setzte sich aus der Minderheit des Adels, aus Offizieren und Beamten, und aus den wenigen polnischen Kaufleuten und Industriellen von Besitz und Bildung zusammen; von Bedeutung für die Verhandlungen auf dem Reichstag wurde sie nicht. Auf diesem herrschte ausschließlich der Adel; daß er nicht russenfreundlich gesinnt war, versteht sich nach allem Gesagten von selbst; allein da ihm Nichts mehr am Herzen lag, als seine alleinige Herrschaft zu bewahren, und da der Reichstag dazu ein brauchbares Mittel war, so hielt er diese Institution und überhaupt die Verfassung, welche russische Beamte aus dem Königreich ausschloß, hoch, und faßte eine gewaltsame Losreißung von Rußland gar nicht ins Auge. Insofern standen also die Sachen für letzteres recht günstig; aber diese Gunst wurde nicht allein nicht benutzt, sondern leichtsinnig verscherzt. Alexander hatte seinen Bruder Constantin als Oberbefehlshaber der polnischen Truppen nach Warschau geschickt; äußerlich liebäugelte derselbe in jeder Weise mit den Polen und stellte sich, besonders nach seiner Vermählung mit der Gräfin Grudsinska, als ob er selbst ein Pole wäre. In Wirklichkeit aber suchte er dem russischen Einfluß auf die plumpste und gehässigste Weise Bahn zu brechen. So bewirkte er die Anstellung zahlreicher Russen, die sich zum Schein erst in Polen nationalisiren lassen mußten; er überschwemmte das Land mit einem Heere von Spionen und geheimen Agenten; er beging selbst Willkürlichkeiten und Grausamkeiten aller Art und sorgte dafür, daß seine Günstlinge, die desgleichen thaten, ungestraft blieben. Alles das erbitterte den Adel und führte ihn zu einer Opposition auf den Reichstagen, die Alexander bald sehr schmerzlich empfand und auf die er mit einschränkenden Maßregeln, mit Beeinflussung der Wahlen, mit Aufhebung der Preßfreiheit antwortete. Doch betrachtete er bei alle dem die Constitution immer noch wie sein eigenes Werk und liebte sie als solches, so daß der Gedanke, zum Absolutismus zurückzukehren, schwerlich jemals bei ihm zur That geworden wäre. Diese rein persönliche Stimmung seines Bruders theilte Kaiser Nikolaus natürlich nicht; er bekam aber gleich beim Beginn seiner Regierung auch noch einen directen Anlaß, gegen die Polen mißtrauisch zu werden. Die Untersuchungen, welche gegen die Dekabristen eingeleitet wurden, ergaben, daß diese auch mit geheimen polnischen Gesellschaften in Verbindung gestanden hatten, deren Haupt der Fürst Jablonowski war. In Folge dessen wurden einige hundert Personen gefänglich eingezogen und erst vor ein Militär-

Großfürst Constantin.

Kaiser Nikolaus.

gericht, dann — als darüber als über einen Bruch der Verfassung lebhafte Beschwerden laut wurden — vor den Senat gestellt. Dieser sprach sie im October 1828 frei, so zweifellos auch ihre Schuld war. Das sah Nikolaus mit Recht als eine Herausforderung an und glaubte sich nun um so eher Mißachtungen der Verfassung erlauben zu dürfen. Die Einberufung des Reichstages war so schon unter allerlei Vorwänden unterblieben, und auch die feierliche Krönung wurde bis in den Februar 1829 hinausgeschoben. Das gab denn andrerseits der nationalen Opposition wieder neue Nahrung; verschiedene Verschwörungen wurden angezettelt, so 1828 beim Ausbruch des Türkenkrieges, 1829 bei der Anwesenheit des Kaisers in Warschau, bei welcher Gelegenheit man ihn und sämmtliche Prinzen seines Hauses ermorden wollte; beide Male unterblieb jedoch selbst der Versuch zur Ausführung. Dagegen schlossen sich die Parteien jetzt enger aneinander: die Aristokraten, geführt von Adam Czartoryski, einst dem vertrauten Freunde Alexanders, die Demokraten mit Joachim Lelewel an der Spitze, einem gelehrten Kenner des Alterthums, dem seine Grundsätze seine Professur an der Universität Wilna gekostet hatten. Während die erste Partei in Rücksicht auf die militärische Macht Rußlands die Personalunion nicht antasten und nur die Befolgung und Verbesserung der Constitution erstreben wollte, träumte die andre von vollständiger Unabhängigkeit Polens wohl gar in den Grenzen von 1772, und wollte zur Erreichung dieses Zieles sich die Mitwirkung der Bauern durch Aufhebung der Leibeigenschaft sichern. Trotz der Verschiedenheit dieser Bestrebungen fehlte es doch nicht an Bindegliedern zwischen beiden Parteien und besonders die Aristokraten Niemcewicz und Niemojewski, die demokratischen Grafen Roman Soltyk und Ostrowski waren als Mittelsmänner von Bedeutung.

Verschwörungen.

Czartoryski und Lelewel.

Ohne die Juli-Revolution würde ohne Zweifel die Anschauungsweise der Aristokraten die herrschende geblieben sein und die Demokraten hätten sich, allein zum gewaltsamen Losbruch zu schwach, ihr anbequemen müssen. Aber die pariser Vorgänge, denen vier Wochen später der brüsseler Aufstand folgte, der allgemeine Glaube, Nikolaus werde beider Orten mit den Waffen für die Verträge von 1815 eintreten, die überschwänglichen Hoffnungen, welche sich in erregbaren Gemüthern an einen solchen Krieg, der riesige Ausdehnungen annehmen konnte, knüpfen mußten, Alles das gab plötzlich den Demokraten ein entschiedenes Uebergewicht. Die Möglichkeit, daß Nikolaus grade das polnische Heer nach Frankreich schicken werde, trieb zur Eile, denn im Heere, unter den Offizieren, waren grade die Heißsporne der Umsturzpartei. Zu einer gründlichen Vorbereitung des Aufstandes ließ man sich nicht die Zeit, einen anerkannten Führer hatte man nicht; mehrere Generale, an die man sich wandte, wollten sich vor der Hand auf Nichts einlassen, ohne doch von dem Vorhaben abzurathen. Mit unglaublicher Unvorsichtigkeit traf man die Vorbereitungen; schon deshalb war es rathsam nicht lange zu zögern, denn jeden Tag konnte Alles entdeckt werden. Ging doch der Uebermuth einzelner Mitwisser so weit, daß sie an des Großfürsten Constantin Lustschloß

Einwirkung der französischen und belgischen Revolution.

Der Aufstand in Warschau.

einen Zettel hefteten mit der Inschrift: Von Neujahr ab zu vermiethen! Die Häupter der Verschwörung waren untergeordnete Personen, einige Schriftsteller, einige Offiziere, der thätigste von ihnen Peter Wysozki, ein Gardeleutnant. Studenten und Soldaten, besonders die Zöglinge der Unterfähnrichsschule, waren ihre nächsten Mitwisser und Gehülfen. Kurz vor dem Losbruch wurden die sämmtlichen polnischen Offiziere der Garnison ins Geheimniß gezogen. Am Abend des 29. November um 6 Uhr gab der Brand einer Brauerei das verabredete Zeichen zum Beginn. Ein Häuflein von 20 Mann eilte nach Schloß Belvedere, wo Constantin sich aufhielt; mit dem Rufe: Nieder mit dem Tyrannen! drangen sie ein, stachen die Wachen, den Vicepräsidenten Lubowidzki, den General Gendre nieder, und hätten auch den Großfürsten niedergemacht, wenn nicht ein Kammerdiener durch das Verriegeln einer Thür ein paar Minuten gewonnen hätte, während welcher Constantin sich in eine Dachkammer rettete. Ein andrer Haufe stürmte mittlerweile das Zeughaus und vertheilte die Tausende von Gewehren, welche man dort fand, unter die Menge, die von einigen der Verschworenen mit begeisterten Worten zum Kampfe entflammt wurde. Weniger glücklich entledigte sich Wysozki der Aufgabe, die ihm zugefallen war; die russischen Regimenter, die er mit seinen 160 Fähnrichen entwaffnen wollte, standen vor ihren Kasernen zum Kampfe bereit und schlugen ihn zurück. Zu einem entschiedenen Angriff schritten sie nicht, da ihre Oberoffiziere nicht zur Stelle waren, sondern auf dem Wege nach den Kasernen vom Volke gefangen oder niedergemacht wurden. Nach einigen Stunden ruhte der Kampf; Morgens am 30. wurde er noch einmal aufgenommen, aber sehr bald auf Constantins Befehl abgebrochen. Dieser hatte sich aus der Stadt nach dem Dorfe Wirzba geflüchtet. Dort überredete ihn sein Adjutant Zamoyski, das Ganze sei nur ein Räumung der Stadt.
Pöbelexceß, der aus dem Gerüchte entstanden sei, die Russen wollten die Stadt anzünden; um dies Gerede zu widerlegen, solle der Großfürst die Truppen aus der Stadt zurückziehen, dann werde Alles zur Ordnung zurückkehren. Die Verderblichkeit dieses vielleicht bewußt hinterlistigen Rathes zeigte sich bald. Ein großer Theil der polnischen Truppen blieb ohne Befehl in der Stadt zurück; die Aufständischen wurden sich ihres Sieges bewußt und begannen sich zu organisiren; vergebens suchte der Finanzminister Fürst Lubezki, das hervorragendste Mitglied des Verwaltungsrathes, dadurch, daß er die Führer der Aristokraten zum Eintritt in diese Behörde aufforderte, die Leitung der Ereignisse in die Hand zu bekommen. Die Demokraten, welche in dem patriotischen Verein unter Lelewels Präsidium sich ein Parteiorgan geschaffen hatten, forderten die völlige Beseitigung des Verwaltungsrathes und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Als eine Deputation, die am 2. December zu Constantin hinauszog, von diesem nichts Andres erlangen konnte, als eine Verweisung an Nikolaus, als die polnischen Regimenter, welche dem Großfürsten bis dahin noch treu geblieben waren, in die Stadt zurückkehrten, als die Nachrichten aus dem Lande von der jubelnden

Zuſtimmung berichteten, die überall dem Aufſtande zu Theil geworden, da gaben die Ariſtokraten am 4. December den Demokraten nach und bildeten eine proviſoriſche Regierung, deren Präſident Adam Czartoryski wurde und die zu ihren Mitgliedern auch Joachim Lelewel zählte. Damit war jedoch keineswegs der Entſchluß ausgeſprochen, nun völlig mit Rußland zu brechen; vielmehr überwog bei dem Adel immer noch der Gedanke an die Uebermacht des Kaiſerſtaates und an die Unmöglichkeit, ihn im offenen Kampfe beſiegen zu können; es überwog die Beſorgniß vor einer Herrſchaft der demokratiſchen Partei, deren Clubs ſich mit Rieſenſchnelle durch das Land verbreiteten und deren Programm ja auch die gehaßte Aufhebung der Leibeigenſchaft einſchloß. Zu den Männern, welche beide Gedankenkreiſe am lebhafteſten verarbeiteten, gehörte auch der General, welchem die Volksſtimme die größte militäriſche Tüchtigkeit zuſchrieb, den ſie zur Annahme des Obercommandos gedrängt hatte, Chlopizki. Um die Zügel der Bewegung wirklich in die Hand zu bekommen und einen vollſtändigen Bruch mit Rußland zu verhüten, faßte er einen eigenmächtigen Entſchluß. Am 5. December, alſo am Tage nach ihrer Einſetzung, erklärte er in der proviſoriſchen Regierung, mit Berufung auf das Beiſpiel der alten Römer, die Lage des Landes mache eine Dictatur nöthig, und er ſei entſchloſſen, dieſe zu übernehmen. Die Ariſtokraten in der Regierung billigten dieſen Entſchluß ohne Weiteres und waren bereit, die Geſchäfte der Miniſter auszuüben; Lelewel, der ſich deſſen weigerte, ſchied aus, und die demokratiſche Partei war ſomit jedes unmittelbaren Einfluſſes beraubt; das Volk jubelte dem neuen Dictator in unbegrenztem Vertrauen entgegen. Auch der Reichstag, der am 18. December zuſammentrat, beſtätigte ſeine Würde, obgleich die demokratiſche Partei auf ihm die Mehrheit hatte und ihre Beſchlüſſe dem Dictator ſehr läſtig fielen. Er mußte Lelewel wieder ins Miniſterium rufen, mußte ein Manifeſt des Reichstages dulden, welches den Aufſtand für eine Nationalſache und für das nothwendige Ergebniß der Verfaſſungsverletzungen erklärte, die Nikolaus ſich erlaubt habe, und mußte es hinnehmen, daß vor der Vertagung ein Aufſichtsrath eingeſetzt wurde, der die Vollmacht erhielt, den Dictator nöthigenfalls ſeines Amtes zu entheben. Alle dieſe Beſchlüſſe erſchwerten eine Verſtändigung mit Nikolaus, wie Chlopizki ſie wünſchte, aufs Aeußerſte. Sie wäre freilich auch ohne das ausſichtslos geweſen; denn der Czar war nicht im entfernteſten gewillt, mit den Aufrührern in irgend welcher Form zu unterhandeln. Chlopizki hatte zwei Deputirte nach Petersburg geſandt, den bisherigen Verwaltungsrath Lubezki und den Grafen Jeſerski; die Forderungen, welche ſie überbringen ſollten, waren ſehr gemäßigt: ſtrenge Durchführung der Verfaſſung, Entfernung der ruſſiſchen Regimenter aus dem Lande und — wo möglich, aber mit der Berechtigung, dieſen Wunſch fallen zu laſſen — Vereinigung der altpolniſchen Provinzen mit dem Königreiche. Nikolaus weigerte ſich überhaupt, die beiden Männer als Abgeſandte zu empfangen; er ließ ſich erſt von ihnen die Erklärung geben, daß ſie als treue Unterthanen gekommen ſeien;

Die proviſoriſche Regierung.

Chlopizki's Dictatur.

Der Reichstag.

Der Aufſichtsrath.

Verhandlungen mit Nikolaus.

dann antwortete er auf ihre Wünsche mit nichts Anderem, als der Gegenforderung unbedingter Unterwerfung; der erste Kanonenschuß aber, der gegen Rußland abgefeuert werde, sei das Signal zum Untergange Polens. Lubezki, der vollends bei solchem Berichte den Aufenthalt in Warschau für sich nicht geheuer fand, blieb in Petersburg; Jeserski kehrte mit der Antwort zurück, und ein Manifest des Czaren vom 19. December, das gegen augenblickliche Unterwerfung Begnadigung anbot, verbreitete Klarheit über die Lage im ganzen Lande. Jetzt war Chlopizki's Stellung nicht mehr haltbar; schon die vergangenen Wochen hatten ihm schwere Kämpfe gebracht; er hatte seinen Minister Lelewel verhaften lassen, ihn aber wieder freigeben müssen, weil er als Mitglied des Aufsichtsrathes und mehr noch als populär gewordener Führer unverletzlich war. Nach Jeserskis Rückkehr am 13. Januar 1831 stellte der Dictator die Forderung, jede Beschränkung seiner Macht aufzuheben, und da dies Verlangen nach dem, was vorgefallen, und bei dem rege gewordenen Mißtrauen nicht erfüllt wurde, legte er am 17. Januar nicht allein die Dictatur nieder, sondern auch den Oberbefehl über die Armee, den man ihm gern gelassen hätte. Damit war der erste Abschnitt des Aufstandes, der noch eine Aussöhnung mit Rußland zuließ, beendigt. Am 19. Januar trat der Reichstag wieder zusammen, ernannte eine neue Regierung, in der neben drei andern Czartoryski und Lelewel saßen, erwählte einen neuen Oberfeldherrn in der Person des Fürsten Michael Radziwil und erklärte auf Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. Januar das Haus Romanow für der polnischen Krone verlustig.

Chlopizki's Rücktritt.

Entthronung des Hauses Romanow.

Die unverkennbare Gefahr der neuen Lage führte zu angestrengten Rüstungen; neben dem regelmäßigen Heere, das man verdoppelte, wurden Abtheilungen von Sensenträgern und leichten Reitern, s. g. Krakusen, geschaffen und bei der Vorstadt von Warschau, Praga, eine feste Stellung genommen. Der Angriff ließ nicht lange auf sich warten. Mit 118,000 Mann rückte Diebitsch Sabalkansky ein und der starke Winterfrost begünstigte ein schnelles Vorrücken auf den gefrorenen Sümpfen. Zwei Schlachten vor Warschau, bei Wawer und Grochow, am 19. und 25. Februar, zeigten zwar wie eine Menge kleinerer Gefechte die Tapferkeit der Polen im glänzendsten Lichte und schufen den Feinden, die allein bei Grochow 12,000 Mann einbüßten — die Polen verloren nur 8000 Mann — die schwersten Verluste; aber sie endeten zum Vortheil der Uebermacht, und nur das über Nacht eintretende Thauwetter verhinderte die siegreichen Russen Praga zu stürmen und die Weichsel zu überschreiten. Das gab den Polen Zeit und neuen Muth. Radziwil hatte sich als unfähig für seine große Aufgabe gezeigt; Chlopizki, der ohne Rang mitgekämpft, war verwundet worden; so übertrug man den Oberbefehl auf den General Skrzynezki, der mit Auszeichnung gefochten hatte. Auch entsprach er dem Vertrauen, das man ihm schenkte. Als die kalte Witterung zurückkehrte, überfiel er unerwartet schnell eines der russischen Corps, die sich der Verpflegung halber am rechten Weichselufer

Beginn des Krieges.

Schlachten bei Wawer und Grochow.

Skrzynezki's Siege.

hatten ausbreiten müssen. Der glänzendste Erfolg ward ihm zu Theil. In wilder Flucht eilten die geschlagenen Feinde unter General Rosen nach dem ersten Angriff, der wiederum bei Wawer am 31. März erfolgte, davon; Skrzynezki, berathen von seinem vortrefflichen Generalstabschef Prondzynski, jagte sie 10 Tage lang vor sich her und nahm ihnen 10,000 Gefangene; erst bei Iganie machte er Halt, zunächst wohl gezwungen durch die Erschöpfung der eigenen Truppen, dehnte dann aber diese Ruhezeit so lange aus, daß Diebitsch Zeit gewann, seine Schaaren zu sammeln. Nur die Garden unter dem Großfürsten Michael konnten aus ihrer vereinzelten Stellung nicht herausgezogen werden. Sie anzugreifen war Skrzynezki's dringendste Aufgabe; er konnte ihnen mit doppelter Uebermacht entgegentreten, ehe Diebitsch herbeigeeilt war. Aber trotz Prondzynski's eifrigem Drängen verlor er die günstige Zeit, schwächte sich noch durch die Absendung eines Heerhaufens nach Warschau, das er irriger Weise durch Diebitsch bedroht glaubte, und wurde endlich am 26. Mai bei Ostrolenka von dem russischen Oberfeldherrn, der sich glücklich mit dem Großfürsten vereinigt hatte, angegriffen und nach heldenmüthigem Widerstande vollständig geschlagen. Auch auf den Nebenschauplätzen des Krieges war das Glück den Polen feindlich. Sie hatten sich endlich, etwas spät, entschlossen, in den altpolnischen Provinzen, in Wolhynien, Podolien, der Ukraine, Litthauen, durch Absendung von Heereshaufen den Aufstand zu entfachen. Der Adel war ihnen zumeist sehr zugeneigt; den Bauernstand zu gewinnen, hätten sie mit Entschlossenheit die Aufhebung der Leibeigenschaft auf ihre Fahne schreiben müssen; das geschah aber nur zögernd und vereinzelt. So vermochten denn die Russen mit geringen Streitkräften das Feld gegen sie zu behaupten und Dwernizki, den tüchtigsten der Insurgentenführer, aus Podolien heraus und über die östreichische Grenze zu drängen, wo er am 1. Mai mit den Seinigen entwaffnet wurde.

Seine Niederlage bei Ostrolenka.

Dwernizki in Podolien.

Das gehäufte Unglück der letzten Wochen ließ schon jetzt den Aufstand als mißlungen erkennen, und seine völlige Unterdrückung war kaum mehr als eine Frage der Zeit. Der zweite Abschnitt desselben, während dessen ein Sieg des bewaffneten Volkes über die organisirten Streitkräfte der russischen Monarchie selbst für nüchterne Beobachter und vollends für die hoffnungsfreudige Sympathie, die ganz Europa beherrschte, nicht unmöglich schien, war mit dem Tage von Ostrolenka beendigt. Die Erkenntniß dieser Sachlage gewann freilich bei den Regierungen weit schneller Eingang als bei den Völkern. Während der vergangenen Monate war selbst in Wien der Gedanke, die Polen zu unterstützen, in Erwägung gezogen. So ängstlich Metternich es vermied, sie offen zu begünstigen, so übte er doch ihnen gegenüber eine Nachsicht, die er gegen andre Revolutionen nicht gekannt hatte. Strenge Neutralität, wie er sie jetzt verkündigte, würde ihm bei anderen Gelegenheiten als ein unverzeihlicher Fehler, als eine Versündigung an seinen heiligsten Grundsätzen erschienen sein. Aber er that sogar noch mehr und nahm, freilich nur auf Umwegen,

Die Haltung der fremden Cabinette.

Anträge Czartoryski's entgegen, welche die Erhebung des Erzherzogs Carl auf den polnischen Zukunftsthron anregten. Solche Gedanken waren nach Ostrolenka eitle Träume geworden, und die einzige Art, in der sich fortan noch Sympathien für die Polen zeigen und bethätigen ließen, war die diplomatische Verwendung, um ihr Loos möglichst gelinde zu machen. Als aber die guten Dienste Oestreichs von Rußland einfach zurückgewiesen wurden, gab sich der Staatscanzler auch damit zufrieden. Frankreich begnügte sich mit einem ähnlichen Schritte, der nicht einmal so weit gedieh. Es machte im Juni dem englischen Cabinette den Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung in Petersburg. Als jedoch Lord Palmerston darauf hinwies, daß diese nur Erfolg haben könne, wenn die Drohung mit Krieg im Hintergrund stehe, und daß er zu dieser keinen hinlänglichen Grund sehe, stand auch Louis Philipp bereitwillig von seinem Vorsatz ab, obgleich die Kammern ihm in ihrer Adresse die Ueberzeugung aussprachen, daß die polnische Nationalität nicht untergehen werde — eine Redensart, welche seitdem bis zum Jahre 1848 in jeder neuen Adresse an den König wiederkehrte. Preußen, das den Aufstand von seinem Entstehen an mit besorgtem Blick beobachtet hatte, ging noch einen Schritt weiter; es unterstützte unmittelbar, wie sogleich erzählt werden soll, die militärischen Unternehmungen der russischen Truppen; ja in London fürchtete man bereits seine thätige Theilnahme am Krieg und ließ einen französischen Einfall in die Rheinprovinz als Schreckgespenst dagegen androhen. Ein selbständiges Polen, so sagte man sich in Berlin mit Recht, könne für Preußen nur eine Gefahr sein; denn unablässig werde es dahin streben, das ganze Weichselgebiet zu beherrschen und den Zugang zur Ostsee zu gewinnen; dagegen konnte der Nutzen, den man sich von einem Zwischenreiche gegen Rußland versprechen durfte, doch nicht in Betracht kommen. Der Liberalismus fand allerdings diese kleinliche Interessenpolitik höchst verwerflich und abscheulich; er jauchzte durch ganz Deutschland der neuen polnischen Republik entgegen, und unsre Dichter, die wenige Jahre zuvor dem Erwachen des griechischen Volkes ihre schönsten Weisen gesungen, entzückten jetzt die Herzen des Volkes durch ihre Polenlieder. Nicht minder glühend war die Begeisterung in Oestreich, besonders in Böhmen und Ungarn; 22 Comitate wandten sich an den Kaiser mit der Bitte um bewaffneten Beistand, und man berechnete, daß 100,000 Ungarn, wenn der Kaiser es genehmige, zu Polens Hülfe bereit wären. Solche schwärmerische Sympathie, die mehr oder weniger in allen Ländern des Erdtheils hervortrat, ließ sich natürlich nicht so leicht ernüchtern; die Thatsachen mußten noch deutlicher sprechen, ehe die ruhige Würdigung des Möglichen sich in den erregten Gemüthern Bahn brechen konnte.

Die Stimmung der Völker.

Fürerst setzte eine höhere Gewalt dem Vordringen der Russen nach ihrem Siege bei Ostrolenka eine unheimliche Schranke. Die Cholera begann zum ersten Male ihren fürchterlichen Umzug durch Europa. Schon 1830 war sie in Moskau aufgetreten und in ihrem Gefolge das Heer der moralischen Krankheiten, das von jeher große

Die Cholera.

Seuchen begleitet hat: Schrecken, Verzagtheit, Aberglaube, Argwohn, Wuth, Verstocktheit, Zügellosigkeit, vollständige Verthierung. Aller Schranken, die man ihr zu ziehen gesucht, hatte sie gespottet, die Quarantänen und militärischen Postenketten hatte sie übersprungen, die Kunst der Aerzte zu Nichte gemacht. Wenige Stunden, und das Opfer, das sie sich erkoren, war ihr verfallen; wenige Tage, und die Schaar der Leichen zählte nach Hunderten, ja Tausenden. Aufruhr und Verfolgungen, besonders Judenhetzen, zu denen vorgebliche Brunnenvergiftungen den Vorwand gaben, begleiteten sie und wurden nicht immer so muthvoll im Keime erstickt, wie in Petersburg, wo Kaiser Nikolaus selbst in die wogende Menge trat und ihr mit mächtiger Stimme gebot, in die Kniee zu sinken und Gott, der allein helfen könne, um Rettung anzuflehen. Kurze Zeit nachher erreichte die Seuche den Schauplatz des Krieges und erwies sich selbst hier als der schlimmste aller Würgengel, schlimmer als Pulver und Schwert.

Diebitsch und Constantins Tod.

Die Unternehmungen im Felde begannen zu stocken, die Krankheit schonte auch der Führer nicht. 14 Tage nach seinem Siege war Diebitsch todt, eine Woche später, am 17. Juni, folgte ihm Großfürst Constantin ins Grab. Auch die begleitenden Gräuelthaten blieben nicht aus: für Judenhetzen war Polen ein fruchtbarer Boden. Das

Der Aufstand in Litthauen.

Schrecklichste wurde in Litthauen verübt. Dorthin hatte sich nach der Schlacht von Ostrolenka, von dem Rückzug auf Warschau abgeschnitten, General Gielgud geworfen, um dem Aufstande, der dort leidlich um sich griff, neue Nahrung zuzuführen. Die Hauptrollen hatten bis zu seiner Ankunft die Gräfin Emilie Plater und der Bauer Matussewicz gespielt, jene eine moderne Amazone, die einen romantischen Schimmer um den Aufstand verbreitete, dieser ein roher Barbar, der Russen und Juden, die in seine Hände fielen, spießen, schinden und lebendig begraben ließ. Gielgud's Ankunft war zunächst der Verbreitung des Aufstandes förderlich; doch sammelte sich bald unter General Sacken bei Wilna eine überlegene russische Macht und drängte Gielgud, der ihn vor der Stadt angriff und geschlagen wurde, am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze. Daß die ganze Bewegung in ihren letzten Zügen lag, dafür gab es ein untrügliches Zeichen auch in dem wachsenden Mißtrauen der Führer unter einander und der Soldaten gegen ihre Führer, einem Mißtrauen, das überall Verrath witterte und kein Bedenken trug, ihn auch unbewiesen durch Gewaltthat und Hinterlist zu bestrafen. Auf die Art büßte auch Gielgud

Gielgud's Ermordung.

sein Leben durch die Kugel eines seiner Offiziere ein, der ihn niederschoß, als sie die Waffen vor den Preußen strecken mußten. Ungeschickt und unfähig hatte er sich bei der Unternehmung erwiesen,

Dembinski's Rückzug.

aber von dem Verdachte des Verrathes ist er vollständig rein. An militärischem Talente übertraf ihn bei Weitem sein Untergeneral Dembinski, dem es auch gelang, dem Verderben zu entgehen und mit 4000 Mann einen ruhmvollen Rückzug mitten durch die feindlichen Truppen nach Warschau zu bewerkstelligen. Alsbald war er der Held des Tages und der richtige Mann, um an Skrzynezki's Stelle zu treten; denn dieser hatte durch seine Unthätigkeit seit Ostrolenka und

durch einige kleine Unfälle, welche seine Unterfeldherrn seitdem erlitten, natürlich auch schon den Verdacht der Verrätherei auf sich gezogen. Er mußte sich's gefallen lassen, daß eine Commission des Reichstags in seinem Lager erschien und seine Untergebenen gutachtlich über ihn vernahm. Auf Grund dieser Erkundigungen verfügte dann der Reichstag seine Entlassung und ersetzte ihn am 10. August durch Dembinski, der grade acht Tage vorher in der Hauptstadt angekommen war. Aber auch dessen Regiment sollte nicht von Dauer sein. Die Revolution war jetzt so weit, daß sie sich selbst zerfleischte. Die Eintracht zwischen Aristokraten und Demokraten, die während der Monate des Schwankens leidlich bewahrt worden war, schwand zusehends, als das Unglück hereinbrach und jede Partei nun die andre dafür verantwortlich zu machen wünschte. Gewaltsame Ausbrüche konnten nicht ausbleiben, besonders in Warschau, wo die Demokraten sich ihres Uebergewichts bewußt und durch die Gegenwart der aristokratischen Regierung doppelt gereizt waren. Ehrgeizige Intriganten, wie der alte General Krukowiezki, fanatische Demagogen, wie der Priester Pulawski, hetzten und stachelten, und so kam es am 15. August zu einem Aufstande in der Hauptstadt, der mit der Ermordung von einigen 30 Gefangenen, die man des verrätherischen Einverständnisses mit Rußland anklagte, begann und mit der Flucht Czartoryskis, dem Sturz der Regierung und der Erhebung Krukowiezkis zum Dictator endete. Da hatte man nun, ohne es zu wissen, einen wirklichen Verräther an die Spitze gestellt, der seine Judasthätigkeit damit eröffnete, daß er Dembinski des Oberbefehls enthob, für 24 Stunden den tüchtigen Prondzynski damit bekleidete und dann in dem ehrlichen und tapfren, aber unfähigen und überalten Malachowski einen Mann, wie er ihn brauchte, zum Generalissimus machte. Um seiner Sache noch gewisser zu sein, veranlaßte er die Absendung bedeutender Truppenmassen unter Lubienski und dem Piemontesen Romarino, angeblich um Lebensmittel herbeizuschaffen, und verminderte dadurch die Besatzung Warschaus auf 34,000 Mann in eben dem Augenblicke, wo es zum Kampf auf Leben und Tod des Zusammenraffens aller Kräfte bedurft hätte.

Demokratischer Aufstand in Warschau.

Dictatur Krukowiezkis.

Malachówski.

Denn die Russen hatten jetzt nach einer Pause von mehreren Wochen, welche der Choleraschrecken und Diebitsch' Tod veranlaßte, den Angriff wieder aufgenommen, an ihrer Spitze Paskiewitsch, der Sieger von Kars und Eriwan. Statt wie Diebitsch von Osten her auf Warschau loszugehen, beschloß er, den Sturm auf dem linken Weichselufer zu unternehmen und deshalb diesen Fluß weiter abwärts zu überschreiten. Von den preußischen Behörden auf's Bereitwilligste in jeder Weise, selbst mit dem Material zum Brückenschlagen, unterstützt, vollzog er den Uebergang am 20. Juli bei Ossiek, hart an der Grenze. Begünstigt durch den vielfachen Wechsel im Oberbefehle der polnischen Armee rückte er unbehindert gegen Warschau an und begann den Sturm am 6. September so erfolgreich, daß die Polen trotz heldenhaften Widerstandes die Schanzen von Wola räumen mußten. Etwas voreilig glaubte Krukowiezki schon jetzt seine Zeit

Paskiewitsch.

Weichselübergang.

Sturm auf Warschau.

gekommen und verhandelte über Nacht mit dem russischen General Berg wegen Uebergabe der Stadt; zu seiner Enttäuschung verweigerte der Reichstag Morgens am 7. seine Zustimmung. Indeß der militärische Verlauf dieses Tages war nicht günstiger als der des vorigen; auch die zweite Verschanzungslinie ging verloren, und in einer Abendsitzung bewilligten einige wenige Landboten dem Präsidenten die Vollmacht zu Unterhandlungen. Kaum war das aber bekannt geworden, so eilten die Entschlosseneren in den Ständesaal, hielten eine neue Sitzung, entkleideten Krukowiezki seiner Würde und wählten Niemojewski zu seinem Nachfolger. Doch Warschau zu retten war es jetzt zu spät; schon hatte ein Theil der Besatzung auf Krukowiezkis Befehl die Weichsel überschritten und befand sich in Praga. Als Berg wieder in die Stadt kam, suchte man nur nach einem Mittel, den Reichstag und die Armee zu retten; man schloß einen 24stündigen Waffenstillstand, räumte während dessen die Hauptstadt und Praga und entwich, Reichstag und Armee, nach der Festung Modlin, während die Russen am 8. September ihren Einzug in Warschau hielten.

Niemojewski.

Warschau geräumt.

Noch beseelte der Entschluß, den Widerstand bis auf's Aeußerste zu treiben, gar manche Brust; aber die Schicksale Polens hatten sich wieder einmal erfüllt, und der tapferste Wille des Einzelnen konnte nichts mehr ändern. Die größten Hoffnungen waren auf Ramorino gesetzt, den man sehnsüchtig in Modlin erwartete. Allein er mißachtete Malachowskis Befehl, dort hinzuziehen, und ging am 16. September über die östreichische Grenze; seinem Beispiel folgte am 25. bei Krakau der General Rozyzki. Jetzt war an einen neuen Kampf mit Paskiewitsch nicht mehr zu denken. Malachowski legte den Oberbefehl nieder, und unter Rybinskis Commando zog die letzte polnische Armee der preußischen Grenze zu. Sie erreichte dieselbe nicht mehr. 24,000 Mann stark, mußte sie mit 95 Kanonen bei Lipno am 5. October die Waffen strecken. Unmittelbar hinterher ergaben sich Modlin und Zamosc, die letzten Plätze, wo das polnische Banner flatterte.

Die letzten Kämpfe.

Das Schicksal, welchem das arme Land entgegenging, war hart. Zwar erließ der Czar am 1. November eine Begnadigung, aber zahlreiche Ausnahmen schwächten ihre Bedeutung sehr ab. Die Führer des Aufstandes entkamen größtentheils glücklich in das Ausland und bildeten fortan, besonders in Frankreich, den geschlossenen Kern einer europäischen Revolutionspartei. Ihr Hab und Gut wurde eingezogen; die Czartoryskis z. B. büßten 30 Millionen polnischer Gulden ein. Wem die Flucht nicht rechtzeitig gelang, dessen harrte die Verbannung nach Sibirien, oder, wenn er wie Krukowiezki die anfängliche Untreue durch nachträglichen Verrath halbwegs gesühnt hatte, ins Innere von Rußland. Die Verfassung von 1815 ward selbstverständlich aufgehoben; an ihre Stelle setzte das organische Statut vom 26. Februar 1832 die Verwaltungsformen des Kaiserreichs. Paskiewitsch, der neue Fürst von Warschau, ward Civil- und Militär-Gouverneur des Landes und führte ein unnachsichtiges Polizeiregiment ein, dessen Rücksichtslosigkeit es gelang, für geraume Zeit das Auf-

Das neue Regiment.

Das organische Statut.

lodern der patriotischen Begeisterung zu verhüten. Unter der Asche aber glomm sie nichtsdestoweniger weiter und sog eine ausgiebige und nachhaltige Nahrung aus dem immer engeren Bündniß, welches die nationalen Bestrebungen mit dem religiösen Hasse gegen den griechischen Katholicismus der Russen eingingen.

Oestreich und Italien.

Auffällig gering war die Theilnahme, welche der polnische Auf- Gallizien.
stand in dem doch gleichfalls polnischen Galizien gefunden hatte. Während aus dem preußischen Posen und Westpreußen Tausende über die Grenzen eilten, um als Freiwillige den Kampf gegen Rußland mitzumachen, hatten sich aus der östreichischen Provinz Ende Februar 1831 noch nicht einmal 500 der nationalen Sache angeschlossen. Der bedeutsamste Grund dafür war wohl eben der Umstand, daß die Galizier als griechische Katholiken den Russen näher standen. Auch Ungarn.
Ungarn, das in den ersten zwanziger Jahren so lebhafte Neigung zum Widerstande gegen die Regierung an den Tag legte, blieb während des Revolutionsjahres völlig still. Ohne Gefahr konnte der Reichstag in diesem Jahre einberufen werden; er war einer der gefügigsten, welche die ungarische Geschichte kennt, und aus dem Munde der Hauptredner ertönte einmal über das andre die Versicherung, daß die Magyaren mit den demokratischen Forderungen, die in andern Ländern auftauchten, keinerlei Gemeinschaft hätten noch haben wollten, daß die Aristokratie, auf welcher Ungarns Verfassung beruhe, in
diesen Stürmen treu zur Regierung stehen müsse. Da auch die Deutsch-Oestreich.
übrigen Provinzen des Kaiserstaates an den Bewegungen der Zeit nur sehr lauen Antheil nahmen, da insbesondere die Wiener fortfuhren, in träger Gleichgültigkeit gegen alle Politik „ihre Wünsche auf Theater und Prater zu beschränken, sich am Sylvesterabend über den schnellen Lauf der Zeit zu verwundern, im Winter die Kälte, im Frühling und Herbst den fatalen Schnupfen, im Sommer die enorme Hitze zu verdammen", so konnte Metternich mit einer gewissen schadenfrohen Behaglichkeit aus seinem sicheren Hause auf die Stürme hinausschauen, die draußen in der Welt brausten. Ueber Frankreich, Belgien und Polen war er völlig beruhigt, besonders nachdem Louis Philipp ihm die heiligsten Versicherungen für sein Wohlverhalten gegeben und seine Regierung ihm als ein mächtiges Bollwerk der Ordnung zu schildern verstanden hatte.

Nur in Beziehung auf Italien und Deutschland mußten in dem Italien.
östreichischen Staatscanzler doch einige Besorgnisse aufsteigen, und wenn er den neuen Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Länder, den Louis Philipp aufgestellt hatte, freudig begrüßte, insofern derselbe die Ausbreitung revolutionärer Ideen von Frankreich aus zu verhindern schien, so konnte er ihn nicht anerkennen, falls daraus auch für ihn selbst die Verpflichtung erwachsen sollte, den Ereignissen in den beiden Nachbarländern, die er fast wie Anhängsel Oestreichs zu betrachten gewohnt war, freien Lauf zu lassen. Und

doch war dies unbedingt die Vorausſetzung, unter welcher Louis-Philipp jenen Grundſatz ausgeſprochen hatte. Es mußte deshalb mit Nothwendigkeit zu Reibungen kommen, ſobald Unruhen in Italien ausbrachen. Das Jahr 1830 ging ohne offenen Aufſtand zu Ende; aber die Vorbereitungen dazu wurden im Stillen bereits mit dem größten Eifer getroffen, als am 30. November 1830 der Papſt Pius VIII. dem drei Wochen vorher geſtorbenen Franz I. von Neapel ins Grab folgte. Ein klares Ziel und einen feſten Mittelpunct hatten die Carbonari freilich nicht; die Einen gedachten Napoleon II., der als Herzog von Reichſtadt unter Metternichs Augen in Wien lebte, auszurufen; Andre warfen auf den jungen Jérome Napoleon, wieder Andre auf einen der beiden Söhne des ehemaligen Königs von Holland, Louis Bonaparte, die Augen. Daneben wurde von Franz IV., dem Herzoge von Modena, geſprochen, mit welchem der Führer der Liberalen in dieſem Herzogthum, Menotti, einverſtanden ſein ſollte.

Aufſtand in Modena.

Menotti war es, der am 4. Februar 1831, den Reigen der Aufſtände eröffnete, und zwar ſehr unglücklich eröffnete. Denn er wurde mit 15 Genoſſen in ſeinem eigenen Hauſe zur Ergebung gezwungen, ohne in der Stadt Modena rechtzeitige Unterſtützung zu finden. Aber ſein Beiſpiel zündete in dem benachbarten Bologna, wo Alles zur

in Bologna.

Erhebung bereit war. Noch am ſelben Tage riß man dort die Wappenſchilder des Papſtes ab, weigerte dem ſoeben (am 2. Februar) nach ſiebenwöchentlichem Conclave gewählten Gregor XVI. (bisher Cardinal Cappellari) die Anerkennung und erklärte am 8. Februar die weltliche Herrſchaft des Papſtes über Bologna für erloſchen. Mit Windeseile und ohne auf Widerſtand zu ſtoßen, folgten die Städte der Legationen Umbriens und der Marken dieſem Vorgange; ſchon am 25. Februar trat in Bologna eine Verſammlung von Abgeordneten zuſammen und erwählte eine proviſoriſche Regierung, in der Graf Pepoli die bedeutendſte Perſönlichkeit war; dagegen wurden Unruhen,

in Modena.

die man in Rom ſelbſt anzettelte, ſchnell unterdrückt. Einen heftigen und unerwartet ſchnellen Rückſchlag hatten aber die Thaten der Bologneſer auf Modena geübt. Schon am nächſten Tage nach ſeinem glänzenden Siege über Menotti ſah ſich der Herzog veranlaßt, ohne unmittelbaren Zwang mit ſeinem Bataillon ſich auf öſtreichiſches Gebiet zu begeben. Alsbald ward für Modena und Reggio eine

in Parma.

proviſoriſche Regierung eingeſetzt. Daſſelbe geſchah ein paar Tage darauf in Parma, deſſen Herrſcherin, Napoleons Wittwe Marie Luiſe,

Oeſtreichs Einmiſchung.

nach dem feſten Piacenza flüchtete. Dieſen Vorgängen konnte Metternich unmöglich thatenlos zuſehen. Er fragte alſo in Paris an, wie man ſich dort zu einer öſtreichiſchen Einmiſchung verhalten werde. Die Antwort lautete ſehr entſchieden: die Beſetzung Modenas mache den Krieg möglich, die des Kirchenſtaates wahrſcheinlich, die Sardiniens gewiß. Aber Metternich ließ ſich nicht einſchüchtern, ſondern erklärte, er werde der Gefahr des Krieges Trotz bieten, und der Erfolg gab ihm diesmal Recht. Denn für Louis Philipp war ein Krieg noch ungleich bedenklicher als für die alten Dynaſtien; er gab kleinmüthig nach; ein Miniſterwechſel, der am 8. März an Lafittes

Stelle Casimir Périer brachte, verkündete der Welt die veränderte Stellung Frankreichs. Oestreich zauderte nun nicht länger durchzugreifen; der Papst hatte schon am 19. Februar seinen Beistand erbeten, der Herzog von Modena war sogar persönlich nach Wien geeilt. Anfang März überschritten östreichische Truppen den Po; am 9. Februar hielt Franz IV. seinen Einzug in Modena, am 13. Februar ward Parma besetzt, am 19. Februar räumte die provisorische Regierung Bologna und zog sich nach Ancona zurück. Ein Gefecht bei Rimini bewies auch dem Hoffnungsreichsten die Unmöglichkeit des Widerstandes und schon am 26. Februar unterwarf sich die provisorische Regierung gegen das Versprechen der Begnadigung dem päpstlichen Cardinallegaten Benvenuti. Die einflußreichsten Personen unter den Aufständischen trauten freilich diesem Worte nicht, sondern schifften sich in Ancona ein, unter ihnen der General Zucchi, vormals östreichischer Offizier, dem aber das Unglück widerfuhr, in östreichische Gewalt zu gerathen und seine Desertion mit 20jähriger Festungshaft in Munkacz büßen zu müssen. Mit besserem Glücke entging Prinz Louis Napoleon der Gefahr gefangen zu werden; er hatte sich mit seinem älteren Bruder Napoleon Louis thätig an dem Aufstande betheiligt; dieser war am 7. Februar in Forli an den Masern gestorben; er selbst befand sich mit seiner Mutter Hortense in Ancona, als die Stadt sich ergab; um möglichst sicher zu gehen, verließ er mit dieser in der Verkleidung eines ihrer Bedienten Italien und nahm von Neuem seinen Aufenthalt in Arenenberg am Bodensee, wo er schon vorher gelebt hatte. Denen, welche dem Versprechen des Legaten Glauben geschenkt hatten, war eine bittre Enttäuschung vorbehalten; der Papst erklärte es für erzwungen und ungültig und ließ sogleich durch besondre Commissionen die Untersuchungen beginnen. Doch wurden im Kirchenstaate und in Parma keine Todesurtheile verhängt; nur Franz von Modena erledigte sich seines Freundes Menotti durch Erhängen und ließ ein paar andre wenigstens im Bilde dasselbe Schicksal theilen. Auch Gefängnißstrafen verhängte er über Hunderte, und noch mehr wurden zu Vermögensverlust und Verbannung verdammt. In Rom verwandten sich die großen Mächte sehr eifrig für milde Behandlung der Schuldigen und für Besserungen in der Verwaltung; auch Oestreich betheiligte sich, um Louis Philipps Stellung vor seinem Lande nicht noch zu erschweren, daran. Denn in Frankreich herrschte große Erbitterung über die Einmischung Metternichs und mit größtem Nachdruck verlangte die öffentliche Meinung, daß wenigstens jetzt die östreichischen Truppen sich zurückziehen sollten. Auch diesem Verlangen trug man in Wien Rechnung, nachdem die französische Regierung in Rom erklärt hatte, sie werde gleichfalls einen Theil des Kirchenstaates besetzen müssen, wenn nicht vor der Eröffnung der französischen Kammern die Oestreicher zurückmarschirt seien. Am 20. Juli erfolgte die Räumung; doch war vorher ein Vertrag geschlossen, kraft dessen Oestreich sich anheischig machte, auf den Ruf des Papstes sofort wieder einzurücken. Sehr bald erwies sich das als nöthig. Die neuen päpstlichen Besatzungen, die Papalini,

Unterdrückung des Aufstandes.

Prinz Louis Napoleon.

Rückzug der Oestreicher.

Neue Unruhen.

wie man ſie nannte, reizten durch den ſchauderhafteſten Unfug die Bevölkerungen zu neuen Unruhen; es bildeten ſich Trupps bewaffneter Patrioten, die zwar von den Papalini am 20. Januar 1832 bei Ceſena zerſprengt wurden, deren Auftreten aber den Papſt doch veranlaßte, eine neue öſtreichiſche Beſetzung zu wünſchen. Auch den Bewohnern der Romagna war der Einmarſch disciplinirter Truppen nicht unlieb, weil er ſie vor den Gewaltthaten der Päpſtlichen ſchützte. Frankreich aber konnte jetzt nicht umhin, ſeine frühere Drohung wahr zu machen und ließ am 22. Februar Ancona beſetzen, nachdem Périer zuvor in der Kammer erklärt hatte, die Abſicht dabei ſei, Beſſerungen im Kirchenſtaate zu erzwingen, und nachdem die päpſtliche Regierung zwar ihre Zuſtimmung verweigert, aber unter Hinweis auf die große Uebung in der Entſagung, welche der Heilige Vater ſchon ſo oft bewährt habe, der vollendeten Thatſache ſich zum Voraus gefügt hatte. Um doch aber wenigſtens eine kleine eigene Truppenmacht zu beſitzen, auf die er ſich verlaſſen könne, griff der päpſtliche Stuhl zu dem alten Mittel der Schweizerſoldaten zurück und nahm auf zwanzig Jahre zwei Regimenter, 4200 Mann, in ſeinen Sold. Neuerungen von einiger Bedeutung wurden in Rom ſo wenig wie in den kleineren Staaten der Halbinſel beliebt; ein Plan Metternichs, die Fürſten Italiens zu einem ähnlichen Bunde, wie der deutſche war, zu vereinigen, ſtieß überall auf Widerſtand; auch hätte Frankreich unmöglich ſeine Zuſtimmung dazu geben können. Dagegen ſchienen durch verwandtſchaftliche Beziehungen engere Verhältniſſe zwiſchen den mächtigeren Fürſten hergeſtellt zu werden, da Ferdinand II. von Neapel 1832 eine ſardiniſche Prinzeſſin heiratete und 1833 ſeine Schweſter mit dem Großherzog Leopold von Toscana vermählte. Den ſardiniſchen Thron hatte nach Carl Felix' Tode im April 1831 Carl Albert von Savoyen-Carignan, der frühere Carbonaro, beſtiegen. In allen drei Ländern, beſonders in Toscana, hielt ſich die Regierung fortan wenigſtens von gar zu argen Ausſchreitungen fern und zeigte ſich Neuerungen nicht vollſtändig unzugänglich. Von einer Befriedigung und Verſöhnung der Nationalgeſinnten konnte aber nicht die Rede ſein und die Wühlereien, welche die Flüchtlinge im Auslande anſtellten, trieben ihre Wellenſchläge, wenn auch in immer ſchwächeren Ringen, beſtändig bis in die Halbinſel hinein.

Neuer Einmarſch der Oeſtreicher.

Die Franzoſen in Ancona.

Die päpſtlichen Schweizer.

Die Einzelſtaaten.

Die Schweiz.

Der Mittelpunct dieſer Wühlereien wurde die Schweiz, die gleichfalls von den Nachwehen der Juli-Revolution nicht unberührt geblieben war. Doch hatte ſich in ihr eine ſelbſtändige Bewegung ſchon in den vorhergehenden Jahren entwickelt, der die franzöſiſchen Einwirkungen keine neue Richtung, ſondern nur einen ſtärkeren Antrieb gaben. Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Cantone durch den Bundesvertrag von 1815 ſtanden, war ein ſehr lockeres und konnte die Verſchmelzung der verſchiedenen Völkerſtämme, die ſich in der Schweiz zuſammen fanden, nicht genügend fördern. Auch

Zuſtände ſeit 1815.

nach außen hin machte es ein selbstbewußtes Auftreten unmöglich, so daß die Forderung Metternichs, das Asylrecht und die Preßfreiheit zu beschränken, hatte befriedigt werden müssen. Der Cantönligeist fand seine Freude an der Zoll- und Münzsouveränität, die jedes einzelne Glied des Bundes besaß, er hegte und pflegte die aristokratischen Vorrechte, die in den meisten Cantonen herrschten, und überließ die gemeinsamen Angelegenheiten, ohne sich viel darum zu kümmern, dem Vororte und der Tagsatzung. Ihn zu bekämpfen bildeten sich im Laufe der zwanziger Jahre eine Reihe von Vereinen, von denen der Zofinger und die Helvetia die bedeutendsten waren. Es galt zunächst die zum Theil ganz verrotteten Verfassungen der Einzelcantone zeitgemäß umzugestalten und damit war in Appenzell, in Luzern, besonders aber durch die neue Verfassung, die Tessin sich am 4. Juli 1830 gab, schon vor den pariser Ereignissen ein tüchtiger Anfang gemacht. Nach denselben folgten auch die größeren Cantone wie Aargau, Thurgau, Zürich und Bern; überall wurde die Verfassung demokratisch verändert, das alte Patrizierregiment gestürzt. Nicht immer ging es dabei ohne die Anwendung von Waffengewalt ab, ohne daß diese Zusammenstöße der Parteien doch größeren Umfang gewannen. Die eine oder die andre errang in ihrem Canton die Oberhand und die Minderheit fügte sich. Nur in Basel war der Gegensatz so stark, daß die Landschaft sich von der Stadt trennte und jeder der beiden Theile fortan (seit dem März 1832) einen Halbcanton bildete. In Schwyz und Wallis, wo es eben dahin zu kommen schien, siegte doch zuletzt die conservative Partei und bewahrte die Einheit der beiden Cantone. Ueber die Anerkennung des neuen Zustandes in Basel kam es aber noch zu heftigen Fehden. Die liberalen Cantone, die zugleich eine Reform der Bundesverfassung wünschten, schlossen ein Bündniß, das s. g. Siebener-Concordat, um Basel-Landschaft zu stützen; die Heißsporne der Gegenpartei aber verpflichteten sich durch den Sarner Bund vom 14. November 1832 keine Tagsatzung anzuerkennen, auf der Basel-Landschaft und Außen-Schwyz, das damals noch nicht besänftigt und mit Alt-Schwyz ausgesöhnt war, vertreten seien. Noch einmal kam es in Basel, Schwyz, Wallis, Neuenburg zu blutigen Kämpfen; allein die Mehrheit der Tagsatzung zeigte große Entschiedenheit und nach einigen Schlappen mußten sich die Sarner entschließen, ihren Bund aufzulösen. Die Reform der Gesammtverfassung aber wurde 1833 vertagt und 1835 nur in sehr beschränkter Weise, in Bezug auf das Zoll- und Heerwesen, vorgenommen. Der schroffe Gegensatz zwischen den beiden Parteien erhielt sich und erweiterte sich besonders unter der Einwirkung religiöser Spaltungen zu einer solchen Kluft, daß im nächsten Jahrzehnt von Neuem die Waffen entscheiden mußten, und zwar blutiger und gründlicher als 1833.

Aenderungen der Cantonalverfassungen.

Die Spaltungen der Cantone.

Die Sonderbünde.

Die Bundesverfassung.

Die Revolution in Deutschland.

Beschaffenheit der Bewegungen von 1830 und 1831.

So hatte von den Ländern, die Deutschland umgrenzen, fast keines sich den Wirkungen der pariser Julitage entziehen können. Von Frankreich hatte die Revolution ihr Banner nach Belgien und Polen, nach Italien und der Schweiz getragen; aber auch Deutschland selbst war dem französischen Vorbilde gefolgt. Doch fehlte hier wie in der Schweiz und in Italien der große nationale Zug, der die Bewegungen in Belgien und Polen auszeichnete; es kam nicht zu einer gemeinsamen Erhebung, es kam nicht einmal zu einem planmäßigen Zusammenwirken der Liberalen in einzelnen der ergriffenen Staaten, wie es doch in der Schweiz und beschränkter auch in Italien erreicht war. Das Ziel, welches man sich vorsteckte, war die Erreichung liberaler Verfassungen in den Einzelstaaten, und erst in zweiter Linie, in geraumem Abstande erstrebte man nationale Reformen. Dafür, daß diese um dieselbe Zeit von einem Theile der deutschen Regierungen durch die Zollverträge mit Preußen mächtig gefördert wurden, hatte man nicht einmal ein Auge. Es war eben in den letzten Jahren, wesentlich angestachelt durch die parlamentarischen Vorgänge in Frankreich, vor Allem aber vollauf begründet durch die Trostlosigkeit der Zustände in den meisten deutschen Ländern, das Bedürfniß nach liberalen Reformen, die Abschüttelung der engherzigen veralteten Einrichtungen, ja mancher Orten konnte man sagen: des willkürlichen tyrannischen Regimentes, so brennend geworden, daß darüber der Drang nach nationaler Einheit zurücktrat; es war in den 15 Jahren, seit welchen Deutschland wieder äußerlich ein Ganzes bildete, von dem Mittelpuncte dieses Ganzen, von Frankfurt, aus so wenig Erfreuliches, so viel Verderbliches gethan worden, daß sich bei vielen vortrefflichen und wirklich patriotischen Männern der Gedanke Bahn brechen konnte, man dürfe gar nicht nach einer strafferen Einheit streben, weil diese doch nur dem Absolutismus, der Willkürherrschaft zu Gute kommen werde. Die Freiheit über Alles, und erst wenn die Freiheit in allen Staaten, oder doch in ihrer Mehrheit fest gegründet sei, dann könne man dazu schreiten, die einzelnen Glieder des deutschen Volkes enger zusammen zu ketten und eine kräftige Centralgewalt zu errichten. Wenn dieses letzte Ziel sich bei Vielen immer mehr verdunkelte; wenn das Streben nach Freiheit einen nebelhaften weltbürgerlichen Zug annahm; wenn es sich vielfach so weit verirrte, das eigene Volksthum für Nichts zu achten und in Anlehnung an fremde Staaten und Völker, im Liebäugeln mit Franzosen und Polen und Italienern seine Stärke zu suchen, so war das eine Entwicklung, die höchlichst bedauert werden mag, die aber so naturgemäß aus den gegebenen Verhältnissen hervorging, daß sie uns nicht Wunder nehmen kann. Heilung für sie gab es nur auf einem Wege: der Gang der Geschichte mußte das Bewußtsein wach rufen, daß wahre politische Freiheit als erste Bedingung die nationale Unabhängigkeit und nationales Selbstgefühl erfordere. Und zur Begründung dieser

Erkenntniß trugen bereits die Jahre von 1830 ab ihr Scherflein bei.

Die revolutionären Zuckungen mußten unter den geschilderten Verhältnissen da zuerst ausbrechen und da am heftigsten werden, wo die öffentlichen Zustände am unfreisten waren und die Fürsten ihre Macht am willkürlichsten mißbrauchten. Süddeutschland war deshalb anfangs viel weniger für die Bewegung geeignet als Norddeutschland, und in Norddeutschland durfte es nicht überraschen, wenn Braunschweig und Kurhessen den Anfang machten. Denn in diesen beiden Staaten saßen wirkliche Tyrannen auf dem Thron und übten seit Jahren ein Willkürregiment, das ihnen jeden Halt im Volke geraubt hatte. Der Herzog Carl von Braunschweig hatte die selbständige Verwaltung seines Landes 1823 angetreten; bis dahin stand er unter der Vormundschaft Georgs IV. von England, welcher diese Pflicht nach dem Tode des bei Quatrebras 1815 gefallenen Herzogs Wilhelm theils als nächster Verwandter, theils auf testamentarischen Wunsch des Vaters für beide Söhne übernommen und zu seinem Stellvertreter den Grafen Ernst von Münster bestellt hatte. Die Verwaltung des Landes lag vornehmlich in der Hand des Geheimenrathes Schmidt-Phiseldeck und entsprach den damaligen Verhältnissen. Eine neue Landschaftsordnung, die im Jahre 1820 mit den alten Ständen vereinbart wurde, wies nur einen sehr geringen Fortschritt in liberaler Richtung auf. Das Land erhoffte von dem Regierungsantritt des jungen Herzogs schnellere Förderung, und sah demselben auch deshalb mit Freuden entgegen, weil die hannoversche Regierung durch Zollbelästigungen dem kleineren Nachbarstaate beschwerlich fiel und man von einem selbständigen Regenten besseren Schutz dagegen erwartete. Andrerseits konnte der Character des Erbprinzen kein großes Vertrauen erwecken; er galt für trotzig, vergnügungssüchtig und einen Freund schlechter Gesellschaft. Diese Umstände bestärkten Georg IV. darin, unter Zustimmung der Höfe von Berlin und Wien die vormundschaftliche Regierung über das achtzehnte Lebensjahr Carls auszudehnen. Ob er dabei im Rechte war, schien einigermaßen fraglich. Dafür sprachen testamentarische Verfügungen des Vaters, dagegen eine braunschweigische Hausordnung, die aber auch sonst schon in besonderen Fällen von dem jedesmal regierenden Herzog abgeändert worden war. Wie dem auch sein mochte, der junge Fürst fühlte sich gekränkt und es drohte zu einem öffentlichen Scandal zu kommen. Um den zu verhüten, erklärte sich Georg IV. bereit, die Sache durch einen Schiedsspruch des Kaisers von Oestreich, oder durch einen Vergleich, den Metternich herbeiführen würde, schlichten zu lassen. Auch Herzog Carl ging darauf ein, und man vereinigte sich, daß er an seinem 19. Geburtstage, am 30. October 1823, die Regierung übernehmen solle. Mehrere Jahre verflossen dann ruhig, bis plötzlich am 10. Mai 1827 ein Patent erschien, welches das letzte vormundschaftliche Regierungsjahr für ungesetzlich und die in diesem Zeitraum erlassenen Verordnungen für unkräftig erklärte. Den äußeren Anlaß dazu bot der Uebertritt des Herrn von Schmidt-Phiseldeck in han-

Braunschweig.

Die Vormundschaft.

Die selbständige Regierung Herzog Carls.

noversche Dienste. Der Herzog hatte damit gezögert, ihm die erbetene Entlassung zu ertheilen, hatte ihm vorgeworfen, während der Vormundschaft das herzogliche und das Landesinteresse geschädigt und hinterher öffentliche Actenstücke vernichtet zu haben, und erließ jetzt gegen ihn, der sich unter dem Schutze der hannoverschen Regierung befand, einen Steckbrief. Dadurch wurde der Streit zu einem Zank zwischen den beiden Regierungen und in rascher Entwicklung zu einem heftigen Angriff des Herzogs gegen seinen königlichen Vormund und dessen Stellvertreter, den Grafen Münster. Beide beschuldigte er, vorsätzlich seine Erziehung so geleitet zu haben, daß er körperlich und geistig hätte verkommen müssen, wenn nicht seine gute Natur stärker gewesen wäre. Auch hätten sie widerrechtlich seinen Vermögens- und Herrscherrechten viel vergeben, indem sie Pensionen ausgesetzt, Contracte abgeschlossen und ihm die Verpflichtung auferlegt hätten, seine Verordnungen durch einen Minister gegenzeichnen zu lassen. Letztere Klage zeigte besonders den absolutistischen Sinn, alle andern die Kleinlichkeit des Klägers, sein ganzes Verfahren aber eine Leidenschaftlichkeit und Tactlosigkeit, wie sie aus regierenden Kreisen kaum je an die Oeffentlichkeit gedrungen waren. Eine Klage des Herzogs am Bundestage wurde von Metternich noch verhindert; eine Herausforderung des Grafen Münster zum Zweikampf von diesem abgelehnt.

Sein Streit mit dem König von Hannover.

Im Lande selbst aber wuchs die Unzufriedenheit mit dem neuen Gebieter aus tausend Gründen. Die neue Landschaftsordnung wurde von ihm mißachtet, die Stände gar nicht einberufen, die Steuern willkürlich erhöht, Staatsgüter verkauft, Papiergeld ausgegeben und die geordnete Finanzverwaltung vollkommen zerstört. Dazu kamen persönliche Eingriffe in Privatverhältnisse; Aerzte wurden gelobt und beschenkt, weil sie verhaßten Personen ihren Beistand verweigert, getadelt, weil sie ihn geleistet; ein Beamter des Landes verwiesen, weil er seinen Abschied verlangt, und das Urtheil des Gerichtes von Wolfenbüttel, welches diese Verfügung für ungültig erklärte, von dem Herzog eigenhändig vor den Augen der Richter zerrissen. Von allen Seiten liefen Beschwerden beim Bundestage ein; es klagte Georg IV. wegen der ihm widerfahrenen Beleidigungen, es klagte jener Beamte (von Sierstorpff) wegen Vernichtung des wolfenbütteler Urtheils; es klagten die Stände, die eigenmächtig im Mai 1829 zusammentraten, wegen Mißachtung der Verfassung. Nur in der Klagesache des Königs von Hannover, die übrigens auch zuerst eingebracht war, kam der Bundestag schon 1829 zu einem Urtheil; es lautete auf Widerruf und Entschuldigung; Beides leistete der Herzog, freilich erst, nachdem er sich fast ein Jahr gesträubt und endlich mit Execution bedroht war. Die beiden andern Klagen fanden ihre Erledigung (übrigens auch zu Gunsten der Kläger) erst im October und November 1830, nachdem die Braunschweiger sich schon selbst geholfen.

Willkürmaßregeln.

Klagen am Bunde.

Dem Herzog und seiner Sippe wurde mittlerweile der Aufenthalt im Lande immer unbehaglicher. Anfang 1830 trat er eine große Reise an, die ihn auch nach Paris führte und dort zum Augenzeugen der Julirevolution machte. Angstvoll eilte er sogleich nach Braun-

Ausbruch der Revolution.

schweig zurück, um jeder Erhebung dort im ersten Entstehen entgegen zu treten. Die Bewohner seiner Residenz empfingen ihn mit lebhaften Beschwerden und der Forderung, daß er endlich die Stände einberufe. Als Antwort darauf ließ er die Wachen verdoppeln und 16 Kanonen vor der Caserne aufpflanzen. Nun brach der Unwille los. Am 7. September erstürmte das Volk das Schloß, steckte es in Brand und zwang seinen Herrscher zur Flucht. Die Stände traten zusammen und forderten den Prinzen Wilhelm auf, die Regierung zu übernehmen. Prinz Wilhelm Regent. Um den Schein zu wahren, ernannte ihn auch sein flüchtiger Bruder zum Generalgouverneur, machte aber zugleich alle möglichen Versuche zur Wiedererlangung der Gewalt. Er bat in London (wo bereits Wilhelm IV. auf Georg gefolgt war) um Hülfe, er machte in einer Proclamation von Frankfurt aus den Braunschweigern die weitreichendsten Versprechungen, er versuchte mit ein paar Dutzend Harzbewohnern im November sein Reich wieder zu erobern. Aber bei Fürsten und Unterthanen fand er gleich wenig Freunde. Selbst der Herzog Wilhelm. Bundestag übertrug schon am 2. December dem Herzog Wilhelm die Regierung des Herzogthums, und nachdem die Agnaten diesem Beschlusse zugestimmt hatten, vertauschte der neue Herrscher im April 1831 seine Würde als Stellvertreter mit der als Nachfolger seines Bruders. Eine neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832 Die Verfassung von 1832. erweiterte die sehr mäßigen Rechte, welche die von 1820 der Bevölkerung bestätigt hatte.

Fast an demselben Tage wie in Braunschweig ging der Sturm Kurhessen. in Cassel los. Wilhelm II., der hier seit 1821 regierte, war seinem herzoglichen Bruder durchaus ebenbürtig. Kein Hof, selbst der braunschweiger nicht, hatte eine reichere Scandalgeschichte aufzuweisen als der kurhessische. Vornehme Staatsdiener von hohem Adel mit seinem spanischen Rohre durchzuprügeln, oder auf seinen Adjutanten loszustechen, betrachtete der Kurfürst als erlaubte Ausflüsse seiner Souveränität. Von seiner Gemahlin, einer Schwester des Königs von Preußen, lebte er getrennt und gab sich völlig dem Einflusse seiner Maitressen hin, unter denen eine zur Gräfin von Reichenbach erhobene Berlinerin bald allmächtig wurde. Da sie ihren und ihrer Söhne Grafentitel dem Fürsten Metternich dankte, so war sie zugleich die eifrigste Beförderin des östreichischen Einflusses. Bei der bekannten Geldgier, welche einen so ausgeprägten Characterzug des hessischen Fürstenhauses bildet, fehlte es begreiflicher Weise auch nicht an willkürlichem Steuerdruck und an Verwendung der Landesgelder zu Familienzwecken. Bezeichnend für die Mittel, deren man den Kur- Beginn der Unruhen. fürsten für fähig hielt, war die Losung, mit welcher am 6. September, also noch einen Tag früher als in Braunschweig, die Unruhen begannen. Man warf der Regierung vor, daß sie im Einverständniß mit den Bäckern die Brodpreise in die Höhe getrieben habe. Doch nahm die Bewegung, je mehr sie von Tage zu Tage wuchs, einen politischeren Character an und schon am 15. September mußte sich Wilhelm II. entschließen, die Stände einzuberufen. Ihr Zusammentritt erfolgte 4 Wochen später und in kurzer Frist beriethen sie unter dem

Vorsitz Sylvester Jordans, eines marburger Professors, der schnell zu einem der volksbeliebtesten Führer der deutschen Liberalen sich aufschwang, eine neue Verfassung, die als Staatsgrundgesetz vom 5. Januar 1831 noch 30 Jahre später eine bedeutende Rolle spielen sollte und die vor andern deutschen Verfassungen durch das Einkammersystem und durch die ausgedehnten Rechte, welche sie den Vertretern einräumte, hervorragte. Der Kurfürst glaubte durch solche Zugeständnisse die öffentliche Meinung vollkommen befriedigt zu haben und nun auch seinerseits Forderungen an sie stellen zu dürfen; er hoffte vor Allem, jetzt in seinem Verhältnisse zur Gräfin von Reichenbach nicht länger genirt zu werden. Beim Wachsen der Unruhen hatte diese Cassel verlassen müssen; nach dem 5. Januar kehrte sie zurück; aber die unzweideutigsten Kundgebungen des Volkes zwangen sie schon am 11. Januar wieder aus der Hauptstadt zu weichen. Nach kurzem Besinnen folgte ihr der Kurfürst und schlug erst in ihrer Nähe, in Hanau, dann in Frankfurt mit ihr zusammen seine Residenz auf. Um seine Freiheit in der Wahl des Wohnortes bewahren und nach Belieben außer Landes weilen zu können, nahm er im September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten an und überließ diesem, dem letzten deutschen Kurfürsten, thatsächlich fast allein die Mühen des Regiments. Darüber, daß es in seinem Geiste weiter geführt werde, brauchte er sich keine Sorgen zu machen. Wenn je wo, so war hier der Apfel nicht weit vom Stamme gefallen.

Die hessische Verfassung.

Neue Unruhen.

Der Kurprinz-Mitregent.

Noch ein drittes deutsches Land erlebte seine Revolution fast gleichzeitig mit Braunschweig und Hessen, und auch in diesem war das Ende dasselbe: eine Verfassung und eine Mitregentschaft. Aber die Ursachen waren doch ganz andersartig. Es war Sachsen. Von seiner wunderlichen Kämmerchen-Verfassung ist früher gesprochen worden. Eben so verzwickt und schleppend waren die Verwaltungsformen und das Gerichtswesen. Zahlreiche Vorrechte wälzten den größten Theil der öffentlichen Lasten auf die mittleren und niederen Stände. Trotz der Rührigkeit des Volkes konnte die Gewerbthätigkeit bei ihrem engen Markte, der Handel bei den hohen Zöllen, der wichtige Leipziger Verlag bei dem Drucke der Censur nicht zu der Blüte gedeihen, deren sie fähig waren. Gegen das Herrscherhaus war wenig zu sagen; es erfreute sich in fast allen seinen Gliedern einer großen Beliebtheit; nur daß es katholisch und den Jesuiten zugeneigt war, verbreitete Mißstimmung im Lande und hatte schon bei der Jubelfeier der augsburgischen Confession, am 25. Juni 1830, zu Unruhen Anlaß gegeben. Lebhafter war der Unwille gegen die Adelssippschaft des Landes, die im Besitz ausgedehnten Grundeigenthums mit bedeutenden Resten der alten Souveränität die Regierung ganz und gar in Händen hatte, während in den Städten die Magistrate, die sich theilweise sogar selbst ergänzten, eine ähnliche unumschränkte Macht besaßen. Ueberdies gaben eine Menge von örtlichen Mißständen der vorhandenen Unzufriedenheit Nahrung. In Leipzig kam es vom 2. September an zu Pöbelaufläufen, bei denen die

Königreich Sachsen.

Häuſer einiger mißliebigen Perſonen arg mitgenommen wurden; aber bald bemächtigte ſich die Bürgerſchaft der Leitung und trug dem Könige in geordneter Form ihrer Wünſche vor. In Dresden ahmte man das nach; anfangs ſchlugen hier die Wogen ſogar noch höher als in Leipzig; die Unruheſtifter gewannen die Oberhand, ſo daß darüber Rathhaus und Polizeigebäude in Flammen aufgingen. Doch rafften ſich die beſſeren Elemente bald auf und da der König durchaus friedlich geſinnt war, da das ganze Land ſich mit ſeinen beiden Hauptſtädten ohne bedeutendere Gewaltthat in dem Verlangen nach Preßfreiheit, Reform der Staats- und der Gemeindeverfaſſung, Entfernung des Miniſteriums und der Jeſuiten, vereinigte, ſo gab König Anton, ein bejahrter Herr, wenn er auch erſt 1827 ſeinem Bruder auf dem Throne gefolgt war, ſchnell nach und an die Stelle des Grafen Einſiedel trat der bisherige Bundestagsgeſandte Lindenau, ein ehrlich liberaler, tüchtiger Mann, als Leiter des Staats. Der Thronfolger, des Königs Bruder Maximilian, auch ſchon in vorgerücktem Alter, verzichtete zu Gunſten ſeines Sohnes Friedrich Auguſt auf ſeine Rechte und machte es dadurch dem Könige möglich, dieſen ſehr beliebten Prinzen zum Mitregenten anzunehmen. Fortan verlief Alles in ſchönſter Eintracht. Die alten Stände beriethen eine neue Verfaſſung; am 4. September 1831 wurde ſie eingeführt und vom Volke mit großer Befriedigung begrüßt.

Altenburg.

Ein Seitenſtück zu den ſächſiſchen Ereigniſſen ſpielte ſich gleichzeitig in Altenburg ab, deſſen Bürgerſchaft ſich am 13. September erhob. Der Herzog entfloh mit ſeiner Familie, beſann ſich aber ſchnell, gab nach, entließ ſeinen Miniſter Trützſchler und berieth mit den alten Ständen ein neues Grundgeſetz, das am 29. April 1831 in Kraft trat.

Sondershauſen.

Nicht ſo glücklich waren die Unterthanen des Fürſten von Schwarzburg-Sondershauſen, der bereits ſeit 36 Jahren an der Spitze ſeines Ländchens oder, wie er ſelbſt meinte, ſeines großen Rittergutes ſtand und außer Jagd und Taback an das Leben keine bedeutenden Anforderungen ſtellte. Als ſeine Unterthanen, die ſchon ſeit 1818 nach Reformen verlangten, nach dem Beiſpiel der Sachſen ein wenig unruhig wurden, verſprach er ihnen am 25. September eine Verfaſſung und veröffentlichte dann im December ein Actenſtück, das ſo ziemlich allen Forderungen ſchnurſtracks widerſprach und die einmüthige Verwahrung der Städte des Fürſtenthums hervorrief. Der alte Heer ließ ſich darüber keine grauen Haare wachſen, ſondern erklärte im Juli 1831 gelaſſen, er ſei bereit die Verfaſſung zurückzunehmen, und ließ ſodann Alles beim Alten.

Schleswig-Holſtein.

Ebenſo ergebnißlos verlief eine Bewegung, die im November 1830 in Schleswig-Holſtein entſtand, aber im erſten Keime erſtickt wurde. Ihr Ziel war die Vereinigung der beiden Herzogthümer in einer Verfaſſung und die bloße Perſonalunion mit Dänemark, ihre Seele war der Kanzleirath Uwe Jens Lornſen, ein Frieſe von der Inſel Sylt, ehemals Burſchenſchafter in Jena und Kiel, dann mehrere Jahre in der ſchleswig-holſteiniſchen Canzlei in Kopenhagen angeſtellt, eben jetzt aber zum Landvogt auf der heimiſchen Inſel ernannt.

Auf der Reise dorthin trat er in Kiel mit einigen Gesinnungsgenossen zusammen und beschloß einen Sturm von Bittschriften zu Gunsten seiner Pläne zu veranlassen. Eine kleine, kräftig geschriebene Broschüre faßte diese zusammen. Nur der König und der Feind sei uns und den Dänen gemeinsam, war das Schlagwort, mit dem er seine Landsleute fortzureißen dachte. Aber die Unterstützung, die er fand, war sehr lau, und der einzige Erfolg, den die Bewegung für den Augenblick hatte, war Lornsens Verhaftung, Absetzung und einjährige Festungsstrafe in Friedrichstadt. Um so wirksamer sollte sein muthiger Schritt für die Zukunft werden.

Hannover. Die Hannoveraner befanden sich dazumal in eben der Lage, die Lornsen für Schleswig-Holstein herbeiführen wollte; was sie mit England vereinigte, war nur die Person des Königs, und auch dieses Band war nahe daran gelöst zu werden. Denn während in England die weibliche Erbfolge gesetzlich war und deshalb Wilhelms IV. Tochter Victoria den Thron nach des Vaters Tode besteigen mußte, berief das hannoversche Gesetz seinen nächsten Bruder, den Herzog von Cumberland, zur Nachfolge. Einstweilen jedoch herrschte noch Wilhelm IV. und ließ sich in Hannover durch seinen jüngsten Bruder, den Herzog von Cambridge, vertreten, während ihm in London selbst als Minister der Graf Münster zur Seite stand. Die ständische Verfassung des Landes, die 1819 vereinbart war, beschränkte die Machtfülle der Regierung nicht im Mindesten. Die geringe Vertretung, welche Bürger und Bauern in der Kammer fanden, machte sie gleichgültig gegen die Verhandlungen derselben; ihre Abgeordneten waren zumeist Beamte, die sich mit der Regierung eben so wenig in Widerspruch setzen mochten, wie der Adel, dessen Mitglieder die hervorragenden Stellen in der Staatsverwaltung ausschließlich besetzten. Handel, Gewerbe und Landwirthschaft lagen sehr danieder, besonders in den kleinen Städten und auf dem Lande herrschte wirkliche Noth; der Bauernstand lebte vielfach noch in Hörigkeit; die Steuern wuchsen unabläßig und hatten sich in den 17 Jahren seit 1813 geradezu verdoppelt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte daher auch schon im September zu allerlei Aufläufen, die nicht sowohl einen politischen Character hatten, als vielmehr aus der materiellen Noth entsprangen. In Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Osnabrück, in den Städten am Harz kam es zu Unruhen, deren Ziel die Herabsetzung

Göttingen und Osterode. der Brodpreise, die Erhöhung des Arbeitslohnes war. Die Ausnutzung dieser socialen Forderungen zu politischen Zwecken machten sich einige Männer in Osterode und Göttingen zur Aufgabe. Dort waren es besonders die Advocaten König und Freitag, hier die Privatdocenten von Rauschenplat, Schuster, Ahrens und der Advocat Seidensticker. Studentenunruhen, denen bereits die straflose Befreiung eines verhafteten Commilitonen gelang, kamen ihnen dabei zu Hülfe. Die Osteroder machten den Anfang; sie bewaffneten die Bürger, wählten einen neuen Gemeinderath und wandten sich an den König, den sie in einer scharfen Adresse um Beseitigung der Uebelstände angingen. Allein die Antwort wurde ihnen durch ein paar Regimenter

überbracht, welche den früheren Zustand wiederherstellten und die beiden Advocaten gekettet nach Hannover führten. Erst jetzt schritten auch die Göttinger zur That. Am 8. Januar 1831 folgten sie in allen Stücken dem Vorbilde, das Osterode gegeben hatte, erzwangen die Absetzung des Polizeidirectors und des Gemeinderathes und glaubten an der Spitze von 2—3000 Bewaffneten, theils Bürgern, theils Studenten, des Sieges gewiß zu sein, ja die Erhebung über die Grenzen Hannovers in die benachbarten norddeutschen Staaten tragen zu können. Aber auch ihr Triumph dauerte kaum acht Tage. Am 16. Januar rückte General vom Bussche mit bedeutenden Truppenmassen heran und erzwang dadurch, daß er mit der Aufhebung der Universität drohte, schnell die Uebergabe der Stadt. Die meisten Häupter des Aufstandes waren so glücklich, sich vorher retten zu können.

Die Verfassung von 1833.

Auch jetzt aber kehrte die Ruhe keineswegs ins Land zurück; nur wirkte man weniger durch Aufläufe und Zusammenrottungen, als durch Adressen und Abordnungen an den König. Und damit erreichte man mehr, da König Wilhelm gemäßigten Neuerungen ganz geneigt war. Graf Münster nahm noch im Februar 1831 seine Entlassung, und der zum Vicekönig erhobene Herzog von Cambridge setzte einige Steuern herab und berief die Stände zum 7. März. Diese hatten theils durch Neuwahlen, theils durch den Einfluß, welchen die liberale Strömung des Jahres 1830 auf viele Mitglieder ausgeübt, eine freisinnigere Färbung erhalten, als ihnen vorher eigen gewesen, aber gemäßigt und versöhnlich waren sie auch so noch. Eine Commission von 21 Mitgliedern entwarf unter Dahlmanns Einfluß vom Juni bis October 1831 eine neue Verfassung, welcher die Regierung zustimmte. Dennoch bedurfte es noch langer Verhandlungen, ehe der Entwurf Gesetz werden konnte. Denn die Reaction, welche nach dem Erliegen der polnischen Revolution durch ganz Europa ihren Rundzug begann, ermuthigte auch den hannoverschen Adel zu zähem Widerstande und erst am 26. September 1833 konnte die überdies mannigfach verstümmelte neue Verfassung verkündet werden.

Preußen und der Zollverein.

In den übrigen norddeutschen Staaten fehlte es wohl auch nicht an Volksbewegungen, aber sie blieben ergebnißlos, sie beschränkten sich meist auf lärmende Vorgänge in den Septembertagen. Hier und da wurden kleine Verbesserungen seitens der Regierung zugesagt und durchgeführt, aber sie änderten Nichts an dem politischen Gesammtzustande der einzelnen Staaten. Auch nach Preußen hinein erstreckten sich die Unruhen. Wie Hessen, Braunschweig, Sachsen, Thüringen, Hannover, Hamburg, Mecklenburg, so sahen auch Berlin, Breslau und einige Städte der Rheinprovinz ihre Septemberaufläufe, die jedoch ohne Mühe unterdrückt wurden. Allerdings lebte der Wunsch nach einer reichsständischen Verfassung unvermindert fort und tauchte unter diesen Umständen mit etwas größerem Nachdruck wieder

Die Verfassungsfrage.

auf. Man sprach davon, Wilhelm von Humboldt sei mit einem Verfassungsentwurfe betraut; die westfälischen Provinzialstände beantragten 1831 die Einführung von Reichsständen; aber zu weiteren Anstrengungen raffte man sich nicht auf. Zum guten Theil lag der Grund dafür wohl in der Rücksicht auf den alternden König, von dem man keine großen Umänderungen mehr glaubte erwarten zu dürfen, und den zu drängen eine achtungswerthe Anhänglichkeit verbot. Niemand getraute sich recht, den alten Herrn an sein Versprechen von 1815 zu erinnern; sein ganzes Wesen, so ließ selbst ein Herwegh noch 1843 drucken, war zu sehr mit dem Bewußtsein des Volkes verwachsen, Volk und König waren zusammen eine zu lange Schule der Leiden und Freuden durchgegangen, als daß man nicht von dem besten Willen des Herrschers hätte überzeugt sein sollen. Es hatte sich ein kindliches Verhältniß zwischen dem Volk und seinem König gebildet, das schöne Band des Vertrauens fesselte beide aneinander. Allein dieses Vertrauen würde doch kaum ausgereicht haben, wenn nicht im Allgemeinen die Zustände so tüchtig und gesund gewesen wären, wie nirgends sonst in Deutschland. Die auswärtige Politik war freilich auch jetzt nichts weniger als glänzend; aber von jener schwachmüthigen Abhängigkeit von Oestreich, die ihn beim Antritt seines Ministeriums beherrscht hatte, war Bernstorff, der noch immer am Ruder saß, doch längst frei geworden. Preußen eine Macht dritten Ranges zu nennen, wie zu Anfang der zwanziger Jahre, wäre Niemandem mehr eingefallen. In den Zollvereinsverhandlungen hatte es schon glänzende diplomatische Erfolge errungen, und weitere waren in sicherer Vorbereitung. Auch in der großen europäischen Politik spielte es eine nicht unrühmliche Rolle. Daß unter seiner Vermittlung der Friede von Adrianopel zu Stande gekommen war, erwarb ihm Anspruch auf den Dank nicht blos der Kriegführenden, sondern aller Friedensfreunde, und daß die belgische Revolution nicht zu einem gewaltigen europäischen Brande geworden, das wurde mit nicht minderem Rechte Preußens Könige gut geschrieben, der bei sich selbst die Neigung überwand, dem oranischen Hause Hülfe zu bringen und der sich mit Eifer bei Nikolaus für den Frieden verwendete. Was die inneren Zustände des Landes betraf, so war das traurige Polizeiregiment, welches die Schuckmann und Kamptz zur Zeit der Demagogenverfolgungen eingeführt, zwar nicht bis zur Wurzel ausgerottet, aber der hämische, schadenfrohe und kleinliche Character, den es in seinen schlimmsten Ausartungen gezeigt, war doch geschwunden und nach und nach manches Unrecht wieder gesühnt oder doch gemildert worden. In nicht geringer Zahl bekleideten die ehemaligen Demagogen öffentliche Aemter, die Censur wurde häufig zwar mit Ungeschick, aber doch ohne Bosheit und berechnete Mißgunst gehandhabt, die Universitäten, unter ihnen das 1818 gegründete Bonn, entfalteten trotz der Carlsbader Beschlüsse eine fruchtbare und segensreiche Thätigkeit. Die höheren Lehranstalten, Gymnasien, Realschulen, Gewerbeinstitute, Seminarien wurden mit allseitigem Eifer gepflegt und ihre Zahl beständig vermehrt; auch für den Volks-

Die auswärtige Politik.

Polizeiwesen.

Unterricht.

unterricht geschah unablässig viel und Großes. Die finanzielle Lage der Lehrer wurde nach Kräften gebessert; zur Förderung ihrer Bildung gründete der König seit Beendigung der Freiheitskriege allmälig etwa 20 neue Seminare. Die Seele des gesammten Unterrichtswesens war der Minister Altenstein, der seit 1817 dem neubegründeten Cultusministerium vorstand; unter ihm arbeiteten eine Reihe hochverdienter Männer, wie Joh. Schulze, Süvern oder Nicolovius. Die Trennung der Schule von der Kirche machte einen großen Fortschritt durch die Begründung eigener Provinzial-Schul-Collegien, die 1825 von den Consistorien abgezweigt wurden. In religiöser Beziehung herrschte in Preußen eine Freiheit, die in späteren Jahren oft sehnsüchtig zurückgewünscht wurde. Allerdings griff der König, seinen theologischen Neigungen folgend, auf diesem Gebiete gern und erfolgreich persönlich ein; aber es war doch sein leitender Grundsatz, daß er empfehlen und nicht befehlen wolle. Nur in Bezug auf die Union der beiden evangelischen Landeskirchen wurde er diesem Grundsatz mehr als einmal untreu, und suchte durch Zwang zu erreichen, was nur die Frucht freier Ueberzeugung sein durfte. Diese evangelische Union, die er 1817 zum dreihundertjährigen Jubelfeste der Reformation ins Leben gerufen hatte, betrachtete er mit Recht als sein eigenstes Werk. Der Unterschied zwischen der lutherischen und der reformirten Kirche war längst so unwesentlich geworden, so völlig dem Bewußtsein der übergroßen Mehrzahl der Glaubensgenossen auf beiden Seiten entschwunden, daß es keine leichtfertige Hoffnung schien, wenn der König glaubte, es bedürfe nur des äußeren Anstoßes, um auch die trennenden Formen zu beseitigen und das, was aus einer Wurzel entsprossen war, auch wieder als einen Organismus herzustellen. Eine königliche Cabinetsordre vom 27. September 1817 legte deshalb den geistlichen Behörden dringend den Wunsch ans Herz die Vereinigung beider Bekenntnisse zu fördern. Zwang sollte nirgends geübt, bestehende Rechte und Freiheiten nirgends gekränkt werden; aber aus der Freiheit eigner Ueberzeugung, aus der Einigkeit der Herzen, so hoffte der Monarch, werde die neue Lebensform sich kräftig und gesund entwickeln. In Berlin fand die Anregung lebhaften Beifall; am Vortage der Reformationsfeier genossen 63 Geistliche, die Mitglieder der theologischen Facultät, des Consistoriums, der Gymnasialcollegien, des Magistrates, ferner die Stadtverordneten und Bezirksvorsteher und viele hohe Beamte das Abendmahl nach den Einsetzungsworten Christi als Genossen Einer evangelischen Kirche; am Festtage selbst that der König mit seiner Familie in Potsdam das Gleiche und durch die ganze Monarchie hin und in vielen andern deutschen Ländern fand der Vorgang Nachfolge. Der Widerspruch blieb freilich auch nicht aus; zum Mittelpuncte der Gegnerschaft wurde der Holsteiner Claus Harms, der in seinen 95 Thesen das schroffste Festhalten am strengen Lutherthume predigte und dem es nicht an Anhang auch in Preußen fehlte. Aber da es den Widerstrebenden unbenommen blieb, ihrer Ueberzeugung zu folgen, und in den ersten Zeiten keine Zwangsmaßregeln ihnen ein billiges

Die evangelische Union.

Märtyrerthum verschafften, so vereitelte ihre Weigerung nicht das kräftige Aufblühen der Union und erst späteren Tagen war es vorbehalten, das zeitgemäße Werk des frommen Königs wieder zu untergraben. Erfreut durch den guten Erfolg dieses ersten Schrittes, unternahm nun aber Friedrich Wilhelm einen zweiten, bei dem er weniger im Einklang mit dem Zeitbewußtsein stand. Um den evangelischen Gottesdienst reicher und poetischer zu gestalten, ersann er eine neue Liturgie, die sich vorzugsweise an die alte lutherische Messe hielt und besonders durch die Einführung des Chores dem allgemeinen Gefühle und der Gewöhnung der Reformirten widersprach. Schon 1816 hatte der König diese Liturgie eigenhändig ausgearbeitet und in den Garnisonkirchen eingeführt. Nach mancherlei Aenderungen empfahl er sie 1821 allen evangelischen Gemeinden; aber fast überall stieß er auf das Gefühl, daß durch sein Werk der Hauptbestandtheil des protestantischen Gottesdienstes, die Predigt, zu sehr beeinträchtigt werde; nur der sechzehnte Theil der Geistlichen wollte sie annehmen. Das verdroß den König und wenn er auch nicht so weit ging, die Widerspenstigen zu zwingen, so nahmen seine Empfehlungen doch häufig genug Gestalten an, welche die Zustimmung der Nachgiebigen nicht mehr als freien Entschluß erscheinen ließen. Vollends als bis zum Jahre 1824 zwei Drittel der Geistlichen sich dem Gebrauche gefügt hatten, ergriff er eine Maßregel, deren Berechtigung und gar deren sittliche Zulässigkeit die ernstesten Bedenken erregte. Er ließ den Geistlichen die Wahl zwischen der neuen Liturgie und der ursprünglichen strengen Form jener Agenden, die sie nach jahrelangem Brauch in freierer Gestalt zu verwenden gewohnt waren; diese freiere Gestalt, welche hervorgerufen war durch freiere dogmatische Ansichten, verbot er unbedingt. Diese Maßregel hatte den erwünschten Erfolg, zumal sie unterstützt wurde durch eine neue kürzere Form der königlichen Liturgie, welche besonders die Furcht vor einem übermäßigen Zurückdrängen der Predigt beseitigen sollte und beseitigen konnte. Selbst die zwölf berliner Geistlichen, welche, Schleiermacher an der Spitze, gegen den königlichen Eingriff Verwahrung eingelegt hatten, gaben endlich 1829 nach fünfjährigem Kampfe unter einigen Vorbehalten nach, und der König hatte einen Sieg gewonnen, der ihm große Freude machte. Wenn aber die strenggläubige Partei in der Kirche glaubte, dadurch sei eine feste Grundlage für ihre Alleinherrschaft gewonnen, so erwies sich das bald als ein Irrthum. Nicht zufrieden damit, daß der Rationalismus mit seinem vernunftgläubigen Christenthum sichtlich im Aussterben war — und von der neuen kritischen Schule, die in den dreißiger Jahren auftrat, war jetzt noch keine Rede — daß ihre Richtung also zunächst auch ohne Gewaltanwendung die herrschende werden mußte, unternahm ihr Haupt, Hengstenberg, der Herausgeber der neugegründeten Evangelischen Kirchenzeitung, den Versuch, durch Angebereien die Führer der alten Rationalisten, Gesenius und Wegscheider in Halle, als Christusleugner von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Allein auch aus den Reihen altgläubiger Theologen wurde dagegen

Die neue Agende.

Orthodoxie und Rationalismus.

unbedingter Einſpruch erhoben und die Lehrfreiheit, die Grundbedingung für die Wirkſamkeit jedes proteſtantiſchen Bekenntniſſes, blieb in Preußen unangetaſtet. Bei uns, ſo konnte ein Preuße mit Stolz ſchreiben, lehren orthodoxe Theologen neben Rationaliſten, und jeder Chriſt kann ſich den zum Lehrer wählen, der ihm am beſten gefällt.

Auch der katholiſchen Kirche gegenüber bewahrte der König eine Haltung, welche der religiöſen Freiheit ihr volles Recht ließ, ohne den Anſprüchen des Staates etwas zu vergeben. Trotzdem blieb ihm ein heftiger Kampf mit Rom nicht erſpart, der ſich ſchon in dieſen Jahren vorbereitete, deſſen Darſtellung uns aber erſt ſpäter beſchäftigen kann.

Auf dem Gebiete der materiellen Intereſſen, die in beſtändigem Aufſchwung begriffen waren, blieb die gewichtigſte Förderung die wachſende Ausdehnung des Zollvereins. Mit dem früher erzählten Eintritt Kurheſſens in den preußiſch-darmſtädtiſchen Bund war das Eis gebrochen und von den verſchiedenſten Seiten, von Baiern-Würtemberg, von den thüringiſchen Kleinſtaaten, ja ſelbſt von Sachſen, wo der alte Preußenhaß in der Perſon des Prinzen-Mitregenten ein erfreuliches Gegengewicht fand, ergingen nach Berlin Geſuche um Verhandlungen über den Eintritt in den Zollverein. Getreu dem Grundſatz, der ſich bisher ſo gut bewährt hatte, erwies Preußen zwar allen ſeinen Bundesgenoſſen das freundlichſte Entgegenkommen, weigerte ſich aber durchaus in gemeinſame Verhandlungen mit allen oder mit mehreren von ihnen zu treten; auch die thüringiſchen Länder mußten ſich erſt unter einander zu einem Handelsbunde zuſammenthun, ehe ihre Aufnahme in den Verein Statt fand. Die größte Bedeutung beanſpruchte natürlich der Zutritt des Südbundes, ſchon deshalb weil die Cabinette von München und Stuttgart bedeutende Forderungen ſtellten, welche die Feſtigkeit des bisherigen Bandes weſentlich lockern mußten. An und für ſich brachte ja ſchon jedes ſtimmberechtigte Mitglied, das in den Verein aufgenommen wurde, eine Schwächung des preußiſchen Einfluſſes zu Wege, da bei der völligen Gleichberechtigung Aller und vornehmlich bei dem Einſpruchsrechte in Tariffragen, das jedem zuſtand, die Durchführung von Aenderungen, die man in Berlin für zweckdienlich erachtete, nun an ſo viel Orten und gegen ſo viel verſchiedene Meinungen mehr verteidigt werden mußte. Ueberdies aber forderten die Königreiche, aus Furcht ihrer vollen Souveränität Etwas zu vergeben, auch bei allen Handelsverträgen mit befragt zu werden, während bis dahin die Entſcheidung darüber in faſt allen Fällen Preußen allein zukam. Noch ein andrer Grundſatz, den man in Berlin mit Recht für ſehr wichtig hielt, ſollte aufgeopfert werden: die weſentliche Gleichheit der inneren Verbrauchsſteuern in allen Vereinsländern. Dieſe ſogleich zu erzielen war in der That durchaus nicht angänglich; denn Baiern bezog aus der Beſteuerung des Bieres eine ſiebenmal größere Summe von jedem ſeiner Unterthanen als Preußen, jenes 21, dieſes nur 3 Silbergroſchen auf den Kopf. In dieſem Puncte mußte man alſo in Berlin wohl oder übel einen Schritt zurückweichen und ſich mit

Der Zollverein.

Verhandlungen mit Baiern und Würtemberg.

Ausgleichungsabgaben begnügen. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen, die im December 1831 begannen, wurden aber noch vergrößert durch die Laune der süddeutschen Staaten, ganz untergeordnete Beamte nach Berlin zu senden, die jeden Augenblick um neue Weisungen bitten mußten und deren einer, der Würtemberger Moritz Mohl, überdies ein Gegner der Verständigung war und seinem Lande aus dem Eintritt in den Zollverein den sicheren Untergang prophezeite. Daß Preußen für sich bei seinem größeren Verbrauche von zollpflichtigen Waaren einen größeren Antheil an dem Ertrage verlangte, als der, welcher ihm nach der Kopfzahl zufiel, setzte die Süddeutschen gar sehr in Staunen und Entrüstung; meinten sie doch, daß man bei ihnen viel mehr verzehre und sie also ihrerseits ein Präcipuum fordern dürften. Kurz, es kam zu keiner Einigung, und vom Mai bis zum Ende des Jahres 1832 ruhten auch die Verhandlungen. König Ludwig war es, der den Anstoß gab, sie wieder zu erneuern, denn ihm lag die Zolleinigung wirklich am Herzen. Ein wenig mochte dazu wohl auch die Besorgniß beitragen, daß Preußen sonst auf eigne Hand den thüringischen Staaten, die seit dem Januar 1832 die Aufnahme eifrig erbaten, diese Bitte gewähren könnte; geschehe das aber, so meinte man in Baiern und Würtemberg, dann sei der Süden auf Gnade und Ungnade dem Belieben Preußens überliefert. Nun hatte man bis dahin in Berlin es unterlassen, die Verhandlungen mit den Thüringern zu beginnen, um ja den Argwohn der Königreiche nicht zu reizen; allgemach aber verlor man die Geduld und am 7. December waren Besprechungen eröffnet worden. Dieser Wink also wurde von König Ludwig wohl verstanden und auf sein Drängen genehmigte es der König von Würtemberg, daß im Januar 1833 der bairische Finanzminister Mieg als Bevollmächtigter beider Staaten nach Berlin ging. Er nahm dabei seinen Weg über Dresden, um auch dort zu neuen Verhandlungen anzuspornen. Denn trotz zweimaliger Conferenzen, die der sächsische Finanzminister Zeschau vom März bis Juli 1831 und dann wieder vom März bis Mai 1832 mit den preußischen Staatsmännern gepflogen hatte, war auch mit Sachsen noch kein Ergebniß erzielt worden. Es gab eben auch hier Schwierigkeiten, die besonders aus der Bedeutung Leipzigs als Meßstadt hervorgingen, und trotz des guten Willens auf beiden Seiten hatte man noch keine annehmbare Ausgleichung gefunden. Allein der sächsische Minister war gern bereit, einen dritten Versuch zu unternehmen, wenn der Fortgang der Unterhandlungen, die Mieg jetzt beginnen wollte, Aussicht auf Erfolg darbiete. Und das geschah.

mit Sachsen.

Abschluß mit Baiern und Würtemberg.

Am 22. März 1833, nach zehnwöchentlichen Berathungen, wurde der Vertrag unterzeichnet, kraft dessen Baiern und Würtemberg vom 1. Januar 1834 auf 8 Jahre dem Zollverein beitraten. Beiderseits verzichtete man auf das Präcipuum, das man ursprünglich gewünscht hatte; doch fürchtete Mieg so sehr eine Verminderung der heimischen Einnahmen, daß er in einer Bedingung das Recht zu früherer Kündigung vorbehielt, wenn der bairische Antheil an den Zöllen einen Ausfall von 10% gegen den bisherigen Rohertrag aufweisen sollte.

Wie unnöthig diese Vorsicht war, ergab sich sehr bald; denn während die Verwaltungskosten gleich im ersten Jahre von 44 auf 16% sanken (also dadurch schon die Staatscasse eine Mindereinnahme von 28% gegen den bisherigen Rohertrag ohne Schädigung hätte ertragen können), stieg u. A. die Einnahme aus dem Kaffeezoll gleich auf das Dreifache, nach 12 Jahren auf das Fünffache, und Preußen mußte während des nächsten Jahrzehnts durchschnittlich etwa 2 Millionen Thaler an Baiern herauszahlen. Sein eigner Antheil dagegen, der 1829 auf den Kopf über 25 Silbergroschen betragen hatte, sank für die Jahre 1834—39 im Durchschnitt auf 22 herab. Auch in andern Puncten war es der größere Staat, der Opfer brachte. Baiern behielt seine Biersteuer und man begnügte sich, ein Maximum für die Verbrauchssteuern und eine allmähliche Annäherung derselben zu verabreden; jeder Staat erhielt das Recht Handelsverträge abzuschließen; die Zollvereinsconferenzen sollten nicht ständig in Berlin, sondern an wechselnden Orten abgehalten werden; für Streitigkeiten wurde ein Schiedsrichter in Aussicht genommen; die gegenseitige Controlle der Grenzbewachung ward auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt. Was Preußen unerschütterlich festhielt, war eigentlich nur sein Waarentarif; doch erlangte es noch ein Zugeständniß, das Mieg auf eigene Gefahr einräumte: er versprach, daß die preußische Zollordnung im Süden sofort, und nicht erst mit dem 1. Januar 1834 eingeführt werden sollte.

Nach so glücklichem Ergebniß zögerte Sachsen nicht, auch seinen Beitritt wieder zu beantragen. Zwei Tage nach dem Abschluß des bairisch-würtembergischen Vertrages war Zeschau schon wieder in Berlin und eine Woche später, am 30. März 1833, schloß er unter denselben Bedingungen wie Mieg ab. Diesem jedoch wurde sein Werk übel gedankt. König Ludwig war entrüstet darüber, daß er seine Vollmacht überschritten und die alsbaldige Einführung der preußischen Zollordnung versprochen. Er verweigerte seine Unterschrift und enthob den glücklichen Unterhändler seines Ministerpostens. Alles schien wieder in Frage gestellt; und wirklich wurde der königliche Zorn nur durch eine neue Nachgiebigkeit Preußens beschwichtigt. Eichhorn eilte selbst im Juli nach München und verzichtete auf jenes Zugeständniß. Mittlerweile waren im Mai auch die Verhandlungen mit den Thüringern beendigt. Sie bildeten am 10. Mai einen thüringischen Zoll- und Handelsverein, dem auch Preußen und Kurhessen für ihre thüringischen Gebietstheilchen sich anschlossen und der am nächsten Tage als Gesammtheit dem deutschen Zollverein beitrat. „So rückte denn, sagt Treitschke, jene folgenschwere Neujahrsnacht des Jahres 1834 heran, die auch den Massen das Nahen einer besseren Zeit verkündete. Auf allen Landstraßen Mitteldeutschlands harrten die Frachtwagen hochbeladen in langen Zügen vor den Mauthhäusern, umringt von fröhlich lärmenden Volkshaufen. Mit dem letzten Glockenschlage des alten Jahres hoben sich die Schlagbäume; die Rosse zogen an, unter Jubelruf und Peitschenknall ging es vorwärts durch das befreite Land. Ein neues Glied, fest und

Beitritt Sachsens.

Beitritt des thüringischen Handelsvereins.

unſcheinbar, war eingefügt in die lange Kette der Zeiten, die den Markgrafenſtaat der Hohenzollern hinauf geführt hat zur kaiſerlichen Krone; die Markſteine waren geſetzt für jenes Kleindeutſchland, das dereinſt den Ruhm und die Macht des heiligen römiſchen Reiches überbieten ſollte". Nur Baden, Naſſau und Frankfurt fehlten noch; ſonſt war ganz Süddeutſchland, ganz Mitteldeutſchland mit Preußen verbunden; die große wirthſchaftliche Einheit war des Namens eines „deutſchen Zollvereines" würdig. Auch die genannten drei Glieder, die im Süden und in der Mitte noch fehlten, auch die Staaten des deutſchen Nordweſtens, ſie durften als künftige Genoſſen des Bundes ſchon jetzt mit Sicherheit betrachtet werden, und mit voller Ruhe konnte der neue Verein den Zeitpunct abwarten, wo ihnen ſelbſt das richtige Verſtändniß für ihr eigenes Beſtes aufgehen würde.

Hannovers Gegenbemühungen.

Vor der Hand freilich gehörten einige von ihnen zu den bösartigſten, ingrimmigſten Gegnern. Beſonders Hannover hatte keine Mühe geſcheut um die neue Schöpfung in der Geburt zu vernichten. Als Keim des ganzen Verderbens erſchien ihm mit vollem Rechte der Abfall Kurheſſens vom mitteldeutſchen Handelsverein. Ohne Zweifel war das ein Vertragsbruch und die übrigen Genoſſen waren befugt ſich deshalb beſchwerend an den Bund zu wenden. Aber konnten ſie auf Erfolg hoffen, wenn Baiern, Würtemberg, Sachſen, die thüringiſchen Staaten mit Preußen und ſeinen Zollverbündeten zuſammengingen? Leider mußten ſie die Frage ſich verneinen. Welche Freude daher, als im Mai 1832, wie vorhin erzählt wurde, die Verhandlungen in Berlin ergebnißlos abgebrochen wurden und die drei Königreiche ſchmollend bei Seite traten. Auf der Stelle wurde Hannover mit Braunſchweig, Oldenburg, Naſſau, Bremen und Frankfurt beim Bundestage vorſtellig und verlangte ein Austrägalgerichtsverfahren gegen Kurheſſen. Eine vorübergehende Mehrheit erfüllte dies Verlangen: der Zeitpunct war günſtig gewählt; einige Monate ſpäter meinte ſelbſt Metternich: wenn heute noch einmal abgeſtimmt würde, blieben wir in der Minderheit. Uebrigens kam die Klage nicht zur Entſcheidung; ſie war durch Beſchluß der Bundesverſammlung Oeſtreich überwieſen und in den Acten des wiener Gerichtshofs blieb ſie begraben, ſeit Metternich im Sommer 1833 durch dieſes Zugeſtändniß Preußens erneute Unterſtützung für ſeine reactionäre Bundespolitik zu erkaufen für gut fand. Kein beſſeres Schickſal hatte ein gleichzeitiger Antrag Hannovers auf Ausführung des Artikels 19 der Bundesacte. Es war ein naiver Verſuch, die geſcheiterten Bemühungen von 1817 noch einmal aufzunehmen. Alles was Hannover ſelbſt glaubte durchſetzen zu können, war eine Vereinbarung über Verminderung der Durchfuhrzölle. Da konnte denn freilich Preußen mit Recht einwenden, was damit wohl erreicht werde? Die Zollſchranken innerhalb Deutſchlands, auf deren gänzliche Beſeitigung es ja ankam, wären unverändert beſtehen geblieben. Ueber ſo geringe Beſſerungen war man nicht blos in Berlin, ſondern nicht minder in München, Stuttgart, Dresden, Caſſel, Darmſtadt längſt hinweg. Das ſagte denn auch der preußiſche Bundestagsgeſandte von Nagler rund heraus, in einer Denkſchrift, von der

Metternich urtheilte, daß sie an Narrheit grenze. Doch die Narrheit wurde von den meisten Bundesgenossen getheilt, und deshalb ward der hannover'sche Antrag wohlweislich gar nicht zur Abstimmung gebracht. Die einzige Genugthuung, welche seinem Urheber ward, bestand darin, daß die Nachbarstaaten Oldenburg, Braunschweig und Bückeburg sich mit ihm in den Jahren 1834—37 zu einem Steuerverein verbanden, der eine Weile neben dem großen Zollverein ein selbständiges Dasein fristete. Diesem erwuchs eine erwünschte Abrundung in den Jahren 1835 und 1836 durch den Beitritt Badens, Nassaus und Frankfurts. In Baden kostete es Mühe den Widerstand der Liberalen zu überwinden. Wie diese 1833 in Würtemberg eifrig gegen den Anschluß gewirkt hatten, so daß Männer wie Uhland, Römer, ja selbst Pfizer gegen den Vertrag stimmten, so waren auch in Baden die Liberalen ingrimmige Gegner des Zollvereins, dessen Strudel, wie Rotteck prophezeite, Alles in den Abgrund des Absolutismus reißen werde. Doch waren sie einerseits schon halb gebunden, weil sie 1831, um dem damals beantragten Anschluß an den bairisch-würtembergischen Bund zu entgehen, der Regierung die Vollmacht ertheilt hatten über einen gesammtdeutschen Zollverein zu verhandeln; andrerseits vertraten auch Männer wie Nebenius, Rau, Mathy, der Fürst Löwenstein-Werthheim in der Presse und in den Kammern mit Entschiedenheit den Vertrag vom 12. Mai 1835, so daß derselbe in der ersten Kammer einstimmig angenommen wurde und auch in der zweiten 40 gegen 22 Stimmen erhielt. Nicht so glücklich wie das Großherzogthum bewerkstelligten Nassau und Frankfurt ihren Eintritt in den Zollverein; beide mußten ihn durch eine tiefe Demüthigung erkaufen, eine Demüthigung vor ausländischen Mächten. Um für ihre Weigerung zum Beitritt eine Stütze zu haben, hatten sie nämlich Handelsverträge geschlossen: Nassau auf 5 Jahre mit Frankreich, Frankfurt auf 10 Jahre mit England. Der französisch-nassauische Vertrag vom 19. September 1833, „der schmutzigste unter allen Verträgen der Zollvereinsgeschichte und darum auch streng geheim gehalten", versprach den nassauischen Mineralwassern eine Zollbegünstigung und den französischen Weinen und Seidenwaaren einen bestimmten, nicht zu erhöhenden Zollsatz, der geringer war als der preußische. Da die französischen Kammern nicht die Zeit gefunden hatten, ihn zu berathen, wie vorbehalten war, so wurde er einstweilen durch königliche Ordonnanz in Kraft gesetzt; übrigens war die nachträgliche Zustimmung der Kammern ganz zweifellos. Als nun aber der Herzog von Nassau sich bekehrte und einsah, daß er dem Zollverein nicht ohne schweren Schaden fern bleiben könne, da hängte er sich an jenen Formfehler und erklärte im Juli 1834 den Vertrag für hinfällig. Mit vollem Rechte sahen die Franzosen in dieser Spitzfindigkeit einen Treubruch, und mit diesem schmachvollen Vorwurf beladen mußte der Herzog in Berlin um Aufnahme nachsuchen. Der Frankfurter Senat verfuhr ehrlicher und bat England um Aufhebung des übereilten Vertrages vom 13. Mai 1832, durch den er sich gebunden hatte, keinen dritten Staat vor England in Zollsachen

Der Steuerverein.

Eintritt Badens in den Zollverein.

Nassau und Frankfurt.

zu begünstigen. Sie wurde ihm gewährt und am 2. Januar 1836 trat auch Frankfurt dem Zollverein bei, der nun ein Gebiet von 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umschloß. Seine Grenzlinie betrug 1064 Meilen, neun weniger als Preußen allein 1819 zu bewachen gehabt hatte.

Politische Bedeutung des Zollvereins.

Wie Keulenschläge wurden diese Triumphe Preußens von allen seinen Gegnern empfunden. Man fühlte, daß dies nur der Anfang sei und daß Größeres folgen werde. Jeder malte sich das Schreckliche, das im Schoße der Zukunft ruhte, in seiner Weise aus. Während die Liberalen mit geheimem Grauen eine Herrschaft des zügellosesten Absolutismus kommen sahen, erblickten die östreichisch Gesinnten mit schärferem Auge darin den Anfang zur Zertrümmerung des Bundes, zu dessen Sarge der Zollverein der Hauptnagel sei, wie der badische Gesandte Blittersdorf schon 1833 klagte. Fortan werde Oestreich nur noch die formelle Leitung haben, die wirkliche Führerschaft stehe bei Preußen; die einzige Möglichkeit, noch einmal Leben in den Bund zu bringen, bestehe vielleicht darin, daß Oestreich sich mit einem bloßen Schutz- und Trutzbündniß begnüge und Preußen auch rechtlich an die Spitze Deutschlands trete. Diese schlimmste Folgerung zu ziehen, mochte sich Metternich freilich noch nicht überwinden. Er hatte die ganze Zollvereinsbewegung von ihrem Beginn ab unterschätzt; zwar waren seine Diplomaten überall und besonders in München dem Anschluß entgegengetreten, aber doch nur mit Abmahnungen und Scheinversprechen, nie mit wirklich annehmbaren Gegenangeboten. So waren ihre Bemühungen eitel geblieben und das große Werk stand zu Metternichs Schreck und Verdruß plötzlich fertig da. Von den 17 Stimmen des Bundestages, so berechnete er in einer Denkschrift vom 24. Juni 1833, seien jetzt nur noch 7 völlig unabhängig von dem preußischen Verein; die liberale Partei werde sich desselben bemächtigen und dahin streben, Preußen mit einer neuen Verfassung zu beglücken und so an die Spitze des constitutionellen Deutschlands zu bringen. Aber auch jetzt wußte der alte Staatsmann an der Donau kein wirksames Gegenmittel; denn offen mit Preußen zu brechen, das liege nicht in den Absichten und nicht in der Politik Oestreichs. So begnügte er sich denn insgeheim zu hetzen und die Zollvereinsgenossen argwöhnisch gegen Preußen zu machen. Es war ein gern geglaubter Trost zu denken, daß der Beitritt so vieler Staaten am Ende den Verein von selbst sprengen werde. An Eifersüchteleien fehlte es auch gewiß nicht. Obgleich man die Rechtlichkeit und Offenheit, mit der Preußen verfuhr, allgemein und auch in vertraulichen Besprechungen rückhaltlos anerkennen mußte, so hegte man doch große Angst vor seinen geheimen Zielen und vor der Gefahr drückender Abhängigkeit; der entgegen zu wirken waren die bairischen Staatsmänner vornehmlich beflissen, und ein enges Zusammenstehen mit Würtemberg, Sachsen, Baden erschien ihnen als dienlichste Waffe. Auf preußischer Seite verteidigte man sich gegen dieses Mißtrauen vor allem durch eine makellose Ehrlichkeit in allen Beziehungen zu den Verbündeten, aber auch dadurch, daß man den Gedanken an eine preußische Führerschaft unbedingt zurück-

wies. Als Frankreich in einer Mittheilung nach Darmstadt mit berechneter Arglosigkeit derselben wie einer selbstverständlichen Sache Erwähnung gethan hatte, erklärte Eichhorn feierlich: diese Führerstelle, die man uns in den Tuilerien zuschreibt, wir nehmen sie nicht an; nicht Preußen hat den Zollverein gegründet; er entstand ganz natürlich aus dem übereinstimmenden Willen aller betheiligten Souveräne. Man freute sich in Berlin des thatsächlich gewonnenen Einflusses und vertraute der Wirkung der Zeit und des freundschaftlichen Zusammengehens. Nicht durch gewaltsames kühnes Anstürmen wollte man Preußens Stellung kräftigen, sondern durch schrittweises, bedächtiges Vorgehen, das von der überzeugten Zustimmung der Bundesgenossen gefördert werde. Wenn Metternich die hannoversche Regierung belobte, weil sie in ihrer Feindschaft gegen Preußen einen so vorzüglich bundesfreundlichen Geist zeige, so hätte Preußen selbst eben dieses Lob mit ungleich größerem Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Es war die Macht der Thatsachen und nicht die Frucht preußischer Zettelungen, wenn selbst ein so getreuer Anhänger Metternichs wie der Herzog von Nassau betrübten Herzens erklärte, daß er Abschied genommen habe von dem östreichischen System, und wenn die hessischen Staatsmänner ihrem Großherzog kein Hehl daraus machten, daß mit dem Beitritt zum Zollverein auch die Frage zum Voraus entschieden sei, auf wessen Seite Darmstadt bei einem etwaigen Kriege zwischen Oestreich und Preußen zu stehen habe.

Süddeutschland und der Bundestag.

Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland.

Daß die preußischen Staatsmänner bei solchen Erfolgen nicht übermüthig wurden, sondern sich nur um so mehr der rücksichtsvollsten und zuvorkommendsten Formen gegen die Bundesgenossen bedienten, darf ihnen gewiß zur Ehre angerechnet werden. Bei dem preußischen Volke konnte man eine gleiche diplomatische Berechnung nicht erwarten; vielmehr stärkten die Fortschritte des Zollvereins ebenso wie das Bewußtsein der großen Vorzüge, welche das eigene Staatswesen in Beziehung auf Verwaltung und allseitige Pflege der geistigen wie der materiellen Interessen vor den andern deutschen Staaten genoß, den berechtigten Stolz, der sich an die Großthaten in den Freiheitskriegen knüpfte, und nährte ein Gefühl der Ueberlegenheit, das den Süddeutschen um so anstößiger sein mußte, als bei ihnen dieselbe Ueberschätzung derjenigen Vorzüge allgemein verbreitet war, deren sie ihrerseits sich erfreuten, nicht zum wenigsten ihrer constitutionellen Staatsformen. Es widerstrebte ihren Empfindungen, daß ihr Süden, der an Naturkraft und Lebensfülle dem Norden so weit überlegen sei, jenem sich unterwerfen und seine Gesetze von den windigen Hungerleidern empfangen solle, die unaufhörlich mit ihren Thaten in den Befreiungskriegen prahlten, als ob sie damals allein gefochten und keine Schlacht von Jena vorausgegangen wäre. Ihnen schien in dem nordischen Wesen etwas Dürftiges, Dürres zu liegen, das den Gedanken, ganz Deutschland in einen preußischen Militär- und

Beamtenstaat verwandelt zu sehen, unbehaglich, ja peinlich machte, und es viel wünschenswerther erscheinen ließ, lieber vorerst ein liberal regiertes süddeutsches Musterreich, wenn auch schlimmsten Falls mit Anlehnung an Frankreich, zu erstreben. Mit Stolz sahen sie auf ihre eigenen Länder, in welche sich die vor dem Todeshauch des Nordens fliehende deutsche Freiheit habe zurückziehen und wenigstens einige Lebenskeime habe retten können, in denen die eigentliche deutsche Geistesbildung allein noch fortdaure und mit der Zeit die überraschendsten Früchte tragen werde, deren geistige Auflehnung gegen die nordischen Anmaßungen eine, wenngleich schwache, Schutzwehr für deutsches Volksleben und Eigenthümlichkeit bilde. Durfte man denn Preußen überhaupt für einen wirklich deutschen Staat gelten lassen? Steckte in dem alten steinernen bitteren Stockpreußenthum nicht vielmehr in Wahrheit ein slawisches Element? Es giebt keinen reineren und schärferen Gegensatz des ächt germanischen Wesens als das Preußenthum, rief jener Landvogt von Sylt, Uwe Lornsen, aus, dessen oben gedacht wurde, ein Mann, der von Geburt ein Nordländer doch aus tiefstem Herzen mit dem süddeutschen Liberalismus übereinstimmte; und darum, so fügte er hinzu, sei Preußen auch der Brennpunct des Hasses aller Deutschen. Nur das wiedergeborene Preußen könne das übrige Deutschland sich aneignen; so wie es jetzt sei, würde es von den Deutschen heftiger zurückgestoßen werden als selbst die Franzosen. So sprach ein Mann, dessen urdeutsche Gesinnung anzuzweifeln Verblendung wäre. Wie sollte erst die weit verbreitete Schattirung der Liberalen denken und reden, denen über all der Schwärmerei für die Freiheit die echte Vaterlandsliebe abhanden gekommen war, die sich zu einem so erhabenen Kosmopolitismus emporgeschwungen hatten, daß sie jeden Gedanken an Deutschheit als eine Verunreinigung ihres weltbürgerlichen Charakters verschmähten, und die Forderungen der Nationalität, Nationalrechte und Nationalehre nur noch im Auslande und bei fremden Völkern gelten lassen wollten. Wenn in Frankreich ein liberaler Candidat durchfiel, wenn in England ein neues Ministerium Wellington drohte, wenn irgend eine neue Revolution aus Ost oder West gemeldet wurde, das war für den kannegießernden Zeitungsleser und Wirthshauspolitiker ein Ereigniß von höchster Wichtigkeit. Frankreich vor Allem war das Land, auf das sich seine Blicke richteten; einige Zweige der französischen Revolution auf den deutschen Stamm zu pfropfen, aus jeder deutschen Winkelhauptstadt ein kleines Paris, aus jedem Flickstaat eine Nation zu machen, das war sein höchstes Ziel. Dafür aber, daß für dauerhafte freisinnige Einrichtungen in Deutschland noch jeder Boden fehlte, daß die kleinen Bruchstaaten, auch die süddeutschen Königreiche nicht ausgenommen, nur durch ein zweideutiges Schaukelsystem, durch beständiges Nachgeben, Anschmiegen und Parteinehmen für fremde Interessen ihr splitterhaftes Dasein kümmerlich fristen konnten und durchaus der Selbständigkeit entbehrten, welche die Freiheit voraussetzt, dafür gebrach es den Meisten an jedem Verständniß. Es war eine männlich kühne That, als Paul Pfizer 1831 in seinem Brief-

Der kosmopolitische Liberalismus.

Pfizers Briefwechsel zweier Deutschen.

wechſel zweier Deutſchen dieſe Wahrheiten friſch von der Leber herausſagte und mitten in der Hochburg des einſeitigen ſüddeutſch-franzöſirenden Liberalismus das Banner aufpflanzte, auf dem als Programm die Einigung Deutſchlands durch Preußen ſtand. Ihm galt Oeſtreich als die letzte Colonie, die das große Mutterland aus ſeinem Verbande entlaſſen müſſe; Preußen aber, deſſen umſichtige humane Geſetzgebung, deſſen muſterhaft geordnete Verwaltung, deſſen wohlwollendes volksbeliebtes Fürſtenhaus er laut pries, und deſſen Volk er entſchloſſen gegen den Vorwurf einer illiberalen knechtiſchen Geſinnung in Schutz nahm, Preußen ſei berufen, an die Spitze zu treten, indem es einen deutſchen Bundestag in Berlin zuſammenkommen laſſe, der aus Abgeordneten der Ständeverſammlungen in den Einzelſtaaten gebildet ſei und dem gegenüber der König von Preußen zugleich als der Vertreter aller andern deutſchen Fürſten (mit Ausſchluß Oeſtreichs) erſcheine. So erkannte Pfizer mit prophetiſchem Blick die Zukunft, aus der dem Vaterlande Heil erblühen ſollte. Laß die Helden, die geſchieden, rief er ſich zu:

Die Vergangenheit iſt todt!
Seele, von des Grabes Frieden
Wende dich zum Morgenroth,
Gleich dem Aar, der einſt entflogen
Staufens Nachbar, und im Flug
Zollerns Ruhm bis an die Wogen
Des entleg'nen Oſtmeers trug!

Adler Friederichs des Großen,
Gleich der Sonne decke du
Die Verlaſſ'nen, Heimatloſen
Mit der gold'nen Schwinge zu!
Und mit mächt'gem Flügelſchlage
Triff die Eulen, Rab' und Weih'!
Steig' empor zum neuen Tage,
Sonnenauge, kühn und frei!

Andre Pläne für die deutſche Einheit.

Viel Bewunderung fand dieſe begeiſterte Poeſie der Vaterlandsliebe damals nicht, aber manche Stimmen erklangen doch auch ſonſt in Süddeutſchland, die annähernd daſſelbe wünſchten und hofften, ohne ihre Gedanken zu einer ſo ſcharfen Ausprägung zu bringen und ohne die Verdienſte des preußiſchen Staates, die Abhängigkeit und Unſelbſtändigkeit des ſüddeutſchen Liberalismus mit gleicher Klarheit und Unbefangenheit zu erkennen. Selbſt Männer, die wie Rotteck, der Vorkämpfer der Freiheit in Baden, kurz nachher von heftigem Ingrimm gegen den preußiſchen Abſolutismus überwallten, die wie Wirth und Siebenpfeiffer kaum ein Jahr ſpäter in der Preſſe den äußerſten linken Flügel führten, äußerten ſich anfangs doch noch voll Anerkennung und Zutrauen über Preußen. Daneben gab es freilich von Anfang an Phantaſten, die jeder ſeinen eignen Landesherrn zum Oberhaupte Deutſchlands auserkoren wiſſen wollten. Beſonders eifrig wurde von Manchen für König Ludwig von Baiern, den mächtigſten „deutſchen“ Bundesfürſten, gewirkt; ja in ſeiner nächſten Umgebung ſoll der General Raglovich einen Plan zur militäriſchen Durchführung dieſes

Gedankens ausgearbeitet und seinem Monarchen vorgelegt haben, was freilich von Andern bestritten wird. Aber auch König Wilhelm von Würtemberg und Leopold, der neue Großherzog von Baden, der 1830 den Thron bestieg, wurden von Andern zu Beherrschern des deutschen Reiches ausersehen, während verständigere Naturen, wie Welcker, sich damit begnügten, eine Volksvertretung am Bunde und die Umwandlung des Bundestages in eine erste Kammer zu fordern. Alle diese Ideen, die Bezug auf die Gestaltung Gesammtdeutschlands hatten, traten aber doch sehr zurück gegen die Bemühungen in den Einzelstaaten die liberalen Forderungen, wie sie damals an der Tagesordnung waren, durchzusetzen. Und dies löbliche Vorgehen war mit gutem Erfolg gekrönt. Auch in den Südstaaten hatten ja, wie früher gezeigt, die zwanziger Jahre den Mehlthau der Reaction über die lustig aufblühenden Verfassungen geträufelt. Wenn die beiden Könige Ludwig und Wilhelm auch ihre Stellung richtig genug erkannten, um die freisinnige Rolle, welche sie spielen konnten, nicht durch gewaltsame Eingriffe in das Verfassungsleben zu schädigen, so hätten sie doch eine Fortentwicklung desselben nicht kräftig fördern können, ohne Metternichs vollsten Zorn über sich zu entladen. Auch so schon blickte dieser mit bitterem Ingrimm auf sie und wartete nur auf den Zeitpunct, wo der bairische König „sich festgefahren habe", um die geeigneten Mittel zu ergreifen, ihm zu „helfen". Zu seiner vollsten Zufriedenheit aber hatte der Großherzog Ludwig von Baden gehandelt, eben der, welcher 1830 starb. Durch unerhörte Beeinflussung der Wahlen hatte er 1824 an die Stelle einer aufgelösten Kammer eine andre zu Stande gebracht, in der nur drei Liberale saßen und die ihm willig die Verfassung in reactionärem Sinne änderte. Sein Nachfolger, der erste Großherzog aus der hochheimer Linie, betrat indes schon vor der Juli-Revolution andere Bahnen, entließ das alte Ministerium und berief in dem früheren Abgeordneten Winter einen bewährten Liberalen zu seinem ersten Rathgeber. Die neue Kammer, die 1831 ihre Thätigkeit begann, war das grade Gegentheil der vorigen, und Männer wie Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier zogen die Augen von ganz Deutschland auf sich durch den Eifer, mit welchem sie für freisinnige Reformen eintraten. Die Verfassung erhielt ihre frühere Gestalt wieder, in der socialen und der Steuergesetzgebung wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen, die Preßfreiheit, soweit sie die Carlsbader Beschlüsse zuließen, d. h. mit Ausnahme der Besprechung allgemein deutscher Angelegenheiten und solcher, die einen anderen Bundesstaat betrafen, wieder eingeführt. In Würtemberg war der Landtag schon vor der Revolution auseinander gegangen und kam erst mehrere Jahre später wieder zusammen. Aber Baiern erlebte auch eine höchst bewegte Kammersession. Ihren Hauptreiz gewährten derselben ein paar reactionäre Maßregeln, zu denen sich König Ludwig durch einen Crawall verleiten ließ, den die Münchener Studenten im December 1830 angestiftet hatten. Politische Ursachen lagen dabei durchaus nicht zu Grunde; es war ursprünglich Nichts als ein gewöhnlicher nächtlicher Unfug. Aber weil das Militär hatte

Freiheitliche Bestrebungen.

Die badische Kammer.

Baiern.

einschreiten müssen, weil die Musensöhne die Marseillaise gesungen hatten, weil sie der verbotenen Germania angehörten, weil die Presse sich ihrer annahm, schloß der leicht erhitzte Monarch die Universität und führte durch ein Edict vom 28. Januar 1831 verfassungswidrig die Censur ein. Das war bei der Tagesstimmung genug, um entschieden oppositionelle Wahlen herbeizuführen und die Presse erst recht zu erbittern und zu einer maßlosen Haltung zu reizen. Denn bald genug sah die Regierung ein, daß sie nicht im Stande sei, die Censur wirklich durchzuführen; der Minister von Schenk, von der Kammer in Anklagezustand versetzt, mußte entlassen werden und das neue Ministerium, an dessen Spitze der Fürst Ludwig zu Oettingen-Wallerstein stand, legte ein neues Preßgesetz vor, das freilich den Liberalen noch nicht genügte, aber doch bedeutende Zugeständnisse enthielt.

Die radicale süddeutsche Presse.

Die beiden tonangebenden Blätter in Baiern wurden die „deutsche Tribüne" von Wirth und das „Volksblatt" von Eisenmann. Um sie aber schaarten sich eine große Anzahl kleinerer Blätter, die alle mit gleichem Eifer und gleicher Rücksichtslosigkeit ihre demokratisch-kosmopolitischen Ziele verfolgten und deren Redacteure, die Siebenpfeiffer, Hochdörfer, Strohmaier, die Helden der öffentlichen Meinung waren. Große Hoffnungen knüpften sich vor Allem an den polnischen Aufstand: Polen zu einem demokratischen Staate zu gestalten, mit dessen Hülfe ein demokratisches deutsches Reich zu gründen, mit ihm und Frankreich gemeinsam eine europäische Staatengesellschaft vorzubereiten, das war das Programm, welches Wirth in der deutschen Tribüne Anfangs 1831 aufstellte. Der deutsch-nationale Gedanke, der die Seele der geheimen Gesellschaften nach den Freiheitskriegen gewesen war, trat gegen die demokratischen Ideale immer mehr in den Hintergrund; man spottete nicht allein über die Rücksicht auf buntbemalte Grenzpfähle als über ein Vorurtheil; selbst die Muttersprache wollten Manche nur als eine Zufälligkeit gelten lassen, von der man sich nicht knechten lassen dürfe. Die Hinwegräumung der Throne sei die unabweisliche Aufgabe des Jahrhunderts, erklärte Wirth; man solle ihn deshalb nicht einen Feind der Fürsten schelten; er theile ihnen ja die großartigste göttlichste Aufgabe zu, als Vorbild für alle besitzenden Classen freiwillig auf äußere Macht zu verzichten. Daß eine solche Sprache die Regierung ängstlich machte und zu Vorsichtsmaßregeln stimmte, gab der volksthümlichen Wühlerei nur neuen Brennstoff. Die liberalen Abgeordneten, welche von ihrem Kammerfeldzuge heimkehrten, wurden mit überschwänglichen Ehren begrüßt und ihnen Feste über Feste veranstaltet, bei denen der Redefreiheit kein Zaum angelegt wurde. Ganz insbesondere aber wollte man die Presse stützen und pflegen. Zu diesem Zwecke bildete sich im Januar 1832 in der Rheinpfalz ein Preßverein, der gegen das Bündniß, welches die Fürsten zur Unterdrückung und Verarmung der Völker, zur Entweihung der menschlichen Würde geschlossen, einen Bund bilden wollte, der auf gesetzmäßigem Wege die Befreiung Deutschlands bewirke und die Ueberzeugung verbreite, daß ein deutsches Reich mit demokratischer Verfassung nothwendig sei. Der Aufruf, welcher diese

Der Preßverein.

Sätze enthielt, wurde in 50,000 Exemplaren verbreitet, binnen kurzer Zeit war eine Summe von etwa 10,000 Gulden an jährlichen Beiträgen gezeichnet, vieler Orten hatten sich Unterausschüsse gebildet und der Vorstand entwickelte mit den Geldmitteln, über die er jetzt verfügte, eine rege Thätigkeit. Flugschriften, besonders aber einzelne Nummern von Zeitungen, wurden in Tausenden von Exemplaren über Land und Stadt verstreut und als Wirth, der seine deutsche Tribüne trotz eines Bundesverbotes weiter herausgegeben hatte, deshalb von dem Appellationsgericht in Zweibrücken am 14. April 1832 freigesprochen wurde, verkündeten 60,000 Flugblätter dieses Urtheil dem Volke. Dadurch verbreitete sich eine Aufregung in allen Schichten der Gesellschaft, die mit Nothwendigkeit dahin drängte, sich auch äußerlich kund zu geben und die sich endlich in dem Hambacher Feste Luft machte.

Das Hambacher Fest.

Ein Aufruf, den Siebenpfeiffer verfaßt und einige dreißig Bürger von Neustadt a. d. Haardt unterzeichnet hatten, lud die deutschen Männer und Jünglinge jedes Standes, lud Deutschlands Frauen und Jungfrauen ein, am 27. Mai 1832 auf dem hambacher Schlosse dieses patriotische Fest, „der Deutschen Mai", zu feiern und sich dadurch „zum mannhaften Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde" zu stärken. Anfänglich verbot die bairische Regierung das Fest und gedachte es mit Gewalt zu hindern; allein gegenüber den lebhaften Einsprachen, welche die Provinzial- und Stadtvertretungen der Pfalz dagegen erhoben, entfiel ihr der Muth; das Fest fand statt, und wurde von 25,000, ja nach manchen Angaben von 60,000 Menschen gefeiert. Wenn die meisten aus den umliegenden Landschaften zusammengeströmt waren, so fehlten doch auch Vertreter entfernterer Gegenden nicht. Zahlreich fanden sich die Studenten ein, mancher von ihnen in dem festen Glauben, es gelte sogleich das Leben für die heilige Sache des Vaterlandes aufzuopfern. Auch Polen und Franzosen hatten sich eingestellt, und in dem feierlichen Zuge, welcher die Theilnehmer von Neustadt zu der Burgruine führte, flatterte neben der schwarz-roth-goldenen die polnische Fahne, umringt von einem Ehrengeleite der Frauen und Jungfrauen. Dreihundert Handwerksburschen stimmten das erste Festlied an: Hinauf, Patrioten, zum Schloß, zum Schloß! Als die „reifende Aehre mit goldenem Rand", als die „goldene Ernte" bezeichnete es das Vaterland. Die Poesie der später gesungenen Lieder war weniger zahm; sie geißelte der Despoten fluchwürdigen Bund, den Trug und Verrath, der deutschthümliche Ehre siebenzehn Jahre lang gebrandmarkt, die neueste Fluchthat an Polen, und rief in Versen von sehr zweifelhafter Vollkommenheit zum entschlossenen Kampfe auf.

Auch die Adressen, die zur Verlesung kamen, nahmen kein Blatt vor den Mund; doch waren sie vorsichtiger Weise nicht unterzeichnet. Da klagten die Rheinpreußen, daß sie, das muntere Vögelein des Rheines, eingesperrt sein müßten in den schmalen engen Käfig zu dem alten finsteren Uhu; ein Greis vom Bodensee warnte vor der Lockspeise des preußischen Zollvereins und mahnte, gemeinsam mit dem fran-

zösischen Volk für einerlei Ziel zu kämpfen; die Straßburger Gesellschaft der Volksfreunde sicherte ihren Beistand und ihre Theilnahme zu; auch die Polen in Paris sandten brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Den lebhaftesten Ausdruck fanden die Gedanken des Tages aber in den zahllosen Reden, welche aller Orten in der Versammlung sich drängten und jagten. Vaterland, Völkerbund, Volkshoheit hoch! so toastete Siebenpfeiffer; den vereinigten Freistaaten Deutschlands, dem verbündeten republikanischen Europa galt Wirths Hoch; die Heilige Allianz der Völker ließ der straßburger Zeitungsschreiber Rey leben. Andre nannten den besten Fürsten von Gottes Gnaden einen geborenen Hochverräther an der menschlichen Gesellschaft; sie schalten die Preußen, daß sie in königlicher Demuth vertrocknet und in fürstlicher Gnade abgestorben seien; sie erklärten jedes Zögern für feigen Verrath an der Vernunft, der Tugend, der Menschheit, und forderten auf zum Kampf der Nothwehr, der alle Mittel heilige, in dem die schneidendsten die besten seien. Mehr als einmal wurden die Redner von dem Rufe: zu den Waffen! unterbrochen, und als Wirth seine große Rede geendet, überreichte ihm ein frankfurter Jude feierlich ein Ehrenschwert, das jener in die Höhe schwang und begeistert als ein Wahrzeichen in diesem Augenblicke begrüßte. Uebrigens fehlte es auch nicht an Solchen, welche vor jeder Revolution warnten, deren Hoch der Freiheit und Ordnung galt und die gegenüber der weltbürgerlichen Begeisterung die nationale Ehre und Unverletzlichkeit betonten. Zu den letzteren gehörte vor Allen auch Wirth, der muthvoll und zum Anstoß für Viele es aussprach: selbst die Freiheit dürfe nicht auf Kosten deutschen Gebietes erkauft werden und sobald fremde Einmischung stattfinde, sei der Kampf gegen die inneren Verräther zu unterbrechen und das Gesammtvolk gegen den äußern Feind unter die Waffen zu rufen. Aber vereinzelt blieben solche Aeußerungen doch immer und bei den Meisten erregten sie, als Ausdruck eines unberechtigten Mißtrauens, Anstoß und Verdruß, der nur deshalb überwunden wurde, weil Wirth durch ein kräftiges „Fluch, ewiger Fluch", das er über die Fürsten, die Verräther, ausrief, einen vollgültigen Beweis seiner sonstigen Gesinnungstüchtigkeit gab. Allerdings gehörte er auch in andrer Beziehung nicht den eigentlichen Heißspornen an, die womöglich das Hambacher Fest zum unmittelbaren Ausgangspunct einer Revolution machen wollten. Ihm schwebte vielmehr als nächstes Ziel die enge Verbindung der politischen Opposition in allen deutschen Staaten vor; ihr Verfahren sollte durch Vertrauensmänner nach einem bestimmten Plane geleitet und geregelt werden; durch die Presse, durch Anträge in den Kammern, durch die Bildung patriotischer Gesellschaften wollte er die Umgestaltung Deutschlands erzielen. Ein erster Schritt auf diesem Wege wurde noch in Neustadt gethan. Am zweiten Tage des Festes wählte eine Versammlung von 5—600 Männern einen Vertrauensausschuß, dessen Mitglieder den verschiedenen Ländern entnommen und zum Theil bekannte Führer des Liberalismus waren. Nur glänzten grade diese letzteren, wie Rotteck und Welcker aus Baden, Jordan aus Kurhessen, Closen aus Baiern, durch ihre

Der Vertrauensausschuß.

Abwesenheit, und die, welche zugegen waren, fast ausnahmslos Männer dritten und vierten Ranges, die Siebenpfeiffer, Wirth, Strohmayer, Rauschenblatt, wagten es doch nicht, den Antrag, der aus ihrer Mitte gestellt wurde: sich als provisorische Regierung zu constituiren, anzunehmen. Das Fest blieb daher ohne unmittelbaren Erfolg. Einige Tage lang wogten noch große Menschenmassen von Neustadt nach dem Schlosse und vom Schlosse nach Neustadt; dann kehrte die frühere Stille in die aufgeregte Stadt zurück. Dagegen fehlte es dem Feste nicht an zahlreichen Seitenstücken und Nachahmungen. Wie in Paris der Tag der Feier selbst von vielen Deutschen, Franzosen, Polen, Italienern, Spaniern, Portugiesen und Ungarn unter Lafayette's Vorsitz durch ein Bankett begangen ward, so wurden an zahllosen Orten von Mittel- und Süddeutschland in den letzten Tagen des Mai und Anfang Juni Massenversammlungen gehalten, deren Theilnehmer nach Tausenden zählten und bei denen es weder an heftigen Reden, noch an unbesonnenen Handlungen fehlte. Denn der nöthigen Klugheit und Vorsicht ermangelten die Führer und die Geführten fast überall. Nothwendig mußte es ja den Argwohn und die Erbitterung der Regierungen reizen, wenn die republikanischen Forderungen unverhohlen ausgesprochen wurden, oder wenn, wie es bei Würzburg geschah, der Bürgermeister dieser Stadt, Behr, in die Höhe gehoben und unter dem Rufe: Dies ist unser Frankenkönig! von der jauchzenden Menge umhergetragen wurde.

Seitenstücke zum Hambacher Fest.

Die Reaction ließ daher nicht lange auf sich warten, und nicht Metternich allein lebte der frohen Hoffnung, das Hambacher Fest werde, gut benutzt, ein Fest der Guten werden. Der König von Baiern entsandte sogleich seinen Feldmarschall Wrede mit genügenden Truppen in die Rheinpfalz, um für die Erhaltung der Ruhe zu sorgen. Wirth, Siebenpfeiffer und andre Führer der Bewegung wurden verhaftet; andre retteten sich über die Grenze; die Unabhängigkeit der Gerichte brach man durch Versetzungen der Richter und Verlegung der obersten Instanz nach München. Nicht viel anders ging es in den übrigen Bundesstaaten; überall entfaltete die Polizei den größten Eifer, und von Frankfurt aus wurde nachdrücklich gehetzt und gespornt. Dem Bundestag war jetzt die beste Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß sein wahres Lebenselement doch nur die polizeiliche Oberleitung in den einzelnen Staaten sei. Vor Ausbruch der Juli-Revolution hatte er sich zu einer tödtlichen Arbeitslosigkeit verurtheilt gesehen. Die Demagogenverfolgungen waren beendet, die Zollverhandlungen verschmähten den Weg über Frankfurt, kaum daß die Ungezogenheiten des Herzogs von Braunschweig einigen Stoff für die Berathungen lieferten. Bezeichnend für die ganze Geschäftslage war es, daß Oestreich am 18. September 1828 den Antrag hatte stellen können, die Versammlung möge sich auf unbestimmte Zeit vertagen, wodurch also ihr Zusammentritt ganz in Metternichs Belieben gestellt worden wäre. Diese Periode des Nichtsthuns nahm aber alsbald ein Ende, als die ersten Stürme der Revolution sich ausgetobt hatten und die Regierungen wieder zum Gefühle ihrer Macht kamen. Auch

Die Reaction.

Der Bundestag.

während der eigentlichen Revolutionszeit, d. h. vom Ausbruch der Septemberunruhen des Jahres 1830 an bis zum Fall von Warſchau im September 1831, verſuchte Metternich wiederholt den Bundestag zu einem kräftigen Auftreten anzuſpornen. Er wollte eine Erklärung erlaſſen, wonach alle Zugeſtändniſſe, welche den Regierungen abgenöthigt würden, in ſich ungültig ſeien und verlangte, daß die Nachbarſtaaten den bedrängten Fürſten auch ohne beſonderen Bundesbeſchluß alsbald militäriſch zu Hülfe kämen. Allein dieſe Vorſchläge wurden nur in ſehr abgeſchwächter Form zu Beſchlüſſen erhoben und thatſächlich gar nicht ausgeführt. Nicht allein die conſtitutionellen Staaten widerſetzten ſich ihnen, ſondern auch Preußen zeigte eine ärgerliche Lauheit, welche deutlich verrieth, daß es auf moraliſche Eroberungen in Deutſchland und auf die allmähliche Untergrabung des Bundestages ſinne, eine Politik, der Bernſtorff im Februar 1831 in einer Denkſchrift auch offenen Ausdruck gab. Doch gebrach es der berliner Regierung andrerſeits auch wieder an dem Muthe, dieſes Syſtem kraftvoll und rückſichtslos durchzuführen. Sie wollte es mit keinem Theile ganz verderben. Gegenüber den öſtreichiſchen Anträgen ſchlug ſie vor, die Einmiſchung des Bundes im Fall einer Revolution nur dann zuzulaſſen, wenn die bedrängte Regierung damit zufrieden ſei, und verlangte obendrein, daß der Bundestag zuvor unterſuchen ſolle, ob nicht etwa die Bevölkerung triftigen Grund zu Beſchwerden habe, in welchem Fall für die Abſtellung derſelben zu ſorgen ſei. Die Beſchlüſſe, die der Bundestag am 21. October 1830 faßte, waren eigentlich völlig nichtsſagend. Die Regierungen verſprachen ſich gegenſeitigen Beiſtand bei etwaigen Unruhen, empfahlen einander, gegründeten Klagen ihrer Unterthanen gerecht zu werden und unbegründeten feſt entgegen zu treten, und ſchärften ihren Cenſoren in ſehr glimpflicher Weiſe Vorſicht ein. Die Preſſe erfreute ſich daher in den nächſten Monaten einer Freiheit, der ſie völlig entwöhnt war und die ſie keineswegs mit Maßhaltung benutzte. Mit dem Fall von Warſchau hörte jedoch die Nachſicht der Cenſurcollegien und des Bundestages auf. Eine ruſſiſche Note forderte von den deutſchen Regierungen mit Entſchiedenheit die Unterdrückung der gefährlichen Demagogie. In Preußen war an Bernſtorffs Stelle Ancillon als Miniſter des Auswärtigen getreten und dadurch dem ruſſiſchen und öſtreichiſchen Einfluß wieder Thür und Thor geöffnet. Die heilige Allianz der drei Oſtmächte, die ſeit 1824 geſchlummert hatte, lebte wieder auf. Schon im October begann Metternich auf's Neue in Frankfurt den unterbrochenen Feldzug gegen den Liberalismus, und jetzt kam es nicht blos zu Beſchlüſſen, ſondern auch zu Thaten. Am 27. October 1831 verbot der Bundestag, ihn fernerweit mit Adreſſen zu beläſtigen; am 10. November eiferte er gegen den Mißbrauch der Preſſe und einige Tage ſpäter verbot er die erſte Zeitung, das in Straßburg erſcheinende „Conſtitutionelle Deutſchland". Die meiſten Regierungen handelten im Sinne dieſer Beſchlüſſe; doch grade die, auf welche es am meiſten ankam, zeigten ſich läſſig. Mehrfach wurden Baiern, Baden, Würtemberg, Heſſen von Frankfurt aus zu größerer

Ruſſiſch-öſtreichiſcher Druck.

Strenge gemahnt; weil das nicht zu helfen schien, griff der Bund endlich selbst ein und verbot am 2. März 1832 Wirths Tribüne und ein paar andre Blätter. Es wurde schon erzählt, wie die demokratische Partei sich gegen diese wachsenden Bedrückungen durch den Preßverein und durch eine lebhafte Agitation im Volke zu schützen suchte, und wie das Hambacher Fest zum Gipfelpuncte dieser Bewegung wurde. Bald aber sollte sich es zeigen, daß die Früchte derselben für die liberale Partei sehr verderblich seien; denn es wurden nicht allein die Regierungen und der Bundestag dadurch zu immer dreisteren Eingriffen ermuthigt, sondern die Spaltung unter den Freisinnigen, welche schon im Sommer 1831 begonnen hatte, begann zu einer unübersteiglichen Kluft sich zu erweitern. Was den Bundestag anlangt, so faßte er schon am 30. Mai, also während das Fest in Hambach noch fortdauerte, den Beschluß, die Regierungen zur größten Strenge anzutreiben; die vorläufigen Weisungen, welche er ihnen gab, wurden dann am 28. Juni und 5. Juli in feste Formen umgegossen. Die Beschlüsse des 28. Juni richteten sich gegen die Ständeversammlungen; ihre Thätigkeit solle vom Bunde überwacht werden; jeder Antrag, der gegen das monarchische Princip verstoße, sei ungültig; Steuerverweigerung werde der Bund mit Waffengewalt unterdrücken; die Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen müsse beschränkt werden; der Bundestag allein könne die Bundesacte auslegen, und die innere Gesetzgebung der Einzelstaaten stehe hinter den Bundeszwecken, deren Auslegung auf Grund der Bundesacte der frankfurter Versammlung zukam, zurück. Acht Tage später, am 5. Juli, wurden alle politischen Vereine, Versammlungen und Feste, das öffentliche Tragen von Cocarden und Bändern, das Aufstecken von Fahnen und Freiheitsbäumen verboten; Fremde wie Einheimische, die revolutionärer Gesinnung verdächtig seien, sollten aufmerksam überwacht werden; die Beschlüsse gegen die Universitäten aus den Jahren 1819 und 1824 wurden erneuert und schnellste militärische Hülfe, besonders von Oestreich und Preußen, allen Bedürftigen zugesagt. Auch gegen die Presse wurden ein paar neue wuchtige Schläge geführt; deutsche Schriften, im Auslande gedruckt, sollten ohne besondere Erlaubniß nicht verbreitet werden, und das badische Preßgesetz, der Stolz der Liberalen, wurde für ungültig erklärt. Vergebens suchte sich der Großherzog diesem Beschlusse zu widersetzen und ging sogar so weit, bei Louis Philipp um Unterstützung zu bitten. Als ihm diese abgeschlagen wurde und als man von östreichischer Seite mit einer Theilung des Landes zu drohen begann, fügte sich Baden und änderte am 28. Juli sein Preßgesetz nach den Forderungen des Bundes ab. Eine Reihe von Blättern wurden unterdrückt, ihre Herausgeber verhaftet oder durch die Gefahr zur Flucht bewogen, überdies auch die beiden Professoren Rotteck und Welcker in den Ruhestand versetzt. In Baden geschah Alles das doch immer nur auf directes Verlangen des Bundes; in andern Staaten entwickelten die Regierungen aus eigenem Antrieb den größten Eifer. Ludwig von Baiern schien alle seine liberalen Ideen völlig vergessen zu haben. In willkürlichster Weise

Die Bundesbeschlüsse von 1832.

Die Reaction in Baden,

in Baiern.

wurden Männer wie Oken oder Schönlein abgesetzt, andere wie Behr oder Eisenmann verhaftet und Jahre lang gefangen gehalten, wieder andere wegen Hochverraths außer zum Zuchthaus auch zur Abbitte vor dem Bilde des Königs verurtheilt. In manchen Staaten hatte dieses schroffe Vorgehen Conflicte mit den Kammern zur Folge, die in Würtemberg, in Kurhessen (wo Hassenpflug am Ruder saß), in Nassau zu deren Auflösung führten.

Bruch zwischen Radicalen und Liberalen.

Diese reactionären Maßregeln beförderten den Bruch zwischen den radicalen und den gemäßigten Elementen der liberalen Partei. Denn während die letzteren dadurch eingeschüchtert oder doch vorsichtiger gemacht wurden, entbrannten die ersteren von um so größerer Begier, dem schmachvollen Zustande ein Ende zu machen, unbekümmert darum, ob ihre Kräfte dafür zureichten oder nicht; und da ihnen die Möglichkeit des offenen Kampfes genommen war, so suchten sie ihre Zuflucht in geheimen Verbindungen und Verschwörungen, sowie in der Verbrüderung mit den Revolutionären anderer Völker. Das war ein Boden, auf den ihnen die erprobten Führer der ständischen Oppositionen nicht folgen wollten und konnten; so blieben die Häupter der Radicalen, meist Männer ohne große geistige Bedeutung und mit einem Einflusse, der nicht über ihre Stadt und den nächsten Umkreis hinausging, sich selbst überlassen und glitten um so schneller auf ihrem abschüssigen Wege voran. Schon an dem Preßverein und dem Hambacher Feste waren die eigentlichen Häupter des Liberalismus, die Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier, Uhland, Römer, Pfizer, Closen, Jordan, wenig oder gar nicht betheiligt; auch von den zahlreichen Verwahrungen und Erklärungen, die am Rhein und Main gegen die neuesten Bundesbeschlüsse in Umlauf gesetzt wurden, hielten sie sich möglichst fern. Ein Versuch, den die Radicalen machten, um sie wieder heran zu ziehen, scheiterte. Welcker erklärte sich bei einer Besprechung, die im Herbst 1832 zu Frankfurt stattfand, mit Entschiedenheit gegen geheime Vereine und wollte nur gesetzliche Mittel angewandt wissen. Damit war das Band gelöst und die bisherigen Freunde wurden von den Radicalen in der heftigsten Weise angefeindet als knechtisch gesinnt, als Feinde der wahrhaft Freigesinnten, als solche, die vor der Gewalt die Knie beugten und statt für die Wiedergeburt des Volkes für fürstliche Windeln schwärmten — Alles Vorwürfe, die trotz ihrer Ungereimtheit Siebenpfeiffer sich nicht entblödete, selbst gegen Rotteck zu schleudern.

Geheime Umtriebe der Radicalen.

Nichtsdestoweniger fuhren aber die Radicalen fort, sich in ihren Kreisen auf die volksbeliebten Namen der alten Führer zu berufen und den Glauben zu verbreiten, daß diese sich im entscheidenden Augenblicke oder jedenfalls doch, wenn der erste Schlag gelungen sei, an die Spitze stellen würden. In die provisorische Regierung, die sie für das republikanische Deutschland in Aussicht nahmen, sollte nicht blos Jordan, der ihnen immerhin am nächsten stand, sondern auch Itzstein, Rotteck, Welcker einzutreten bereit sein. Doch bedienten sie sich dieser Namen eben nur als Aushängeschilder, um desto mehr Anhang zu finden. Ihre wirkliche Kraft suchten sie theils in den

niederen Ständen und bei den Bauern, theils bei den Studentenverbindungen oder im Militär, wozu dann immer noch die Hoffnung auf auswärtige Hülfe kam. Unter den Leitern der Verschwörung fand ein ungemein reger persönlicher und brieflicher Verkehr statt. Mittelpuncte der Bewegung waren vornehmlich Frankfurt mit Gießen und Marburg, sowie Stuttgart mit Ludwigsburg; in dem Umkreis dieser Städte drang die Aufregung am tiefsten in das Volk ein. Die Bauern suchte man durch Flugschriften zu bearbeiten und zur Steuerverweigerung aufzuhetzen; wenn dann die Oestreicher und Preußen ins Land kämen, so müsse man gegen sie die Franzosen zu Hülfe rufen. Nach beendigter Ernte des Jahres 1832, wenn der Bauer Nichts zu thun habe, sollte die Revolution losgehen. Allein als es zum Ausbruch kommen sollte, erkannte man doch, daß die Dinge noch nicht weit genug vorbereitet seien. Man verwendete also den Winter 1832 auf 1833 noch zu neuen Anwerbungen. Unter den Studenten traf man viel williges Gehör. In dem Streite zwischen Arminen und Germanen hatten die letzteren, welche die politische Einheit nicht blos vorbereiten, sondern thätig mitwirkend herbeiführen wollten, seit 1827 immer mehr die Oberhand gewonnen. Ein Burschentag zu Frankfurt im September 1831 vollendete ihren Sieg, indem er alle Mitglieder zur Theilnahme an etwaigen Volksaufständen verpflichtete. Allerdings schieden in Folge dessen einige Universitäten aus; aber auf den andern wucherte der revolutionäre Sinn um so üppiger. Schon Mitte 1832 konnte von Heidelberg berichtet werden, daß nicht allein 2—300 Theilnehmer an einem allgemeinen Aufstande dort sicher, sondern daß auch 25—30 junge Männer bereit seien, für sich, selbständig, irgend ein Wagestück auszuführen. Sechs bis sieben Entthronungen, so meinte man dort, müßten eine große moralische Wirkung hervorbringen, vollends wenn dabei drei oder vier Messer in Bewegung gesetzt würden. Aehnliche Gesinnungen herrschten in Erlangen, München, Tübingen, Kiel und Würzburg. Vertreter dieser sechs Universitäten hielten Weihnachten 1832 einen neuen Burschentag in Stuttgart und beschlossen hier, sich den Frankfurtern anzuschließen, um Deutschlands Einheit und Freiheit auf dem Wege der Revolution zu erstreben. Besonders ermuthigend wirkte auf sie die Mittheilung, daß dieser Plan auch unter dem Militär viele Anhänger zähle, eine Behauptung, die freilich sehr übertrieben war. Denn abgesehen von einigen hessen-homburgischen Unteroffizieren waren die Verlockungen eigentlich nur in Würtemberg auf einen günstigen Boden gefallen. Hier hatte der Leutnant Koseritz mehrere Offiziere und eine beträchtliche Reihe von Unteroffizieren — er glaubte auf ihrer 200 rechnen zu können — für einen Militäraufstand gewonnen; daß die Mannschaften ihren Führern folgen würden, schien keinem Zweifel zu unterliegen. Der Plan des Aufstandes wurde schon in allen Einzelheiten entworfen. In Ludwigsburg sollte es losgehn; von da wollte man auf Stuttgart marschiren, den König gefangen nehmen, die Stadt der Plünderung Preis geben und nöthigenfalls in Brand stecken. Gleichzeitig damit sollten die

Die Burschenschaftler.

Das Militär.

Frankfurter sich erheben, den Bundestag überrumpeln und die Republik ausrufen. Man hoffte, Dembinski werde sich der deutschen Revolution zur Verfügung stellen; eine Schaar Polen sollte sich in Besançon sammeln und durch die Schweiz über Rorschach in Deutschland einbrechen; Lafayette sollte die Mitwirkung der Nationalgarde des Elsaß versprochen haben. So reiften die Pläne immer mehr der Ausführung entgegen; zuweilen beschlich die Rädelsführer wohl die Ahnung, daß ihr ganzes Vorhaben auf Sand gebaut sei; aber durch gegenseitige Vorspiegelungen und Uebertreibung der eigenen Hülfsmittel bestärkten sie stets von Neuem den schwankenden Muth. In zahlreichen größeren oder kleineren Zusammenkünften wurde der Tag des Ausbruchs besprochen, und endlich der Anfang des Monats April 1833 in bestimmte Aussicht genommen. Zur Mitwirkung in Frankfurt hatten sich etwa 30 Burschenschafter, eine Anzahl Polen, sowie einige andere Radicale von auswärts, z. B. Rauschenblatt, dort eingefunden. Unter den Einheimischen waren einige Doctoren, Bunsen, Gärth, Körner, die Seele des Unternehmens. Noch in den letzten Tagen schien die Sache ins Stocken zu gerathen; Koseritz ließ melden, daß er noch warten müsse. Allein Gärth bestürmte ihn durch Eilboten, nicht zu zögern; in der That war in Frankfurt Alles zu weit gediehen, um noch einen Aufschub zu gestatten. Am Abend des 3. April versammelten sich die Verschworenen in zwei verschiedenen Häusern, Alles in Allem nicht mehr als 50—60; der größere Theil sollte die Hauptwache stürmen, der kleinere die Constablerwache. Beiden Abtheilungen gelang ihr Vorhaben ohne große Schwierigkeiten; denn obgleich die ganze Verschwörung am Morgen des 3. April dem regierenden Bürgermeister von Frankfurt verrathen war, hatte man doch keine Vorkehrungen getroffen; die Wachen waren in den Gebäuden, die Gewehre hingen draußen in der Halle. Der wachthabende Offizier der Hauptwache sprang aus dem Fenster, ein paar Soldaten wurden getödtet oder verwundet, die Gefangenen befreit. Ebenso ging es bei der Constablerwache. Damit war aber der Erfolg der Aufständischen zu Ende. Das Volk war zu keiner thätigen Theilnahme zu bewegen; vergebens stürmte die Glocke vom Thurme des Domes; umsonst hoffte man auf den Anzug der Bauern aus der Umgegend. Ein Angriff auf das Zeughaus mißlang; die Führer selbst verloren den Kopf. Mittlerweile war das Frankfurter Militär aufgeboten und rückte gegen die Wachtgebäude an; so leicht es dieselben verloren hatte, so leicht gewann es sie wieder; doch wurden auch jetzt auf beiden Seiten mehrere getödtet oder verwundet. Im Ganzen kostete der Aufruhr 9 Menschen das Leben, darunter 6 Soldaten; verwundet wurden 24, auch unter ihnen die Mehrzahl vom Militär. Etwa 30 der Aufständischen wurden verhaftet; doch befand sich keiner der Führer darunter; vielmehr gelang es diesen sämmtlich zu entrinnen. Ein kurzes Nachspiel des Aufstandes lieferten noch einige Haufen Bauern, die in der Umgegend ein Zollhaus plünderten, sich aber dann zerstreuten.

Ausländische Verbindungen.

Der Frankfurter Putsch.

So endigte das Unternehmen, wie es endigen mußte, als

Folgen derselben.

tragiſche Poſſe. Aus all den kühnen Plänen, Gefangennahme der Bundesgeſandten, Beſchlagnahme der Rothſchild'ſchen Caſſen, Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung, war Nichts geworden. Möglich, daß der Putſch etwas weitere Ausdehnung gewonnen hätte, wenn er noch einige Tage verſchoben wäre; wahrſcheinlich iſt auch das nicht. Jetzt wurde der mißlungene Verſuch von der Reaction natürlich mit Freuden begrüßt. Frankfurt erhielt trotz des Einſpruchs, welchen der Senat erhob, eine öſtreichiſch-preußiſche Beſatzung. Die Einzelregierungen wetteiferten mit einander in berechtigten und willkürlichen Verhaftungen ſowie in den übertriebenſten polizeilichen Maßregelungen. Metternich aber wünſchte nicht, daß die Unterſuchungen ſich verzetteln möchten, und betrieb deshalb die Einſetzung einer neuen Centralbehörde, einer zweiten Mainzer Commiſſion. Am 20. Juni beſchloß der Bundestag dieſem Antrag gemäß und am 8. Auguſt trat die Centralbehörde in Frankfurt zuſammen. Den Vorſitz führte der Oeſtreicher von Wagemann; die andern Mitglieder ſtellten Preußen, Baiern, Würtemberg und Heſſen-Darmſtadt. Es lag dem Collegium ob, die Ergebniſſe der gerichtlichen Unterſuchungen in den Einzelſtaaten zuſammenzufaſſen und zu politiſchen Berichten zu verarbeiten; zugleich auch dieſe Einzelunterſuchungen zu überwachen und zu fördern. Eine eigene Rechtſprechung ſtand ihm jedoch nicht zu. Dieſe übten in den meiſten Staaten die ordentlichen Gerichte, mit denen die Centralbehörde in directen Verkehr trat; nur in Preußen wurde eine beſondere Miniſterial-Commiſſion eingeſchoben, welche zwiſchen dem Kammergerichte und Frankfurt vermittelte. In etwas ſchwächerem Maße als bei der Commiſſion von 1819 wiederholte ſich die Erfahrung, daß nicht alle Staaten gleich willig waren, der Centralbehörde die erforderlichen Mittheilungen zu machen, und um unverzügliche und vollſtändige Auskunft gemahnt werden mußten. Am ſpäteſten erſtattete Oldenburg ſeine Anzeige, nämlich im Jahre 1836. Die Berichte, welche die Centralbehörde von Zeit zu Zeit über den jeweiligen Stand der Unterſuchungen einreichte, wieſen ſtets darauf hin, daß immer noch Fäden vorhanden ſeien, die man verfolgen müſſe, um zu neuen Aufſchlüſſen zu gelangen, und hatten, mittelbar wenigſtens, durch das Gewicht, welches ſie den Umtrieben beilegten, neue verſchärfte Polizeimaßregeln zur Folge. Insbeſondre wurde den Zeitungen auf das Strengſte verboten, Nachrichten über die Unterſuchungen zu bringen, und wo das doch geſchah mit Unterdrückung der ſchuldigen Blätter gedroht und vorgegangen. Der Verkehr der Reiſenden unterlag der ſchärfſten Beaufſichtigung; nicht allein die Poſthalter, ſondern auch die Lohnkutſcher wurden angewieſen, Niemanden ohne Paß zu befördern; Oldenburg mußte die Weſer und die Küſte polizeilich überwachen laſſen, und mehrere Staaten wie Würtemberg, Baden und die beiden Heſſen wurden in vertraulicher Sitzung von dem öſtreichiſchen Geſandten wegen ihrer ſchlechten Paß-Polizei ernſtlich getadelt. Ihnen gegenüber erſchien die Centralbehörde als trefflicher Drücker, und Metternich wünſchte deshalb ſehr, ſie aus einer außerordentlichen zu einer ordentlichen

Die Centralbehörde.

Polizeiregiment.

Ausgang der Centralbehörde.

Bundeseinrichtung zu machen. Weislich schob er dabei Baden vor, da man hinter den Vorschlägen einer constitutionellen Regierung nicht so leicht reactionäre Absichten wittern werde. Baden stellte demnach im März 1836 den Antrag, die Centralbehörde aufzulösen und ein Centralpolizeibüreau in Frankfurt einzurichten. Allein der Plan scheiterte diesmal an Preußens Widerstande, den Metternich vergebens dadurch zu brechen suchte, daß er 1837 empfahl die Central-Polizei- durch eine Central-Justiz-Behörde zu ersetzen. Die Verhandlungen darüber nahmen einen bitteren Charakter an und zogen sich bis 1842 hin; während deß fristete die Centralbehörde von 1833 trotz ihres unverminderten Eifers doch nur noch mühsam ihr Dasein. Sie hatte ihren Arbeitsstoff so ziemlich erschöpft und fand sich durch die Begnadigungen, welche in Preußen beim Regierungsantritt des neuen Königs am 10. August 1840 und ein Jahr darauf in Würtemberg erlassen wurden, in ihrer Thätigkeit noch mehr beschränkt. Ueberdies zeigten sich einzelne Regierungen sehr unwillfährig; das mecklenburgische Justizministerium z. B. sah sich nicht gemüßigt, von neun Anfragen, die ihm die Centralbehörde binnen 11 Monaten zuschickte, auch nur eine zu beantworten. Danach war es offenbar an der Zeit, die Wirksamkeit derselben zu beenden; aber sie aufzulösen, dazu konnte sich Metternich selbst jetzt noch nicht entschließen, und trotz der ernstlichen Bemühungen Preußens willigte er doch nur in eine Vertagung, die am 25. August 1842 beschlossen wurde. Nicht ohne ein gewisses Bedauern fügte sich die Behörde in dieses Schicksal; denn obgleich sie nicht jenen verfolgungssüchtigen Polizeicharakter der früheren Mainzer Commission getragen hatte und fast ausnahmslos sachlich und gewissenhaft verfahren war, so war ihren Mitgliedern das Ergründen der geheimen politischen Vereine doch sichtlich zur Lebensaufgabe geworden, und die 400 Verdächtigen, deren Namen sie kannten, deren Aufenthalt im Auslande sie aber den deutschen Gerichten unzugänglich machte, waren eben so viele Räthsel, auf deren Lösung nur widerwillig verzichtet wurde. Im Ganzen waren die Verhandlungen gegen mehr als 1800 Verschwörer zur Kenntniß der Centralbehörde gekommen; allein der weitaus größte Theil derselben fiel auf solche Vergehen, die erst nach dem Frankfurter Putsch begangen waren. Die Urtheilssprüche der verschiedenen Gerichte fielen gewaltig ungleich aus, grade wie auch die Behandlung der Angeklagten eine sehr verschiedene war. Die verfolgungssüchtige Härte mancher preußischen Beamten ist durch Fritz Reuters „Festungstid“ für alle Zeiten unauslöschlich gebrandmarkt worden; ihnen reihten sich großherzoglich hessische und kurfürstliche Staatsdiener würdig an. Die größte Strenge entfaltete das preußische Kammergericht; von 204 Burschenschaftern verdammte es 39 zur Todesstrafe, die freilich vom Könige sogleich in lebenslängliche oder dreißigjährige Festungshaft verwandelt wurde. Auch in Baiern wurden Todesurtheile gefällt, aber in der oberen Instanz nicht bestätigt. Gegen die meisten Angeschuldigten konnten natürlich nur geringe Strafen ausgesprochen werden; auch mancher tiefer Verwickelte kam wohl gnädig davon, sei

Die Opfer der Verfolgung.

es weil er menschliche Richter fand, sei es, weil es gelang seine Schuld zu verbergen. Denn darauf hin wurde mit allen Kräften gewirkt, und keineswegs immer mit erlaubten Mitteln. Vielmehr gab sich der entsittlichende Einfluß des Verschwörerthums vielfach auch in Meineiden, die man hier und da sogar durch allerlei Trugschlüsse grundsätzlich zu rechtfertigen suchte, und in Fälschungen mancherlei Art kund, wie auf der andern Seite manche der Schuldigen durch Angebereien sich selbst Straflosigkeit oder doch ein milderes Schicksal zu sichern suchten. Denen, welche glücklich der Verurtheilung entgingen, wurden mancher Orten glänzende Huldigungen dargebracht, die recht eigentlich die Stimmung der Zeit kennzeichnen. Von Ehrenreitern und vielen Wagen eingeholt, in vierspänniger Postkutsche, durch weißgekleidete Jungfrauen unter Ehrenpforten empfangen, mit Festbällen und Zweckessen begrüßt, so kehrten gelegentlich die der Haft Entlassenen in ihre Heimat zurück. Die nächste Folge der massenhaften Untersuchungen war also eine steigende Erbitterung des Volkes, eine zunehmende Aufreizung der Radicalen. Besonders geschickt wurde diese durch die Presse geübt, vornehmlich in Frankfurt und im Großherzogthum Hessen. Revolutionäre Lieder wie: Fürsten zum Land hinaus! die Kopfmaschine, das Laternenlied, wurden massenhaft verbreitet; nicht minder kurze Broschüren, Abhandlungen und Zeitschriften, deren Tonart Titel wie das Bauernconversationslexicon, der Leuchter und Beleuchter für Hessen, die Rechte des Menschen und Bürgers kennzeichnen. Ihr Hauptziel war, den Bauern und Handwerker aufzureizen. Sehe es doch auch, als ob Gott diese am 5. Tage und nur die Vornehmen und Fürsten am 6. gemacht, als ob er nur zu diesen gesagt: Herrschet über alles Gethier, jene aber mit zum Gewürm gezählt habe. Durch solche und ähnliche Ergüsse vollzog der politische Radicalismus seine allmähliche Umwandlung zum Communismus und Socialismus. Ein ganzes Jahr hindurch, vom Frankfurter Putsch an gerechnet, war er, wenigstens in den Main und Rheingegenden, noch unzweifelhaft im Aufschwung begriffen. In dem Männerbunde, der sich aus dem alten Preßverein entwickelte, hatte er eine vollständige Ordnung gefunden. Die Form desselben, die auch den auswärtigen und den jüngeren deutschen Geheimbünden eigen war, bestand in einer stufenweisen Gliederung; höchstens 12 Mitglieder bildeten eine Section, 12 Sectionen eine Serie, 12 Serien eine Union. In Frankfurt allein sollen 100, ja 200 Sectionen bestanden haben. Ein Versuch, der im Mai 1834 gemacht wurde, die beim Frankfurter Putsch Verhafteten zu befreien, führte zur Entdeckung des Bundes und gab den eingeleiteten Untersuchungen neue Ausdehnung. Damit war aber den revolutionären Plänen auch der Todesstoß gegeben und sie vermochten fortan nur unter den Flüchtlingen im Auslande feste Gestalt und Boden zu gewinnen; in Deutschland selbst treten sie in den nächsten Jahren nur noch ganz vereinzelt und dann stets als Ausläufer der geheimen Gesellschaften in Frankreich und der Schweiz auf.

Die Stimmung im Volke.

Communistische Ansätze.

Geheimbünde.

Das junge Europa und die europäiſche Reaction.

In dieſen beiden Ländern fanden ſich die Revolutionäre aus allen Theilen Europas zuſammen und ſchloſſen ſich enger an einander; in der Schweiz kam es zu einer förmlichen Organiſation des geſammten europäiſchen Verſchwörerthums. Die Seele deſſelben war der Italiener Giuſeppe Mazzini. 1808 zu Genua geboren, hatte dieſer hochbegabte Mann ſich mit ſchwärmeriſcher Innigkeit die Verfolgung ſeiner politiſch-religiöſen Ideale zur Lebensaufgabe geſtellt. Durch Geburt und Vermögen eben ſo ſehr wie durch Gemüthsſtimmung und Sitten war er der Ariſtokrat unter den Revolutionären. Der Carbonarismus, deſſen Mitglied er geweſen war, entſprach ſeinen hohen Anforderungen nicht; zu viele fremdartige Beſtandtheile hatten ſich in denſelben gedrängt, und es gebrach ihm die Stetigkeit und Sicherheit der Leitung, die Mazzini für einen geheimen Bund als unentbehrlich forderte. So faßte er den Plan, ſelbſt eine neue Geſellſchaft zu gründen. Die Folgen der italieniſchen Aufſtände von 1831 trieben ihn ins Ausland; in Marſeille, wo er ſeinen erſten Aufenthalt nahm, gründete er das junge Italien und ſchuf ſich in einer Zeitung gleiches Namens ein Mittel, um ſeine Ideen in der Preſſe zu vertreten. Allein Louis Philipp, dem die eigenen Republikaner bereits genug zu ſchaffen machten, war wenig erfreut darüber, Frankreich zum Mittelpunct der europäiſchen Revolution gemacht zu ſehen. Auch der Carbonarismus hatte ſeinen Schwerpunct nach Paris verlegt, und ſeine oberſte Behörde, die Hohe Venta, mit der franzöſiſchen zu der Haute Vente Universelle vereinigt. Aber der ließ ſich ſchwer auf die Spur kommen. Mazzini hingegen, der in der Preſſe offen ſeine Anſichten vertrat, war leicht zu erreichen. Eine Fälſchung mußte den Stoff liefern, der ein unmittelbares Einſchreiten rechtfertigen ſollte. Es waren im Mai 1833 zu Rodez in Südfrankreich zwei Italiener von einem dritten ermordet worden; ein Agent der Polizei entdeckte darauf ein von Mazzini unterzeichnetes Todesurtheil, welches den Mord als einen politiſchen erſcheinen ließ. Und obgleich nun die Geſchworenen von Aveyron die Unterſchrift für nachgemacht erklärten und den Angeſchuldigten freiſprachen, wurde er doch des Landes verwieſen. Gleichwohl verbarg er ſich unter falſchem Namen noch geraume Zeit in Frankreich, um einen Plan auszuführen, den er gemeinſam mit der Hohen Venta verfolgte; denn bis dahin hatte er noch nicht völlig mit den Carbonari gebrochen. Es handelte ſich um einen Einfall in Savoyen, mit der Abſicht, von da aus Italien zum Aufſtand zu bewegen. Eigentlich ſollte das Unternehmen gleichzeitig mit dem Frankfurter Putſch gewagt werden; allein es verzögerte ſich bis in den Anfang des Jahres 1834 und erfreute ſich nun der Mitwirkung vieler deutſcher, polniſcher und anderer Flüchtlinge. Die militäriſche Leitung war dem aus der polniſchen Revolution bekannten Ramorino übertragen. In der Nacht zum 1. Febr. 1834 überſchritten die Verſchworenen in zwei Abtheilungen,

Mazzini.

Das junge Italien.

Verfolgung in Frankreich.

Der Savoyer Putſch.

etwa 700 Mann ſtark, von Genf aus die Grenze; aber ſchon am ſelben Tage mußten ſie ſich zurückziehen, da ſie nicht den geringſten Anklang bei der Bevölkerung fanden. In Folge dieſes Mißlingens brach Mazzini offen mit dem Carbonarithum und begann die Bildung des jungen Europa. Die Demokraten jedes Volkes ſollten ſich zu einem Bunde nach Art des jungen Italien vereinigen, die einzelnen Bünde ſich zu einer Geſammtheit verbrüdern. Ein Centralausſchuß unter Mazzinis Vorſitz ſollte an der Spitze ſtehen, die Verfaſſungen der Einzelbünde aber von einem jeden ſelbſtändig entworfen werden. Dieſe Gedanken wurden von den deutſchen und polniſchen Flüchtlingen in der Schweiz mit Eifer ergriffen; ſie begründeten ein junges Deutſchland und ein junges Polen und unterzeichneten mit dem jungen Italien zuſammen am 15. April 1834 zu Bern die Verbrüderungsacte, ein Schutz- und Trutzbündniß zur Verfolgung gleicher Ziele unter dem gemeinſchaftlichen Symbol: Freiheit, Gleichheit, Humanität. Ein einziger Gott, ſo lautete ihr Programm: ein einziger Herrſcher — Gottes Geſetz; ein einziger Ausleger dieſes Geſetzes — die Menſchheit. Es gilt dem Kampfe der jungen Freiheit gegen die alte Sclaverei, der jungen Gleichheit gegen die alten Vorrechte, der neuen Ideen gegen den alten Glauben. Die einzelnen Völker ſollen dabei ihre vollſte Selbſtändigkeit behalten, keines ſoll über das andre die Herrſchaft verlangen dürfen; ein großer Bruderbund ſoll ſie alle umſchließen. Dieſes Programm verſcholl nicht ungehört. Ein junges Frankreich bildete ſich, eine junge Schweiz, ein junges Spanien. Doch fehlte es trotz der programmmäßigen Eintracht nicht an Entzweiung. Mazzini ſelbſt fühlte ſich veranlaßt, aus dem Vorſtande auszuſcheiden, und auch in den einzelnen Landsmannſchaften gab es Reibereien genug. Nächſt dem jungen Italien war das junge Deutſchland am thätigſten. Unter ſeinen erſten Häuptern waren Breidenſtein und Stromayer die bekannteſten; doch wechſelten die Ausſchüſſe in raſcher Folge; in weniger als 2 Jahren hatte es ihrer ſechs gegeben. Die Verbindung beſchränkte ſich auf die Schweiz und Frankreich. Zur Zeit ihrer größten Blüte hatte ſie an 25 Orten Clubs, und die Zahl der Mitglieder betrug gegen 300. Ihr Einfluß erſtreckte ſich aber bedeutend weiter. Die Mitglieder ſtifteten nämlich in den meiſten Städten der Schweiz Leſevereine, in welche die deutſchen Handwerksburſchen aufgenommen und durch die Bekanntſchaft mit der revolutionären Literatur für republikaniſche Ideen gewonnen wurden. Da las man das „Vater Unſer neuer Lesart, das A-B-C-Buch der Freiheit, die Erklärung der Menſchenrechte;“ da ſang man das ſchreckhafte Lied von den hundert Handwerkern, das in jedem ſeiner vielen Verſe die Genoſſen irgend eines Gewerkes aufforderte, mit Beil, Axt, Hammer oder Strick, je nachdem, die deutſchen Fürſten zu beſeitigen, oder man lernte die läſterlichen Verſe des Frankfurter Sauerwein auswendig, das Lieblingslied der deutſchen Flüchtlinge:

Das junge Europa.

Das junge Deutſchland.

Wenn die Fürſten fragen:
Was macht Abſalom?
Könnt ihr ihnen ſagen:
Ei, der hänget ſchon.
Doch an keinem Baume
Und an keinem Strick,
Sondern an dem Traume
Einer Republik.

Wollen ſie gar wiſſen,
Wie's dem Flüchtling geht,
Sprecht: er iſt zerriſſen,
Wo ihr ihn beſeht.
Gebt nur eure großen
Purpurmäntel her,
Das giebt gute Hoſen
Für das Freiheitsheer.

Fragen ſie gerühret:
Will er Amneſtie?
Sprecht, wie ſich's gebühret:
Er hat ſteife Knie.
Ihm blieb Nichts auf Erden
Als Verzweiflungsſtreich'
Und Soldat zu werden
Für ein freies Reich.

Solche Lieder und ſolche Ideen trugen die Handwerksburſchen dann über den Rhein wieder ins Vaterland zurück, und aus dieſem Geſichtspuncte betrachtet war die Wirkſamkeit Jungdeutſchlands wohl nicht ganz gering anzuſchlagen, beſonders da von Paris aus ganz in demſelben Sinne gewirkt wurde. Wenn man aber ein thätiges Ein- Die Reaction.
greifen von ihm befürchtete, wenn man beſorgte, es werde einen Einfall in Baden zu Wege bringen und Deutſchland revolutioniren, ſo war das eine gewaltige Ueberſchätzung; dazu fehlten alle Mittel. Gleichwohl waren die Regierungen entſchloſſen, dem Treiben der Flüchtlinge in der Schweiz ein Ende zu machen. Da es den Frieden von ganz Europa zu gefährden ſchien, ſo erneuten die drei Oſtmächte ihren alten Bund und ſuchten auch Frankreich auf ihre Seite zu bringen. Die Congreſſe, wie ſie im Jahrzehnt der Heiligen Allianz Fürſtencongreſſe und Miniſterconferenzen.
üblich geweſen waren, wurden wieder aufgenommen. Eine Conferenz der Miniſter in Teplitz, im Sommer 1833, machte den Anfang. Gleichſam zur Beſiegelung der neuen Freundſchaft trafen dann die Kaiſer von Rußland und Oeſtreich und der Kronprinz von Preußen im September 1833 zu Münchengrätz in Böhmen zuſammen, nachdem Nicolaus auf der Hinreiſe auch mit Friedrich Wilhelm III. in Schwedt eine Beſprechung gehabt hatte. In Münchengrätz wurde der Feldzugsplan gegen die Revolution ernſtlich beſprochen. Er zerfiel in zwei Haupttheile, in die Befriedung Deutſchlands und in die Bewältigung der Schweiz. Was für Deutſchland des Weiteren noch zu thun ſei, wurde den Conferenzen überlaſſen, zu denen die deutſchen Miniſter ſich im Januar 1834 in Wien verſammelten, Die Wiener Conferenzen.
nachdem der Kronprinz von Preußen auf einer Rundreiſe an ver-

ſchiedene deutſche Höfe die Stimmung vorbereitet hatte. Ihre Berathungen währten bis in den Juni. Vor Allem wurden Maßregeln gegen die Ständeverſammlungen beſchloſſen; ihrem Steuerbewilligungsrecht wurden enge Grenzen gezogen, die Oeffentlichkeit und die Veröffentlichung der Verhandlungen beſchränkt. Bei Streitigkeiten zwiſchen ihnen und den Regierungen ſollte ein neu zu gründendes Schiedsgericht angerufen werden, auf deſſen Zuſammenſetzung Metternich als auf ſeine Erfindung beſonders ſtolz war. Die 17 Curien des Bundestags ſollten nämlich ein für alle Mal je 2 Männer bezeichnen, aus deren Mitte die ſtreitenden Stände und ihre Regierung je drei auszuwählen hätten, die ſich dann einen Siebenten aus jenen 34 zum Obmann erkören. Auf die Weiſe war denn freilich unter dem Scheine der Unparteilichkeit dafür geſorgt, daß niemals regierungsfeindliche Schiedsmänner in dieſem Gerichte Platz finden konnten. Auch der Preſſe wurden von der Wiener Miniſterconferenz eine Reihe neuer Beſcheerungen zu Theil; die Erlaubniß zur Herausgabe eines Blattes wurde an den Nachweis der Befähigung des Redacteurs geknüpft, über welche natürlich den Regierungen das Urtheil zuſtand; überdies ſollte jede derartige Erlaubniß jederzeit widerruflich ſein. Daß gegen die Univerſitäten die früheren Beſtimmungen aufs ſtrengſte erneuert und in vielen Puncten noch verſchärft wurden, verſteht ſich von ſelbſt; aber auch die Gerichte entgingen der Fürſorge der Miniſter nicht; doch ſcheiterte der Verſuch, die Geſchworenen wieder zu beſeitigen, an dem hartnäckigen Widerſpruche Baierns. Ein Theil der Conferenzbeſchlüſſe wurde, nachdem er in Frankfurt Ende 1834, und ſoweit die Univerſitäten in Betracht kamen im Juni 1835, zu Bundesgeſetzen umgewandelt war, bekannt gemacht; ein andrer Theil dagegen geheim gehalten und erſt nach etwa 10 Jahren wider den Willen der Regierungen veröffentlicht. Die Ergebniſſe, welche ſich die Großmächte von all dieſen neuen Beſtimmungen verſprachen, blieben nicht hinter den Erwartungen zurück. Dank dieſen Beſchlüſſen und den erneuten Demagogenproceſſen gelang es den Regierungen wirklich, das politiſche Leben in Deutſchland abermals für einige Jahre niederzuhalten, bis der Verfaſſungsbruch des Königs von Hannover, der Streit der preußiſchen Regierung mit dem Erzbiſchof von Cöln und vollends die Thronbeſteigung Friedrich Wilhelms IV. den Anſtoß zu einer neuen Regſamkeit gab, die ſich langſam aber ſtetig bis zur Revolution von 1848 entwickelte.

Feldzug gegen die Schweiz.

Auch der Schweiz gegenüber ſetzten die Oſtmächte ihren Willen durch, allerdings nicht ohne Widerſtand überwinden zu müſſen. Begünſtigt wurden ſie durch mancherlei Ausſchreitungen, welche die Flüchtlinge ſich zu Schulden kommen ließen. Nach dem Savoyerzuge verlangten Rußland, Oeſtreich, der deutſche Bund und Sardinien die Ausweiſung aller daran Betheiligten. Zürich, das damals Vorort war, ſagte dieſe zu, verwahrte ſich aber gegen die angedrohten Gewaltmaßregeln. Thatſächlich wurden auch die meiſten Theilnehmer des Zuges aus dem Lande entfernt; aber begünſtigt von einzelnen Cantonen, welche dieſe Nachgiebigkeit gegen fremdländiſche Einmiſchung

mißbilligten, blieben andere im Lande, unter ihnen auch Mazzini, der in Bern geduldet wurde. Denn dieſer Canton ſtand an der Spitze der Widerſtrebenden. Thörichter Weiſe ließ die Polizei dort auch eine lebhafte Demonſtration der Flüchtlinge zu. Sie verſammelten ſich am 27. Juli 1834 im Steinhölzli, hielten heftige Reden gegen die Regierungen und verhöhnten deren Landesfarben. Das gab denn zu neuen Drohungen ſeitens der Großmächte Anlaß; auch wurde eine förmliche Grenzſperre gegen die Schweiz eingeführt und der diplomatiſche Verkehr mit Bern abgebrochen. Dennoch hätte dieſes ſich kaum gefügt, wenn nicht Louis Philipp, auf den es ſich meinte ſtützen zu können, auf die Seite der Oſtmächte getreten wäre. Nun erſchien weiterer Widerſtand unmöglich, die Verſammlung im Steinhölzli wurde amtlich als ein bedauerliches Ereigniß mißbilligt und es begann die „Flüchtlingshatz", die jetzt, um die frühere Verſchuldung vergeſſen zu machen, um ſo leidenſchaftlicher betrieben wurde. Eine Mordthat, die in Zürich Ende 1835 an einem deutſchen Studenten, Leſſing, der für einen Spion galt, verübt wurde, ſchien dieſen Umſchwung auch unter dem moraliſchen Geſichtspuncte zu rechtfertigen. Die meiſten Flüchtlinge mußten die Schweiz verlaſſen; da ihnen auch Frankreich keine Aufnahme gewährte, ſo blieb in Europa nur England ihnen als Zufluchtsort; viele wandten ſich nach Amerika. Die aber in Europa blieben, gaben auch jetzt ihre Gegnerſchaft wider das Beſtehende nicht auf, und wenn auch das junge Europa mit dem Jahre 1836 langſam erſtarb, ſo fehlte es nicht an anderen Geſellſchaften, welche ſeine Tendenzen fortpflanzten.

Die Flüchtlinge in Frankreich.

Dieſe hatten ihren Sitz fortan beſonders in Frankreich. Denn nur den aus der Schweiz kommenden Flüchtlingen wurde hier der Aufenthalt verwehrt; denen, die bereits im Lande verweilten, blieb er geſtattet; man ſchätzte ihre Zahl noch im Jahre 1838 auf 13,000. Schon 1832 hatte ſich in Paris ein deutſcher Volksverein gegründet, der etwa 600 Mitglieder zählte, aber nicht eigentlich den Character einer geheimen Geſellſchaft hatte. Nach etwa 2 Jahren machte er jedoch einer ſolchen Platz, dem Bunde der Geächteten, unter deſſen Mitgliedern der Cölner Venedey die Hauptrolle ſpielte. Die Genoſſen traten zuſammen in Hütten oder Zelten; die Vertreter mehrerer Zelte bildeten das Lager (oder den Berg); an der Spitze ſtand die Nationalhütte oder der Brennpunct. Die Satzungen gaben vor, ſie ſtammten aus den Papieren des Freiherrn von Stein und ſeien vielleicht dieſelben wie die des Tugendbundes. Durch die nach Deutſchland heimkehrenden Handwerker wurden auch in Frankfurt und anderer Orten einzelne Zelte gegründet, ohne doch irgend welche Bedeutung zu erlangen. Ein ganz ähnlicher Bund, der ſich von den Geächteten in Folge innerer Streitigkeiten abzweigte, war der der Gerechten, an deſſen Spitze als Vorſtand die Volkshalle ſtand und der in Hamburg eine Gemeinde hatte. Beide Vereine gingen endlich um 1840 wieder auf in dem Bunde der Deutſchen, der im Vaterlande größere Verbreitung gewonnen haben ſoll als die früheren; wenigſtens wurde behauptet, daß er in Frankfurt und Hamburg je

Die Geächteten und Gerechten.

5000 Genossen gezählt habe, was freilich unzweifelhaft prahlerische Uebertreibung war. Das Gefühl, daß sie im Grunde doch Nichts auszurichten im Stande seien, war allen diesen Geheimbünden gemeinsam und verlockte sie zu jedem Mittel zu greifen, das ihnen irgend welche Bedeutung zu geben versprach, auch wenn sie ihren eigenen Grundsätzen dadurch so vollständig ins Gesicht schlugen, wie etwa durch die Verbindungen, die sie mit dem vertriebenen Herzog Carl von Braunschweig oder mit dem nachmaligen Kaiser Napoleon III. anknüpften, der 1836 zur Zeit seines straßburger Attentates auf ihren Beistand rechnete. Viele kräftige und tüchtige Männer, die in gesunden staatlichen Verhältnissen den segensreichsten Antheil an den Arbeiten des Staatslebens hätten nehmen können, verzehrten in diesem Verschwörerthum ihre Kraft und gingen elend zu Grunde; mehr als einer endete wie Rauschenblatt schließlich im Irrenhause oder erlag einem langsamen Siechthume. Vielen erschwerte es die Eitelkeit, der aus der Geheimnißthuerei stets neue Nahrung erwuchs, von ihrem verkehrten Treiben Abschied zu nehmen, wenige bewahrten unter den Stürmen und Verlockungen des Flüchtlingsthums die innere Gesundheit, den frischen Muth und den freien Blick, um nach dem Umschwunge des Jahres 1848 wieder rüstig in der Heimat mitwirken zu können oder gar wie Mathy oder Rochau an der endgültigen Neugestaltung unseres Vaterlandes mit kräftiger Hand mitzuarbeiten. Die meisten blieben als Opfer der trüben Zeit und der eigenen Haltlosigkeit auf der Wahlstatt, und wenn die glücklichere Nachwelt ihrem ruhmlosen Thun und Leiden den Zoll des Dankes, den sie beanspruchten, nur spärlich zu entrichten vermag, so wird sie ihnen die traurige Spende des Mitgefühles doch schwerlich versagen können.

Frankreich nach der Juli-Revolution.

Die französischen Republikaner.

Frankreich war aber nicht blos der Sitz fremder Revolutionäre, sondern hatte auch unter seinen eigenen Kindern eine rührige republikanische Partei, die einen nicht geringen Einfluß auf die fremden Gäste gewann. Diesen Republikanern war die Julimonarchie von Jahr zu Jahr unleidlicher geworden. Des Aufstandes, den sie anläßlich des Processes gegen Polignac und seine Collegen erregten, wurde schon gedacht. Als unmittelbar darauf ihre Gesinnungsgenossen Lafayette, Dupont und Treilhard aus den Aemtern schieden, die sie bis dahin noch bekleidet, fühlte sich die Partei durch kein Band mehr mit dem neuen Königthum verknüpft und bekannte sich in Wort und That mit der größten Unbefangenheit zu ihrem Glauben. Darüber, daß sie der gefährlichste Gegner Louis Philipps war, bestand kein Zweifel. Der Bonapartismus machte seinen ersten Versuch erst 1836 und belud sich dabei mit dem Fluche der Lächerlichkeit. Der Bourbonismus aber spielte seine Rolle schon 1832 in höchst beschämender Weise zu Ende. Karl X. selbst fühlte keine große Neigung, den Kampf mit dem Julikönigthum aufzunehmen; er gestand es sogar

Die Legitimisten.

der Herzogin von Berry nur widerwillig zu, daß sie einen Versuch zu Gunsten ihres Sohnes Heinrichs V. wage. Denn über die bourbonenfeindliche Gesinnung der Pariser war kein Zweifel gestattet; hatten sie doch im Februar 1831 die Todtenfeier des Herzogs von Berry, zu der sich die Legitimisten in der Kirche St. Germain l'Auxerrois versammelten, in roheſter Weise gestört, die Kirche verwüstet und am nächsten Tage, dem 15. Februar, den Palast des Erzbischofs geplündert. Dadurch nicht belehrt, wagten die Anhänger Heinrichs V. grade ein Jahr später eine förmliche Verschwörung, deren scheinbares Oberhaupt ein Schuster Namens Poncelet war und die man nach ihrem Ausgangspuncte die Verschwörung der Rue des Prouvaires nannte. Allein sie wurde entdeckt, und die Untersuchung ließ genugsam erkennen, daß die Häupter der Partei in sie verwickelt seien, wenn auch das hartnäckige Schweigen Poncelets, der muthvoll jede Verantwortung auf sich nahm, den gerichtlichen Nachweis vereitelte. Bessere Aussichten als in der Hauptstadt schienen die Legitimisten aber in den westlichen Provinzen des Landes zu haben, besonders in der Bretagne und der Vendée, wo schon seit Monaten ein Kleinkrieg ihrer Anhänger gegen die Regierung im Gange war, der als Nachahmung der Aufstände des Revolutionszeitalters die „kleine Chouannerie" genannt wurde. Auch im Süden waren die Bourbonen nicht ohne Freunde, und darauf baute die Herzogin von Berry ihren Plan. Nachdem sie während des Jahres 1831 erst von Genua, dann von Massa aus ihre Vorbereitungen getroffen hatte, landete sie im April 1832 nahe bei Marseille, und ihre Freunde machten den Versuch, diese Stadt zu empören. Jedoch sie fanden nicht den geringsten Anklang; einige wurden gefangen, die andern mußten fliehen, die Herzogin selbst gerieth in die größte Gefahr und konnte sich nur in Folge des günstigen Umstandes retten, daß die Polizei irrthümlicher Weise eine andere Dame statt ihrer verhaftete und dies nach Paris meldete. Darauf hin wurden die Nachforschungen eingestellt, und die Herzogin konnte es wagen, mitten durch Frankreich nach der Vendée zu reisen. Dort war aber die Lust zu einer Erhebung durch die letzten Mißerfolge auch sehr gedämpft und gegen den Rath vieler treuer Anhänger, auch der pariser, die ausdrücklich Berryer zu ihr sandten um sie zu warnen, gab die Herzogin den Befehl Anfang Juni loszuschlagen. Kleine Erfolge erhöhten nur vorübergehend die Hoffnung; bald war abermals die Flucht das Einzige, was der Fürstin übrig blieb. Und wiederum begünstigte sie ein falsches Gerücht; es hieß, sie sei bei dem Brande des Schlosses Penissière umgekommen. So konnte sie sich unter mancherlei Abenteuern nach Nantes retten; aber außer Landes zu kommen gelang ihr nicht; denn die Regierung war vorsichtig geworden und bewachte sorgfältig alle Häfen. Entdeckt wurde die Verborgene endlich durch den schnöden Verrath eines Juden, Namens Deutz, der sich Aufträge an sie zu verschaffen wußte, dadurch Zutritt fand und sodann für eine halbe Million das Haus, in dem sie war, der Regierung anzeigte. Allerdings fand man sie auch jetzt nicht gleich; sie barg sich

Die Verschwörung Poncelet's.

Die kleine Chouannerie.

Die Herzogin von Berry.

in einem Versteck hinter einem Kamin und wurde erst durch das Feuer, welches man darin anzündete, herausgetrieben. Ihre Verhaftung (am 7. November) war aber für die Partei nur das kleinere Unglück; bald sollte ihre Ehre einen schweren Schlag erleiden. Während ihrer Gefangenschaft im Schlosse Blaye bei Bordeaux gab sie die Erklärung ab, daß sie zum zweiten Male verheiratet sei. Die Leidenschaftlichkeit ihrer Parteigenossen verschlimmerte das Uebel. Sie warfen der Regierung vor, diese Erklärung gefälscht zu haben. Nun blieb dem Könige Nichts weiter übrig, als die Entbindung der Herzogin abzuwarten. Als sie am 9. Mai 1833 eine Tochter gebar, gab sie als den Vater den sicilischen Grafen Lucchesi-Palli an. Darauf wurde sie der Haft entlassen und nach Sicilien geschickt. Ihre Rolle aber war ausgespielt und damit auch die der Legitimisten. Denn die an sich schwache Partei theilte sich obendrein jetzt noch in Anhänger Karls X., Ludwigs XIX. (Angoulêmes) und Heinrichs V. Zu einem neuen Aufstand fand sie keine Kraft mehr.

Um so thätiger waren die Republikaner. Ihnen konnte die Regierung Nichts recht machen. Die Haltung derselben in der belgischen, polnischen, italienischen Frage wurde in der heftigsten Weise angegriffen. Daß der Minister Sebastiani den Fall von Warschau mit der Phrase: Die Ordnung herrscht in Warschau, mittheilen konnte, wurde ihm und der Regierung nie vergeben. Casimir Périer, der an Lafittes Stelle am 13. März 1831 das Ruder ergriffen und sein System als das der richtigen Mitte hingestellt hatte, wurde Gegenstand des grimmigsten Hasses, das Stichwort juste milieu zu einer stehenden Schmähung und Verspottung des Bürgerkönigthums. Die liberalen Maßregeln im Innern, die Auflösung der conservativen Kammer im April, die Aufhebung der erblichen Pairie im October 1831, der damit verbundene Pairsschub, genügten nicht. Immer von Neuem wurden Aufstände in Paris und in den Provinzialstädten angezettelt, immer mit den allerunzulänglichsten Mitteln, so daß der Marschall Lobau im December 1831 die Revolutionäre mit Feuerspritzen auseinandertreiben konnte. Geheime und offene Gesellschaften, die früher gemäßigte Aide-toi, die der Volksfreunde, die der Ordnung und des Fortschrittes, die National-Association, die Union u. s. f. unterhielten die Gährung. Die Geschworenengerichte bewiesen eine grenzenlose Nachgiebigkeit, und wenn die Republikaner, nachdem sie mit beredten Worten ihr Glaubensbekenntniß vertheidigt hatten, von ihnen freigesprochen wurden, so erwarteten sie glänzende Ehrenbezeugungen des Volkes. Casimir Périer suchte alle diese Aeußerungen mit eiserner Faust niederzuhalten. Aber schon nach einjähriger Geschäftsführung erlag er im Mai 1832 der Cholera, die mit erschreckender Plötzlichkeit auf einem Balle im Opernhause ausbrach und bald die furchtbarsten Verheerungen anrichtete. Gleich nach ihm starb ein hervorragender Führer der Radicalen, der General Lamarque. Sein Begräbniß am 5. Juni diente als Anlaß zu einem neuen Aufstande, der gefährlicher wurde als die früheren. Doch gelang es auch jetzt dem Muthe des Königs und der Treue der Truppen, die

Casimir Périer.

Republikanische Aufstände und Bünde.

Aufrührer zu bezwingen. Darauf begann eine heftige Reaction. Die Angeklagten wurden verfassungswidrig statt vor die Geschworenen vor ein Kriegsgericht verwiesen, die Fachschulen, deren Zöglinge sich an dem Aufruhr betheiligt hatten, aufgelöst und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Allerdings zog sich der König dadurch selbst eine kleine Schlappe zu. Der Cassationshof, auf welchen ein Verurtheilter sich berief, erklärte die Kriegsgerichte für ungesetzlich, und die Processe vor denselben mußten daher eingestellt werden. Aber auch so konnte Louis Philipp mit dem Stande seiner Angelegenheiten Ausgangs 1832 sehr wohl zufrieden sein. Die Republikaner und die Legitimisten waren gründlich besiegt und der Tod des Herzogs von Reichstadt hatte überdies am 22. Juli auch den Bonapartisten ihr bisheriges Haupt entrissen. Die Kammer war ein gefügiges Werkzeug des Königs geworden, der es nicht verschmähte, zahlreiche Mitglieder derselben durch Beförderungen, Lieferungscontracte und andre Vortheile zu bestechen. Mit ihrer Hülfe begann dann im Jahre 1833 ein förmlicher Feldzug gegen die liberalen Errungenschaften der Revolution, zu dem sich das Ministerium, an dessen Spitze seit dem 11. October 1832 Soult stand, herbeiließ, obgleich es in seiner Mitte die Häupter der altliberalen Doctrinäre, Broglie, Guizot und Thiers, den Mann der Julirevolution, hatte. Den liberalen Blättern wurde der Verkauf auf der Straße untersagt, der Bestand aller Vereine, auch der nichtpolitischen, von der Erlaubniß der Regierung abhängig gemacht und der Wirkungskreis der Geschworenengerichte eingeschränkt. Diese reactionären Maßregeln riefen noch einmal den gewaltsamen Widerstand der liberalen Parteien hervor. Lyon, das schon 1832 einen mehrtägigen Arbeiteraufstand erlebt hatte, gab das Zeichen; am 9. April 1834 begann die Empörung und wenige Tage darauf hatte sie in Paris, Luneville, Grénoble, Nimes und in anderen Städten Nachfolge gefunden. Aber an keinem Puncte konnte sie den Sieg erringen; in Paris waren die Aufständischen schon am zweiten Tage überwunden, in Lyon hielten sie sich beinah eine Woche; in den andern Provinzialstädten unterlagen sie fast dem ersten Angriffe der Truppen. Dieser Ausgang verlieh dem Königthum neue Stärke und führte bei den Neuwahlen, welche bald darauf stattfanden, zu einer schweren Niederlage der liberalen Parteien, die etwa 70 ihrer Sitze verloren. Die Republikaner, deren Ansehn durch den Tod Lafayettes im Mai 1834 überdies nicht unbedeutend sank, verschwanden fast ganz aus der Kammer. Im Stillen freilich erwuchs ihnen ein Bundesgenosse, dessen spätere Bedeutung noch nicht zu übersehen war, in der heimlichen, unmeßbaren Ausbreitung communistischer und socialistischer Ideen, die von Buonarotti, St. Simon, Fourier und ihren Schülern in den Kreisen der Handwerker und Arbeiter ausgestreut waren. Zunächst hatte die Regierung auch von dieser Seite noch Nichts zu befürchten und es gelang ihr ohne Schwierigkeit, einzelner Ausschreitungen, die schon jetzt statt fanden, Herr zu werden. Die Erbitterung, welche über diese Befestigung des Julikönigthums in den machtlosen

Die Reaction seit 1832.

Der Aufstand in Lyon und Paris.

Bezwingung der Republikaner.

Mordversuche gegen den König.

radicalen Parteien herrſchte und die zu einem revolutionären Ausbruch nicht mehr die Mittel finden konnte, ſuchte ſich einen anderen Ausweg und fand ihn in meuchleriſchen Mordanſchlägen auf die Perſon des Herrſchers. Schon am 19. November 1832 war auf den König, als er zur Eröffnung der Kammern über den Pont royal ritt, ein Piſtolenſchuß abgefeuert, ohne ihn zu treffen. Damals glaubte man vielfach es nur mit einem Kunſtſtück der Polizei zu thun zu haben und der Thäter, der ſich ſpäter ſelbſt deſſen rühmte, ein junger Lehrer, Namens Bergeron, war von den Geſchworenen in Ermangelung aller Beweiſe freigeſprochen. Ungleich tiefer war der Eindruck, welchen das furchtbare Attentat Fieſchis, eines Corſen, hervorrief. Als der König am 28. Juli 1835 mit großem Gefolge über den Boulevard du Temple ritt, um einer großen Truppenmuſterung zur Feier der Julirevolution beizuwohnen, feuerte jener aus einem Hauſe eine Höllenmaſchine auf ihn ab, die aus 100 verbundenen Flintenläufen beſtand. Den König beſchützte ſein gewöhnliches Glück; er kam unverſehrt davon; aber über 60 Perſonen ſeines Gefolges und der ihn begleitenden Menge wurden getödtet oder verwundet. Zu den erſteren zählte der greiſe Marſchall Mortier. Der verbrecheriſche Urheber dieſes Blutbades wurde alsbald ergriffen; außer drei Mitwiſſern, die ihm das Geld für ſeine Vorbereitungen geliefert, hatte er keine Mitſchuldige. Den Häuptern der republikaniſchen Partei kam das Ereigniß jedenfalls unerwartet. Zwei derſelben, Jakob Cavaignac und Armand Marraſt, waren ganz kurz vorher der Haft entflohen, der ſie als Mitſchuldige an den Aprilaufſtänden verfallen waren. Sie hatten ſich nicht in Paris verborgen, ſondern Frankreich verlaſſen — ein untrüglicher Beweis dafür, daß ſie den Plan Fieſchis nicht kannten. Das verhinderte die Regierung aber nicht, durch neue Beſchränkungen der Freiheit die ganze Partei für den Frevel des Einzelnen büßen zu laſſen. Trotz des Widerſpruches, den ſelbſt Royer Collard, der alte Führer der Doctrinäre, dagegen erhob, brachte das aus Doctrinären gebildete Miniſterium ſeine berüchtigten Septembergeſetze durch die Kammer. Außer gewiſſen Maßregeln, welche den Gang der politiſchen Proceſſe zu beſchleunigen und erleichtern beſtimmt waren — die wichtigſte war die Beſtimmung, daß zur Verurtheilung durch die Geſchworenen künftig die einfache Mehrheit, nicht zwei Drittel der Stimmen nöthig ſeien — wurde beſonders das Recht der Preſſe, ihre politiſche Meinung frei zu äußern, weſentlich beſchränkt, indem jeder Angriff gegen die Grundlagen der Regierung, jeder Wunſch nach Beſeitigung des monarchiſchen Syſtems, jede Parteinahme für republikaniſche Ideen mit ſchweren Strafen bedroht wurde. Allein weder dadurch, noch durch den gerechten Lohn, welchen Fieſchi und zwei ſeiner Gehülfen für ihren Frevel auf dem Schaffot erhielten, wurden andere verblendete Heißſporne der republikaniſchen Partei davon abgeſchreckt, ihr Heil an demſelben Wageſtück zu verſuchen. Der Königsmord galt ihnen, wie das nächſte Opfer dieſes irre leitenden Fanatismus, Alibaud, ſeinen Richtern erklärte, für ein gutes Recht, wenn man

Die Septembergeſetze.

Spätere Mordverſuche.

ſich nicht anders helfen könne. Außer dieſem Alibaud trachtete in demſelben Jahre 1836 noch ein zweiter Verwegener, Meunier, nach dem Leben des Monarchen. Später verſuchten Huber (1838), Darmès (17/10. 1840), Lecomte (16/4. 1846) und Henry (29/7. 1846) den Verhaßten zu tödten. Aber ſie alle verfehlten ihr Ziel und büßten ihr Verbrechen mit dem Tode oder der Deportation. Zu einer förmlichen Revolution nahmen die Republikaner nur noch einmal den Anlauf, im Jahre 1839. Die Seele des Unternehmens waren drei junge Männer ſehr verſchiedener Art: Barbès, ein begeiſterter Anhänger der ſocialiſtiſchen Ideen, einer wohlhabenden Familie angehörig, Blanqui, ein Verſchwörer von Gewerbe, und der ehemalige Unteroffizier Bernard. Den Kern ihrer Genoſſen bildeten die Mitglieder einer geheimen Verbindung, der „Geſellſchaft der Jahreszeiten". Aber für ſich allein zu ſchwach, denn ſie zählten kaum 1000 waffenfähige Männer, mußten ſie auf eine ſchnelle Begeiſterung des Volkes rechnen, wenn ihr Vorhaben Ausſicht auf Erfolg bieten ſollte. Statt deſſen rührte ſich keine Hand zu ihrer Unterſtützung; in wenigen Stunden war dieſer Verſuch, die ſociale Republik zu begründen, geſcheitert und die Anſtifter wanderten in die Gefängniſſe, um in lebenslänglicher Haft das mißlungene Wagniß zu büßen.

Die Verſchwörung von 1839.

Noch ohnmächtiger als dieſes Aufbäumen des Republikanerthums erwieſen ſich die beiden Verſuche, welche der Bonapartismus zum Sturze des Julithrones unternahm. Nach dem Tode des Herzogs von Reichſtadt (Napoleons II.) betrachtete ſich der Prinz Louis Napoleon, der Sohn von Napoleons Bruder Ludwig, dem ehemaligen Könige von Holland, und ſeiner Stieftochter Hortenſe Beauharnais, als den beſtberechtigten Erben der bonapartiſtiſchen Anſprüche, obgleich nicht blos ſein Vater, ſondern auch die ſämmtlichen Brüder des Kaiſers, von denen Joſeph und Lucian älter waren als Ludwig, noch lebten. Im Jahre 1808 geboren, hatte der Prinz ſeine Erziehung in Deutſchland erhalten, 1831 mit ſeinem älteren Bruder Napoleon Louis, welcher dabei einer Krankheit erlag, an dem italieniſchen Aufſtande Theil genommen und darauf bei ſeiner Mutter Hortenſe auf dem kleinen Gute Arenenberg am Bodenſee gelebt. Von dort aus knüpfte er einige Beziehungen mit unzufriedenen franzöſiſchen Offizieren an; Zuſammenkünfte in Baden-Baden dienten dazu, eine förmliche Verſchwörung ins Leben zu rufen, und ſo gering die Hülfsmittel waren, über welche der Prinz verfügen konnte, ſo ließ ihm ſein Ehrgeiz doch keine Ruhe, ſo lange er nicht das Abenteuer gewagt. Am 29. October 1836 erſchien er zum großen Schreck ſeiner Mitwiſſer, denen die Sache noch keineswegs reif zu ſein ſchien, in Straßburg. Der angeſehenſte Offizier, den er für ſich gewonnen, war Vaudrey, Oberſt des 4. Artillerie-Regimentes; die lebhafteſte Thätigkeit zu ſeinen Gunſten entfaltete der Unteroffizier Perſigny; Alles in Allem waren 15—20 Perſonen eingeweiht. Am 30. October früh 5 Uhr trat der Prinz in der Uniform des Kaiſers vor die Front des Vaudrey'ſchen Regimentes. Anreden, die er und der Oberſt an die Soldaten richteten, wurden mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiſer erwidert;

Der Bonapartismus.

Louis Napoleon.

Das Straßburger Attentat.

auch die Verhaftung des Commandanten Voirol und des Präfecten gelang vollkommen; allein aus der Mitte der Bevölkerung ertönte kein Zuruf, als der Prinz mit seinem Regimente die Straßen durchzog, und die Infanterie in der Finkmatt-Caserne machte dem ganzen Anschlag ein jähes Ende, indem sie den Prätendenten, der mit den Artilleristen zu ihnen kam, um sie zum Anschluß aufzufordern, kurz entschlossen gefangen nahm. Eine kurze Rauferei zwischen Infanterie und Artillerie und der ganze Putsch war vorbei. Die Regierung glaubte am klügsten zu thun, wenn sie die Sache, soweit sie den Prinzen betraf, als eine Kinderei behandle. Ohne ein gerichtliches Verfahren gegen ihn einzuleiten, ließ sie ihn unter Polizeibedeckung nach Cherbourg bringen und dort nach Amerika einschiffen. Der leichtsinnige Attentäter zeigte sich zwar anfänglich über diese geringschätzige Behandlung etwas verdrossen, sprach aber doch dem König brieflich seinen Dank aus und bat auch für seine Mitschuldigen um Verzeihung. Die zu gewähren lag nun allerdings nicht entfernt in der Absicht der Regierung; aber die öffentliche Meinung stimmte in diesem Puncte dem Prinzen bei; wenn der Hauptschuldige straflos ausgehe, so hieß es, dann dürfe man auch seine Gehülfen nicht verurtheilen. Die straßburger Geschworenen, vor deren Gerichtshof die Anklage erhoben werden mußte, sprachen demgemäß alle Angeklagten zum großen Aerger der Regierung frei. Aber das war nicht der einzige Verdruß, welchen der König sich durch seine unzeitige Milde bereitete. Schon im nächsten Jahre kehrte der Prinz Napoleon aus Amerika nach Europa zurück und nahm wie früher als schweizer Bürger seinen Wohnsitz in Arenenberg. Nun verlangte Louis Philipp seine Ausweisung und drohte sie mit Waffengewalt zu erzwingen; 25,000 Mann wurden an der schweizer Grenze zusammengezogen. Wollte der Prinz seinem zweiten Vaterlande nicht die Wahl zwischen einer schmachvollen Nachgiebigkeit und einem gefährlichen Kriege stellen, so mußte er freiwillig seinen Zufluchtsort verlassen. Er begab sich also nach England. Dort lebte er einige Jahre, getheilt zwischen politischen Studien und sorglosen Zerstreuungen. Die „napoleonischen Ideen", welche er veröffentlichte, sollten den Beweis liefern, daß er den demokratischen Forderungen der Zeit gerecht zu werden verstehe. Glaubte er dadurch schon manche Mißstimmung gegen sich beseitigt zu haben, so schien das Jahr 1840 seinen Plänen noch kräftigere Förderung zu bringen. Das Ministerium Thiers hatte den König bewogen, von England die Erlaubniß zu erbitten, die Gebeine des Kaisers Napoleon von St. Helena nach Frankreich hinüberführen zu dürfen, damit sie dem testamentarischen Wunsche des Verstorbenen gemäß an den Ufern der Seine inmitten des Volkes, das er so sehr geliebt, bestattet würden. England hatte diese Erlaubniß bereitwillig ertheilt, in Frankreich wurde der Gedanke mit der größten Begeisterung aufgenommen und steigerte die bonapartistischen Neigungen zu einer ungewöhnlichen Höhe. Zwischen dem Beschluß der Regierung und der Ausführung des Planes verstrich natürlich geraume Zeit. Erst gegen Ende des Jahres kehrte des Königs Sohn, der Prinz von

Napoleon nach Amerika,

nach der Schweiz,

nach England.

Die Ueberführung der Leiche Napoleons I.

Joinville, auf der Fregatte Belle Poule mit den Gebeinen des Kaisers zurück und am 15. December erfolgte die feierliche Beisetzung im Dome der Invaliden. Damals war die jubelnde Beistimmung, welche der erste Gedanke erregt, schon gewaltig abgekühlt; aber die freudige Aufnahme, welche er beim ersten Auftreten gefunden, konnte bei dem Neffen des Kaisers wohl den süßen Glauben erwecken, die Julimonarchie habe durch diesen Schritt den Teufel an die Wand gemalt, und er müsse den ausgestreckten Finger schleunigst ergreifen. Die Unzufriedenheit mit der Regierung, die kriegerische Begeisterung des Volkes, der ungestüme Ruf nach der Rheingrenze, wozu die orientalische Krisis eben damals den Anlaß gegeben hatte, wie später ausführlicher erzählt werden soll, ließen die Gelegenheit noch lockender erscheinen. Kurz der Prinz entschloß sich zu einem neuen Abenteuer. Die Landung in Boulogne.
Am 6. August 1840 landete er in Begleitung Montholons, der seines Oheims treuer Gefährte auf Helena gewesen war, Vaudrey's, Persigny's und anderer Genossen straßburger Angedenkens eine Stunde von Boulogne. Bald nach Tagesanbruch befand er sich in der Stadt, in der Caserne des 42. Linienregimentes. Ein Leutnant in demselben, Aldenize, war eingeweiht; aber seine Bemühungen, die Soldaten zu gewinnen, blieben erfolglos; kaum entgingen die Verschworenen der Verhaftung. Als auch der Versuch, in der Stadt Anhänger zu werben, mißglückte, zog das Häuflein sich nach seinem Landungsplatze zurück; aber schon waren ihm die Verfolger auf den Fersen. Das Boot, in welchem man nach dem Dampfer, auf dem die Ueberfahrt bewirkt war, zurückkehren wollte, schlug um und triefend von Seewasser wurden die Attentäter herausgezogen und ins Gefängniß abgeführt. Auf dem Dampfer fand man außer einem Adler, der sich vermuthlich von einem Kirchthurm zum andern bis zur Notre-Dâme hatte schwingen sollen, auch Aufrufe und andere Actenstücke, aus denen sich ergab, daß der Prinz zunächst eine provisorische Regierung einzusetzen beabsichtigte, an deren Spitze der damalige Ministerpräsident Louis Philipps, Thiers, treten sollte, und daß er dann, des Ausganges sicher, das französische Volk durch eine allgemeine Abstimmung über seine künftige Regierungsform entscheiden lassen wollte. Die Gefangenschaft in Ham.
Gleichgültigkeit, mit welcher Frankreich sein Schicksal sich weiter entwickeln sah, mußte ihm zeigen, daß seine Pläne abermals verfrüht an das Tageslicht getreten waren. Begnadigung durfte er diesmal nicht hoffen. Ein öffentliches Bittgesuch seines Vaters blieb ohne Erfolg, obgleich es für die That den Mangel an gesundem Menschenverstande, welchen ihr Urheber bewiesen, als Milderungsgrund geltend zu machen suchte. Der Pairshof erkannte auf lebenslängliche Festungshaft, und der Prinz trat diese im October in dem Schlosse Ham in demselben Zimmer an, das Polignac bewohnt hatte. Seiner Genossen harrte die gleiche oder eine ähnliche Strafe.

Louis Philipp konnte nach dem allem am zehnten Jahrestage Unbeliebtheit des Königs und der Regierung.
seiner Thronbesteigung sich sagen, daß keine der feindlichen Parteien, wie viel sie auch versucht hatten ihn zu stürzen, Kraft genug zu einem erfolgreichen Schlage besitze. Aber daß sein eigenes Regiment den

Beifall und die Zustimmung der Franzosen erworben, konnte er sich nicht sagen. Das strenge System, das er im Inneren durchführte, erbitterte von Jahr zu Jahr mehr und drängte die Frage auf, was man denn eigentlich durch die Revolution gewonnen habe. Die Beliebtheit, welche der König Anfangs unleugbar besessen, erlosch zusehends. Zahlreiche Gelegenheiten boten sich seinen Feinden, um die Volksstimme gegen ihn aufzuregen. Besonders seine Geldgier, die unbezwinglich und unbelehrbar schien, gewährte einen erwünschten Angriffspunct. Daß der König, welcher zu den reichsten Fürsten gehörte, bei jeder Vermählung eines seiner Kinder neue Zuschüsse von der Kammer verlangte und, wenn diese trotz ihrer üblichen Gefügigkeit sie doch einmal verweigerte, dasselbe Verlangen unermüdlich wiederholte, schuf ihm schweren Schaden. Noch bedenklicher aber war für ihn der persönliche Antheil, welchen er an der Regierung nahm. Die Ministerien kamen und gingen, aber die Politik blieb dieselbe. Denn die Minister waren in der That nur die Puppen des Königs, der sie so lange behielt, wie sie seinen Willen thaten, seinen unveränderlichen Gedanken, die pensée immuable, auszuführen bereit waren. Seit Casimir Périers Tode im Jahre 1832 hatte kaum je ein Ministerium den König gegen seine vorgefaßte Meinung zu einem Entschlusse zu bestimmen vermocht, und die Kammer hatte sich regelmäßig vor dem höheren Willen gebeugt. Daran war nicht allein der Umstand Schuld, daß die unbedingt orleanistische Partei Dank der vielfach geübten Bestechung an sich schon fast immer die Mehrheit zählte, sondern nicht weniger die persönlichen Gelüste, welche die Haltung der zahlreichen Parteien zu bestimmen pflegten. Außer der äußersten Rechten, den Legitimisten, und der radicalen Linken, den Republikanern, konnten auch die gemäßigte und die dynastische Linke, von denen jene Lafitte, Arago, Clauzel, diese Odilon Barrot zu Führern hatte, insofern als unabhängig betrachtet werden, als keine von ihnen Aussicht hatte, die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen. Das linke und das rechte Centrum dagegen und die Mittelpartei, welche zwischen den beiden Centren Platz nahm, der sogenannte tiers-parti, rangen beständig mit einander um die Leitung der Geschäfte, und ihre Führer, die Guizot, Molé, Thiers, verbanden und trennten sich, je nachdem es galt, den einen oder den andern durch Verbindung mit dem dritten zu stürzen. Den leitenden Platz in seinem jeweiligen Ministerium liebte der König aber nicht einem Manne zu geben, der durch seine Beredtsamkeit Einfluß in der Kammer besaß, sondern lieber einem Soult, Mortier, Bassano, Montebello, kurz einem Militär, der den eigentlich politischen Aufgaben ferne stand. Am liebsten hätte er wohl gar keinen Premier gehabt, wie in den Monaten nach Casimir Périers Tode, wo er selbst ein halbes Jahr lang den Vorsitz führte. Das Cabinet vom 11. October 1832, dem Soult präsidirte, vereinigte in seiner Mitte Guizot, Thiers, Broglie, also Männer verschiedener Schattirungen. Broglie war dem Könige am unangenehmsten; er mußte schon 1834 ausscheiden; auch einige andere unbedeutendere Personen wurden gewechselt; im Uebrigen aber hielt sich jenes Cabinet

Die Kammern.

Die Ministerien.

Das Cabinet vom 11. October 1832.

Dank seiner festen Stellung in der Kammer und Dank seiner Geschmeidigkeit über drei Jahre, obgleich es seinen Präsidenten mehrfach änderte; auf Soult folgte Gérard, auf Gérard nach einem zweitägigen Ministerium Bassano der alte Marschall Mortier, auf Mortier der wieder eingetretene Broglie. Erst im Februar 1836 erlag es den Intriguen der Mittelpartei, zu deren Werkzeug sich Thiers aus Ehrgeiz hergab. Er verschaffte sich dadurch am 22. Februar für ein halbes Jahr den Vorsitz im Ministerrathe. Aber schon am 6. September mußte er einem Cabinet Molé-Guizot weichen, das nach wieder einem halben Jahre im April 1837 durch Guizots und seiner Anhänger Austritt eine wesentliche Umgestaltung erfuhr. Mit dieser neuen Zusammensetzung war der König sehr wohl zufrieden, da sie seinem persönlichen Willen keinen Widerstand entgegensetzte. Eben deshalb aber wurde sie von den liberalen Parteien in der Kammer heftig angefochten; Thiers brachte die Forderung des parlamentarischen Regiments in ein faßliches Schlagwort: Le roi règne, mais il ne gouverne pas. Die dynastische Linke schloß sich dieser Opposition gern an, und auch die Doctrinäre auf der Rechten hatten Nichts dawider einzuwenden, in der Hoffnung, ihre Häupter Guizot und Broglie wieder ans Ruder zu bringen. So entstand das Bündniß der beiden Centren und der dynastischen Linken gegen das Ministerium der Mittelpartei, und da sich die Extremen jedem Schritt gegen die Julimonarchie bereitwillig anschlossen, so enthielt die Adresse, mit welcher im Januar 1839 die Thronrede beantwortet wurde, eine scharfe Verurtheilung des Cabinettes Molé. Aber wider alles Erwarten war die Folge dieses zwölftägigen Redeturniers nicht der Rücktritt der Angegriffenen, sondern die Auflösung der Kammer. Erst als die Neuwahlen einen völlig zweifellosen Sieg der verbundenen Parteien ergeben hatten, fügte sich Louis Philipp und entließ Molé am 8. März 1839. Damit war aber zugleich auch das Bündniß gesprengt, denn nur in der Verneinung, nicht in den Zielen waren die Parteien einig. Aus einer dreiwöchentlichen Krisis ging am 1. April ein ganz farbloses Ministerium Montebello hervor, so recht, wie Louis Philipp es wünschte. Wenn irgend wer bei dem Tausche an Einfluß verlor, so war er es gewiß nicht. Gleichwohl hatte auch diese Bildung keine Dauer. Die socialistischen Unruhen, die Barbès am 12. Mai erregte, gaben ihr den Todesstoß. Und nun griff der König wieder zu Soult, dessen Fügsamkeit er von 1832—34 hinreichend erprobt hatte. Fast ein Jahr lang erhielt er ihn auf seinem Posten; da aber versetzte die Kammer ihm einen Streich, der ihn sehr empfindlich traf. Sie verweigerte dem Ministerium eine Ausstattung für den Herzog von Nemours. Das belehrte den König, wie gefährlich es sei, sich alle Parteien dadurch zu Feinden zu machen, daß er keiner die Leitung der Geschäfte voll und ganz anvertraue. Er entschloß sich also wieder einmal zu einem Parteiministerium, an dessen Spitze am 1. März 1840 Thiers trat und dem es vorbehalten war, Frankreich und sein Herrscherhaus in die gefährlichste Verwickelung zu bringen, die seit 1830 eingetreten war. Auch als er vier Jahre

Thiers.

Molé-Guizot.

Molé.

Montebello.

Soult.

Thiers.

früher für einige Monate die französische Politik geleitet hatte, waren die auswärtigen Angelegenheiten, deren Pflege er sich mit besonderem Eifer widmete, es gewesen, die seinen Sturz herbeigeführt. 1840 war der Ausgang kein anderer. Diesmal erlag er der orientalischen, das erste Mal der spanischen Frage, d. h. den beiden wichtigsten diplomatischen Verwicklungen der dreißiger Jahre. Beide in ihrem Zusammenhange darzustellen, wird deshalb unsere nächste Aufgabe sein.

Dom Miguel und Don Carlos.

Portugal.

Die spanischen Wirren aber standen in enger Verbindung mit den portugiesischen. Dom Pedro von Brasilien hatte bei seines Vaters Tode, wie früher erzählt, sein Nachfolgerecht in Portugal auf seine siebenjährige Tochter Donna Maria da Gloria übertragen, für die als Vormund und Regent Dom Miguel die Herrschaft führen sollte, sobald er eine Verfassung, die Dom Pedro dem Lande gab, anerkannt und die angebotene Hand seiner Nichte angenommen habe. Bis dahin stand die Regentschaft der Infantin Maria Isabella, Johanns VI. Tochter, zu. Kaum aber hatte diese die Verfassung in Kraft gesetzt, als die absolutistische Partei dagegen die Waffen erhob und, von Spanien aus unterstützt, sich für das Königthum Dom Miguels

Aufstand für Dom Miguel.

erklärte, der immer noch außer Landes war. Der Aufstand wurde so gefährlich, daß die Regentin ohne fremde Hülfe ihn nicht bezwingen konnte; sie wandte sich deshalb an England und Canning zögerte keinen Augenblick, ihr zu willfahren. In mächtiger Rede kündete er am 12. December 1826 dem Unterhause den festen Entschluß an, die Freiheit Portugals zu schützen; er hasche nicht nach Gelegenheiten, Englands Macht zu zeigen und trage kein Verlangen, aus der Neutralität herauszutreten; aber der Förderung, welche Spanien den absolutistischen Europäern angedeihen lasse, müsse England durch entschlossenes Eintreten für die Sache der Freiheit antworten, und die Männer des Rückschritts in ganz Europa möchten nicht vergessen, daß, wenn ein großer Krieg daraus entstehe, die britische Macht ein starker Rückhalt für alle Geknechteten und Unzufriedenen sein werde. Als solchen erwies sie sich in Portugal auf der Stelle. Die Landung eines englischen Heeres unter Clinton genügte, um die Aufständischen nach einem kurzen Kampfe mit den Truppen der Regentin zum

Dom Miguel Regent.

Rückzug nach Spanien zu veranlassen. Dom Miguel sagte sich von ihnen los, nahm die Verfassung und die Braut an, kehrte im Februar 1822 über London nach Portugal zurück und trat, nachdem er den Eid der Treue geleistet, die Regentschaft an. Aber schon, daß er sich sogleich mit einem absolutistischen Ministerium umgab, die Kammern auflöste und eine Commission zur Berathung über Verfassungsänderungen einsetzte, war ein schlimmes Anzeichen für seine weiteren Pläne. Der verderbliche Einfluß, den seine ränkesüchtige Mutter Carlota bereits früher auf ihn geübt, trat wieder in volle Kraft; mit ihr theilte sich die Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Beichtvater des

Regenten, der Pater Mazedo, in die Herrschaft über ihn. Bald wurde es deutlich erkennbar, daß man das Volk gegen die liberale Verfassung und gegen die junge Königin Maria, die übrigens noch in Brasilien weilte, aufhetzte. Wenn Dom Pedro, so lange er Kaiser von Brasilien war, nicht König von Portugal werden durfte, so habe er, behaupteten die Miguelisten, auch keine Befugniß, dieses sein ruhendes Recht seiner Tochter abzutreten; es müsse vielmehr der Nächstberechtigte — und das war Dom Miguel — in seine Stelle eintreten; noch weniger könne man dem Kaiser von Brasilien die Befugniß einräumen, wie Pedro es gethan, Portugal eine Verfassung zu ertheilen. Aber andererseits hatte freilich Miguel diese Verfassung bereits beschworen und hatte Donna Maria anerkannt, somit auf seine Ansprüche verzichtet und die Pflicht übernommen, für die Erhaltung der neuen Ordnung einzutreten. Nur vermittelst eines Eidbruches konnte er seine eigenen Rechte von Neuem verfolgen. Um diesen Eidbruch zu rechtfertigen, wurde nun von der Geistlichkeit im ganzen Lande eine Agitation gegen die bestehende Ordnung angefacht und zahlreiche Adressen an den Regenten erlassen, um von ihm die Auflösung der Cortes und die Einberufung der alten Stände zu fordern. Dom Miguel ließ sich nicht lange bitten. Am 3. Mai 1828 rief er die Cortes von Lamego wieder zusammen und wurde von ihnen am 23. Juni als König ausgerufen. Nun folgte ein Schreckensregiment entsetzlichster Art, um die pedristische Partei unschädlich zu machen. Mit Hülfe des stehenden Heeres, das ihm ergeben war, und einer Polizei, die 6000 Köpfe zählte und von dem energischen Tellez Jordao geleitet wurde, unterdrückte der neue König jeden Widerstand. Die Gefängnisse füllten sich und überfüllten sich; am Ende des Jahres umschlossen sie 15,000 politische Opfer. Es war mehr Platz nöthig. Tödten! tödten! nach Afrika schicken! war die Antwort des Wütherichs. Den Anhängern der Königin Maria blieb keine Wahl als die Flucht. Ein Versuch der Empörung scheiterte, weil die Führer, Palmella, Saldanha u. A., nicht rechtzeitig aus England eintrafen. Die Aufständischen wurden über die spanische Grenze gedrängt und auf französische Fürsprache nach England gebracht. Andere begaben sich nach Terceira, der größten von den Azoren, deren Gouverneur, Cabreira, fest zu Dom Pedro hielt. Allmählich trafen dort auch die Flüchtlinge ein, welche sich nach England gerettet hatten. Das Ministerium Wellington suchte ihnen freilich die Ueberfahrt in jeder Weise zu erschweren. Ohne Miguel als König anzuerkennen, erwies es ihm gleichwohl die größten Dienste. Als Donna Maria Ende 1828 von Brasilien herüberkam, unkundig noch dessen, was mittlerweile in Lissabon sich zugetragen, fand sie in London, wohin sie sich begab, beim Könige zwar eine sehr freundliche Aufnahme, aber beim Ministerium nicht die leiseste Unterstützung, und kehrte deshalb schnell nach Brasilien zurück. Ja, als Saldanha Anfang Januar 1829 mit einigen hundert Leuten sich nach Terceira einschiffen wollte, verbot ihm Wellington das nicht allein in herrischer Weise, sondern schickte, als es doch geschah, zwei Fregatten nach den Azoren, welche die Landung

Sein Verfassungsbruch.

Empörungen.

dort mit Gewalt verhinderten; Miguels amtliche Zeitung konnte mit Recht verkünden: Englands Betragen ſei über alles Lob erhaben. Und da auch die Regierung Karls X. und die Cabinette der Oſtmächte dem abſolutiſtiſchen Königthume Miguels ſehr geneigt waren, ſo durfte dieſer mit ſeiner Lage wohl zufrieden ſein, obgleich die förmliche Anerkennung ſeines Rechtes nur von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, von Spanien und dem Papſte erfolgte. Aber die Julirevolution und der Sturz des Toryminiſteriums in England änderte die Sachlage, und Miguel war nicht geſchmeidig genug, um dem Rechnung zu tragen. Vielmehr gab er durch Willkürmaßregeln, die er gegen die Perſonen und das Vermögen engliſcher und franzöſiſcher Unterthanen verhängte, zunächſt zu diplomatiſchen Verhandlungen, dann zum bewaffneten Einſchreiten der beiden Mächte Anlaß. Für die liberale Partei war ſchon der Umſtand ermuthigend, daß bei dieſer Gelegenheit weder das pariſer noch das londoner Cabinet den Uſurpator als König behandelte; jenes bezeichnete ihn als Prinzregenten, dieſes gar nur als factiſchen Beherrſcher des Landes. Noch demüthigender aber war der Ausgang der beiden Conflicte. Die engliſche Flotte erzwang im Mai die Freilaſſung der verhafteten Britten, die Abſetzung der ſchuldigen Beamten, eine reichliche Geldentſchädigung und die Veröffentlichung dieſer Bedingungen in der amtlichen Zeitung; der franzöſiſche Admiral Rouſſin erreichte im Juli nicht allein ähnliche Zugeſtändniſſe, ſondern führte auch die portugieſiſche Flotte, welche er überrumpelt hatte, nach Breſt ab. Seinen Grimm über dieſe Niederlagen konnte Miguel im nächſten Monat an ſeinen eigenen Unterthanen kühlen; in Liſſabon und Oporto kam es zu Aufſtänden, die beinahe hundert Offiziere und Bürger mit dem Tode büßen mußten. Aber ſie waren nur das Vorſpiel zu einer größeren Unternehmung geweſen. Dom Pedro entſchloß ſich, perſönlich für das Recht ſeiner Tochter einzutreten. Conflicte mit der liberalen Partei in Braſilien bewogen ihn, die Kaiſerkrone ſeinem ſechsjährigen Sohne Pedro II. zu übertragen; dann ſchiffte er ſich nach Europa ein, erſchien als Herzog von Braganza im Juli und Auguſt 1831 zu Paris und London, erfreute ſich der günſtigſten Aufnahme und begann ernſtliche Rüſtungen und Geldoperationen behufs der Eroberung Portugals.

Streit mit England und Frankreich.

Dom Petro nach Europa.

Zum Ausgangspunct ſeiner Unternehmung erkor er natürlich Terceira. Dort wurde bis zum Sommer 1832 geworben, gerüſtet und einexercirt, ſo daß die Landung am 7. Juli mit einem Heere von 12,000 Mann verſucht werden konnte. Der erſte Schritt war ein großer Erfolg: Oporto fiel ohne Widerſtand in Pedros Gewalt. Aber damit ſchien ſein Glück auch zu Ende zu ſein; es gelang ihm nicht, über das Weichbild der Stadt hinaus feſten Fuß zu faſſen. Im September erſchien dann ſogar Miguel mit großer Uebermacht vor den Mauern der Stadt und begann die Belagerung. Doch war das Glück ihm nicht günſtiger; der Krieg ſchien ſich auf dieſem einen Schauplatz feſtſetzen und verewigen zu wollen. Beide Brüder verſtärkten immerfort ihre Heere; Pedro vorzugsweiſe durch Ausländer,

Dom Pedros Siege.

die seewärts zu ihm stießen. Denn Miguel war allgemach der Abscheu der Liberalen in aller Herren Länder geworden; ihn stürzen zu helfen, schien ein ruhmvolles Unternehmen im Dienste der Freiheit. Dieser Zerstörer verfassungsmäßiger Freiheit, dieser Meineidige, dieser treulose Usurpator, dieser Unterjocher seines Vaterlandes, dieser Verächter des Völkerrechts, dieser Verletzer des Privatrechts, dieser Mensch, der einem hülf- und wehrlosen Weibe nach dem Leben trachtet — so donnerte Lord Palmerston im Unterhause gegen ihn —, mußte gestürzt werden. Unter den Ankömmlingen befand sich der englische Capitän Charles Napier. Ihm und dem Herzog von Terceira gelang es endlich im Juli 1833, fast ein Jahr nach Pedro's Landung, dem Kriege eine andere Wendung zu geben. Sie schifften sich mit einigen Tausenden nach Algarbien ein, der südlichsten Provinz Portugals, die nur schwach von Miguel besetzt und ihm wenig geneigt war. Terceira landete, fand über Erwarten Beistand und rückte kühn auf Lissabon los. Ebendahin steuerte Napier mit seiner Flotte. Auf der Höhe von Cap St. Vicente stieß er auf die Schiffe Dom Miguels und brachte ihnen am 5. Juli eine vernichtende Niederlage bei. Nicht minder glücklich war Terceira zu Lande; er schlug Tellez Jordao, der seinen Vormarsch auf Lissabon hindern wollte, und erzwang mit Napier zusammen am 24. Juli die Räumung der Hauptstadt, in die Dom Pedro vier Tage später triumphirend einzog.

Aber zu Ende war der Kampf auch jetzt noch nicht. Längst hatte sich Europa gewöhnt, den Streit der beiden Brüder als den Streit der beiden weltbewegenden Principien anzusehen. Wie der Liberalismus Dom Pedro zu Hülfe eilte, so trat die Reaction für Miguel ein. Seine Reihen verstärkten sich durch französische Legitimisten und spanische Rückschrittsmänner. Den Oberbefehl über seine Truppen führte der Marschall Bourmont. Aber auch ihm war kein Ruhm auf diesen Schlachtfeldern beschieden: nach einem letzten unglücklichen Sturm auf Oporto mußte er die Belagerung dieser Stadt aufgeben, nach einem mißlungenen Angriff auf Lissabon sein Commando niederlegen.

Spanien.

Da schien ein längst erwartetes Ereigniß in Spanien neue Aussichten für Miguels Sache zu erwecken und die ganze pyrenäische Halbinsel in den Krieg hineinziehen zu müssen. Am 29. September 1833 starb König Ferdinand VII. und zu dem portugiesischen Erbfolgekrieg gesellte sich ein spanischer. Seit langen Jahren hatte man sich gewöhnt, als Thronfolger in Spanien den Bruder des Monarchen, Don Carlos, das Haupt der Apostolischen, der ultrareactionären Priesterpartei, zu betrachten; denn drei Ehen des Königs waren kinderlos geblieben. Da vermählte er sich im December 1829, kaum ein halbes Jahr nach dem Tode seiner letzten Gemahlin, zum vierten Male mit der Prinzessin Marie Christine von Neapel und erließ wenige Monate später, am 29. März 1830, ein Gesetz, die pragmatische Sanction genannt, durch welches er auf ihr Andrängen die bisherige Thronfolgeordnung von 1713, welche dem Mannesstamme allein Erbberechtigung zusprach, aufhob und das alte castilianische

Die pragmatische Sanction.

Nachfolgerecht der Töchter wieder in Kraft setzte. Ueber seine Berechtigung zu diesem Schritte konnte man zweifelhaft sein; dafür und dawider ließen sich hörbare Gründe anführen. Um so leichter bemächtigten sich die Parteien der streitigen Frage, die für Spaniens weitere Entwickelung von größtem Einfluß werden mußte, wenn durch die Geburt einer Tochter das neue Gesetz zur Anwendung kam. Wirklich wurde dem Königspaar am 10. October 1830 die erste, und fünf Vierteljahre später eine zweite Tochter geboren, jene Isabella, diese Louise genannt. Gelang es jetzt der apostolischen Partei nicht, die Aufhebung der pragmatischen Sanction vom Könige zu erreichen, so nahte ihr Einfluß sich mit schnellen Schritten seinem Ende. Denn bei dem nicht fernen Tode des durch und durch siechen Ferdinand fiel die Regentschaft an Marie Christine, die in den Apostolischen die Freunde des Don Carlos, die Feinde ihrer Tochter, erblickte und daher, wie selbstverständlich schien, Anlehnung an die Liberalen suchen mußte. An Bemühungen, den Willen des Königs umzuändern, fehlte es daher nicht, und die Umstände begünstigten solche Bestrebungen.

Empörungen. Im Herbste des Jahres 1830 brachen in Navarra und Andalusien Empörungen aus, die den König um so mehr schreckten, als im Norden der gefürchtete Mina an der Spitze stand, der von der französischen Regierung geradezu ermuthigt wurde. Allerdings gelang es leichter, als man hoffen mochte, die Aufstände niederzuschlagen. Louis Philipp ließ Mina fallen, als Ferdinand sich bereit erklärte, das Julikönigthum anzuerkennen, und die Uneinigkeit der Rebellen beschleunigte ihren Untergang. Aber obgleich nun jede Gefahr beseitigt war, bewirkten diese Ereignisse doch, daß sowohl Ferdinand als sein gänzlich characterloser Minister Calomarde sich den Apostolischen wieder

Anschläge der Carlisten. näherten. Eine schwere Krankheit, in welche der König im September 1832 fiel und die täglich seinen Tod erwarten ließ, rückte die Stunde der Entscheidung nahe heran. Marie Christine sah ihr mit Angst entgegen. Von Seiten der Carlisten war kein Mittel verschmäht worden, um sie beim Volke in schlechten Ruf zu bringen, und wenigstens die Anklagen der Vergnügungssucht und der Verschwendung waren vollauf begründet. Beispielsweise hatte der königliche Hof im Jahre 1832 nicht weniger als 200 Millionen Realen, d. h. den vierten Theil der Gesammtausgaben und viermal so viel, wie für ihn ausgeworfen war, verbraucht. Die Königin, der allein die Schuld daran beizumessen war, fühlte sich einem Kampfe mit den Carlisten für den Fall, daß ihr Gemahl jetzt sterben sollte, nicht gewachsen. Ein Versuch, sich mit Don Carlos zu verständigen, scheiterte; er lehnte die Hand der Infantin Isabella, die ihm für seinen ältesten Sohn geboten wurde, wenn er die pragmatische Sanction anerkennen wolle, ab, und beharrte unveränderlich auf seinem Standpuncte: so lange der König lebe, werde er diesem treu bleiben; nach dessen Tode aber

Aufhebung der Sanction. sei er König. Unter diesen Umständen verlor Marie Christine den Muth; sie bat den todtkranken König selbst um die Aufhebung der pragmatischen Sanction, und dieser willigte am 18. September ein. Wider alles Erwarten aber besserte sich plötzlich das Befinden des

Monarchen und Ende des Monats war jede Gefahr vorbei. Sofort schlug die Königin wieder einen anderen Ton an; alle Verantwortlichkeit für das Vorgefallene wurde auf Calomarde und die Gegenpartei geschoben; der König war durch die Art, wie man seine Unzurechnungsfähigkeit benutzt hatte, verletzt und seiner Gemahlin für die treue persönliche Pflege, die sie ihm erwiesen, dankbar; kurz schon am 1. October entließ er Calomarde und ernannte Marie Christine zur Regentin. Ehe sie nach einem Vierteljahr diese Würde niederlegte, wurde der Widerruf vom 18. September feierlich zurückgenommen und die weibliche Erbfolge aufs Neue hergestellt. Die liberalen Maßregeln, welche den Anfang der Regentschaft bezeichnet hatten, blieben aber völlig vereinzelt. Der neue Ministerpräsident Zea Bermudez nährte die sonderbare Hoffnung, durch eine conservative Politik den Beifall der Ostmächte, die sich unumwunden für Don Carlos ausgesprochen hatten, in solchem Maße gewinnen zu können, daß sie endlich doch sich für Isabella erklären würden; um die Westmächte aber glaubte er sich nicht kümmern zu brauchen, da sie im eigenen Interesse Gegner der Apostolischen sein müßten. So entfremdete er sich beide Parteien im Auslande wie in Spanien. Schon erreichte der Gegensatz eine solche Höhe, daß in den Provinzen bewaffnete Erhebungen für den Prinzen gewagt wurden. Auch Don Carlos selbst konnte seine bisherige Stellung nicht behaupten; als seine Schwägerin und eifrige Parteigängerin, die Prinzessin von Beira, eine Schwester Dom Miguels, im März 1833 nach Portugal ausgewiesen wurde, erbat und erhielt er die Erlaubniß, ihr zu folgen. Wenige Monate später erließ er von dort einen feierlichen Protest gegen die Huldigung, welche von den Cortes, die zu diesem Zwecke berufen wurden, der künftigen Königin im Voraus geleistet werden sollte. Eine Correspondenz mit seinem Bruder, die mit den liebevollsten Versicherungen der Anhänglichkeit begann, nahm allmählich einen äußerst gereizten Character an, und dem Befehle, Portugal zu verlassen und nach Rom zu gehen, setzte er offenen Widerstand entgegen. Seine Sache war mit der Dom Miguels jetzt untrennbar verwachsen; für sich wollte er, so lange sein Bruder lebte, bei seiner strengen Legalität nichts thun; aber er förderte die Bemühungen des portugiesischen Prätendenten in der Erwartung, daß dieser dafür später auch ihm zur Erlangung des Thrones behülflich sein werde. Um so seltsamer war es, daß Zea Bermudez nicht allein fortfuhr, im Namen Spaniens eben diesen Miguel als den berechtigten König des Nachbarstaates anzuerkennen, sondern ihn sogar heimlich mit Kanonen und Kriegsvorräthen unterstützte.

Erneuerung derselben.

Zea Bermudez.

Don Carlos nach Portugal.

So lagen die Dinge, als Ferdinand VII. starb. Alsbald erhoben sich in fast allen Theilen Spaniens, besonders aber in den baskischen Provinzen, die Anhänger Carls V. wider die Christinos, die Verteidiger der Regentschaft der Marie Christine. Ueberall fast hatten sie in den s. g. königlichen Freiwilligen, einer Miliz, die unter dem Einflusse der Geistlichkeit stand, organisirte Truppen zu ihrer Verfügung; dennoch scheiterten die meisten Erhebungen an der eigenen

Carlisten und Christinos.

Pater Merino.

Unordnung, an dem Widerstande des liberalen Bürgerthums und zum Theil auch an der Energie der Militärbehörden. Am bedrohlichsten war die Bewegung in Altcastilien, von wo der aus den Franzosenkriegen berühmte Pater Merino mit 11,000 Mann gegen Madrid heranzog. Wenn ein stetiger Plan seine Märsche gelenkt, wenn eine gemeinsame Leitung die verschiedenen Erhebungen geordnet hätte, so wäre die Gefahr für die Hauptstadt kaum abzuwenden gewesen. Aber von einer Junta hierhin, von der anderen dorthin gerufen, verzettelte Merino seine Kräfte in nutzlosem Umherziehen und wurde endlich mit wenigen Genossen über die portugiesische Grenze gedrängt.

Don Carlos.

Don Carlos hatte die erste günstigste Gelegenheit verpaßt, indem er, ohne sich zu rühren, bei Dom Miguel verblieb; die unglaubliche Beschränktheit und Gedankenarmuth, der gänzliche Mangel an geistiger Beweglichkeit, wovon er noch so viele Beweise ablegen sollte, traten schon hier zu Tage. Die nothwendige Folge davon war, daß die carlistische Erhebung keinen Mittelpunct fand, sondern in den einzelnen Provinzen sich selbständig entwickelte. Wo tüchtige Führer an der Spitze standen, gedieh sie; wo das nicht der Fall war, unterlag sie schnell. Auf der christinischen Seite ging es aber nicht viel anders zu, die Regierung in Madrid beeinflußte die Entscheidung nur wenig; daß Merinos Schaaren sich auflösten, daß auch in Catalonien, Navarra und den drei baskischen Ländern der Aufstand bis in die Berge zurückgedrängt wurde, war den Generalen Sarsfield, Quesada, Llauder zu danken, nicht dem Minister Zea Bermudez.

Zea Bermudez.

Dieser Mann, der bei den Liberalen kaum minder verhaßt war, als sein Vorgänger Calomarde, blieb zum allgemeinen Erstaunen ruhig am Ruder; durch eine Annäherung an Frankreich, dessen bewaffneten Beistand er schon im October wiewohl vergeblich erbat, durch die Anerkennung des Dom Pedro und durch die Aufnahme des gemäßigt liberalen Burgos in sein Cabinet hoffte er seine Stellung zu befestigen; aber nach etwa einem Vierteljahre (am 14. Januar 1834) mußte er vor dem ungestümen Verlangen der ihm feindlichen Generale, besonders Llauders und Quesadas, doch seinen Platz räumen. Zu

Martinez de la Rosa.

seinem Nachfolger bestimmte Marie Christine Martinez de la Rosa, der schon 1822 Minister gewesen und dessen vorsichtiger Liberalismus voraussichtlich auch in Paris genehm war. Die Parteimänner waren allerdings durch diese Lösung keineswegs befriedigt und befeindeten besonders Burgos, den einst hochgefeierten, der eine Reihe verständiger Reformen in der Verwaltung anbahnte, auf das lebhafteste; auch ließ es das neue Cabinet nicht an Mißgriffen fehlen; aber diese wären bei der schwierigen Lage Niemandem erspart geblieben, und im Ganzen und Großen waren die Maßregeln, die es traf, doch zeitgemäß und erfolgreich. In der inneren Politik ragte als bedeutendste That der

Estatuto real.

Erlaß einer Verfassung, des Estatuto real vom 10. April 1834, und die Berufung einer Volksvertretung in zwei Kammern (die der Proceres und der Procuradores genannt) hervor; in der äußeren Politik trat Rosa entschieden zu den Westmächten hinüber, indem er Anfang April den General Rodil zur Unterstützung Dom Pedros in Portugal

einrücken ließ und am 22. deſſelben Monats mit England, Frankreich und Portugal die londoner Quadrupelallianz abſchloß. Das Hauptverdienſt an dieſem Vertrage, den er einen prächtigen Treffer und ganz und gar ſein Werk nannte, nahm Lord Palmerſton für ſich in Anſpruch; etwas überſchwänglich ſah er darin, als in dem Bündniß der vier conſtitutionellen Weſtmächte, ein gewaltiges Gegengewicht gegen die Heilige Allianz des Nordens; die nächſten Aufgaben der Allianz waren aber doch ziemlich beſchränkt, beſchränkter, als das ſpaniſche Intereſſe ſie gefordert hätte. Die Mächte verſprachen ſich gegenſeitig, die Entfernung der beiden Prätendenten aus Portugal erzwingen zu wollen; zu dem Zwecke ſollte England durch eine Flotte, Spanien durch ein Heer mitwirken, während Frankreichs Betheiligung nur für den Nothfall vorbehalten wurde und durch ein neues Abkommen geregelt werden ſollte. Dafür, daß Don Carlos auch von Spanien ferngehalten werde, traf der Vertrag keine Vorkehrungen; wenn der Bevollmächtigte Marie Chriſtinens dies im Intereſſe ſeines Landes hätte fordern ſollen, ſo ſtieß er dabei auf den Widerſtand Palmerſtons, der zwar unzweifelhaft eben ſo ſehr die Erhaltung Iſabellens auf dem ſpaniſchen, wie die Marias auf dem portugieſiſchen Throne anſtrebte, dem aber ein directes Eingreifen in den ſpaniſchen Streit deshalb ſo ſehr mißbehagte, weil die bewaffnete Einmiſchung dabei von Frankreich hätte ausgehen müſſen und dieſer Macht einen überwiegenden Einfluß in Madrid verliehen haben würde. In Portugal erzielte die Allianz nun ſehr ſchnell einen vollkommenen Erfolg. Rodil vereinigte ſich mit Dom Pedro und brachte am 15. Mai den Migueliten bei Thomar eine vernichtende Niederlage bei. In Folge deſſen hielten die beiden Prätendenten es für gerathen, ſich zu fügen, Dom Miguel unterzeichnete am 26. Mai einen Vertrag von Evora, kraft deſſen er auf die Krone verzichtete und Portugal auf immer zu verlaſſen verſprach. Auch von den ſpaniſchen Angelegenheiten gelobte er, ſich fern zu halten und bekam dafür ein Jahrgehalt von 375,000 Francs zugeſichert. Wenige Tage darauf ſchiffte ſich auch Don Carlos, nachdem er die engliſche Vermittelung angerufen hatte, auf einem britiſchen Kriegsdampfer nach England ein.

Quadrupelallianz.

Dom Miguel beſiegt.

Vertrag von Evora.

Miguel widerrief zwar bald darauf von Italien aus ſeine Zuſagen; aber ſeine politiſche Rolle war doch ausgeſpielt. Vermählt mit einer Prinzeſſin von Löwenſtein-Wertheim lebte er noch über dreißig Jahre in Deutſchland und ſtarb völlig vergeſſen am 14. November 1866 in Heubach. Don Carlos dagegen begann jetzt erſt recht für ſeine Sache zu wirken. Zu Anfang Juli 1834 entfernte er ſich plötzlich aus London und erſchien in den baskiſchen Provinzen, wo ſeine Sache den ſtärkſten Halt fand. Durch Sprache, Sitten und Vorrechte mancherlei Art von den übrigen Spaniern geſchieden, hatten die Bewohner dieſer Gebirgslandſchaften beſonders für die Ziele und Beſtrebungen der liberalen Partei durchaus kein Mitgefühl und kein Verſtändniß. Sie genoſſen nach ihren alten Landesrechten, den fueros, der Privilegien einer geſonderten Verwaltung und Juſtiz, der Steuer-

Dom Miguels Ausgang.

Die Basken.

bewilligung und der Militärfreiheit. Sie waren durch eine Zolllinie von ihren spanischen Landsleuten getrennt und dagegen im freien Handelsverkehr mit Frankreich. Der daraus erwachsende Schmuggel war eine reiche Quelle des Wohlstandes und eine treffliche Schule des Kleinkrieges. Von den Liberalen, die nach Gleichförmigkeit und Einheitlichkeit der Verwaltung und Verfassung im ganzen Königreiche strebten, hatten sie zu allen Zeiten nur Angriffe auf ihre Privilegien erfahren. Ihnen auch schrieben sie es zu, daß Ballesteros, der Finanzminister in Calomardes Cabinet, den Plan wieder aufnahm, sie in die spanischen Zolllinien einzuschließen. Dadurch erbittert, waren sie um so lieber bereit, bei des Königs Tode gegen die neue dreijährige Herrscherin Partei zu ergreifen. Die ersten Versuche der Auflehnung wurden indeß bei ihnen durch den General Sarsfield eben so schnell unterdrückt, wie in den anderen Provinzen. Die Städte, in denen Carl V. ausgerufen war, besonders Vittoria und Bilbao, wurden noch im October 1833 wieder besetzt und die Aufständischen in's Gebirge gedrängt. Aber nicht lange dauerte dieser Rückschlag. Noch im November des Jahres erhielten die Carlisten in Thomas Zumalacarregui einen Führer, der bei der strengsten Disciplin seinen Leuten die feurigste Begeisterung einzuflößen verstand, und dem keiner der königlichen Generale auch nur von ferne gewachsen war. Freilich war andererseits auch er es, der in den Kampf von vornherein einen Zug barbarischer Grausamkeit brachte, der sich beständig steigerte und zu geradezu entsetzlichen Gräueln führte. Wie er jeden seiner Leute, der sich zur Flucht wandte, mit dem Tode bestrafte, und jedem Offizier, der diese Strafe nicht vollstrecke, dasselbe Schicksal androhte, so ließ er schon im März 1834 mit kaltem Blut 120 Gefangene erschießen und rief dadurch die gräulichste Wiedervergeltung hervor. Bald wetteiferten die beiden Heere förmlich an Grausamkeit; nicht einmal die Greise, die Kinder und die Frauen wurden geschont. Cabrera, der neben Zumalacarregui der bedeutendste Offizier der carlistischen Schaaren war, mußte es erleben, daß seine alte Mutter, die obendrein dem Parteitreiben gänzlich fremd war, von den Carlisten erschossen wurde, und in wahnsinnigem Schmerze sühnte er ihren Tod durch das Blut von 24 Frauen liberaler Feinde. Die Verwilderung der Sitten nahm furchtbar zu und eröffnete mit jedem Kriegsjahre schrecklichere Aussichten.

Erster Aufstand unterdrückt.

Zumalacárregui.

Eine schnelle Entscheidung herbeizuführen war aber keine von beiden Parteien im Stande. Die Carlisten waren nur in ihren Bergen stark und den Christinos fehlte geradezu Alles, was zum Siege nöthig war. Der englische Gesandte in Madrid meinte, es sei schwer zu sagen, ob sie den Krieg gleich von Anfang militärisch oder politisch am ärgsten verhunzt hätten. Aber freilich mußte man den Ministern den jämmerlichen Zustand, in welchem sie das Land gefunden hatten, zu Gute rechnen. Ihre Berichte an die Cortes, die im Juli zusammentraten, enthüllten wahrhaft trostlose Zustände. In den letzten zehn Jahren waren Anleihen zum Betrage von 3 Milliarden Realen abgeschlossen; aber nicht einmal der vierte Theil

Lage der beiden Parteien.

dieſer Summe war wirklich in die Staatscaſſe eingeliefert. Der Beſtand der Flotte hatte ſich ſeit 1818 von 65 Schiffen auf 22 vermindert, die kleinſten und die älteſten faſt unbrauchbaren Fahrzeuge eingerechnet. Die Stadtmilizen zählten auf dem Papiere faſt 200,000 Mann, aber nur ein Drittel davon war „mehr oder weniger vollſtändig“ bewaffnet. Die Länge der Landſtraßen wurde auf 740 Meilen angegeben, allein ſelbſt auf den wichtigſten Strecken fehlten die Brücken. Und ſo gab es überall unglaubliche Dinge zu melden, deren Beſeitigung Millionen und aber Millionen erfordert hätte, während die Staatscaſſen leer, der Credit erſchöpft, der Stand der Papiere der ſchlechteſte war. Wenn eine tüchtige Regierung Jahre lang in ungeſtörter Arbeit ſich der Hebung des geſunkenen Landes hätte widmen können, ſo wäre die Aufgabe noch eine ſchwierige geweſen; wie viel ſchwieriger mußte ſie für das Miniſterium Roſa ſein, das gleichzeitig mit den Banden des Don Carlos, mit der Oppoſition in den Cortes und mit den revolutionären Parteien im Lande zu kämpfen hatte. Selbſt in Madrid wagten die letzteren, die nach der Verfaſſung von 1812 riefen, blutige Aufſtände und brachten das Leben der Miniſter in Gefahr. Roſa ſelbſt behauptete ſich bis in den Juni 1835 am Ruder, aber mehr als einmal mußte er ſeine Collegen wechſeln, beſonders den im Kriegsminiſterium, das gerade der gleichmäßigſten Leitung ſo ſehr bedurft hätte. Immer von Neuem klagten die Generale, die gegen Zumalacarregui geſchickt wurden, über die Unordnung und die Verwirrung in der Verwaltung; lieber ſolle man ſie abſetzen, murrten ſie wohl, und wenn man ihnen auch das Quartier in Ceuta (d. h. Feſtungshaft) beſtimmen ſollte. Nach einander erprobten Sarsfield, Valdes, Queſada ihre Geſchicklichkeit in dem gefährlichen Berglande, aber ſelbſt gelegentliche Siege halfen ihnen Nichts gegen einen Feind, den ſie nicht verfolgen konnten. Auch Rodil, der Sieger in Portugal, der im Juli 1834 auf dem Kampfplatze erſchien, vermochte den Feinden Nichts anzuhaben, zumal die gleichzeitige Ankunft des Don Carlos deren Begeiſterung noch höher entfachte. Siegesberichte ſchickte er wie ſeine Vorgänger und Nachfolger freilich ſo maſſenhaft nach Madrid, daß die amtliche Zeitung binnen dreier Jahre nicht weniger als 597 gewonnene Schlachten aufzählen konnte, in denen Alles in Allem 380,000 Carliſten getödtet oder gefangen ſein ſollten, d. h. beträchtlich viel mehr, als die geſammte Bevölkerung der baskiſchen Provinzen betrug. Aber Siege oder Niederlagen, es blieb im Ganzen und Großen ſtets beim Alten und ein neues Gefecht bedeutete für die Geſammtlage des Landes kaum mehr, als daß ſo und ſo viel Spanier weniger am Leben waren. Nachdem Rodil ſich binnen einiger Monate abgenutzt hatte, kam im October 1834 der alte Mina an ſeine Stelle. Aber krank und gebrochen, wie er war, konnte er ſeine große, oft bewährte Fähigkeit für den Gebirgskrieg auch nicht mehr recht bethätigen und bat nach einem halben Jahre um ſeine Entlaſſung. Ihn zu erſetzen, erſchien der damalige Kriegsminiſter Valdes in Perſon auf dem Schauplatze der Kämpfe. Mit Hülfe der friſchen Truppen, die er

Erfolgloſe Kämpfe.

bei sich hatte, wollte er ein ganz neues System durchführen; statt seine Leute, wie es bisher geschehen, zu zersplittern, gedachte er sie zusammen zu halten und wenige, aber wuchtige Schläge auszuführen. Das traurigste Mißlingen war die Folge dieses Planes. In den Bergen und Thälern um Estella überfiel und umschwärmte, ermüdete und zersplitterte Zumalacarregui im letzten Drittel des April seine Feinde mit solchem Erfolge, daß die schlimmste Entmuthigung und Verwirrung bei denselben einriß und Valdes schleunigst über den Ebro zurückging. Eine ganze Reihe fester Orte, die bisher noch von den Christinos behauptet waren, fielen durch Sturm, Uebergabe oder freiwillige Räumung in die Hände der Carlisten; Pampluna, Vittoria, Bilbao, die Hauptstädte und Hauptfesten der Provinzen, hielten sich zwar, wurden aber von jedem Verkehr unter einander und mit Madrid abgeschnitten; es war ein Triumph, wie ihn Don Carlos noch nicht erlebt hatte.

Zumalacarreguis Siege.

Valdes verheimlichte dem Ministerium nicht, wie ernst die Lage sei, und mahnte dringend, daß man schleunigst um französische Hülfe bitte. Davon hatte Rosa bisher durchaus nichts wissen wollen; aber schlimme Botschaften aus Aragon, wo Cabrera, und aus Castilien, wo Merino gleichzeitig Fortschritte machten, gaben der Forderung von Valdes doppeltes Gewicht. Einen gewissen Anspruch auf französischen Beistand konnte man aus dem Quadrupelvertrage herleiten. Hatte sich dieser ursprünglich auch nur auf Portugal bezogen, so waren die betheiligten Mächte doch schon im August 1834 übereingekommen, ihn auf Spanien auszudehnen, und hatten in diesem Sinne die Zusatzartikel vom 18. August unterzeichnet. Jedenfalls hing die Zulässigkeit einer französischen Einmischung auch so von der Einwilligung Englands und Portugals ab. Lord Palmerston hielt es nun zwar nicht für gerathen, diese geradezu zu verweigern, aber er lehnte sehr entschieden jede Verantwortlichkeit für etwaige Verwickelungen ab, die darüber mit den Ostmächten entstehen könnten. Mehr brauchte Louis Philipp, der selbst gar keine Lust zu dem gefährlichen Unternehmen hatte, nicht; obgleich Thiers die Einmischung befürwortete, wurde dem spanischen Gesandten am 8. Juni eine abweisende Antwort zu Theil; Alles, wozu man sich verstand, war eine strenge Grenzsperre an den Pyrenäen und die Erlaubniß, in Frankreich (wie auch in England) Werbungen für eine Fremdenlegion anzustellen.

Frankreich und England.

In Madrid erwartete man währenddeß täglich das Anrücken Zumalacarreguis, auch im carlistischen Lager wettete man darauf, binnen sechs Wochen in der Hauptstadt zu sein. Aber zum ersten Male machte sich jetzt der hemmende Einfluß der Höflinge geltend, die sich um Don Carlos angesammelt hatten. Trotz aller Vorstellungen Zumalacarreguis wurde ihm der Befehl ertheilt, nicht gegen Madrid, sondern gegen Bilbao zu ziehen. Er gehorchte und zog in den Tod. Vor Bilbao empfing er am 15. Juni eine Wunde, welcher er am 24. erlag. Der Verlust, welchen die carlistische Sache dadurch erlitt, war kaum zu ermessen. Daß die Belagerung

Zumalacarreguis Tod.

von Bilbao aufgehoben werden mußte, war das kleinere Uebel; das größere war die Unsicherheit und Zerfahrenheit, welche jetzt auch bei den Carlisten in der obersten Leitung Platz griff. Eine ernste Niederlage, die sie am 16. Juli bei Mendigorria durch Cordoba, der jetzt die Christinos commandirte, erlitten, gab Zeugniß davon. Sie konnte für den Wendepunkt im baskischen Kriege gelten. Bis dahin war die Macht der Carlisten im stetigen Wachsthum gewesen; jetzt kam sie zum Stehen, und der Zug nach Madrid war zunächst wenigstens unmöglich geworden. Wendepunct des Krieges.

Den plötzlichen Umschwung auszunutzen, waren zu ihrem Unglück die Christinos nicht im Stande. Das Ministerium Rosa hatte die Ablehnung des französischen Hülfegesuchs nicht überlebt, sondern einem liberaleren Cabinet, an dessen Spitze der bisherige Finanzminister Toreno stand, Platz gemacht. Den Radicalen genügte jedoch dieser Wechsel noch nicht, sie verlangten nach der Verfassung von 1812. Ihre Hauptstärke hatten sie in Andalusien. Hier bildeten sich im August 1835 in fast allen Städten, Malaga, Cadiz, Sevilla, Granada voran, Regierungsausschüsse, s. g. Junten, die den Befehlen aus Madrid jeden Gehorsam versagten. Aehnlich ging es in Aragon und Catalonien, sowie an der ganzen Ostküste. In wenigen Tagen sah das Ministerium seinen Einfluß auf die mittleren und die westlichen Provinzen zurückgedrängt und selbst hier gefährdet. Unter diesen Umständen wußte Toreno kein anderes Rettungsmittel, als noch einmal die Hülfe von Frankreich zu erflehen. Aber es erging ihm nicht besser als seinem Vorgänger; Louis Philipp verweigerte den Beistand, den er gegen die Carlisten versagt, auch gegen die Radicalen. Es lag in der Natur der Sache, wenn jetzt Toreno zurücktreten und seinem bisherigen Collegen Mendizabal weichen mußte, der den radicalen Progressisten nahe genug stand, um auf ihre Freundschaft rechnen zu dürfen, und der in der äußeren Politik sich nicht auf Frankreich, sondern auf England zu stützen entschlossen war. Durch versöhnliche Maßregeln und besonders durch die Beförderung namhafter Parteiführer zu bedeutenden Aemtern beschwichtigte er die Aufregung soweit, daß sich die Junten im October allmählich auflösten. Auch gegen die Carlisten schien der neue Minister viel Entschlossenheit bethätigen zu wollen. Ein Vertrag vom 24. September sicherte ihm die Entsendung eines portugiesischen Hülfscorps; vier Wochen später ordnete ein Decret der Regierung die Aushebung von 100,000 Spaniern an. Mendizabal entwickelte eine unglaubliche Zuversicht auf den Erfolg seines Regimentes und brüstete sich insbesondere vor den Cortes, die im November wieder zusammentraten, dergestalt mit seinem „Finanzgeheimniß", daß man nach Palmerston's witziger Bemerkung glauben mußte, er habe mindestens die Gans mit den goldenen Eiern unter geheimem Verschluß. Eine Zeit lang imponirte er dadurch wirklich Feinden wie Freunden und verfügte in den Cortes über eine unerhörte Majorität; als diese mehr und mehr zusammenschmolz und endlich gar zur Minderheit wurde, löste er die Versammlung kurzweg auf und verschaffte sich dadurch (im Januar Die Radicalen. Portugiesische Hülfe.

1836) eine neue Galgenfrist. Im Baskenlande hatte während dessen Cordoba gegen die carlistischen Führer Maroto, Moreno, Eguia u. A. tapfer Stand gehalten, wenn er auch manchen Verlust nicht abzuwenden vermochte. In Catalonien und Aragon dagegen zog der Carlismus aus den Erhebungen der Radicalen großen Vortheil und operirte mit solchen Massen, wie er sie bis dahin noch nicht zur Verfügung gehabt hatte. Mochte man sich in Madrid durch Mendizabal's Schwindeleien täuschen lassen, in den Provinzen, an Ort und Stelle, ward man seiner großen Worte denn doch satt. Wenn nicht endlich eine tröstliche Erfahrung die hundertmal versprochenen Thaten zu zeigen anfange, drohten die Aragonesen und Valencianer sich ganz von den Christinos loszusagen und ihre Provinzen selbständig zu verwalten. Die Neuwahlen zu den Cortes lieferten zwar fast lauter fortschrittliche Abgeordnete, aber die frühere unbedingte Herrschaft übte Mendizabal nicht mehr. Unter der Leitung zweier Männer, die früher Anhänger des Ministers gewesen waren, Isturiz' und Galiano's, bildete sich eine neue Partei, die sich zugleich der Regentin zu nähern suchte. Seine beste Stütze besaß Mendizabal jedenfalls an Lord Palmerston, der ihn auf alle Weise zu fördern suchte. Ganz in Widerspruch mit seiner bisherigen Politik lud er im März 1830 sogar Frankreich zur bewaffneten Einmischung ein und ertheilte, da Louis Philipp auch diese Aufforderung ablehnte, wenigstens der englischen Flotte unter Admiral Hay Befehl, thätigen Antheil am Kriege zu nehmen. Mendizabal suchte sich dafür natürlich dankbar zu zeigen und wollte einen ansehnlichen Erfolg, den Hay am 5. Mai in Gemeinschaft mit Evans, dem Commandeur der englischen Fremdenlegion, vor San Sebastian davongetragen, benutzen, um dem letzteren auf Kosten Cordoba's eine besondere Auszeichnung zuzuwenden. Allein Marie Christine, die seiner schon längst überdrüssig geworden war und jetzt in Isturiz den Mann der Lage sah, verweigerte ihre Zustimmung und entließ, da Mendizabal nicht aufhörte seine Forderung zu erneuern, am 14. Mai das ganze Cabinet. Allerdings antworteten die Cortes darauf mit einem wahren Sturm von Entrüstung und Unwillen und ertheilten den neuen Ministern Isturiz und Galiano ohne jeden Anlaß schnell hinter einander ein paar Mißtrauensvoten. Aber einzuschüchtern vermochten sie dieselben nicht, sondern beschleunigten nur ihre eigene Auflösung, die schon am 23. Mai von der Regentin vollzogen wurde. Der Ausfall der Neuwahlen schien zu bezeugen, daß das Land dieses kräftige Auftreten des Ministeriums billige. Aber die Befriedigung darüber sollte nur kurze Zeit dauern. Gegen Ende Juli erhoben sich die Radicalen in Andalusien, riefen die Verfassung von 1812 aus und beherrschten in wenigen Tagen nicht allein die ganze Provinz, sondern bald auch Aragon, Catalonien und andere Landestheile im Norden und in der Mitte. Noch trüber wurde die Lage der Regierung durch ein paar glückliche und kühne Expeditionen, welche die Carlisten nach Asturien und Castilien unternahmen; in voller Verzweiflung rief Isturiz noch einmal den Beistand Frankreichs an: „Eine Provinz nach der andern

entzieht ſich dem Gehorſam; bald wird die Regierung auf die Hauptſtadt beſchränkt ſein; ohne franzöſiſche Hülfe bleibt der Königin nichts übrig, als die Verfaſſung von 1812 anzunehmen.“ Wirklich ward ihm jetzt das Verſprechen zu Theil, die franzöſiſche Fremdenlegion ſolle auf 8000 Mann alter Truppen verſtärkt werden; aber dieſe Hülfe kam zu ſpät.

Die Revolution von La Granja.

In der Nacht zum 13. Auguſt 1836 drangen zu La Granja, wo ſich die Regentin fern von der Hauptſtadt aufhielt, Soldaten des 4. Garderegiments, von dem Unteroffizier Garcia geführt, in das Schlafgemach Marie Chriſtinens und erpreßten von ihr das Verſprechen, die Verfaſſung von 1812 wieder einzuführen. Der Sturz des Miniſteriums, deſſen Neubildung Calatrava übertragen wurde, ſcheußliche Pöbelſcenen in Madrid, denen Queſeda zum Opfer fiel, und überdies die vollſtändige Abwendung Frankreichs waren die Folge. Mit Recht oder mit Unrecht wollte man in Paris dieſe Vorgänge für eine engliſche Intrigue ausgeben; der Privatſecretär des engliſchen Geſandten ſollte perſönlich Geld unter die Aufrührer vertheilt haben. Dem neuen radicalen Miniſterium die Hülfe zu leiſten, welche Iſturiz verſprochen war, fühlte ſich Louis Philipp durchaus nicht verpflichtet. Thiers' Einwendungen und Vorſtellungen blieben fruchtlos; 14 Tage nach der Revolution von La Granja mußte er von ſeinem Poſten zurücktreten, und Graf Molé, der ihn erſetzte, machte ſogleich die Verſtärkung der Fremdenlegion rückgängig und näherte ſich in ſtarker Schwenkung der ſpaniſchen Politik der Oſtmächte.

Aufſchwung des Carliſmus.

Noch einmal hatten ſo die Dinge für Don Carlos ohne ſein Zuthun eine äußerſt günſtige Geſtalt gewonnen. Eingeſchüchtert und um ſich ſelbſt beſorgt war Marie Chriſtine nicht abgeneigt, das Spiel ganz verloren zu geben und ſich in ihr Heimatland Neapel zurückzuziehen. Die Gemäßigten unter ihren Anhängern konnten ſich nicht verhehlen, daß ſie dem Don Carlos doch eigentlich viel näher ſtänden als den Radicalen, die jetzt das Ruder lenkten. Nur einige Zugeſtändniſſe von Seiten des Prätendenten, und ſie erklärten ſich für ihn. Auch militäriſch waren die Carliſten in großem Vortheil. Nicht genug daran, daß die franzöſiſche Fremdenlegion, zuſammengeſchmolzen wie ſie war, ohne Verſtärkung blieb, brachen auch noch in der engliſchen, die ſeit Monaten keinen Sold erhalten, Meutereien aus. Cordoba, der Befehlshaber der Chriſtinos, hatte ſeinen Abſchied, aber wochenlang keinen Nachfolger erhalten. Kühne Bandenführer wie Gomez und Garcia durchzogen die Provinzen ſüdlich des Ebro und bedrohten ſogar Madrid; ja ſelbſt nach einer ſchweren Niederlage, die ihm der chriſtiniſche General Alaix am 19. September 1836 bei Villarrobledo in der Mancha beibrachte, abenteuerte Gomez weiter, beſetzte Cordoba und die Queckſilberſtadt Almaden, verſpottete den Kriegsminiſter Rodil, der ſelbſt gegen ihn ausgezogen war, und erlag erſt Ende November wenige Meilen von Cadiz den entſchloſſeneren Angriffen des Generals Narvaez, der vorher auch Garcia beſiegt hatte; immerhin gelang es ihm auch ſo noch von ſeinen

Gomez' und Garcia's Streifzüge.

10,000 Mann etwa den dritten Theil durch bewundernswürdige Gewaltmärsche an und über den Ebro zurückzubringen.

Espartero vor Bilbao.

Don Carlos hatte mittlerweile eine neue Belagerung von Bilbao eröffnet. Seit Ende October lag er vor der Stadt, die ihm vor Jahresfrist seinen besten Feldherrn, Zumalacarregui, gekostet hatte. Jetzt schien sie ihrem Schicksal nicht entgehen zu können. Die Christinos selbst verzweifelten daran, sie zu retten. Nur langsam und zögernd entschloß sich der neue Befehlshaber in den baskischen Provinzen, Baldomero Espartero, doch wenigstens den Versuch zu wagen. Es kam darauf an, den Carlisten das Fort Luchana wieder zu entreißen, welches die Verbindung zwischen Bilbao und Portugalete sperrte. Begünstigt von einem furchtbaren Schneegestöber errang Espartero in der Weihnachtsnacht diesen hart bestrittenen Erfolg; die Carlisten, bitter enttäuscht, zogen in wilder Hast von Bilbao ab, und die Christinos, überdies durch Narvaez' Erfolge im Süden ermuthigt, jubelten maßlos über die glückliche Wendung der Dinge und glaubten jetzt durch einen Hauptschlag dem Kriege ein Ende machen zu können.

In den ersten Tagen des März (1837), so war ihr Plan, sollten Espartero von Bilbao, Sarsfield von Pamplona und Evans von San Sebastian, alle drei zusammen mit etwa 50,000 Mann, aufbrechen und sich bei Tortosa in Guipuzcoa vereinigen, um so gemeinschaftlich dem Feinde den Todesstreich zu versetzen. Aber so gut der Plan ausgedacht war, so kläglich mißlang er. Espartero und Sarsfield vermochten nicht die Feinde, die ihnen entgegentraten, aus

Sieg bei Oriamendi.

ihren Stellungen zu verdrängen; Evans erfocht zwar am 15. März bei Oriamendi einen glänzenden Sieg, aber nur, um am nächsten Tage von Don Sebastian, Don Carlos' Bruder, ebenso entschieden geschlagen und zum Rückzug nach San Sebastian gezwungen zu werden. Dennoch wurde der Plan nicht aufgegeben; in etwas veränderter Gestalt sollte er im Mai ausgeführt werden; Espartero selbst begab sich mit dem Haupttheil seiner Truppen zur See nach San Sebastian und brach da mit 36,000 Mann nach Tolosa auf. Diesmal war ihm der leichteste Erfolg beschieden; auf den wichtigsten Puncten traf er nur kleine Schaaren von Vertheidigern. In Don Carlos' Kriegsrath hatte nämlich die Partei gesiegt, welche längst schon zu einem Zuge nach Madrid drängte. Um die Mitte des Monats brach das königliche Hoflager von Estella auf und setzte sich mit einem höchst mangelhaft verproviantirten Heere von kaum 14,000 Mann nach Aragon in Bewegung. Den Ebro sofort zu überschreiten und gradenwegs auf die Hauptstadt loszugehen, konnte man sich nicht entschließen; vielmehr wich die Marschrichtung immer entschiedener nach Osten aus und nach vier Wochen befand sich Don Carlos statt näher an Madrid hoch im Nordosten, in Salsona, dem Sitz der carlistischen Junta von Catalonien. Nur den dringenden Vorstellungen Cabrera's, der aus den Bergen von Valencia heraus und von seiner starken Veste Cantavieja die carlistische Sache verfocht, gelang es die Expedition endlich zum Ebroübergang bei Cherta (nahe

der Mündung) zu bewegen. Aber auch jetzt ward nicht die Straße nach Madrid eingeſchlagen, ſondern erſt das reiche Valencia heimgeſucht. Das gab denn den Chriſtinos Zeit, Truppen heranzuziehen und die ſorgloſen Feinde bei Chiva am 15. Juli zu überfallen und in die Berge von Cantavieja zu werfen. Espartero hatte unterdeß in den entblößten baskiſchen Provinzen eine Reihe der wichtigſten Plätze erobert und rückte nun, zum Oberbefehlshaber aller gegen die Carliſten kämpfenden Truppen ernannt, auch ſeinerſeits über den Ebro heran. Wäre er ein Feldherr im großen Stile geweſen, ſo hätte Don Carlos nicht mehr entkommen können; allein die Fähigkeit, getrennte Truppentheile nach einem Ziele zu lenken, ging ihm völlig ab. Die Carliſtenführer hingegen, neben Cabrera beſonders Zaratiegui, operirten ſehr geſchickt und wußten die feindlichen Generale theils einzeln zu ſchlagen, theils ſich zwiſchen ihnen hindurchzuwinden und ſich dann in der Richtung auf Madrid zu vereinigen. Am 12. September ſtand Don Carlos mit 16,000 Mann jenſeits des Tajo in Arganda und ſein Vortrab ſah die Thürme der Hauptſtadt vor Augen.

Wenige Wochen vorher war das Miniſterium Calatrava zuſammengebrochen. In Anbetracht der ſchwierigen Lage, die es nach der Revolution von La Granja vorfand, war ſeine Amtsführung doch nicht erfolglos geweſen. Obgleich es ſelbſt aus Radicalen beſtand und der Anerkennung der Verfaſſung von 1812 ſeinen Urſprung verdankte, hatte es doch ſofort alle Anſtalten getroffen, um dieſe in gemäßigtem Sinne umarbeiten zu laſſen und hatte die Cortes für dieſe Auffaſſung zu gewinnen gewußt. So war nach langen parlamentariſchen Kämpfen die Verfaſſung vom 8. Juni zu Stande gekommen, die, immer noch ſehr demokratiſch gefärbt, doch den Conſervativen ſo viel Gewähr bot, wie nöthig war, um ſie von dem Uebergang ins carliſtiſche Lager abzuhalten. Ein triftiger Anlaß für den Rücktritt des Miniſteriums lag auch jetzt nicht vor; es fiel vor der muthwilligen Demonſtration einer Anzahl von Espartero's Offizieren, die im Auguſt, als Zaratiegui die Hauptſtadt bedrohte, ungeſtüm einen Miniſterwechſel forderten. Natürlich fiel die Neubildung des Cabinets nun Espartero zu, der ſomit die politiſche und die militäriſche Leitung in ſeiner Hand vereinigte. Für ihn hing Alles jetzt davon ab, daß er den Carliſten den Einzug in Madrid verwehrte. Wider Erwarten gelang ihm das ohne Schwertſtreich. Don Carlos wagte nicht, es auf einen Kampf in den Straßen von Madrid ankommen zu laſſen, und wandte ſich am 13. September zum Rückzug nach Nordoſten. Unter großen Mühſalen und ſchweren Verluſten erreichte er endlich in den letzten Tagen des October den Ebro mit dem demüthigenden Bewußtſein, ein entſcheidendes Unternehmen gänzlich geſcheitert zu ſehen.

Don Carlos' Rückzug.

Das war aber nicht das einzige Unglück. Die Parteien in ſeinem Lager, die ſich ſtets lebhaft bekämpft hatten, geriethen jetzt um ſo heftiger aneinander. Die eine machte der anderen das Mißlingen zum Vorwurf; die Ultras aber klagten die Gemäßigten über-

dies noch an, daß sie zu dem Zuge gerathen. Es gelang ihnen, den Prätendenten jetzt ganz unter ihren Einfluß zu bekommen. Wir, so lautete die Parole, die der neue Obergeneral Guergué ausgab, wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge haben Ew. Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Classe gehört, ist ein Verräther! Die militärische Unfähigkeit dieses Mannes, der im Laufe des Jahres 1838 mehrere Niederlagen erlitt, obgleich auch Espartero den Krieg sehr lässig führte, schädigte die Interessen Karls aber kaum so sehr, wie das fanatische Treiben seiner Parteigenossen, unter denen der Bischof von Leon und der Höfling Arias Teijeiro als Führer hervorragten. Unter den treuesten Anhängern des Prinzen zeigte sich Unzufriedenheit, mehr als ein Regiment murrte und meuterte, die Basken begannen des Krieges überdrüssig zu werden, und auch die östlichen Cabinette wurden stutzig und hielten ihre Subsidiengelder zurück. Dies letztere berichtete dem Prätendenten der Erzbischof von Havana, Cirilo, der nach einer Rundreise an den genannten Höfen sich zu ihm begab und wenigstens so viel durchsetzte, daß an Stelle des fanatischen und unfähigen Guergué, der im Juni das feste Peñacerrada verloren hatte, der gemäßigte und tüchtige Maroto das Obercommando erhielt. Unmöglich konnte sich dieser aber sicher fühlen, so lange seine erbitterten Feinde den vertrauten Rath seines Fürsten bildeten und demselben vordemonstriren durften, die Leute, welche lesen und schreiben könnten, die Generale, die mit Zirkel und Karte arbeiteten, seien keine Freunde der Religion und der Rechte des Prätendenten. Gegen sie, die offen auf seinen Sturz hinwirkten, glaubte Maroto auch seinerseits Gewalt brauchen zu dürfen. Nachdem er lange vergeblich ihre Entfernung aus der Umgebung des Königs und die Befreiung seiner Gesinnungsgenossen aus der Haft, in welcher sie gehalten wurden, gefordert hatte, erklärte er endlich geradezu, es bleibe ihm Nichts als blutige Selbsthülfe übrig. Dann ließ er ohne Zögern Guergué, Garcia und zwei andere Generale verhaften und nach kurzem Kriegsrath am 18. Februar 1839 zu Estella erschießen. Don Carlos antwortete darauf mit einer Proclamation, die Maroto als einen Verräther entsetzte und zur Rechenschaft vorlud. Allein als keine Hand sich rührte, um diesem Befehle Achtung zu verschaffen, als der Verräther selbst mit seinen Truppen heranrückte, entschlossen, seinen Willen durchzusetzen, da mußte sich Don Carlos wohl oder übel fügen, mußte seine Proclamation zurücknehmen und verbrennen lassen, mußte eine neue an ihre Stelle setzen, welche die Hinrichtung der Generale billigte und Maroto eine Ehrenerklärung gab, und mußte endlich 35 Mitglieder der Ultrapartei, darunter den Bischof von Leon, den Arias Teijeiro, den Beichtvater Larraga aus seiner Nähe und den ihm anhängenden Landestheilen verbannen. Damit war seine Sache thatsächlich verloren. Nicht als ob die Ultras allein im Stande gewesen wären, sie zu vertheidigen. Aber der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges war jetzt vernichtet. Zwischen Don Carlos und Maroto konnte sich ein Vertrauensverhältniß nimmermehr gestalten; Maroto mußte sich

Maroto's Verrath.

ſagen, daß der Mann, für welchen er kämpfte, die erſte Gelegenheit ergreifen werde, um ſich ſeiner zu entledigen. Dieſe Einſicht trieb ihn zum Verrath. Noch im Februar 1839 ging er auf Unterhandlungen ein, die Espartero ihm anbot. Sie ſcheiterten freilich fürerſt an der Forderung Marotos, daß die junge Königin Iſabella den älteſten Sohn des Don Carlos heirathen ſolle. Ob er dieſe Forderung werde aufrecht erhalten können, hing weſentlich von dem Ausgang der nächſten Kämpfe ab. Dieſer war überall Espartero günſtig; eine Reihe von Gefechten im April und Mai häuften neuen Ruhm und neue Auszeichnungen auf den „Siegesherzog" (Duque de la Victoria), wie ſein neueſter Titel lautete, und machten Marotos Stellung immer ſchwieriger. Alle ſeine Gegner im carliſtiſchen Lager verdoppelten ihre Anſtrengungen, um ihn zu ſtürzen, und die furchtbaren Verwüſtungen, mittelſt deren Espartero jetzt die Basken einzuſchüchtern und dem Frieden geneigt zu machen ſuchte, erregten auch in den Truppen neuen Zorn, neue Kampfesluſt und mancherlei Meutereien gegen Maroto. So mußte dieſer, um ſich ſelbſt zu retten, mit den Verhandlungen Ernſt machen und alle unerreichbaren Bedingungen ſchwinden laſſen. Theils mit dem engliſchen Admiral Hay, beſonders aber mit Espartero wurden theils perſönliche Beſprechungen, theils ſchriftliche Verhandlungen geführt, die am 31. Auguſt 1839 in dem Vertrag von Vergara endeten, kraft deſſen Maroto ſeine Truppen, 21 Bataillone und 3 Schwadronen, in das chriſtiniſche Lager überführte, wogegen den Offizieren ihre Grade und Würden, den Basken ihre bisherigen Privilegien gewährleiſtet wurden.

Der Vertrag von Vergara.

Der Prätendent gab ſeine Sache jetzt verloren; am 14. September verließ er nach mehr als fünfjährigem Aufenthalte die baskiſchen Länder und begab ſich nach Frankreich. Hier wies ihm die Regierung Bourges als Wohnort an und geſtattete ihm erſt 1845, nachdem er ſeinen Anſprüchen zu Gunſten ſeines älteſten Sohnes, des Grafen von Montemolin, entſagt hatte, ſich zu entfernen. Er ſtarb 1855 in Trieſt. Graf Montemolin (Don Carlos VI.) und ſein Bruder Don Fernando machten 1860 einen unglücklichen Verſuch, ſich den ſpaniſchen Thron zu erobern und ſtarben gleich darauf ſchnell hintereinander, gleichfalls in Trieſt, beide kinderlos. Ihr dritter Bruder Don Juan verzichtete am 30. October 1868 zu Gunſten ſeines Sohnes Don Carlos (VII.), der nun ſofort mit ſeinem Bruder Alfonſo den Verſuch begann, ſeine Rechte mit den Waffen zur Geltung zu bringen. Die carliſtiſche, d. h. die äußerſte ultramontane Partei, hatte nie aufgehört, die Regierung der Königin Iſabella als unrechtmäßig zu betrachten. Auch als ihr Haupt, Don Carlos, 1839 das Spiel verloren gab, kämpfte ſein tüchtigſter Anhänger, Cabrera, noch Monate lang weiter; erſt im Juli 1840 überſchritt auch er mit dem Reſte der Aufſtändiſchen, etwa 8000 Mann, die franzöſiſche Grenze und beendete dadurch den ſiebenjährigen Bürgerkrieg. Zur Ruhe kam das zerklüftete Land aber auch dadurch nicht. Von den Anhängern des Prätendenten befreit, begannen die Chriſtinos um ſo leidenſchaftlicher

Don Carlos' weitere Schickſale.

Carl VI.

Carl VII.

Cabrera.

Wechselnde Ministerien.

den Parteikampf im eigenen Lager zu erneuern. Die Regentin hielt nach Erlaß der Verfassung von 1837 fest zu den Conservativen, den Moderados, aus deren Mitte sie im December jenes Jahres das Ministerium Ofalia bildete, das sich bis in den September 1838 hielt, um dann einem nicht viel anders gefärbten unter dem Vorsitz des Herzogs von Frias zu weichen, der seinerseits wieder schon im November dem Grafen Perez de Castro seinen Platz einräumte. In sich selbst gespalten, waren die Moderados ebenso unfähig zur Regierung wie die Progressisten, unter denen die leidenschaftlichsten Elemente, die Exaltados immer mehr die Führung an sich rissen. Trotzdem vereinigten sich die Feinde des Ministeriums unter den Moderados mit ihnen und antworteten auf die Vertagung der Cortes, welche Perez de Castro im März 1839 anordnete, mit einer Steuerverweigerung. Eine Auflösung der Cortes, regierungsfeindliche Neuwahlen und eine zweite Auflösung der kaum zusammengetretenen Versammlung waren die Folge davon. Dank der maßlosen Beeinflussungen, welche das Ministerium sich erlaubte, gelang es ihm dann allerdings, eine gefügige Mehrheit zusammenzubringen. Aber es sollte sich des Gewinnes nur kurze Zeit erfreuen. Als ein neues Gemeindegesetz im Juni 1840 den Gemeinden das Recht, ihre

Der Aufstand von 1840.

Obrigkeiten selbst zu wählen, entzog, brach ein Aufstand los, der bald unbesiegbar wurde. Christinens Stellung war nicht mehr zu halten. Auch ihr Privatleben erregte den größten Anstoß; seit Jahren lebte sie mit einem ihrer Leibgardisten, Muñoz, einem Manne von niederer Herkunft, in einem Verhältniß, das, öffentlich wenigstens, erst 1844, zugleich mit der Erhebung des Muñoz zum Herzog von Rianzares, als rechtmäßige Ehe anerkannt wurde. Der einzige Mann, der etwa noch in der Lage war, eine Versöhnung zwischen der Regentin und den Progressisten herbeizuführen, war Espartero, den sie mit Ehren überhäuft und dem Ministerium zum Trotz in seinen Aemtern erhalten hatte. Zu ihm, der in Catalonien die letzten carlistischen Schaaren bekämpfte, eilte die Regentin und bat um seinen Beistand. Aber die Bedingungen, die er auf einer Zusammenkunft in Barcelona stellte, schienen ihr selbst unter diesen Umständen unannehmbar. Bald belehrte sie der Fortgang der Ereignisse eines Besseren. Das Moderado-Ministerium, welches sie unter dem Schutze des Generals O'Donnell in Valencia bildete, blieb völlig machtlos; die aufständische Regierungsjunta in Madrid beherrschte mehr und mehr das ganze Land. So gab sie denn am 16. September 1840

Espartero's Regentschaft.

Espartero die Vollmacht zur Bildung eines progressistischen Cabinets. Jubelnd wurde dieser in Madrid aufgenommen und verlangte nun von der Regentin, die noch immer in Valencia weilte, die Auflösung der Kammer, die Zurücknahme des Gemeindegesetzes, die Entfernung der Camarilla. Lieber, als daß sie auf diese Forderungen einging, verzichtete Christine auf die Regentschaft. Am 12. October dankte sie ab, übertrug ihre Rechte dem Ministerium und verließ das Land. Die neuen Cortes billigten das Vorgefallene und ernannten am 8. Mai 1841 Espartero persönlich zum Regenten. Aber auch ihm

war es nicht vergönnt, dem Lande die Ruhe wiederzugeben. Obgleich er die Aufstandsversuche der Moderados, der O'Donnell, Narvaez, Concha u. A. mit Strenge unterdrückte und den vollen Haß dieser Partei sich auf's Haupt lud, konnte er doch den Ansprüchen der Exaltados nicht genügen und sah seinen Anhang immer mehr zusammenschmelzen. Die günstige Gesinnung, welche Frankreich den Anhängern der Christine und dieser selbst bewies, zwang ihn, an England eine Stütze zu suchen, woraus denn seine Gegner nicht ermangelten, sich ein populäres Feldgeschrei zurecht zu machen. Endlich kam es gar zu einem förmlichen Bündniß der extremen Parteien gegen ihn. Die Exaltados mit dem Obersten Prim, die Moderados, mit dem General Narvaez an der Spitze, erhoben sich im Juli 1843 wider ihn; eine revolutionäre Regierung, die aus Lopez, Caballero und Serrano bestand, wurde in Madrid eingesetzt, und der Siegesherzog sah sich so von aller Welt verlassen, daß er seine Würde niederlegte und sich am 30. Juli in Cadix nach England einschiffte. Den verbündeten Parteien war es aber auch nicht möglich, auf die Dauer gemeinschaftlich zu regieren, und so war das Endergebniß dieses Aufstandes ein Beschluß der Cortes, welcher die kaum 13jährige Isabella für volljährig erklärte und der langen Regentschaft ein Ende machte. Am 10. November 1843 leistete die junge Königin den Eid auf die Verfassung und begann ihre dem Namen nach selbständige Regierung, die ein Vierteljahrhundert sich hielt, um mit dem schmählichsten Sturz zu enden. In schnellem Wechsel folgten sich nun ein progressistisches Ministerium unter Olozaga und ein reactionäres unter Gonzalez Bravo, bis im Mai 1844 Narvaez, das militärische Haupt der Moderados, das Ruder ergriff und mit zwei kurzen Unterbrechungen sieben Jahre festzuhalten verstand. Eine neue Verfassung vom 25. Mai 1845, eine zweckmäßige Steuer- und Verwaltungsreform, endlich im Jahre 1849 auch eine allgemeine Amnestie führten das Land zu geregelteren und ruhigeren Verhältnissen zurück. Aber eine wahre Versöhnung der Parteien wurde nicht erreicht, und ehe noch die Früchte, welche Narvaez' maßvolle Politik zeitigte, gereift waren, erlag sie den erbitterten Angriffen der Absolutisten.

Sein Sturz.

Die Politik der Großmächte.

Diese spanischen Wirren hatten selbstverständlich während der dreißiger Jahre die Stellung der großen Mächte zu einander wesentlich beeinflußt. Fest zusammen hielten die drei Ostmächte; die Heilige Allianz erlebte wider Erwarten noch einen Nachsommer. Selbst die Congresse der Monarchen und der Minister kamen, wie früher erzählt wurde, wieder in Aufnahme. Daß es sich dabei nicht, wie die russische Diplomatie versicherte, um bloße freundschaftliche Herzensergießungen handle, lag auf der Hand. Aber andrerseits bezweckte man wohl kaum die Vereinbarung bestimmter Pläne, geschweige denn so weit gehender, wie die Theilung der Türkei unter Rußland und Oestreich, von der das englische Cabinet fabelte, als vielmehr die Beseitigung

Die Ostmächte.

der Mißtöne, welche die auseinander gehende Politik der letzten Jahre hervorgerufen, und die Anbahnung eines gemeinsamen Vorgehens gegen die europäische Revolutionspartei. Metternich legte dabei ein gutes Wort für Louis Philipp ein, der von russischer Seite nach wie vor, trotz der officiellen Anerkennung, als ein ungesetzlicher Usurpator betrachtet wurde. Allein wenn er ihn dadurch von England abzuziehen und den Ostmächten näher zu bringen hoffte, so gelang das doch nicht auf der Stelle. Vielmehr veranlaßten die spanisch-portugiesischen Angelegenheiten zunächst den engen Anschluß Frankreichs an England; die Quadrupelallianz der constitutionellen Westmächte sollte der Heiligen Allianz des Ostens ein mächtiges Gegengewicht bieten. Doch sah man bald, daß der Wille größer sei als die Kraft; überall wo die Cabinette von London und Paris zu Gunsten der liberalen Sache eintraten, erlitten sie, zum Theil durch eigne Schuld, Niederlagen. Die englische Note, welche „fast in Seemannssprache" gegen die Besetzung Frankfurts durch östreichische und preußische Truppen Verwahrung einlegte, blieb ohne Erfolg; die Schweiz wurde in der Flüchtlingsfrage von Frankreich eine Zeit lang geschützt, um nachher desto schmählicher im Stich gelassen zu werden; in Spanien geriethen endlich, wie erzählt, die englischen und französischen Interessen in offenen Zwiespalt, und es gab Zeitpuncte, wo man die Anerkennung des Don Carlos durch Frankreich befürchtete. Während dessen blieben die Ostmächte ihrer Politik treu; Metternich soll gegen 4 Millionen Gulden in die Casse seines Schützlings haben fließen lassen; selbst von Preußen wurde Aehnliches gemunkelt; Nicolaus bedauerte lebhaft durch die Entfernung Spaniens an der militärischen Unterstützung des Prinzen gehindert zu sein. Das Jahr 1835 hatte den guten Kaiser Franz aus diesem Leben abgerufen; am 1. März bestieg sein geistesschwacher und körperlich siecher Sohn Ferdinand den Thron. Metternichs Einfluß wurde dadurch nur um so größer; mit dem Erzherzog Ludwig und dem Grafen Kolowrat, die ganz in seinen Geleisen trabten, bildete er den Regierungsrath und beharrte in seinem unfruchtbaren Systeme des Stillstands. Gewissermaßen um Europa zu zeigen, daß der Tod des Kaisers Franz Nichts an der Vertraulichkeit der Cabinette geändert, wurden im Herbst des Jahres von Neuem gegenseitige Besuche der Fürsten veranstaltet. Nicolaus nahm an den preußischen Manövern in Schlesien Theil, Friedrich Wilhelm an den russischen in Kalisch; beide zusammen besuchten den Kaiser Ferdinand in Teplitz, Nicolaus begleitete denselben auch nach Prag und reiste von da im tiefsten Incognito nach Wien, um der Wittwe des verstorbenen Kaisers ritterlich seine Huldigungen darzubringen, eine Aufmerksamkeit, die bei der Bevölkerung laut dem Preußischen Staatsanzeiger eine allgemeine Rührung hervorrief. In solchen Aeußerlichkeiten versäumte der russische Monarch niemals etwas; auch seinem preußischen Schwiegervater gegenüber war er stets die Liebenswürdigkeit selbst und erntete dafür eine unbedingte Hingebung. Seine Politik dagegen war keineswegs preußenfreundlich, sondern in jeder Weise darüber aus, den berliner Einfluß an den deutschen Höfen durch den

Die Westmächte.

Kaiser Ferdinand von Oestreich.

Die Fürstenbegegnungen in Kalisch und Teplitz.

Russischer Einfluß in Deutschland.

ruſſiſchen zu verdrängen. Auch das Geld wurde dabei nicht geſpart; der Rubel reiſt im deutſchen Land, ſang Platen 1834;

ſonſt gab's nur Einen Kotzebue,
jetzt giebt's ein ganzes Schock!

Noch wirkſamer aber waren die verwandtſchaftlichen Beziehungen, die mit den Höfen von Stuttgart, Darmſtadt, Wiesbaden, Caſſel u. ſ. f. angeknüpft wurden und die überall dem petersburger Cabinet die Wege bahnten. Eine Note von 1834, an die deutſchen Mittelſtaaten gerichtet, wagte bereits geradezu die Idee eines ruſſiſchen Protectorates auszuſprechen und einige Jahre ſpäter bemühte ſich eine Schrift, die mit ſtaunenswerther politiſch-hiſtoriſcher Gelehrſamkeit verfaßt war, die Europäiſche Pentarchie (Leipzig 1839), demſelben Gedanken im Publicum Anhang zu verſchaffen. Nichtsdeſtoweniger beharrten Preußen und Oeſtreich auf ihrer ruſſenfreundlichen Politik; ja es gelang dem Czaren ſogar, auch England zeitweilig zu ſich herüber zu ziehen und grade auf dem Boden gemeinſame Sache mit ihm zu machen, auf dem die Intereſſen der beiden Länder ſich am meiſten durchkreuzten, auf dem Boden der orientaliſchen Politik. England und Rußland.

Mehemed Ali und die Türkei.

Dieſe war es, die in den dreißiger Jahren neben den Kämpfen auf der pyrenäiſchen Halbinſel die Aufmerkſamkeit der Diplomaten am meiſten in Anſpruch nahm. Der Störenfried war Mehemed Ali, Paſcha von Aegypten.

Die bedeutſame Rolle, welche dieſer ungewöhnliche Mann in dem Kriege des Sultans wider das aufſtrebende Griechenland geſpielt hatte, berechtigte ihn nach ſeiner Meinung auch einen bedeutenden Preis für die geleiſtete Hülfe zu fordern. Die Inſeln Creta und Cypern, die er bekam, genügten ihm nicht; er verlangte auch das Paſchalik von Damaskus. Grade das ihm einzuräumen trug aber die Pforte mit Recht Bedenken; denn der Beſitz von Syrien, den von jeher die Beherrſcher Aegyptens zur Sicherung ihrer Macht erſtrebt hatten, mußte in dem Paſcha, wenn er ſie nicht ſchon beſaß, die Luſt erwecken, ſich unabhängig zu machen und ihm zugleich einen derartigen Verſuch bedeutend erleichtern. Mehemed ließ ſich aber durch den erſten Mißerfolg nicht einſchüchtern, ſondern ſuchte ſein Ziel auf einem andern Wege zu erreichen. Das ſüdlichſte von den vier ſyriſchen Paſchaliks, das von Akka, wurde von Abdallah verwaltet, einem Manne, der ſchon vielfach in Streit mit der Pforte gelegen hatte und gewaltſam zur Ordnung angehalten werden mußte. Auch mit Mehemed war er verfeindet. Seit lange ſchuldete er ihm eine anſehnliche Geldſumme und neuerdings gewährte er flüchtigen Aegyptern eine Zuflucht im Bereiche ſeiner Macht. Beide Klagepuncte machte nun Mehemed bei der Pforte anhängig, in der Hoffnung von ihr ermächtigt zu werden, ſich ſelbſt Recht zu ſchaffen. Einmal im Beſitz von Akka würde dann, ſo rechnete er, von einer Rückgabe des werthvollen Landes ſo bald

Beginn des Conflictes.

Mehemed bedroht Akka.

nicht die Rede sein können. Indeß der Sultan rechnete ebenso und entschied deshalb zu Gunsten Abdallah's. Auch für diesen Fall war aber Mehemed gerüstet. Was er nicht mit Bewilligung seines Oberherrn erreichen konnte, wollte er gegen dessen Willen erzwingen. Seine Armee, europäisch eingeübt und von seinem Sohne Ibrahim, dem gefürchteten Gegner der Hellenen, befehligt, harrte nur seines Wortes, um die Grenzen zu überschreiten. Die äußeren Verhältnisse waren ungemein günstig. Den Großmächten fehlte es an Muße, sich eingehend mit diesem Streite zweier türkischer Pascha's zu beschäftigen;

Gunst der Lage.

ein so alltägliches Ereigniß, das in der Geschichte des osmanischen Reiches hunderte von Seitenstücken zählte, konnte wenig interessiren in einem Augenblicke, wo die Anwesenheit französischer Truppen in Belgien lebhafte Besorgnisse wach rief. Und die Türkei ihrerseits war vollauf beschäftigt mit den blutigen Unruhen, die unter den Albanesen und den Bosniern im Gefolge des russischen Krieges ausgebrochen waren. Die Albanesen zwar waren um diese Zeit (Ende 1831) theils durch die verrätherische Ermordung vieler Häuptlinge, theils durch einige Siege Reschid Pascha's bereits bezwungen; aber der „Drache von Bosnien", Hussein Pascha, stand noch in voller Wehr und wurde erst im Juni des nächsten Jahres über die östreichische Grenze gedrängt. Somit galt es für Mehemed den Augenblick zu

Ibrahim vor Akka.

nutzen. Am 29. October 1831 überschritt Ibrahim die syrische Grenze, nahm ohne Kampf die wichtigsten Städte des feindlichen Paschas, Gaza, Jaffa, Jerusalem, und begann die Belagerung des festen Akka, wohin Abdallah sich zurückgezogen. Hier fand er schwerere Arbeit; obgleich ihm die ägyptische Flotte zu Hülfe kam, machte die Belagerung Monate lang keine Fortschritte. Dadurch ermuthigt, entschloß sich der Sultan zur That. Das erneuerte Verlangen des Aegypters, ihm Akka abzutreten, wurde abgeschlagen, die Räumung Syriens gefordert, und als diese nicht erfolgte, Vater und Sohn ihrer

Aechtung Mehemeds und Ibrahims.

Aemter und Würden auf so lange enthoben, bis sie Gehorsam geleistet. Die Sammlung eines Heeres bei Haleb sollte diesen Schritten Nachdruck geben. Aber Ibrahim ließ sich nicht einschüchtern; während er die Belagerung Akka's fortsetzte, machte er mit einem andern Theile seines Heeres neue Eroberungen und lieferte sogar dem Osman Pascha, welchen der Sultan an des belagerten Abdallah Stelle zum Statthalter der Provinz erhoben, ein Treffen. Darauf hin erfolgte am 23. April 1832 die Achterklärung gegen die beiden Aegypter und Hussein Pascha, der türkische Oberbefehlshaber rückte mit dem Heere

Ibrahims Siege.

von Haleb vor. Aber nun war die kostbarste Zeit für den Sultan schon verloren. Akka, das Abdallah lieber hatte in die Luft sprengen, als übergeben wollen, wurde am 25. Mai mit Sturm genommen; der Pascha von Damaskus floh und gab seine Hauptstadt ohne Kampf preis; die Bewohner von Haleb sandten dem siegreichen Ibrahim ihre Unterwerfung schon entgegen, als er noch weit entfernt war; Mehemed Pascha, ein Unterfeldherr Husseins, erlitt am 9. Juli bei Homs eine gänzliche Niederlage; und als nun endlich der türkische Obergeneral selbst sich mit Ibrahim maß, wurde er am 27. Juli bei

Beylan so vollständig geschlagen, daß von seinem ganzen Heere nur Trümmer übrig blieben.

Ibrahim in Klein-Asien.

Nicht Ibrahims Talenten allein wurde dieser schlimme Ausgang zugeschrieben, sondern vor Allem auch der verrätherischen Handlungsweise des Seraskiers Chosrew, der dem Hussein keine Triumphe gönnte, sondern, da er selbst den Oberbefehl zu erhalten wünschte, seine Niederlage durch die mangelhafte Ausrüstung des Heeres herbeizuführen bestrebt war. Die gleiche Treulosigkeit beging er gegen Reschid Pascha, der an Hussein's Stelle trat. Er drängte ihn zu einer Hauptschlacht und wußte doch beim Sultan durchzusetzen, daß ihm die Reservearmee von 25,000 Mann, die er zur Unterstützung verlangte, abgeschlagen wurde. Die Folge war, daß auch Reschid in der Schlacht bei Konija am 21. December 1832 völlig besiegt wurde. Ibrahim stand nun mitten in Kleinasien und seiner Armee von über 100,000 Mann hatte die Pforte keine ebenbürtige Streitmacht entgegen zu setzen; der Weg nach Constantinopel lag offen vor ihm. In dieser äußersten Noth erblickte Sultan Mahmud nur noch einen Hoffnungsschimmer: russische Hülfe. Nicolaus hatte sich von vornherein entschieden gegen Mehemed Ali ausgesprochen; der russische Consul hatte Alexandrien verlassen müssen und schon vor der Schlacht von Konija war dem Sultan der Beistand des Czaren angeboten worden. Damals hatte Mahmud ihn abgelehnt und England vergeblich um die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer ersucht. Jetzt blieb dem Bedrängten nichts Andres übrig als die von Neuem angebotene russische Hülfe im Januar 1833 zu erbitten. Mit Schrecken erkannten die Gesandten der Westmächte, wie drohend die Gefahr sei, daß der Einfluß Rußlands in Stambul allmächtig werde. Am entschlossensten trat der französische Botschafter Roussin auf. Er stellte der Pforte mit lebhaften Farben die Gefahr der Abhängigkeit vor, in welche sie sich begebe, versprach die kräftige Unterstützung seiner Regierung und erreichte wirklich, daß der Sultan am 20. Februar die Grundzüge einer Uebereinkunft mit Mehemed, die Roussin entworfen, genehmigte und den russischen Admiral, der mittlerweile von Sebastopol herbeigesegelt war, ersuchte, sich wieder zurückzuziehen. Allein die Aegypter weigerten sich ihrerseits jenen Grundzügen beizustimmen; Akka, das ihnen geboten wurde, genügte jetzt ihren Forderungen nicht mehr; Mehemed wies die französische Vermittlung zurück und Ibrahim marschirte vor. So mußte denn der Sultan seine Bitte um russischen Beistand erneuern; auch jetzt fand er williges Gehör; der Admiral Lasarew ging im Bosporus vor Anker und Ende April landeten 15,000 Russen bei Skutari, während eine größere Armee den Pruth überschritt und auf Constantinopel zog. Die größte Aufregung ergriff die Westmächte; um jeden Preis wollten sie es vereiteln, daß die Russen thatsächlich an dem Kriege Theil nähmen. Aber da sie weder Flotte noch Heer zur Hand hatten, da Mehemed Ali starr auf seinen Forderungen: Ganz Syrien und die Provinz Adana mit den Taurospäßen! bestand, was konnten sie thun? Das einzige Mittel war, dem Sultan eine so große Furcht vor der russischen Hülfe einzuflößen,

Sieg bei Konija.

Russische Einmischung.

Französische Vermittlung.

Diplomatische Verhandlungen.

daß er lieber dem Aegypter Alles bewilligte, als sie zur That werden ließe. Darauf waren die eifrigen Bemühungen ihrer Gesandten gerichtet und — mit Erfolg. Denn Oestreich unterstützte sie und Rußland arbeitete ihnen nicht entgegen. Der Gewandtheit, mit welcher die petersburger Diplomatie ihre Rolle spielte, läßt sich die vollste Anerkennung nicht versagen. Sie gestattete dem Sultan den freisten Entschluß, gleich bereit zu seiner Unterstützung, wie zur Rückberufung der Truppen. So war sie des Erfolges in jedem Falle sicher. Fügte sich Mahmud den Rathschlägen der Westmächte und gab, Ingrimm im Herzen, dem aufrührerischen Vasallen die verlangten Provinzen, so konnte der Czar sich darauf berufen, daß nicht an ihm die Schuld des schlimmen Ausgangs liege; beharrte die Pforte auf ihrem Widerstande, gelang es den russischen Truppen sodann, die Aegypter zu schlagen, so war Nicolaus der edelmüthige Retter eines Fürsten, mit dem er kaum drei Jahre zuvor selbst im Kriege gewesen. In beiden Fällen aber hatte fortan sein Einfluß in Constantinopel das Uebergewicht. Die Westmächte sollten das sehr bald erfahren. Fürerst brachten sie jetzt den Frieden glücklich zu Stande; am 6. Mai 1833 wurde er in Kutahija wesentlich auf die Bedingungen hin geschlossen, die Mehemed gestellt hatte; ganz Syrien wurde ihm und Adana seinem Sohne Ibrahim überlassen, natürlich unter der nominellen Oberherrschaft der Pforte, die er auch für Aegypten, Arabien, Cypern und Creta von Neuem anerkannte.

Der Friede von Kutahija.

Für die längere Anwesenheit der Russen im türkischen Reiche war damit jeder Vorwand hinweggeräumt; auch zogen sie mit Heer und Flotte ab, ohne Schwierigkeiten zu machen. Aber kurz nachher unterzeichnete ihr Gesandter mit der Pforte ein Schutz- und Trutzbündniß auf acht Jahre, welches deutlich zeigte, wie der Sultan nur an Rußland noch einen festen Rückhalt zu besitzen glaubte. Es war der Vertrag von Unkjar-Skelessi, d. d. 8. Juli 1833. Besonders erregte ein geheimer Zusatzartikel, der doch bald bekannt wurde, die lebhafte Besorgniß der Westmächte. Derselbe bestimmte, daß die Pforte, wenn Rußland in Krieg gerathe, zu materieller Unterstützung nicht verpflichtet sei, sondern nur die Durchfahrt durch die Dardanellen für alle fremden Kriegsschiffe schließen müsse. Deutlicher als durch diese Verabredung konnte allerdings die Stellung der beiden Verbündeten nicht gekennzeichnet werden; der Schlüssel zum Schwarzen Meere war dadurch in Rußlands Hand gegeben. England und Frankreich protestirten heftig gegen diesen Vertrag, aber natürlich ohne Erfolg. Sie konnten ihre Politik im Orient jetzt in doppelter Weise einrichten: entweder sie stellten sich auf Mehemed Ali's Seite und beförderten die Entwickelung seines Reiches, damit es an die Stelle des morschen, von Rußland beherrschten türkischen trete; oder sie hielten den Aegypter mit Gewalt im Zaume, beförderten die Reform der türkischen Verwaltung und Politik, und suchten nach und nach den russischen Einfluß zu vermindern. Den letzteren Weg schlug England ein, den ersten Frankreich, und so trennten sich, wenn auch anfangs unmerklich, ihre Wege. Der französischen Politik hatte es seit langem nah

Vertrag von Unkjar-Skelessi.

England und Frankreich.

gelegen, Aegypten zu unterstützen, dort Einfluß zu gewinnen und so die Verwandlung des Mittelmeeres in eine „französische See" vorzubereiten. England dagegen mußte wünschen, den Weg über die Landenge von Suez und durch das Rothe Meer weder unter französischen Einfluß, noch in die Hände eines Herrschers kommen zu lassen, der in Kriegszeiten ihn würde sperren können. Mehemet Ali war ihm daher gründlich verhaßt und wurde es noch mehr, als er in den folgenden Jahren seine früher schon begonnenen Eroberungen in Arabien mit Eifer wieder aufnahm. Es war ein nothwendiges Erforderniß der britischen Politik, jetzt selbst auf der Halbinsel festen Fuß zu fassen. Eine Gelegenheit dazu bot sich, als 1838 ein gestrandetes englisches Schiff bei Aden von den Landesbewohnern geplündert wurde. Palmerston verlangte Genugthuung und nahm, als diese verweigert wurde, 1839 Aden mit Gewalt in Besitz, wodurch er seinem Lande am rothen Meere einen Platz erwarb, der dieselbe Bedeutung hatte, wie Gibraltar am Mittelmeer. Vorher schon war er bedacht gewesen, auf alle Fälle noch eine zweite Ueberlandstraße nach Indien zu schaffen; er hatte 1835 von der Pforte die Erlaubniß erwirkt, auf dem Euphrat eine englische Dampferlinie zu begründen. Trotz Rußlands Einspruch war sie ertheilt worden, aber technische Schwierigkeiten machten den Plan zu Nichte. Um so höher stieg die Bedeutung des Rothen Meeres, um so mehr galt es, Mehemed Ali niederzuhalten. In diesem Puncte trafen die englischen und die russischen Interessen zusammen, wie sehr sie sonst sich auch widersprechen mochten. Eben deshalb konnte Palmerston ein allzuheftiges Aufeinanderplatzen der Gegensätze nicht wünschen und fühlte sich durch die erbitterte und gründliche Polemik, welche ein englischer Privatmann, David Urquhart, gegen Rußland erhob, nicht wenig behindert. Dieser Mann stellte es sich zur Lebensaufgabe, die Pläne des petersburger Cabinets zu entlarven. Durch lange Reisen mit den Verhältnissen des Orientes wohl vertraut, veröffentlichte er seit 1833 mehrere Schriften darüber, welche das größte Aufsehen erregten, und gab vom Herbst 1835 bis in den Frühling 1837 ein Journal heraus, das Portfolio, welches keinen andern Zweck verfolgte als die Beleuchtung der russischen Politik. Das geschah, während er Gesandtschaftssecretär in Constantinopel war. Palmerston hatte ihn nur ungern auf diesen Posten gestellt, hatte aber dem Andringen des Königs und der öffentlichen Meinung nicht widerstehen können. Es war ihm daher nicht unlieb, daß sich 1837 ein Anlaß bot, ihn wieder abzuberufen. Urquhart hatte nämlich in der unbefangensten Weise englische Kaufleute ermuntert, an der tscherkessischen Küste einen Schmuggelhandel mit Pulver und Kanonen zu treiben. Diese Küste hatte Rußland sich im Frieden von Adrianopel von den Türken abtreten lassen, obgleich sie denselben gar nicht gehörte, sondern von unabhängigen Stämmen bewohnt war. Seitdem waren russische Truppen mit ihrer Unterwerfung beschäftigt; die englische Zufuhr erleichterte den Widerstand. Im Herbst 1836 wurde nun ein englischer Schoner von einem russischen Kriegsschiff aufgebracht und als gute Prise verurtheilt. Urquhart

England besetzt Aden.

England und Rußland.

David Urquhart.

glaubte die aufflackernde Leidenschaft, welche sich der Engländer in Folge dessen bemächtigte, benutzen zu können, um zum Kriege zu drängen; Palmerston hingegen erklärte sich mit den Erläuterungen, welche Rußland bereitwillig gab, zufrieden und enthob Urquhart seines Postens. Als Nachfolger schickte er Bulwer nach Stambul, der in Uebereinstimmung mit dem Gesandten, Lord Ponsonby, einen ganz andern Weg einschlug, um die Stellung Englands in der Türkei zu verbessern: sie betrieben den Abschluß eines Handelsvertrages. Nach den früheren Verträgen war ein Aus- und Einfuhrzoll von je 3 Procent verabredet worden; diese Bedingungen wurden nun zwar inne gehalten; aber dazu kamen eine solche Menge von inländischen Abgaben aller Art, daß thatsächlich die englische Einfuhr mit 40, 50, ja 60, die Ausfuhr sogar bis zu 100 Procent besteuert und der Handel fast unmöglich war. Die bedeutendsten dieser Vertheuerungen hingen mit den zahlreichen Monopolen zusammen. Aus diesen schöpfte aber grade Mehemed Ali seinen größten Reichthum. Wenn sie durch einen neuen Handelsvertrag für das ganze Osmanische Reich aufgehoben wurden, so erlitt er die schwerste Einbuße; aller Wahrscheinlichkeit nach ließ sich von ihm also ein entschlossener Widerstand und eine ernstliche Entzweiung mit England erwarten. Diese Berechnung war es besonders, welche den Sultan für den Abschluß des Bulwer'schen Vertrages einnahm und ihm, zur nicht geringen Ueberraschung der übrigen Mächte, die Zustimmung abgewann. Am 16. August 1838 wurde derselbe unterzeichnet, und seine Abänderungen waren so vortheilhaft, daß die meisten Regierungen sofort, Rußland nach einigem Zögern, sie gleichfalls mit der Pforte vereinbarten.

Englisch-türkischer Handelsvertrag.

Mehemeds Stellung dazu.

Es war nun die Frage, ob Mehemed dieselben anerkennen oder daraus den Vorwand entnehmen werde, sich völlig von der Pforte loszusagen. Daß er mit diesem Gedanken sich ernstlich trage, daraus hatte er schon länger kein Geheimniß gemacht; selbst den Consuln der Westmächte hatte er es schon im Frühjahr grade herausgesagt. England war entschlossen, sich jedem solchen Versuche entschieden zu widersetzen und verstärkte seine Mittelmeerflotte; zugleich aber war es bemüht, ein gemeinsames Vorgehen aller fünf Großmächte anzubahnen, weil es dadurch Mehemed genügend einschüchtern und obendrein den verhaßten Vertrag von Unkjar-Skelessi beseitigen zu können hoffte, der auf diese Weise aus einem russisch-türkischen in ein Schutzbündniß zwischen der Türkei und den sämmtlichen Großmächten verwandelt werden sollte. Mehemed Ali erkannte die Gefahr rechtzeitig und gab besonders den Vorstellungen Frankreichs Gehör; er versicherte, daß er gegen den Handelsvertrag keine Einwendungen machen werde, setzte dabei aber seine Rüstungen eifrig fort. Denn es war ihm völlig zweifellos geworden, daß er bei der zornigen Stimmung des Sultans, der nach einem Rachekrieg brannte, das Gehässige des Friedensbruches gar nicht auf sich zu nehmen brauche, sondern den ersehnten Krieg auch ohne das haben werde. Das englische Cabinet war nunmehr eifrig bemüht, in Stambul Ruhe zu predigen, dem Sultan die Entwicklung der inneren Hülfskräfte seines Reiches zu empfehlen und

Seine Rüstungen.

Kriegeslust des Sultans.

ihm vorzustellen, daß seine Armee der ägyptischen nicht gewachsen sei. Das wagte freilich keiner der Minister dem Sultan zu sagen und dieser selbst hegte das größte Zutrauen zu seinen Truppen, die er durch preußische Offiziere, unter denen auch Moltke war, hatte umbilden lassen. Seine Siegeshoffnung steigerte sich noch durch die Kunde von der gährenden Unzufriedenheit, welche Mehemeds geld- und soldatenbedürftiges Regiment in Syrien hervorrief, und die in fortdauernden Aufständen der Drusen und anderer Gebirgsbewohner an den Tag trat. Natürlich fehlte es nicht an türkischem Gelde, das diese Unruhen nährte, wie andrerseits Mehemed bei den Empörungen, die Jahr aus Jahr ein in den weiten Ländern des Sultans ausbrachen, seine Hand im Spiel hatte. Ging er doch so weit, und wurde dabei von einer ansehnlichen Partei selbst in der Nähe des Thrones unterstützt, einen Gewaltstreich zu planen, der das Scepter von Constantinopel dem alten, siebzigjährigen Mahmud entwinden und in die Hände des kaum erwachsenen Thronfolgers Abdul Medjid legen sollte, zu dessen Vormund dann der Aegypter bestimmt war. Unter solchen Umständen konnte die Kunst der Diplomatie den Ausbruch eines offenen Krieges vielleicht noch verzögern, aber schwerlich verhindern, zumal da der russische Gesandte in Stambul wohl nicht ganz denselben friedfertigen Absichten diente, wie seine Collegen. Der Wille des Sultans machte endlich diesem Schwanken ein Ende. Zu Anfang des Jahres 1839 hatte er durch Hafiz Pascha die Unterwerfung eines Kurdenaufstandes vollendet und jener befand sich mit einer ansehnlichen Armee nahe der syrischen Grenze. Nicht minder gerüstet stand, zum Kampfe bereit, Ibrahim ihm gegenüber. Der Befehl des Sultans, daß Hafiz die Grenze überschreiten solle, gab das Zeichen zum Kriege; als Rechtfertigung diente, daß Mehemed den englischen Handelsvertrag noch immer nicht ausgeführt habe. Nun hatte der Pascha es leicht, den Friedfertigen zu spielen und seinem Freunde, dem französischen Consul, gefällig zu sein. Er nahm am 29. April den Handelsvertrag an und ermächtigte den Consul Caillé, in Ibrahims Lager zu gehen und seinem Vorrücken für den Fall Einhalt zu gebieten, daß auch Hafiz stehen bleibe. Er wußte recht gut, daß dieser Fall nicht eintreten werde, und empfing ohne Zweifel mit geheimer Befriedigung die Nachricht, daß Mahmud ihn und seinen Sohn am 9. Juni auf's Neue als Verräther in die Acht gethan.

Ausbruch des Krieges.

So trafen die Heere denn auf einander und bei Nisib am Euphrat kam es am 24. Juni zur Entscheidungsschlacht. Sie endete nach erbittertem Kampf mit einer völligen Niederlage der Türken. Dem alten Sultan blieb der Schmerz erspart, die Kunde von diesem neuen Unglück zu vernehmen; noch ehe sie in Stambul anlangte, am 30. Juni 1839, starb er. Der sechszehnjährige Abdul-Medjid war berufen, ihn zu ersetzen. Aber als ob der Schlag von Nisib noch nicht genug wäre, war die erste Erfahrung, welche der junge Fürst machte, ein schnöder Verrath. Am 5. Juli verließ der Kapudan Pascha Achmed Fewzi, geleitet von einem Kriegsschiff, das ihm der französische Admiral Lagarde mitgab, mit der ganzen türkischen Flotte

Schlacht bei Nisib.

Sultan Abdul-Medjid.

die Dardanellen, segelte nach Alexandrien und trat zu dem Aegypter über. Wenn die Pforte jetzt sich selbst überlassen blieb, so hatte die letzte Stunde der osmanischen Dynastie geschlagen und das Scepter des Orientes ging auf Mehemed Ali über. Aber war jetzt nicht der Augenblick gekommen, wo der Vertrag von Unkjar-Skelessi zur Wahrheit werden mußte? Wenn die Westmächte nicht jeden Antheil an der Entscheidung verlieren wollten, so galt es rasch zu handeln. Das thaten ihre Gesandten in Constantinopel. Sie vereinbarten mit ihrem östreichischen und preußischen Collegen eine Note vom 27. Juli, der wohl, oder übel auch der russische sich anschließen mußte. Darin erklärten sie dem Sultan, sie seien übereingekommen, die orientalische Frage ihrerseits in die Hand zu nehmen, und riethen ihm, in keine Verhandlungen mit Mehemed sich einzulassen, bis sie ihm den Erfolg ihrer eigenen Bemühungen mitgetheilt hätten. Abdul-Medjid hatte keinen Grund und keine Möglichkeit, dem entgegen zu handeln, und auch Mehemed fügte sich wenigstens vor der Hand so weit, daß er Ibrahim stehen zu bleiben befahl. Von seinen Forderungen aber, die in dem erblichen Besitz aller ihm unterworfenen Provinzen bestanden, war er entschlossen, nicht abzugehen.

Die Einmischung der Großmächte.

Die Haltung der französischen Diplomatie mußte ihn darin bestärken. Während es bei Palmerston fest stand, daß dauernde Ruhe im Orient nicht anders zu erlangen sei, als wenn man Mehemed zwinge, sich in seine ursprüngliche ägyptische Muschelschale zurückzuziehen, weigerte sich die französische Regierung, irgend welche Zwangsmaßregeln gegen ihn zur Anwendung zu bringen. Die natürliche Folge davon war eine rasch wachsende Entfremdung zwischen den Cabinetten von London und Paris, sowie der Versuch der petersburger Regierung, sich mit Lord Palmerston zu verständigen. Baron von Brunnow erschien zu diesem Zweck in London (Ende September 1839) und fand freundliches Entgegenkommen. Er erklärte die Bereitwilligkeit seiner Regierung, den Vertrag von Unkjar-Skelessi aufzugeben und alle militärischen Maßnahmen, die zum Schutze der Pforte nöthig sein möchten, nur im Einverständniß und Namen der andern Mächte zu thun. Nur in einem Puncte waren Anfangs die Ansichten sehr verschieden: Rußland betonte, daß es lieber ohne als mit Frankreich vorgehen werde; England wünschte das französische Bündniß wenn irgend möglich nicht zu lockern. Doch wurde bald klar, daß dieser Wunsch in Paris keine Erwiderung fand. Die französische Mittelmeerflotte wurde beträchtlich verstärkt, Louis Philipp selbst sprach davon, daß ein Krieg mit England ja doch unvermeidlich sei und Mehemeds Flotte ihm dabei erwünschte Dienste leisten werde; die französischen Gesandten suchten auf eigne Hand, ohne Rücksprache mit den fremden Mächten, der Note vom 27. Juli zuwider, einen Vertrag zwischen dem Sultan und dem Pascha zu vermitteln. Auf den Conferenzen, die in London gehalten wurden und an denen seit dem Februar 1840 auch ein türkischer Gesandter Theil nahm, war daher Frankreich Nichts als ein Hemmschuh; das unsinnige Lärmschlagen in der Presse, das Drohen mit einem allgemeinen europäischen Kriege,

Entfremdung zwischen Frankreich und England.

Annäherung zwischen England und Rußland.

Londoner Conferenzen.

das Geschrei nach dem Rheine, das besonders seit dem 1. März 1840, wo Thiers das Ministerium Soult ablöste, zunahm, schüchterte die Großmächte zwar nicht ein, nährte aber wohl die Ueberzeugung, daß eine Verständigung mit Frankreich nicht möglich sei. Als sie endlich unter der Hand erfuhren, daß Thiers in Constantinopel gradezu seine einseitige Vermittlung angeboten habe, hielten sie sich jeder Rücksicht auf Frankreich für überhoben und beschlossen unter sich, wie sie schon öfter gedroht hatten, einen Vertrag zur Herstellung des Friedens zu schließen. Der französische Gesandte in London, Guizot, kannte die Möglichkeit dieses Schrittes sehr wohl, hatte aber von seiner Nähe so wenig eine Ahnung, daß er noch am 14. Juli nach Paris meldete, man habe noch Zeit. Am 15. Juli wurde der Vierbund-Vertrag unterzeichnet. Darin erklärte die Pforte, welche ihm gleichfalls beitrat, daß der Sultan bereit sei, Mehemed Ali den erblichen Besitz von Aegypten und den lebenslänglichen eines Theiles von Syrien einzuräumen, wenn er sich binnen zehn Tagen füge; wo nicht, solle ihm innerhalb einer zweiten Frist von zehn Tagen als Gegenleistung für die Unterwerfung wenigstens der erbliche Besitz von Aegypten zugesichert werden; lasse er auch diesen Termin verstreichen, so halte sich der Sultan zu Nichts mehr verbunden. Zur Durchführung dieser Maßregeln verpflichteten sich die vier Mächte, nöthigenfalls Gewalt zu gebrauchen und zunächst zum Schutze von Constantinopel die Dardanellen und den Bosporus gemeinsam zu besetzen.

Der Londoner Vertrag.

Um eine letzte Rücksicht für Frankreich zu üben, hielt man den Vertrag zunächst geheim, theilte ihn dem pariser Cabinet mit, versicherte, daß man auf seinen Beitritt großen Werth lege, und ersuchte es, seinen großen Einfluß auf Mehemed im Sinne des Vertrages zu verwenden. Allein Hoffnung auf einen solchen Umschwung hegte man ernstlicher Weise nicht. Doch war man auf der andern Seite auch fest davon überzeugt, daß Frankreich sich nicht mit gewaffneter Hand dagegen auflehnen werde. Die Nachrichten, welche bald aus Frankreich kamen, konnten diese Ueberzeugung freilich wohl erschüttern. Der König selbst sprach davon, jetzt sei es Zeit, die Jakobinermütze aufzusetzen; Thiers, der Teufelskerl, wie Palmerston ihn nannte, spie Feuer und Flammen; durch die ganze Presse ging ein tobendes Wuthgeheul über die Schmach, welche man Frankreich dadurch angethan, daß man die orientalische Frage ohne seine Mitwirkung lösen wolle. Zu den Worten gesellten sich bald Thaten. Auf eigne Verantwortlichkeit — die Kammern waren nicht versammelt — beschloß das Ministerium die Verstärkung der Flotte, die Errichtung von 18 Linienregimentern, eine Anleihe von 100 Millionen Francs und die sofortige Inangriffnahme der Befestigung von Paris. Besonders die letzte Maßregel sollte die äußerste Entschlossenheit kund thun. Man wollte den Krieg nicht auf den Orient beschränken, sondern einem neuen Kampfe am Rhein trotzen, auf die Gefahr hin, die Fremden wieder bis ins Herz von Frankreich vordringen zu sehen. Nicht als ob Ministerium oder Volk einen schlimmen Verlauf des Abenteuers für wahrscheinlich gehalten hätten; dann würde die Kriegslust wohl

Spannung mit Frankreich.

Französische Drohungen.

weniger leidenschaftlich gewesen sein; vielmehr träumte und prahlte man von Nichts als Sieg und Eroberungen; man sah den Rhein schon von Neuem zu Frankreichs Grenzstrom gemacht, man schwelgte in der Erneuerung der napoleonischen Ruhmeszeit, die erst wenige Wochen vorher, als der Prinz von Joinville nach St. Helena absegelte, um die Gebeine des Kaisers zu holen, im frischesten Glanze vor die Augen der Nation getreten war. Allein grade dieses Uebermaß der Begeisterung trug dazu bei, die Verständigeren zu entnüchtern. Man begann die großen materiellen Verluste, welche der Krieg bringen mußte, zu berechnen; die Rente fiel langsam, aber unaufhörlich, in wenigen Monaten von 86 auf 69 Procent; man begann die Ueberlegenheit der vier großen Mächte, denen die deutschen Mittelstaaten noch beizurechnen waren, in Erwägung zu ziehen und entdeckte überdies, wie in Frankreichs militärischer Ausrüstung der Mangel an Waffen, Pferden, Dampfschiffen nicht unbedenklich sei. Der König selbst wurde zuerst stutzig. Die Großmächte aber benutzten die Zeit gut. Mehemed Ali hatte im Vertrauen auf die französische Begeisterung die Fristen verstreichen lassen. Alsbald wurde er vom Sultan abgesetzt und geächtet und die vereinigten Mächte begannen ihre Maßregeln, um ihm Syrien zu entreißen. Die Drusen und Maroniten im Libanon wurden zum Aufstande gereizt, der englische Admiral Stopford erschien mit einer englisch-östreichisch-türkischen Flotte an der syrischen Küste und eröffnete die Feindseligkeiten mit der Einnahme von Beirut am 14. September. Bald folgten andre Seestädte nach und die Aegypter mußten sich von der Küste ins Innere Syriens zurückziehen. Dort aber trafen sie auf ein türkisches Heer, geführt von dem Hamburger Jochmus, und erlitten von ihm bei Kaleb Medina am 10. October eine schwere Niederlage. Noch bedenklicher waren zwei andre Schläge. Am 4. November erstürmten die Engländer und Oestreicher Akka und kurz darauf blokirte Napier (einst in Dom Pedros Diensten) Alexandrien. Mehemed mußte einsehen, daß Frankreich für ihn, auch wenn es noch zum Kriege schreiten sollte, eine morsche Stütze sei. Sein Uebermuth war gebrochen und er suchte jetzt durch Anbahnung an England wenigstens die Bedingungen des zweiten Termines noch zu erlangen. Allerdings flackerte die Kriegslust in Paris auf die Kunde von den Vorgängen in Syrien noch einmal in beängstigenden Flammen auf. Die Boulevards wurden nicht stille von dem Geschrei und Gesinge der Menge; die Theater widerhallten von dem wahnsinnigen Beifall, der Alfred de Musset's „Deutschem Rhein" gespendet wurde, einem Liede, das in spottender Weise auf die Begeisterung antwortete, die in Deutschland zum Schutze des Rheines wach geworden war. Die Regierung selbst trug sich mit den wundersamsten Entwürfen. Ob sie an dem Versuche, die englischen Schiffswerften anzuzünden, betheiligt gewesen, mag zweifelhaft sein; aber ernstlich ins Auge faßte sie den Plan einer neuen „Anconade", wie man es damals nannte, d. h. der unvermutheten Besetzung einer türkischen Stadt durch französische Truppen. Und noch weiter gediehen war der Plan, die neuesten Verwirrungen

Einschreiten gegen Mehemed Ali.

Schlacht von Kaleb Medina.

Neue Kriegswuth in Frankreich.

in Spanien (Königin Chriſtine verließ eben damals, am 14. October, das Land) zu benutzen, um die Balearen wegzunehmen. Es war nicht Thiers' Schuld, daß dieſer ſaubere Plan nicht zur Ausführung kam. Seine kriegeriſchen Gelüſte wurden dem Könige doch nach und nach allzubedenklich. Den Ausſchlag gab eine drohende Thronrede, die der Monarch bei der Eröffnung der Kammern halten ſollte. Louis Philipp weigerte ſich deſſen, entließ ſein Miniſterium am 29. October und beauftragte den friedlich geſinnten Guizot mit der Neubildung des Cabinets. Darüber kam es in der Kammer zu einer heftigen mehrtägigen Debatte, in welcher Guizot als Freund des Friedens um jeden Preis von Thiers und ſeinen Anhängern auf das Schonungsloſeſte verarbeitet wurde, endlich aber doch mit 247 über 161 Stimmen triumphirte. Thiers' Sturz.

Der neue Miniſter ſuchte nun als eine Gefälligkeit das von dem engliſchen Cabinette zu erbitten, was Thiers durch Drohungen nicht hatte erlangen können. Mehemed Ali den Beſitz von Syrien wieder zu verſchaffen, war jetzt natürlich völlig unmöglich; auch machte ſich der alte Paſcha ſelbſt keine Hoffnung mehr darauf. Aber es wäre doch immer ein Triumph für die Regierung Louis Philipps geweſen, wenn die vier Mächte ihm auch nur Aegypten in Folge franzöſiſcher Verwendung gelaſſen hätten. Das hatte daher ſchon Thiers am 8. October als geringſtes Zugeſtändniß von England gefordert, allerdings mit dem ſpäter eingeſtandenen Hintergedanken, dadurch Zeit für ſeine Rüſtungen zu gewinnen und den Ausbruch des erſehnten Krieges bis ins Frühjahr 1841 verſchieben zu können. Aber Lord Palmerſton ſchlug es rundweg ab, obgleich er materiell mit dem Vorſchlag als einem billigen Ausgleich ganz einverſtanden war. Er befolgte ſtreng den Grundſatz, der franzöſiſchen Nationaleitelkeit durchaus nicht zu Willen zu ſein. Schreckſchüſſen nachzugeben und um des lieben Friedens willen eine ſ. g. verſöhnliche Sprache zu führen, ſei eine Politik, ſo meinte er, die nur Unheil ſtifte. Ebenſo wenig wollte er jetzt den Gefälligen ſpielen; in den Augen der Franzoſen würde das doch nur als Furcht erſchienen ſein. Aber thatſächlich entſprach er den Wünſchen Guizots. Am 27. November war Mehemed Ali in Alexandrien von Napier zum Nachgeben gezwungen. Eine vorläufige Uebereinkunft zwiſchen beiden beſtimmte, daß Mehemed die noch beſetzten Theile von Syrien räumen und die türkiſche Flotte herausgeben, dafür aber Aegypten behalten ſolle. Allerdings hatte die letztere Beſtimmung durchaus keinen Anſpruch auf Gültigkeit, da England nicht einſeitig den Vertrag vom 15. Juli ändern konnte; es wurde dieſe Uebereinkunft daher auch formell wieder aufgehoben; allein in dieſem Sinne zu wirken, blieb Palmerſton nichts deſtoweniger entſchloſſen, und der Widerſpruch, den er bei ſeinen Verbündeten und bei der Pforte überwinden mußte, war nicht ſehr nachhaltig. Mehemed Ali mußte ſich der Form wegen zunächſt bedingungslos unterwerfen; dann aber wurde der Hattiſcherif, welcher ihn abgeſetzt und geächtet hatte, vom Sultan aufgehoben und ihm der erbliche Beſitz von Aegypten am 13. Februar 1841 feierlich wieder zuerkannt. Guizots Bemühungen.

Mehemed Alis Unterwerfung.

Englands Erfolge.

So war der Ausgang der großen Krisis also für Frankreich ein sehr beschämender, für Rußland und besonders für England aber ruhmvoll und vortheilhaft. Mehemed Ali hatte Achtung vor ihrer Macht bekommen und hielt es für räthlich, fortan sich gut mit England zu stellen. Ein wesentliches Recht, das er dem londoner Cabinet einräumte, war die Anlage einer Handelsstraße über die Landenge von Suez und die damit verbundene Einrichtung der Ueberlandpost nach Ostindien. In Constantinopel hielten sich Rußland und England im Ganzen die Wage; bald war der Einfluß des einen, bald der des andern Staates größer, ein Wechsel, der für die Türkei nichts weniger als segensreich war. Denn auch ohne dies wurde sie schon von einem gefährlichen Kampfe widerstreitender Parteien und Principien heimgesucht. Daß die bisherigen Zustände gebessert werden müßten, dieser Einsicht konnte sich kein türkischer Staatsmann entziehen. Aber sollte die Aenderung darin bestehen, daß man zu den alten nationaltürkischen Einrichtungen, an denen Mahmuds Regierung so vielfältig gerüttelt hatte, eifrig und gläubig zurückkehrte, oder sollte man umgekehrt die Neubildung des Staates auf europäischer Grundlage versuchen und statt wie bisher in einzelnen Fragen, auf einzelnen Gebieten jetzt mit vollem Ernst in der gesammten Verwaltung mit den alten Grundsätzen brechen? Darüber gingen die Ansichten schroff aus einander, und während die europäische Partei in Reschid Pascha einen geistvollen und arbeitsamen Führer hatte, der im besten Einvernehmen mit dem englischen Gesandten Stratford Canning (Lord Redcliffe) zu wirken bemüht war, fand die nationale Partei in den Ulemas und in dem Fanatismus des Volkes eine Stütze, die durch den russischen Einfluß noch gestärkt wurde. Für die nächste Zeit hatte Reschid noch das Uebergewicht. Das Programm seiner Reformen war in dem Hattischerif von Gülhane enthalten, einer Art von Verfassungsurkunde, die Abdul Medjid bereits am 2. November 1839 unter großen Feierlichkeiten auf seinem Lustschloß Gülhane ertheilt hatte. Die Lage der Christen und Juden wurde durch dieselbe wesentlich verbessert, die Steuergesetze und die Militärpflicht geordnet und begrenzt, die Todesstrafe ohne richterlichen Spruch abgeschafft. Zur Ausführung dieser Urkunde erfolgte dann eine ganze Reihe von Gesetzen, die unter dem Namen der „heilsamen Anordnungen" zusammengefaßt wurden. Selbst eine Art von Landesvertretung, deren Mitglieder freilich der Sultan ernannte, berief Reschid ein; doch war der Erfolg und Eindruck dieses Schrittes nicht geeignet, zu einer Wiederholung einzuladen. Der junge Sultan Abdul Medjid war bei alledem eine vollständige Null.

Reformbestrebungen in der Türkei.

Der Hattischerif von Gülhane.

Rußland und England in Asien.

Aehnlich wie in Constantinopel kämpften der russische und der englische Einfluß in Central-Asien und in China mit einander, und wenn die Ausbrüche dieser Wettbewerbung auch keinen unmittelbaren Einfluß auf die politische Gesammtlage Europas ausübten und noch

weniger ein lebhaftes Interesse zu erwecken vermögen, so müssen doch diese Kämpfe in ihren Hauptzügen hier erwähnt werden.

Der Kaukasus.

Es wurde schon oben der Bemühungen Rußlands gedacht, seine Herrschaft im Kaukasus zu befestigen. Wenn es sich dadurch einerseits den Besitz der Ostküste des Schwarzen Meeres sichern und der Verwandlung dieses Meeres in einen russischen Binnensee vorarbeiten wollte, so war sein Augenmerk doch gleichzeitig nicht weniger auf den Caspisee gerichtet, dessen Bedeutung für den innerasiatischen Handel damals zwar noch sehr gering war, aber in ihrer Entwicklungsfähigkeit wohl erkannt wurde.

Der Caspi-See.

Schwerlich schwebten der russischen Politik, wenn sie gleichzeitig östlich und westlich dieses ungeheuren Wasserbeckens ihre Grenzen vorzuschieben suchte, so weit entlegene Ziele vor, wie man in England auf Urquharts Zeugniß hin glaubte. Hier sah man die Russen schon auf dem graden Wege nach Indien um der englischen Herrschaft dort ein Ende zu machen, und das schlechte Gewissen der ostindischen Compagnie, welche noch Herrin des Landes war und gegen deren Ausbeutungssystem sich ein heftiger Groll aufgesammelt hatte, malte dieses Schreckbild der Zukunft noch furchtbarer aus. In der That waren es doch ganz überwiegend die Interessen des Handels, welche die russische Politik in Centralasien leiteten. Dieser Handel war von nicht geringem Umfange, aber er war bis dahin genöthigt, bedeutende Umwege zu machen, die ihn sehr erschwerten.

Handelsstraßen.

Statt durch den Caspi-See nach Asterabad (am Südostende desselben) und weiter durch das Atrek-Thal nach Mesched und Herat, oder auf der zweiten natürlichen Route über Khiwa den Amu hinauf nach Balkh zu gehen, umging er die Kirgisensteppe und die Staaten des feindlichen Emirs von Khiwa in einem riesigen Bogen und hatte Petropawlowsk in Sibirien zum Ausgangspuncte. Dadurch wurde den Russen die Concurrenz mit den Engländern auf den Märkten von Persien, Afghanistan und den turanischen Chanaten um so mehr erschwert, als die ostindische Compagnie ihre Herrschaft in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts ganz beträchtlich ausgedehnt und bereits den Indus in ihr Machtgebiet eingeschlossen hatte.

Die ostindische Compagnie.

Früher hatten die kleinen Staaten im Pendschab dem englischen Handel aus Eifersucht alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt und dadurch den russisch-asiatischen Verkehr befördert. Das war jetzt anders geworden. Handelsverträge, welche die ostindische Compagnie 1832 mit diesen Fürsten abgeschlossen, öffneten ihr gegen mäßige Zölle den Weg auf dem Indus bis nach Attok hinauf, von wo der Kabul-Paß nach Afghanistan hinüberführte. Begreiflicher Weise suchte Rußland in ähnlicher Weise näher zu rücken und daraus entstand die heftige Eifersucht, die sich besonders in Persien, Afghanistan und Khiwa bemerklich machte.

Persien.

Am Hofe von Teheran verdankte Rußland seinen Einfluß den glücklichen Kriegen, die es gegen Persien geführt und die dem Schah Achtung eingeflößt hatten. In den Friedensschlüssen von 1814 und 1828 waren ihm beträchtliche Landestheile abgetreten. England hatte den Persern nicht beigestanden, obgleich es sich den Anschein

gab, ihr Freund zu ſein und dadurch an Anſehn verloren. So ſtand es ſchon unter dem Schah Feth Ali, der 1834 ſtarb, noch mehr aber unter ſeinem Enkel und Nachfolger Mohammed Mirza, obgleich dieſer den Sieg über einen Oheim, der ihm das Reich ſtreitig machte, zum großen Theil engliſchem Gelde verdankte, und obgleich engliſche Offiziere ſeine Truppen einübten. Der ruſſiſche Geſandte, Graf Simowitſch, war an ſeinem Hofe allmächtig. Er war es auch, der den Schah überredete einen Eroberungskrieg gegen Kamran, den Fürſten von Herat, zu unternehmen und ſich zu dieſem Zwecke mit Doſt Mahomet von Kabul zu verbinden. Doſt Mahomet war ein Uſurpator. Er hatte die Oheime Kamrans geſtürzt und den größten Theil Afghaniſtans unter ſeine Botmäßigkeit gebracht. In früheren Jahren ſuchte er eifrig die Freundſchaft der Engländer. Allein die Verhältniſſe hatten jene gezwungen ſich auf die Seite ſeiner Feinde zu ſtellen. Einer der von Doſt vertriebenen Fürſten, Schudſchah, hatte nämlich Zuflucht und Beiſtand bei dem mächtigſten Fürſten des Pentſchab, Rundſchit Singh, gefunden, und da die oſtindiſche Compagnie dieſen Mann gebrauchte, um die vorhin erwähnten Handelsverträge von 1832 zu Stande zu bringen, ſo ergab ſich von ſelbſt, daß ſie auch den Schudſchah unterſtützen und Doſt Mahomets Freundſchaftsanträge ablehnen mußte. So hatte ſich dieſer denn ſeit einigen Jahren eng an Perſien und Rußland angeſchloſſen, wodurch er für die Engländer ein ſehr unbequemer Nachbar wurde. In ganz Afghaniſtan gab es nur noch einen Punct, wo ihr Einfluß den ruſſiſchen überwog, das war Herat, die Reſidenz Kamrans. Bei dieſer Sachlage war es ebenſo begreiflich, daß Rußland den Kamran durch einen Angriff von Perſien oder von Kabul aus zu ſtürzen und Herat ſei es in Mohammed Mirzas oder in Doſt Mahomets Hände zu bringen wünſchte, wie daß England einen ſolchen Erfolg um jeden Preis zu vereiteln ſuchte. Im Juli 1837 unternahm der perſiſche Schah ſeinen Zug gegen Herat. Simowitſch begleitete ihn; Doſt Mahomet hielt ſich noch zurück. Der engliſche Geſandte in Teheran, MNeill, ein Freund Urquharts, drang in Palmerſton, energiſch dazwiſchen zu fahren. Aber ehe auf ſeine Berichte Weiſungen eintreffen konnten, mußte viel Zeit verſtreichen. Es fragte ſich, ob Herat ſo lange ſich halten werde. Simowitſch ſelbſt leitete die Belagerung; aber auch die Verteidigung war in guten Händen, in denen des Engländers Pottinger. Alle Stürme wurden abgeſchlagen. Dadurch gewann England die nothwendige Zeit. Eine Flotte erſchien im perſiſchen Meerbuſen und beſetzte die Inſel Karak; eine drohende Note vom Mai 1838 kündigte Perſien den Krieg an, wenn die Belagerung von Herat nicht aufgegeben werde. Ein ganz unglücklicher Sturm auf die Stadt, im Juni, unterſtützte dieſe Schritte und Mohammed Mirza entſchloß ſich zu Simowitſch' großem Verdruß den Forderungen Englands nachzukommen. Damit war die dringendſte Gefahr vorüber; aber genügende Sicherheit für die britiſchen Intereſſen ſchien doch nur dann gewonnen werden zu können, wenn man aus der Verteidigung zum Angriff überging. Denn welche

Doſt Mahomet von Kabul.

Angriff auf Herat.

Engliſche Einmiſchung.

Bürgschaft gab es dafür, daß nicht Dost Mahomet plötzlich das Werk fortsetze, das Mohammed Mirza hatte aufgeben müssen? So entschloß sich England zum Kriege gegen diesen, in der Absicht, Schudschah an seiner Statt wieder zum Herrn von Kabul zu machen. Lord Auckland, der Gouverneur von Indien, schloß mit dem Gestürzten und dessen Beschützer Rundschit Singh ein Bündniß und erklärte im October 1838 Dost den Krieg. Das Unternehmen war mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, aber das Talent des Obergenerals Sir John Keane besiegte sie schließlich alle. Kandahar, Ghuzni, Kabul, die Hauptstädte des Landes, wurden erstürmt und Schudschah im August 1839 zurückgeführt. Im nächsten Jahre machte Dost noch einen Versuch sein Unglück wieder gut zu machen; allein es ging ihm nur um so schlimmer; er wurde gefangen genommen und nach Ostindien abgeführt. England hatte also glänzende Triumphe gefeiert. Sie noch zu erhöhen unternahm Rußland um dieselbe Zeit, im November 1839, einen unglücklichen Kriegszug gegen den Emir von Khiwa, der durch den Raub russischer Unterthanen den gerechtesten und erwünschtesten Anlaß dazu bot. Die Leitung des Unternehmens wurde dem General Perowski übertragen, der die umfassendsten Vorbereitungen traf. Allein die Ungunst der Verhältnisse war zu groß. Alles vereinigte sich gegen die Russen. In den wasserlosen Wüsten, durch welche der Zug ging, lieferte ihnen nur der Schnee das nöthige Getränk; die Kälte stieg bis zu 32° und endlich traten furchtbare Schneestürme ein, die Menschen und Thieren in der offenen Steppe das Grab bereiteten. Mit den schwersten Verlusten mußte Perowski den Rückzug antreten ohne mit dem Feinde zusammengetroffen zu sein. Aber vergebens war der Zug doch nicht gewesen. Es waren reiche Erfahrungen für die Zukunft gesammelt, und der Chan von Khiwa war doch auch hinreichend eingeschüchtert, um freiwillig die russischen Sclaven herauszugeben und zu versprechen, daß ähnliche Räubereien nicht wieder vorkommen sollten. Ein noch besseres Pflaster auf die Wunde, welche die unglückliche Expedition dem russischen Ehrgeiz geschlagen, lieferte aber im nächsten Jahre das Schicksal der Engländer in Afghanistan. Am Hofe Schudschahs residirte als Gesandter Sir Alexander Burnes; ein englisches Heer unter General Elphinstone war im Lande geblieben. Gegen sie erhoben sich im December 1841 die Afghanen; Burnes wurde niedergemetzelt, Elphinstone zum Rückzuge gezwungen und sein Heer in den Keybarpässen fast gänzlich aufgerieben. Von der Besatzung Kabuls, die aus 5000 Mann bestand, entkamen nur zehn. Wenn die Scharte auch im nächsten Jahre wieder ausgewetzt und das Land von den Generälen Nott und Pollack von Neuem unterworfen wurde, so war die Niederlage doch ein schwerer Schlag und lehrte deutlich, daß auch der englische Einfluß in Afghanistan auf sehr schwanken Füßen stehe.

Krieg gegen Dost Mahomet.

Rußland gegen Khiwa.

Aufstand der Afghanen.

Auch in China rivalisirten Großbritanien und Rußland mit einander, wenngleich ihre Gegnerschaft nicht so augenscheinlich zu Tage trat wie in Central-Asien. Rußland erfreute sich schon seit Peters des Großen Zeiten einer recht günstigen Stellung. Es hatte in

China.

Peking, allein von allen europäiſchen Mächten, eine ſtehende Geſandtſchaft und ſein Handel mit China, der in Kiächta und Maimatſchin betrieben wurde, war ſehr blühend. England hatte bis zum Jahre 1833 nur durch die oſtindiſche Compagnie mit dem himmliſchen Reiche in Beziehung geſtanden. Dieſe beſaß das Monopol des chineſiſchen Handels, durfte ihn aber nur in Canton und auch dort nur mit einer bevorrechteten Kaufmannsgilde, den Hongs, betreiben. 1833 wurde ihr dies Monopol aber genommen und allen engliſchen Kaufleuten der Handel freigegeben; an die Stelle des Vertreters der Compagnie trat ein Bevollmächtigter der Regierung. Von dem Augenblicke an begannen die Reibungen mit den chineſiſchen Behörden heftiger zu werden. Die Vertreter der Compagnie hatten, freilich auf Koſten des engliſchen Namens, ſich im Intereſſe des Handels ſehr viel bieten laſſen. Die Mandarinen ſahen mit Verachtung auf die rothborſtigen Barbaren herab; ihre außerordentlichen Geſandtſchaften, deren einige nach Peking kamen, wurden als ſchuldige Beweiſe der Unterwürfigkeit, die Geſchenke, welche ſie überbrachten, als rechtmäßiger Tribut betrachtet. Ein Vertreter der engliſchen Regierung mußte offenbar eine andre Sprache führen als ein Vertreter der Compagnie. Obendrein war nun aber der erſte, Lord Napier, perſönlich rückſichtslos und nicht geeignet, den bisherigen Ton allmälig in den richtigen hinüberzuleiten. Auch die materiellen Streitpuncte vermehrten ſich, ſeitdem nicht mehr die Compagnie allein den Handel trieb; die meiſten entſprangen dem ungeſetzlichen Schmuggel mit Opium. Dank demſelben überſtieg die engliſche Einfuhr in China die Ausfuhr um 7 Mill. Dollars, während der ruſſiſche Handel für 5 Mill. Rubel weniger importirte als exportirte. Die chineſiſche Regierung hatte, vielleicht weniger aus Rückſicht auf die phyſiſche und moraliſche Geſundheit ihrer Unterthanen als um den engliſchen Handel zu ſchädigen, die Einfuhr von Opium überhaupt verboten. Einige Jahre hindurch begnügte ſie ſich damit, ihre eigenen Unterthanen zur Befolgung dieſes Verbotes zu zwingen; ſie nahm ihnen das Opium weg und ließ auch einige Opiumraucher hinrichten. Aber bald erwieſen ſich dieſe Maßregeln als ungenügend; denn nun betrieben die Engländer ſelbſt auf kleinen bewaffneten Boten den Vertrieb ihrer Waare. Allmälig wurde das den Chineſen zu viel; ſie griffen auch dieſe Bote an, und das ergab ärgerliche Verwickelungen. Es ſchien zuletzt beſſer allen dieſen Widrigkeiten durch einen Hauptſchlag ein Ende zu machen. In der engliſchen Factorei zu Canton und auf den Schiffen im Hafen befand ſich ein großer Vorrath von Opium, über 20,000 Kiſten. Im Jahre 1839 verlangten die Chineſen die Auslieferung deſſelben und erzwangen ſie, als ſie verweigert wurde, durch Gewalt. Nun war ein Krieg unvermeidlich. Die engliſchen Kaufleute verließen Canton, die britiſchen Kriegsſchiffe begannen Feindſeligkeiten gegen die chineſiſche Flotte. Im Jahre 1840 wurde der Krieg förmlich erklärt. Eine Zeit lang zog er ſich ohne bedeutendes Ereigniß hin; aber im Mai 1841 gerieth den Engländern ein Angriff auf Canton; etwas ſpäter erzwangen ſie die Einfahrt in den Kaiſer-

Der Opiumkrieg.

canal; im Mai 1842 eroberten sie die starke Festung Tschintiang, an dem Kreuzungspuncte dieses Canals und des Jantsekiang, und hatten dadurch die Möglichkeit, auf dem Canal nach Peking zu segeln. Um es dahin nicht kommen zu lassen, erklärte sich der Kaiser zum Frieden bereit und erkaufte ihn zu Nanking am 25. September 1842 durch die Abtretung der Insel Hongkong, die Canton beherrscht, und durch die Oeffnung von fünf Häfen für den europäischen Handel: Canton, Amoi, Futscheu, Ningpo und Schanghai.

Die Whigs in England.

Die englischen Staatsmänner, welche dieses Unternehmen gegen China eingeleitet hatten, waren bei der glücklichen Beendigung desselben nicht mehr im Amte. Seit der siegreichen Durchführung der Reformbill im Jahre 1832 hatten die Whigs fast ohne Unterbrechung ein Jahrzehnt hindurch am Ruder gesessen. Wenn auch in ihrer Mitte die Umgestaltung des Wahlrechtes nicht wenig Gegner gezählt hatte, so waren diese durch die Erfahrung bekehrt worden. Ihre Befürchtung, das neue Unterhaus möchte sogleich zahlreiche radicale Elemente aufweisen, war bis dahin nur sehr beschränkt in Erfüllung gegangen. Palmerston meinte vielmehr, es werde allen seinen Vorgängern merkwürdig ähnlich, ungeduldig gegen Narren, unnachsichtig gegen Großmäuler, der Debatte müde und geneigt, im Allgemeinen der Regierung in alle den Angelegenheiten zu vertrauen, welche seine Mitglieder nicht verstünden oder an denen ihre Wähler kein Interesse hätten. Im Oberhause hatten zwar die Tories die Mehrheit, allein sie konnten davon in wichtigen Fragen keinen Gebrauch gegen die Regierung machen, weil sie auch durch eine Auflösung die Herrschaft im Unterhause nicht hätten gewinnen können. Die materielle Lage des Landes war sehr befriedigend, Handel und Industrie in beständigem Aufschwung. Zwei Maßregeln von höchster Wichtigkeit griffen tief in das Colonialwesen und den überseeischen Handel ein. Der einen wurde schon gedacht: sie betraf die ostindische Compagnie, der eine 20jährige Frist zur vollständigen Abwickelung ihrer Geschäfte gegeben wurde; bis dahin blieb die Verwaltung ihrer Besitzungen unter manchen Beschränkungen und staatlicher Aufsicht in ihrer Hand. Von dem Reingewinn durften aber nur 630,000 £ jährlich an die Actionäre vertheilt werden; der Rest wurde für die Einlösung der 2500 Actien bestimmt. Die zweite Maßregel war die Befreiung der Sclaven in Westindien. Das Parlament bewilligte im August 1833 20 Mill. £ für diesen Zweck; dafür erhielten 750,000 Menschen ihre Freiheit zurück. Es war in der That ein glänzendes Beispiel von Großmuth und Gerechtigkeit, das der Nation, welche ein so beträchtliches Opfer für eine gute That zu bringen bereit war, zur höchsten Ehre gereichte. Nicht minder bezeugte es aber auch den allgemeinen Wohlstand, der im Lande herrschte. Freilich fehlte es auch nicht an schwarzen Puncten. In den Arbeiterkreisen gährte eine große Unzufriedenheit. Seit ihnen durch ein Gesetz von 1824 das

Die Whigs.

Ostindische Compagnie.

Recht gegeben war, sich zu vereinigen und gemeinsam den Arbeitgebern Bedingungen zu stellen, waren zahlreiche Gewerkvereine (Trades-Unions) entstanden, welche eine Verbesserung ihrer Lage durch Aufkündigung der Arbeit (strikes) von den Fabrikherren zu erzwingen suchten. Diese waren nun ihrerseits bedacht, Mittel zu finden, welche die Arbeiter auch ohne die Bewilligung höheren Lohnes zufrieden stellen könnten. Diesem Bestreben entsprang einerseits die Gründung von Consumvereinen, deren Aufgabe es sein sollte, dem Arbeiter seine Lebensbedürfnisse zu einem billigen Preise zu verschaffen, und andrerseits die Bewegung für eine Ermäßigung der Kornzölle. Als Muster für die Consumvereine konnte derjenige der „Pioniere von Rochdale" gelten, die mit einem kleinen Verkaufsladen und 26 £ Capital anfingen und durch geschickte und vorsichtige Ausdehnung ihres Betriebes allmälig eine eigene Dampfmühle, Bäckerei, Schlachterei, eine Dampf-Spinnerei und Weberei u. s. f. zum gemeinsamen Vortheile begründeten. Dieser Vorgang fand zahlreiche Nachfolge und trug nicht wenig dazu bei, die unzufriedene Stimmung auf engere Kreise zu beschränken. Der Bewegung für die Ermäßigung der Kornzölle, die seit 1838 von Manchester aus durch Richard Cobden und seine Freunde mit erneuter Kraft in das Land getragen wurde, wird später zu gedenken sein. Brennender als diese Frage war die Beseitigung der Uebelstände in Irland. Wenn die katholischen Iren von der Katholikenbefreiung eine Besserung ihrer Lage erwartet hatten, so mußten sie sich bitter enttäuscht fühlen. Denn es geschah Nichts. Besonders lebhaft empfand dies Daniel O'Connell, der ja selbst im Unterhause saß und deutlich erkannte, daß seine heimische Insel auch bei den Whigs auf freiwillige Zugeständnisse nicht rechnen dürfe. Er begann daher eine neue Bewegung unter seinen Landsleuten, deren Losung das Wort: Repeal, Widerruf! wurde — Widerruf nämlich der Unions-Acte von 1800, durch welche das irische Sonderparlament aufgehoben und die Rechtsbefugniß des englischen Parlaments, dessen beide Häuser durch 32, resp. 100 Iren verstärkt waren, auf Irland ausgedehnt worden war. Die Repeal-Bewegung gewann bald eine solche Stärke, daß sie von dem Ministerium nicht unbeachtet gelassen werden konnte; eine Gewährung des Verlangens kam selbstverständlich nicht in Frage und wurde selbst von O'Connell schwerlich für möglich erachtet; wohl aber ließ sich erwarten, daß die Regierung zur Beschwichtigung der wachsenden Unzufriedenheit die dringendsten Beschwerden der Iren abstellen werde. Ueber keinen Uebelstand wurden lebhaftere und besser begründete Klagen geführt, als über die Vorrechte der anglicanischen Kirche. Wenn die Zahl ihrer Angehörigen in einem irischen Bezirke auch noch so gering war, so hatte sie doch in demselben einen Geistlichen und dieser mußte von den Katholiken unterhalten werden. Das Ministerium Grey verschloß sich der Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse nicht; aber der erste Vorschlag zur Erleichterung, den es 1833 aufstellte und der vom Parlamente gebilligt wurde, konnte die Iren nicht befriedigen, denn er gewährte nicht die Aufhebung, sondern nur die allmälige Ablösung

Die Gewerk-Vereine.

Befreiung der Sclaven.

Die Consum-Vereine.

Die irische Repealbewegung.

Die anglicanische Kirche in Irland.

der Kirchenlaſten. Der Unwille über die Geringfügigkeit dieſer Beſſerung gab der Repeal-Bewegung neue Stärke und führte zu unruhigen Auftritten und beſonders zur Verweigerung des Zehnten. Dem gegenüber glaubte nun ein Theil des Miniſteriums die äußerſte Strenge zeigen zu müſſen; es brachte eine Bill ein, welche die Verhängung des Kriegsrechtes in jedem iriſchen Bezirk, wo Unruhen ausbrächen, geſtattete; nur ungern hatten ſich andre Mitglieder des Cabinets dieſer Vorlage angeſchloſſen, und als dieſelbe nun im Parlament heftig bekämpft, auch der innere Zwieſpalt des Cabinettes ans Licht gezogen wurde, brach eine Miniſtercriſis aus, die mit dem Rücktritt der Anhänger der Zwangsbill und beſonders Lord Greys endete (9. Juli 1834). Der bisherige Miniſter des Innern, Lord Melbourne, wurde mit der Neubildung betraut, brachte ein liberaleres Miniſterium als das vorige zu Stande und ſuchte ſich mit O'Connell zu verſtändigen. Die erſte Grundloge dafür bot die Rücknahme der Zwangsbill. Ein Theil der Cabinetsmitglieder, beſonders Lord John Ruſſell, wollte aber auch weitergehende Zugeſtändniſſe machen und den Ueberſchuß der Einnahmen, welche die proteſtantiſche Kirche aus Irland zog, für Unterrichtszwecke im Intereſſe aller Bekenntniſſe verwenden. Dieſer Ueberſchuß war ſchon durch Greys iriſche Kirchenbill, welche zehn Biſthümer und alle die Kirchen, in welchen ſeit drei Jahren kein Gottesdienſt gehalten war, aufgehoben und die Beſoldung aller übrigen Pfründen herabgeſetzt hatte, ſehr erheblich geworden. O'Connell war daher mit der Abſicht Ruſſels ſehr zufrieden und unterſtützte das Miniſterium. Allein der König war nicht Willens, demſelben zu folgen und führte ſelbſt einen Cabinetswechſel herbei. Im November 1834 trat nämlich derjenige Miniſter, welcher die Führung des Unterhauſes hatte, Lord Althorp, in Folge des Todes ſeines Vaters als Earl Spencer ins Oberhaus; ein andrer mußte die Leitung des Unterhauſes übernehmen. Allerdings war nun unter den Miniſtern keiner, welcher Althorp an Einfluß gleich kam, wie das auch ſchon früher von Grey und Melbourne wiederholt zugeſtanden war; auch ließ ſich nicht leugnen, daß viele Anhänger des Cabinets unſicher geworden waren, die einen, weil ihnen daſſelbe zu weit, die andern, weil es ihnen nicht weit genug ging. Trotzdem war Melbourne der Meinung, er könne ſich halten, und bot dem Könige ſeine Entlaſſung nicht an, wodurch der Monarch ſich zu dem ungewöhnlichen Schritte veranlaßt ſah, ſie ihm zu ertheilen. Wellington erhielt den Auftrag ein Cabinet zu bilden. In richtiger Erkenntniß ſeiner Unbeliebtheit trat er denſelben ſeinem gemäßigteren Parteigenoſſen Sir Robert Peel ab, der im December 1834 die Zügel der Regierung ergriff. Das überwiegend liberale Unterhaus wurde ſofort aufgelöſt. Aber der Erfolg war nicht genügend. Die Tories gewannen zwar eine beträchtliche Anzahl Sitze, gegen die vereinigten Whigs, Radicalen und Iren blieben ſie aber in der Minderheit. Es half Nichts, daß Peel mit Verleugnung der ſtrengen Parteigrundſätze eine Reihe von Bills einbrachte, welche die Reihen der Gegner erſchüttern ſollten. Nach einigen kleineren Niederlagen, die er ruhig

Die Zwangsbill.

Greys Rücktritt.

Miniſterium Melbourne.

Lord Althorp.

Miniſterium Peel.

hinnahm, zwang ihn endlich doch die Annahme des oben erwähnten Russell'schen Vorschlages, die Ueberschüsse der irischen Kircheneinkünfte zu Unterrichtszwecken zu verwenden, zum Rücktritt. Kaum fünf Monate nach seinem unfreiwilligen Verzicht trat Melbourne wieder an die Spitze der Regierung. Auch er konnte auf die Mehrheit im Unterhause nur dann zählen, wenn er die Iren und die Radicalen bei guter Laune erhielt. Alles, was er diesen zu Gefallen that, erregte aber im Oberhause den größten Unwillen und steigerte die Erbitterung der Tories. Diese glaubten sich den Anschlägen auf die anglicanische Kirche — denn als solche betrachteten sie die irischen Kirchenbills — mit allen Mitteln widersetzen zu müssen. In dieser Absicht belebten sie den Bund der Oranien-Männer (Orange-men) wieder, der zur Zeit Wilhelms von Oranien gegründet war, um dessen Herrschaft in Irland durchzusetzen. Er war niemals ganz erloschen, hatte gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einen neuen Aufschwung genommen, und erhielt jetzt durch den Massenbeitritt der Tories, der die Mitgliederzahl auf 300,000 brachte, eine ungeahnte Stärke. An die Spitze der Logen, in die er zerfiel, trat als Großmeister des Königs Bruder, Ernst August, Herzog von Cumberland, nachmaliger König von Hannover, den seine gut toristische Gesinnung den Orangemännern so sehr empfahl, daß sie sich mit dem Plane trugen, ihn bei Wilhelms IV. Tode anstatt der Prinzessin Victoria zum Könige zu erheben. Dieser Anschlag gerieth ihnen aber zum Verderben. Von den Radicalen wurde 1836 im Unterhause eine Adresse an den König beantragt, welche die Auflösung des Bundes erbat. Das Unterhaus und der König stimmten bei und nun erwählte der Herzog von Cumberland das klügere Theil und empfahl allen Orangelogen sich aufzulösen. Wenn dieser Erfolg dem Whigministerium schon eine wesentliche Stärkung brachte, so war der Thronwechsel, der im nächsten Jahre eintrat, noch mehr im Parteiinteresse. König Wilhelm IV. starb am 20. Juni 1837 und es folgte ihm in England seine Nichte Victoria, die Tochter seines 1820 gestorbenen Bruders, Eduard, Herzogs von Kent; in Hannover dagegen, wo die weibliche Erbfolge ausgeschlossen war, bestieg der Herzog von Cumberland den Thron. Victoria war durchaus whiggistisch erzogen und verhehlte ihre Gesinnungen keineswegs. Und doch hatte ihr Regierungsantritt mittelbar eine Erschütterung des Ministeriums Melbourne im Gefolge; denn bei der üblichen Neuwahl zum Parlamente verminderte sich von Neuem die Zahl der eigentlichen Whigs besonders zu Gunsten der Radicalen, die nahezu 100 Sitze einnahmen und deren Heeresfolge um so unsicherer wurde, je weniger Ergebnisse das Cabinet bei dem Widerstande des Oberhauses zu erzielen vermochte. Auch wurde es immer schwieriger, sie zufrieden zu stellen, besonders ihren linken Flügel, der sich als „Chartisten", d. h. Anhänger der Volkscharte (the people's charter) von den andern Radicalen trennte. Geheime Wahl, allgemeines Stimmrecht, Abtheilung der Wahlbezirke nach der Kopfzahl, jährliche Neuwahlen, das war der wesentliche Inhalt der Volkscharte, die natürlich den echten

Zweites Ministerium Melbourne.

Die Orangemen.

Ernst August Herzog von Cumberland.

Tod Wilhelms IV.

Königin Victoria.

Die Chartisten.

Whigs ebenſo ſehr ein Greuel war wie den Tories, und die deshalb, als ſie 1839 mit $1^1/_2$ Millionen Unterſchriften verſehen ans Parlament kam, von den beiden großen Parteien mit ſeltener Einmüthigkeit abgelehnt wurde. Auf den Beiſtand der Iren war für die Miniſter auch kein ſicherer Verlaß; die Zehntenbill, die endlich 1838 im Oberhauſe durchging, war ſo verſtümmelt, daß ſie auf der grünen Inſel nur wenig Freude erregte; die anderen iriſchen Bills, eine Städtebill, eine Armenbill u. ſ. w. gelangten auch nicht einmal in verkümmerter Form zur Annahme. Unter ſolchen Umſtänden war eine Niederlage des Miniſteriums jeden Tag möglich; im Mai 1839 erfolgte ſie in einer Frage, die Jamaica betraf. Das Miniſterium gab ſeine Entlaſſung und die Königin berief Sir Robert Peel. Aber ſie that es mit unverhohlenem Widerſtreben und benutzte eine perſönliche Angelegenheit um die toriſtiſche Cabinetsbildung zu verhindern. Peel verlangte von ihr, daß ſie einige ihrer Hofdamen, die ſämmtlich zu alten Whigfamilien gehörten, entlaſſe und durch toriſtiſch geſinnte erſetze. Deſſen weigerte ſie ſich, da ihre Damen nicht im Parlamente ſäßen, und Robert Peel erklärte, in dieſem Falle die Geſchäfte nicht führen zu können; das Miniſterium Melbourne trat ſein Amt wieder an. Heutzutage ſind die Parteien ſo ziemlich darüber einig, daß die Handlungsweiſe der Königin nicht conſtitutionell geweſen ſei; damals aber verfochten die Whigs dieſelben und erhöhten damit nur die Bitterkeit der Tories, die für ihre Niederlage in der Bedchamber-Queſtion (Hofdamenfrage), wie man den Streit nannte, ſich durch perſönliche Unfreundlichkeiten gegen die Königin und ihren jungen Gemahl zu rächen ſuchten. Dem letzteren, dem Prinzen Albert von Coburg, war es zu danken, daß die Stellung der Partei zu der Monarchie endlich wieder ins rechte Gleis kam. Aus einer ganzen Flucht deutſcher und anderer Prinzen, die ſich ſeit 1833 um die Hand Victorias beworben hatten, war, vornehmlich durch die Bemühungen Leopolds von Belgien, Albert endlich auserkoren; im Februar 1840 fand die Hochzeit ſtatt. Unter den Chicanen, welche die Tories gegen den Prinz-Gemahl (Prince-Conſort) ausſannen und Dank den Radicalen durchführten, war die empfindlichſte die Herabſetzung der Civilliſte von 50,000 £, welche die Regierung forderte, auf 30,000. Albert ließ ſich dadurch nicht verſtimmen, kam den Tories freundlich entgegen, erwirkte ihnen eine beſſere Behandlung bei Hofe und erreichte, zum guten Theil durch die Vermittlung ſeines Vertrauten Stockmar, daß ſchon im Juli 1840 die Partei ein Geſetz ohne Widerſpruch durchgehn ließ, welches ihm die Regentſchaft für den Fall übertrug, daß die Königin mit Hinterlaſſung eines minderjährigen Erben ſterben ſollte.

Die iriſchen Bills.

Die Hofdamen-Frage.

Der Prince-Conſort Albert von Coburg.

Mittlerweile verlor das Miniſterium immer mehr Boden im Lande und im Parlamente; ja es war auch in ſich nicht einig und bereitete ſeinen tüchtigſten und thätigſten Mitgliedern, Ruſſell und Palmerſton, ſolche Schwierigkeiten, daß der letztere unmittelbar vor dem Abſchluß des Vierbundes vom 15. Juli 1840 ſeine Entlaſſung anbot, weil ſeine eigenen Collegen ihm entgegenwirkten. Lord

Zwieſpalt im Miniſterium.

Melbourne selbst that sehr wenig und ließ als Lord Pococurante (wie ihn Stockmar nannte) die Sachen gehen. Auch die Finanzen des Landes verschlechterten sich in bedenklicher Weise, und so ertheilte das Unterhaus als der Voranschlag des Jahres 1841 einen Ausfall von 2 Millionen Pfund aufwies, dem Cabinet endlich ein förmliches Mißtrauensvotum. Ehe sich Melbourne aber von der Gewalt trennte, wollte er es noch einmal mit einer Berufung an das Land versuchen, und erst als diese wider ihn ausfiel, entschloß er sich, vor einer Mehrheit von 91 Stimmen im Unterhause, 72 im Oberhause am 28. August 1841 den Rückzug anzutreten. Die Hofdamenfrage war durch Prinz Albert schon einige Monate früher dahin geordnet worden, daß die Königin im Fall eines Ministerwechsels einige ihrer Damen bereden werde, freiwillig zu verzichten. Dies geschah jetzt und Robert Peel konnte ohne Schwierigkeiten sein zweites Ministerium bilden.

Rücktritt des Ministeriums Melbourne.

Ministerium Peel.

Der hannoversche Verfassungsbruch.

Der Tod Wilhelms IV. von England war für England vielleicht von geringerer Bedeutung gewesen als für Deutschland. Denn er veranlaßte nicht nur in Hannover Ereignisse von schwerwiegendem Ernste, sondern wirkte durch diese weit über die Grenzen jenes Königreiches hinaus. Es wurde oben schon erwähnt, daß die Erbfolge den Bruder Wilhelms, Ernst August, Herzog von Cumberland, auf den hannoverschen Thron berief. Schon die ganze Vergangenheit dieses Fürsten, seine leidenschaftliche Vorliebe für das Torythum, seine Stellung an der Spitze des Orangebundes, die wenig ehrenvollen Mittheilungen der englischen Blätter über seine bisherige Lebensweise, mußten mit Besorgniß erfüllen und die Befürchtung nahe legen, daß die gute Zeit, deren sich das Land seit dem Erlaß der Verfassung von 1833 unter der Verwaltung des Herzogs von Cambridge erfreut hatte, zu Ende gehen werde. Das, was wirklich geschah, sah doch wohl im Ernste Niemand voraus. Kaum 14 Tage nach seines Bruders Tod, am 5. Juli 1837, erklärte der neue König in einem Patente, daß er die Verfassung nicht anerkenne, weil er in diesem weder in formeller noch in materieller Hinsicht ihn bindenden Staatsgrundgesetze eine hinreichende Gewähr für das dauernde Glück seiner Unterthanen nicht finden könne. Er werde die Stände, die schon am 29. Juni vertagt waren, wieder zusammenberufen, sobald die Prüfung dessen, was weiter zu geschehen habe, beendet sei und werde ihnen dann seine königliche Entschließung eröffnen. Unterzeichnet war dies Patent nicht von den Cabinetsministern, sondern von Herrn von Scheele, den der König, wie es in der Urkunde selbst hieß, ohne Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz in Eid und Pflicht genommen hatte.

Der Herzog von Cumberland.

Patent vom 5. Juli 1837.

Ueber die wirklichen Triebfedern zu dieser Einleitung eines Verfassungsbruches war man im Lande kaum in Zweifel. Die Verschuldung des neuen Königs — man sprach von drittehalb Millionen

Verschuldung des Königs.

Thalern — war bekannt; nun hatte die Verfaſſung von 1833 die Domänen zum Staatseigenthum gemacht und den König auf eine Civilliſte angewieſen; das war es, was Ernſt Auguſt vor Allem verdroß und was er rückgängig zu machen wünſchte; denn im Beſitze der Domänen konnte er ſeine Gläubiger leicht befriedigen. Dieſem Verlangen mußte die Verfaſſung zum Opfer fallen. Die Prüfung, welche das Patent vom 5. Juli noch vorbehielt, ging natürlich im Geheimen vor ſich; ihr Gegenſtand war wohl weſentlich die Frage, ob es beſſer ſei, die Conſtitution von 1833 als vollſtändig ungültig zu betrachten und einfach auf die von 1819 zurückzugehn, oder nur einzelne Beſtimmungen derſelben unter paßlichen Vorwänden zu verwerfen. Der erſte Weg ſchien der beſſere zu ſein, und ſo verkündete ein zweites Patent vom 1. November 1837 dem Lande, daß die verbindliche Kraft des Staatsgrundgeſetzes vom 26. Sept. 1833 von jetzt an erloſchen und die bereits vertagte Ständeverſammlung aufgelöſt ſei. Alle königlichen Diener wurden ihres Eides auf die Verfaſſung entbunden und die bevorſtehende Einberufung der Stände von 1819 zugleich mit einer Steuerermäßigung von 100,000 Thalern angekündigt.

Stimmung im Lande.

Wohl erregte dieſer ſchmähliche Verfaſſungsbruch im ganzen Lande den bitterſten Unwillen; wohl dämpfte und erſtickte er die Freude darüber, daß ein wichtiger Landſtrich aus der (mit Jakob Grimm zu reden) zwar ehrenvollen, oft erſprießlichen, aber das Nationalgefühl herabdrückenden Verbindung mit einem fremden Reiche in das reine Verhältniß der andern deutſchen Bundesſtaaten übergegangen war; aber offenen Widerſtand fand er nicht. „Ich unterſchreibe Alles: Hunde ſind wir ja doch!“ Dieſe Worte eines höheren Beamten waren der richtige Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung. „Das Eis des Schweigens überzog mit ſeiner Rinde hart und ſchmählich das ganze Land.“ Es bedurfte erſt eines kühnen Beiſpieles, um manchem Zagenden Muth zu machen. Sieben Göttinger Profeſſoren gaben es. Nach längeren Berathungen mit anderen Collegen, die ſich zuletzt doch ausſchloſſen, überſandten ſie am 18. November dem Curatorium der Univerſität eine Verwahrung, in welcher ſie, „um nicht als Männer zu erſcheinen, die mit Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben“, ſich dauernd an ihren Eid auf die Verfaſſung gebunden erklärten. Die Unterſchriften, faſt ſämmtlich Namen erſten Ranges in der deutſchen Wiſſenſchaft, lauteten: F. C. Dahlmann, E. Albrecht, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, G. Gervinus, H. Ewald, Wilhelm Weber. In Hannover erregte dieſer Schritt den höchſten Zorn, und nicht blos beim Könige perſönlich. Wir haben es nicht gewagt zu widerſprechen, und ſieben Profeſſoren nehmen es ſich heraus! ſo murrten die hohen Beamten. Vollends die Collegen der Proteſtirenden fühlten ſich zum Theil ſehr unangenehm berührt und fürchteten, der Allerhöchſte Zorn werde mit den Schuldigen auch die Unſchuldigen, d. h. die ganze Univerſität, treffen. Dadurch ließen ſich der Prorector Bergmann und die Decane, unter ihnen Männer wie Herbart und Gieſeler, verleiten, bei einer Audienz,

Die Göttinger Sieben.

welche sie Namens der Universität von dem Könige auf dem Jagdschlosse Rothenkirchen erbaten, das Verhalten ihrer Collegen zu mißbilligen; wenigstens stellte die amtliche Zeitung die Sache so dar und die Mitglieder der Deputation wagten nicht öffentlich die falschen Angaben zu berichtigen. Das war für einige Männer, welche sich dem Schritte der Sieben als verfrüht nicht hatten anschließen wollen, doch zu viel; sechs Professoren, Otfried Müller an der Spitze, erklärten am 13. December, daß sie keineswegs, wie aus dem Verhalten des Prorectors geschlossen sei, die Gesinnungen ihrer sieben Collegen mißbilligten. Aber auch über Göttingen hinaus wirkte die Verwahrung vom 18. November. Dahlmann hatte einige Abschriften davon genommen, sie Jacob Grimm und Gervinus mitgetheilt, und alle drei hatten sie an Verwandte geschickt. Dadurch oder auf andre Weise kam sie in die Casseler Zeitung und so in alle andern Blätter. Diese Veröffentlichung verdroß Ernst August ganz besonders; auf sie berief er sich vorzugsweise bei seinem weiteren Vorgehen. Ein günstiger Zufall schien ihm noch eine Waffe gegen die Sieben in die Hände zu spielen. Am Tage des Protestes selbst, am 18. November, hatten pariser Blätter die Nachricht gebracht, daß sieben Göttinger Professoren dem neuen Könige den Huldigungseid verweigerten. Die Zahl stimmte auffallend, aber doch nur von ungefähr; denn noch am Abend des 17. wußte keiner der Unterzeichner, ob sie ihrer 5 oder 7 oder 13 sein würden. In den Augen des Königs aber galt dies Zusammentreffen als Beweis, daß die Sieben wegen ihres Schrittes mit Frankreich in Verkehr gestanden. Ihre Verwahrung dagegen, vom 11. December datirt, kam zu spät; an demselben Tage hatte der König mit Umgehung der gesetzlichen Formen ihre Absetzung befohlen und den dreien, welche die Versendung von Abschriften eingeräumt, Dahlmann, J. Grimm und Gervinus, die Wahl gestellt, binnen drei Tagen das Land zu verlassen oder der Abführung an einen andern Ort des Königreiches behufs weiterer Untersuchung gewärtig zu sein. Sie zogen das erstere vor und verließen die Stätte ihrer Wirksamkeit unter rührenden Ehrenbezeugungen seitens der Studenten, die sich massenhaft an der hessischen Grenze in Witzenhausen eingefunden hatten, um dort von ihnen Abschied zu nehmen, ja die 50 an der Zahl ihnen bis Cassel das Geleit gaben, wo sie freilich alsbald von der Polizei zurückgeschickt wurden. Auch Dahlmann und Gervinus duldete man dort nicht, sondern wies sie zur sofortigen Weiterreise an; Grimm, als einen geborenen Hessen, mußte man sich schon gefallen lassen.

Die öffentliche Meinung.

Wenn irgend etwas die Vertriebenen über ihr persönliches Mißgeschick trösten konnte, so war es die Theilnahme, welche ihnen im ganzen Vaterlande entgegengetragen wurde. Alle Kreise, alle Parteien, alle Stämme einigten sich in der unbedingten Verdammung des Königs, in der lauten Anerkennung der Sieben; die öffentliche politische Meinung, scheinbar schon erstorben, wurde wieder lebendig und trat als Macht auf. In Leipzig bildete sich sogleich ein „Göttinger Verein", um durch Geldsammlungen die Vertriebenen zu

unterstützen. Der Gedanke fand begeisterten Anklang; von Königsberg bis Freiburg bildeten sich Zweigvereine; mit den großen Handelsplätzen wetteiferten die kleinen thüringischen Flecken; selbst aus den Göttinger Professorenkreisen liefen Gelder ein; aus der Schweiz, aus England, aus Italien sandten dort ansässige Deutsche ihren Beitrag. Bis 1842, wo endlich auch Dahlmann wieder eine Anstellung fand, waren im Ganzen über 22,000 Thaler zusammengebracht, mehr als man brauchte, so daß der Ueberschuß zur Unterstützung der Familie des gefangenen Jordan in Marburg verwandt werden konnte. Gelegentlich der Uebersendung von Beiträgen oder selbständig sprachen zahllose Adressen den Märtyrern der Eidestreue freudige Anerkennung aus; Hamburg, Leipzig, Schleswig-Holstein gingen vorauf; besondre Berühmtheit aber gewann die Elbinger Adresse. Der erste Unterzeichner, Jakob von Riesen, theilte eine Abschrift dem preußischen Minister des Innern von Rochow mit. Der aber nahm sie trotz der schmeichelhaften Wendung — in Preußen, wo der Monarch stets das Beispiel der Ehrfurcht vor den Gesetzen gebe, sei ein solcher Gewaltstreich nicht möglich — mit „unwilligem Befremden" auf, da es „dem Unterthanen nicht gezieme an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen". Von diesem Tage, dem 15. Januar 1838, an wurde der „beschränkte Unterthanenverstand" des preußischen Ministers ein geflügeltes Wort der deutschen Sprache. Auch dichterische Größe fehlte den Sieben nicht. Fürwahr, sang Anastasius Grün, der Oestreicher,

Fürwahr, wo solche Männer fort verbannt, landflüchtig, reisen,
Müßt strafend ihr nicht aus dem Land, nein in das Land verweisen.

Die deutschen Regierungen.

Aber in den Kreisen, auf die schließlich bei der geringen Macht der öffentlichen Meinung doch Alles ankam, in den Regierungen war man den Göttingern entweder feindlich, oder wagte doch nicht offen für sie einzutreten. Nur unter den süddeutschen Cabinetten fanden sich muthigere Freunde. Besonders der König Wilhelm von Würtemberg bewährte seine unabhängige Gesinnung und verlieh Ewald eine Professur in Tübingen. Der König von Sachsen hatte sich Anfangs auch sehr geneigt vernehmen lassen, so daß Dahlmann Vorlesungen in Leipzig ankündigte und sich auf eine Anstellung Hoffnung machte. Indessen der Monarch wurde bald eingeschüchtert und verhinderte durch seine Censur sogar den Druck der Rechtfertigungsschriften, welche Dahlmann, Ewald und Jakob Grimm verfaßten; nur die juristische Erörterung Albrechts ging durch; die andern mußten, um zum Drucke zu gelangen, nach Basel wandern. Von da aus traten sie freilich trotz des Verbotes vieler Regierungen einen Triumphzug durch ganz Deutschland an und befeuerten durch ihre sittliche Wärme und Kraft nochmals die allgemeine Begeisterung.

Eingaben an den Bundestag.

An moralischer Bedeutung kamen dem Schritte der Göttinger Sieben die Nachahmungen nicht gleich, zu denen er andere hannoversche Beamte und Körperschaften trieb; an praktischer Wichtigkeit aber konnten diese ihn leicht überholen. An die Spitze der Bewegung im

Lande selbst stellte sich der Osnabrücker Magistrat, dessen Seele Stüve war. Er leistete die verlangte Huldigung nur unter der gleichzeitigen Verwahrung, daß er damit nicht auf die Verteidigung des Grundgesetzes von 1833 verzichte, und wandte sich mit einem Proteste an den Bundestag. Einen ähnlichen Schritt that die Mehrheit der Ständeversammlung von 1819, die im Februar 1838 zusammengetreten war, sich für unberechtigt erklärte, die Verfassung von 1833 aufzuheben und den Bundestag am 25. Juni ersuchte, seinerseits zu entscheiden, welches Gesetz gültig sei, das von 1833 oder das von 1819. Sogleich schickte der König sie erzürnt nach Hause, ohne daß sie das Budget berathen hatte. Daraus folgerte der Osnabrücker Magistrat, daß die Regierung keinesfalls berechtigt sei, die Steuern zu erheben; denn beide Verfassungen verlangten dafür die Einstimmung der Stände. Stüve wandte sich daher an die juristischen Facultäten und bat um ein Gutachten; Heidelberg, Jena und Tübingen entsprachen der Aufforderung und pflichteten der Meinung des Magistrates bei, besonders entschieden Tübingen. Mit seiner gewöhnlichen Unbesonnenheit forderte nun Ernst August von der würtembergischen Regierung die Absetzung der Verfasser dieses Gutachtens, natürlich umsonst. Aber damit war für die gute Sache noch wenig gewonnen; die Entscheidung lag bei der hannoverschen Ständeversammlung und beim Bundestage. Der letztere faßte zunächst einen halben Beschluß; er wies am 6. September 1838 die Eingabe der Osnabrücker ab, weil sie nicht zur Beschwerdeführung berechtigt seien, forderte aber die hannoversche Regierung zu Mittheilungen über die Sachlage auf; selbst der östreichische Gesandte erklärte, daß er über den materiellen Streitpunct noch durchaus kein Urtheil fälle und wünschen müsse, daß sein hannoverscher College diese Verwahrung seiner Regierung mittheile. Immerhin war also noch nicht jede Hoffnung eines günstigen Entscheides geschwunden. Auch das Land hielt sich noch gut; Steuerverweigerungen kamen allerdings nur vereinzelt vor, doch die Wahlen für den Landtag von 1839 fielen durchaus oppositionell aus. Von 73 Vertretern stellten sich nur 28 ein. Die Stände mußten also vertagt und Nachwahlen veranstaltet werden. Die Verfassungstreuen enthielten sich nun der Theilnahme; es waren ausgesprochene Minderheitswahlen; hier und da erschien nur ein einziger Wähler; aber trotzdem hatte die Regierung Mühe, eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten (37) zusammenzubringen und setzte auch bei diesen nicht mehr durch als eine Adresse, welche die Bereitwilligkeit zu einem Vergleiche aussprach. Ernst August fühlte sich sehr unbehaglich, schimpfte auf das „Federvieh", die Professoren, die ihm soviel zu schaffen machten, titulirte die städtischen Behörden von Hannover Esel und verbot bei einer Krankheit die Ausgabe von Bulletins, weil die —— sich ja doch über sein schlechtes Befinden nur freuen würden. Ein wahres Labsal war ihm daher der zweite Bundestagsbeschluß, der ein volles Jahr nach dem ersten, am 5. September 1839, zu Stande kam. Nicht ohne heiße Kämpfe. Der ganze Bund könne darüber auseinandergehen, meinte im Juli der hamburgische Gesandte Sieve-

Die hannoverschen Stände.

Die Entscheidung in Frankfurt.

king; hauptſächlich Preußen halte den König, weniger ſchon Oeſtreich; die Andern ſeien alle mehr oder minder gegen ihn, Baiern an der Spitze. Es ſei eine Spaltung wie in zwei Häuſer, Oeſtreich und Preußen ſtellten gleichſam das Oberhaus vor, die Andern das Unterhaus. Dieſe zuverſichtliche Auffaſſung behielt aber doch nicht Recht; als die Stunde der Entſcheidung ſchlug, beſaßen die Großmächte die Mehrheit; nur 6 Stimmen, Baiern, Würtemberg, Baden, Darmſtadt, Thüringen, die freien Städte, ſtanden zu der guten Sache; die andern entſchieden, es ſei keine Veranlaſſung zur Einmiſchung in die inneren Angelegenheiten Hannovers vorhanden. Nun konnte es kaum noch zweifelhaft ſein, daß auch der Widerſtand des Landes bald erlöſchen werde. Die Ständeverſammlung von 1840 wies eine regierungsfreundliche Mehrheit auf. Ein Verfaſſungsentwurf, welchen der König vorlegte, erhielt mit geringen Aenderungen die Zuſtimmung der Verſammlung; die Domänen wurden wieder königliches Eigenthum; das Geſetzgebungsrecht der Stände ſchrumpfte zu einer bloßen Begutachtung zuſammen, ihre Sitzungen büßten die Oeffentlichkeit ein, die Miniſterverantwortlichkeit wurde aufgehoben. Kurz, der Triumph des verfaſſungsbrüchigen Monarchen war für den Augenblick vollkommen. Dem ſchärfer Blickenden aber mochte es nicht entgehen, daß der letzte Erfolg des dreijährigen Kampfes doch der liberalen Sache zu Gute kam, daß nicht in Hannover allein das Königthum ſchweren Schaden gelitten und daß jener Geiſt des Vorwärtsſtrebens, der Reform, den die Bundesbeſchlüſſe von 1834 wirkſam zurückgedrängt hatten, wieder mächtig an Boden im Volke gewonnen habe.

Die Entſcheidung im Lande.

Der Ultramontanismus und die Cölner Wirren.

Nicht wenig hatte dazu freilich eine zweite Kette von Ereigniſſen beigetragen, der ſeit dem Jahre 1837 entbrannte Kampf zwiſchen Preußen und dem Ultramontanismus. Um deſſen Urſprung und Bedeutung zu erfaſſen, müſſen wir bis zum Beginn unſerer Geſchichtserzählung zurückgreifen. Zur Zeit der Befreiung Deutſchlands vom franzöſiſchen Joch herrſchte innerhalb des deutſchen Katholicismus ein friedlicher und verſöhnlicher Geiſt. Das Zeitalter der Aufklärung hatte auch in der römiſchen Kirche ſeine Früchte getragen. Allerdings konnte der Rationalismus in ihr nicht ſo tiefe Wurzeln ſchlagen wie in der evangeliſchen Theologie, aber ein weites Gebiet hatte er ſich doch auch hier erobert. Erlebte man es doch in Wien, daß ein katholiſcher Profeſſor vom Katheder herab die Gottheit Chriſti leugnete; las man doch in einer Zeitſchrift, die unter der Leitung Weſſemberg's, des Generalvicars von Conſtanz, erſchien, daß die Lehre von der Brotverwandlung ungereimt und die vom Fegfeuer fantaſtiſch, daß die Anrufung der Heiligen Aberglaube und die Verehrung der Bilder Abgötterei ſei. Katholiſche Gelehrte arbeiteten mit proteſtantiſchen um die Wette an der Prüfung der Aechtheit bibliſcher Bücher, und katholiſche Theologen vermaßen ſich, die Wahrheit der Kirchenlehre nicht aus ihrer Natur als einer geoffenbarten, ſondern aus philo-

sophischen Systemen zu erweisen. Unter ihnen galt als Haupt und Führer der Professor Hermes, der bis 1820 in Münster und dann in Bonn wirkte, und einen so bedeutenden Einfluß übte, daß alle seine Collegen in Bonn sich zu seiner Lehre bekannten und die Mehrheit der Geistlichen in der Rheinprovinz seinen Spuren folgte, daß Erzbischöfe und Bischöfe zu seinen Freunden und Beschützern gehörten.

Reformbestrebungen.

Und nicht blos in der Wissenschaft machte sich diese reformatorische Richtung geltend; neben ihr her ging eine andere, welche vor Allem die Gebräuche der katholischen Kirche bessern und eine Annäherung an den Protestantismus suchen wollte. Nicht ganz selten waren die Fälle, daß katholische Theologen, ja daß ganze Gemeinden, wie die Zillerthaler in Tirol, mit ihren Geistlichen ihren Glauben verließen. Andere begnügten sich damit, auf eine nationalere Form des Katholicismus zu drängen, wie Wessemberg, indem er den deutschen Kirchengesang forderte, oder die schlesischen Pfarrer, wenn sie die deutsche Messe verlangten. Besonders machte sich ein lebhafter Gegensatz gegen die Ehelosigkeit der Geistlichen geltend. Einzelne katholische Pfarrer verheirateten sich eigenmächtig, andere begannen, z. B. in Schlesien oder im Bisthum Trier, eine lebhafte Bewegung für die gesetzliche Abschaffung derselben; die süddeutschen Kammern erhielten fast in jeder Sitzungsperiode Bittschriften in diesem Sinne, darunter eine, die von mehr als 156 katholischen Priestern unterschrieben war, und zu deren Gunsten der badische Landtag einen Beschluß faßte. Sehr verbreitet war die Begünstigung der gemischten Ehen und fast nirgends wurde die Bedingung, unter der allein Rom sie gestattete, streng inne gehalten: die Forderung des Versprechens, daß alle Kinder katholisch erzogen werden sollten. Auch ein freundschaftlicher Verkehr mit den protestantischen Geistlichen war mehr die Regel als die Ausnahme. Zwischen gleichartigen Richtungen beider Bekenntnisse fand sogar eine sehr lebhafte gegenseitige Beziehung statt, so in den mystisch-pietistischen Kreisen, denen auf katholischer Seite vorzugsweise der Regensburger Bischof Sailer angehörte. Auch an solchen katholischen Prälaten fehlte es endlich nicht, die ohne jedes religiöse und kirchliche Interesse sich in behaglichem Wohlleben gefielen und zu allem eher bereit waren, als zu einem Märtyrerthum für ihre Kirche. Wenn solche Geistliche dem Katholicismus weder zur Ehre noch zum Segen gereichten, so waren sie andererseits doch auch die allerletzten, die den Frieden zwischen den Bekenntnissen gestört hätten.

Die streng-katholische Partei.

Gegenüber dieser Laßheit in sittlicher, dogmatischer und kirchenpolitischer Hinsicht bildete sich natürlich auch ein beträchtlicher und in seinem innersten Kerne ehrenhafter Widerstand heraus, der in mannigfach verschiedenen Farben spielte. So lebten in Münster die Brüder von Droste-Vischering. Der eine von ihnen war Bischof und trotz seiner persönlich strengen Ansichten doch durchaus versöhnlich; der zweite, Clemens August, verfocht schon 1817 in einer eigenen Schrift die Rechte der Kirche gegenüber dem Staate, und berief sich als General-Vicar von Münster bei seinen der Regierung mißliebigen Schritten auf das Gebot des heiligen Geistes in seinem Innern. Er

lebte in fortwährendem Kampfe mit der Regierung und besonders mit dem Oberpräsidenten von Vincke, wo denn ein Eisenkopf gegen den andern stand, bis der friedfertige Bischof sich einen anderen General-Vicar aussuchte. In den Rheinlanden war der Hauptvorkämpfer des kriegerischen Katholicismus Joseph Görres. In ihm waren Religion und Politik vollkommen zur Einheit verschmolzen, Begeisterung für den Katholicismus und Haß gegen das protestantische Preußen nur die entgegengesetzten Pole desselben Gefühles. Als vorgeschobener Posten stand er in vielfacher Berührung mit dem Hauptquartier der katholischen Preußenfeinde, das sich in Frankfurt am Main gebildet hatte und in seiner Mitte besonders einige bedeutende Convertiten, wie Friedrich von Schlegel, die Brüder Schlosser u. A., zählte. Diese hatten, so kann man wohl sagen, Fühlung mit Allem, was auf die Wiederbelebung des strengen Katholicismus hinarbeitete. Sie kämpften gegen Wessemberg, der eine deutsche Nationalkirche unabhängig von Rom zu gründen strebte, und gegen Sailer, der nach einer Gemeinschaft der Heiligen aus allen Bekenntnissen trachtete. Sie kämpften für äußere und innere Kräftigung der Geistlichkeit durch Begründung von Bibliotheken und Vermehrung ihrer Einkünfte. Sie arbeiteten an dem, was sie Freiheit der Kirche nannten, indem sie die Bisthümer direct unter Rom stellen und so einrichten wollten, daß sie möglichst wenig mit den Landesgrenzen zusammenfielen, so daß ein deutsches Ländchen aus Theilen von drei, vier Bisthümern und ein Bisthum aus Theilen von drei, vier Ländern bestände. Sie begünstigten ganz besonders auch das Wallfahrtswesen, die Wunderthäter und Wundererscheinungen, die in nicht geringer Zahl in diesen Jahren zum Troste der Gläubigen ans Licht traten. Die ganze, während des napoleonischen Kaiserthums zu Grabe getragene Mirakelwelt mußte wieder auferstehen. Die alten wunderthätigen Muttergottesbilder wurden neu aufgeputzt mit Seide, Wachsperlen, echtem und Modegold, der ganze Reliquienvorrath wieder hervorgeholt und abgestäubt; mit Fahnen und Gesang setzten sich die bisher verbotenen Processionen in Bewegung, und die Wallfahrtsstädte und Mirakelorte jubelten Hosianna. Der mystischen Romantik, die bis in die zwanziger Jahre eine so weite Verbreitung hatte, war solche Umwandlung eine wahre Herzensfreude und ihre Häupter suchten mit Emsigkeit nach Wundern und Wunderthätern, die sie verherrlichen könnten. Die Gräfin Stolberg vertrieb in Münster ihre Gnadenheller und Wunderpfennige, welche die Mutter Gottes einer Nonne im Traume übergeben haben und deren Heilkraft sich vom Husten und Schnupfen bis zum Podagra, ja zur Cholera erstrecken sollte. Clemens Brentano pries die Nonne von Dülmen, die Jahre lang von Nichts als Wasser und geschabten Aepfeln lebte und jeden Freitag — zwei Aerzte bezeugten es — aus den Wundenmalen des Herrn blutete. Mehr noch als sie, war das tyroler Wunderfräulein Marie von Mörl begnadigt; denn an jedem Freitag war es ihr vergönnt, den Todeskampf des Heilandes zu durchleben, um die dritte Stunde zu sterben und mehrere Minuten todt zu bleiben. Das größte Aufsehen von allen Wunder-

Wunderthäter.

thätern erregte jedoch der Fürst Alexander Hohenlohe mit seinem Begleiter, dem Bauern Martin Michel, der die Gräfin von Schwarzenberg von ihrer Lahmheit und den Kronprinzen von Baiern von seiner Schwerhörigkeit heilte, bis endlich die Polizei sich trotz des hohen Patienten ins Mittel legte und dem Unfug ein Ende machte.

Bekehrungen. Derselbe romantische Zug, welcher dies Mirakelwesen förderte, veranlaßte auch zahlreiche Bekehrungen von Protestanten zum Katholicismus; neben Dichtern, Gelehrten und Künstlern, deren Zahl nicht gering war, gelang es auch zwei deutsche Fürsten, den Herzog Friedrich von Gotha (noch als Erbprinzen) und den Herzog von Köthen mit seiner Gemahlin, zu bekehren. Der letztere ging dann sogar soweit, sich in sein protestantisches Ländchen sechs Bettelmönche zu verschreiben, die weitere Bekehrungen herbeiführen sollten. Den vertrauteren Verkehr mit Rom vermittelte in Deutschland der Nuntius in München. Bei ihm liefen die Klagen über unrömisches Wesen katholischer Prälaten aus ganz Deutschland zusammen und er erledigte sich seines Amtes mit so viel Eifer, daß z. B. der Erzbischof von Cöln die Hülfe des preußischen Gesandten in Rom anrufen mußte, um den Anschwärzungen, die gegen ihn erhoben wurden, zu entgehen. Die Fäden aber, welche von München aus gesponnen wurden, gingen bis in das preußische Cultusministerium, wo der Geh. Rath Schmedding das eifrige Werkzeug der päpstlichen Partei und zugleich in katholischen Kirchensachen der einflußreichste Mann war.

Die Jesuiten. Im Hintergrunde dieser ganzen Bewegung standen die Jesuiten, denen offen hervorzutreten noch nicht vergönnt war. Denn obgleich Pius VII. sie 1814 wiederhergestellt hatte, so waren sie doch, außer in Neapel und Sardinien, nur in Spanien und einigen schweizer Cantonen zugelassen worden, und fanden selbst in Oestreich erst seit 1836 Aufnahme. Die Politik der päpstlichen Curie aber beherrschten sie schon jetzt vollkommen und leiteten sie im Geiste der anmaßlichsten Rücksichtslosigkeit. Pius VII. selbst hatte eingestehen müssen, daß er den akatholischen Fürsten, besonders denen von Rußland und Preußen, zum guten Theil seine Wiedereinsetzung zu danken habe. Gleichwohl lag ihm Nichts ferner als durch freundliches Entgegenkommen ihnen seinen Dank zu beweisen.

Die katholische Kirche in Deutschland. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen und in ganz Deutschland bedurfte dringend einer Neugestaltung; denn die alten Formen derselben waren mit dem Untergange des Reiches zu Grabe getragen und man konnte nicht daran denken, sie einfach wieder ins Leben zu rufen. Daß der Papst sich den Anschein gab, als ob er dies doch für möglich halte, und daß er auf dem wiener Congreß kurz und gut die Erneuerung des alten römischen Reiches deutscher Nation und die Herstellung der geistlichen Staaten, die 1803 beseitigt waren, forderte, erregte doch überall nur mitleidiges Lächeln. Auch fügte man sich in Rom in das Unvermeidliche und begann mit den deutschen Staaten Unterhandlungen über die künftige Stellung der Staatsgewalten zu der päpstlichen Kirche. Da der deutsche Bund in seiner Gesammtheit mit

dieser Frage nichts zu schaffen hatte, so verhandelten Preußen, Baiern und Hannover jedes für sich, während die meisten übrigen Staaten sich in Frankfurt darüber verständigten, gemeinsam vorzugehen. Nur Baiern brachte seine Verhandlungen schon 1817 zum Abschluß, indem es mit großer Bereitwilligkeit den päpstlichen Forderungen nachgab, und ein Concordat abschloß, durch welches der römischen Kirche alle die Rechte gewährleistet wurden, die sie nach göttlicher Anordnung und den kirchlichen Satzungen zu genießen habe. So wurde die Erziehung der Geistlichen ohne jede Ueberwachung des Staates den Bischöfen anvertraut; es wurde ihnen die Aufsicht über die Volksschulen übertragen; ihre Strafgewalt unterlag keinen Beschränkungen; ihr Verkehr mit Rom war jeder Kenntnißnahme der Regierung entzogen; Bücher, die sie für unchristlich und gefährlich erklärten, mußten vom Staate unterdrückt werden, und jede Veränderung dieser und der übrigen Bestimmungen des Concordats, ja jede Auslegung und Deutung derselben wurde von der Zustimmung des Papstes abhängig gemacht. Der inhaltsschwere Sinn dieser letzten Verpflichtung trat schon nach kaum einem Jahre an den Tag, als Baiern seine Verfassung erhielt und der Papst gegen diese Einspruch erhob und den Geistlichen verbot, dieselbe zu beschwören, weil durch sie das Concordat verletzt werde. Gegen solche Anmaßung lehnte sich zwar zuerst selbst der gut katholische König auf, aber nach mehrjährigen Verhandlungen fügte er sich und gab die s. g. Erklärung von Tegernsee ab, wonach der Eid auf die Verfassung zu nichts verpflichtete, was den katholischen Kirchensatzungen entgegen war. Solche Erfahrungen und Beobachtungen waren nicht geeignet, Preußen und die anderen deutschen Staaten zum Abschluß von Concordaten geneigt zu machen. Sie begnügten sich vielmehr damit, Vereinbarungen über die Zahl, den Umfang, die Dotation und die Besetzung ihrer Bisthümer mit dem Papste zu treffen, und die s. g. Circumscriptionsbullen, in welchen dieser das Nöthige anordnete, unter Vorbehalt ihrer Hoheitsrechte und der Rechte ihrer evangelischen Unterthanen zu bestätigen. Preußen that dies 1821, Hannover 1824, die übrigen Staaten, welche zu der s. g. oberrheinischen Kirchenprovinz vereinigt wurden, 1821 und 1827. Das Ergebniß war die Begründung von 15 Erzbisthümern und Bisthümern in dem nichtösterreichischen und nichtbairischen Deutschland. Vier davon fielen auf das westliche Preußen, das Erzstift Köln mit den Bisthümern Trier, Münster und Paderborn; vier auf das östliche: Breslau, Ermeland, das Erzstift Posen-Gnesen und Culm; zwei auf Hannover: Hildesheim und Osnabrück; fünf auf die oberrheinische Kirchenprovinz: Freiburg als Erzbisthum und als Bisthümer Mainz, Fulda, Limburg und Rottenburg. Die Wahl der Kirchenfürsten wurde fast überall den Domcapiteln überlassen mit der Bedingung, daß sie keine dem Landesfürsten ungenehme Person und keine Ausländer wählen dürften. In der That gelangten denn auch auf fast alle Stühle Männer, die mit ihren Regierungen in friedlichem Einvernehmen zu wirken wünschten und verstanden. Es möge nur ein recht deutliches Beispiel angeführt werden. Am 30. Juni

Das bairische Concordat.

Die Circumscriptionsbullen.

Die Haltung der Bischöfe.

1830 richtete Papst Pius VIII. an die fünf Bischöfe der oberrheinischen Provinz ein bittres Klageschreiben darüber, daß sie gegen gewisse angebliche Uebergriffe ihrer Regierungen keine Schritte gethan, und nicht einmal ihm, dem Papste, davon Anzeige gemacht hätten; ja er schuldigte den einen derselben an, diesen Neuerungen durch Beifall und Beihülfe Ansehen und Kraft verliehen zu haben. Die Klage war so unbegründet eben nicht; denn die Regierungen waren so weit gegangen, wie nur je sonst eine Regierung; sie hatten unter Anderm die sämmtlichen Einrichtungen der katholischen Kirche zwar bestätigt, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, diese Bestätigung jederzeit auf gesetzlichem Wege zurücknehmen zu können, ohne darüber erst mit der Kirche zu verhandeln. Dennoch hatte das eindringliche Ermahnungsschreiben des Papstes nur bei dem Bischof von Fulda so viel Einfluß, daß er sich zu einem Protest bei seiner Regierung verstand; die anderen vier hielten es nicht einmal einer Antwort für werth; ja der besonders scharf getadelte Bischof von Mainz fuhr fort, seine Regierung in ihrer Haltung zu bestärken und der von Rottenburg stimmte als Mitglied der würtembergischen Kammer gegen den Antrag eines Laien, der die Minister auffordern wollte, jene vom Papste gerügten Neuerungen wieder aufzuheben. Wenn man solche Thatsachen bedenkt oder auch die andere, daß der Bischof von Regensburg 1818, trotz des päpstlichen Verbotes, den Eid auf die bairische Verfassung ablegte, so empfindet man doppelt stark den Umschwung, der seit jenen Zeiten in der Haltung des deutschen Episcopates sich vollzogen hat.

Die preußische Regierung und Rom.

Auch die preußische Regierung stand damals mit allen ihren Bischöfen im besten Einvernehmen; aber auch mit der päpstlichen Curie hatte sie sich auf einen recht guten Fuß gesetzt. Die Summen, welche sie 1821 für die Ausstattung der Bisthümer bewilligte, waren so reichlich ausgefallen, daß sie hinter den kühnsten Erwartungen nicht zurückblieben. Obendrein hatte der König während der Verhandlungen und bei der Bekanntmachung unumwunden erklärt, daß er diese Bewilligungen nicht als eine der römischen Kirche erwiesene Gnade, sondern als die Erfüllung einer wohlbegründeten Verpflichtung ansehe, und hatte obendrein versprochen, vom Jahre 1833 ab, wo die preußischen Domänen zum Theil wenigstens aufhörten, als Hypothek für die Staatsschulden zu dienen, Waldungen und anderen Grundbesitz den Bisthümern als Eigenthum zu überweisen, damit dessen Ertrag an die Stelle der einstweilen jährlich baar zu bezahlenden Unterhaltungssummen trete. Papst Pius VII. nahm denn auch gar keinen Anstand, das Verhalten des preußischen Königs als wunderbar zu bezeichnen und einzugestehen, daß gegen einen katholischen Fürsten, der sich protestantischen Wünschen gegenüber so willfährig gezeigt hätte, das Verdammungsurtheil nicht ausbleiben könnte. Auch von seinem Nachfolger Leo XII. erzählt uns Bunsen, daß er, Hände und Augen zum Himmel erhebend, die besondere Gnade der Vorsehung gepriesen habe, die sich in diesen Maßregeln Preußens kund gebe. Auch was der König im Einzelnen nach und nach für die katholische Kirche be-

ſonders in den Rheinlanden that, mußte zum Danke ſtimmen. So gründete er dort zwei große katholiſche Prieſterſeminare; er verbeſſerte, zum Theil aus ſeiner eigenen Kaſſe, die Gehalte der am ſchlechteſten bezahlten Geiſtlichen; das Budget für den katholiſchen Klerus der rheiniſchen Lande ſtieg zwiſchen 1813 und 1838 von 163,000 auf 259,000 Thaler; der König perſönlich ſteuerte von 1824 bis 1836 165,000 Thaler zum Ausbau des Cölner Domes bei; er genehmigte die Abhaltung von Proceſſionen auch in Orten mit gemiſchter Bevölkerung; er geſtattete, daß die Zahl der Feſttage, die in der franzöſiſchen Zeit auf vier außer den großen Feſten beſchränkt war, auf vierzehn erweitert wurde; er verlieh den Biſchöfen den Rang der erſten Staatsbeamten; er errichtete und fundirte in der einen Provinz binnen zwanzig Jahren 41 neue Pfarreien; weder den ſchleſiſchen Geiſtlichen, die auf Abſchaffung der Eheloſigkeit und Einführung der deutſchen Meſſe drangen, noch dem Profeſſor Hermes in Bonn wurde ſeitens der Regierung Ermuthigung zu Theil; ja nach Bonn ſchickte das Miniſterium aus eigenem Antrieb einen Profeſſor von orthodoxrömiſcher Lehre, um dieſe nicht unvertreten zu laſſen — alles Handlungen, die bei dem ſtreng evangeliſchen Monarchen doppelt zwingend den Beweis führten, wie ernſt er es mit ſeiner Regentenpflicht auch gegenüber den religiöſen Bedürfniſſen ſeiner katholiſchen Unterthanen nahm.

Andrerſeits war er deshalb aber durchaus nicht gewillt, der römiſchen Kirche auf Koſten ſeiner Hoheitsrechte oder ſeiner evangeliſchen Unterthanen eine Erweiterung ihres Machtgebietes zu geſtatten. Streng war er darauf bedacht, ſich den unentbehrlichen Einfluß auf die Heranbildung des Klerus zu bewahren. Die Gymnaſien und Univerſitäten, auf denen derſelbe erzogen wurde, ſollten reine Staatsanſtalten ſein, und bezüglich der Seminarien, in welche die jungen Geiſtlichen dann übergingen, behielt ſich der Staat wenigſtens die Ueberwachung vor. Wenn den Biſchöfen zugeſtanden wurde, die Prieſter nach eigenem Ermeſſen anzuſtellen und zu entlaſſen, ſo bedurften ſie doch zur Anſtellung die Genehmigung der Regierung und gegen die Entlaſſung konnte bei dieſer Beſchwerde wegen Mißbrauchs des Amtes eingereicht werden. Noch beſorgter verfuhr man in den Puncten, wo die katholiſche Kirchengewalt mit Proteſtanten in Beziehung trat; hier war man entſchloſſen, um keinen Preis Uebergriffe zu dulden und allen Anmaßungen der katholiſchen Geiſtlichkeit gegenüber das preußiſche Geſetz hochzuhalten. Die größten Schwierigkeiten erwuchſen in dieſer Hinſicht aus den gemiſchten Ehen. Durch eine Declaration zum Landrecht war 1803 beſtimmt, daß bei dieſen die Religion des Vaters für die Erziehung der Kinder maßgebend ſein ſolle, ſofern nicht in freier Vereinbarung die Eltern etwas Anderes beſchloſſen; durch eine Cabinetsordre vom 17. Auguſt 1825 wurde dieſe Beſtimmung auch für die weſtlichen Provinzen, wo das Landrecht nicht galt, eingeführt. Den Anlaß dazu gab das öftere Vorkommen von Fällen, wo katholiſche Geiſtliche ſich weigerten, gemiſchte Ehen anzuerkennen, wenn der ketzeriſche Theil ſich nicht vorher verbindlich machte, die Kinder katholiſch werden zu laſſen. Solch ein

Die gemiſchten Ehen.

Verfahren wurde nunmehr für rechtsungültig erklärt. Aber die Heißsporne unter dem Klerus gaben keineswegs nach. Da sie das Versprechen nicht mehr fordern durften, so fingen sie an, es einfach abzuwarten, und die Einsegnung der Ehe ohne weiteres abzuschlagen, wenn die Brautleute nicht die katholische Kindererziehung gelobten. Sie handelten dabei nur nach den strengen Gesetzen ihrer Kirche, welche jede Ehe mit einem Ketzer oder einer Ketzerin verwarf. Freilich war diese starre Befolgung der canonischen Vorschriften lange Zeit hindurch sehr in Abnahme gekommen, und daß sie wieder auftauchte und häufiger wurde, war der traurigste Beweis von dem Umsichgreifen der ultramontanen Grundsätze. In den altpreußischen Landestheilen am Rhein, in Jülich-Cleve-Berg, trat der Gegensatz nicht so schroff zu Tage. Hier hatte das Bedürfniß längst zu einer andern Form geführt, der s. g. passiven Assistenz, die darin bestand, daß die Brautleute, die jenes Versprechen nicht leisten wollten, vor dem katholischen Geistlichen und zwei Zeugen ihre Absicht, sich zu verehelichen, erklärten. Ein Segen der Kirche wurde ihnen dann nicht ertheilt, aber die Ehe war gültig und dem katholischen Theile konnte ihretwegen vom Priester die Absolution nicht verweigert werden. In den neuen Provinzen versagten aber viele Geistliche den gemischten Ehen nicht allein die feierliche Einsegnung, sondern auch diese passive Assistenz, ja sie enthielten dem katholischen Theile sogar den Erlaubnißschein (Losschein) vor, welchen der evangelische Prediger fordern mußte, wenn er seinerseits die Trauung vornahm, und sie verweigerten ihm im Beichtstuhle die Absolution. Das konnte die Regierung unmöglich dulden. Sie forderte also zunächst von den Bischöfen Abstellung ihrer Beschwerden. Trotz des willigen Entgegenkommens, das sie bei diesen traf, konnten dieselben aus eigener Macht nur die Verweigerung der Absolution und des Losscheines ihren Geistlichen untersagen; nicht einmal die passive Assistenz konnten sie den Priestern auferlegen, da die Constitution Benedicts XIV. vom Jahre 1741, welche sie gestattete, nur für die genannten Bezirke eingeführt war und in den andern der päpstlichen Billigung entbehrte; die feierliche Einsegnung ausdrücklich zu gestatten, hatte vollends niemals ein Papst sich entschließen können. Die deutschen Bischöfe hatten sich selbst dieses Recht genommen und es in verschiedenem Umfange ausgeübt; aber es ihren Geistlichen aufzuzwingen, wenn diese sich weigerten, dazu waren sie nicht in der Lage, wenn sie nicht eine Berufung an den Papst und dessen Mißbilligung ihrer Handlungsweise gewärtigen wollten. Sie erklärten sich indessen der Regierung gegenüber bereit, den Papst ihrerseits um Ordnung dieser Fragen zu bitten, und mündliche Aeußerungen Leo's XII. ließen über dessen Willigkeit dazu keinen Zweifel. Ihre Eingaben gingen im Frühjahr 1828 nach Rom ab und der preußische Gesandte Bunsen begann die Verhandlungen. Durch den Tod Leo's im Februar 1829 und die weniger günstige Stimmung Pius' VIII. wurden sie bedeutend verzögert; aber sie boten auch in sich große Schwierigkeiten. Freilich wenn Preußen sich hätte begnügen wollen, daß der Papst die passive Assistenz überall als gültige Form an-

Verhandlungen in Rom.

ordnete, dann wäre die Sache einfacher gewesen; dazu erklärte sich Pius im August 1829 bereit. Allein da in manchen Landestheilen bisher die feierliche Einsegnung fast allgemein üblich gewesen war, so hielt der preußische Gesandte eine solche Anordnung für einen offenbaren Rückschritt und verlangte eine Form, welche beide Verfahren zuließ, da sich ein unzweideutiges Gebot des Papstes, gemischte Ehen auch ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung unbedingt einzusegnen, in keinem Fall erwarten ließ; ja er bemühte sich selbst, solch eine Form zu suchen und in Vorschlag zu bringen. Das wurde ihm jedoch von Berlin aus verständiger Weise untersagt und um den immer dringlicheren Uebelständen in bestimmter Frist abhelfen zu können und ein Verschleppen der Sache, wie man es in Rom wohl liebte, zu verhüten, am 26. October 1829 ein sechsmonatlicher Termin gestellt, nach dessen Ablauf der König auf eigene Hand vorgehen werde. In Folge dessen erschien am 25. März 1830 ein päpstliches Breve, als Antwort auf die Eingabe der Bischöfe. Aber freilich hatte Preußen seinen Willen damit nicht völlig durchgesetzt; denn das Breve verbot die feierliche Einsegnung ohne das Versprechen der katholischen Erziehung, wenn auch in milder Form, indem es sagte, der Geistliche werde sich derselben enthalten müssen; dagegen gestand es die passive Assistenz unbeschränkt zu und erklärte überhaupt alle gemischten Ehen, die ohne die vom tridentinischen Concil vorgeschriebenen Formen geschlossen seien, also auch die blos von einem protestantischen Geistlichen (selbst ohne passive Assistenz des katholischen) eingesegneten für „zwar unerlaubt, aber gültig." Die preußische Regierung wollte sich indeß auch damit noch nicht begnügen und das Breve wurde dem Gesandten mit der Weisung zurückgeschickt, er solle eine günstigere Fassung zu erwirken streben. Das erwies sich aber schnell genug als ein ganz verfehltes Unternehmen. Denn mittlerweile war Gregor XVI. zum Papst erwählt und damit auch der letzte Rest versöhnlichen Geistes aus der Curie entschwunden; selbst die geringen Zugeständnisse des Breves wurden jetzt bereits als übertrieben betrachtet. Was die wirkliche Herzensmeinung des neuen Papstes war, konnte man am besten aus einem Breve an die bairischen Bischöfe ersehen, denen für jeden einzelnen Fall einer Mischehe die ausdrückliche Anfrage in Rom zur Pflicht gemacht wurde. Die preußische Regierung verlor daher durch ihre neuen Verhandlungen in Rom nur Zeit, und zwar kostbare Zeit. Denn so augenscheinlich es war, daß man vom Papste nichts weiter erreichen werde, eben so sicher war es, daß man bei den rheinischen Bischöfen auf die günstigste Deutung und die mildeste Handhabung des Breves rechnen durfte, wenn man sich schnell und vertrauensvoll mit ihnen in Verbindung setzte. Durch jede Zögerung erschwerte man ihnen aber ein freundliches Entgegenkommen und gab den ultramontanen Führern Zeit und Gelegenheit, sie zu beeinflussen und einzuschüchtern. Trotzdem knüpfte man erst im Sommer 1832, als der Erlaß des bairischen Breves jeden Zweifel über die Unwillfährigkeit des Papstes gehoben hatte, mit jenen an, und überdies durch die Vermittlung eines Mannes, der mit dem Erzbischof Spiegel persönlich

Das Breve von 1830.

Die Uebereinkunft mit den Bischöfen 1834.

verfeindet war, des früher erwähnten Geheimen Rathes Schmedding. Seiner Ungeschicklichkeit, wenn nicht seinem bösen Willen, war es zu danken, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebniß führten, obgleich der Erzbischof von Cöln durch seinen Domcapitular München ein Gutachten einreichen ließ, welches alle billigen Ansprüche des Staates durch eine freisinnige und freundliche Auslegung des Breves vollkommen befriedigte. Es bedurfte daher nur eines andern Unterhändlers von Seiten der Regierung, um das gewünschte Einverständniß zu erzielen. Dieser fand sich in der Person Bunsen's. Im Sommer 1834 wurde er von Rom nach Berlin berufen, begann am 15. Juni die Unterhandlungen mit Spiegel und konnte schon am 19. Juni eine Uebereinkunft unterzeichnen, welcher in der nächsten Woche auch die Bischöfe von Trier, Paderborn und Münster beitraten. Sie enthielt auch seitens der Regierung einige Zugeständnisse, die den versöhnlichen und vertrauensseligen Geist, der in Berlin herrschte, deutlich erkennen lassen; das wichtigste war das Versprechen, die Civilehe, die in den Rheinlanden zu Recht bestand, baldigst aufzuheben, weil dieselbe aufhöre, ein Bedürfniß zu sein, wenn der Einsegnung gemischter Ehen kein Hinderniß mehr in den Weg gelegt werde. Ein Hirtenbrief an die Pfarrer theilte denselben darauf das Breve von 1830 mit, betonte nachdrücklich, wie dasselbe eine mildere Praxis gestatte, und wies die Geistlichen an, die passive Assistenz niemals zu verweigern, sich aber nur dann auf sie zu beschränken, wenn eine katholische Braut zur Ehe schreite, obgleich sie bestimmt wisse, daß ihr Gatte entschlossen sei, alle Kinder protestantisch zu erziehen. Uebrigens sollten sie, jeder einzelne, jeden Fall selbst zu entscheiden das Recht haben und nur unter ausnahmsweise bedenklichen Umständen sich an die Bischöfe wenden. Den Generalvicariaten, welchen alsdann ihre Anfragen zu beantworten oblag, wurden gleichzeitig übereinstimmende Weisungen ertheilt, ihre Bescheide im versöhnlichsten Sinne abzufassen.

Damit schienen alle berechtigten Forderungen des Staates an die Kirche vollauf befriedigt zu sein; die neue Ordnung trat ins Leben und bewährte sich ausgezeichnet. Als der greise Bischof von Trier, von Hommer, zwei Jahre später auf dem Sterbebette lag, stattete er „nach dem Genusse des heiligen Abendmahles, im Begriffe aus dieser Zeitlichkeit abzuscheiden", noch einen Bericht an den Papst ab, in welchem er freudiges Zeugniß für die Vortrefflichkeit der neuen Einrichtung ablegte. Aber gerade bei dieser Gelegenheit sollte sich zeigen, wie verhängnißvoll der Zeitverlust gewesen, den die erneuten Verhandlungen mit Rom verschuldet hatten. Kaum war der Bischof entschlafen, so verbreiteten die fanatischen Römlinge ein zweites Schreiben, dessen Unterschrift sie ihm im letzten Todeskampfe abgepreßt hatten und das voller Gewissensscrupel über seine Handlungsweise sich äußerte. Daß diesem Schriftstücke kein Werth irgend welcher Art beizulegen sei, darüber konnte kein Zweifel obwalten; aber es war ein Zeichen, daß mit dem Ableben der versöhnlichen Bischöfe, die alle noch dem friedfertigen früheren Geschlechte angehörten, die jugendlichen

Rührigkeit der Ultramontanen.

Heißsporne den Kampf wieder aufnehmen und das mühsam gewonnene Einverständniß wieder untergraben würden. Die Gefahr, welche damit drohte, war um so größer, als die Hetzereien vom Auslande her offenkundig genährt wurden. Die ultramontane Partei, die in Belgien durch die Revolution ans Ruder gekommen war, hatte in den letzten Jahren tüchtig gearbeitet; auch von Baiern aus war in der Rheinprovinz arg gewühlt worden. Eine Brandschrift, die 1835 in Augsburg erschien, das s. g. rothe Buch, hetzte die Geistlichkeit gegen den protestantischen König und redete ihr besonders wegen der Mischehen scharf ins Gewissen. Gegen Hermes, der inzwischen gestorben war, erwirkte man ein päpstliches Breve, das ihn als Irrlehrer verdammte, und verbreitete dasselbe von Belgien aus in den preußischen Landen, obgleich es der Regierung nicht zur Genehmigung vorgelegt war. Ueberdies war inzwischen der treffliche Erzbischof Spiegel gestorben, an dem sowohl die Hermesianer wie die Vereinbarung von 1834 die beste Stütze gehabt hatten (August 1835). Bei der Wiederbesetzung seines hochwichtigen Postens verfuhr nun leider die Regierung mit einem unglaublichen Mangel an Vorsicht. Statt einen Prälaten von mildem, versöhnlichem Charakter in das bedeutsame Amt zu befördern, verfiel sie auf den starrsten, unzugänglichsten Priester, der nur irgend aufzutreiben war, auf den ehemaligen Generalvicar, nunmehrigen Weihbischof von Münster, Freiherrn Clemens August von Droste-Vischering. Und das geschah, obgleich er durch seinen Eigensinn und seine Anmaßung den Staatsbehörden früher so viel Mühe und Arbeit verursacht hatte, obgleich selbst unter den Katholiken ihm viele die Fähigkeit, Menschen richtig zu behandeln und Geschäfte gewandt abzuwickeln, durchaus absprachen, obgleich der Cardinal-Secretär Lambruschini, als Bunsen ihm die Sache mittheilte, mit naiver Freimüthigkeit in die Worte ausbrach: Ist Ihre Regierung denn toll? Aber Droste besaß einen gewichtigen Gönner, den Kronprinzen, der durch des Mannes mittelalterlich frommen Lebenswandel ganz für ihn eingenommen war. Das Ministerium schreckte freilich Anfangs vor diesem Vorschlage zurück, aber es besaß nicht Stärke genug, ihn entschlossen abzuweisen. Doch wollte es wenigstens eine Bürgschaft dafür gewinnen, daß der Candidat in der Frage der gemischten Ehen nicht von dem Verfahren seines Vorgängers abweiche. Es ließ ihm also durch einen vertrauten Freund, den münster'schen Domcapitular Schmülling, die Frage vorlegen, wie er in diesem Puncte als Bischof handeln werde. Die schriftliche Antwort lautete so befriedigend als möglich: er werde sich wohl hüten, die gemäß dem Breve getroffene Vereinbarung von 1834 anzutasten oder gar umzustoßen, sondern sie nach dem Geiste der Liebe und Friedfertigkeit anwenden. Auf diese Erklärung hin bezeichnete die Regierung dem Cölner Capitel den Weihbischof als eine genehme Persönlichkeit, und er wurde einstimmig gewählt. Aber die gegenseitige Zufriedenheit war von kurzer Dauer; bald häuften sich die Klagen und Beschwerden der Evangelischen und der Landesbehörden über das rücksichtslose Vorgehen des Erzbischofs, der jede

Erzbischof Droste-Vischering.

Seine Zustimmung zu der Uebereinkunft von 1834.

Der hermesianische Streit.

Verständigung zurückweise, und die Vereinbarung von 1834 mißachte. Dazu kamen noch einige unabhängige Klagepuncte, welche durch jenes päpstliche Breve gegen Hermes veranlaßt wurden. Da die meisten katholischen Theologen in Bonn Hermesianer waren, so wurde ihre Lehre dadurch gleichfalls verdammt. Der Erzbischof hätte nun das Breve der Regierung mit der Bitte um Genehmigung mittheilen und es dann veröffentlichen können. Das that er nicht, handelte aber gerade so, als ob er es gethan hätte, und verbot den Studirenden den Besuch aller Vorlesungen bis auf die zweier Professoren, die nicht Hermesianer waren. Und doch hatte die Regierung aus freien Stücken, wiewohl das päpstliche Breve für sie gar nicht vorhanden war, von sämmtlichen Lehrern, die in Betracht kamen, bereits die schriftliche Erklärung gefordert und erhalten, daß sie fortan in ihren Vorträgen von jeder Bezugnahme auf Hermes und seine Lehre abstehen wollten. Der Erzbischof sah in diesem weitgehenden Schritt nur ein Zeichen von Schwäche und steigerte seine Kühnheit so weit, daß er endlich 18 Sätze aufstellte, deren Unterzeichnung er von jedem Geistlichen, der geweiht werden wollte, forderte und deren letzter die Erklärung enthielt, daß der Unterzeichner sich des Rechtes vom Erzbischof anderswohin als an den päpstlichen Stuhl, d. h. also an die Regierung, Berufung einzulegen begebe. Allen diesen Uebergriffen trat nun das Ministerium zunächst mit dem Versuche freundschaftlicher Verständigung entgegen. Es berief den Gesandten Bunsen aus Rom nach Berlin und veranlaßte durch denselben, daß auch der päpstliche Unterstaatssecretär Capaccini nach Deutschland kam. Zwischen beiden Männern, denen eine Verständigung sehr am Herzen lag, und den preußischen Ministern fanden im August lange Verhandlungen statt, in denen man zu dem Schlusse kam, daß erst Capaccini vertraulich mit Droste sich berede und diesen veranlassen solle, die 18 Sätze und seine sonstigen Schritte gegen die Bonner Facultät zurückzuziehen. Dagegen verpflichtete sich die Regierung, nachher das päpstliche Breve zu genehmigen, einige mißliebige Professoren zu versetzen und den Zwang zur Theilnahme an den s. g. Kirchenparaden abzustellen, dem zur gerechten Beschwerde der Bischöfe die katholischen Soldaten unterlagen. Ueber die gemischten Ehen zu verhandeln, hatte Capaccini vom Papste keine Erlaubniß erhalten. Seine Besprechungen mit Droste fanden auch wirklich statt und schienen zu einer Verständigung geführt zu haben; Capaccini kehrte nach Rom zurück. Sogleich nach seiner Abreise beauftragte der König den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, den Grafen Anton von Stolberg, einen gut katholischen, dem Erzbischof befreundeten Mann, zu amtlichen Verhandlungen, um das mit Capaccini vertraulich Beredete verbindlich zu machen und auch über die Mischehen eine Verständigung zu erzielen; neben Stolberg wurde auch Bunsen nach Köln geschickt. Manchmal schien es, als ob ein Vergleich gelingen werde; aber im entscheidenden Augenblicke entzog sich der Erzbischof regelmäßig jedem bindenden Versprechen. Dabei bediente er sich der unzulässigsten Ausreden; bald erklärte er, daß er die Vereinbarung von 1834 nicht

Verhandlungen mit Droste.

gekannt habe, als er sie anzunehmen versprochen; bald betonte er, daß er sie nur „gemäß dem Breve von 1830“ anerkannt habe und also selbst darüber urtheilen müsse, wie weit sie demselben entspreche. Als ihm dann anheim gestellt wurde, freiwillig zurückzutreten, oder doch dem Papste die Entscheidung zu übertragen und bis dahin den Forderungen der Regierung zu entsprechen, lehnte er beides ab. Ohne Ergebniß mußten die Verhandlungen am 18. September 1837 geschlossen werden, und der Regierung blieb jetzt keine andere Wahl als ihrem Ansehen mit Gewalt Anerkennung zu verschaffen. Auch damit zögerte sie jedoch wieder länger als gut war und gab dem Erzbischof noch Zeit, die so schon nicht geringe Aufregung im Volke noch zu steigern. In Ansprachen an die cölner Priesterschaft stellte er sich als eine Art von Märtyrer dar, welcher die katholische Kirche gegen die Anfeindungen der Regierung schützen werde, und forderte sie auf, diese Worte unter ihren Mitbürgern zu verbreiten. Mündlich und schriftlich wandte er sich mit ähnlichen Darstellungen an die Zöglinge seines Seminars, an die Dechanten seines Erzstiftes, an einzelne hervorragende Geistliche der Diöcese, immer mit der Bitte, für das Bekanntwerden dieser Aeußerungen in weiteren Kreisen zu sorgen. Dieser planmäßigen Hetzerei gelang es natürlich, die gute Stadt Cöln und nicht minder das Landvolk heftig gegen die Regierung zu erbittern, deren Volksthümlichkeit trotz des Vierteljahrhunderts, das seit 1815 beinah verstrichen war, noch keine sehr tiefen Wurzeln geschlagen hatte. Ein besonders starker Ausbruch der Leidenschaft ließ sich am 23. November erwarten, dem Namenstage des Prälaten. Indeß die Regierung ließ diesen Tag nicht herankommen. Am 20. November stellte sie dem Erzbischof die letzte Wahl, entweder zu versprechen, daß er sich jeder Amtshandlung enthalten wolle, seinen Aufenthalt außerhalb seines Stiftes zu wählen und sich von dort aus mit Rom ins Einvernehmen zu setzen, — oder gewärtig zu sein, daß die Regierung ihm nach eignem Ermessen einen Wohnsitz anweise. Da Droste-Vischering das Erste ablehnte, so wurde das Zweite ausgeführt und der Prälat noch am selben Tage nach der Festung Minden gebracht, wo er in einem Privathause Wohnung nehmen durfte und übrigens mit der größten Rücksicht behandelt wurde. Die Beschlagnahme seiner Papiere, die gleichfalls beschlossen war, vereitelte sein Secretär Michelis dadurch, daß er sie in aller Eile verbrannte.

Verhetzung der Bevölkerung.

Verhaftung des Erzbischofs.

Aber nun brach ein Sturm los, gegen welchen die bisherige katholische Hetzerei nur ein sanftes Säuseln gewesen war. Es half nichts, daß des Erzbischofs eigenes Domcapitel, das ihn vor Kurzem erst gewählt hatte, beim Papste Zeugniß gegen ihn ablegte: die Rathschläge der erfahrensten und gelehrtesten Männer habe er mißachtet, die meisten, besonders die jüngeren Priester hochfahrend und gegen die canonischen Gesetze behandelt, die von seinem Vorgänger zur Ehre und zum Vortheil der Kirche weise, gesetzlich und mühsam getroffenen Einrichtungen umzustürzen gesucht. Es half nichts, daß die preußische Regierung in der s. g. Staatsschrift aus Bunsens Feder eine klare

Sturm gegen die Regierung.

und ruhige Darlegung der gesammten Sachlage gab und dieselbe durch die Mittheilung aller in Frage kommenden Actenstücke vollkommen belegte. Eine päpstliche Allocution vom 10. December 1837 erhob den Kriegsruf; sie klagte die preußische Regierung an, die bischöfliche Würde verhöhnt, die Freiheit der Kirche verletzt, die Rechte des päpstlichen Stuhles mit Füßen getreten zu haben; sie verwarf alles und jedes Abkommen, das ohne Wissen der Curie über die gemischten Ehen getroffen sei, und rügte rücksichtslos das Verfahren der Bischöfe, welche dazu mitgewirkt hatten. Die einzige Antwort, welche die preußische Regierung auf diese geharnischte Kriegserklärung geben konnte, war die Abberufung ihres Gesandten beim Papste; dazu fand sie aber nicht den Muth, und Bunsen persönlich vergab ihrer Würde aus übergroßer Friedensliebe noch mehr durch einige beschwichtigende Erklärungen. Als auch diese durchaus nichts halfen und der Papst sich entschieden weigerte, vor der Wiedereinsetzung Drostes irgend welche Verhandlungen zu beginnen oder den Gesandten auch nur zu empfangen, bat dieser selbst um Urlaub und verließ Rom im Frühjahr 1838. Inzwischen hatte der römische Posaunenstoß in den clericalen Kreisen Deutschlands und der Nachbarländer ein jubelndes Echo gefunden; die katholische Presse bemächtigte sich des dankbaren Stoffes und erfreute sich nicht selten des lauten Beifalles der Liberalen, denen eine Niederlage der verhaßten preußischen Regierung nur erwünscht war. Der alte Görres erschien wieder auf dem Kampfplatze und verspritzte in seinem Athanasius all das Gift, das sich seit 1819 bei ihm angesammelt hatte. Sein Wohnsitz, München, wurde ein Hauptquartier der preußenfeindlichen Leidenschaft. Hatte doch in demselben Jahre die katholische Partei Baierns einen glänzenden Sieg errungen, indem das Ministerium Wallerstein dem ultramontanen Abel Platz machen mußte. Da konnte die Phantasie sich in den kühnsten Träumen ergehen; selbst die Losreißung der Rheinlande von Preußen, die Bildung eines Königreichs Rheinfranken unter einem bairischen Prinzen schien keine Unmöglichkeit mehr. Ein Gefühl der Siegeshoffnung durchzog die ganze clericale Partei; auf allen Schauplätzen begann sie den Kampf; in Sachsen, Hessen, Baden, Würtemberg, vor Allem auch in der Schweiz entfaltete sie neue Regsamkeit; die historisch-politischen Blätter, von Phillipps und dem jüngeren Görres in München herausgegeben, traten in die erste Reihe der Streiter; Katholik, Eos, Sion und eine Menge anderer Zeitschriften halfen nach Kräften; französische und belgische Blätter frohlockten über den „bisher unerhörten Geist der Freiheit und Neuerung, der von den Ufern des Rheins bis zu den fernen Gestaden des Orinoco und La Plata durch die katholische Welt fluthe“ und priesen die Elemente eines neuen rheinischen Bundes, die nur einem hartnäckig Blinden entgehen könnten. Natürlich schwiegen auch die Gegner nicht; ein lebhaftes Geplänkel in der Tagespresse und in Broschüren begann; über 200 Streitschriften erschienen; aber die Katholiken waren dabei entschieden im Vortheil. Denn die Partei, welche sie am nachdrücklichsten hätte bekämpfen können, der Liberalismus, war Jahre hindurch

Allocution vom 10. December 1837.

Die Presse.

von der Regierung geknechtet worden; ihm konnte es nicht leicht fallen, ſich jetzt mit Eifer auf die Seite des Staates zu ſtellen; viel eher mußte ſich ſeiner der Gedanke bemächtigen, daß der Katholicismus ſein Leidensgefährte ſei und daß der Sieg deſſelben in dem eröffneten Kampfe, wie bedauerlich auch aus anderen Geſichtspuncten, doch dem Polizeiſtaate gegenüber auch der Sache der Freiheit nützen werde. Vollends das Verbot des Athanaſius und ähnlicher Schriften, der Verſuch alſo, den Gegner mundtodt zu machen, konnte einen liberalen Schriftſteller nicht verlocken, als Vorkämpfer der Regierung aufzutreten und ſich ſo in das ſchlimme Licht zu ſetzen, als ob man einen Wehrloſen, an der Vertheidigung Gehinderten angreife. Der beſte Beiſtand in dem großen Kampfe ging damit dem Staate verloren; er mußte faſt ausſchließlich mit ſeinen Machtmitteln wirken. Dieſe ſtandhaft und mit Ausdauer zu gebrauchen, ſetzte aber einen Muth voraus, der ohne die Stütze der öffentlichen Meinung ſchwer zu behaupten war, beſonders da die Gährung und Unzufriedenheit durch die Kühnheit der Ultramontanen auch nach dem Oſten der Monarchie übertragen wurde. Das Breve von 1830 war, wie erinnerlich, nur an die vier weſtlichen Biſchöfe gerichtet; trotzdem verlangte jetzt der Erzbiſchof von Poſen und Gneſen, Martin von Dunin, die Erlaubniß, es auch in ſeinem Sprengel veröffentlichen zu dürfen, und that es im Februar 1838 ohne dieſe Erlaubniß, die ihm ausdrücklich verweigert wurde. Wegen dieſer Auflehnung ließ ihm der König vor dem Kammergerichte in Berlin den Prozeß machen; aber er wagte es ſchon nicht mehr, den ſtrengen Spruch deſſelben auszuführen. Die Amtsentſetzung, welche über Dunin verhängt wurde, verwandelte er in Suspenſion; die ſechsmonatliche Feſtungshaft erließ er ihm ganz, unter der einzigen Bedingung, daß der Erzbiſchof — er befand ſich grade in Berlin — nicht in ſeine Diöceſe zurückkehre. In offenem Trotze gegen dieſe königliche Gnade entwich aber Dunin heimlich aus der Hauptſtadt und erſchien am 3. October 1839 in Poſen. Nun konnte von Nachſicht keine Rede mehr ſein: er wurde auf der Stelle verhaftet und nach der Feſtung Colberg abgeführt. Die Geiſtlichkeit wollte zeigen, daß ſie nicht minder muthvoll ſei, als ihr Oberhirt; ſie ordnete eine förmliche Kirchentrauer für das ganze Stift an; die Glocken verſtummten, die Orgeln tönten nicht mehr; die Wirkung auf die Maſſen des Volkes konnte nicht ausbleiben, wenn die Regierung nicht kräftig einſchritt. Sobald ſie aber dazu den Muth faßte, zeigte es ſich, daß ſie die Zügel in der Hand hielt; ſie drohte der übermüthigen Geiſtlichkeit mit der Entziehung der Einkünfte (der Temporalienſperre) und brachte ſie dadurch zum Gehorſam.

Erzbiſchof Dunin.

Freilich nicht in Bezug auf die eigentliche Streitfrage, die bedingungsloſe Einſegnung der gemiſchten Ehen. Sowohl in Poſen wie am Rhein wurde dieſe verweigert, wenn der proteſtantiſche Theil nicht die katholiſche Erziehung der Kinder verſprach. Aber daran war die preußiſche Regierung ſelbſt Schuld. Sie beſtand weder mit Nachdruck auf der Vereinbarung von 1834, noch begnügte ſie ſich einfach mit der paſſiven Aſſiſtenz, ſondern ſie ließ ſchon im Februar 1838

Die Miſchehen.

den Cultusminiſter von Altenſtein einen unverkennbaren Rückzug antreten, indem er den Prieſtern „beſcheidene Erkundigungen“ nach der Willfährigkeit der Eltern in dieſem Puncte geſtattete. Der eigentliche Ausgangspunct des Streites verlor dadurch einſtweilen ſeine entſcheidende Bedeutung; allein dieſer ſelbſt war nichts weniger als beendet und ſchon die Perſonenfragen, das weitere Schickſal Droſtes und Dunins, machten die Löſung ungemein ſchwierig. In dieſer Hinſicht war die Geduld des greiſen Königs erſchöpft; der Erzbiſchof Droſte, ſo hatte er bereits in Wien erklären laſſen, werde den Cölner Dom nicht wieder ſehen, und wenn er hundert Jahr alt würde. In den ſchärfſten Worten verſicherte er dem poſener Clerus auf eine „ungebührliche“ Immediateingabe, daß er die Religion von der Geiſtlichkeit und ihren Obern nicht zur Antaſtung der königlichen Souveränitätsrechte werde mißbrauchen laſſen. Sein ganzer Herrſcherſtolz war tief verletzt, und da ihn überdies das Alter unzugänglich machte, ſo ließ ſich nicht bezweifeln, daß er die verwickelte Sache ungelöſt ſeinem Sohne hinterlaſſen werde.

Friedrich Wilhelm IV.

Schneller, als man noch kurz zuvor glauben konnte, ging dieſe Vorausſicht in Erfüllung. Am 7. Juni 1840 ſtarb Friedrich Wilhelm III. und erwartungsvoll blickten alle Augen in Deutſchland auf das neue Geſtirn, das in Preußen aufging. Der vielſeitige Gegenſatz zwiſchen dem Vater und dem Sohne zeigte ſich bald auch in der kirchlichen Frage. Wenn Friedrich Wilhelm III. die ungefügen Prälaten zum Gehorſam zu zwingen entſchloſſen war und dabei die Forderungen des Staates ſelbſt über das erlaubte Maß hinaus feſthielt, ſo bemühte ſich ſein Sohn jene zum Gehorſam zu begütigen und ließ ſich dabei einige Opfer an ſeiner königlichen Machtvollkommenheit nicht gereuen. Es fehlte ihm dabei nicht an einer gewiſſen überlegenen Würde, durch die er dem Nachgeben in der Sache wenigſtens eine gefällige Form zu geben wußte. So gleich in den erſten Tagen ſeiner Regierung. Einige polniſche Prieſter verweigerten dem verſtorbenen Monarchen das Trauergeläut; die Gemeinde Inowraclaw beſchwerte ſich darüber bei dem Könige; und was that dieſer? Er antwortete, die Geſinnungen der Liebe und Anhänglichkeit, welche ſich in dieſer Beſchwerde ausſprächen, hätten in ſeinem Herzen einen helleren Klang ertönen laſſen, als das Trauergeläut, welches ein pflichtvergeſſener fanatiſcher Geiſtlicher verweigert, hätte hervorbringen können. Offenbar eine würdige Antwort, aber ſchwerlich eine kluge; denn ſie ermuthigte die Oppoſition des Katholicismus, ſo daß im nächſten Jahre, als in Baiern die proteſtantiſche Stiefmutter des Königs Ludwig ſtarb und der Biſchof von Augsburg ein feierliches Traueramt für ſie abhielt, der Papſt Gregor XVI. ſelbſt die Unverſchämtheit beſaß, ihm in einem Breve (vom 13. Febr. 1842) die ſchärfſte Rüge wegen dieſes „Aergerniſſes“ zu ertheilen und ihm aufzugeben, ſeine Gemeinde „gegen den eitlen Trug jener Ohrenſchmeichler zu ſchützen, welche lügneriſch ausbreiten, daß auch ein Nichtkatholik ſelig werden könne“. König Friedrich Wilhelm IV. ging aber noch weiter. Zu den wenigen Prälaten, die noch im

Ermuthigung des Katholicismus.

Spiegel'schen Geiste wirkten, gehörte der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky. Ihn von seinem Platze zu verdrängen, war deshalb der lebhafte Wunsch der Curie; in Briefen, die ihm nicht durch Vermittlung der Regierung, wie die Ordnung es vorschrieb, sondern auf allerlei Umwegen zugingen, forderte Gregor XVI. von ihm, er solle abdanken. Sedlnitzky kämpfte einen schweren Kampf mit sich, aber endlich legte er — und der König billigte das — im August 1840 seinen Hirtenstab nieder. Dem starren Freiherrn von Droste war es dagegen schon Mitte Juli erlaubt worden, seinen Aufenthalt in Minden mit einem andern zu vertauschen; nur die Rückkehr in seine Diöcese blieb ihm untersagt. Daß er seinen erzbischöflichen Stuhl nicht wieder bestieg, hatte er nur seiner eigenen Halsstarrigkeit zuzuschreiben, die ihm jeden Schritt halben Entgegenkommens unmöglich machte. Graf Dunin aber, der mehr weltmännische Klugheit besaß, erreichte durch einige geschrobene Erklärungen, die er am Throne des Königs niederlegte, die Befreiung aus der Haft und die Wiedereinsetzung in seine Würde. Eine Erklärung, welche die Staatszeitung am 29. Juli brachte, wahrte dabei allerdings den bisherigen Standpunct der Regierung und versprach ohne Nachsicht gegen Jeden einzuschreiten, der den Gesetzen zuwider die Eintracht unter den Bekenntnissen zu untergraben trachte; allein das feierliche Gepränge und der laute Jubel, mit welchem der rückkehrende Erzbischof in Posen und Gnesen empfangen wurde, lehrte genugsam, daß in katholischen Kreisen dieser Ausgang als ein großer Sieg empfunden wurde, und zu allem Ueberfluß erklärte ein Hirtenbrief Dunins schon am 27. August, daß die streitigen Puncte keineswegs erledigt seien, daß er sich wegen derselben erst mit dem Papste in Beziehung setzen werde und daß bis dahin die Geistlichen gemischte Ehen überhaupt nicht einsegnen sollten. Trotzdem behandelte der König diesen wie die übrigen Bischöfe bei der Huldigung mit auserlesener Freundlichkeit, und kam ihnen vor Schluß des Jahres noch durch eine folgenreiche Neuerung entgegen, indem er im Cultusministerium einen besonderen katholischen Director für Kirchen- und Schulsachen anstellte, und dadurch den Keim zu der späteren katholischen Abtheilung legte, die erst 1871 wieder aufgehoben wurde. Andere Zugeständnisse nicht minder bedenklicher Art folgten nach, z. B. die Aufhebung des Verbotes, daß im Ausland erzogene und geweihte Priester in Preußen angestellt würden, oder die den Bischöfen am 1. Januar 1841 ertheilte Erlaubniß, direct mit Rom zu verhandeln. Auch daß in Trier als Nachfolger des schon 1836 gestorbenen Bischofs von Hommer jetzt ein Fanatiker der schlimmsten Art, Arnoldi, bestätigt wurde, der bald noch viel von sich reden machen sollte, gehörte in den Kreis dieser Zugeständnisse. Nur die Angelegenheit Drostes schien nicht ins Gleiche kommen zu wollen, obgleich der König schon wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt den Grafen Brühl nach Rom geschickt hatte, um eine Vermittlung der Gegensätze herbeizuführen. Des Königs Gedanke war, daß der Papst den Erzbischof nach Rom berufen und zum Cardinal machen, ihm in Köln aber

Sedlnitzky.

Droste.

Zugeständnisse an die Bischöfe.

Droste.

einen Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge geben solle. Die Curie wußte dieses sehnsüchtige Verlangen des preußischen Monarchen vortrefflich auszunutzen. Sie häufte Bedingungen auf Bedingungen.

Der Friedensschluß.

Jene Zugeständnisse Friedrich Wilhelms an den Katholicismus waren in Wirklichkeit Forderungen, an deren Erfüllung der Papst seine Einwilligung knüpfte, und die der König theils zaudernd, theils zuvorkommend befriedigte. Erschöpft war damit aber die Liste der päpstlichen Wünsche noch keineswegs; nur traten die anderen, wie die Preisgebung der Hermesianer und der Convention von 1834, nicht so schnell und so greifbar zu Tage. Forderungen wie die, daß der König selbst die Hälfte von Drostes Gehalt als Cardinal bezahlen und daß er demselben eine öffentliche Ehrenerklärung geben solle, gestand Friedrich Wilhelm ganz unbedenklich zu. Nur über einen Punct konnte man sich lange nicht vereinigen; das war die Frage, ob Droste selbst seinen Coadjutor in Cöln weihen solle. Der Papst und der Erzbischof verlangten, der König verweigerte es. Endlich umging man den Streitpunct dadurch, daß man zum Coadjutor einen Bischof ausersah, der gar nicht erst geweiht zu werden brauchte. Der König Ludwig von Baiern, welcher eifrig vermittelt hatte, empfahl den Bischof Geißel von Speier; die preußische Regierung willigte ein und durch ein päpstliches Breve vom 20. September 1841 wurde die Angelegenheit in dieser Weise geordnet. Der versprochene Brief des Königs an den Erzbischof sprach ihn vor allem Volke des Verdachtes revolutionärer Umtriebe ledig, und der Streit war beendet.

Friedrich Wilhelms IV. Anfänge.

Bedeutung des Thronwechsels.

Nicht blos für die Erledigung der kirchlichen Wirren war der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. von eingreifender Wichtigkeit gewesen. Ein allgemein verbreitetes richtiges Gefühl lehrte, daß er mehr als durchschnittlich sonst ein Thronwechsel zu bedeuten habe. Aber was er bringen werde, das vermochte Niemand zu sagen. Der neue Herrscher war für sein Volk noch ein ungelöstes Räthsel, eine Gestalt, die zu den kühnsten Hoffnungen herausforderte und zu ernsten Befürchtungen Anlaß gab. Daß er ein Mann von hochfliegendem Geist, voll idealer Ziele, voll schwärmerischer Begeisterung für Religion, Wissenschaft und Kunst sei, daß er seinen Vater an Gaben des Verstandes, an Biegsamkeit und Geschmeidigkeit der Auffassung, an Empfänglichkeit für alles Große weit überrage, daß er den Ehrgeiz in sich spüre, durch Regententugenden und politische Schöpferkraft einen glänzenden Platz in der Reihe der Hohenzollern sich zu erwerben, das bezweifelte Niemand. Aber ob er die Festigkeit des Characters besitze, um auf der einmal betretenen Bahn unerschrocken vorzugehn, ob die übersprudelnde Laune und Lebenslust des Prinzen den rechten Eifer und die Gewissenhaftigkeit des Herrschers in ihm nicht ersticken werde, ob seine rege Phantasie, seine überspannten Ideen vom königlichen Amte, seine romantischen Liebhabereien den

klaren Blick für die Bedürfniſſe der Gegenwart in ihm nicht getrübt hätten, das waren Fragen, auf welche nur die Zeit Antwort geben konnte. Nur das Eine war ſicher, daß Vieles ſich ändern werde. Selbſt wenn der Geſammtzuſtand des Staates das nicht mit ſolch zwingender Nothwendigkeit erheiſcht hätte, wie er es wirklich that, wenn das zaudernde Alter des an ſich ſchon bedächtigen letzten Herrſchers und die pietätvolle Rückſicht, welche die öffentliche Meinung ihm zollte, nicht ſo manche unabweisliche Reformen zurückgedrängt hätten, die jetzt mit Macht in den Vordergrund treten mußten, ſo würde allein der Gegenſatz zwiſchen Vater und Sohn einen bedeutſamen Umſchwung herbeigeführt haben. Anſtatt des gemeſſenen ſtrengen Ordnungsſinnes war hier launenvoll genialiſches Treiben, anſtatt des nüchternen hausväterlichen Nützlichkeitſtandpunctes ein philoſophiſch angehauchter, von Poeſie durchwärmter Idealismus, ſtatt der biederen verſtändigen Frömmigkeit, eine begeiſterte, geheimnißkeitsfreudige, myſtiſche Religiöſität, ſtatt der zurückhaltenden einſilbigen, aber im tiefſten Grunde wohlwollenden Umgangsformen ein ſprudelndes, wortreiches, herzgewinnendes Sichgehenlaſſen, ſtatt der knappen ſtrengen Soldatennatur eine empfängliche, feingebildete Künſtlerſeele.

Das Teſtament Friedrich Wilhelms III.

Den erſten Wochen der neuen Regierung kam dieſe gewinnende Perſönlichkeit des Herrſchers vollauf zu Statten; ſeine Anreden an die Deputationen, welche ihn begrüßten, ſeine ſchriftlichen Aeußerungen, zu denen ſich mehrfacher Anlaß bot, zeigten den Schwung ſeiner Geſinnung und Ausdrucksweiſe im Glanze der erſten Morgenfriſche. Beſonders begeiſterten die Worte mit denen er das Teſtament ſeines Vaters veröffentlichte, zwei Actenſtücke, deren eines einen prüfenden Rückblick auf die Regierung des Verſtorbenen warf, während das andre — An meinen lieben Fritz überſchrieben — ihm unter andern Grundſätzen beſonders den ans Herz legte ſich eben ſo ſehr vor der ſo allgemein um ſich greifenden Neuerungsſucht zu hüten, wie vor einer zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte. Der König ließ dieſe Schriften ſeines Vaters dem Volke, das es werth ſei, ſolche Worte zu hören, mittheilen; es ſprach ſich in dieſer Verfügung eine Wärme, eine Herzlichkeit aus, die bezaubern mußte. „So, ſagte man ſich, ſchrieb kein Secretär, dieſen Stil wagte kein Miniſter, in dieſen gewaltigen, ſchwungvollen Worten konnte nur der Schmerz eines Sohnes und das Bewußtſein eines Königs ſich ergießen.“ Und denſelben Geiſt athmeten die erſten Thaten des Monarchen. Arndt, ſeit 1820 ſuspendirt, wurde wieder in ſeine Profeſſur eingeſetzt; Boyen, der 1819 mit Humboldt und Beyme aus dem Miniſterium geſchieden war, erhielt eine Berufung in den Staatsrath um ſpäter wieder Kriegsminiſter zu werden; dem alten Turnvater Jahn ward geſtattet ſeinen Verbannungsort Freiburg zu verlaſſen; die beiden Brüder Grimm, die Opfer des Göttinger Gewaltſtreiches, wurden in Berlin angeſtellt; nach und nach folgte die Berufung andrer Männer, die einen bedeutenden Namen in Wiſſenſchaft und Kunſt beſaßen: Tieck, Rückert, Schelling, Cornelius, Felix Mendelsſohn: freilich waren

Begnadigungen, Berufungen und Ernennungen.

nicht einmal diese alle der öffentlichen Meinung lieb, geschweige denn Männer wie Stahl und Hasenpflug.

Wir wollen ihn nicht haben
Den Herrn von Haß und Fluch,
Wenngleich die Schaar der Raben
Zum Adlerneſt ihn trug,

so tönte es in den Straßen von Berlin, und diese Verse bereiteten dem Könige nach eigenem Geständniß den ersten schmerzlichen Tag seiner Regierung. Denn sie schonten auch seine älteren Vertrauten nicht; nur der eine Alexander von Humboldt fand Gnade vor den Augen des Volkes: die Bunsen, Radowitz, Thile, Rochow u. s. f. galten für Männer voll mittelalterlicher Ideen, deren Frömmigkeit man vorwarf, daß sie zur Schau getragen und unehrlich sei.

Wie sehr dem Einzelnen dabei auch mannigfaches Unrecht geschah, im Ganzen lernte die öffentliche Meinung doch die Lage und die Person des Königs schnell genug mit richtiger Ahnung verstehen. Nur machte sie den gewiß entschuldbaren und selbst rühmlichen Fehler, daß sie zunächst die unliebsamen Seiten in Friedrich Wilhelms Wesen aus ihm heraus zu verlegen und seine Günstlinge dafür verantwortlich zu machen strebte. Alles Erfreuliche wurde ihm voll und ganz angerechnet, besonders die Begnadigung vom 10. August, die unter andern politischen Verbrechern vor Allem auch die unglücklichen studentischen Opfer der Untersuchungscommission von 1834 dem Leben wiedergab. Mit Jubel lauschte man der erregten, herzlichen, persönlichen Redeweise, mit welcher der König bei den Huldigungen von Königsberg und Berlin vor sein Volk hintrat; die Herzen der Hörer flogen ihm entgegen, von Staunen und Hoffnung erfüllt über dieses neue, unerhörte Auftreten; selbst wer seine Worte nicht vernehmen konnte wurde hingerissen; denn schon seine Bewegungen zu sehen war ergreifend; man mußte innige kraftvolle Worte hinzudenken. Und doch drängte sich dem schärferen Beobachter wohl gleich die Frage auf, ob diese effectvolle Sprache sich fortsetzen lasse, ob Staatsangelegenheiten nicht eine andre erforderten.

Die Verfassungsfrage.

Jedenfalls konnte solch eine aufregende und belebende, hoffnungweckende Beredtsamkeit nur dann segensreich wirken, wenn ihr Thaten folgten. Und die That, welche man von Friedrich Wilhelm verlangte, war die Erfüllung des Versprechens von 1815 und 1820, war die Ertheilung einer Verfassung für den ganzen Staat. Mit vollem Ernste trat diese Forderung an den König zuerst auf dem Landtag zu Königsberg, den er berufen hatte, um die Huldigung der Provinzen Preußen und Posen entgegenzunehmen. Auf den Antrag des Königsberger Kaufmanns Heinrich beschlossen die preußischen Stände mit 90 gegen 5 Stimmen dem König die Bitte um eine Reichsverfassung vorzulegen. Seine schriftliche Antwort darauf am 9. September war mild und freundlich gehalten, versprach Entwicklung der bestehenden Provinzialstände, enthielt aber durchaus keine greifbare Zusage. Dennoch machte sie einen guten Eindruck und nährte die vorhandenen Hoffnungen. Doch zu stürmischer Begeisterung ent-

Die Huldigung in Königsberg.

flammten die Worte, welche der Monarch am nächſten Tage ſprach. Die Stände hatten ihm gehuldigt; 15,000 Menſchen füllten den Schloßhof; eine feierliche Stille herrſchte. Da erhob er ſich plötzlich von ſeinem Thron, trat an den Rand der Tribüne, ſtreckte den rechten Arm wie zum Schwur empor und gelobte hier vor Gottes Angeſicht und vor dieſen lieben Zeugen allen, daß er ein gerechter Richter, ein treuer, ſorgfältiger, barmherziger Fürſt, ein chriſtlicher König ſein wolle, wie ſein unvergeßlicher Vater es geweſen. Er bat Gott um den Fürſtenſegen, der dem Geſegneten die Herzen der Menſchen zueigne und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen mache; er bat Gott um ſeinen Segen für das theure Vaterland: bei uns, rief er begeiſtert aus, iſt Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürſt und Volk, im Großen und Ganzen herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem ſchönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. So wolle Gott unſer preußiſches Vaterland ſich ſelbſt, Deutſchland und der Welt erhalten, mannigfach und doch Eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zuſammengeſchmolzen nur ein einziges, edles iſt — keinem andern Roſt unterworfen, als allein dem verſchönernden der Jahrhunderte!

Erlaß vom 4. October.

Von einer Verfaſſung war in alle dem mit keinem Worte die Rede und doch glaubte man an ſie. Um ſo bittrer war die Enttäuſchung als ein königlicher Erlaß vom 4. October dieſes Mißverſtändniß ausdrücklich zurückwies. Die Stimmung wurde bitterer und man ſah der Huldigung in Berlin, die am 15. October ſtatt fand, mit Unbehagen entgegen. Natürlich erwartete man auch hier eine Rede des Königs; aber was konnte ſie bringen, da die einzige ernſtliche Forderung zum Voraus abgewieſen war? Je ſchwungvoller ſie lautete, deſto greller mußte der Abſtand zwiſchen Wort und That erſcheinen. Der feierliche Act ging diesmal in zwei Abſchnitten vor ſich; zuerſt huldigte die Ritterſchaft und Geiſtlichkeit im Innern des Schloſſes, dann Stadt und Land auf dem Schloßhofe. Vor der Leiſtung des Eides ergriff hier der König entblößten Hauptes trotz Wind und Regen das Wort. Hatte er den Rittern drinnen ſchon geſagt, daß ſie von ihm keine ſogenannte glorreiche Regierung mit Geſchützesdonner und Poſaunenton, ſondern ein einfaches, väterliches, ächtdeutſches und chriſtliches Regiment zu erwarten hätten, ſo gelobte er auch draußen dem Volke, ſoweit ſeine Macht und ſein Wille reiche, Frieden zu halten zu ſeiner Zeit. Er warb um die Liebe ſeiner Unterthanen, deren er nicht entrathen könne: denn die Wege der Könige ſeien thränenreich und thränenwerth, wenn Herz und Geiſt ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Mit dem ſchönſten, klarſten Laute der Mutterſprache, mit einem ehrenhaften Ja! bat er ihm zu verſprechen, daß man durch gute und böſe Tage treu mit ihm ausharren wolle, und mit erhobener Rechten wiederholte er dann — ſo wahr ihm Gott helfe — ſein Königsberger Gelübde. Vollenden Sie nun, ſo ſchloß er, dieſe hohe Feier, und der befruchtende Regen Gottes ruhe auf dieſer Stunde!

Die Huldigung in Berlin.

Die Vereinigten Ausschüsse.

Je tiefer der Eindruck war, welchen der König durch seine ganze Erscheinung machte, um so größer mußte die Unzufriedenheit darüber werden, daß er in der Hauptfrage der Zeit von der öffentlichen Meinung so völlig abwich. Denn diese verlangte in der That mit großer Zähigkeit eine Verfassung, und zwar eine Verfassung nach französischem Muster. Nun war Friedrich Wilhelm IV. einer Weiterbildung der Provinzialstände keineswegs abgeneigt; vielmehr berief er schon 1842 Abgeordnete derselben nach Berlin, um dort als Vereinigte Ausschüsse Gesetze mit durchzuberathen, welche für die ganze Monarchie bestimmt waren. Auch damit wollte er durchaus noch

Plan des Vereinigten Landtages.

nicht das letzte Wort gesprochen haben, sondern bewegte den Plan eines Vereinigten Landtages, zu dem alle Provinzialstände in ihrer Gesammtheit zusammentreten sollten, fortwährend in seinem Herzen. Allein auf der einen Seite konnte er zu keinem festen Entschlusse kommen, stritt sich mit den widerwilligen Elementen seiner Umgebung, zu denen besonders seine Brüder gerechnet wurden, umher, und verzettelte sein Interesse an untergeordnete, theilweise lächerliche Fragen, als den Ort des Zusammentritts, die Theilung des Landtags in Curien, die Uniformirung der Mitglieder und Aehnliches — und auf der andern Seite rannte er sich fest in einem eingebildeten Gegensatze zwischen historisch gewordenen, nationalen Ständen und einer aus Frankreich importirten, undeutschen Repräsentativverfassung. Die Stände von 1823, so willkürlich, ungeschichtlich und erinnerungsarm sie waren, galten ihm für eine gewordene und daher conservative Grundlage; dafür daß das französische Vertretersystem mehr als französisch, daß es ein Ausdruck des modernen Staatsbewußtseins überhaupt sei, fehlte ihm jedes Verständniß. Er kämpfte daher mit voller Ueberzeugung für sein Princip und gegen die Ideen der Constitutionsmänner; aber es fehlte ihm doch wieder der Muth, seine Absichten schnell und ganz ins Leben treten zu lassen und dadurch eine Partei für dieselben zu begründen.

Drängen der öffentlichen Meinung.

Um so entschuldbarer war es, wenn allmälig Zweifel aufkamen, ob es dem Könige denn wirklich Ernst mit seinen ständischen Plänen sei, und ob er nicht vielmehr sein Interesse dafür nur erheuchle; noch entschuldbarer die Meinung, daß man ihn drängen müsse und vielleicht mittelst der Presse über den erregbaren und empfänglichen Mann Einfluß genug gewinnen könne, um ihn in liberalere Gedankenkreise hineinzutreiben. Zwei Flugschriften waren es besonders, die in diesem Sinne auf ihn hätten wirken können, und die, wenn nicht auf den Monarchen, doch auf die Gebildeten im Volke, einen mächtigen Einfluß ausübten. Die eine, unter dem Titel: Woher und wohin? hatte den greisen Oberpräsidenten von Schön, die andre: Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, den jüdischen Arzt Johann Jakoby in Königsberg zum Verfasser. Beide wurden nicht allein massenhaft gelesen, besprochen und in den Zeitungen behandelt, sondern riefen Entgegnungen und Bekräftigungen hervor; Jakobys Schrift wurde für die nächsten Jahre gradezu ein Zeughaus für die constitutionelle Opposition. Je länger, je mehr mußte sich des Königs

und seiner Minister die Ueberzeugung bemächtigen, daß sie auch ihrerseits in der Presse sich eine kräftige Waffe bereiten müßten; aber die Ausführung unterblieb. Im Herbst 1842 wurde eine „Deutsche Zeitung" beabsichtigt, deren Leitung Dahlmann übernehmen und die im großen Stile die Sache der Regierung führen sollte; aber im letzten Augenblicke scheute man doch vor Dahlmanns eiserner Selbständigkeit zurück und verweigerte ihm die bedingungslose Censurfreiheit. Das war um so ungeschickter, als man doch recht wohl einsah, daß die bisherige Knebelung der Presse nicht aufrecht erhalten werden könne, und als die Milderungen, welche im Jahre 1842 eingeführt waren, nun die Schärfe der Opposition vermehrten, ohne daß dieselbe ein genügendes Gegengewicht fand. Um Angriffsstoff brauchten die Gegner nicht verlegen zu sein; selbst die Person des Königs bot denen, welche außer dem Bereiche der preußischen Polizei waren, Blößen genug und Heinrich Heine erging sich nicht blos mit wahrer Wollust darin, dieses

Die politische Literatur.

Mittelding,
Das weder Fleisch noch Fisch ist,
Und von den Extremen unsrer Zeit
Ein närrisches Gemisch ist,

in mannigfach treffender Satire zu verhöhnen oder im Hinblick auf die Versprechen von 1815 und 1820 spöttisch auszurufen:

Ja Königsworte, das sind Schätze,
Wie tief im Rhein der Niblungshort!

sondern auch die dem König zugeschriebene Trunksucht, seine Kinderlosigkeit und ähnliche Dinge wurden in der gröbsten Weise verarbeitet. Dessen mußte sich zwar die preußische Schriftstellerwelt selbstverständlich enthalten, aber an mehr oder weniger verdeckten Hieben auf den „Romantiker" ließ auch sie es nicht fehlen. Und was sich nicht in Berlin sagen ließ, das sagte man im Auslande; die schweizer Verlagshandlungen druckten und verlegten, was vor der preußischen Censur nicht bestehen konnte; des Absatzes waren sie doch vollkommen sicher. Im Inlande selbst sorgten über 400 Zeitungen für die Bedürfnisse der Lesewelt; einzelne wissenschaftliche Blätter, besonders die Hallischen Jahrbücher von Ruge und Echtermaier, gaben den liberalen Politikern den Ton an; man eiferte gegen die Schelling'sche Philosophie und traf in dem Schützling den königlichen Gönner; man erließ ein Manifest gegen die Romantik, und zeichnete in der Romantik die preußische Politik. Einen gewaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung übten die politischen Lyriker, Herwegh besonders mit seiner formenkühnen, beredten Sprache, dann Hofmann von Fallersleben, Robert Prutz, Dingelstedt, Freiligrath. Geraume Zeit standen sie dem Könige durchaus nicht feindlich gegenüber und manch ermuthigendes und anfeuerndes Wort ward ihm zugesungen. Doch einer nach dem andern wurde des fruchtlosen Zuredens müde, nicht lange währte es, so wandte sich Herwegh ab. „Du konntest Deiner Zeit das Banner tragen, Und trägst ihr nur die Schleppe

nach", rief er enttäuscht dem Könige zu. Hofmann, Prutz und andere folgten seinem Beispiel, zum Theil durch persönliche Kränkungen verletzt, und selbst Freiligrath nahm das Wort zurück, das einst Herweghs Zorn erregt: „Der Dichter steht auf einer höhern Warte Als auf der Zinne der Partei", und ließ auch seinen Lorbeer von der Partei flechten, die freilich die überwältigende Mehrheit unter den Gebildeten der Nation ausmachte.

Das Bisthum Jerusalem.

Besonders reichlichen Stoff zum Angriff boten die kirchlichen Dinge, über denen in der That ein sonderbarer Unstern waltete, mochte der König persönlich, mochten seine Günstlinge oder der Cultusminister Eichhorn sie in die Hand nehmen. Besonders dankbar waren für die Spötter zwei Unternehmungen des Königs, denen doch ein tieferer Sinn keineswegs fehlte: das evangelische Bisthum in Jerusalem und die Vollendung des Cölner Dombaues. Die Anregung zu dem Gedanken, in Jerusalem mit England gemeinsam einen Bischofssitz zu gründen, wurde durch die orientalische Krisis von 1840 gegeben. Wenn ein Schwärmer wie der begeisterte Philhellene Eynard durch sie zu dem Wunsche gedrängt wurde, König Ludwig von Baiern möchte mit den andern christlichen Herrschern zusammen auf die Gefahr eines neuen Kreuzzuges hin von der Pforte die Herausgabe des heiligen Grabes fordern; wenn Ludwig diesen Wunsch bei seinem vielgeliebten Schwager, dessen Geist für Alles Edle und Große empfänglich sei, zu befürworten unternahm, dann war es immer noch ein Zeichen von Nüchternheit, wenn dieser den überschwänglichen Plan so beschnitt, wie er es that Daß an der heiligen Stätte der Protestantismus so gut wie der griechische und römische Katholicismus durch einen hohen Würdenträger vertreten sein möchte, dieser Wunsch konnte einem gläubigen Christen nicht so fernliegend erscheinen; daß der König dabei sich mit der anglicanischen Kirche zu verbünden trachtete, erklärte sich nicht blos aus seiner und seines vertrauten Rathgebers Bunsen Vorliebe für dieselbe, sondern auch aus der verständigen Erwägung, daß ohne Englands Beistand das Ziel schwer zu erreichen sei. Aber freilich, abenteuerlich und fremdartig mußte der ganze Plan dem zweifelsüchtigen Geiste der gebildeten Zeitgenossen immerhin vorkommen.

Der Cölner Dom.

Und mit dem Cölner Dombau war es zwar etwas, doch nicht ganz viel anders. Als rein künstlerisches Unternehmen gedacht, hätte ihm der Beifall der Nation wohl kaum gefehlt; aber daß es in der Seele des Königs doch auch ein frommes Werk war, daß es ein Sinnbild für die Einigkeit der Bekenntnisse sein und den unparteiisch wohlwollenden Sinn des Herrschers für den Katholicismus bezeugen sollte, das mißfiel. Das Fest der Grundsteinlegung, das am 4. September 1842 begangen wurde, gestaltete sich doch zu einer Art Nationalfeier. In feuriger Rede begrüßte der Monarch die Thore, zu denen er den Grundstein legte, als Thore einer neuen besseren Zeit, durch welche nie das ehrlose Untergraben der Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Confessionen und der Stände einziehen möge. Durch Zeiten, reich

an Menſchenfrieden, reich an Gottesfrieden, ſo rief er aus, rage der Dom von Cöln über dieſer Stadt und über Deutſchland, bis an das Ende der Tage! Von den deutſchen Fürſten, die ihn dabei umgaben, brachte der König von Würtemberg bei der Feſttafel dem gemeinſamen großen Vaterlande ein Hoch, und dem Erzherzog Johann von Oeſtreich ſchob der Volksmund gar den Trinkſpruch unter: Kein Oeſtreich, kein Preußen mehr! Ein einiges großes Deutſchland, feſt wie ſeine Berge!

Der heilige Rock von Trier.

Wie hier das Volk ſich in einen ſchmeichleriſchen Traum wiegte, ſo nicht minder der König, wenn er von dem Frieden unter den Bekenntniſſen ſprach. Nicht einmal in ſich, geſchweige denn unter einander konnten die einzelnen Glaubensbekenntniſſe dieſen Frieden bewahren; im römiſchen wie im proteſtantiſchen Lager nahmen die ſtarren, unverſöhnlichen Richtungen an Macht und Einfluß zu, und religiöſer Hader überwog in den nächſten Jahren den politiſchen. In der katholiſchen Kirche gab der neue Biſchof von Trier, Arnoldi, das Zeichen zum Kampf. Im Auguſt 1844 verordnete er eine feierliche Ausſtellung des ungenähten Rockes Chriſti, der zu den Schätzen ſeiner Kirche zählte. Alsbald begann aus den katholiſchen Gegenden des Rheinlandes, aus Belgien und Frankreich eine Maſſenwallfahrt nach Trier, die ins Unermeßliche anſchwoll, als die Freifrau von Droſte-Viſchering, eine Nichte des Erzbiſchofs, die auf Krücken hingegangen war den Herrgottsrock anzubeten, ohne Krücken zurückkehrte. Ueber eine Million Pilger ſtrömten binnen ſechs Wochen in der alten Moſelſtadt zuſammen; wenigſtens einzelne von ihnen behaupteten gleichfalls, Heilung von körperlichen Leiden gefunden zu haben. Der laute Jubel der Klericalen über dieſe göttlichen Wundererſcheinungen weckte natürlich den Widerſpruch der Aufgeklärten. Von proteſtantiſchen Gelehrten wurde die Fabel des ungenähten Rockes in ihrer ganzen Albernheit nachgewieſen, wurde gezeigt, daß es 20 und mehr Exemplare dieſes Wunderkleides gebe, wurde der Aberglaube, der damit ſein Spiel trieb, ſcharf gegeißelt. Aber auch aus dem Schooß der römiſchen Kirche erhob ſich Widerſpruch. Ein katholiſcher Prieſter, freilich ein ſuspendirter und nicht im beſten Rufe ſtehender, Johannes Ronge, eiferte in einem offenen Brief an den Biſchof Arnoldi, den Tetzel des 19. Jahrhunderts, gegen das Götzenfeſt zu Trier. Durch die Excommunication, welche der Fürſtbiſchof von Breslau über ihn verhängte, noch weiter gedrängt, begann er in einer Reihe von Flugſchriften für die Reform der Kirche, für eine deutſch-katholiſche Nationalkirche, zu wirken. Der laute Beifall, welchen er aus der Mitte der Proteſtanten wie der eigenen Glaubensgenoſſen erhielt, ſteigerte ſeinen Muth; es ſchien, als ob die Ueberſpannung der katholiſchen Forderungen, die ſeit 1830 beſtändig gewachſen war, jetzt zu einem völligen Bruch, zu einer neuen Reformation führen ſollte. Der Weg, den Ronge zu gehen hatte, war ihm übrigens ſchon gewieſen. Bereits im Auguſt 1844 hatte ein andrer Prieſter, allerdings wieder ein ſuspendirter, Czerski von Schneidemühl in der Provinz Poſen, ſich mit ſeiner Gemeinde vollſtändig von Rom

Der Deutſch-Katholismus.

losgesagt, nicht weil er die Dogmen der Kirche, sondern weil er ihre Verfassung und die Ehelosigkeit der Geistlichen verwarf. Nach seinem Vorbilde gründete nun Ronge Anfang März 1845 in Breslau eine christkatholische Gemeinde; in etwa zwanzig norddeutschen Städten geschah binnen wenigen Wochen dasselbe; ein leipziger Concil, um Ostern abgehalten, wurde bereits von 15 Orten beschickt. Große Reisen, die Ronge durch ganz Deutschland unternahm, mehrten besonders im Süden seinen Anhang; gewichtige Männer wie Duller und Gervinus erklärten sich für ihn; auch in den Regierungs- und Hofkreisen war man seiner Bewegung nicht abgeneigt; der Prinz von Preußen würdigte ihn einer langen Audienz und der König selbst schien entschlossen, die neue Secte auf demselben Fuße wie die Altlutheraner zu behandeln. Oestreich und Baiern freilich duldeten keine deutsch-katholischen Gemeinden in ihrem Gebiete, und in andern Staaten wie Sachsen, Kurhessen, Würtemberg wurde wenigstens ihr öffentliches Auftreten beschränkt. In Leipzig, wo Robert Blum eine ansehnliche Gemeinde gebildet hatte, kam es darüber sogar schon 1845 zu einem blutigen Tumult. Als die Seele des Verbotes, das im Juli des Jahres erlassen war, sah man den Prinzen Johann an, den späteren König von Sachsen, der trotz seiner hohen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung doch in dem Rufe einer engherzigkirchlichen Gesinnung stand. Dieser traf am 12. August in Leipzig ein um die Bürgerwehr zu mustern. Die lebhaftesten Kundgebungen zu Gunsten der Deutschkatholiken verfolgten ihn; Lebehochs auf Ronge wechselten mit dem Rufe: Nieder mit den Jesuiten! Die Person des Prinzen selbst schien Abends durch Ansammlungen vor seiner Wohnung, durch Einwerfen der Fenster und Andrängen gegen die Thüren gefährdet, so daß Soldaten erschienen und von ihrer Waffe Gebrauch machten. Nur durch die schleunige Flucht des Prinzen, die Entfernung der Truppen aus der Stadt und besonders durch die Mäßigung, welche Robert Blum, der thatsächlich die Menge in seiner Hand hatte, entwickelte, wurden schlimmere Auftritte verhindert, so daß sich allmälig das Ansehn der Regierung wiederherstellte. Bedenklicher übrigens als die Feindseligkeiten der sächsischen und der gleichgesinnten Staatsbehörden war für die deutsch-katholische Sache der innere Zwiespalt. Während die Czerski'sche Partei dogmatisch nicht allzuweit von den römischen Satzungen abwich und besonders durch ihren Glauben an die Gottheit Christi auch den orthodoxen Protestanten genehm blieb, so daß ihnen vielfach protestantische Kirchen zum Gottesdienst geöffnet wurden, stellten sich die Rongeaner auf den Standpunct der modernen kritischen Theologie, verwarfen, wie die freisinnige Partei in der evangelischen Kirche, das apostolische Glaubensbekenntniß, zogen damit aber dieselbe Verfolgung, welche jene traf, auch auf sich herab. Nur mühsam wurde auf den Synoden und Concilen der neuen Secte die äußere Einheit aufrecht erhalten und es galt mehr als einmal, den offenkundig gewordenen Zwiespalt zu vertuschen oder zu begütigen. Auch ließ sich in nicht zu langer Frist deutlich erkennen, daß eine wirklich religiöse Kraft in

Der Leipziger Tumult.

Spaltungen unter den Deutschkatholiken.

dieſer neuen Kirchengemeinſchaft doch nicht vorhanden ſei, daß ſie vielmehr zum guten Theil von politiſch Mißvergnügten gehalten und als Deckmantel demokratiſcher und ſocialiſtiſcher Beſtrebungen benutzt werde. Als das Jahr 1848 einen ſolchen Deckmantel überflüſſig machte, bekannten denn auch viele Führer offen ihre wahre Farbe, und ſtatt daß der Deutſchkatholicismus von der Freiheit, deren er nun genoß, Nutzen gezogen hätte, begann vielmehr ſein allmäliger Zerfall. Seinen Höhepunct erreichte er Ende 1846, wo ſich etwa 60,000 Gläubige, zur Hälfte in Schleſien, zu ihm bekannten; das Berliner Concil, um Pfingſten 1847, ſah Vertreter von 151 Gemeinden. Wenn er durch ſeine Verbreitung nach Oeſtreich, Baiern u. ſ. f. an äußerer Ausdehnung während der nächſten Jahre vielleicht noch zunahm, ſo verlor er doch völlig ſeine kirchliche Beſonderheit, und geſtand das auch dadurch ein, daß er im Beginn der Reactionszeit eine Verſchmelzung mit den proteſtantiſchen freien Gemeinden auf den Concilen von Leipzig und Cöthen, im Mai 1850, verſuchte und dadurch ſein und ſeiner Verbündeten Lebensfähigkeit nur noch mehr untergrub.

Trotzdem waren die freien Gemeinden und der Deutſchkatholicismus allerdings gleichartige Erſcheinungen, inſofern beide durch den Geiſt des Jahrhunderts zur Loslöſung von ihrer Mutterkirche gedrängt wurden und in beiden die verneinende Kraft größer war als die ſchöpferiſche. Der Proteſtantismus hatte in dem letzten Menſchenalter eine große Kriſis durchlebt. Der alte Rationalismus, welcher die Erzählungen der Bibel Alten wie Neuen Teſtamentes im Sinne der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts verſtandesmäßig zu begreifen und nüchtern-proſaiſch zu erläutern geſucht hatte, beſaß keine Lebenskraft mehr. Ihm fehlte das eigentlich religiöſe Moment ſo vollſtändig und er bot doch andrerſeits dem unbefangen prüfenden Verſtande ſo große Schwächen, daß ſein Anhang ſich mehr und mehr zertheilte und auf der einen Seite die gläubige Annahme der göttlichen Geheimniſſe, mochten ſie in Wunderthaten oder in unbegreiflichen Lehrſätzen beſtehen, die verlorene Herrſchaft wiedergewann, während auf der andern Seite der hiſtoriſch-kritiſche Sinn der jüngeren Generation die Bibel wie ein andres Buch zu behandeln anfing und in mühſamer, Jahrzehnte erfordernder Gelehrtenarbeit die geſchichtlichen Thatſachen des Chriſtenthums aus der Einkleidung, in welche die erſten Jahrhunderte ſie gehüllt, loszuſchälen ſuchte. Aber grade weil dieſe Arbeit kein Kinderſpiel war, weil ſie nicht mit einem Schlage geſicherte Ergebniſſe vorzulegen vermochte, weil ſie in dem Für und Wider der Kritik ſich ſelbſt nicht ſelten widerſprach und aufhob, beſaß ſie nicht die Kraft, die große Menge, die dem Rationalismus allenfalls zugänglich geweſen war, für ſich zu gewinnen, ſondern verlor dieſelbe an die Orthodoxie, die von Jahr zu Jahr kühner ihr Haupt erhob und einen ſtreitluſtigen, verfolgungsſüchtigen Geiſt entwickelte. Zwar fehlte es unter denen, welche die übernatürlichen Lehren des Chriſtenthums feſthielten, nicht an ſolchen, die damit den Geiſt der Duldſamkeit und der unbefangenen wiſſenſchaft-

Der Proteſtantismus.

lichen Prüfung verbanden und als Vermittlungstheologen eine verſöhnliche Stellung behaupteten. Aber ſo ſehr ſie in Anbetracht der Geſammtlage, in welcher ſich die evangeliſche Kirche und die wiſſenſchaftliche Theologie befanden, berufen geweſen wären, als Leiter an die Spitze zu treten, ſo wenig eigneten ſich die friedfertigen Perſönlichkeiten ihrer Führer dazu, den kampfluſtigen Häuptern der ſtreitbaren Orthodoxie die Herrſchaft zu entwinden. Am wenigſten einem Manne wie Friedrich Wilhelm IV. gegenüber. Obgleich dieſer König mit einem der bedeutendſten Vermittlungstheologen, mit Bunſen, in dem vertrauteſten Verkehre ſtand, ſo neigte er doch in ſeinen perſönlichen Anſchauungen zu ſehr nach dem Standpunct der ſchärfſten Orthodoxie, als daß er die Berechtigung der freien Forſchung innerhalb der evangeliſchen Kirche hätte einräumen wollen. Er verſchloß ſich zwar nicht der Nothwendigkeit einer Neugeſtaltung dieſer Kirche in ihren Verfaſſungsformen und wünſchte dieſe ſo umgewandelt, daß ihre Leitung in berufenere Hände als in die des Landesfürſten gelegt würde; aber ſo lange das nicht geſchehen war, hielt er ſich nicht berechtigt, durch Gewährenlaſſen der freieren Anſchauungen, wie ſein Vater es geübt, der allgemeinen Gültigkeit der alten Bekenntnißformeln etwas zu vergeben, ſondern zog die Zügel ſtraff an. Die Eiferer der Orthodoxie, beſonders der Profeſſor Hengſtenberg in ſeiner Evangeliſchen Kirchenzeitung, hetzten nach Kräften, und Eichhorn, der Miniſter für Kirchen- und Schulangelegenheiten, einſt der Freund und Anhänger Schleiermachers, förderte die Intereſſen dieſer Partei unbekümmert um ſeine eigene Vergangenheit und begünſtigte außerdem eifrig — darin des Königs eigenſten Geſinnungen entſprechend — den Pietismus und die äußere Kirchlichkeit. Die Univerſitäten wurden nicht allein in den theologiſchen Lehrſtühlen immer ausſchließlicher mit Anhängern der neugläubigen Richtung beſetzt; ihre bisherige Lehrweiſe ſollte geändert, an die Stelle des freien Lehrvortrags ſchulmäßiger Unterricht mit regelmäßigen Prüfungen geſetzt, die deutſche Einrichtung der Privatdocenten untergraben werden. Dadurch lud der Miniſter einen ungemeſſenen Haß auf ſich, der um ſo ſchrankenloſer werden und in dem Vorwurf der Heuchelei gipfeln mußte, als man von ihm am wenigſten derartiges erwartet hatte und ſeine Ernennung grade von den Liberalen mit Freude begrüßt worden war. In kurzer Zeit hatte er Alles gegen ſich; ſelbſt ſeine perſönlichen Freunde beſchuldigten ihn der Verſtellung; und den ſog. Frommen galt er doch immer noch nicht als zuverläſſig; ſie meinten, wenn er auch das Wohl der Kirche fördre, ſo thue er es doch nur „in Schwachheit“. Beſonders ſeine Reformpläne für die Kirchenverfaſſung blieben ihnen immer ein Stein des Anſtoßes, während ſie andrerſeits den Liberalen nicht genügten. Und doch beſchritt er grade hier keinen verwerflichen Weg. Er ſchuf zunächſt Kreis- und Provinzial-Synoden, die aus geiſtlichen und weltlichen Mitgliedern gemiſcht waren, und berief 1846 eine Generalſynode, auf der, wie es nicht anders zu erwarten ſtand, die vermittelnde Richtung die Oberhand hatte. Sie verwarf mit gewaltiger Mehrheit (48 gegen

Miniſterium Eichhorn.

Die Generalſynode.

14) die verpflichtende Kraft der alten Symbole und ſtellte ein Glaubensbekenntniß ohne dogmatiſche Beſtimmtheit auf. Aber dadurch hatte ſie es auch mit dem König und dem Miniſter verdorben; ihre Beſchlüſſe wurden nicht beſtätigt und eine neue Synode nicht einberufen. Friedrich Wilhelm huldigte vielmehr der Anſicht, daß wer die Verpflichtung auf die Symbole mit ſeinem Gewiſſen nicht vereinbaren könne oder wolle, aus der Landeskirche zu ſcheiden habe, und da ein ſolcher Austritt bisher geſetzlich nicht geſtattet war, ſo ermöglichte er denſelben am 30. März 1847 durch das ſog. Toleranz-Edict, welches ihn nur von einer Erklärung vor dem Richter abhängig machte. Wie die Sachen einmal lagen, war dadurch den Freiſinnigen allerdings ſchon ein Dienſt geſchehen, wenngleich ein ſchlechter. Sie konnten jetzt eigene religiöſe Genoſſenſchaften bilden, ſobald ſie nur ihr Recht in der großen Landeskirche aufgeben wollten. Hätten ſie einmüthig von dieſer Möglichkeit Gebrauch gemacht, ſo würde freilich die Landeskirche mit der Zeit den Schlag am ſchwerſten empfunden haben; ſie würde immer mehr zu einer ſtarren Secte zuſammengeſchrumpft ſein, innerhalb deren es für eine andre Art der Gläubigkeit als das Buchſtabenbekenntniß von Jahr zu Jahr weniger Raum gegeben hätte. Das geſchah nicht, die Zukunft der Kirche wurde nicht gefährdet, weil weitaus die meiſten Geiſtlichen ſich entſchloſſen zeigten ihr gutes Recht zu behaupten und nicht freiwillig auszuſcheiden. Nur diejenigen, welche vom Kirchenregimente gewaltſam entſetzt wurden, machten von dem Toleranzedicte Gebrauch, nachdem ſie zum Theil ſchon vorher ihre Anhänger zu Gemeinden vereinigt, denen freilich bis dahin die rechtliche Gültigkeit fehlte. So hatte zuerſt Rupp in Königsberg im Januar 1846 gethan, einige Monate ſpäter folgte ihm Wislicenus in Halle, erſt Ende 1847 Uhlich in Magdeburg, deſſen Gemeinde auf 5000 Köpfe ſtieg. Die Provinz Sachſen, unter deren Geiſtlichkeit die freiere Glaubensweiſe ſtark vertreten war, ſtand überhaupt an der Spitze der Bewegung. Uhlich, Wislicenus u. A. hatten ſchon ſeit 1841 Prediger- und Laienverſammlungen, beſonders in Köthen, abgehalten und in den Blättern für proteſtantiſche Freunde (oder wie man ſpäter ſagte: für Lichtfreunde) ſich ein vielgeleſenes Organ verſchafft. Auch in dieſen Kreiſen gingen jedoch die Anſichten noch ſehr weit auseinander; während manche der freien Gemeinden, wie die von Marburg und Halle, ſelbſt den Chriſtennamen aufzugeben bereit waren, erklärten z. B. die Magdeburger in ihrer Stiftungsurkunde nachdrücklich: Wir bleiben, was wir ſind und waren: evangeliſche Chriſten; auch in unſerem Lande ſchließen wir uns wieder der Kirchenbehörde an, wenn ſie zur evangeliſchen Freiheit zurückkehrt. Doch bewährte ſich auch bei ihnen wie bei den Deutſchkatholiken die alte Erfahrung, daß im Laufe der Zeit die weitergehenden, verneinenden Elemente immer mehr an Stärke gewannen und dadurch die Entwicklungsfähigkeit und Anziehungskraft der freien Gemeinden völlig untergraben wurde. Etwa 40 an der Zahl, ließen ſie ſich in den Revolutionsjahren auch in politiſche Dinge ein und wurden in der Reactionszeit dafür als poli-

Das Toleranz-Edict.

Die freien Gemeinden.

tiſche Vereine behandelt und aufgelöſt; die Neugründungen, welche nachher ſtattfanden, blieben ohne Bedeutung.

Die Alt-Lutheraner.

Wenn ganz beſonders der Deutſchkatholicismus und die freien Gemeinden Zeugniß dafür ablegen, wie die öffentliche Meinung in den vierziger Jahren ſich auf religiöſem Gebiete zu bethätigen ſuchte, da ihr das politiſche noch verſchloſſen war, ſo fehlte es doch auch an andern Erſcheinungen nicht, die daſſelbe lehrten. Der Kampf gegen die preußiſche Union wurde von Seiten der ſtrengen Lutheraner mit Eifer aufgenommen; die Einen ſchieden aus der Landeskirche und traten zu Breslau 1841, vom Staate anerkannt, zu einer beſonderen Gemeinſchaft zuſammen; die Andern blieben im Rahmen der Union und ſuchten ſie von innen heraus zu zerſtören. Erfreulicher war die Gründung des Guſtav-Adolf-Vereines, der den Proteſtantismus ohne engherzige Rückſicht auf das Bekenntniß durch Kirchen- und Schulbau überall da zu ſtützen ſuchte, wo die katholiſche Nachbarſchaft ihn gefährdete. Aus kleinem Urſprung im Königreich Sachſen hervorgegangen, dehnte er ſich ſeit 1842 über das proteſtantiſche nichtpreußiſche Deutſchland aus, nahm 1844 auch den preußiſchen Sonderverein, den der König hatte begründen wollen, in ſich auf und drang 1848 ſelbſt nach Baiern vor, wo König Ludwig damit begonnen hatte, einen Tilly-Verein als Gegendrohung auszuſpielen. Die Ausſchließung des Predigers Rupp, der trotz ſeiner Suspenſion von den Königsbergern als Abgeordneter zur General-Verſammlung geſchickt war, bedrohte zwar 1846 das friedliche Miteinanderwirken der verſchiedenen Richtungen, blieb aber auf die Dauer doch ohne ſchädliche Wirkung. Auch die proteſtantiſchen Regierungen wollten auf kirchlichem Gebiete ſich thätig erweiſen und ſchufen 1846 die evangeliſche Kirchenconferenz, eine Vereinigung von Bevollmächtigten, die alle zwei Jahre zuſammentrat, um gemeinſam Beſchlüſſe für alle deutſchen Landeskirchen zu faſſen oder vorzubereiten, die aber freilich kein irgend erkleckliches Ergebniß zu Lichte förderte.

Der Guſtav-Adolf-Verein.

Die evangeliſche Conferenz.

Die Verfaſſungsfrage.

Alle dieſe Dinge vermochten indeß die Frage, welche recht eigentlich die Aufgabe des Jahrzehntes war, nicht von der Tagesordnung abzuſetzen, die Frage, ob Preußens ſtändiſche Verfaſſung eine zeitgemäße Umgeſtaltung erhalten werde oder nicht. Das ließ ſich nicht beſtreiten, daß der König perſönlich dieſe Frage im Allgemeinen zu bejahen entſchloſſen war. Aber nicht minder ſtand es feſt, daß die Form, welche er im Sinne trug, nicht den Forderungen des Liberalismus entſprach. Dieſer verlangte eine Repräſentativ-Verfaſſung, ein Parlament, das von dem Volke durch freie Wahlen gebildet werde; der König konnte ſich nicht von ſeinen ſtändiſchen Liebhabereien losmachen und wollte daher eine Landesverſammlung, die gleich den Provinziallandtagen aus Vertretern der Ritter, Bürger und Bauern beſtände. Gewährte er dieſe, ſo mußte es nothwendig zwiſchen ihm und dem Landtage zum Kampfe kommen, eine Ausſicht, welche für die Männer der Regierung und des Hofes ſchlimm genug war, um ſie zu Feinden jeder Neuerung zu machen. Denn ſie beſaßen hinlängliche Kenntniß von dem Charakter des Königs, um zu wiſſen,

daß ihm die nöthige Ruhe und Ausdauer für die siegreiche Beendigung eines ſolchen Kampfes fehle. An der Spitze der Oppoſition ſtand kein Geringerer als der Bruder und Nachfolger des Monarchen, der Prinz von Preußen. Dieſer verhehlte ſich nicht, daß auch Preußen in die conſtitutionelle Bahn werde einlenken müſſen; aber er hielt den König für ſo wenig geeignet, dieſen Schritt zu thun, daß er ihn beſchwor, denſelben ihm, dem Prinzen, oder ſeinem Sohne zu überlaſſen, und als dieſe Vorſtellungen keinen Erfolg hatten, ſogar mit einem feierlichen Proteſte drohte. Beſonders das Jahr 1844 ſah die lebhafteſten Verhandlungen in dieſem Sinne. Der König hatte ſich von Bunſen, Radowitz, dem Geſandten Canitz in Wien u. A. Entwürfe und Gutachten über die Verfaſſung ausarbeiten laſſen; er war entſchloſſen, zum Werke zu ſchreiten; er erklärte, daß er durch ſeines Vaters Verſprechungen ſich gebunden erachte, daß ſeines Bruders Widerſpruch ſeinem Herzen weh thue, aber auf ſeinen Kopf nicht den geringſten Einfluß haben dürfe; er hatte bereits vertrauliche Mittheilungen über ſeinen Entſchluß nach Petersburg und Wien gemacht; und doch wurde er durch den allſeitigen Widerſtand von Neuem irre und ſchob die Sache noch einmal auf. Fortgeſetzte neue Verhandlungen, bald lebhafter, bald unterbrochen, führten endlich zu einer Art Vergleich, der Prinz gab ſeinen Widerſpruch auf und der König berückſichtigte dafür ſeine Wünſche in einzelnen Hauptpuncten. Was den Widerſtand der Gegner hauptſächlich brach, war die Nothwendigkeit, zur Förderung des Eiſenbahnbaues eine große Anleihe zu machen; dieſe konnte aber nach dem Edicte Friedrich Wilhelms III. von 1820 nur unter der Bürgſchaft von Reichsſtänden abgeſchloſſen werden. Die Vereinigten Ausſchüſſe der Provinziallandtage, die der König 1842 ins Leben gerufen hatte, ließen ſich unmöglich für ſolche Reichsſtände ausgeben und würden ſich ſelbſt ohne Zweifel jedes Recht dazu abgeſprochen haben. So erſchien denn am 3. Februar 1847 zur allgemeinen Ueberraſchung ein königliches Patent, welches den „Vereinigten Landtag der Monarchie“ auf den 11. April nach Berlin einberief. Wie ſchon ſein Name zeigte, war er keine eigentliche Neuſchöpfung, ſondern nur eine Vereinigung der Provinziallandtage. Sämmtliche Mitglieder ſollten, wenn es ſich um Steuer- und Anleihe-ſachen handelte, in einer Verſammlung tagen, bei anderen Angelegenheiten aber — und das war eine Aenderung, die der Prinz von Preußen herbeigeführt hatte — ſich in zwei Curien theilen, von denen die eine, die Herrencurie, aus den königlichen Prinzen, den Standesherren und einigen anderen Claſſen beſtand, die zweite, die Dreiſtändecurie, aus den Vertretern der Ritterſchaft, der Städte und der Bauern zuſammengeſetzt war. In Geſetzgebungsſachen ſtand dem Vereinigten Landtage nur eine berathende Stimme zu, außerdem hatte er das Bittrecht in inneren Angelegenheiten. Sein Zuſammentritt ſollte von den Umſtänden abhangen und nur dann erfolgen, wenn neue Anleihen oder Steuererhöhungen ihn nöthig machten. Dagegen ſollten die Vereinigten Ausſchüſſe fortan regelmäßig alle

Das Patent vom 3. Februar 1847.

4 Jahre zusammentreten und eine besondere Deputation für das Schuldenwesen alljährlich einberufen werden.

Die öffentliche Meinung.

Das waren die Zusagen, welche das Patent vom 3. Februar machte. Sie bezeichneten einen Fortschritt gegen die bisherigen Verhältnisse, aber sie blieben doch gewaltig hinter den Forderungen der Zeit zurück. Mindestens eine regelmäßige Wiederkehr und ein Beschlußrecht statt des bloßen Berathungsrechtes glaubte die öffentliche Meinung für den Landtag verlangen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß seine Zusammensetzung und zahlreiche einzelne Bestimmungen lebhaftes Mißfallen erregten. So begann denn alsbald nach Bekanntwerden des Patentes eine öffentliche Debatte über den Werth der königlichen Zugeständnisse, die von Heinrich Simon zu der Frage: Annehmen oder Ablehnen? zugespitzt wurde. Obgleich der König dieses „schlechte" Buch mit seiner „bösen" Vorrede mit Beschlag belegen und gegen den Verfasser eine Untersuchung einleiten ließ, so that es doch seine Wirkung und wurde durch eine ganze Literatur ähnlicher Schriften (u. A. von Gervinus, Bülow-Cummerow, Jacoby) unterstützt. In den Kreisen der liberalen Ständemitglieder wurde die Frage schriftlich und mündlich mit Eifer verhandelt; es fehlte der Simon'schen Ansicht, daß man ablehnen müsse, nicht an Freunden, und mit der größten Spannung wurde daher dem Tage des Zusammentritts entgegengesehen.

Eröffnung des Vereinigten Landtags.

Nach einem feierlichen Gottesdienste eröffnete der König am 11. April mit der ersten Thronrede, die ein preußischer König gehalten, die Sitzung des Landtags. Er sprach frei nach seiner Gewohnheit, hinter ihm der Minister von Thile mit dem Concept der Rede; er sprach über eine halbe Stunde. Es fehlte seinen Worten nicht an hohen schwungreichen Stellen, aber der Eindruck war nicht mehr der aus den Jahren 1840 und 1842. Nicht mehr auf das Wohlthuende, wie damals, sondern auf das Verletzende horchte man mit ängstlicher Spannung. Nicht um Zeit- und Schulmeinungen zu verfechten, sondern um die Rechte ihrer Auftraggeber zu wahren, erklärte der König, seien die Stände zusammenberufen; nicht der Wille von Majoritäten, sondern das eigene freie Ermessen werde die Richtschnur seiner Regierung sein; niemals könne er einwilligen, sein Verhältniß zu seinem Volke in ein constitutionelles zu verwandeln; niemals solle sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine Vorsehung eindrängen. Er verwies auf jenes glückliche Land, dessen Verfassung das Werk von Jahrhunderten und einer Erbweisheit sonder Gleichen sei, als auf ein leuchtendes Vorbild, und erhob sich nach einem starken Angriff auf den Geist des Umsturzes und des Unglaubens, der einen Theil der Presse beherrsche, von seinem Throne, um aufrecht stehend die erregte Betheuerung auszusprechen: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!

Die Adresse.

Die ganze Haltung der Thronrede schnitt die Hoffnung auf eine Verständigung mit den constitutionell-gesinnten Abgeordneten so gut wie ganz ab. Mit tiefem Schmerze, schrieb Hermann von Beckerath,

ſchritten wir die Schloßtreppe wieder hinunter und es wird ſich nun darum handeln, was wir als Ehrenmänner, als Vertreter geheiligter Volksrechte zu thun haben. Ein großer Theil, beſonders der Rheinländer und der Preußen, war geneigt, ſogleich unter Proteſt wieder abzureiſen; aber dieſe unpolitiſche Aufwallung des Unmuthes und der Unreife wurde glücklich überwunden. Noch derſelbe Tag ſah zahlreiche Privatverſammlungen bei einzelnen hervorragenden Mitgliedern, in denen der Beſchluß gefaßt wurde, der Thronrede mit einer Adreſſe zu antworten. Der Graf Schwerin übernahm es, den Antrag zu ſtellen; es gelte, ſo ſagte er, neben dem Dank für den Schritt, welchen der König gethan, auch einige ehrerbietige Bedenken wegen mehrerer Stellen des Patentes vom 3. Februar auszuſprechen. Obgleich nun den Ständen nach dieſem Patente das Recht zu einer Adreſſe gar nicht zuſtand, ſo ließ doch der Landtagsmarſchall Fürſt von Solms-Lich den Antrag zu; er wurde angenommen und eine Commiſſion erwählt, in deren Auftrag Beckerath die Adreſſe entwarf. Die zweitägige Berathung derſelben führte zu der erſten glänzenden Debatte, in welcher neben Beckerath beſonders Hanſemann, Camphauſen und Meviſſen von den Rheinländern, Vincke von den Weſtfalen, Auerswald und Saucken von den Oſtpreußen ſich hervorthaten. Sie betonten immer und immer wieder, daß Alles darauf ankomme, einen Rechtsboden zu gewinnen, daß man nicht länger nur von Gnade und Vertrauen leben dürfe, daß dieſer Verſammlung unweigerlich alle die Rechte zuſtänden, welche Friedrich Wilhelm III. den künftigen Reichsſtänden zugeſagt habe. Ihnen gegenüber ließ der Miniſter Bodelſchwingh nur das Patent vom 3. Februar als Rechtsboden der Verſammlung gelten, wollte von der Berufung auf die Zuſagen des verſtorbenen Königs nichts wiſſen, und empfahl den Antrag ſeines früheren Collegen, des Grafen Arnim-Boytzenburg, welcher alle jene Verſprechen, die Beckerath in ſeiner Adreſſe einzeln aufgezählt hatte, einfach ſtrich. Zuletzt kam es zwiſchen dieſen beiden widerſprechenden Anſichten doch zu einer Art von Vermittelung, indem auf den Antrag Alfreds v. Auerswald zwar jene Aufzählung Beckeraths aufgegeben, aber eine allgemeine Wahrung der bereits erworbenen Rechte an die Stelle geſetzt wurde. In dieſer Form gewann die Adreſſe eine Mehrheit von 484 gegen 107 Stimmen, und ſelbſt die königlichen Prinzen, mit einziger Ausnahme des Thronfolgers, erklärten ſich dafür. Die Antwort des Königs war gemäßigt; ſie hielt zwar an dem Patente als dem einzigen Rechtsboden feſt, verſprach aber eine weitere Ausbildung der Verfaſſung und eine neue Einberufung des Landtags innerhalb der nächſten vier Jahre. Auch ſonſt erreichte die Oppoſition manches Wünſchenswerthe, ſo das Verſprechen der Preßfreiheit. Die Regierung befand ſich offenbar in einer ſehr peinlichen Lage; ſie kannte ihren eigenen Standpunct nicht und ließ ſich oft in den Debatten über Widerſprüchen ertappen. Vollſtändige Niederlagen aber erlitt ſie in den beiden wichtigſten Vorlagen, die ſie machte. Sie verlangte nämlich eine Zinsgarantie von etwa 100 Millionen Thalern für eine Rentenbank, welche den Bauern, die ihren Gutsherren noch

Die ſonſtigen Verhandlungen.

die Ablösung für Frohnden und andere Laſten ſchuldeten, das Geld vorſchießen ſollte. Das Vorhaben verdiente, zumal von dem Standpuncte der Liberalen aus, gewiß alle Förderung. Allein die Miniſter erklärten, daß es ſich nicht etwa um die Einwilligung, ſondern nur um den Rath des Landtags handle, da Zinsgarantien keine Anleihen ſeien und nur für die letzteren eine eigentliche Zuſtimmung erfordert werde. Die Folge davon war, daß eine ungeheure Mehrheit nicht allein dieſe Vorlage verwarf, ſondern auch die 30 Millionen Thaler verweigerte, welche zu Eiſenbahnbauten verlangt wurden; denn, ſo ſetzte beſonders Georg v. Vincke auseinander, ſo lange die Rechte der Verſammlung beſtritten ſeien, könne dieſe ſie nur dadurch wahren, daß ſie Gebrauch von ihnen mache und jede Geldforderung verweigere. So wurden die Debatten je länger, deſto erbitterter. Der Landtag wuchs der Regierung immer mehr über den Kopf, ohne daß dieſe oder der König deshalb an Nachgeben gedacht hätten. Alle Talente waren unzweifelhaft in den Reihen der Oppoſition; auf der Seite der Miniſter that ſich außer Arnim-Boytzenburg faſt kein Redner irgendwie hervor; ſie ſelbſt benahmen ſich ungewandt und widerſpruchsvoll. Aber auch die Oppoſition konnte keine rechte Stellung gewinnen; auch ihre Haltung war innerlich unſicher; ſie blieb auf dem Landtage, weil ſie politiſche Einſicht genug beſaß, um zu erkennen, daß ſie ihren Poſten nicht verlaſſen dürfe; und doch ſagte ſie ſich, daß ſie damit den Landtag, ſo wie er war, anerkenne, während ſie doch mit voller Ueberzeugung daran feſthielt, daß demſelben Rechte vorenthalten würden, ohne die er keinen Anſpruch habe, für die von Friedrich Wilhelm III. verheißene reichsſtändiſche Verſammlung zu gelten. Auf die ſchwerſte Probe wurde ihr ganzes bisheriges Verhalten noch unmittelbar vor dem Schluſſe der Seſſion geſtellt.

Die Ausſchußwahlen.

Am 24. Juni gingen nämlich dem Landtage drei königliche Botſchaften zu, durch welche die Forderung, es möge die Regierung auf die Bildung der Vereinigten Ausſchüſſe verzichten, weil dieſe den Rechten des Landtags Eintrag thäten, abgelehnt und zur Wahl dieſer Ausſchüſſe wie der Staatsſchuldendeputation aufgefordert wurde. Jetzt hieß es: Wählen oder Nichtwählen? Nach langem Hin- und Herberathen in den Parteiverſammlungen fand doch nur ein kleiner Theil der Oppoſition, 58 im Ganzen, unter ihnen Hanſemann, Mevissen, Vincke, den Muth, die Wahl zu verweigern; weit mehrere betraten den bequemeren Mittelweg, die Wahl zwar vorzunehmen, aber unter dem Vorbehalt, daß die Ausſchüſſe keinerlei Schritte thäten, welche die Rechte des Landtags ſchädigen könnten; an der Spitze dieſer Proteſtwähler — es waren 156 — ſtanden Camphauſen und Beckerath; faſt alle Oſtpreußen gehörten zu ihnen. Die große Mehrheit, beſonders aus den mittleren Provinzen, wählte, 284 an der Zahl, ohne Verwahrung. Ohne Zweifel entſprach die Handlungsweiſe der 156 am meiſten der öffentlichen Meinung; die bedingungsloſe Wahl erſchien dem Volke als Feigheit, die Enthaltung galt als eine faſt revolutionäre Maßregel. Der König freilich ſah auch den Proteſt für nichts Beſſeres an und entließ den Landtag ſehr ungnädig. Nicht

Schluß des Landtags.

er ſelbſt hielt die Schlußrede, ſondern Bodelſchwingh als Commiſſar mußte ihn vertreten, während er ſelbſt nach Breslau reiſte. In ſeiner widerſpruchsvollen Art hatte der Monarch übrigens ſchon vor der Wahl deutlich genug zu verſtehen gegeben, daß er zwar in dieſem Puncte auf ſeinem Willen beſtehen werde, ſonſt aber den Wünſchen des Landtags entgegen zu kommen bereit ſei und insbeſondere ſeine regelmäßige Wiederkehr einzuräumen gedenke. Mit dieſem Zugeſtändniß hätte alſo Bodelſchwingh die bitteren Worte, welche er der Oppoſition zu ſagen hatte, verſüßen und ſo durch einen verſöhnenden Klang den Mißton mildern können, mit welchem die erſte parlamentariſche Verſammlung Preußens am 26. Juni 1847 auseinanderging; aber das erſehnte Wort blieb ungeſprochen und man trennte ſich mit dem trüben Bewußtſein, daß der König die Männer für ſeine Feinde halte, die doch die Mehrheit der Nation unzweifelhaft hinter ſich hatten und ihm in ernſteren Stürmen allein als Stütze dienen konnten.

Deutſchland bis zur Revolution.

Gewiß hatten Viele Größeres von dieſem Landtage erwartet, als er zu leiſten im Stande geweſen war; aber ſo blind gegen die Zeichen der Zeit waren doch nur Wenige, daß ſie nicht den gewaltigen Fortſchritt erkannt hätten, der in der bloßen Thatſache einer preußiſchen Ständeverſammlung lag. Das Alte ſtürzt, es ändert ſich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen! Kein andres Motto war geeigneter, die Signatur des Augenblickes zu bilden, als dieſe Worte Schillers. Sie kennzeichneten nicht allein die Lage Preußens, ſie galten auch von dem Zuſtande Geſammtdeutſchlands und vieler ſeiner Einzelſtaaten, ſie bewährten ſich weit über Deutſchlands Grenzen hinaus in faſt allen Ländern Europas. Ueberall hatten ſeit der Mitte der vierziger Jahre reformatoriſche Ideen kühn und ſiegreich ihr Haupt erhoben, überall war das Banner des Rückſchritts vor ihnen im Sinken, überall bot ſich für den Liberalismus die hoffnungsreiche Ausſicht, durch einen friedlichen Triumphzug den langjährigen ſchweren Kampf gelohnt zu ſehen.

Nationaler Aufſchwung.

Bedeutſam war es vor allen Dingen, daß neben den liberalen Beſtrebungen die nationalen wieder ſtärker in den Vordergrund traten, als es in den dreißiger Jahren der Fall geweſen war. Für Deutſchland hatte in dieſer Hinſicht das Jahr 1840 einen denkwürdigen Wendepunct gebildet. Wenn die Thronbeſteigung des neuen Preußenkönigs vorzugsweiſe den Liberalismus gefördert hatte, ſo ſtachelten die nacktausgeſprochenen Rheingrenzgelüſte der Franzoſen das Nationalbewußtſein aus ſeinem Schlummer auf, und ohne künſtliches Bemühen entſtand zwiſchen beiden Tendenzen gar bald eine ſtärkende und ſtützende Wechſelwirkung. Auch die Regierungen konnten dieſem Zuge der Zeit nicht fern bleiben; denn die kriegeriſche Begeiſterung, welche ſich der Nation bemächtigte, als ſie den Rhein bedroht ſah, forderte unweigerlich den Beifall und die Zuſtimmung der Fürſten heraus.

Die Dichtkunſt bemächtigte ſich des zündenden Stoffes und kleidete die nationalen Ideen in ein poetiſches Gewand. Damals entſtand Max Schneckenburgers Wacht am Rhein, die freilich erſt dreißig Jahre ſpäter ihre hiſtoriſche Berühmtheit gewinnen ſollte; damals ſang Herwegh ſein zündendes Rheinlied:

Wo ſolch ein Feuer noch gedeiht
Und ſolch ein Wein noch Flammen ſpeit,
Da laſſen wir in Ewigkeit
Uns nimmermehr vertreiben!
Hurrah, hurrah, der Rhein —
Und wär's nur um den Wein —
Der Rhein ſoll deutſch verbleiben!

Den Preis der Volksthümlichkeit aber trug Nicolaus Becker davon, ſo wenig ſeine Muſe auch der Herwegh'ſchen ebenbürtig war.

Sie ſollen ihn nicht haben,
Den freien deutſchen Rhein,
Bis ſeine Flut begraben
Des letzten Manns Gebein,

ſo klang es überall in ſeinen Weiſen wieder. In ſeiner Perſon brachten die Fürſten der nationalen Bewegung den Zoll ihrer Anerkennung dar; ihm ſetzte der König von Preußen eine Penſion aus für ſein Gedicht; ihm überſandte Ludwig von Baiern den „vergoldeten, ſilbernen, von ihm ſelbſt angegeben wordenen" Pocal als Ehrengeſchenk. Auch nahm wenigſtens Friedrich Wilhelm einen Anlauf, um die günſtigen Zeitverhältniſſe zur Beſſerung der deutſchen Kriegsverfaſſung zu benutzen. Wenigſtens das Eine erreichte er, daß endlich die ſeit einem Vierteljahrhundert verſchleppte Frage der Bundesfeſtungen geordnet und 1843 die Anlage von Ulm und Raſtatt beſchloſſen wurde. Der König hatte ſelbſt eine Zuſammenkunft mit Metternich, um dieſen Staatsmann, den er in maßloſer Weiſe überſchätzte und deſſen Rathſchlägen zu folgen er wohl für die erſte ſeiner Pflichten erklärte, für ſeine Pläne zu gewinnen. Zu einem ſcheinbaren Eingehen auf dieſelben war der alte Kanzler natürlich gern bereit, weil er dadurch den Vorſatz am leichteſten zum Scheitern bringen konnte. Durch ſeine Manöver wurde die Sache erſt auf die lange Bank geſchoben und verlief ſich dann mit den Jahren in ein paar unſchuldigen Reformen. Die Volksſtimmung dagegen beharrte in der eingeſchlagenen Richtung und wuchs und befeſtigte ſich zuſehends. Daß die Radicalen der dreißiger Jahre über die Teutſchthümelei ſpöttelten, daß Heinrich Heine und ſeine Geſinnungsgenoſſen ſie mit ihrem unfläthigſten Hohne übergoſſen, konnte nur ein Stachel mehr ſein. Im Großen und Ganzen aber wirkte die politiſche Poeſie dieſer Jahre, wirkten die Herwegh, Hofmann von Fallersleben, Freiligrath, Prutz und viele Andre, auch poſitiv ſtärkend und belebend ein. Die Literatur wurde trotz der Beſchränkungen, denen ſie noch unterlag, wieder eine wirkliche volksthümliche Macht, der auch die Regierungen die Anerkennung nicht verſagen konnten. Selbſt die ſtrengen Gelehrten traten aus ihrer Studirſtube heraus und ergriffen mit Wärme

Die Bundesfeſtungen.

Nationale Bethätigung der Wiſſenſchaft.

die Sache der Nation und der Freiheit. Einzelne Bücher wurden zu Ereignissen. Dahlmanns Revolutionsgeschichten, erst die englische, dann die französische, trugen den Stempel der politischen Tendenz an der Stirn und wirkten gewaltig für die Verbreitung richtiger Grundsätze in weiten Kreisen des gebildeten Bürgerstandes. Neben Zeitschriften und Zeitungen wurden politisch-historische Sammelwerke geplant, so eine Geschichte der deutschen Bundesstaaten seit 1815, deren Seele Droysen war und bei der man wohl davon sprach, das deutsche Parlament müsse für jeden Mitarbeiter zur Cabinetsfrage gemacht werden. Selbständige übersichtliche Darstellungen der letzten dreißig Jahre erschienen in großer Zahl und verbreiteten neben der historischen Belehrung auch eine nationale und liberale Anschauungsweise im Volke. Selbst wissenschaftliche Wanderversammlungen traten mit Erfolg in die politische Arena. Schon seit Decennien hatten die Naturforscher, seit kürzerer Zeit die Philologen ihre jährlichen Congresse; zu ihnen gesellten sich im September 1846 die Germanisten, etwa 200 an der Zahl, unter ihnen die gelehrtesten Kenner deutschen Rechtes, deutscher Sprache und deutscher Geschichte, ein Uhland, Arndt, Dahlmann, Grimm, Beseler, Waitz, Lappenberg, Reyscher und so viele andere erlauchte Träger deutschen Gelehrtenruhmes. Ihre Vereinigung nahm sogleich den politischen Charakter an. Die Kaiser im Römersaale zu Frankfurt, wo die erste Versammlung stattfand, schienen, mit Uhland zu reden, aus ihren Rahmen zu springen und die Vereinten mit ihrem Blick anzufeuern oder zu zügeln. Schleswig-Holstein, die Geschworenengerichte, die deutsche Auswanderung wurden hier und 1847 in Lübeck die Gegenstände der Verhandlungen und zogen weit über die Kreise der Fachgenossen hinaus die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diese Germanisten, die in öffentlicher Rede das deutsche Parlament als ein Geschenk der Zukunft zu begrüßen wagten. In kleinerem Bezirk, aber in diesem um so eindringlicher, wirkten andere festliche Versammlungen, besonders die Sängerfeste, die in den vierziger Jahren einen großen Aufschwung nahmen und durch Wort und Lied die patriotische Stimmung pflegten. Selbstverständlich blieben auch die berufenen Vertreter des Volks in den Ständeversammlungen und Kammern nicht hinter dem Geiste dieser freien Vereinigungen zurück. Die dumpfe Schwüle, welche seit 1834 über ihren Verhandlungen gelagert hatte, schwand mehr und mehr; freie und kühne Worte wurden wieder laut und weckten das jubelnde Echo der Bevölkerung. Das Beispiel der preußischen Provinzialstände, die doch nicht einmal für voll angesehen werden konnten und deren Debatten gleichwohl häufig einen frischen und kräftigen Geist verriethen, feuerte noch mehr an und ließ bereits vorahnend erkennen, von welchem Einfluß eine Gesammtvertretung des größten deutschen Staates auch für die übrigen Theile des Vaterlandes sein werde. Als nun gar der Vereinigte Landtag zusammengetreten war und seine Verhandlungen durch ganz Deutschland hin gelesen und besprochen wurden, begann diese Ahnung sich zu verwirklichen; die Helden der berliner Tribüne, die Hansemann, Camphausen, Beckerath, Vincke, traten ebenbürtig den süd-

Germanistenlage.

Ständeversammlungen.

deutſchen Volksmännern, den Welcker, Römer, Gagern, zur Seite;
Nord- und Süddeutſchland. zwiſchen beiden Lagern wurden Verbindungen angeknüpft. Freilich rief dieſe Annäherung andrerſeits mit Nothwendigkeit eine Entfremdung hervor. Es konnte nicht geläugnet werden, daß der politiſche Sinn im Süden tiefer im Volke verbreitet war als im Norden; nicht gerade, daß er feſtere Wurzeln geſchlagen hätte und von einer gründlicheren Einſicht begleitet geweſen wäre; aber der Süddeutſche war durch das Verfaſſungsleben eines Vierteljahrhunderts mit den Formen, den Forderungen und den Schlagwörtern des Liberalismus vertrauter; er drängte ungeſtümer vorwärts; er glaubte ſich weit über den Preußen hinaus vorgeſchritten und bemaß danach ſeine eigenen conſtitutionellen Anſprüche. Die verſtändigeren Politiker des Südens waren weit davon entfernt, ſich deſſen zu freuen; ſie erkannten die Nothwendigkeit, mit der Bewegung im Norden Schritt zu halten; nur wenn dort der Fortſchritt ſiege, ſo glaubten ſie an die Dauer und den Beſtand ihrer eigenen Errungenſchaften; die Erfahrungen langer Jahre zeigten ihnen genugſam, welcher Werth den ruckweiſen Bewegungen des „wetterwendiſchen" Südens beizumeſſen ſei; Sicherung erhofften ſie nur von der „nachhaltigen" politiſchen Arbeit in Preußen.
Radicale und Liberale. Aber das konnte nicht die Ueberzeugung der Hitzköpfe ſein; auch war es keine Lehre, die ſich dem aufgeregten Volke empfahl. Eine Spaltung war unvermeidlich. Und die Keime zu ihr waren ja noch aus den Zeiten des Hambacher Feſtes und des Frankfurter Putſches vorhanden; ſchon damals hatte ſich der Radicalismus von dem zögernden Liberalismus losgeſagt. Jahre lang hatten ſodann die Liberalen wieder allein freies Spiel, da die Radicalen im Gefängniß ſchmachteten oder ins Ausland geflohen waren. Die Begnadigungen der vierziger Jahre riefen manche von ihnen zurück; hatten die Einen im Auslande gelernt und ihre thronumſtürzenden und himmelſtürmenden Geſinnungen gemäßigt, ſo brachten die Andern ein neues Gift mit, die ſocialiſtiſchen und communiſtiſchen Lehren, die in Frankreich im Schwange waren. An jungem Nachwuchs fehlte es auch nicht und ſo ſtand die radicale Partei bald wieder fertig da, vom Volke, das an allem Entſchiedenen Freude hat, auch entſchieden begünſtigt. Beſonders in
Baden. Baden, dem leicht empfänglichen Grenzlande, trat dieſe Erſcheinung ans Licht. Die alten Führer ſanken ein wenig in der Achtung des Volkes, oder ſie machten auch wohl, halbunſicher, eine Schwenkung nach links. Rotteck war 1840 geſtorben; Itzſtein neigte ſtark zu radicalen Anſchauungen; Welcker, Mittermaier und Andre hatten gegen die Hecker, Struve, Fickler, Brentano einen harten Stand. Dieſe machten Mannheim zu ihrem Hauptquartier; auch in Conſtanz und Umgegend hatten ſie einen ſtarken Anhang, den ſie durch geſchickte Handhabung der Preſſe beſtändig zu mehren wußten. Auch die Liberalen blieben auf dieſem Felde nicht unthätig, ſondern unternahmen es, das zu ſchaffen, was Deutſchland unzweifelhaft fehlte, ein großes
Die deutſche Zeitung. politiſches Preßorgan, das über die einzelnen Länder und Ländchen hinweg die Sache des Vaterlandes und Fortſchrittes vertrete. Sie nahmen damit einen Gedanken auf, den auch die berliner Regierungs-

kreiſe, ſoweit ſie freiſinnigen Tendenzen nachhingen, in Verbindung mit bewährten nationalen Kräften, vielfach erwogen hatten. Der Plan, eine „Deutſche Zeitung“ zu gründen, der ſchon 1842 zwiſchen Eichhorn und Dahlmann verhandelt war, wurde 1846 wieder hervorgeholt. Das Blatt ſollte der Oppoſitionspreſſe opponiren, aber vom liberalen und nationalen Standpunct aus, ſo daß eine freimüthige Kritik der Regierungsmaßregeln keineswegs ausgeſchloſſen ſei. Politiſch geſchulte Köpfe wie Dahlmann erkannten doch gleich, daß dieſe Doppelaufgabe unlösbar ſei, und ſo ſcheiterte der Vorſatz. Allein nun nahmen die Badener die Idee auf und führten ſie ins Werk, natürlich ganz unabhängig von der preußiſchen oder ſonſt einer Regierung. Freilich wurde jetzt der Mittelpunct des Unternehmens nach Heidelberg verlegt und ſeine Wirkſamkeit dadurch im Voraus verengert; aber auch ſo entfaltete ſich die „Deutſche Zeitung“, unter Gervinus' Leitung, im Verlage des bewährten liberalen Buchhändlers Baſſermann, unter Mitwirkung der tüchtigſten und gelehrteſten Männer, auf das Erfreulichſte. „Nie trat eine deutſche Zeitung imponirender vor die Nation, ſagt Guſtav Freytag von ihr. Daß ſie auf ganz Deutſchland angelegt war und vom Süden aus vor Anderem preußiſche Intereſſen beſprechen ſollte, war der größte Fortſchritt. Kein Blatt hat ſo viele Talente namhafter Gelehrter, keines ſo viele handelnde Politiker unter ſeinen Gönnern und Mitarbeitern gezählt, wenige haben ſo reiche Folgen glänzender und kluger Artikel gebracht.“ Hatten damit die Liberalen ihre Sache von dem Radicalismus „ſauber getrennt“, ſo gab es doch nichts deſtoweniger ein breites Gebiet, auf dem beide Richtungen neben und für einander wirkten. Wenn die letzten Abſichten auch verſchieden waren, ſo blieben die nächſten Ziele doch dieſelben, und der Gegenſatz beider Parteien gab ſich fürerſt mehr in der Stellung der Perſonen und darin kund, daß die Radicalen außer den Forderungen, welche auch die Liberalen mit Eifer vertraten, noch ſolche ihrem Programme einverleibten, denen jene auch wohl hätten zuſtimmen mögen, die zurückzuhalten ihnen aber die Klugheit zu gebieten ſchien. Das ließ ſich am deutlichſten wahrnehmen, als beide Heereslager im Herbſt 1847 Verſammlung hielten und ihre Forderungen aufſtellten. Die Radicalen gingen voran. Am 12. September beſchloſſen ſie in Offenburg die Aufhebung der Bundestagsbeſchlüſſe von 1819, 1832 und 1834, ferner Preßfreiheit, Verſammlungsrecht, Beeidigung des Militärs auf die Verfaſſung, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Progreſſivſteuer und für ganz Deutſchland eine Volksvertretung am Bunde zu fordern. Vier Wochen ſpäter, am 10. October, tagten dann die Liberalen zu Heppenheim an der Bergſtraße, aber nicht in einer großen badiſchen Volksverſammlung, ſondern in einem freien Congreß von Abgeordneten verſchiedener deutſchen Länder. Neben den Badenern, Itzſtein, Welcker, Mathy, Baſſermann, Soiron fanden ſich Hanſemann und Meviſſen aus Preußen, Römer und Goppelt aus Würtemberg, Heinrich von Gagern aus Darmſtadt, Hergenhahn aus Naſſau und manche Andre ein. Die Beſprechung drängte ſich auf die eine Frage der Volksvertretung

Die Offenburger Verſammlung.

Die Heppenheimer.

Volksvertretung am Bunde.

am Bunde zusammen. Eine lebhafte Discussion entspann sich darüber; Mathy und ein Theil der übrigen wollte nicht den Bundestag, sondern den Zollverein mit der preußischen Spitze als den Organismus, an welchen sich das deutsche Parlament anzuschließen habe, hinstellen. Man einigte sich endlich dahin, diese Frage offen zu lassen und je nach der Strömung der öffentlichen Meinung in dem einen oder dem andern Sinne zu wirken. Der Weg, den man beschreiten wollte, sollten Anträge in den Einzelkammern sein, die in der Form verschieden, im Inhalte gleich ein deutsches Parlament verlangen sollten. Die badische Kammer, welche im December zusammentrat, war die erste, in welcher ein solcher Antrag erscholl: es war der Bassermanns vom 5. Februar 1848; Gagern in Darmstadt folgte ihm am 27. desselben Monats nach; dann aber wurde der Rundgang der Heppenheimer Verabredung durch die Revolution unterbrochen, die im Sturm errang, was die Liberalen auf dem Wege der Reform hatten anbahnen wollen.

Der Bundestag.

Auch in den Regierungskreisen fehlte es nicht an Freunden der Reform, und wenn sie auch in der Minderheit sein mochten, so wurde doch Manches auch für Gesammtdeutschland erreicht, Anderes wenigstens vorbereitet. Würtemberg stellte am Bunde den Antrag auf Anbahnung einer gemeinsamen Gesetzgebung; in Leipzig fanden Conferenzen statt, in denen eine deutsche Wechselordnung berathen und der preußische Entwurf angenommen wurde; Preußen seinerseits beantragte schon im Sommer 1847 die Freigebung der Presse, und der Bundestag ließ sich wenigstens so weit darauf ein, daß er am 9. September sich die Aeußerungen der einzelnen Regierungen darüber erbat. Aber Friedrich Wilhelm ging noch weiter. Eine gründliche Reform der Bundesverfassung lag ihm wirklich am Herzen. Allerdings fehlte ihm der Glaube an die Willigkeit seiner Mitfürsten, auch nur das geringste Opfer ihrer Rechte zu bringen. Als Prinz Albert, der Gemahl der Königin Victoria, ihn im Herbst 1847 zu entschiedeneren Schritten anstachelte, bezeichnete er es als une utopie inréalisable, daß deutsche Könige, Groß- und Kleinherzoge, Fürsten, Fürstchen und Städte zu Gunsten des Bundes auf irgend welches Recht verzichten würden.

Preußische Reformpläne.

Dennoch wagte er noch einen Anlauf und wandte sich aufs Neue an Metternich, mit dem er auch 1845 auf Stolzenfels eine Reform der Bundeskriegsverfassung besprochen hatte. Vielleicht angeregt durch jenen Aufsatz des Prinzen Albert, den Bunsen ihm mit noch einem zweiten gleichartigen Gutachten aus England zugesandt hatte, beauftragte der König seinen Freund Radowitz mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die deutschen Bundesverhältnisse. Am 20. November genehmigte er dieselbe und verfügte ihre Uebergabe in Wien. Er empfahl darin eine Reform nach drei Richtungen. Erstens sollten die deutschen Armeen durch Gleichheit des Exercierreglements und des Calibers, durch gemeinsame Manöver und Feldzeichen einer wirklich einheitlichen Armee wenigstens ein bedeutendes Stück näher gebracht werden; zweitens müsse durch ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht, durch volle Freizügigkeit, durch Schaffung eines deutschen Handels-

rechtes, Strafgeſetzbuches und beſonders eines oberſten Bundesgerichtes die Einheit Deutſchlands geſetzgeberiſch und wirthſchaftlich zum Ausdruck gebracht werden; drittens endlich ſeien durch Ausdehnung des Zollvereins auf den ganzen Bund, durch Herſtellung der Münz- und Maßeinheit, durch eine gemeinſchaftliche Verkehrsgeſetzgebung (Eiſenbahnen, Poſten ꝛc.), durch Bundesconſulate u. dgl. die materiellen Intereſſen zu fördern. In der That Vorſchläge von dem höchſten Werth und der höchſten Bedeutung, die, wenn ſie ausgeführt, ja wenn ihre Ausführung nur verſucht wäre, bald die wichtigſten politiſchen Folgen, vor Allem eine deutſche Volksvertretung, wenigſtens für wirthſchaftliche Angelegenheiten, hätten nach ſich ziehen müſſen. Indeſſen ſo lange Metternich am Ruder war, und ſo lange der König von Preußen an dem Grundſatze feſthielt, daß Oeſtreich von Rechtswegen die erſte Rolle in Deutſchland gebühre, war nicht zu befürchten, daß ernſtlich die Hand an ſolch ein Werk gelegt werde, daß ein Fürſtencongreß, wie Friedrich Wilhelm empfahl, zur Berathung der Grundzüge zuſammentrete, geſchweige denn, daß die Bundesverſammlung ſich mit Sachverſtändigen aus allen deutſchen Landen, die der preußiſche Vorſchlag nach den freiſinnigſten Grundſätzen zu berufen anrieth, behufs der Detailberathung umgeben hätte. Die Radowitz'ſche Denkſchrift blieb in Wien völlig unbeachtet, und als der König einige Wochen ſpäter ſeine Vorſchläge dringlicher erneuern wollte, überholte auch ſie unvermerkt die Revolution.

Baiern.

Wenn ſo in den Zuſtänden Alldeutſchlands eine beſſernde Reformbewegung im Zuge war, ohne ihres Ausganges ſchon ſicher zu ſein, ſo ließen auch die Verhältniſſe der meiſten Einzelſtaaten einen erfreulichen Fortſchritt nicht verkennen. Am plötzlichſten und unerwartetſten war er in dem größten der Mittelſtaaten, in Baiern, hervorgetreten. Obgleich König Ludwig durch ſeine deutſche Geſinnung, die ihm ſelbſt einen feierlichen Dank der Frankfurter Germaniſtenverſammlung erwarb, und durch ſeine Pflege der Kunſt, in der er alle übrigen Fürſten bei Weitem übertraf und wirklich Großartiges ſchuf, eine hervorragende und rühmliche Stellung einnahm, ſo verdarb er doch mehr, als er dadurch zu verlieren hatte, durch die ſchmachvolle Fügſamkeit, mit der er ſich den Forderungen der ultramontanen Partei unterwarf. Das Miniſterium Abel, das ſeit 1837 die Zügel führte, war im beſten Begriff, die alte Jeſuitenherrſchaft in Baiern zu erneuern. Die Kammern hatten ihm Jahre lang keinen ernſtlichen Widerſtand geleiſtet; es kam wohl vor, daß ſie nach einem Anlauf zur Oppoſition ſchließlich, „um dem verehrten Monarchen den Dank des Vaterlandes zu bezeugen", alle Regierungsvorlagen genehmigten. Mit der Landtagsſeſſion von 1846 änderte ſich das; nicht allein in der zweiten Kammer gewann die Oppoſition die Uebermacht, ſondern auch der Reichsrath trat mit der größten Entſchiedenheit gegen das Miniſterium auf. Ludwig ſelbſt wurde ſtutzig über die Tendenzen der Ultramontanen. Trieben ſie es doch ſo weit, daß der Biſchof von Augsburg im Reichsrath eine förmliche Abſtimmung darüber veranlaſſen wollte, ob die Verfaſſung oder das Concordat in ſtreitigen Fällen den Vor-

zug verdiene. Erſt als die Mehrheit erklärte, an einer ſolchen Abſtimmung nicht Theil nehmen, ſondern den Saal verlaſſen zu wollen, ſtand der Prälat von ſeinem Vorhaben ab. Als der König von dieſer Scene Kunde erhielt, meinte er ſelbſt, mit Abel gehe es nicht mehr. Dieſer fühlte recht wohl, daß ſeine Stellung tief erſchüttert ſei, und ſagte ſich mit richtigem Gefühl, daß er nur die Wahl habe, entweder durch einen Sieg über den König ſelbſt ſie wieder zu befeſtigen oder nach einem populären Streitpuncte zu ſuchen, um mit Ehren zu fallen. Dabei war ihm das Glück ungemein günſtig. Seit dem October 1846 hielt ſich in München eine ſpaniſche Tänzerin auf, Lola Montez, die trotz ihrer ſehr zweideutigen Vergangenheit bei dem für Frauenſchönheit höchſt empfänglichen König in große Gunſt gekommen war. Anfangs hatte die ultramontane Partei daran durchaus keinen Anſtoß genommen. Als aber im December die kirchlichen Angelegenheiten von den Befugniſſen Abels getrennt und dem Freiherrn von Schrenk übertragen wurden, als die Partei dadurch einen vernehmlichen Wink erhielt, daß es mit ihrem Regiment (übrigens gänzlich ohne Verdienſt der Maitreſſe) zu Ende gehe, begann plötzlich ein Murren wider die Fremde in der katholiſchen Preſſe. Nun hatte der König die Abſicht, ſie in den bairiſchen Adelsſtand zu erheben, wozu ſie zunächſt das Indigenat erhalten mußte, das der König nur mit Zuſtimmung des Miniſteriums verleihen durfte. Abel benutzte die günſtige Gelegenheit und verweigerte dieſe Zuſtimmung. Statt deſſen überreichte er am 11. Februar 1847 im Namen des Miniſterrathes dem Könige eine Denkſchrift, worin die Mißſtimmung des Volkes, das ſich von einer Fremden beherrſcht glaube, der Unwille der Biſchöfe, die ſchmähenden Aeußerungen der ausländiſchen Preſſe ins Feld geführt wurden, um den Nachweis zu liefern, daß die Sache des Königthums auf dem Spiele ſtehe und daß dem Miniſterium, wenn der Monarch auf ſeinem Willen beharre, Nichts übrig bleibe, als ſeine Entlaſſung zu fordern. Zu allem Ueberfluß wurde dieſe Denkſchrift außerdem noch „der ausländiſchen Preſſe" behufs der Veröffentlichung in die Hände geſpielt. Des Königs Entſchluß war ſchnell gefaßt; er berief ſogleich den proteſtantiſchen Staatsrath Maurer zu ſich, gab auf deſſen Zureden zwar dem Miniſterium noch einen Tag Bedenkzeit, entließ es dann aber, da es auf ſeiner Anſicht beſtand, und kündigte ſeiner Geliebten ſeelenvergnügt das große Ereigniß an: Alle meine Miniſter habe ich entlaſſen! Das Jeſuitenregiment hat aufgehört in Baiern!

Lola Montez.

Sturz des Miniſteriums Abel.

Die Freude der liberalen Partei über dieſen gänzlichen Umſchwung war groß; aber es ließ ſich nicht leugnen, daß die neuen Räthe des Königs, unter denen der Freiherr von Zu Rhein und Maurer die bedeutendſten waren, mit einem höchſt bedenklichen Schritt ihr Miniſterium beginnen mußten; ſie unterzeichneten das Indigenatspatent der neuen „Gräfin von Landsfeld". Den geſchiedenen Miniſtern wurde von ihren Parteigenoſſen der lauteſte Beifall zu Theil und wohl auch mancher ſittlich ſtreng denkende Mann, der ſonſt nicht zu ihrem An-

Miniſterium Maurer.

hang zählte, billigte ihren Schritt. Im Senate der Univerſität München ſtellte der Profeſſor Laſaulx den Antrag, Abel die Anerkennung der Univerſität auszuſprechen. Er büßte dafür, nach dem raſchen Befehle des Königs, mit der Verſetzung in den Ruheſtand; mehrere Collegen theilten ſein Schickſal. Die Studenten aber brachten ihnen feierliche Huldigungen und der Pöbel begnügte ſich nicht damit, ſich ihnen anzuſchließen, ſondern bedrohte auch die Maitreſſe und beleidigte ſogar den König auf der Straße. Nach und nach jedoch beruhigte ſich die Stimmung; man ſah wohl ein, daß Ludwig nicht ſo Unrecht habe, wenn er meinte: Hieße ſie ſtatt Lola Montez Loyola Montez, ſo würde ſie unbehelligt geblieben ſein. Auch das neue Miniſterium hielt es übrigens ſeiner Würde angemeſſen, jeden Verkehr mit der Gräfin zu meiden. Damit war denn ein Zankapfel zwiſchen ihm und dem König von vornherein vorhanden, und ſchon im December 1847 mußte es zurücktreten. Die Neubildung übernahm der frühere Miniſter Fürſt Wallerſtein, im Reichsrathe Jahre lang ein tapferer Gegner Abels und in allen Hauptpuncten Maurers Geſinnungsgenoſſe. Gleichſam als Sicherheitsventil nach oben nahm er in ſein Cabinet den Staatsrath Berks auf, der mit Recht für eine Creatur der Gräfin galt, verdarb aber dadurch freilich ſeine Stellung nach unten vollkommen. Die öffentliche Meinung gerieth von Neuem in Aufregung; beſonders der Studentenſchaft bemächtigte ſich eine gewaltige Gährung und bei dem Begräbniß des alten Joſeph Görres, des erbittertſten Gegners der Gräfin Landsfeld, der am 29. Januar 1848 ſtarb, kam es zu förmlichen Tumulten, in denen dieſe ſelbſt, da ſie ſich waghalſig der Menge zeigte, in Lebensgefahr gerieth. Der König, wie immer kurz angebunden, glaubte dem ganzen Lärm dadurch ein Ende machen zu können, daß er die ſofortige Schließung der Univerſität befahl. Aber nun wurde es erſt recht ſchlimm. Die Bürger erklärten ſich für die Studenten; der Pöbel begann Crawall; es drohte eine wirkliche Revolution. Mehrere Tage trotzte der Monarch, ohne doch Gewalt anwenden zu mögen. Endlich am 11. Februar gab er nach, hob die Schließung der Univerſität auf und ertheilte der Gräfin Befehl, München zu verlaſſen.

Miniſterium Wallerſtein.

Görres' Tod.

Neue Unruhen.

Das war 14 Tage vor der Februar-Revolution, die alſo in der bairiſchen Hauptſtadt durch Aufregung der Gemüther und Gewöhnung im Tumultuiren die Wege beſtens geebnet fand. Daſſelbe Ergebniß hatten gründlich verſchiedene Verhältniſſe im äußerſten Norden Deutſchlands zu Stande gebracht. Hier war unſere Nation ſchon zu Anfang des Jahrhunderts in ernſtlichſter Gefahr geweſen, wieder einmal ein lebendiges Glied ihres Leibes zu verlieren. Langſam, aber ſicher, hatten die Dänen es verſtanden, in Schleswig-Holſtein die deutſche Geſinnung zu untergraben und ein däniſches Nationalbewußtſein einzuſchmuggeln; die napoleoniſche Zwingherrſchaft, die auf Deutſchland laſtete, war ihnen dabei trefflich zu ſtatten gekommen. Schon ſangen die ſchleswiger Skalden:

Schleswig-Holſtein.

Ich freue mich, daß Dänenblut
In meinen Adern ſchlägt,
Daß Dänentreu und Dänenmuth
In meiner Bruſt ſich regt;

ſchon begeiſterte ſich die Dorfjugend durch Verſe wie dieſer:

Dänemark, Dänemark, heil'ger Accord!
Himmliſches Wort!
Schwelle, du pochender Buſen, erglüht!
Dänemark, dir rauſchet ſo freudig mein Lied!
Hat Saga Heimat des Ruhms dich genannt,
Du Dänenland,
Ich nenne, Dänemark, dich dankentbrannt
Mein Vaterland!

Da half auch hier die Begeiſterung der Freiheitskriege. Von einem engen Kreiſe an der Kieler Univerſität und im Adel aus verbreitete ſich in den Jahren nach 1815 die deutſche Geſinnung wieder durch alle Herzen; vor Allem Dahlmann hatte ſeinen rühmlichen Antheil daran. Ein kräftiges Mittel zum Kampf war der Wunſch der ſchleswig-holſteiniſchen Ritterſchaft, deren Syndicus er war, ihre alten Rechte zu retten. Wie der Bundestag ſie dabei in den zwanziger Jahren im Stich ließ, iſt früher erzählt worden; nicht minder, wie Lornſen 1830 der dänenfeindlichen Bewegung ein packenderes Stichwort gab, indem er die enge Vereinigung Schleswig-Holſteins und die Lockerung ihrer Verbindung mit dem Königreich zu einer bloßen Perſonal-Union verlangte. Allein nachdem ſein Verſuch geſcheitert war, trat eine naturgemäße Reaction ein und die nationale Abſpannung der dreißiger Jahre, das Vorwiegen der liberaliſirenden Tendenzen, führte auch in Schleswig-Holſtein dahin, daß ſich wieder eine Partei im Lande bilden konnte, die wenigſtens Schleswig den Dänen Preis zu geben bereit war, die ſ. g. Neu-Holſteiner, Olshauſen an der Spitze. Freilich waren ſie noch weit davon entfernt, auch nur in Holſtein eine Mehrheit zu bilden. Das zeigte ſich ſchon zu Ende der dreißiger Jahre. Durch königliche Verfügung waren 1834 für die ganze Monarchie Provinzialſtände geſchaffen, je eine Verſammlung für Holſtein, für Schleswig, für Jütland und für die Inſeln. Die Schleswig-Holſteiner arbeiteten nun für eine Vereinigung ihrer beiden Verſammlungen, um dadurch der ſtaatsrechtlichen Zuſammengehörigkeit der Herzogthümer den rechten Ausdruck zu geben. Faſt einmüthig erklärten ſich die Stände dafür; nur vier Dänen ſtimmten in Schleswig, 8 Neu-Holſteiner in Holſtein dagegen. Dieſe aber fanden eine Stütze und Ermuthigung an der eiderdäniſchen Partei, die ſich um dieſelbe Zeit im Königreiche bildete, und deren Programm dahin lautete, Holſtein allenfalls fahren zu laſſen oder doch nur mittelſt der Perſonal-Union feſt zu halten, alles Land bis zur Eider hin aber in einen einheitlichen Verfaſſungsſtaat umzuwandeln. Was dieſer ſich ergänzenden Parteibildung bei Dänen und Deutſchen ihre hohe Bedeutung gab, war die nahe gerückte Möglichkeit eines Ausſterbens des Königshauſes. Als Friedrich VI. 1839 aus dem Leben ſchied, hinterließ er die Regierung ſeinem einzigen Sohne Chriſtian VIII., der

Die Neu-Holſteiner.

Die Eiderdänen.

Die Erbfolge.

ſeinerſeits auch nur einen, trotz langer Ehe kinderloſen Sohn hatte, den nachmaligen König Friedrich VII. Mit deſſen Tode mußte die däniſche Monarchie ſich auflöſen; denn im Königreiche galt unbeſtritten die weibliche, in Holſtein eben ſo unbeſtritten die männliche Erbfolge; in Bezug auf Schleswig aber nahm jeder der beiden Theile die Zugehörigkeit für ſich in Anſpruch. Die Mehrheit der Dänen freilich dachte auch Holſtein keineswegs loszugeben; nur die Eiderdänen waren dazu bereit; und ihnen kamen die Neu-Holſteiner entgegen, indem ſie für ihre eigene Loslöſung Schleswig aufzuopfern geneigt waren. Da erhob ſich gegen ſie, gleichſam aus dem Grabe, Lornſens Stimme. In der Fremde hatte er, verbitterten Gemüthes, durch Selbſtmord den Tod gefunden; aber er hatte als Vermächtniß eine Schrift über die Unionsverfaſſung Dänemarks und Schleswig-Holſteins hinterlaſſen, die jetzt (1841) von Georg Beſeler herausgegeben wurde. Das Buch verfocht den Satz, daß die Schleswig-Holſteiner Nichts zu *wünſchen Urſache* hätten, was ſie nicht zu *fordern ein Recht* beſäßen, und ſein Eindruck war ſo gewaltig, daß die Neuholſteiner, die *vor* dem Erſcheinen eine aufſteigende Partei geweſen waren, *mit* demſelben herabzuſteigen begannen. Die Dänen thaten das Ihre, um dieſe Wirkung zu verſtärken. Zunächſt arbeiteten ſie in der Preſſe und ſonſt in der Oeffentlichkeit lebhaft für ihre Sache. Die wenigen Dänen, die in der ſchleswig'ſchen Ständeverſammlung ſaßen, beſonders Peter York Lorenzen und Lauritz Skau, wurden bis in den Himmel erhoben, Feſtmahle zu ihren Ehren abgehalten, Ehrengeſchenke ihnen dargebracht. Als die Stimmung ſo genügend vorbereitet war, ſchritten ſie zu einem Hauptſchlage. In der Röskilder Ständeverſammlung beantragte der Bürgermeiſter von Kopenhagen, Algreen Uſſing, im October 1844, den König um eine Erklärung zu erſuchen, des Inhalts, daß die weibliche Erbfolge in ſämmtlichen Theilen der Monarchie zur Anwendung kommen werde. Dieſer Antrag erregte in den Herzogthümern den lebhafteſten Widerſpruch; die holſteiniſchen Provinzialſtände legten durch über hundert Adreſſen aus allen Landestheilen beſtürmt, am 21. November Proteſt dagegen ein und unternahmen den Nachweis, daß auch für Schleswig die männliche Erbfolge gültig ſei. Auf Antrag des Grafen Reventlow-Preetz überreichten ſie dem König eine Gegen-Petition, welche die drei Sätze enthielt, die fortan das Glaubensbekenntniß jedes deutſchgeſinnten Schleswig-Holſteiners bildeten: 1) Die Herzogthümer ſind unabhängige Staaten; 2) ſie vererben nach der männlichen Erbfolge; 3) ſie ſind für immer untrennbar vereint (up ewig ungedeelt). Wie zweifelhaft dieſe Sache auch vom ſtreng juriſtiſchen Standpuncte ſein mochte (denn für die verſchiedenen Theile Schleswigs, die erſt ſeit 1779 wieder vereinigt waren, kamen ſehr verſchiedene Umſtände in Betracht), ſo fand doch dies entſchloſſene Auftreten in Deutſchland den begeiſtertſten Anklang und in allen Kammern wurden die Regierungen aufgefordert, für die deutſche Sache einzutreten. König Chriſtian übereilte unter dieſen Umſtänden ſeine Antwort nicht. Er ſetzte eine Commiſſion ein, welche die Sache prüfen ſolle, und erſt als ſich die Aufregung von

Der Offene Brief Chriſtians VIII.

1844 einigermaßen beruhigt hatte, veröffentlichte er das Ergebniß jener Prüfung in dem berühmten „Offenen Briefe“ vom 8. Juli 1846. Darin wurde mit nackten Worten ausgeſprochen, daß für Schleswig durchaus dieſelbe Erbfolge zu Recht beſtehe wie für Dänemark und Lauenburg; nur für einige Theile von Holſtein könne der König das nicht mit derſelben Beſtimmtheit verſichern; aber ſein unabläſſiges Beſtreben werde darauf gerichtet ſein, die hier beſtehenden Hinderniſſe zu beſeitigen und die Fortdauer des Geſammtſtaates Dänemark ſicher zu ſtellen. Dieſe Antwort überbot ſelbſt die ſchlimmſten Befürchtungen der Deutſchen; ſtellte ſie doch ſogar die Einheit Holſteins in Frage. Eine gewaltige Volksverſammlung trat am 20. Juli in Neumünſter zuſammen, erklärte die drei Puncte von 1844 für Landesrecht und forderte die holſteiniſchen Stände zum Proteſt beim König und beim Bundestage auf. Zahlreiche Verſammlungen in anderen Orten beſtätigten dieſe Beſchlüſſe; eine unermeßliche Aufregung durchzuckte das Land; überall ertönte Chemnitz' Lied, das dieſen Tagen der Begeiſterung ſein Entſtehen verdankte und mit Blitzesſchnelle zum Nationalhymnus wurde:

Bewegung in Schleswig-Holſtein.

Schleswigholſtein, meerumſchlungen,
Deutſcher Sitte hohe Wacht,
Wahre treu, was du errungen,
Bis ein ſchön'rer Morgen tagt:
Schleswigholſtein, ſtammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

Die holſteiniſchen Stände, welche eben bei einander waren, erhoben ſchon am 24. Juli mit Einſtimmigkeit beim Könige den verlangten Proteſt; der Landtagscommiſſar verweigerte die Annahme; da thaten ſie den zweiten Schritt und wandten ſich am 3. Auguſt an den Bundestag. Inzwiſchen hatte die Bewegung längſt die holſteiniſchen Landesmarken überſchritten; ganz Deutſchland jauchzte den Bewohnern der Herzogthümer zu; mit überwältigender Einſtimmigkeit erklärte ſich die Preſſe für ſie; eine Fülle von Broſchüren, ſtaatsrechtlichen, geſchichtlichen, politiſchen Inhalts, ſuchte den Nachweis des Landesrechtes unter all' dieſen Geſichtspuncten zu führen; aus Heidelberg, Nürnberg, Leipzig, Breslau, Bremen, Hamburg, aus unzähligen anderen Städten von nah und fern liefen begeiſterte Zuſtimmungserklärungen ein. Auch unter den deutſchen Fürſten fand die nationale Sache ihre Anhänger. Man beachtete zunächſt nicht, daß wenn die Oldenburger, Glücksburger, Auguſtenburger ihre Familienanſprüche verwahrten, wenn eine Schrift des Profeſſors Helwing preußiſche Anrechte auf Theile Schleswigs geltend machte, wenn Mecklenburg, Anhalt u. ſ. f. ihre Erbrechte auf Lauenburg in Erinnerung brachten, dies alles mit den drei Puncten von 1844 ebenſo unvereinbar ſei, wie mit den angegriffenen däniſchen Anſprüchen. Zunächſt war jeder Beiſtand, wie und woher und in welcher Abſicht auch geleiſtet, erwünſcht und wurde mit Jubel aufgenommen. Lange konnte dieſe patriotiſche Selbſttäuſchung jedoch nicht dauern. Der Bundestag war nicht Willens, ſich von dem allgemeinen Taumel mit fortreißen zu

in Deutſchland.

Der Bundestag.

laſſen. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit faßte er ſchon am 17. September einen Beſchluß, der, ohne den fürſtlichen Rechten ſeiner Mitglieder etwas zu vergeben und ohne ihm die Hände für die Zukunft zu binden, die Holſteiner doch für jetzt abwies. Der König von Dänemark habe durch eine Erklärung vom 7. September die Erwartung des Bundestages beſtätigt, daß der Offene Brief die Rechte des Bundes, der Agnaten und der Ständeverſammlung keineswegs anzutaſten bezwecke; mithin entbehrten die Beſchwerden des holſteiniſchen Landtags zur Zeit jeder Begründung. Daß die Holſteiner ſich damit nicht beruhigen konnten, lag auf der Hand. Die Dänen aber, ermuthigt durch dieſe erſte Nachgiebigkeit, begannen jetzt in den Herzogthümern ein Syſtem der Unterdrückung und Verfolgung, das für den Augenblick die Oppoſition mundtodt machen konnte, ihr für die Dauer aber nur um ſo größere Stärke verlieh. Ein paar äußerlich verſöhnliche Maßregeln wurden als Deckmantel darüber geworfen. Eine Reiſe, die der König nach Schleswigholſtein unternahm, um ſich populär zu machen, hatte den entgegengeſetzten Erfolg; überall harrte ſeiner der eiſigſte Empfang. Ein zweiter Offener Brief vom 18. September, der verſicherte, daß der „Landesvater" die Rechte der Herzogthümer in keiner Weiſe antaſten wolle, blieb völlig wirkungslos. Andre Maßregeln belehrten die Schleswigholſteiner beſſer von der wahren Geſinnung der Kopenhagener. Nicht einmal der Bundesbeſchluß vom 17. September durfte in den Landeszeitungen abgedruckt werden. Die bisherige Regierung wurde aufgelöſt und der verhaßte Baron Scheele zum Statthalter ernannt. Eine große Volksverſammlung in Nortorf jagte man am 14. September mit Gewalt auseinander, ehe ſie Beſchlüſſe hatte faſſen können. Die Anträge der ſchleswiger Provinzialſtände auf Verleihung einer ſchleswig-holſteiniſchen Verfaſſung, Aufnahme Schleswigs in den Bund und Aehnliches verweigerte der Commiſſar dem König zu übermitteln. Beſeler, Olshauſen, Carl Lorenzen, Brockdorff und andre Führer der deutſchen Partei wurden verhaftet, oder entſetzt oder von ihren Advocaturen ſuspendirt. Kurz es herrſchte das ganze Jahr 1847 hindurch ein wahrer Kriegszuſtand. So ſtanden die Sachen, als am 20. Januar 1848 Chriſtian VIII. ſtarb und in Friedrich VII. der letzte Sproß der älteren königlichen Linie den Thron beſtieg.

Der zweite Brief.

Tod Chriſtians VIII.

Noch ein zweiter deutſcher Volksſtamm war in den vierziger Jahren in einen eifrigen und glücklichen Kampf für die Erhaltung ſeiner Nationalität eingetreten, und wenn ſeinen Beſtrebungen auch das lebhafte politiſche Intereſſe abging, welches die Herzogthümer erregten, ſo fanden ſie doch in Deutſchland nichts deſto weniger patriotiſche Sympathie. Die belgiſchen Bläminger hatten durch die Revolution von 1830 den Zwang der holländiſchen Sprache mit dem der franzöſiſchen vertauſchen müſſen; aber ihrer ſtarken Stellung ſich bewußt (ſie zählten über $2^1/_2$ Million, d. h. reichlich $^5/_8$ der Bevölkerung des Königreichs Belgien), begannen ſie 1834 den Kampf für die Gleichberechtigung ihrer Sprache. Gent wurde ihr Hauptquartier, ihr Vorkämpfer der gelehrte Sprachforſcher J. F. Willems.

Die Bläminger.

„Die Sprache ist das ganze Volk" wurde ihre Losung. Sie verlangten, daß auf vlämischem Sprachgebiete kein Beamter angestellt werde, der nicht vlämisch sprechen und schreiben könne, daß ihre Sprache in ihrem Gebiete die Gerichtssprache, daß an der brüsseler Academie eine vlämische Abtheilung errichtet werde. In diesem Sinne wurden im Jahre 1840 massenhafte Bittschriften — die Antwerpener zählte allein 20,000 Unterschriften — den Kammern überreicht; der Abgeordnete van Decker empfahl sie mit Eifer und Geschick; sie wurden der Regierung zur Beachtung überwiesen und allmälig auch erfüllt. Die vlämische Literatur nahm einen kräftigen Aufschwung; Willems gründete zu ihrer Pflege ein „belgisches Museum"; über dreißig periodische Blätter erschienen in vlämischer Sprache; einzelne tüchtige Dichter, Ledegank, van Duyse u. A. traten hervor; Hendrik Conscience erwarb sich durch seine Romane auch über die Landesgrenzen hinaus Achtung. Eine Verschmelzung mit dem Holländischen wurde schon aus politischen Gründen ängstlich geflohen; noch weniger Aussicht hatten die Bemühungen, die wohl von deutscher Seite gemacht wurden, um dem Hochdeutschen Geltung zu verschaffen; aber die Belebung dieser Mundart, die nun eine feste Mauer gegen das Vordringen des Französischen bildete, war auch so schon ein freudig zu begrüßendes nationales Interesse.

Die nationale Bewegung der vierziger Jahre bei den Slawen, Ungarn und Italienern.

Ein allgemeiner Aufschwung des deutschen Geistes war somit in den vierziger Jahren eingetreten, und mochte man nun nach Berlin oder Frankfurt, nach München oder nach Kiel blicken, mochte man die deutschen Kammern oder die deutsche Presse, die deutschen Regierungen oder das deutsche Volk in allen seinen Schichten ins Auge fassen, so konnte kein Sehender leugnen, daß das Jahr 1848 auch ohne Anstoß von außen bedeutende Fortschritte bringen müsse.

Allein dieser Aufschwung war nicht auf Deutschland beschränkt geblieben; fast überall traten kräftige Lebenszeichen zu Tage, theilweise selbst in Völkern und Gemeinwesen, wo man fast den letzten Entwicklungskeim schon hätte erstorben glauben können. Die Polen, die Tschechen, die Illyrier, die Ungarn, die Italiener, die Schweizer, sie alle rührten und regten sich und zum Theil mit einer Energie und Erbitterung, gegen welche die Vorgänge in Deutschland nur geringfügig erschienen.

Polen. Sehr unmittelbar wurde Deutschland oder doch Preußen von den neuen Zuckungen des polnischen Volksgeistes berührt. Die flüchtigen Patrioten im Auslande, besonders in Paris, sannen unaufhörlich darauf, eine neue Erhebung zu Stande zu bringen. Aber im russischen Polen, wo Paskewitsch sein eisernes Scepter führte, waren die Aussichten sehr gering; günstiger lagen die Dinge in Posen und Westpreußen. Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms hatte nicht

bloß bei ſeinen deutſchen Unterthanen neue Hoffnungen wach gerufen; auch die Polen, zumal Geiſtlichkeit und Adel, waren lebhaft durch ſie angeregt; im poſenſchen Provinziallandtage hatten wiederholt ſtarke Debatten ſtattgefunden; daß die deutſchen Vertreter dabei den polniſchen ſcharf entgegengetreten waren, hatte die Unzufriedenheit genährt; kurz, wenn irgend ein Theil des alten Polens, ſo ſchien der preußiſche zu einem Aufſtandsverſuche geeignet. Krakau, das ſeit 1815 als letzter Reſt der altpolniſchen Herrlichkeit noch ein ſelbſtändiges Scheindaſein friſtete, konnte als Rückhalt angeſehen werden. Zum Unglück für die Polen wurden ihre Pläne aber vor der Zeit von der preußiſchen Polizei entdeckt. Mieroslawski, die Seele der Mieroslawski. Unternehmung, war von Paris nach Poſen geeilt; am 14. Februar 1846 verſammelte er die Häupter der Verſchwörung zu einer letzten Berathung; dabei wurden ſie, etwa 40 an der Zahl, meiſt junge und angeſehene Edelleute, von der Polizei überrumpelt und ſämmtlich verhaftet. Nun machten hier und da wohl einzelne Schaaren von Bauern noch den Verſuch auf eigene Hand ſich zu erheben; allein es war für die Truppen eine leichte Aufgabe ſie zu überwältigen. Den verhafteten Führern aber, denen in Berlin der Proceß gemacht wurde, ſchenkten nicht allein ihre Landsleute die wärmſte Theilnahme, ſondern auch der deutſche Liberalismus wandte ihnen, die doch gegen das Deutſchthum ſich verſchworen hatten, ſeine gutherzigen Sympathien zu und grollte mit der Regierung, daß ſie den Friedensſtörern nicht mehr Nachſicht zeige. Denn dieſe war allerdings entſchloſſen durch äußerſte Strenge einer Wiederholung ähnlicher Vorkommniſſe vorzubeugen; Rußland und Oeſtreich waren von denſelben Geſinnungen erfüllt; ohne allzu große Schwierigkeit entwickelte ſich daher unter ihnen eine gemeinſame Politik. Den weſentlichſten Gewinn daraus zog Oeſtreich, das freilich auch die härteſte Erſchütterung zu beſtehen hatte. Von dem Freiſtaate Krakau aus verbreitete ſich nämlich der Aufſtand, der in Poſen mißlungen war, nach Galizien und nahm Galizien. hier die Geſtalt eines gräuelvollen Bauernkrieges an, in dem die kaiſerlich geſinnten Leibeigenen, von den Beamten gehetzt, über den aufſtändiſchen Adel herfielen und ihn unter Brandſtiftung und Plünderung todtſchlugen. In Krakau ſelbſt war die bisherige Regierung Krakau. durch eine Revolution geſtürzt; ein Dr. Tyſſowski übernahm als Dictator die Leitung des Staates und der polniſchen Propaganda. Die unmittelbare Folge davon war natürlich das militäriſche Einſchreiten der drei Schutzmächte; ſchon am 3. März beſetzten öſtreichiſche und ruſſiſche Truppen die Stadt; preußiſche ſchloſſen ſich ihnen bald an. Tyſſowski mit ſeinem Anhang entfloh. Nach längeren Verhandlungen einigten ſich die drei Mächte dahin, dem ganzen Freiſtaat Krakau ein Ende zu machen; am 6. November wurde ein Vertrag unterzeichnet, welcher die Einverleibung in Oeſtreich ausſprach; über den Einſpruch, welchen England und Frankreich dagegen als gegen eine Verletzung der Verträge von 1815 erhoben, konnte man ſich leicht hinwegſetzen, da beide Staaten über die ſpaniſchen Ange-

legenheiten eben im heftigsten Streite lagen und daher ihrem Widerspruch keinen Nachdruck zu geben vermochten.

Die östreichischen Slawen.

Diese Ereignisse waren für die Polen eine neue Mahnung, die Belebung ihrer Nationalität nicht durch Gewalt, sondern durch den sittlichen und geistigen Fortschritt ihrer Angehörigen zu erstreben. Auch diese Mahnung ging wirkungslos an ihnen vorüber. Und doch konnte ihnen die Geschichte ihrer slawischen Stammesgenossen in Oestreich zeigen, wie viel sich auf dem Wege der friedlichen Arbeit erreichen lasse; nirgends vielleicht in ganz Europa hatte das erstorbene Nationalbewußtsein im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts einen größeren Aufschwung genommen als bei diesen. Oestreich zählte unter seinen Bevölkerungen, von den Polen und Ruthenen in Galizien abgesehn, noch zwei große slawische Gruppen: im Norden die Tschechen, die mit den Hannaken in Mähren und den Slowaken am Tatragebirge etwa 19 Procent der Gesammtbevölkerung des Kaiserstaates bildeten; im Süden die Illyrier, die zu etwa gleichen Theilen aus Serben, Slawonen und Kroaten zusammengesetzt, auf 13 % geschätzt wurden. Der tschechische Zweig war allgemach eben so den Deutschen, wie der illyrische den Ungarn gegenüber in Abhängigkeit und Unselbständigkeit gerathen. Bei beiden wurde die politische Wiedergeburt durch eine literarische vorbereitet. In Böhmen begann die letztere schon zu Kaiser Josephs II. Zeit; doch erst im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gerieth sie in schnelleren Tritt und nahm einen politischen Charakter an. Das Ereigniß, welches diese Wendung herbeiführte, war die Entdeckung altböhmischer Heldenlieder aus dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, der von Hanka aufgefundenen sog. Königinhofer Handschrift. Daß ihre Echtheit bestritten wurde, entfachte den patriotischen Eifer für diesen Schatz nur um so mehr, und mit bewunderungswürdigem Fleiße beuteten die böhmischen Gelehrten ihn aus, um die Sprache, die Alterthümer, die Mythologie ihrer Vorfahren daraus zu entwickeln. Ein naturgemäßes Ergebniß der eifrigen Sprachstudien war die genauere Erkenntniß der Verwandtschaft zwischen den einzelnen slawischen Stämmen; man entdeckte, daß diese die zahlreichsten in Europa seien; man schloß daraus, daß ihnen die Zukunft gehöre. Das Traumbild des Panslawismus erwachte; man grübelte darüber, die verschiedenen Zweige des slawischen Sprachstammes zu einer allslawischen Sprache zu verschmelzen und so den 70 Millionen zunächst eine literarische Einheit zu schaffen. Aber man versäumte darüber nicht die Pflege der eigenen Mundart; eine lebhafte Agitation suchte der Volkssprache die verlorenen Rechte dem Deutschen gegenüber wieder zu erobern; wer sich daran betheiligte, war ein Patriot, und dieses Wort galt für den größten Ruhmestitel. Man trat zu Vereinen zusammen, gab tschechische Bücher, dann schönwissenschaftliche Zeitschriften, dann politische Blätter heraus und gewöhnte so allmälig nicht allein die eigenen Stammesgenossen, sondern auch die Deutschböhmen und die Regierung an das Dasein und die Berechtigung einer eigenen tschechischen Nationalität.

Die Tschechen.

Literarische Wiedergeburt.

Panslawismus.

Ganz ähnlich war der Gang im Süden bei den „Illyriern", wo freilich noch größere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Denn in der That beſtanden zwiſchen den drei Zweigen derſelben, den Slawonen, Kroaten und Serben, ſo große Verſchiedenheiten, daß der Geſammtname ſelbſt wenig mehr als ein leeres Wort war. Die Kroaten, geographiſch und ſprachlich die Vermittler zwiſchen den beiden andern Stämmen, wurden die Träger der Bewegung, die ihre beſte Kraft aus dem Haß gegen die Magyaren ſog. An die Spitze ſtellte ſich Ljudevit Gaj, der Hauptſchauplatz ſeiner Thätigkeit war die „Illyriſche Nationalzeitung", die er ſeit 1836 in Agram herausgab. Da die politiſchen Abſichten Anfangs nicht in den Vordergrund traten, wurde die Bewegung von Wien aus wohlwollend begünſtigt; die Ungarn freilich erkannten gleich die Gefahr und ſuchten ſie im Keime zu erſticken. Das beſte Mittel dazu ſchien zu ſein, wenn ſie den Feind mit den eigenen Waffen bekämpften, wenn ſie der magyariſchen Sprache einen größeren Wirkungskreis erſtritten. Das verſuchten ſie auf dem Reichstag von 1843. Bis dahin war das Lateiniſche die amtliche Sprache in Ungarn und dem damit verbundenen dreieinigen (illyriſchen) Königreich; die magyariſche an ihre Stelle zu bringen war ein ſo natürlicher Wunſch, daß an ſeiner Erfüllung auf die Dauer nicht zu zweifeln war; zugleich aber mußte es für einen großen Sieg über den Illyrismus gelten, wenn es dieſem nicht etwa gelang, für ſich die Gleichberechtigung zu erſtreiten. Und darauf war das Streben ſeiner Vorkämpfer, der kroatiſchen Vertreter in dem preßburger Reichstage von 1843, in erſter Linie keineswegs gerichtet; ſie forderten einfach die Erhaltung der lateiniſchen Sprache und boten dadurch den Magyaren erwünſchte Gelegenheit, ſie als Verteidiger eines alten Zopfes zu brandmarken. Ein Beſchluß der Ständetafel vom 20. Juni ſetzte feſt, daß fortan im Reichstage nur ungariſch geſprochen werden dürfe, und obgleich die Magnaten wenigſtens eine Uebergangszeit empfahlen, obgleich ein königliches Schreiben den Beſchluß mißbilligte und es dem Belieben der Vertreter zu überlaſſen befahl, ob ſie magyariſch oder lateiniſch reden wollten, ſo hielt doch die Ständetafel ihren Willen aufrecht und ſchrie jeden nieder, der mit dem üblichen Excellentissime domine anhob. Die äußerſte Nachgiebigkeit, zu der ſie ſich endlich verſtand, war, daß ſie die lateiniſchen Reden anhörte, aber von der Aufnahme ins Protocoll ausſchloß, alſo als nicht gehalten betrachtete. Die Kroaten waren dieſer Willkür gegenüber ſchutzlos, da die Regierung es für klüger hielt nachzugeben und im Januar 1844 das Magyariſche mit der einzigen Beſchränkung als alleinige Reichstagsſprache anzuerkennen, daß in den nächſten ſechs Jahren den Kroaten der Gebrauch des Lateiniſchen noch zu geſtatten ſei. Um die grollenden Ungarn noch mehr zu beſchwichtigen und den Verdacht zu entkräften, als ob die Regierung der Losreißung des dreieinigen Königreichs von der Stephanskrone günſtig ſei, erging ein paar Wochen ſpäter an Gaj der Befehl, den Namen ſeiner „Illyriſchen Nationalzeitung" in den einer kroatiſch-ſlawoniſch-dalmatiniſchen

Die Illyrier.

Streit mit den Ungarn.

umzuwandeln. Allein die Illyrier ließen sich dadurch nicht entmuthigen; sie waren vielmehr verständig genug von ihren Feinden zu lernen und die Erhebung der kroatischen Sprache zur amtlichen Sprache des dreieinigen Königreichs auf ihre Fahne zu schreiben. Grade nach den Vorgängen in Preßburg konnte dagegen weder die Regierung noch die magyarische Partei auf dem Agramer Landtag, der 1845 zusammentrat, etwas einwenden. Eine noch viel schwerere Niederlage aber erlitt die letztere durch einen zweiten Beschluß, den der Landtag mit Genehmigung der Regierung faßte: durch die Aufhebung der persönlichen Mitgliedschaft am Landtage, welche die Turopoljer, ein in Kroatien ansässiger magyarischer Bauernadel, der „schlecht gewaschen, aber gut bewaffnet" bei den Berathungen zu erscheinen pflegte, besessen hatte. Die Bedeutung dieses Sieges würdigten Illyrier und Ungarn gleich gut. Die letzteren erhoben laute Klage darüber in Wien; und als eine Abordnung des Pesther Kreises, welche sich beschweren wollte, dort zurückgewiesen wurde, begann eine lebhafte Bewegung durch das ganze Land, deren Seele Ludwig Kossuth war. An Stoff für dieselbe war auch außer der kroatischen Frage kein Mangel. Den letzten Reichstag hatten Gegenstände von tiefstgreifender Bedeutung, Aenderung der Ständeverfassung, des Strafrechtes, der Steuergesetzgebung, Geldbewilligungen zur Hebung von Handel und Gewerbe ꝛc. beschäftigt, ohne daß Ergebnisse zu Stande gekommen waren. Alle diese Gegenstände wurden jetzt in der Presse und in den Kreisversammlungen mit größtem Eifer besprochen. Eine mächtige Bewegung durchzitterte das Land von einer Grenze bis zur andern. Niemals, so versichert Springer, schlugen die Herzen kräftiger, hielten sich die Köpfe höher, fühlte das Volk seine Kraft sicherer als in den Jahren 1845—46. Kossuth war es vor Allen, der diese Stimmung förderte. Bis dahin hatte er vorzugsweise durch die Presse gewirkt; jetzt trat er in Folge von Zwistigkeiten von seinem Blatte, dem Pesti Hirlap, zurück und begann seine glänzende Laufbahn als Volksredner. In der schriftstellerischen Thätigkeit ersetzten ihn die Männer, welche seine Stelle einnahmen. Szalay, Eötvös u. A. vollkommen; als Volksredner vermochte keiner mit ihm zu wetteifern. Eigentliche staatsmännische Begabung und Bildung fehlten ihm; er verdankte seine politische Einsicht wesentlich der Augsburger Zeitung; das Ausland war ihm nicht durch eigene Anschauung bekannt; eben in diesen Jahren unternahm er seine weiteste Reise — nach Wien. Aber er war durch und durch Ungar, durch und durch der Mann des Volkes. Die Kraft und der Wohllaut einer gewaltigen, unermüdlichen Stimme, die ausdrucksvolle Beweglichkeit eines lebendigen Geberdenspieles unterstützten die populäre Klarheit und doch Prunkhaftigkeit seiner Rede. „Wenn er sprach und so lange er sprach, vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als ihren Führer und schwuren nicht höher als auf sein Wort." Den adligen Häuptern der liberalen Partei war sein Auftreten natürlich weniger genehm, und wenn sie gleichwohl in vielen Dingen mit ihm Hand in Hand gingen, so trennten

Erfolge der Illyrier.

Ungarische Forderungen.

Kossuth.

Kampf der Parteien.

fiel sich doch in wichtigen Puncten von ihm. Gemeinsam war ihnen besonders die Thätigkeit für den ungarischen Schutzverein, dessen Mitglieder — und er zählte binnen 8 Wochen 60,000 — es für ein Verbrechen erklärten, das, was das heimische Gewerbe biete, von Fremden zu kaufen; was sie von einander trennte, war vorzüglich die centralisirende Verfassungsänderung, welche Eötvös, Deak und ihre Freunde anstrebten. Kossuth und die Bewegungspartei suchten die Macht der Kreisversammlungen zu erhalten, jene, die Führer der Centralisationspartei, wünschten einen Theil derselben auf den Reichstag zu übertragen. Sie näherten sich damit den Wünschen der Conservativen, an deren Spitze Szechenyi, Georg Apponyi, der zum ungarischen Hofkanzler ernannt wurde, u. A. standen, die im Einverständniß mit der Regierung gleichfalls eine Stärkung der Centralgewalt anstrebten, wenn auch weniger mittelst des Reichstags als in den Händen der Regierung. Alle diese Gegensätze, die schon in den Kreisversammlungen und in der Presse heftig auf einanderplatzten, mußten auf dem nächsten Reichstage, der Ende 1847 bevorstand, in offenen Kampf gerathen, und die Spannung auf den Verlauf desselben war um so größer, als durch den Tod des alten Palatinus Joseph, der 50 Jahre diese Würde bekleidet hatte, kurz vorher dieses höchste Regierungsamt in neue Hände gelangte, in die eines Sohnes des Verstorbenen, des Erzherzogs Stephan, dem der Kaiser vorläufig die Verwaltung des Landes übertrug, um dadurch die Erwartung auszudrücken, daß der Reichstag ihn zum Palatinus wählen werde.

Die Deutsch-Oestreicher.

Von der großen politischen Regsamkeit, die unter den Magyaren und Slawen des östreichischen Kaiserstaates herrschte, stach die Stille in den deutschen Landestheilen gewaltig ab. Allerdings zeigte sich auch hier in den Landtagen etwas mehr Bewegung als früher, wie denn z. B. in dem nieder-östreichischen Graf Breuner die Theilnahme bürgerlicher Vertreter bei Berathung der Steuern, die Ablösung der Feudallasten und eine Reform des Unterrichtswesens verlangte. Aber im Ganzen genommen wollten derartige Zeichen hier nicht viel bedeuten: auf seinen deutschen Landsleuten konnte Metternichs Auge noch mit Wohlgefallen ruhen. Um so mehr Sorge mußten ihm die italienischen Provinzen bereiten, die ihren vollen Antheil an der Aufregung nahmen, in der die ganze Halbinsel sich befand.

Italien.

Auf die verunglückte Erhebung des Jahres 1831 war in allen italienischen Staaten eine Zeit der Reaction gefolgt, die aber doch im Vergleich zu der früheren nicht ohne manchen versöhnenden Zug war. Selbst in der Lombardei und Venetien hatte Metternich bei Gelegenheit der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands eine Begnadigung veranlaßt. In Neapel mußte man dem jungen Könige Ferdinand II., der 1830 seinem Vater gefolgt war, manche nützliche Besserung nachrühmen. Er hatte in das Finanzwesen Oeffentlichkeit eingeführt, übertriebene Besoldungen und Ruhegehalte vermindert, auch für sich selbst auf eine Viertelmillion Ducaten verzichtet. Da auch der Handel und besonders die Schifffahrt einen beständigen Aufschwung nahmen, so genossen die neapolitanischen Finanzen eines guten Vertrauens;

Neapel.

die 5procentige Rente ſtand beiſpielsweiſe 1844 auf 108. Aufſtände, zu denen die entſetzlich wüthende Cholera 1837 in Sicilien Anlaß gab, boten die Gelegenheit, die völlige Verſchmelzung der Inſel mit dem Feſtlande durchzuführen, was für die Sicilianer zwar ein Grund zur Beſchwerde mehr, im Uebrigen aber ein weſentlicher Fortſchritt war. In Toscana hatte die Reaction niemals ihre volle Wirkſamkeit entfaltet; auch in den dreißiger und vierziger Jahren blieb das Regiment des Großherzogs bei der gewohnten Milde. In Sardinien entſprach Carl Albert freilich nicht dem Programm der Carbonari, ſeiner früheren Bundesgenoſſen; aber die Clericalen und öſtreichiſch Geſinnten waren ihm noch weniger hold. Zwiſchen dem Dolche der Carbonari und der Chocolade der Jeſuiten, ſo meinte der König ſelbſt, ſtehe er in der Mitte, und nicht minder war es ihm bekannt, daß man in Wien unter Umſtänden bereit ſei, ihn zur Abdankung zu zwingen. Verbeſſerungen in der Rechtspflege, der Verwaltung der Finanzen (ſo daß Rothſchild eine Anleihe zu 118% abzuſchließen bereit war), eine ſorgſame Pflege des Heeres und der materiellen Intereſſen erkannte der bedrohte Monarch als die beſten Stützen ſeines Thrones und die Zahl derer war nicht klein, welche in ihm trotz ſeiner zweideutigen Vergangenheit die beſte Hoffnung Italiens erblickten. In der traurigſten Lage von allen Staaten der Halbinſel befand ſich jedenfalls der Kirchenſtaat. Papſt Gregor XVI. entließ ſeinen reformfreundlichen Cardinal-Staatsſecretär Bernetti ſchon 1836 und ſetzte an ſeine Stelle den Genueſen Lambruſchini. Unter ihm erreichte das Prieſterregiment und die unglaubliche Verſchleuderung der Finanzen ihren Gipfelpunct; zugleich wußte er den Papſt ſo völlig von den Geſchäften fern zu halten, daß dieſe ganz in ſeiner Hand lagen. Es war „ein Frieden ohne Ruhe, ein Schlaf ohne Erholung, eine Krone ohne Regiment“. Das Land war von Parteien zerwühlt. Auf der einen Seite die Ultrareactionäre, die Sanfediſten, auf der andern die Liberalen, die kaum ihren Haß und ihre Rachſucht zu bezwingen vermochten; dazwiſchen, aber zur Ohnmacht verdammt, die Papalini, die einer Reform nicht abgeneigten Clericalen, und die Gemäßigten, d. h. Liberale, die zur Verſtändigung bereit waren. Weit verbreitet war der Glaube, das Gefüge des Staates könne nicht lange mehr zuſammenhalten; nur die Schweizertruppen des Papſtes, die Oeſtreicher in Bologna, die Franzoſen in Ancona verhinderten den Zuſammenbruch. Mannichfaltige Vermuthungen und Pläne über das, was dann werden ſolle, kamen in Umlauf; in Neapel, in Toscana, in Modena ſpeculirte man auf Vergrößerung; dem Kaiſer Nicolaus wurde der Plan zugeſchrieben für ſeinen Schwiegerſohn, den Herzog von Leuchtenburg, ein Königreich Mittel-Italien zu gründen. Auch die Mazziniſten und andre Flüchtlinge unterließen nicht, den Kirchenſtaat zum Ausgangspunct ihrer Verſuche zu machen; beſonders das Jahr 1845 wies eine ganze Kette ſolcher Unternehmungen auf. Doch verſchmähten ſie auch die andern Theile der Halbinſel nicht; denn neben den hervorgehobenen Lichtpuncten ebneten willkürliches Polizeiregiment und verdummende

Toscana.

Sardinien.

Der Kirchenſtaat.

Mazziniſtiſche Putſche.

Prieſterherrſchaft ihnen überall die Wege. Der berühmteſte Aufſtandsverſuch ſpielte 1844 in Calabrien. Die Söhne des öſtreichiſchen Admirals Bandiera landeten dort mit etwa 20 Genoſſen. Allein der Verrath eines Corſen machte der Sache ein ſchnelles Ende; die Führer büßten ihr Unternehmen mit dem Tode, die Andern mit harter Gefangenſchaft. Auch von ſonſtigen Verſuchen gelangte keiner auch nur zu einiger Entfaltung. Im Ganzen ließ ſich deutlich erkennen, daß der Radicalismus an Boden verlor und der geſunde nationale Gedanke an Kraft gewann. Daran hatten die patriotiſchen Dichter und Schriftſteller dieſes Jahrzehntes einen großen Antheil. Leopardi, Silvio Pellico, Niccolini, Guerazzi, Giuſti, mittelbar auch Manzoni, ganz beſonders aber Gioberti, Ceſare Balbo und Maſſimo d'Azeglio, alle drei Piemonteſen, gewannen den größten Einfluß. Giobertis „Primat Italiens", der 1843 erſchien, war eine wirkliche That. Italien ſei einſt der Mittelpunct der Menſchheit geweſen und ſei beſtimmt es wieder zu werden; zu dem Zweck müſſe es die fremden Stoffe ausſtoßen und ſich gleichſam um das Papſtthum cryſtalliſiren; dieſes ſei die Leuchte der Cultur, die Bürgſchaft des Sieges einer vernünftigen Freiheit, der wahre Einheitsknoten; gegen und ohne den Papſt ſei Nichts möglich, mit ihm Alles; Piemont aber ſei der berufene Schirmvogt des Papſtes und Italiens. Von dem gleichen Glauben an Religion und Vaterland, von den gleichen Hoffnungen auf Piemont und das Papſtthum waren Maſſimo d'Azeglios Schriften und Ceſare Balbos „Hoffnungen Italiens" durchdrungen. Sie verbreiteten dieſe Geſinnungen in weiten Kreiſen, die bis dahin noch der alten Verſchwörungsſucht verfallen waren; ſie weckten den Glauben an die Möglichkeit der Beſſerung, des Wiederauferſtehens (Risorgimento) und errangen beſonders unter den Gebildeten und Gelehrten Geltung, die ſich in den Wanderverſammlungen der Naturforſcher (ſeit 1839) und in den landwirthſchaftlichen Vereinen bereits, ähnlich wie in Deutſchland, Werkzeuge geſchaffen hatten.

Die natidnale Literatur.

Ein plötzlicher Umſchwung im Kirchenſtaate ſollte ihnen unerwartet noch größere Bedeutung geben. Am 1. Juni 1846 ſtarb, einundachtzigjährig, Gregor XVI. Die Hoffnung der Sanfediſten, Lambruſchini aus der Wahl als ſeinen Nachfolger hervorgehen zu ſehn, wurde getäuſcht; am 16. Juni wurde Maſtai Ferretti, der 54jährige Biſchof von Imola, zum Papſt erkoren und begann als Pio Nono ſein Pontificat, das längſte, welches die Geſchichte kennt. Eine freudige Ahnung durchflog die Gemüther: das ſei der Mann, welcher Giobertis Ideen ins Leben führen werde. Ohne recht einen Grund zu ſeinen Hoffnungen zu haben, kam das Volk dem neuen Kirchenfürſten mit den ſchmeichelhafteſten Beweiſen ſeiner Liebe entgegen; Rom überſtürzte ſich in Freudenbezeugungen und Jubelausbrüchen. Pius, von Natur ein milder Charakter, auch nationalen Gefühlen nicht unzugänglich, fühlte ſich durch dieſes Vertrauen geehrt und gehoben. Ohne ein klares Programm, das ihm als feſte Richtſchnur gedient hätte, genügte er zunächſt nur einem eigenen Herzensbedürfniß, indem er zum Dank für ſo viel Liebe vier Wochen nach

Pio Nono.

seiner Wahl eine weitumfassende Begnadigung erließ. Kleine liberale Zugeständnisse mancherlei Art, die Gestattung der bisher verbotenen Gelehrtenversammlungen, die Begründung von Kinderbewahranstalten und Lesezimmern, die Ersetzung Lambruschinis durch den freisinnigen Cardinal Gizzi, die Berufung von Ausschüssen zum Zweck verschiedener Gesetzesreformen, eine mildere Handhabung der Censur und Aehnliches befestigten den Glauben an die liberale Gesinnung des neuen Herrschers. Und konnte denn ein Zweifel daran sich überhaupt noch rechtfertigen, wenn man den Vertrauten des Papstes, den Pater Ventura, von der Kanzel den Bund des Clerus und der Demokratie preisen hörte? Waren das nicht ganz und gar die Ideen Giobertis? Und war nicht Gioberti auch ein Geistlicher? Entsprachen nicht alle Thaten des Papstes diesen Anschauungen? Beehrte er nicht mit seinem besonderen Vertrauen den Grafen Rossi, den französischen Gesandten? Und war dieser Graf Rossi nicht ein ehemaliger Flüchtling? So fragte man sich und zweifelte nicht und verbreitete durch ganz Italien und weiter durch ganz Europa die jubelnde Kunde von dem neuen, unerhörten Ereigniß, von dem liberalen und nationalgesinnten Pontifex. Vollends als nun 1847 noch größere Reformen folgten, als ein Staatsrath aus Vertretern der einzelnen Provinzen berufen, ein förmlicher Ministerrath gegründet, die Einrichtung einer Bürgergarde erst in Rom, dann in dem ganzen Staate genehmigt wurde, da kannte der Jubel keine Grenzen. Wenn noch etwas nöthig war, die Beliebtheit des Papstes zu steigern, so thaten es seine Gegner. Kurz vor dem Jahrestage der Begnadigung wurde eine Verschwörung der Priesterpartei entdeckt, die nichts Geringeres bezweckte als Pius gefangen zu nehmen. Auch Metternich glaubte dem umstürzenden Treiben in Rom durch eine Kundgebung entgegen treten zu müssen. Die Oestreicher hielten, wie erwähnt, die Festung von Ferrara besetzt; jetzt wurde plötzlich die Besatzung durch 800 Croaten verstärkt, die auch die Hauptwache und andre Puncte der Stadt besetzen mußten. Das führte zu einem scharfen Notenwechsel zwischen Wien und Rom und gab der Beliebtheit des Papstes in den nationalen Kreisen eine neue Stütze. Da sich auch England und Frankreich auf seine Seite schlugen, sah Metternich sich im December zu einem Vergleiche veranlaßt, kraft dessen die Oestreicher in der Stadt nur zwei Kasernen besetzt halten sollten; es war zwar kein glänzender, aber es war doch ein Sieg des Papstes und der nationalen Idee, der ihre Vorkämpfer mit neuem Muth erfüllte.

Italienischer Zollverein.

Noch erfreulicher aber war eine Vereinbarung, die zwischen dem Papste und den Beherrschern Toscanas und Piemonts am 3. November 1847 zu Stande kam, es handelte sich um die Anbahnung eines italienischen Zollvereins. Ein Vertrauter des Papstes, der Prälat Corboli, brachte in Turin und Florenz die Entwürfe zum Abschluß. Um ins Leben zu treten, erforderten sie freilich noch die Zustimmung des Herzogs von Modena, dessen Gebiet die sardinische von der toscanischen Grenze schied, und diese Zustimmung war nicht zu erwarten. Allein schon die moralische Wirkung des Vertrages, der

mit klaren Worten es aussprach, daß die Verschmelzung der materiellen Interessen die wahre und wesentliche Grundlage der nationalen Einheit sei, war nicht zu unterschätzen, und nicht minder folgenreich mußte der Umstand werden, daß Toscana und Piemont sich den Fortschritten Pio Nonos nun auch in ihren inneren Verhältnissen anschlossen. Milderung der Censur, Begründung von Bürgerwehren, Errichtung eines Staatsrathes und ähnliche Maßregeln wurden nach dem Vorbilde des Papstes auch von dem Großherzog Leopold gewährt, und Carl Albert kündigte am 30. October 1847 sogar feierlich ein neues Zeitalter der Reformen an. Ja, in vertrauten Briefen, die ein öffentliches Geheimniß wurden, jubelte er dem Tage entgegen, wo er mit seinen Söhnen zu Pferde steigen und zum Kriege für die Unabhängigkeit Italiens werde aufrufen können.

Reformen in Toscana und Sardinien.

Gegen solche Möglichkeiten, die durch die steigende Gährung im Volke immer näher gerückt wurden, suchte Metternich sich möglichst sicher zu stellen, indem er seinen Einfluß in Modena und Parma befestigte. Es bot sich dazu ein bequemer Anlaß. Auf dem Wiener Congreß war festgestellt worden, daß Parma nach dem Tode seiner Herzogin, der Wittwe Napoleons, an den Herzog von Lucca, hingegen dessen Herzogthum an Toscana fallen solle; der Großherzog von Toscana hatte sich in einem Vertrage von 1844 alsdann weiter verpflichtet, seinerseits einige Bezirke an Modena und Parma abzutreten. Nun verzichtete der Herzog von Lucca, dem die Unruhe in seinem Ländchen unbequem wurde, schon am 7. October 1847 auf die Regierung, zwei Monate bevor er durch den Tod Maria Luisas (am 18. December) in den Besitz von Parma trat. Die toscanische Regierung aber machte Schwierigkeiten die erwähnten Bezirke nunmehr abzutreten, da deren Bewohner sich lebhaft dagegen sträubten. Metternich trat natürlich für die Rechte Modenas und Parmas auf Grund des Vertrages von 1844 ein, und die Auslieferung der beanspruchten Gebiete geschah denn auch unter Vermittlung des Papstes und Sardiniens. Aber damit noch nicht zufrieden, schloß Oestreich überdies mit den beiden Herzögen im December einen Vertrag, der ihre Länder „in die Vertheidigungslinie der östreichischen Provinzen" einfügte und Metternich das Recht gab, sobald es ihm räthlich scheine, gegen innere oder äußere Feinde seine Truppen einrücken zu lassen. Der Anfang zu einem antinationalen Bunde war also gemacht, und durch den Zutritt des Königs von Neapel konnte derselbe eine gefährliche Stärke gewinnen.

Oestreichisches Bündniß mit den Po-Herzogthümern.

Wenn irgend ein italienischer Fürst in der Lage war auf auswärtigen Beistand zu rechnen, so war es Ferdinand II. Die Unzufriedenheit in seinem festländischen Königreich war vielleicht nicht gefährlicher als die in andern Theilen der Halbinsel, obgleich es in Reggio schon im Sommer zu einem Aufstande kam. Aber sehr bedenklich war die Gährung in Sicilien. Die Neapolitaner waren zufriedengestellt, als sie Ende November einen Ministerwechsel und Amnestie erhielten; die Sicilianer bezweckten viel weiter gehende Aenderungen; in ihren Augen war das letzte Ziel doch immer die

Aufstand in Sicilien.

völlige Losreißung der heimischen Insel von dem Königreiche. Auf die Nachricht von den Zugeständnissen, welche der König am 22. November gemacht hatte, begannen in Palermo, Messina und anderen Städten Theaterdemonstrationen, Petitionen, Massenversammlungen und andre Vorbereitungen zur Empörung. Zu Anfang des folgenden Januar riefen Anschläge die Bevölkerung auf, sich am Geburtstage des Königs zu erheben. Alle Welt, auch die Behörden, waren für diesen Tag, den 12. Januar, auf eine Revolution gefaßt; in Wirklichkeit war freilich von einem vorsorglich entworfenen Plane der Unzufriedenen nicht die Rede; aber die allgemeine Erwartung un die Kampfbereitschaft der Truppen, die 6000 Mann stark auf de öffentlichen Plätzen standen, entfachten in der That den Aufstand. Ein ernstlicher Kampf fand zwar nicht statt; aber überall kam es zu kleinen planlosen Gefechten und zum Barricadenbau. Während der Nacht ordneten sich die Empörer, und Zuzügler aus den umliegenden Ortschaften trafen ein; die Truppen setzten den Kampf in den Straßen nicht fort, sondern bombardirten die Stadt von dem Castell a mare aus. Daneben wurden Unterhandlungen angeknüpft; der Ausschuß der Aufständischen forderte die Herstellung der Verfassung von 1812; der Statthalter bot wenigstens Begnadigung und Reformen an. Aber seine Stellung verschlechterte sich von Tag zu Tage; am 25. Januar griffen die Palermitaner ihn selbst in der Burg an und schon in der folgenden Nacht entschloß er sich, dieselbe zu räumen. Auch die Hauptmacht der Königlichen, etwa 8000 Mann unter General de Sauget, die außerhalb der Stadt eine feste Stellung behaupteten, gaben dieselbe am 27. auf und zogen sich unter Kämpfen ostwärts zurück, und da endlich auch die neapolitanische Flotte den Hafen verließ und das Castellamare von der Besatzung geräumt wurde, so war Palermo sich selbst überlassen. Eine vorläufige Regierung unter dem Vorsitz des ehrwürdigen Ruggiero Settimo übernahm die Leitung und erstreckte ihre Macht bald über die ganze Insel, einige Castelle, wie die von Messina, ausgenommen.

Die Westmächte und die Schweiz.

Neapolitanische Verfassung.

So waren es die Sicilianer gewesen, welche die ersten Kanonenschüsse der Revolution des Jahres 48 abgefeuert hatten; Ferdinand von Neapel war der erste Fürst, der sich eine Verfassung abtrotzen ließ; schon am 29. Januar verkündigte er dieselbe und berief ein Ministerium, in welches bald darauf die Häupter der Liberalen, Bozzelli und Carl Poërio eintraten.

Englands Verhalten.

In sehr auffälliger Weise hatte die englische Regierung für diese Bewegung und überhaupt für den Liberalismus in Italien Partei ergriffen. Ein englisches Linienschiff war es, das sich am 4. Februar zwischen Palermo und Castellamare legte und so dem Bombardement ein Ende machte. Viel tiefer aber als dies vereinzelte militärische Einschreiten griff die Wirksamkeit der englischen Diplomatie. Nicht zufrieden mit seinen ständigen Vertretern, entsandte Lord Palmerston

Ende 1847 einen beſonderen Botſchafter in der Perſon des Lord Minto, der nacheinander in Turin, Florenz, Rom, Neapel die Regierungen zu liberalen Schritten ermunterte und zugleich mit den Häuptern der Bewegungspartei in Verkehr trat. Da Frankreich eine große Zurückhaltung beobachtete, ſo war dieſe freundſchaftliche Geſinnung Englands von bedeutendem Gewicht, und da ſie nicht allein in Italien, ſondern auch in andern Ländern der liberalen Partei zu Gute kam, ſo gebührt ihr ein nicht geringer Antheil an der Herbeiführung der achtundvierziger Bewegung, die ſich ohne Zweifel langſamer entwickelt hätte, wenn das Torycabinet in England länger am Ruder geblieben wäre. Aber Robert Peels Miniſterium hatte nach fünfjährigem Regiment im Juni 1846 zurücktreten müſſen. Obgleich es ein conſervatives Cabinet geweſen war, verdankte ihm England doch mehr als einen bedeutſamen Fortſchritt. Zunächſt hatte Peel den Staatshaushalt, der unter dem Miniſterium Melbourne mit einem Deficit abſchloß, durch einen mächtigen Schritt wieder in Ordnung gebracht; er wagte es nämlich eine Einkommenſteuer zu beantragen und drang damit am 5. April 1842 trotz aller Anſtrengungen der Whigs durch. Die Ueberſchüſſe, über die er nun verfügen konnte, benutzte er zur Herabſetzung der Zölle. Am lauteſten forderte die öffentliche Meinung die Befreiung der Getreideeinfuhr von den auf ihr laſtenden Abgaben. Die Bewegung, deren Seele der große Freihandelsmann Richard Cobden war, nahm ſtets größere Ausdehnung an, und die Anticornlaw-League, die 1838 in Mancheſter ins Leben gerufen war, beſtürmte das Parlament mit Bittſchriften, durch Beſeitigung des Einfuhrzolles dem engliſchen Volke wohlfeileres Brot zu verſchaffen. Sie ſtieß allerdings auf den entſchloſſenen Widerſtand der großen Lords, deren Reichthum weſentlich in dem Ertrage ihrer umfangreichen Ländereien beſtand, und deren Geldintereſſe daher durch die freie Einfuhr des fremden Getreides arg gefährdet erſchien. Die Torypartei war einmüthig darin, dieſen Angriff auf die mächtige Stellung des hohen Adels abzuwehren. Nur ihr Führer, Sir Robert Peel, war anderer Meinung. Er verſchloß ſich nicht der Einſicht, daß die Bewegung gegen die Kornzölle eine tiefe Berechtigung habe, und er erkannte zugleich, daß es im wohlverſtandenen Parteiintereſſe liege, die gehäſſige Deutung zu vermeiden, als ob die Torys nur durch Vorrechte auf Koſten der großen Maſſe des Volkes ſich erhalten könnten. Er ſelbſt vertrat daher zur großen Entrüſtung ſeiner Parteigenoſſen die Abſchaffung der Kornzölle und reichte ſeine Entlaſſung ein, als das Parlament ſie am 10. Juni 1845 verwarf. Nun erſt gingen den Tories die Augen auf. Uebernahmen jetzt die Whigs das Regiment, ſo wurde das Unterhaus aufgelöſt; bei den Neuwahlen konnten die Gegner der Kornzölle mit der größten Sicherheit auf den Sieg zählen; die Abſchaffung derſelben war alſo nur eine Frage der Zeit geworden, und es bedurfte keines großen Scharfſinns um einzuſehen, daß der Gewinn dieſer kurzen Friſt erkauft werden müſſe durch die weit ungünſtigeren Bedingungen, unter denen die Whigs die verhaßten Zölle

Miniſterium Peel.

Aufhebung der Kornzölle.

beſeitigen würden. So fügte ſich die Mehrheit des Unterhauſes denn, bittren Groll im Herzen, dem unabwendbaren Zwang; Peel erhielt die Gewißheit, daß ſeine Bill in der nächſten Seſſion durchgehen werde, und nahm ſein Entlaſſungsgeſuch zurück. Am 16. Mai 1846 genehmigte das Unterhaus, einige Wochen ſpäter das Oberhaus die Kornbill und damit eine Maßregel, die an Wichtigkeit der Katholikenbefreiung und der Parlamentsreform an die Seite geſtellt werden konnte. Peels Stellung aber war trotzdem gründlich erſchüttert; die Tories wollten es ihm nicht verzeihen, daß er ſie zu dieſem Schritte gezwungen, und noch in demſelben Monat, in welchem das Oberhaus die Kornbill genehmigte, gaben ſie ihm im Unterhaus ein Mißtrauensvotum, indem ſie eine iriſche Bill, die er vorlegte, verwarfen. Denn auch ſeine Politik gegen die grüne Inſel war durchaus nicht nach ihrem Sinn. Peel hatte in ſeiner Weiſe den Beſchwerden derſelben in einzelnen Stücken abzuhelfen geſucht. So ſetzte er z. B. die Maynooth-Bill durch, welche dem katholiſchen Prieſterſeminar in Maynooth eine erhöhte Staatsunterſtützung gewährte. Dieſes Zugeſtändniß erregte bei eifrigen Proteſtanten um ſo mehr Verdruß, als man ein angreifendes Vorgehen des Katholicismus gegen die anglicaniſche Kirche wahrzunehmen glaubte. Daß der Verdacht nicht ungegründet ſei, zeigte ſich einige Jahre ſpäter, als Pius IX. am 29. September 1850 unerwartet neun engliſche Biſchöfe ernannte, an ihrer Spitze den gelehrten Cardinal Wiſeman als Erzbiſchof von Weſtminſter. Zunächſt, in der Mitte der vierziger Jahre, fand das Mißtrauen gegen den Katholicismus doch eigentlich keinen andern Stoff, als den, welche die ſog. puſeyitiſche Bewegung im Schoße des Anglicanismus bot. Angeregt von dem Oxforder Profeſſor Puſey und ſeinem Collegen Newman, verfolgte ſie das Ziel, alle die Satzungen und Gebräuche aus der römiſchen Kirche wieder aufzunehmen, welche dem Grundgeſetze des Anglicanismus, den 39 Artikeln, nicht widerſprachen. Geraume Zeit hindurch wurde ihr von den Biſchöfen der Hochkirche durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt; ſobald dies aber geſchah, etwa ſeit dem Jahre 1843, bewieſen zahlreiche Uebertritte zum Katholicismus, daß allerdings ein ſtarkes römiſches Element in der Bewegung thätig war. Kein Wunder alſo, wenn das alte No-popery-Geſchrei wieder zu erwachen begann und wenn die öffentliche Meinung weiteren Zugeſtändniſſen an den Katholicismus abgeneigt wurde. Irland und Katholicismus waren aber nahezu gleichbedeutende Begriffe. Die Klagen der Iren hingen eng mit dem Katholicismus zuſammen; die Hoffnungen des Katholicismus beruhten vorzugsweiſe auf Irland. Mit doppelter Mißgunſt betrachtete daher der proteſtantiſche Engländer die Repeal-Bewegung, welche O'Connell unabläſſig in Fluß erhielt und die in gewaltigen Maſſenverſammlungen (monster meetings) ihren Ausdruck fand. Nicht immer ging es dabei ohne Störung des öffentlichen Friedens ab und im October 1843 mußten O'Connell und neun ſeiner Anhänger wegen Aufreizung zur Empörung verhaftet werden. Von den Geſchworenen verurtheilt, berief er ſich an das Haus der Lords, ohne

Irland und der Katholicismus.

Zweifel mit ſehr geringen Erwartungen, hier freigeſprochen zu werden. Daß dies gleichwohl geſchah, kam der iriſchen Bewegung und dem Anſehen ihres Führers keineswegs zu Gute; die Rolle des Märtyrers würde ihm weit größere Kraft gegeben haben. Ueberdies fing er an zu kränkeln und mußte ſeine Thätigkeit einſchränken. Ohne dem Ziel ſeiner Arbeit näher gekommen zu ſein, ſtarb er im Mai 1847 zu Genua.

Engliſch-franzöſiſche entente cordiale.

Was die auswärtige Politik anlangt, ſo hatte die gemeinſame conſervative Geſinnung in den letzten Jahren eine ſehr enge Verbindung zwiſchen dem franzöſiſchen und dem engliſchen Cabinet herbeigeführt, deren Feſtigkeit durch freundſchaftliche Beſuche, die Louis Philipp und Königin Victoria ſich gegenſeitig abſtatteten, noch gewonnen hatte. Das „herzliche Einverſtändniß", die entente cordiale, zwiſchen London und Paris war zu einem beliebten Schlagwort geworden, und Louis Philipp ermüdete nicht, die engliſche Monarchin in ſeinen Briefen unabläſſig ſeiner „lebhaften, aufrichtigen und ſehr zärtlichen Freundſchaft" zu verſichern. Es fehlte zwar nicht an manchen Reibereien zwiſchen den beiden Cabinetten und bei einigen Gelegenheiten erhitzte ſich ſogar hüben wie drüben die öffentliche Meinung bis zu einem bedenklichen Grade; aber die Streitfragen waren doch zu unbedeutend, als daß es darüber zu einem ernſtlichen Zwiſt hätte kommen können. So war z. B. die franzöſiſche Regierung am 20. December 1841 einem Vertrage der Großmächte und der Seeſtaaten beigetreten, durch welchen man ſich gegenſeitig das Recht einräumte, Schiffe, die des Sclavenhandels verdächtig ſeien, durchſuchen zu dürfen. Darin ſahen die Franzoſen wunderlicher Weiſe eine Beſchimpfung ihrer Flagge, obgleich natürlich ihre Kriegsſchiffe engliſchen und andern Kauffahrern gegenüber daſſelbe Recht beſaßen. Nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten verlangte man die Aufhebung des Vertrages, und die Regierung ſah ſich genöthigt, dem zu willfahren. Noch leidenſchaftlicher wurde ein zweiter Streitpunkt behandelt. Im Jahre 1842 hatte der Admiral Dupetit-Thouars das franzöſiſche Machtgebiet in Auſtralien zu erweitern begonnen. England ſah das ungern, ließ jedoch ſowohl die Einverleibung der Marqueſas-Inſeln als die Schutzherrlichkeit zu, welche Frankreich von der Königin Pomare über die Geſellſchaftsinſeln erwarb. Schon im nächſten Jahre brachen indeß zwiſchen Schützer und Schützling Mißhelligkeiten aus, an denen der engliſche Conſul Pritchard, der ſchon 15 Jahr als Miſſionär auf Taheiti geweilt und bei der Königin Pomare viel Einfluß hatte, nicht ohne Mitſchuld war. Dupetit ließ ſich dadurch verleiten, zunächſt die Königin abzuſetzen und die Inſeln unmittelbar mit Frankreich zu verbinden, dann aber auch Pritchard, übrigens erſt nachdem er ſeine Conſulatsflagge eingezogen, zu verhaften und von der Inſel auszuweiſen. Darüber kam es nun in Parlament und Preſſe zu den heftigſten Erörterungen, die jenſeits des Canales ein gleich leidenſchaftliches Echo fanden. Louis Philipp perſönlich dachte indeß über die Sache ſehr kühl, und während die Heißſporne Sammlungen veranſtalteten, um Dupetit-

Zwiſtigkeiten.

Thouars durch einen Ehrendegen zu belohnen, bahnte er durch Vermittlung des Königs von Belgien eine Verständigung an. Die französische Regierung sprach mit einigen Vorbehalten ihr Bedauern über das Geschehene aus, Pritchard erhielt eine Geldentschädigung, und Königin Pomare kehrte in ihr Schutzverhältniß zurück. Die entente cordiale war gerettet.

Die spanischen Heiräten.

Etwa um dieselbe Zeit wurde in persönlichen Verhandlungen der Souveräne eine Vereinharung auch über die schwierigste Frage herbeigeführt, welche die beiden Länder entzweien konnte, über die Vermählung der jungen Königin von Spanien, die seit 1843 als Isabella II. selbständig regierte. Gelegentlich der Besuche, welche Königin Victoria, begleitet von dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, dem französischen Königspaar 1843 und 1845 in Eu machte, ertheilten nämlich Louis Philipp und Guizot das Versprechen, auf ihren Lieblingswunsch zu verzichten und die Hand Isabellas nicht für des Königs Sohn, den Herzog von Montpensier, zu begehren. Dagegen verzichtete England auf die Bewerbung des Prinzen Leopold von Coburg, den Isabellas Mutter Marie Christine zeitweilig begünstigt hatte, und willigte ein, daß Montpensier die zwei Jahre jüngere Schwester Isabellas, Luisa, heiraten solle, indeß nicht eher, als bis die Ehe Isabellas mit Nachkommenschaft gesegnet sei. Als Gemahl dachte man ihr beiderseits einen Bourbonen zu; über die Person war man aber nicht einig. Frankreich begünstigte den Vetter der Königin, Francisco, Herzog von Cadix, der gleich schwächlich an Körper und Geist war; England arbeitete für dessen Bruder, Don Enrique, Herzog von Sevilla. Den größten Einfluß auf die schließliche Entscheidung mußte naturgemäß Isabellas Mutter, Marie Christine, üben. Zum großen Verdrusse des englischen Cabinets bot diese nun im Mai 1846 unerwartet die Hand ihrer Tochter dem von England aufgegebenen Coburger Leopold. Auf der Stelle beeilte sich Lord Aberdeen, den britischen Gesandten in Madrid, Sir Henry Bulwer, der um diesen Schritt gewußt, zu verleugnen und dem pariser Cabinet offenherzig die Sachlage mitzutheilen. Da überdies von Coburg nicht einmal eine Antwort auf die Bewerbung einging, so glaubte man in London mit Recht, den ganzen unliebsamen Zwischenfall als nicht geschehen betrachten zu dürfen. Anders in Paris. Es war gerade in den Tagen, wo Robert Peel und mit ihm Aberdeen dem neuen Whigministerium Platz machte, und Lord Palmerston unter John Russels Vorsitz von Neuem die Leitung der auswärtigen Politik übernahm. Mit einem Eifer, der bei diesem den Verdacht hervorrief, Frankreich selbst habe Marie Christine zu jenem Anerbieten an den Coburger gedrängt, um England in eine Falle zu locken, erklärte Guizot die Bewerbung Leopolds für eine wahrscheinliche und drohende Möglichkeit und sagte sich von den Verpflichtungen von Eu los. Wie sehr er dabei wider besseres Wissen handelte, ging daraus hervor, daß er seinen Gesandten in Madrid schon acht Wochen früher (5. Juli) angewiesen hatte, für Don Francisco und gleichzeitig für Montpensier zu wirken, und daß bereits

Bruch zwischen England und Frankreich.

vier Tage vorher, am 28. Auguſt 1846, die Doppelverlobung Iſabellas mit Franz und Luiſas mit Montpenſier unterzeichnet war. Der jungen Königin war, wie man erzählte, die Einwilligung in der Trunkenheit abgepreßt worden, nachdem ſie die Nacht in ſcandalöſen Orgien mit ihrer Mutter, dem franzöſiſchen Geſandten und einigen Eingeweihten zugebracht hatte.

Mit dieſem Meiſterſtück einer wortbrüchigen Diplomatie hatte Guizot das gute Einvernehmen zwiſchen Frankreich und England auf einen Schlag zerſtört. Auch Louis Philipp fühlte das Schmähliche und Verhängnißvolle dieſes Schrittes wohl. Er wagte nicht, ihn ſelbſt der Königin Victoria anzuzeigen, obgleich er doch ſonſt mit ihr in eifrigem Briefwechſel ſtand; ſeine Frau mußte es thun. Auf deren gekünſtelten Brief folgte eine ſehr gemeſſene Antwort; auch am Hofe in London empfand man die Kränkung bitter. Und ſelbſt im Schoße der orleaniſtiſchen Familie war man unglücklich über ein ſolches Verfahren; des Königs eigner Sohn, Joinville, beklagte den bedauerlichen Ruf der Treuloſigkeit, in welchen daſſelbe ſeinen Vater gebracht habe. Mochte dieſer im erſten Gefühl des errungenen Erfolges die moraliſche Schlappe mehr als eine Unbequemlichkeit denn als ein Unglück empfinden; daß er ſich bald von der Verderblichkeit dieſer Politik überzeugte, beweiſt ſein öfter wiederholtes Wort: Das geht zu weit, das drängt meine ganze Politik in falſche Bahnen!

Eine Annäherung an England lag zum Mindeſten nicht ſo bald wieder im Bereiche der Wahrſcheinlichkeit. Wo er konnte, widerſetzte ſich Lord Palmerſton den franzöſiſchen Abſichten. Grade aus dem Wunſche, Frankreich Unannehmlichkeiten zu ſchaffen, ſog ſein Eifer, die Revolution auf dem Feſtlande zu fördern, die beſten Kräfte. Wie er danach in Italien handelte, wurde oben erzählt; noch offenkundiger aber war der Zwieſpalt mit Frankreich in den ſchweizer Wirren.

Die Schweiz.

In der Eidgenoſſenſchaft war die Bewegung der dreißiger Jahre zwar äußerlich ziemlich erfolglos verlaufen; aber da vorzugsweiſe der Druck von außen, die Einmiſchung der Großmächte dies Ergebniß herbeigeführt hatte, ſo nahm die Bewegung mit dem Erſchlaffen des Druckes alsbald wieder ihren Anfang. Den letzten ungetrübten Triumph feierte die conſervative Partei 1839 in Zürich. Die liberale Regierung hatte David Strauß, den Verfaſſer des Lebens Jeſu, als Profeſſor an die Univerſität berufen. Das erregte bei den Altgläubigen die tiefſte Erbitterung; in Tübingen war Strauß ſeines Buches wegen des Lehramtes entſetzt worden; nun ſollte er um deſſelben Buches willen in Zürich eine Anſtellung finden! Mit dem religiöſen Unwillen verbanden ſich überdies politiſche Erwägungen. Wenn irgend ein Anlaß, ſo war dieſer geeignet, die Maſſe des Volkes gegen die liberale Regierung aufzuregen. Zu ſpät erkannte dieſe, daß ſie weiter gegangen ſei, als die religiöſe Anſchauung der großen Mehrheit des Cantons zuließ. Sie lenkte ein und verſetzte Strauß, noch ehe er ſein Amt angetreten, mit Penſion in den Ruheſtand. Allein die politiſche Bewegung war jetzt bereits in Fluß gekommen, und es er-

Der Züricher Putſch.

übrigte der Regierung nichts mehr, als die Gewalt niederzulegen; am 6. September 1839 übernahm die conſervativ-altgläubige Partei die Leitung der Geſchäfte und behauptete dieſelbe bis 1845. Mit weniger Glück ſuchten ihre Geſinnungsgenoſſen im Aargau etwa ein Jahr ſpäter dies Beiſpiel nachzuahmen. Die Liberalen dieſes Cantones hatten im Januar 1841 eine Aenderung der Verfaſſung durchgeſetzt; dagegen lehnten ſich die conſervativen Katholiken, von den Mönchen unterſtützt, gewaltſam auf; aber ſie wurden nicht allein unterworfen, ſondern büßten ihr Unterfangen auch durch die Einziehung alles Kloſtergutes im Belauf von 7 Millionen Francs. Vergeblich legte Oeſtreich Verwahrung dagegen ein, indem es ſich darauf berief, daß ein Theil dieſer Klöſter von den Habsburgern geſtiftet ſei; Alles, was ſeine Vorſtellungen, die von Preußen und Frankreich unterſtützt wurden, erreichten, war, daß wenigſtens die drei Nonnenklöſter beſtehen blieben. Auch der Bundesrath erachtete dieſes Zugeſtändniß für groß genug, um nunmehr der Aufhebung der Mönchsklöſter, obgleich ſie der Bundesverfaſſung zuwider lief, ſeine Zuſtimmung zu geben.

Der Aargauiſche Kloſterſtreit.

Die Jeſuiten in Luzern.

Um ſo lebhafter grollten die Ultramontanen über dieſe Vergewaltigung; um ſo rückſichtsloſer glaubten ſie, nun auch ihrerſeits da, wo ſie das Heft in Händen hatten, ihre Macht gebrauchen zu dürfen. Die Zahl der Cantone, in welchen ſie die Herrſchaft führten, war immerhin nicht klein. Neben Freiburg, Uri, Zug und andern, die von jeher ihnen angehört hatten, waren Wallis, Schwyz, Luzern, die ihnen in den dreißiger Jahren entriſſen oder doch ins Schwanken gekommen waren, mittlerweile wieder gewonnen; Luzern war ſogar zum eigentlichen Stützpunct ihrer Macht geworden, und lieferte ihnen in Siegwart Müller und Peter Leu zwei kampfluſtige und ſtreitbare Führer, von denen beſonders der zweite, ein reicher Bauer, durch ſeinen Einfluß auf die Landbevölkerung von großem Gewicht war. Um ſich die Herrſchaft auf die Dauer zu ſichern, beriefen ſie die Jeſuiten, die in Wallis und Freiburg, ſeit kurzem auch in Schwyz, Niederlaſſungen beſaßen, 1844 auch nach Luzern und übertrugen ihnen den Unterricht der Jugend. Da die Bevölkerung des Cantons mit großer Mehrheit am 24. October dieſen Beſchluß der Regierung beſtätigte und von Seiten des Bundes ein Einwand nicht erhoben werden konnte, der andernfalls längſt ſchon gegen Schwyz, Freiburg und Wallis hätte geltend gemacht worden ſein müſſen, ſo ſchien der liberalen Partei Nichts übrig zu bleiben, als ſich zu fügen. Allein auf der andern Seite ſtand doch nichts weniger auf dem Spiele als die ganze Zukunft der Partei, vielleicht auf Menſchenalter hinaus.

Die Freiſchaarenzüge.

Bei dieſer Sachlage glaubten die Führer der Liberalen einen Gewaltſtreich wagen zu müſſen und entwarfen den Plan, am 8. December 1844 das Zeughaus zu überrumpeln und mit den Waffen in der Hand das Jeſuitenregiment zu ſtürzen; Geſinnungsgenoſſen aus den Nachbarcantonen würden ihnen, ſo hofften ſie, zum Siege über die Mehrheit ihrer Mitbürger verhelfen. Aber das Unternehmen ſcheiterte vollſtändig, da es vor der Zeit verrathen wurde. Zahlreiche Ver-

haftungen wurden vorgenommen, und da die Rache der herrſchenden Partei nicht blos die Führer der Gegner, deren Haupt der Dr. Steiger war, bedrohte, ſo entzogen ſich über 1200 Liberale der Gefahr durch die Flucht. Unter dieſen Umſtänden war der Ausbruch eines förmlichen Bürgerkrieges nur eine Frage der Zeit. Denn die Flüchtigen ſannen begreiflicher Weiſe unabläſſig darauf, mit fremder Hülfe gewaltſam in ihre Heimat zurückzukehren, während die Ultramontanen in Vorausſicht eines ſolchen Verſuches ſich zum Widerſtande bereit hielten. Kaum ein Vierteljahr verging, ſo trat das Erwartete ein. Freiſchaaren, deren Bildung die Tagſatzung erfolglos verboten hatte, überfielen, von dem Berner Ochſenbein und dem Aargauer Rothpletz geführt, am 30. März 1845 den Canton Luzern und rückten gegen die Hauptſtadt vor. Indeß die Regierung war zu ihrem Empfange bereit, und ſchon in der folgenden Nacht wurden die Eindringlinge über die Grenze zurückgeworfen, nicht ohne daß über 100 das Wagniß mit ihrem Leben und beinahe 2000 mit der Freiheit büßten. Sofern dieſe letzteren andern Cantonen angehörten, wurden ſie gegen ein Löſegeld, welches die Tagſatzung beſtimmte, freigegeben; den gefangenen Luzernern aber drohte das ſchlimmſte Schickſal; Steiger wurde zum Tode verurtheilt; doch gelang es ihm, durch Liſt aus dem Kerker zu entkommen. Nicht daſſelbe Glück begünſtigte ſeinen erbitterten Gegner, den Peter Leu, der im Juli deſſelben Jahres der Kugel eines Meuchelmörders zum Opfer fiel, der traurigſte Beweis, bis zu welcher Hitze ſich die Leidenſchaften bereits geſteigert hatten. Als ein weiteres Zeichen dafür konnte die Wahl gelten, durch welche die Berner keinen Geringeren als den Führer des Freiſchaarenzuges, den General Ochſenbein, an die Spitze ihres Cantons und damit, wenn dieſen die Reihe traf, Vorort zu ſein, an die Spitze des ganzen Bundes beriefen. Die Luzerner antworteten auf dieſe unverhüllte Drohung durch einen nicht minder verſtändlichen Schritt; ſie erneuerten das Sarner Bündniß von 1832, indem ſie mit den übrigen ſtrengkatholiſchen Cantonen, Uri, Unterwalden, Schwyz, Zug, Freiburg und Wallis, einen Vertrag ſchloſſen, welchen die Gegner als einen „Sonderbund“ brandmarkten. Es wäre alsbald zu einem offenen Kriege zwiſchen beiden Lagern gekommen, wenn nicht eine ziemlich anſehnliche Mittelpartei, aus den Cantonen Genf, St. Gallen, Baſel-Stadt, Neuenburg und Appenzell beſtehend, den Gegenſatz zu mildern bemüht geweſen wäre und es verhindert hätte, daß übereilte Beſchlüſſe auf der Tagſatzung zu Stande kamen. Deshalb beeiferten ſich die Radicalen unabläſſig, in einem Theile dieſer Cantone ſelbſt ans Ruder zu kommen. Mittelſt eines Aufruhrs, deſſen Leitung James Fazy beſorgte, gelang ihnen das im October 1846 in Genf und bald darauf auch in St. Gallen. Nun verfügten ſie über die Mehrheit der Stimmen, und es war vorauszuſehen, daß die Tagſatzung von 1847 die Auflöſung des Sonderbundes, wie Zürich ſie ſchon 1846 beantragt hatte, beſchließen werde. Nur die Einmiſchung des Auslandes hätte dieſen Beſchluß und ſeine unausbleibliche Folge, den Bürgerkrieg, noch hintertreiben können. Aber die Großmächte waren

Der Sonderbund.

in dieſer Frage nichts weniger als einig. Rußland verhielt ſich ziemlich gleichgültig; England hingegen nahm entſchieden Partei für die Liberalen, während Oeſtreich und Frankreich, obgleich der Proteſtant Guizot Louis Philipps Miniſterpräſident war, mit Leidenſchaft auf die Seite der Ultramontanen getreten waren. Nicht viel anders ſtand Friedrich Wilhelm IV. zu der Sache, die ihn um ſo näher anging, als er kraft des wiener Friedens noch immer Souverän von Neuenburg war. Dieſer Canton gerieth aber jetzt in die größten Verwicklungen. Er hatte bei ſeiner überwiegend proteſtantiſchen Bevölkerung nicht eben Anlaß, den Ultramontanen den Sieg zu wünſchen; aber auch die Unterwerfung der Einzelcantone unter die Mehrheitsbeſchlüſſe der Tagſatzung lag nicht in ſeinem Vortheil, da aus dieſem Grundſatz grade für ihn bei ſeiner eigenthümlichen Stellung zu Preußen leicht Verlegenheiten erwachſen konnten. Als nun trotz des Einſpruches der conſervativen Großmächte die Tagſatzung am 20. Juli 1847 die Auflöſung des Sonderbundes verfügte, befand ſich Neuenburg auf Seiten der Minderheit, ohne doch für den Sonderbund eintreten zu wollen oder zu können. Bald verſchlimmerte ſich die Lage noch mehr. Die Zwölfermehrheit der Tagſatzung beſchloß am 3. September die Vertreibung der Jeſuiten aus der geſammten Schweiz. Dieſem Gebote verweigerten die ſieben Cantone ebenſowohl den Gehorſam wie dem vorhergehenden; das Aeußerſte, wozu ſie ſich verſtehen wollten, war die Auflöſung ihres Bündniſſes für den Fall, daß die Tagſatzung die Jeſuitenfrage ſowie den Aargauer Kloſterſtreit dem Schiedsſpruch des Papſtes unterbreiten wolle. Darauf ging die Mehrheit natürlich nicht ein, und da auch das Verlangen der Großmächte mit Ausſchluß Englands, ſich dem Ausſpruch eines Congreſſes zu unterwerfen, abgelehnt wurde, ſo konnten nur noch die Waffen entſcheiden. Und dieſe entſchieden ſchnell. Ende October beriefen die Sonderbundscantone ihre Vertreter von der Tagſatzung ab, am 4. November beſchloß dieſe die Anwendung der Gewalt. Mit einem Heere von 30,000 Mann ſetzte ſich General Dufour zunächſt gegen Freiburg in Bewegung und erzwang die Unterwerfung dieſes Cantones; acht Tage darauf mußte auch Zug ſich fügen. An der luzerner Grenze bei Gieslikon und Rothkreuz kam es dann am 23. November zu dem entſcheidenden Kampfe. Die Sonderbundstruppen wurden durch die Uebermacht ſchnell zum Rückzuge gezwungen und Luzern mußte ſich ergeben. Ehe noch der Monat zu Ende gegangen, waren auch Wallis, Schwyz, Uri und Unterwalden bezwungen und überall radicale Regierungen, in Luzern mit Dr. Steiger an der Spitze, eingeſetzt. 378 Kanonenſchüſſe hatten ausgereicht, den Krieg zu Ende zu führen. Dieſe ſchnelle Entwicklung hatte den Großmächten eine bewaffnete Einmiſchung, wie ſie wohl in ihrer Abſicht lag, unmöglich gemacht; das Geſchehene mit Gewalt rückgängig zu machen, war an ſich ſchon ſchwierig, der ſchnelle Ausbruch der Februarrevolution ließ es aber auch nicht einmal zu einem Verſuche der Art kommen. Eine drohende Note, welche die vier Mächte im Januar 1848 übergeben ließen, um die Wiederherſtellung der vollen Cantonalſouveränität zu fordern,

Die Stellung Neuenburgs.

Der Sonderbundskrieg.

Die Großmächte.

war wie ein Schlag ins Waſſer und unter dem Schutze der gewaltigen Bewegung von 1848 vollzog die Schweiz ungeſtört ihre Umwandlung aus einem Staatenbund zu einem Bundesſtaat. Am 12. September wurde die neue Verfaſſung angenommen, durch welche die alte Tagſatzung beſeitigt und durch die Bundesverſammlung, beſtehend aus Stände- und Nationalrath, erſetzt ward. Bern wurde zum ſtändigen Vorort beſtimmt und die oberſte Leitung einem Bundesrathe, den die Bundesverſammlung zu wählen hat, mit einem jährlich wechſelnden Vorſitzer übertragen. Neuenburg trat in dieſes neue Bundesverhältniß nicht mehr als preußiſches Fürſtenthum ein; es hatte ſein Verhältniß zu ſeinem Souverän durch eine kurze Revolution zu Anfang März gelöſt und den preußiſchen Statthalter General von Pfuel zur Flucht gezwungen. Umſonſt war Friedrich Wilhelm bemüht geweſen, ihm die Geldſtrafe, zu welcher die Tagſatzung es wegen ſeiner eigenmächtigen Neutralität im Sonderbundskriege verurtheilt, zu erſparen und die Herrſchaft des Radicalismus von ihm abzuwehren. Wenn eine kleine Partei dem hohenzollerſchen Hauſe auch treu ergeben war, ſo fühlte die Mehrheit der Bevölkerung ſich doch zu ſehr als Schweizer, um der Verbindung mit der norddeutſchen Großmacht irgend welchen Werth beizulegen, und wenn der König ſeinerſeits ſich aus allen Kräften ſträubte, das Geſchehene anzuerkennen, ſo waren es doch auch bei ihm nicht die wirklichen Intereſſen ſeines Landes, ſondern das Ueberwallen einer krankhaften Gefühlspolitik, welches ihn zu ſeinem Widerſtande und ſeiner ſpäteren thörichten Handlungsweiſe verleitete.

Verfaſſungsreform.

Abfall von Neuenburg.

Darin hatte er allerdings ſo Unrecht nicht, daß er den Schweizer Vorgängen, dem Siege des Radicalismus, eine hervorragende Bedeutung für das geſammte Europa zuſchrieb. Es war derſelbe in der That einer der Feuerfunken, welche herumflogen und die große Exploſion des Jahres 1848 herbeiführten. Aber daß er dieſe Wirkung haben konnte, war doch ausſchließlich dadurch bedingt, daß er ein Pulverfaß vorfand, welches er entzünden konnte, und dieſes Pulverfaß war Frankreich. Die Schilderung der Zuſtände, welche dort herrſchten, wird uns zu den Stürmen des „tollen Jahres" hinüberleiten.

Frankreich bis zur Februar-Revolution.

Kriegeriſchen Ruhm hatte das Julikönigthum eigentlich nur in Afrika zu erringen geſucht. Die Capitulation vom 4. Juli 1830 hatte die Stadt Algier in die Hände der Franzoſen gebracht und ſie, ſoweit es auf den Dey ankam, auch zu Herren des ganzen Landes gemacht. Aber es war keinen Augenblick möglich, ſich darüber zu täuſchen, daß die Abdankung des bisherigen Herrſchers und die Bewältigung der Bevölkerung zwei ganz verſchiedene Dinge ſeien. Allerdings erklärten zwei der großen Vaſallen des Deys, die Beys von Oran und Tittery (Hauptſtadt Bona) im erſten Schreck ihre Unterwerfung, und nur der dritte, der von Conſtantine, verweigerte ſie.

Kämpfe in Algier.

Allein eine Schlappe, welche Bourmont sich vor der Stadt Blida holte, fachte überall die Widerstandslust von Neuem an, und nicht einmal in Algier selbst konnten die Franzosen sich sicher fühlen. Bourmonts Nachfolger, der Marschall Clauzel, blieb zu kurze Zeit am Ruder, als daß er viel hätte ausrichten können, und Savary, der Ende 1831 den Oberbefehl erhielt, fachte durch seine unmenschliche Kriegführung, die vor der Niedermetzelung eines ganzen Stammes nicht zurückschreckte, die Wuth der Araber nur noch mehr an. Mühsam hatte er sich gegen einen gewaltigen Angriff der verbündeten Stämme zu verteidigen, und sein paschamäßiges Regiment, dem auch die europäischen Ansiedler unterstellt wurden, schreckte überdies von der so überaus nöthigen Einwanderung ab. Diese nahm etwas zu, seitdem General Desmichels — Savary hatte zwischendurch schon wieder mehrere Nachfolger gehabt — mit dem gefährlichsten Häuptling der westlichen Stämme, dem jugendlichen Abdel Kader, im Februar 1834 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen und die Regierung unter Zustimmung der Kammern endgültig die Besitznahme des Landes beschlossen hatte. Aber nicht einmal die Küstenebene war in ihrer Gewalt; von Blida aus bedrohten die Hadschuten die Ansiedler und Abdel Kaders Freundschaft dauerte kaum ein Jahr. Sieg und Niederlage wechselten in bunter Reihe ab und kaum die Mauern von Algier und Oran boten eine leidliche Sicherheit. Clauzel, der von der parlamentarischen Opposition begünstigt, im November 1835 zum zweiten Male den Oberbefehl erhielt, vernichtete wenigstens die Hadschuten und unternahm ein paar nicht unrühmliche Züge nach Maskara und Tlemsen gegen Abdel Kader; allein da er sich dort nicht halten konnte, so war nicht viel damit gewonnen, und auch ein großer Sieg, den in seiner Abwesenheit General Bugeaud am Flusse Sikak über den Emir davontrug (am 4. Juli 1836), war ohne dauernde Folgen; der unermüdliche Gegner stand ein paar Wochen später wieder kampfbereit im Felde. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse im Westen von Algier, wo Achmet Bey von Constantine ein persönlich zwar unbedeutender, aber durch seine eigene Macht und durch seine Verbindung mit dem Bey von Tunis gefährlicher Gegner war. Seine Hauptstadt, die auf einem hohen Felsen gelegen und an drei Seiten von einem wilden Bergstrom umflossen war, wollte Clauzel im November 1836 erobern. Aber der Sturm mißglückte völlig; Regenwetter und Mangel an Lebensmitteln erschwerten den Rückzug, und nur der Kriegskunst des erfahrenen Führers war es zu danken, daß nicht die ganze Heeresabtheilung zu Grunde ging. Trotzdem daß er sich nichtsweniger als unfähig gezeigt, wurde nun auch Clauzel wieder abberufen, und noch einmal im Osten und Westen der Weg gütlicher Unterhandlungen betreten. Mit Abdel Kader kam ein Vertrag auch wirklich zu Stande. In einer Zusammenkunft, die er am 1. Juni 1837 mit Bugeaud an dem Flusse Tafna hatte, verpflichtete er sich zur Zahlung eines Tributes von Getreide und Rindvieh, wofür ihm freilich der Besitz von fast ganz Algier bis auf einige Küstenstriche und Constantine zu-

Abdel Kader.

Achmet Bey.

geſtanden wurde. Dieſelben Bedingungen wurden auch Achmet Bey geſtellt, aber er lehnte ſie ab. Nun war ein zweiter Zug gegen Conſtantine ehrenhalber nicht mehr zu umgehen. Glücklich wurden die Schwierigkeiten des Marſches und die Unbill des Wetters überſtanden; am 6. October langte der commandirende General Damrémont vor der Stadt an. Den Sturm zu leiten war ihm nicht beſchieden; am Tage vorher ſtreckte ihn eine feindliche Kugel zu Boden. Doch war Alles vortrefflich vorbereitet und das Unternehmen glückte, wenngleich mit ſchweren Opfern. Am 13. October wurde unter Valées Führung die Feſte erſtürmt; Oberſtleutnant Lamoricière war der erſte in der Breſche. Mit dem Muthe der Verzweiflung ſetzten Einwohner und Beſatzung den Kampf in den Häuſern und Straßen fort; hunderte fanden ihren Tod durch den Sturz von den ſteilen Felſen; andere entkamen mit Hülfe von Seilen, an denen ſie ſich herabließen. Der Ueberlebenden wurde geſchont, die Stadt aber der erbarmungsloſeſten Plünderung preisgegeben.

Erſtürmung von Conſtantine.

Für ein paar Jahre war damit die Ruhe erkauft; aber welche Sicherheit gab es für ihre Dauer, ſo lange Abdel Kader in ungeſchwächter Kraft daſtand und Nichts als der Vertrag von der Tafna ihn in Schranken hielt? Bald genug traten Anzeichen hervor, daß er von Neuem an Krieg denke, und ſchneller, als man erwarten konnte, loderte ohne beſonderen Anlaß im October 1839 die Flamme der Empörung im ganzen Lande wieder auf. Bis vor die Mauern Algiers und der anderen Küſtenſtädte drang der kühne Emir und eine bange Zeit verging, bis Verſtärkungen aus dem Mutterlande eintrafen, die bedeutend genug waren, ihn zurückzutreiben. Jahre lang wogte nun der Krieg hin und her; faſt immer trug die beſſere Bewaffnung und der Muth des franzöſiſchen Heeres den Sieg davon; aber dieſe Siege auszunutzen, machten die Liſt und Ausdauer des Feindes nicht minder als die Beſchaffenheit des Kriegsſchauplatzes zur Unmöglichkeit. Auch Valée, dem die Eroberung von Conſtantine den Marſchallſtab eingetragen hatte, büßte über dieſer undankbaren Aufgabe ſeinen Ruhm wieder ein; zu Anfang 1841 wurde er durch Bugeaud erſetzt. Dieſem erwies ſich das Glück freundlicher; es gelang ihm im Laufe des Jahres Abdel Kader bis an und über die marokkaniſche Grenze zurückzudrängen; zwar unternahm derſelbe von dort aus in den nächſten beiden Jahren in alter Unermüdlichkeit immer neue Einfälle in das franzöſiſche Gebiet; allein die Unterſtützung, die er von den Marokkanern erhielt, wurde immer geringer, und im Mai 1843 gelang den Franzoſen endlich ein Hauptſchlag, der in den Kreiſen des Hofes und der Regierung um ſo größeren Jubel erregte, als ein Sohn des Königs ihn ausführte. Der Herzog von Aumale, der gleich ſeinen Brüdern Orléans und Nemours an den afrikaniſchen Feldzügen wiederholt Theil genommen, überfiel und eroberte nämlich das wandelnde Hoflager Abdel Kaders, die ſog. Smalah, und brach dadurch ſeine Macht ſo vollſtändig, daß ein einziges Treffen die letzten Hülfsmittel des Gegners aufrieb. Aber aus dem Kriege gegen den aufrühreriſchen Emir entwickelte ſich nun ein Krieg gegen Marokko. Die

Kämpfe mit Abdel Kader.

Krieg mit Marokko.

Hülfe, welche jenem von dort zu Theil geworden, und mancherlei Grenzverletzungen, welche kaum zu vermeiden waren, führten im Mai und Juni 1844 zu Gefechten, ehe noch der Krieg wirklich erklärt war. Lamoricière und Bugeaud schlugen die Feinde, und der letztere, seit seinen Erfolgen über Abdel Kader Marschall, besetzte die marokkanische Stadt Uschda. Niemand war mit diesen Vorgängen weniger zufrieden als das englische Cabinet, das die wachsende Befestigung und Ausdehnung der französischen Macht in Afrika voll Unruhe beobachtete. Durch seinen Consul in Tanger, Drummond Hay, verlangte und erreichte es deshalb von dem Kaiser Abderrahman, daß er den französischen Forderungen Genüge leiste. Aber diese Nachgiebigkeit kam zu spät, als daß sie den Marokkanern ein paar harte Schläge hätte ersparen können. Anfang August zerstörte Joinville mit der französischen Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador, und am 14. desselben Monats schlug Marschall Bugeaud die Feinde am Flusse Isly, und erwarb sich dadurch den Herzogstitel. Der Friede, der am 10. September abgeschlossen wurde, war trotzdem ein sehr glimpflicher; Abdel Kader wurde ausgewiesen und die Grenze regulirt; härtere Bedingungen verhinderte England, das in Folge dessen den Unwillen der öffentlichen Meinung in Frankreich mit der Regierung Louis Philipps theilen mußte. Die Ausweisung Abdel Kaders war aber leichter zugesagt als in Ausführung gebracht. Der tapfere Emir war entschlossen, lieber seinen bisherigen Beschützer Abderrahman seinerseits aus dem Lande zu jagen. Der innere Krieg, welcher darüber in Marokko entstand, dauerte bis 1847; er endete mit Abdel Kaders Niederlage und seiner Flucht auf französisches Gebiet. Hier ergab er sich dem General Lamoricière unter der Bedingung, daß er freien Abzug nach Syrien oder Aegypten erhalte. Obgleich ihm nicht allein Lamoricière, sondern auch der damalige Statthalter von Algier, Aumale, die Erfüllung zugesagt hatten, verweigerte doch Louis Philipp die Bestätigung und ließ den Gefangenen nach Frankreich bringen, wo er bis 1852 überwacht und dann endlich nach Brussa in Klein-Asien entlassen wurde.

Abdel Kader gefangen.

Endgültig gesichert war der Besitz von Algier auch jetzt noch nicht; dauern doch die Kämpfe mit den eingeborenen Stämmen bis zum heutigen Tage fort, ohne das Ende erkennen zu lassen. Aber die Fortschritte waren gleichwohl bedeutend; man konnte die kriegerische Eroberung weiter Provinzen als vollendet ansehen; es war Zeit, daß die friedliche Eroberung durch Ansiedlung und Anbau ihr folgte. Allein auf diesem Felde waren den Franzosen keine Triumphe beschieden; sie bewährten nur von Neuem ihr sprüchwörtliches Ungeschick in der Colonisation. Damit ging ihnen der Hauptwerth der neuen Besitzung verloren, und der einzige, freilich nicht unerhebliche Vortheil, den ihnen Algier brachte, bestand darin, daß es eine vortreffliche Schule für ihre Armee war. Gradezu alle militärischen Namen, die sich in den nächsten Jahrzehnten in den inneren Wirren des Mutterlandes und auf den europäischen Schlachtfeldern einen Klang erwarben, tauchten in Algier zuerst aus dem Dunkel der Unbekanntschaft auf.

Bedeutung Algeriens für Frankreich.

Freilich trugen jene Kämpfe durch ihren grauſamen und barbariſchen Character auch unendlich viel zur Verwilderung des franzöſiſchen Heeres bei, und mehr als einen berühmten Namen der franzöſiſchen Kriegsgeſchichte ſchändet das Brandmal unmenſchlicher Rohheit. Für die Julidynaſtie war der Kampf in der afrikaniſchen Beſitzung, ſo oft er auch zu Unbequemlichkeiten führte, im Ganzen doch ein ſehr werthvolles Mittel, um zunächſt im Heere und ſodann, durch die Befriedigung der Sucht nach militäriſchem Ruhm, auch im Lande Beliebtheit zu gewinnen. Die Betheiligung der königlichen Prinzen an dieſen Feldzügen ließ einen Schimmer kriegeriſchen Glanzes auch auf den Thron Louis Philipps fallen, der perſönlich weder Neigung noch Befähigung hatte, ihn zu erwerben. Je ſichtlicher aber ſeine Volksthümlichkeit im Abnehmen begriffen war, um ſo mehr mußte dieſe Stütze an Werth gewinnen. Mehrere ſeiner Söhne erfreuten ſich bei dem Volke einer nicht geringen Beliebtheit, beſonders der älteſte von ihnen und vorausſichtliche Thronfolger, der Herzog von Orléans. Seine Vermählung mit der Prinzeſſin Helene von Mecklenburg und der gute Eindruck, den er bei ſeiner Bräutigamsreiſe in Berlin und Wien zurückgelaſſen, machten ihn im vollſten Sinne zur Hoffnung ſeines Hauſes. Es war ein harter Schlag für den alternden König, daß grade dieſer Sohn ihm durch einen jähen Tod entriſſen wurde. Im Begriff zu einer großen Truppenmuſterung abzureiſen, fuhr der Herzog am 13. Juli 1842 von Paris nach Neuilly, um ſich vom Könige zu verabſchieden. Plötzlich ſcheuten die Pferde und gingen mit dem Wagen durch. Der Herzog hielt die Gefahr für größer als ſie war, und wollte ſich durch einen Sprung retten. Allein dieſer fiel ſo unglücklich aus, daß der Prinz auf der Stelle das Bewußtſein verlor und ein paar Stunden darauf in einem benachbarten Hauſe, in das man ihn geſchafft, den Geiſt aufgab.

für den König.

Der Herzog von Orléans.

Für die Geſchicke der königlichen Familie war das Ereigniß um ſo bedrohlicher, als der zweite Sohn Louis Philipps, der Herzog von Nemours, von allen ſeinen Brüdern der wenigſt beliebte war und nichtsdeſtoweniger doch auf ihn die Regentſchaft übergehen mußte, wenn der König ſtarb, ehe der älteſte Sohn des Herzogs von Orléans, der vierjährige Graf von Paris, das Alter der Mündigkeit erreichte. Nun konnte man freilich nach altem Brauch die Mutter des Thronfolgers, die Herzogin Helene, zur Regentin ernennen; aber ſie war eine Deutſche, ſie war Proteſtantin und vor Allem ſie war eine Frau. Durfte man ihr die Kraft zutrauen, in ſtürmiſch bewegten Zeiten, wie ſie der Tod Louis Philipps leicht herbeiführen konnte, die Zügel der Herrſchaft in der Hand zu behalten? Daß aus den Reihen der Oppoſition Lamartine ſich zu ihrem Ritter aufwarf und für ſie das mütterliche Recht, ihres Kindes Stellvertreter zu ſein, beanſpruchte, war gewiß keine Empfehlung. Die feinfühlende Fürſtin bemerkte ſelbſt ſehr richtig den wirklichen Beweggrund des politiſirenden Dichters. Herr von Lamartine, ſo meinte ſie, hat zwar für *mich*, aber er hat gegen die Regierung des Königs geſprochen. Die getreue Mehrheit der Abgeordneten erklärte ſich natürlich für den Vorſchlag des Mini-

Das Regentſchaftsgeſetz.

steriums und übertrug noch im Juli 1842 dem Herzog von Nemours eintretenden Falls die Regentschaft. Wenn man nur auf diese allezeit willfährige Kammermehrheit sah, so hätte man glauben müssen, daß der Thron der Orléans auf den festesten Grundlagen ruhe. Um den Anfang der vierziger Jahre waren die Feinde der neuen Dynastie nur als kleines Häuflein unter den Vertretern des Volkes zu finden; auch verriethen sie nur geringe Zuversicht, daß ihrer Wünsche eine nahe Erfüllung harre. Auch das änderte sich jedoch mit dem Tode des Herzogs von Orléans. Schon im nächsten Jahre erhoben die Legitimisten von Neuem ihre Fahne, die länger als ein Jahrzehnt tief gesenkt gehalten war. Der Graf von Chambord, oder, wie sie ihn nannten, Heinrich V., ihr 23jähriger Thronprätendent, erschien in London und nahm dort die Huldigungen seiner Anhänger entgegen, die zahlreich zu ihm hinüber wallfahrten. Auch die Abgeordneten der Partei, Berryer an ihrer Spitze, trugen kein Bedenken, ihren zukünftigen König zu begrüßen, und der Grimm der Regierung konnte sich nur in ohnmächtigen Zornesausbrüchen Luft machen. Ja, als die Kammer in einer Adresse an den König die Reise der Legitimisten als eine Handlung bezeichnete, welche von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt werde, da trat die ganze Opposition bis zu den äußersten Republikanern für die Angegriffenen in die Schranken und die „öffentliche Meinung" widersprach dem Urtheil der Ministeriellen, indem sie Berryer und seine Genossen nach ihrem freiwilligen Austritt aus der Kammer sogleich wieder zu Mitgliedern derselben erwählte.

Graf Chambord und die Legitimisten.

Die dynastische Opposition.

Auch die Republikaner rührten sich seit 1842 mit neuem Eifer, geleitet von Ledru Rollin, der in diesem Jahre Abgeordneter wurde und das allgemeine Wahlrecht zu seinem Schlachtruf machte. Und doch schadete er mit seinen Freunden und schadeten die Anhänger Chambords dem Julikönigthum viel weniger als die Männer der Linken, die keineswegs beabsichtigten, die Orléans zu stürzen, ja die zum Theil erheblich zu der Wahl Louis Philipps beigetragen hatten. Die dynastische Opposition in ihren mannigfaltigen Schattirungen, die Thiers, Odilon Barrot, Lamartine, nährten durch ihre Angriffe auf das Ministerium Guizot zugleich die Geringschätzung gegen den König. Der heftige Tadel, den sie bei jeder Gelegenheit gegen das „Ministerium des Auslandes" erhoben, reizte den Stolz der Franzosen, die keine abhängige Politik dulden wollten. Die übertriebenen Schilderungen, welche sie von der Unzufriedenheit des Landes gaben, erzeugten oder steigerten diese Unzufriedenheit auch da, wo sie entweder noch gar nicht oder nur erst in schwachen Ansätzen vorhanden war. So konnte Lamartine das Schlagwort, das er zuerst ausgab: Frankreich langweilt sich, allmählich getrost in das andre umwandeln: Frankreich geräth in Besorgniß — La France s'ennuie, la France s'attriste. Auch fehlte es nicht an mannigfachen Anzeichen, die zur Besorgniß auffordern mußten. In den höheren Gesellschaftsclassen zeigten sich Spuren einer tiefen sittlichen Verderbniß, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bestechungssysteme stand, durch

Corruption.

welches sich Louis Philipp seit langen Jahren seine Kammermehrheiten gesichert hatte. Bei der Verwaltung der Kriegshäfen und der öffentlichen Getreidemagazine kamen unerhörte Unterschleife an den Tag. Dem Minister des Innern Duchatel wurde von dem Herausgeber der Presse, Emil von Girardin, öffentlich vorgeworfen, bei einer großartigen Erpressung mitgewirkt zu haben; er verteidigte sich nicht dagegen. Derselbe Girardin klagte den Abgeordneten Granier von Cassagnac an, seine Abstimmungen sich bezahlen zu lassen, und behauptete, daß Sitze in der Pairskammer von dem Ministerium verkauft würden; weder der eine noch der andere Vorwurf wurde einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Bedurfte es da noch weiterer Beweise für diese und ähnliche Beschuldigungen? War es nicht natürlich, daß man aus dem Stillschweigen der Angeklagten ihr Schuldbewußtsein folgerte, und aus den gerichtlich erhärteten Betrügereien den Schluß auch auf die Fälle zog, die nicht zur richterlichen Entscheidung kamen? Was man den Ministern Louis Philipps zutrauen dürfe, zeigte besonders der Prozeß gegen zwei von ihnen, den ehemaligen Kriegsminister General Cubières und den früheren Bautenminister Teste, die gemeinsam einer Bergwerksgesellschaft eine werthvolle Concession verkauft hatten und von dem Pairshofe für schuldig erkannt wurden. Der Selbstmord, durch welchen Teste seinem Leben ein Ende machen wollte, stand auch nicht vereinzelt da. Graf Bresson, der den Grafentitel den spanischen Heiraten verdankte, die er als Gesandter in Madrid vermittelt, schnitt sich in Neapel mit seinem Rasirmesser den Hals ab. Ungleich schauerlicher noch war die Geschichte des Herzogs von Choiseul-Praslin, der seine Frau, eine Tochter des Marschalls Sebastiani, ermordete und dann im Gefängniß sich selbst vergiftete. Eine arge Fäulniß, das war nicht zu leugnen, drohte sich ansteckend in der höheren Gesellschaft, in den Kreisen, welche fast ausschließlich das Staatsruder lenkten, zu verbreiten, und wer wollte Lamartine Unrecht geben, wenn er den Fall des Königthums prophezeite, das aus einer Nation von Bürgern eine Rotte von Schacherern mache und die mit dem Blute der Väter eroberte Freiheit an den Meistbietenden verkaufe. Leitete doch auch des Königs eigener Sohn Joinville in einem vertraulichen Briefe, den er an seinen Bruder Nemours schrieb, alles Unglück in der äußeren und inneren Politik allein von seines Vaters Verblendung ab, der keine Gegenvorstellungen annehme, der allein regieren wolle, und dem doch in Folge seines hohen Alters die Kraft fehle, männliche Entschlüsse zu fassen.

Der Socialismus.

Aber auch in den unteren Schichten der Bevölkerung wühlten verderbliche Einflüsse. Die socialistischen und communistischen Ideen hatten sich in den letzten zwanzig Jahren in den Arbeiterklassen tief eingefressen. Obgleich in verschiedene Secten getheilt, die theils neben einander bestanden, theils sich ablösten, wirkten doch die Anhänger dieser Lehre zuletzt alle nach derselben Richtung. Die zum Theil sehr bedeutenden Unterschiede, welche zwischen ihren Theorien obwalteten,

verſchwanden vor den Augen der Maſſe gegenüber dem einen gemeinſamen Grundzuge, daß die beſtehende wirthſchaftliche Ordnung verwerflich ſei und daß die Menge der Beſitzloſen das Recht und die Macht habe, an den Gütern der beſſer geſtellten Minderheit Theil zu nehmen. Auf mehr oder minder weitem Umwege liefen zuletzt alle die verſchiedenen Syſteme in dem einen Ziele zuſammen, das perſönliche Eigenthum aufzuheben und den gemeinſamen Genuß des gemeinſamen Arbeitsertrags an deſſen Stelle zu ſetzen. Ein äußerer Zuſammenhang beſtand zwiſchen den meiſten dieſer Schulen nicht.

Proudhon. Buonarotti, Saint Simon, Fourier, Cabet, Proudhon, ein Jeder arbeitete ſich ſein eigenes Ideal der Zukunftsgeſellſchaft aus und ſuchte es nach Maßgabe des Anhangs, den er gewann, und der Mittel, die er ſich dienſtbar machen konnte, ins Leben zu führen. Der ſchärfſte Denker von allen war Proudhon, zugleich aber auch derjenige, welcher dem praktiſchen Leben am fernſten ſtand. Mit unerbittlicher Schärfe vernichtete er die Syſteme ſeiner Vorgänger und Nebenbuhler, ohne ſelbſt etwas Ausführbares vorſchlagen zu können. Dennoch bot er der ſocialiſtiſchen Bewegung einen der wirkſamſten Hebel durch die Erklärung, welche er von dem Begriff „Eigenthum“ aufſtellte. Eigenthum iſt Diebſtahl: dieſes Schlagwort ſprach den oberſten Satz aller communiſtiſchen Glaubensbekenntniſſe in faßlicher Nacktheit und ohne alle verdunkelnden Nebenumſtände mit nachdrücklicher Klarheit aus. Es war deshalb im Stande, die Maſſen zu packen und für die Stunde der Revolution vorzubereiten, der Revolution, von der allein der Communismus ſein Heil erwarten durfte. Denn die Verſuche, auf dem Wege der Reform allmälig die geſellſchaftlichen Zuſtände dem erträumten Ideal anzunähern, erwieſen ſich einer nach dem andern als unausführbar, auch wenn ihnen Anfangs begeiſterte und opferwillige Unterſtützung aus den Kreiſen der Gebildeten und Begüterten entgegen getragen war. Am ſchnellſten und ſcheinbar am kräftigſten ſchoß das

St. Simonismus. erſte dieſer Syſteme, der Saint-Simonismus, empor, freilich erſt nach dem Tode ſeines Stifters, des Grafen St. Simon († 1825). Unter ſeinen Schülern befanden ſich bedeutende Männer, wie der Nationalökonom Michel Chevalier, Carnot, der Sohn des bekannten Conventsmannes, oder der ſpäter zu großem Reichthum gelangte Bankier Pereire. Sie bildeten eine geſchloſſene Familie, an deren Spitze zwei „Väter“, Enfantin und Bazard, traten. Ihr Anhang und die Geldmittel, die ihnen zufloſſen, waren ſo bedeutend, daß ſie mit dem Könige über die gütliche Abtretung ſeiner Regierungsrechte glaubten Unterhandlungen anknüpfen zu dürfen. Aber die Zeit des Aufſchwungs war kurz genug. Vater Enfantin und ein Theil der Genoſſen wollten die Gemeinſamkeit des Beſitzes von dem Vermögen auch auf die Weiber übertragen und führten dadurch einen Bruch mit dem Theil der Familie herbei, der die altväteriſche Moral in dieſem Puncte doch für nicht veraltet hielt. Nur ein kleines Häuflein blieb dem Vater Enfantin treu und folgte ihm in ſeine Anſiedlung zu Ménilmontant bei Paris. Das harmloſe Daſein, welches ſie hier

— mit Ausschluß jeder weiblichen Gemeinschaft — führten, wurde bald durch die Polizei gestört, und die Verurtheilung der Häupter (wegen gesetzwidriger Verbindung und Verbreitung unsittlicher Lehren) zersprengte die Genossenschaft. In den allgemeinsten Umrissen hatte mit diesem Enfantin'schen Familiensystem das Project, welches Fourier plante, einige Aehnlichkeit. Er wollte eine Schaar von 1500 bis 1800 Menschen (eine Phalanx nannte er sie) zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben in einem einzigen Wohnorte, dem Phalansterium, vereinigen. Wenn es ihm nur gelinge, eine einzige Genossenschaft der Art zu Stande zu bringen, so hoffte er durch die Macht des Beispiels bald alle Staaten in solche Phalansterien aufgelöst zu sehen; aber diesen ersten Schritt zu thun, war ihm selbst nicht vergönnt, und die Versuche, welche später in Amerika gemacht wurden, scheiterten vollkommen. Nach Amerika flüchtete sich auch ein dritter Neuerer mit seinen Reformbestrebungen: Cabet, der seinen Idealstaat unter dem Namen Ikarien in der Form einer Reisebeschreibung geschildert hatte. Seine Bürger sollten alle Arbeitserzeugnisse dem Gewerbsausschusse, der die Stelle der Regierung vertrat, einliefern und dieser sie in völlig gleicher Weise vertheilen, die Trägen aber, die den Dieben gleich zu achten seien, durch Zwang zur Arbeit anhalten. Er hatte mit seinen praktischen Versuchen kaum größeres Glück als die Fourieristen, und stellte sie überdies erst nach 1848 an. Aber seine Ideen wirkten schon vorher auf die Massen und auf einzelne überspannte Köpfe. Die einflußreichsten Agitatoren waren indeß in dem ersten Jahrzehnt der Julidynastie der Italiener Buonarotti und in dem zweiten der Schriftsteller Louis Blanc. Buonarotti bildete gleichsam das Bindeglied zwischen dem neueren Communismus und dem der Revolutionszeit; er hatte schon jener Verschwörung angehört, die Gracchus-Babeuf im Jahre 1796 gegen das Directorium angezettelt hatte; nach vieljährigem Aufenthalt im Ausland kehrte er bald nach der Revolution von 1830 nach Paris zurück und erwarb sich einen mächtigen Einfluß unter den französischen und den fremdländischen Handwerksgesellen, die er zu geheimen Bünden vereinigte und als Apostel seiner Lehre in ihre Heimat entließ. Louis Blanc suchte, ebenso wie Proudhon, seine Sache so darzustellen, als ob sie von jeder Verwandtschaft mit den communistischen Systemen frei sei. Das persönliche Eigenthum und die Heiligkeit der Ehe sollten nicht angetastet werden. Eine Besserung der gesellschaftlichen Zustände lasse sich durch Steigerung des politischen Einflusses der arbeitenden Klassen erzwingen. Mit Hülfe desselben solle die Arbeit organisirt werden. Der Staat müsse große gewerkliche Anstalten begründen und denselben das nöthige Kapital unverzinslich darleihen; an dem Gewinn nehme jeder Arbeiter nach dem Maßstabe seiner Bedürfnisse Theil. Durch gesetzliche Bestimmungen sollte das Erbrecht der Seitenlinien aufgehoben und nur für Eltern und Kinder beibehalten werden; in jedem andern Falle trete der Staat als Erbe ein. So ließ sich mit der Zeit eine Vernichtung der großen Privat-Vermögen und eine Vereinigung alles Kapitals in den Händen des

Fourier.

Cabet.

Buonarotti.

Louis Blanc.

Staates erzielen; es war also der Weg einer Ueberleitung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände in die künftigen communistischen gefunden. Mit dem einen Fuße ruhten diese Pläne — trotz ihrer Unausführbarkeit, die sich später erweisen sollte — auf den vorhandenen Verhältnissen und stellten greifbare Ziele durch packende Schlagwörter in den Vordergrund. Die „Organisation der Arbeit" war ebenso verständlich wie die Proudhon'sche Lehre von dem Eigenthum, das nur Diebstahl sei. Auf diese Weise wurden die socialistischen Gelüste zugleich in den Dienst der politischen Parteien gezogen und ein wichtiges Bündniß zwischen den Republikanern und den Social-Demokraten angebahnt. Wenn sich ihre Wege späterhin auch trennen mußten, so hatten sie doch als erste Station den Sturz der Monarchie, die Begründung der Republik gemein. Um dahin zu gelangen, galt es die Mehrheit in den Kammern zu gewinnen, was nur durch die Ausdehnung des Wahlrechts zu erreichen war. In dieser Forderung vereinigten sich daher fürerst alle oppositionellen Parteien.

Demokraten u. Socialisten.

Und nicht blos die Ausdehnung, sondern überhaupt die Reform des Wahlrechts, des activen und des passiven, verlangten sie. Die Kammern waren mit vollem Recht in die tiefste Mißachtung gesunken. Unbedenklich warf man ihnen und der Regierung den Vorwurf der Bestechlichkeit ins Gesicht. An diesem Vorwurf aber hatten auch die Wähler ihren Antheil, die sich häufig genug durch das Versprechen eines Brücken- oder Landstraßenbaues oder sonstiger Vortheile für ihren Bezirk dazu bestimmen ließen, einem Beamten oder der Regierung sonst genehmen Bewerber ihre Vertretung anzuvertrauen. Die Abgeordneten selbst ließen sich ebenso gut von dem Ministerium (durch Beförderung im Amte, Lieferungscontracte u. dgl.), wie von Eisenbahngesellschaften und anderen gewerblichen Genossenschaften (durch Eintritt in den Verwaltungsrath oder sonstige Vortheile) bestechen. Die Versuche der Opposition, das zu verhindern, blieben erfolglos. In der Session von 1847 wurde weder Rémusats Forderung, gewisse Beamtenclassen aus der Kammer auszuschließen, noch Crémieux's Vorschlag, die Betheiligung der Abgeordneten an industriellen Unternehmungen zu regeln, noch der Antrag Duvergiers de Hauranne auf eine gründliche Wahlreform angenommen. Dies bewog die Opposition, einen regelrechten Feldzug zu eröffnen, um die Stimme des Landes für die Reform zu gewinnen. Ein Wahlausschuß trat unter der Leitung Odilon Barrots mit einer Darlegung der herrschenden Uebelstände vor das Volk; er zeigte, wie ungleich das Wahlrecht vertheilt sei, wie hier 25,000, dort erst 150,000 Einwohner einen Vertreter zu wählen hätten, wie über 200 Beamte in der Kammer säßen, und wie alle weniger Bemittelten von jeder Bewerbung ausgeschlossen seien, da keine Diäten gezahlt wurden. Auf einem großen Bankett in Chateau rouge bei Paris wurden diese Gedanken in feurigen Reden weiter ausgeführt, und nach diesem Vorbilde in den verschiedensten Gegenden des Landes ähnliche Reformbankette veranstaltet. Die Regierung stellte sich, als fürchte sie, ge-

Ausdehnung des Wahlrechts.

Reformbankette.

ſtützt auf die Kammern, nichts von dieſer Bewegung; es ſei eine Aufregung, ſagte der König in ſeiner Thronrede vom 28. December, die von feindſeligen und blinden Leidenſchaften unterhalten, aber an der Einmüthigkeit der großen Staatsgewalten ſich brechen werde. Die geſetzgebende Verſammlung ſtimmte dieſen Worten in ihrer Antwort auf die Thronrede zu; kaum daß ſie aus einem gewiſſen Anſtandsgefühle jene Leidenſchaften, die ein ſo beträchtlicher Theil ihrer Mitglieder hegte und nährte, wenigſtens nur als blinde, nicht auch, wie der König, als feindſelige bezeichnete. Das Miniſterium aber benutzte die Gelegenheit der Adreßdebatte um durch den Mund Duchatels, des Miniſters des Innern, zu erklären, es werde auf Grund eines Geſetzes von 1790, deſſen Anwendbarkeit mindeſtens zweifelhaft war, fortan alle Reformbanketts verhindern. Dadurch noch mehr gereizt, beſchloß die Oppoſition am 13. Februar, einen Tag nach der Annahme der Adreſſe, in Paris ſelbſt ein großes Bankett zu veranſtalten und abzuwarten, ob die Regierung es mit Gewalt zu vereiteln wagen werde. Als Tag des Feſtes wurde der 22. Februar, als Ort ein Local in den Elyſeiſchen Feldern erkoren. Nicht ohne Beſorgniß ſahen alle friedlich Geſinnten dem Ereigniß entgegen; wenn die Regierung mit bewaffneter Macht einſchritt, war ein blutiger Ausgang unvermeidlich. Dem Eifer zweier Abgeordneten von der Rechten, Morny und Vitet, gelang es endlich, einen Mittelweg zu finden, der beiden Parteien Genüge zu leiſten ſchien. Die Regierung ſollte das Bankett zulaſſen und ſich darauf beſchränken, ein Protocoll des Vorganges aufzunehmen, auf Grund deſſen ſie dann bei den Gerichten Anklage wegen Verletzung des Geſetzes von 1790 erheben könne. Noch war dieſes Abkommen von dem Könige nicht beſtätigt, als am 21. Februar der Ausſchuß der Oppoſition ein Manifeſt aus der Feder Armand Marraſt's erließ, welches nicht blos die Bevölkerung von Paris, ſondern insbeſondre auch die Nationalgarde aufforderte, am nächſten Tage die Feſtgenoſſen in feierlichem Zuge von dem Magdalenenplatze in die Elyſeiſchen Felder zu geleiten. Das durfte die Regierung ſich unmöglich gefallen laſſen und auf eine Anfrage Odilon Barrots erklärte der Miniſter Duchatel noch an demſelben Tage in der Kammer, daß er eine ſolche offenkundige Verhöhnung rechtsgültiger Geſetze zu verhindern wiſſen werde. Sollte die Oppoſition es nun auf einen Kampf ankommen laſſen? Dem dynaſtiſchen Theile derſelben konnte nichts unerwünſchter ſein: ein Sieg des Volkes war für ihn ebenſo verhängnißvoll wie ein Sieg der Regierung. Die Republikaner aber und die Socialiſten waren weit davon entfernt, ſich mit großen Hoffnungen zu tragen; ſie hielten eine Niederlage ſelbſt für viel wahrſcheinlicher als einen Erfolg. Die entſchloſſene Sprache der Regierung verfehlte daher ihre Wirkung nicht. Gegen wenige Stimmen beſchloß die verſammelte Oppoſition am Abend des 21. das Bankett ganz aufzugeben und ſtatt deſſen in einer Anſprache an das Volk die Abſicht anzukündigen, das Miniſterium in Anklagezuſtand zu verſetzen. Die Blätter der Partei brachten in der That am nächſten Morgen dieſe Erklärung und ermahnten das Volk ſich ruhig zu verhalten. Aber es war zu

Das Bankett vom 22. Febr.

Beginn der Unruhen.

ſpät um zu verhüten, daß nicht doch viele Tauſende an dem beſtimmten Sammelplatze vor der Magdalenenkirche ſich einfanden. Unter dieſe miſchten ſich die Hetzer der äußerſten Linken, die Mitglieder der geheimen Geſellſchaften (der Geſellſchaft der Menſchenrechte und der Familiengeſellſchaft), die Lagrange, Cauſſidière, Sobrier u. A., und ihrem Zureden gelang es, die Menge, die allmälig ungeduldig wurde, um Mittag zu einem Zuge nach dem Parlamentsgebäude zu veranlaſſen. Auf die Nachricht hiervon erſchien ein Reiterregiment und trieb die Schaaren auseinander. Dieſer kleine Triumph war ohne große Schwierigkeiten errungen, aber er hatte eine ſteigende Erbitterung der Maſſen im Gefolge. Hier und da fing man an Barricaden zu erbauen; ſie wurden von den Truppen meiſt ohne Kampf genommen. Der König blieb vollſtändig unbeſorgt; dergleichen Crawalle hatte er nach und nach genug erlebt. Auch als

Der 23. Febr.

am 23. Morgens daſſelbe Spiel ſich wiederholte, achtete er es gering. Bald aber kamen ernſtere Nachrichten. Die Nationalgarde zeigte ſich unzuverläſſig; auch aus ihren Reihen erſcholl der Ruf: Hoch die Reform! Nieder mit Guizot! die Barricaden vermehrten ſich; die Truppen waren lau. Mehr noch als Louis Philipp empfand Guizot

Guizots Rücktritt.

die Verſchlimmerung der Lage; er bat Nachmittags um ſeine Entlaſſung, und der König gewährte ſie ihm.

Die Wirkung dieſes Schrittes war die allergünſtigſte; ohne noch den Nachfolger des geſtürzten Miniſters zu kennen, rechnete man doch mit Sicherheit darauf, daß er die Wahlreform betreiben werde, und mehr forderte man im Allgemeinen noch nicht. Aber eine große

Beginn des Kampfes.

Aufregung herrſchte ſelbſtverſtändlich unter den Maſſen, die Abends die erleuchteten Boulevards durchzogen. Vor Guizots Palais ſtaute ſich der Menſchenſtrom; ein Poſten von 50 Mann, der daſſelbe beſchützte, trug unwillkürlich das Seinige dazu bei. Drohende Rufe wurden laut. Plötzlich fiel ein Schuß aus der Mitte des Volkes; man weiß nicht, wer ihn that; viele nannten Lagrange; der Poſten, der ſich bedroht ſah, antwortete, wie es ſcheint, ohne Befehl, unwillkürlich, mit einer vollen Salve, und im Augenblick lagen 50 Leichen, Männer, Weiber und Kinder, auf dem Platze.

Mord! Verrath! Zu den Waffen! ſo tönte es nun aus den Reihen der Menge. Die Leichen der Gemordeten wurden auf Karren geladen und durch die Straßen geführt. Vor dem Hauſe des National erhitzte Armand Marraſt, anderswo andre Redner die wuthſchnaubenden Maſſen noch mehr. Jetzt konnte kein Miniſterwechſel die Aufgeregten mehr beſchwichtigen. Molé, den der König Nachmittags zu Guizots Nachfolger hatte ernennen wollen, an deſſen Forderungen er aber noch zu dingen ſuchte, lehnte den erneuten Auf-

Miniſterium Thiers.

trag ab. Thiers, der um Mitternacht in die Tuilerien beſchieden wurde, nahm ihn zwar an, forderte und erreichte aber die Zulaſſung auch Odilon Barrots, ſo ſehr ſich auch Louis Philipp gegen dieſen Hauptanſtifter der „feindſeligen und blinden Leidenſchaften“ ſträubte. Der Marſchall Bugeaud, den Guizot noch im letzten Augenblick zum Oberbefehlshaber der geſammten bewaffneten Macht ernannt hatte, wurde im Commando der Nationalgarde durch Lamoricière, ein

paar Stunden später auch in dem der Truppen durch Gérard ersetzt. Um 8 Uhr Morgens am 24. Februar verkündigte ein Aufruf der neuen Minister die Einstellung der Feindseligkeiten, die Auflösung der Kammer, die Gewährung der Reform. Es war umsonst; über 1500 Barricaden waren die Nacht hindurch errichtet; jetzt wollte man mehr. Ludwig Philipp läßt auf das Volk schießen wie Karl X.; wohlan, schicken wir ihn seinem Vorgänger nach! So lautete die Losung, die ein Extrablatt der Réforme um 9 Uhr ausgab. Eine Stunde später drangen die Aufständischen in das Palais Royal ein; unmittelbar bedrohten sie die Tuilerien. Wohl standen zu deren Schutze auf dem Carousselplatz mehrere Regimenter, aber ihr Geist war schlecht. Als der König, von seiner Gemahlin gedrängt, um Mittag an ihrer Front entlang ritt, begleitet von seinen Söhnen Nemours und Montpensier, empfingen ihn die Linientruppen stumm und die Nationalgardisten mit dem Gruß: Es lebe die Reform! Niedergeschlagen kehrte er in den Palast zurück. Gleich darauf stürzte unangemeldet Emil Girardin, der Redacteur der Presse, in das Zimmer des Königs. Danken Sie ab, Sire, oder der Thron ist auch Ihrer Dynastie verloren, rief er dem Erschrockenen zu. Nun begann ein heftiges Debattiren; die Einen, besonders der Herzog von Montpensier, redeten dem Monarchen zu, dem Rathe zu folgen; die Andern, vor Allem die greise Königin Amélie, beschworen ihn, lieber zu Pferde zu steigen und in rühmlichem Kampfe zu fallen. Der König gehorchte der Mehrheit; mit langsamer aber fester Hand schrieb er die Urkunde, durch welche er die Krone seinem Enkel, dem Grafen von Paris, übertrug, und ihm wünschte glücklicher als er selbst seine Aufgabe zu lösen. Noch war er nicht fertig, als der Marschall Bugeaud herbeigeeilt kam, und den König abermals umzustimmen suchte. Ein kurzes Schwanken, und Louis Philipp beharrte bei seinem Entschluß. Die Regentschaft übernahm auf Grund des Gesetzes von 1842 der Herzog von Nemours; außer ihm blieb die Mutter des neuen Königs, die Herzogin Helene von Orléans, mit ihren beiden Kindern im Palaste zurück. Die andern Mitglieder der königlichen Familie schickten sich an, dem entthronten Monarchen zu folgen, der sich schnell in bürgerliche Kleidung geworfen und nun, gestützt von der Königin, durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatze ging, wo ein Miethwagen bereit stand, der ihn und seine Mappe mit Werthpapieren unter dem Schutz einiger Schwadronen Küraſſiere in einer halben Stunde nach St. Cloud brachte. In einem zweiten und dritten Wagen folgten die übrigen Familienglieder.

Abdankung des Königs.

Kurze Zeit darauf verließen auch der Herzog von Nemours und die Herzogin von Orléans mit deren beiden Söhnen den Palast und begaben sich durch den Tuileriengarten und über den Eintrachtsplatz in das Sitzungsgebäude der gesetzgebenden Versammlung. Diese befand sich in unbehülflichster Rathlosigkeit und begrüßte deshalb das Erscheinen der Herzogin mit lautem Zuruf. Man hoffte, sie werde das Wort ergreifen, aber mit einer stummen Dankesverbeugung setzte sie sich mit ihren Söhnen auf ein paar Sessel an der Rednertribüne nieder. Auch der Herzog von Nemours blieb stumm. Nur der Ab-

Verhandlungen der Abgeordnetenkammer.

geordnete Dupin, dessen Rath die Herzogin vornehmlich bewogen hatte, sich in die Deputirtenkammer zu begeben, stammelte einige Worte zu Gunsten des Grafen von Paris und empfahl, der Herzogin die Regentschaft zu übertragen. Mittlerweile füllten sich die Gallerien und zum Theil schon der Sitzungssaal mit allerlei Volk und die Verhandlungen konnten nur mühsam fortgeführt werden. Lamartine schlug vor, sie zu unterbrechen, so lange die Herzogin anwesend sei. Diese schwankte, ob sie sich entfernen solle; sie verließ ihren Platz, kehrte aber vor der Thüre wieder um und setzte sich auf eine Bank des linken Centrums. Unbekümmert um ihre Gegenwart schwang sich jetzt Marie auf die Tribüne und beantragte die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Umsonst suchte Odilon Barrot die Theilnahme der Versammlung für diese Frau und dieses Kind zu erwecken, auf deren Häuptern allein jetzt das Schicksal des Julikönigthums beruhe. Wohl fanden seine Worte ein lautes beifälliges Echo, aber höher verstieg sich der Muth der Mehrheit nicht. Mit donnernder Stimme rief ihr der alte Legitimist Larochejacquelin ihr Todesurtheil in die Ohren: Jetzt seid Ihr Nichts mehr! Crémieux und Lamartine unterstützten die Forderung einer provisorischen Regierung; dringender als ihre Worte forderten dasselbe die bewaffneten Massen, die jetzt in neuem Schwall in den Saal einstürmten. Schon hatten sie, trunken von dem Wein aus den Kellern der inzwischen geplünderten Tuilerien, den Präsidenten Sauzet gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen, und eine Tricolore auf der Rednertribüne aufgepflanzt; mit drohenden Rufen forderten sie die Ausrufung der Republik; das Leben der Herzogin und ihrer Kinder schwebte in der höchsten Gefahr; da entschloß sie sich endlich, den Saal zu verlassen, in dem sie vergebens Hülfe zu finden gehofft. Einige Getreue bahnten ihr den Weg durch das Gedränge, aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß die Kinder von der Mutter weggestoßen wurden. Der Graf von Paris wurde schon nach wenigen Minuten ihr wieder zugeführt, aber der jüngere Bruder, der Herzog von Chartres, war in der größten Gefahr zertreten zu werden und konnte erst ein paar Tage später zu der Mutter zurückgebracht werden, die inzwischen nach einem kurzen Aufenthalt in dem Hôtel der Invaliden von dem Grafen von Montesquiou auf sein Schloß Bligny geleitet worden war.

Gefahr und Flucht der Herzogin von Orleans.

In der Deputirtenkammer war der Tumult schnell auf den höchsten Punct gestiegen. Lamartines Geistesgegenwart brachte etwas Ordnung in die Verwirrung. Er führte den greisen Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl, verlangte das Wort, erhielt Ruhe und forderte alle Anwesenden, Abgeordnete wie Blusenmänner, zur sofortigen Wahl einer provisorischen Regierung auf. Aus den abgegebenen Stimmzetteln setzte er kurz entschlossen eine willkürliche Liste zusammen, die unter dem Beifall der Menge von dem Präsidenten verlesen wurde. Sie enthielt die Namen Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier Pagès, Arago, Marie, Ledru Rollin und Crémieux. Ohne sich um die Rufe derer zu kümmern, welche noch Louis Blanc hinzugefügt wissen wollten, erklärte Lamartine, daß die

Die provisorische Regierung.

neue Regierung ihren Sitz sofort in das Stadthaus verlegen werde und begab sich unter dem Schutz einiger hundert Bewaffneter mit den meisten seiner Collegen dorthin. Unter großen Schwierigkeiten gelangten sie an und in das Gebäude, das von Tausenden erfüllt war, und geraume Zeit verging, bis endlich ein abgelegenes Zimmer abgesperrt und für die Sitzungen der Regierung eingerichtet war. Das erste Geschäft derselben war, Louis Blanc, Armand Marrast, den Schriftsteller Flocon, den Verleger Pagnerre und den Schlossergesellen Albert zu Secretären mit berathender Stimme zu ernennen. Diese 5 Männer befanden sich nämlich auf der Liste einer zweiten provisorischen Regierung, die in den Redactionszimmern des National und der Réforme entworfen war und die im Uebrigen mit der Lamartine'schen Liste übereinstimmte. Nachdem so ein drohender Zwiespalt beseitigt war, entwarf man einen Aufruf an das Volk, um demselben die Auflösung des gesetzgebenden Körpers und die Einführung der Republik, vorbehaltlich einer Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmung, anzukündigen. Dann wurden die Ministerien und andere wichtige Aemter besetzt, theils durch Mitglieder der Regierung (Lamartine Aeußeres, Ledru Rollin Inneres, Garnier Pagès Seinepräfect und Maire von Paris ꝛc.), theils durch andere Personen (Courtais Nationalgarde, Caussidière Polizeipräfect u. s. f.). Diese Maßregeln und eine Fülle von Verfügungen, die von den einzelnen Ministern alsbald erlassen wurden, kamen unter fortwährender Bedrohung der neubegründeten Regierung zu Stande. Denn unablässig drängten sich die Massen durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt und eine Bande nach der andern erzwang sich den Eingang in das Rathhaus. Nur der Beredtsamkeit und der Geistesgegenwart Lamartines war es zu danken, daß es zu keiner Gewaltthat kam. Einen Schwarm, der brüllend seinen Kopf begehrte, entwaffnete er mit der ironischen Bemerkung: Wollte Gott, es trüge ihn jeder von euch auf seinen Schultern, dann würdet ihr vernünftiger sein. Erst nach Mitternacht ließ der Andrang nach, aber nur, um sich Morgens am 25. zu erneuern. Wieder war es Lamartine, der durch Nachgiebigkeit oder Festigkeit, wie es der Augenblick erheischte, und durch manches glückliche Wort den Sturm beschwichtigte. „Eure rothe Fahne," so rief er denen zu, welche die Tricolore durch das Blutbanner verdrängen wollten, „eure rothe Fahne hat nur den Umzug um das Marsfeld gehalten und ist dabei mit dem Blute der Bürger getränkt; aber die Tricolore ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen; mit ihr würde die Hälfte von Frankreichs Ruhm im Dunkel der Vergessenheit versinken." Die Worte fanden Beifall und das dreifarbige Banner war gerettet; dagegen erkannte die provisorische Regierung ausdrücklich das Recht des Volkes auf Arbeit an und versprach, für seinen Unterhalt zu sorgen. Im Laufe des Tages trat nach so langer Aufregung die natürliche Erschöpfung bei den Massen ein; auch beschwichtigte viele die erwünschte Kunde, daß die Forts um Paris von den Befehlshabern übergeben seien und von dort keine Gefahr mehr drohe. Größere Abtheilungen der Nationalgarde stellten sich der Regierung zur Verfügung und aus

Lamartine.

Der 25. Febr.

Die Wirksamkeit der provisorischen Regierung.

den Banden der Rothen selbst bildete Lamartine eine der Regierung dienstbare Truppe, die Municipalgarde. Am 27. Februar hatte er es so weit gebracht, daß die Regierung vom Volke gleichsam feierlich anerkannt wurde. Auf dem Bastilleplatze wurde die Republik feierlich ausgerufen und eine Musterung über die bewaffnete pariser Bevölkerung abgehalten. Einige Wochen der Ruhe benutzten die Minister zur Neuordnung der wichtigsten Verhältnisse. Lamartine versicherte den fremden Völkern und Regierungen die friedlichen Gesinnungen Frankreichs; Garnier Pagès, der inzwischen Finanzminister geworden war, half der bedenklichen Leere in den Kassen durch ein Anlehen bei der Bank von Frankreich, durch eine Erhöhung der directen Steuern um 45% und andre zum Theil nicht unbedenkliche Maßregeln ab; Ledru Rollin räumte auf das Rücksichtsloseste unter den Beamten auf und bereitete die Wahlen zur Nationalversammlung vor; Arago brachte die bewaffnete Macht auf eine Stärke von 600,000 Mann und stellte Beobachtungscorps an den Grenzen auf; Marie leitete die Einrichtung der Nationalwerkstätten und Louis Blanc präsidirte einem Arbeiterparlamente, das sich im Luxemburgpalaste versammelte. Aeußerlich betrachtet war die Republik im besten Zuge, sich zu befestigen; aber unter der Oberfläche wühlten die Gegensätze fort und jeder Tag konnte neue Kämpfe bringen. Von den Monarchisten war freilich nichts zu befürchten. Die Orléans selbst hatten den Widerstand aufgegeben. Alle Mitglieder der königlichen Familie waren glücklich über die Grenze entkommen, am mühsamsten der König selbst, der sich von St. Cloud erst nach Dreux und dann an die Küste der Normandie geflüchtet hatte, und nach vergeblichem Versuche sich in Honfleur oder Trouville einzuschiffen, endlich in Havre glücklich auf ein englisches Dampfboot und auf diesem nach England entkommen war. Hier nahm er seinen Wohnsitz auf dem Schlosse Claremont, das seinem Schwiegersohne, dem König der Belgier, gehörte, und vereinigte da die meisten Mitglieder seiner Familie um sich. Auch Joinville, der die Flotte, und Aumale, welcher die Armee in Algerien befehligte, stellten sich dort ein, nachdem sie ihre Aemter niedergelegt hatten, ohne den hoffnungslosen Versuch einer Restauration zu machen. Nur die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen kam nicht nach England, sondern begab sich nach Deutschland.

Nationalwerkstätten und Arbeiterparlament.

Die königliche Familie.

Die vorzüglichsten Diener des gestürzten Königs hielten sich entweder in stiller Zurückgezogenheit oder stellten sich der neuen Regierung zur Verfügung. Von dieser Seite war also nichts zu besorgen. Die Armee murrte wohl über die schlechte Behandlung, die sie erfuhr, und das Landvolk über den vermehrten Steuerdruck; aber es fehlten die Führer, ohne welche diese Mißstimmung ungefährlich blieb. Um so ernstlicher aber hatte man sich vor den socialistischen Umtrieben zu hüten. Durch die Einrichtung der Nationalwerkstätten war den Rothen eine förmliche Organisation gegeben. Die Arbeit wurde nur zum Schein betrieben. Sie bestand vorzugsweise aus gänzlich überflüssigen und zwecklosen Erdarbeiten, die das Geld des Staates verschluckten ohne etwas einzubringen. An 100,000 Men-

Die Socialisten.

ſchen wurden ſo auf öffentliche Koſten ernährt. In Brigaden und Kompagnien getheilt zogen ſie unter beſondern Führern jeden Morgen zu ihrer Arbeit hin und fanden ſich Abends in ihren Clubs wieder zuſammen, um aufhetzende Reden zu halten und zu hören. Die Zahl dieſer Clubs ſtieg bald auf mehrere Hunderte; an der Spitze eines jeden ſtand irgend ein mehr oder weniger bedeutender Verſchwörer oder Oppoſitionsmann, ein Raſpail, Barbès, Blanqui, Cabet und wie ſie ſonſt hießen; als Centralpunct diente der Club der Clubs, der aus den Vorſtänden der einzelnen Vereine gebildet war. In dieſen Kreiſen war Lamartine der beſtgehaßte Mann; man wußte recht gut, daß er allein in den ſtürmiſchen Februartagen die Verkündigung der ſocialen Republik und der Commune verhindert hatte; man wußte auch, daß Niemand eifriger als er die Wahlen zur Nationalverſammlung betrieb, von deren Zuſammentritt die Clubs nichts wiſſen wollten, da ſie die Beherrſchung der öffentlichen Meinung in Paris mit keinem andern zu theilen Luſt hatten. Auch die den Socialiſten zugeneigten Mitglieder der Regierung, wie Ledru Rollin und Louis Blanc, ſuchten den Wahltag auf alle Weiſe zu verſchieben. Eine lärmende Demonſtration der Clubiſten kam ihnen dabei zu Hülfe. Weit über 100,000 Köpfe ſtark zogen ſie am 17. März aus den Elyſeiſchen Feldern vor das Stadthaus und machten durch Blanqui ihre Forderungen geltend. Diesmal waren es beſonders Ledru Rollin und Louis Blanc, die ſie beſchwichtigten und zum friedlichen Abzug bewogen. Die Wahlen wurden auf den 27. April verſchoben und den Clubs das Recht ertheilt, in jedes Departement auf Staatskoſten ein paar Sendlinge zu ſchicken, um das Volk zum Zwecke guter Wahlen „aufzuklären". Aber die Provinzbewohner erwieſen ſich zum großen Theil als ſehr ungelehrige Schüler und trotz aller Anſtrengungen durften die Communiſten und die Socialiſten ſich auf eine Mehrheit nach ihrem Wunſch keine Hoffnungen machen. So planten ſie denn noch einen letzten Handſtreich, um die Wahlen zu hintertreiben und die Regierung durch einen Wohlfahrtsausſchuß zu verdrängen, an deſſen Spitze ſie Ledru Rollin zu ſetzen gedachten. Dieſer war aber nicht geneigt eine ſolche Verantwortlichkeit auf ſich zu nehmen, ſondern machte ſeinen Collegen rechtzeitig Mittheilung von dem Vorhaben, ſo daß die rothen Schaaren, als ſie am 16. April gegen das Stadthaus anrückten, daſſelbe von ein paar tauſend Mobilgardiſten unter dem General Changarnier beſetzt fanden und bald durch die von mehreren Seiten in ſtarken Legionen heranziehende Nationalgarde ſo umzingelt wurden, daß die Führer gute Miene zum böſen Spiele zu machen, jede feindliche Abſicht abzuleugnen und der proviſoriſchen Regierung ihre Huldigung darzubringen für gut fanden. Es war der erſte wirkliche Sieg, den die Ordnung über die Zügelloſigkeit davongetragen hatte; der friedliche Bürger fühlte ſich wieder als Herr in ſeinem Hauſe, und dieſes wieder erwachende Selbſtbewußtſein wurde noch mächtig geſtärkt durch die Muſterung, welche Lamartine mit ſeinen Collegen am 20. über die Nationalgarde abhielt. Etwa 350,000 Mann erſchienen an dieſem „Feſte der Verbrüderung" unter den Waffen und empfingen ihre Fahnen aus den

Der 17 März.

Der 16. April.

Das Feſt der Verbrüderung.

Händen des Kriegsministers Arago; von welchem Geiste sie beseelt waren, zeigte der oft wiederholte donnernde Ruf: Nieder mit den Communisten! Acht Tage später fanden dann auch die Wahlen statt und ihr Ausfall gab der Ordnungspartei neue Stärke. Jedes Departement wählte in einem Wahlgange so viel Abgeordnete, daß auf je 40,000 Einwohner einer kam; die Gesammtzahl betrug 900. Lamartine wurde in 10 Departements mit etwa 2,300,000 Stimmen erwählt; in Paris allein erhielt er 260,000 Stimmen, während die Candidaten der Clubisten es höchstens auf 20,000 brachten. Ein großer Theil der Neugewählten bestand natürlich aus unbekannten Männern; war die Zahl der Abgeordneten doch jetzt doppelt so groß wie früher; aber viele Häupter der alten Parteien, die Berryer, Larochejacquelin, Odilon Barrot, Duvergier, Montalembert, die Mitglieder der provisorischen Regierung, auch die bekanntesten Führer der Ultras, wie Barbès, Caussidière, der Dichter Felix Pyat u. s. f. waren doch in der Versammlung; zu den neuen Elementen gehörten zwei Prinzen Bonaparte und ein Murat. Am 4. Mai fand die feierliche Eröffnung statt; Dupont de l'Eure legte die Gewalt der provisorischen Regierung zu Händen der Nationalversammlung nieder und diese erklärte sofort die Republik für die dauernde Staatsform Frankreichs. Ein paar Tage später erstatteten Lamartine und die Minister Bericht über ihre Geschäftsführung; dann schritt man (am 10. Mai) zur Wahl eines Executivausschusses. Unwillig darüber, daß Lamartine die Präsidentschaft, welche ihm aus den Reihen der Gemäßigten angeboten war, nach langem Besinnen abgelehnt hatte, entzogen ihm viele ihre Stimmen, so daß er unter den 5 Gewählten (außer ihm Arago, Garnier Pagès, Marie, Ledru Rollin) nur die vierte Stelle einnahm und Arago den Vorsitz der Executive erhielt. In dem neugebildeten Ministerium ragten Bastide (Auswärtiges), Crémieux (Justiz) und Cavaignac (Krieg) besonders hervor; Maire von Paris wurde Marrast. Die Ordnung des neuen Staatswesens war somit vollzogen; Frankreich hatte durch seine Vertreter die Republik bestätigt, die Commune verworfen; Paris hatte zu diesem Beschlusse mit ungeheurer Stimmenmehrheit beigetragen. Und dennoch waren die neuen Verhältnisse noch weit davon entfernt gefestigt zu sein. Noch bestanden die Arbeiterwerkstätten, die das Vermögen des Landes vergeudeten; noch bestanden die Clubs, die unverdrossen schürten und wühlten und keine wahrhafte Beruhigung der öffentlichen Meinung zuließen; noch waren Tausende und Zehntausende bereit, ihr Leben — und weiter hatten sie Nichts — daran zu wagen, um den besitzenden Classen den Besitz und der herrschenden Partei die Herrschaft zu entreißen. Unzugänglich jeder Belehrung und jeder Beschwichtigung, ohne Verständniß und Empfänglichkeit für die Pflicht der Unterordnung unter den Gesammtwillen, voll der nacktesten Eigensucht und der rohesten Gleichgültigkeit gegen das Wohl Anderer, gab es zu ihrer Bekämpfung nur das eine Mittel, das sie selbst gebrauchten, die Gewalt. Wie sie diese herausforderten und wie sie ihr erlagen zu zeigen, wird der späteren Erzählung obliegen.

Die Wahlen.

Die National-Versammlung.

Lage des Landes.

Namen- und Sachverzeichniß.

Die Mitglieder der regierenden Häuſer ſind unter den betreffenden Ländern zuſammengeſtellt.

A.

Aachen, Congreß, 27. 34. 37. 52.
Aargau, Kloſterſtreit, 340.
Abdallah von Akka, 251.
Abdel Kader, 344 ff.
Abderrahman von Marokko, 346.
Abel, 290. 317.
Aberdeen, 338.
Abisbal, 54. 61.
Achmet Fewzi, 257.
Achmet Bey von Conſtantine, 344. 345.
Aden, 255.
Adrianopel, Friede von, 109.
Aegypten, 92 ff. 251 ff.
Afghaniſtan, 264.
Ahrens, 188.
Aide-toi, Geſellſchaft, 138. 143.
Akka, 251.
Akkerman, Vertrag, 102. 109.
Alaix, 243.
Albaneſen, 252.
Albert, 357.
Albrecht, E., 273. 275.
Aldenize, 227.
Algier, 141 ff. 343 ff.
Alibaud, 224.
Ali Paſcha von Janina, 81 ff.
Allianz, Heilige, 9. 100.
Altenburg, 187.
Altenſtein, 34. 191. 292.
Althorp, 269.
Alt-Lutheraner, 191. 306.
Alvear, 67.
Amato, 16.
Amerika, 62 ff. 127.
Ancillon, 36. 37. 207.
Ancona, 180.
Andrutſos, 94.
Angleſea, 129.
Angoſtura, Congreß, 69.
Anhalt-Bernburg, 120.
Anhalt-Cöthen, 77. 119. 280.
Anhalt-Deſſau, 119.
Anticornlaw-League, 335.
Antwerpen, Belagerung, 161—4.
Apponyi, 329.
Arago, 147. 228. 356. 360.
Aretin, 41. 78.
Argos, National-Verſammlung, 88.
Argout, d', 148.
Arguelles, 54. 59.
Armansperg, 112.
Arminen, 75. 210.
Arndt, E. M., 2. 21. 33. 40. 295. 313.
Arnim-Boytzenburg, 309. 310.
Arnoldi, 301.
Artigas, 68.
Artikel, die 18, 162.
= die 24, 163.
Aſien, 263 ff.
Aſſiſtenz, paſſive, 284.
Aſtros, National-Verſammlung, 91.
Athanaſios, 84.
Athen, 96. 112.
Auckland, Lord, 265.
Audry de Puyraveau, 148.
Auerswald, Alfred von, 309.
Ayacucho, Schlacht, 71.
Azeglio, Maſſimo d', 331.

B.

Baden, 21. 27. 78. 197. 213. 314.
Großherzog Carl Ludwig, 27.
— Ludwig, 27. 202.
— Leopold I., 27. 202. 208.
Baiern, 21 ff., 27. 78. 121. 193. 202. 317 ff.
König Maximilian Joſeph, 41. 78.
— Ludwig I., 20. 78. 99. 112. 115. 202. 208. 280 ff. 290. 294. 306. 312. 317 ff.
Prinz Otto, ſ. Griechenland.
Balbo, Ceſare, 331.
Balearen, 261.
Balkan-Uebergang, 108.
Balleſteros, 61. 238.
Bandiera, 331.
Barbès, 225. 359. 360.
Barchem, Schlacht, 161.
Barrot, Odilon, 151. 228. 348. 352 ff. 356. 360.
Baſel, 181.
Basken, 237 ff.
Baſſano, 228. 229.
Baſſermann, 315. 316.
Baſtide, 150. 360.
Bazard, 350.
Becker, Nicolaus, 312.
Beckerath, 308. 309. 311.

Bedchamber-Queſtion, 271. 272.
Behr, 206. 209.
Beirut, Einnahme, 260.
Belgien, 155 ff., 323.
König Leopold, 51. 110. 161 ff.
Königin Louiſe, 162.
Bentham, 48. 49.
Benvenuti, 179.
Béranger, 137.
Bérard, 152.
Beresford, 14. 54.
Berg, 176.
Bergami, 51.
Bergeron, 224.
Bergmann, 273.
Berks, 319.
Bermudez, Zea, 235. 236.
Bern. 219.
Bernard, 225.
Bernetti, 330.
Bernſtorff, 43. 46. 76. 190. 206. 207.
Berryer, 221. 348. 360.
Beſeler, 313. 321. 323.
Beyme, 34. 37. 46.
Binzer, 75.
Blanc, Louis, 351. 356 ff.
Blanqui, 225. 359.
Blittersdorf, 198.
Blücher, 32.
Blum, Robert, 302.
Bochholz, Graf, 39. 79.
Bodelſchwingh, Miniſter, 309. 311.
Bolivar, 65—73.
Bolivia, 65. 71. 72.
Bonapartismus, 225.
Bosnien, 252.
Botſaris, Marco, 90. 91.
Botſaris, Notis, 94. 96.
Boulogne, Landung, 227.
Bourmont, 140. 142. 233. 344.
Boves, General, 61.
Boyaca, Schlacht, 69.
Boyen, General, 37. 46. 295.
Bozzelli, 334.
Braganza, Herzog, ſ. Braſilien, Pedro I.
Braſilien, 55, 62 ff. 68. 232.
Kaiſer Pedro I., 55. 63. 230 ff.
— Pedro II., 232.
Braunſchweig, 123. 183 ff., 197.
Herzog Carl, 183 ff., 220.
— Wilhelm, 185.
Bravo, Gonzalez, 249.
Breidenſtein, 216.
Bremen, 123.
Brentano, Clemens, 279.
Brentano, Franz, 314.
Breſſon, Graf, 349.
Breuner, Graf, 329.
Brion, 68.
Brockdorff, 323.
Broglie, 223, 228. 229.
Brougham, 50. 51. 131.
Brown, 67.
Brühl, 293.
Brunnow, 258.
Bubna, 58.
Bückeburg, 197.
Buenos Ayres, 64. 65. 68.
Bugeaud, 344 ff. 354.
Bülow, 30. 35. 117.
Bülow-Cummerow, 308.
Bulwer, 256. 338.
Bund der Deutſchen, 219.
= = Geächteten, 219.
= = Gerechten, 219.
Bundes-Acte, deutſche, 23.
Bundes-Militärgeſetz, 76.
Bundestag, deutſcher, 24. 35. 41. 42. 76 ff. 116. 184. 185. 206 ff. 276. 316. 322 ff.
Bundes-Schiedsgericht, 218.
Bunſen, Dr., 211.
Bunſen, Freiherr, 282—9. 296. 300. 304. 307.
Buol-Schauenſtein, Graf, 25. 41.
Buonarotti, 223. 250. 251.
Burgos, 236.
Burnes, Alexander, 265.
Burſchenſchaft, 33. 35. 38. 41. 75. 210.
Buſſche, vom, 189.
Byron, 94.

C.

Caballero, 249.
Cabet, 350. 359.
Cabreira, 231.
Cabrera, 238. 240. 244 ff.
Cadix, Cortes, 14.
— Belagerung, 61.
Caillé, 257.
Calatrava, 243. 245.
Calderari, 17.
Calleja, 54. 67.
Calomarde, 62. 234. 235. 238.
Camphauſen, 309. 311.
Canitz, 307.
Canning, Georg, 49. 51. 60 ff. 74. 90. 100 ff. 127 ff. 230.
Canterac, 70.
Canton, 266.
Capodiſtrias, ſ. Kapodiſtrias.
Capaccini, 288.
Carabobo, Schlacht, 69.
Carbonari, 17. 53. 55. 57. 215.
Carliſten, 233 ff.
Carlowitz, 123.
Carlsbader Beſchlüſſe, 41 ff. 45. 78.
Carnot, 350.
Carrascoſa, 57.
Carrera, 67.

Caſſel, Conferenzen, 123.
Caſtlereagh, 49. 51. 74.
Caſtro, Perez de, 54. 248.
Cauſſidière, 354. 357. 360.
Cavaignac, Jacob, 150. 224.
Cavaignac, Eugen, 360.
Central-Behörde, Frankfurter, 212.
Central-Commiſſion, Mainzer, 41 ff. 78.
Ceſena, Schlacht 180.
Chambre introuvable, 11. 13.
Changarnier, 359.
Charbonnerie, 53.
Chartiſten, 270.
Chaſſé, 161. 164.
Chateaubriand, 60. 135. 137.
Chemnitz, 322.
Chevalier, Michel, 350.
Chile, 65. 67. 70.
China, 265 ff.
Chios, Blutbad, 87.
Chlopizki, 170. 171.
Choiſeul-Praslin, 349.
Cholera, 173. 174. 222. 330.
Chosrew Mirza, 108.
Chosrew Paſcha, 93. 94. 253.
Chouannerie, 221.
Chriſtinos, 235.
Church, 97. 98.
Churchit Paſcha, 83. 85. 88 ff.
Cirilo, 246.
Circumſcriptions-Bullen, 281.
Civilehe, 286.
Clauzel, 228. 344.
Clinton, 230.
Cloſen, 205.
Cobbett, 49. 50. 131.
Cobden, 268. 335.
Coburg, Leopold von (der jüngere), 338. cf. Belgien.
Cochrane, 63. 70. 97. 98. 104.
Codrington, 103 ff.
Cölibat, 278.
Cölner Dom, 300.
Cölner Wirren, 277 ff.
Columbia, 69. 72. 73.
Communismus, 203. 349 ff. 359 ff.
Concha, 249.
Concordate, 281.
Congreſſe, 10. 38.
Conſcience, Hendrik, 324.
Conſtant, Benjamin, 138. 153.
Conſtantine, Erſtürmung, 345.
Corboli, 332.
Cordoba, 241 ff.
Cornelius, 295.
Cotta, 124.
Courtais, 357.
Crémieux, 352. 356. 360.
Cubières, 349.
Cucuta, Congreß, 69.
Czartoryski. 168.
Czerski, 301. 302.

D.

Dahlmann, 273 ff. 299. 313. 315. 320.
Daine, 168.
Damala, National-Verſammlung, 98.
Damrémont, 345.
Dänemark, 77. 319 ff.
König Friedrich VI., 320.
— Chriſtian VIII., 320.
— Friedrich VII., 321. 323.
Darmès, 225.
Darmſtädter Zollconferenzen, 120.
Deak, 329.
Decazes, 13. 52. 53.
Decker, van, 324.
Dekabriſten, 101. 112 ff.
Demagogen-Verfolgung, 43.
Dembinski, 174. 175. 211.
Departementsgeſetz, 139.
Derwennen, Schlacht, 89.
Desmichels, 344.
Deſſolles, 52.
Deutſches Parlament, 313. 316.
Deutſche Zeitung, 314. 315.
Deutſch-Katholiken, 301 ff.
Deutſchland, 5 ff. 20 ff. 74 ff. 115 ff. 182 ff. 272 ff.
Deutz, 221.
Diebitſch, 108. 171 ff. 174.
Dingelſtedt, 299.
Doctrinäre, 52.
Domänenkäufer, heſſiſche, 25. 78.
Donaufürſtenthümer, 83 ff. 109.
Doſt Mahommed von Kabul, 264 ff.
Dragatſchan, Schlacht, 84.
Dramalis, 88.
Droſte-Viſchering, Biſchof, 278.
Droſte-Viſchering, Erzbiſchof, 278. 287.
Droſte-Viſchering, Freifrau, 301.
Droyſen, 313.
Druſen, 260.
Duchatel, 349. 353.
Dudley, 129.
Dufour, 342.
Duller, 302.
Düllmen, Nonne von, 279.
Dumesnil, 155.
Dunin, 291.
Dupetit-Thouars, 337.
Dupin, 356.
Dupont de l'Eure, 138. 155. 220. 356. 360.
Du Thil, 121.
Duvergier de Hauranne, 352. 360.
Duyſe, 324.
Dwernizki, 172.

E.

Echtermayer, 299.
Ecuador, 69. 72. 73.
Eguia, 59. 242.
Eichhorn, 2. 37. 117. 119. 120. 199. 300. 304. 315.
Eiderdänen, 320.
Eimbecker Vertrag, 125.
Einſiedel, Graf, 187.
Eiſenmann, 75. 203. 209.
Eldon, 49.
Elio, 67.
Elphinſtone, 265.
Elſaß, 21.
Emigrantengeſetz, 136.
Enfantin, 350.
England, 48 ff. 56. 60. 126 ff. 197. 230. 237. 240 ff. 253 ff. 259. 264 ff. 267 ff. 334 ff.
König Georg III., 49. 51.
— Georg IV., 49. 51. 110. 130. 183. 184.
Caroline von Braunſchweig, 51.
Charlotte, 51.
König Wilhelm IV., 131. 133. 185. 269. 270.
Adelheid von Meiningen, 133.
Herzog von Kent, 270.
— von Cumberland, 188. 270.
— von Cambridge, 188. 272.
Königin Victoria, 270, 337.
Prinz Albert von Coburg, 271. 272. 316.
Eötvös, 328. 329.
Epidaurus, National-Verſammlung 88.
Espanna, 62.
Espartero, 244 ff.
Espinoſa, 54.
Estatuto real, 236.
Eu, Zuſammenkunft, 338.
Evangeliſche Union, 191 ff.
Evans, 242. 244.
Evora, Vertrag, 237.
Ewald, 273. 275.
Exaltados, 59. 248.
Eyben, 24.
Eylert, 30.
Eynard, 100. 300.

F.

Fabvier, 95. 97.
Fazy, James, 341.
Februar-Revolution, 354 ff.
Fehrentheil, 76.
Feretti, Maſtai, ſ. Kirchenſtaat, Pius IX.
Feſtungsvertrag, belgiſcher, 163.
Feutrier, 139.
Fichte 33.
Fickler, 314.
Fieschi, 224.
Fitzgerald, 129.
Fleſas, Papa, 85. 88.
Flocon 357.
Florida, 71. 74.
Flüchtlingshatz, 219.
Follen, 33. 40. 75.
Fourier, 223. 350. 351.
Francia, Dr., 67.
Frankfurt, 197.
Frankfurter Putſch, 211.
Frankfurter Vertrag, 21.
Frankreich, 11 ff. 37. 52 ff. 56. 60. 134 ff. 197. 219 ff. 232. 237. 240. 253 ff. 259. 337. 343 ff.
Bourbons:
Ludwig XVIII., 11 ff. 52. 60. 135.
Carl X. (Artois), 12. 52. 134 ff. 140. 142. 146 ff. 220.
Angoulême, Herzog, 52. 60. 151.
Berry, Herzog, 52.
Berry, Herzogin, 220 ff.
Bordeaux, Herzog (Chambord, Heinrich V.), 53. 151. 348.
Bourbon, Herzog, 154.
Orléans:
Louis Philipp, 135. 142. 148 ff. 152 ff. 162. 178 ff. 208. 219. 226. 234. 241. 337. 353 ff.
Amélie, 153. 355.
Adelaide, Prinzeſſin, 149.
Orléans, Herzog, 154. 345. 347.
Orléans, Herzogin (Helene von Mecklenburg), 347. 355 ff.
Paris, Graf, 356. 358.
Chartres, Herzog, 356. 358.
Louiſe (Königin der Belgier), 162.
Nemours, Herzog, 154. 161 ff. 229. 345 ff. 355.
Joinville, Herzog, 227. 260. 339. 346. 349. 358.
Aumale, Herzog, 345. 346. 358.
Montpenſier, Herzog, 338. 355.
Montpenſier, Herzogin (Luiſa von Spanien), 234. 338.
Bonapartes:
Napoleon I., 226. 260.
Marie Louiſe, ſ. Parma.
Napoleon II. (Herzog von Reichſtadt), 38. 178. 223.
Joſeph, 225.
Lucian, 225.
Ludwig, 225.
Hortenſe, 179. 225.
Napoleon Louis, 178. 179.
Louis Napoleon (III.), 179. 220. 225 ff.
Jérôme, 178.
Freie Gemeinden, 303 ff.
Freiligrath, 299. 300. 312.
Freiſchaarenzüge, 340.

Freitag, 188.
Frias, 248.
Frimont, 57.
Fulda, Vertrag, 21.

G.

Gagern, Hans von, 24. 40.
Gagern, Heinrich von, 315. 316.
Gaj, 327.
Galiano, 242.
Galizien, 177. 325.
Garcia, 243. 246.
Garnier-Pagès, 356—60.
Gärth, 211.
Geächteten, Bund der, 219.
Geheimbünde, 31. 219.
Geißel, 294.
Gemischte Ehen, 283 ff.
General-Synode, preußische, 304.
Gendebien, 158. 160.
Gendre, 169.
Genf, 341.
Gentz, 7. 19. 20.
Georgakis, 84.
Gérard, 147. 148. 155. 163. 164. 229. 355.
Gerechten, Bund der, 219.
Germania (Burschenschaft), 75. 210.
Germanos, 85.
Germanisten-Versammlungen, 313.
Gervinus, 273. 274. 302. 308. 315.
Gesenius, 192.
Gewerkvereine, 268.
Gielgud, 174.
Gieseler, 273.
Gioberti, 331. 332.
Giusti, 331.
Girardin, 349. 355.
Gizzi, 332.
Gneisenau, 32. 33. 37.
Goderich, 126. 129. 131.
Gogos, 89.
Goltz, v. d., Gesandter, 25. 78.
Goltz, v. d., General 31.
Golyzin, 114.
Gomez, 243.
Goppelt, 315.
Gordon, 97.
Görres, Joseph, 2. 21. 28. 30. 37. 40. 279. 290. 319.
Gotha, 124, 280.
Göttingen, Unruhen, 188.
Göttinger Sieben, 273.
Granier von Cassagnac, 349.
Grégoire, 52.
Gregor, 86.
Grey, 131 ff. 160. 268. 269.
Gribojedoff, 108.
Griechenland, 80 ff.
König Otto I., 112.
Grimm, Jacob, 273 ff. 295. 313.
Grimm, Wilhelm, 273. 295.
Grochow, Schlacht, 171.
Grolmann, 37.
Grudsinska, 113. 167.
Grün, Anastasius, 275.
Guerazzi, 331.
Guergué, 246.
Guizot, 146. 223. 228 ff. 259. 261. 338. 342. 354.
Gülhane, Hattischerif, 262.
Guras, 96. 97.
Gustav-Adolfs-Verein, 306.

H.

Hafiz Pascha, 257.
Halen, van, 159.
Haller, 36. 46. 47.
Hallische Jahrbücher, 299.
Hambacher Fest, 204.
Handelsvertrag, englisch-türkischer, 256.
Hanka, 326.
Hannaken, 326.
Hannover, 29. 123. 188 ff. 196. 272 ff.
Ernst August, 272 ff., cf. England, Cumberland.
Hansemann, 309. 310. 315.
Hardenberg, 30 ff. 36. 43. 44.
Harms, Claus, 191.
Harnier, 41. 78.
Hase, 75.
Hassan, 92.
Hassenpflug, 209. 296.
Hastings, 104.
Hay, Adm. 242. 247.
Hay, Drummond, 346.
Hecker, 314.
Heine, 299. 312.
Heinrich, 296.
Helwing, 322.
Hengstenberg, 192. 304.
Henry, 225.
Heppenheimer Versammlung, 315.
Herat, 264.
Herbart, 273.
Hergenhahn, 315.
Hermes, 278. 283. 287 ff.
Herreros, 54.
Herwegh, 190. 299. 300. 312.
Hessen-Darmstadt, 28. 121.
Hessen, Kur-, 77 ff. 121. 125. 185 ff. 209.
Wilhelm I., 25. 77.
Wilhelm II., 121. 185.
Friedrich Wilhelm, 186.
Heydeck, 112.
Heyden, 103.
Hidalgo, 67.
Hochberg, Grafen, 27.
Hochdörfer, 203.

Hofmann, 122.
Hoffmann von Fallersleben, 299. 300. 312.
Hoghvoorst, 158. 159.
Hohenlohe, 280.
Holland, 156 ff.
  Wilhelm I., 157 ff.
  Wilhelm II. (Prinz von Oranien), 158 ff. 165.
  Prinz Friedrich, 159.
Holstein, 77.
Hommer, von, 286.
Homs, Schlacht, 252.
Hongkong, 267.
Hongs, 266.
Huber, 225.
Humboldt, Wilhelm von, 23. 26. 32. 34. 37. 44 ff. 190.
Humboldt, Alexander von, 296.
Hunt, 49. 131.
Huskisson, 126. 129.
Hussein Pascha (Bosnien), 252.
Hussein Pascha (türkischer General) 252.
Hyde de Neuville, 139.
Hydra, 87.

J.

Jablonowski, 167.
Jacoby, 298. 308.
Jahn, 33. 40. 295.
Janitscharen-Empörung, 102.
Janke, 31.
Ibell, 40.
Ibrahim Pascha, 93 ff. 99. 103. 252 ff.
Jerusalem, Bisthum, 300.
Jeserski, 170. 171.
Jesuiten, 54. 57. 137. 139. 280. 317. 340.
Ikarier, 351.
Illyrier, 326. 327.
Immermann, 36.
Independenten, 13. 52.
Jochmus, 260.
Johannisberg, Congreß, 78.
Jordan, 186. 205. 209.
Josefinos, 15.
Ipsilantis, Alexander, 81. 83. 84.
Ipsilantis, Demetrius, 85. 88. 91. 107.
Irland, 336.
Isly, Schlacht, 346.
Isturiz, 242.
Italien, 15. 55 ff. 177 ff. 329 ff.
Iturbide, 67. 71.
Itzstein, 202. 209. 314. 315.
Juli-Revolution, 145 ff.
Junges Europa, Deutschland ꝛc., 215 ff.
Jünglingsbund, 75.
Jussuf Pascha, 91.

K.

Kabul, 264.
Kaleb Medina, Schlacht, 260.
Kalisch, Zusammenkunft, 250.
Kamptz, 33. 36.
Kamran von Herat, 264.
Kanaris, 87.
Kapodistrias, Constantin, 81. 83. 90. 98. 109 ff.
Kapodistrias, August, 111. 112.
Kara Ali, 87.
Karaiskakis, 95 ff.
Karawias, 84.
Karpenisi, Schlacht, 91.
Kastri, National-Versammlung, 98.
Katholiken-Emancipation, 127. 130.
Kaukasus, 263.
Kean, 265.
Keller, 39.
Khiwa, 263. 265.
Kirchen-Conferenz, evangelische, 306.
Kirchenstaat, 16. 178. 330.
  Pius VII., 16. 280. 282.
  Leo XII., 282. 284.
  Pius VIII., 178. 284.
  Gregor XVI., 178. 179. 285 ff. 292. 330.
  Pius IX., 331 ff. 336.
Kintagi, 89. 94 ff. 104. 108. s. Reschit Pascha.
Klewitz, 34. 122.
Knebelbills, 50.
Knesebeck, 30.
Kolettis, 92. 112.
Kolokotronis, 85. 88. 91 ff. 98 ff. 112.
Kolowrat, 250.
Konduriottis, 92. 94. 98. 111.
König, 188.
Königinhofer Handschrift, 326.
Konija, Schlacht, 253.
Körner, 211.
Kornzölle, 268. 335.
Koseritz, 210. 211.
Kossuth, 328 ff.
Kotzebue, 33. 36. 39. 119.
Krakau, 325.
Krakusen, 171.
Kranidhi, National-Versammlung, 92.
Kreta, 92. 93.
Kroaten, 326.
Krug, 99.
Krukowiezki, 175, 176.
Kulewtschi, Schlacht, 108.
Kurden, 257.
Kutahija, Friede, 254.

L.

Labedoyère, 12.
Labourdonnaie, 140. 141.

Lafayette, 38. 143. 148 ff. 206. 211. 220. 223.
Lafitte, 138. 147 ff. 153. 155. 178. 228.
Lagarde, 257.
Lagrange, 354.
La Granja, Revolution, 243.
Laibach, Congreß, 56. 83.
Lamarque, 222.
Lamartine, 347 ff. 356 ff.
Lambruſchini, 287. 330. 332.
Lamego, Cortes von, 231.
Lamoricière, 345 ff. 354.
Landsdowne, 129. 131.
Landsfeld, Gräfin, ſ. Lola Montez.
La Plata-Staaten, 67.
Lappenberg, 313.
Larochejacquelin, 356. 360.
Larraga, 246.
Laſarew, 253.
Laſerna, 70. 71.
Laſaulx, 319.
La Torre, 58. 69.
Lecomte, 225.
Ledeganck, 324.
Ledru Rollin, 348. 356 ff.
Legitimität, 1. 220 ff.
Lelewel, 168 ff
Leon, Biſchof von, 246.
Leopardi, 331.
Lepel, 41. 78.
Leſſing, 219.
Leu, 340. 341.
Leuchtenberg, Herzog, 161. 330.
Liberalismus, 2.
Liechtenſtein, 28.
Lieven, 101.
Lindenau, 187.
Lippe, 28.
Liſt, 117.
Liturgie. preußiſche, 192.
Liverpool, Lord, 49. 128.
Llauder, 236.
Lobau, 148, 222.
Löhning, 40.
Lola Montez, 318 ff.
Londoner Conferenzen, 107. 161.
— Protocolle, 107. 109. 161.
— Vertrag, 103.
Londos, 85. 92.
Lopez, 249.
Lorenzen, Carl, 323.
Lorenzen, P. Y., 321.
Lornſen, U. J., 187. 200. 321.
Lowel, 53.
Löwenſtein-Werthheim, 197. 237.
Lubezki, 169. 170.
Lubienski, 175.
Lubowidzki, 169.
Lucca, Herzog von, 333.
Lucheſi-Palli, 222.
Luden, 34. 39. 119.
Luzern, 340.

M.

Maanen, van, 127 ff.
Maasmann, 36.
Maaßen, 118.
Maiſon, 13. 106. 151. 155.
Malachowski, 157. 176.
Mancheſter, Blutbad, 50.
— Partei, 268.
Männerbund, 75. 214.
Manuel, 38. 61.
Manuſcript aus Süddeutſchland, 76.
Manzoni, 331.
Marie, 356. 360.
Marmont, 145 ff.
Marokko, 345 ff.
Maroniten, 260.
Maroto, 242. 246 ff.
Marqueſas-Inſeln, 337.
Marraſt, 224. 353 ff. 360.
Martignac, 139 ff.
Mataflorida, 14. 59.
Mathy, 197. 220. 315. 316.
Matuſſewicz, 174.
Mauguin, 148.
Maurer, 112. 318. 319.
Mavrokordatos, 88 ff. 111.
Mavromichalis, Petro, 85. 91. 111.
Mavromichalis, Georg, 98. 111.
Mavromichalis, Konſtantin, 111.
Maynooth-Bill, 336.
Mazedo, 231.
Mazzini, 215 ff. 219.
Mecklenburg, 28. 213.
Herzog Carl, 30.
Helene, ſ. Frankreich, Orleans.
Mehemet-Ali von Aegypten, 92 ff. 106. 142. 251 ff. 261.
Mehemet Paſcha, 252.
Meiningen, 124.
Melbourne, 269 ff. 335.
Mendigorria, Schlacht, 241.
Mendizabal, 241.
Menotti, 178. 179.
Mérilhou, 146. 155.
Merino, 59. 236. 240.
Mérode, 159.
Metternich, 18 ff. 40. 56. 60. 86. 90. 102 ff. 107 ff. 156. 172. 178. 183. 196 ff. 250. 312. 316. 332.
Meſolonghi, 90. 91. 94.
Meunier, 225.
Mevissen, 309. 310. 315.
Mexico, 65. 67. 71.
Kaiſer Auguſtin I., ſ. Iturbide.
Mianlis, 87. 93 ff. 98. 111.
Michel, Martin, 280.
Michelis, 289.

Mieg, 194.
Mieroslawski, 325.
Mignet, 153.
Mill, 48.
Miloradowitsch, 114.
Mina, 15. 54. 60. 156. 234, 239.
Mindermächtigen, 33.
Minto, 334.
Miranda, 64. 65.
Mitteldeutscher Handelsverein, 123.
Mittermaier, 202. 314.
M'Neill, 264.
Modena, Herzog Franz, 58. 178. 179. 332.
Moderados, 59. 242.
Molé, 228 ff. 243. 354.
Moltke, 257.
Monroe, 74.
Montalembert, 360.
Montalivet, 155.
Montebello, 228, 229.
Montesquiou, 356.
Montholon, 227.
Montmorency, 60.
Morea, Expedition, 106. 107.
Morelli, 55.
Morelos, 67.
Moreno, 242.
Morillo, 61. 66. 68. 69.
Mörl, Marie von, 279.
Morny, 353.
Mortemart, 148. 150.
Mortier, 224. 228 ff.
Motz, preußischer Minister, 122. 124 ff.
Motz, hessischer Minister, 125.
Müffling, 109.
Müller, Adam, 2. 20.
— Otfried, 274.
— Siegwart, 340.
— Wilhelm, 99.
Münch-Bellinghausen, 77.
München, 286.
Münchengrätz, Congreß, 217.
Muñoz, 248.
Münster, Graf, 183. 184. 188.
Murat, 360.
Musset, 260.
Mustai, 91.
Musuris, 86.

N.

Nagler, 78. 118.
Nanking, Friedrich, 267.
Napier, Charles, 233. 260. 261.
Napier, Lord, 266.
Nariño, 66.
Narvaez, 243. 249.
Nassau, 28. 197.
Nationalwerkstätten, 358 ff.
Navarino, Schlacht, 104. 105.
Neapel, 16. 55 ff. 178. 333 ff.
— Ferdinand I., 16. 55 ff.
— Franz I., 55. 178.
— Ferdinand II., 180. 329.
Nebenius, 117, 197.
Neuenburg, 342. 343.
Neu-Granada, 65. 73.
Neu-Holsteiner, 320.
Newman, 336.
Ney, 12.
Niccolini, 331.
Nicolovius, 191.
Niebuhr, 2. 33. 36.
Niemcewicz, 168.
Niemojewski, 168. 176.
Nikitas, 89. 91.
Nissib, Schlacht, 257.
Norddeutschland, 28 ff. 183 ff.
Normann, 90.
Novara, Schlacht, 58.
Nott, 265.

O.

Oberrheinische Kirchenprovinz, 281 ff.
Ocaña, Congreß, 72.
Ochsenbein, 341.
O'Connell, 128. 129. 268. 336 ff.
O'Donnell, 248 ff.
O'Donnoju, 71.
Odyssëus, 91. 96.
Ofalia, 248.
Offenburger Versammlung, 315.
Offener Brief (Christians VIII.), 321 ff.
O'Higgins, 67. 70.
Oken, 35. 209.
Oldenburg, 29. 197. 212.
Olozaga, 249.
Olshausen, 320. 323.
Omer Brionis, 83. 90 ff. 94.
Opiumkrieg, 266.
Oporto, Belagerung, 232.
Orange-Logen, 128. 270.
Ordonnanzen (Carl's X.), 144.
Organisches Statut, 176.
Orthodoxie, 303.
Osman Pascha, 252.
Osorio, 70.
Osterode, Aufstand, 188.
Ostindische Compagnie, 263. 266 ff.
Oestreich, 17 ff. 25. 57. 177 ff. 260.
Franz I., 7 ff. 18. 83. 86. 105. 250.
Ferdinand, 250.
Erzherzog Carl, 173.
— Johann, 301.
— Joseph, 329.
— Ludwig, 250.
— Stephan, 329.
Ostrolenka, Schlacht, 172.
Ostrowski, 168.
Oettingen-Wallerstein, 203. 290. 319.

P.

Pacho Bei, 83.
Padilla, 69.
Paez, 68. 72. 73.
Pagnerre, 357.
Palmella, 231.
Palmerston, 129. 131. 173. 237. 242 255. 271. 334. 338.
Panslawismus, 326.
Papalini, 179. 330.
Paraguay, 67.
Parga, 82.
Parlamentsreform, 127. 130.
Parma, 15. 178. 333 (Maria Louisa, ibid.).
Paskiewitsch, 107. 108. 175.
Passive Assistenz, 284.
Patent vom 3. Febr. 1847, 307.
Peel, 126. 128. 269. 271 ff. 335 ff.
Pellico, Silvio, 57. 331.
Pentarchie, 251.
Pepe, Wilhelm, 55 ff.
Pepe, Joseph, 56.
Pepoli, 178.
Pereire, 350.
Périer, 138. 147. 153. 179. 222. 228.
Perivolakia, Conferenzen, 101.
Perowski, 265
Persien, 108. 263 ff.
Feth Ali, 264.
Mohammed Mirza, 264.
Persigny, 225. 227.
Peru, 65. 70. 72.
Pestel, 113. 115.
Peta, Schlacht, 89.
Petersburger Conferenzen, 100.
— Protocoll, 102.
Petrobei, s. Mavromichalis, Petro.
Pezuela, 70.
Pfizer, 197. 200.
Pfuel, 343.
Phalansterien, 351.
Philhellenen, 89. 106. 199.
Philiker, 81.
Phillips, 290.
Philomusen, 81.
Piadha, National-Versammlung, 88.
Piar, 68.
Pichincha, Schlacht, 69.
Plater, Gräfin, 174.
Plessen, 24. 41.
Plunkett, 128.
Poerio, 334.
Polen, 38. 165 ff. 324 ff.
Polignac, 140 ff. 155.
Pollack, 265.
Pomare, 337.
Poncelet, 221.
Ponsonby, 256.
Portugal, 14. 54. 62. 230. 237. 241.
Johann VI., 14 54. 62. 63. 230.
Carlota, 55. 62. 230.
Maria Isabella, 14. 230.
Dom Pedro, s. Brasilien.
Maria da Gloria, 64. 230.
Dom Miguel, 55. 62. 64. 230 ff. 237.
Prinzessin von Beira, 234.
Potter, 157 ff.
Pottinger, 264.
Preßgesetz, französisches, 137.
Preßverein, 203. 214.
Preußen, 25. 29 ff. 76 ff. 117 ff. 173. 189 ff. 213.
Friedrich Wilhelm III., 8 ff. 29 ff. 34 ff. 43. 56. 190 ff. 250. 292.
Friedrich Wilhelm IV., 37. 46 ff. 99. 217. 287. 292. 294 ff. 316. 342.
Prinz Wilhelm, 307.
Prinzessin Charlotte (Kaiserin von Rußland), 9. 113.
Prim, 249.
Pritchard, 337.
Progressisten, 248.
Prondzynski, 172. 175.
Proudhon, 350.
Provinzialstände, preußische, 29. 45. 47.
— dänische, 320.
Prutz, 299. 300. 312.
Psara, 87. 93.
Pulawski, 175.
Pusey, 336.
Pyat, 360.

Q.

Quadrupel-Allianz, portugiesische, 237.
— türkische, 259.
Quesada, 236. 239. 243.
Quiroga, 54.
Quito, 65. 69. 72.

R.

Radowitz, 296. 307. 316.
Radziwil, 171.
Raglovich, 201.
Raspail, 359.
Rationalismus, 303.
Rau, 197.
Rauschenplat, 188. 206. 211. 220.
Redcliffe, s. Stratford Canning.
Reformbankette, 252. 253.
Regis, 58.
Reichenbach, Gräfin, 185.
Reichstadt, Herzog, s. Frankreich, Bonapartes.
Rémusat, 352.
Repealbewegung, 268.

Reschit Pascha, s. Kiutagi, 252 ff. 262.
Reuß, 125.
Reuter, 213.
Reventlow-Preetz, 321.
Rey, 205.
Reyscher, 313.
Rheinische Adresse, 36.
Rheinischer Mercur, 31. 34.
Rianzares, s. Muñoz.
Ribeaupierre, 102.
Richelieu, 11. 52. 53.
Ricord, 111.
Ried, Vertrag, 21.
Riego, 54. 59. 61.
Riesen, 275.
Rieti, Schlacht, 57.
Rigny, 103.
Robinson, s. Goderich.
Rochau, 220.
Rochow, 275. 296.
Rock, heiliger, 301.
Rodil, 70. 71. 236. 239. 243.
Rogier, 159.
Romantik, 2.
Romarino, 175. 176. 215.
Römer, 197. 315.
Romilly, 48.
Ronge, 301. 302.
Rosa, Martinez de la, 59. 236. 239. 241.
Rosas, 67.
Rosen, 172.
Rossi, 332.
Rothpletz, 341.
Rotteck, 197. 201 ff. 208 ff. 314.
Roussin, 232. 253.
Royer, 109.
Royer Collard, 52. 138. 139. 224.
Rozycki, 176.
Rückert, 295.
Ruge, 75. 299.
Rundschit Singh, 264.
Rupp, 305. 306.
Russell, Lord J., 50. 131. 269. 271. 338.
Rußland, 86. 100. 107 ff. 126. 165 ff. 263 ff.
Alexander I., 6 ff. 27. 31. 38. 42. 56. 81. 83. 86. 90. 101. 113 ff. 165 ff.
Nikolaus I., 9. 101 ff. 106. 113 ff. 143. 167 ff. 174. 250. 253.
Großfürst Constantin, 101. 113 ff. 167 ff. 174.
— Michael, 172.
Ruthenen, 326.
Rybinski, 176.

S.

Saavedra, 68.
Sachsen, 28. 123. 186 ff. 193 ff.
König Anton, 187.
Maximilian, 187.
Friedrich August, 187. 193.
Prinz Johann, 302.
Sacken, 174.
Sacrilegiumsgesetz, 136.
Sailer, 278. 279.
Saldanha, 231.
Salik Aga, 65.
Sand, 39. 43.
Sanfedisten, 330.
San Martin, 68. 70.
San Miguel, 60.
Santana, 71.
Santa Rosa, 58.
Sardinien, 16. 57 ff. 180. 330. 333.
Victor Emanuel I., 16. 58.
Carl Felix, 57. 58. 180.
Carl Albert, 57 ff. 180. 330.
Sarner Bund, 181.
Sarsfield, 236 ff. 244.
Saucken, 309.
Sauerwein, 216.
Sauzet, 334.
Savary, 344.
Savigny, 27.
Savoyer Putsch, 215.
Scheele, 272.
Schelling, 295. 299.
Schenk, 203.
Schenkendorf, 2.
Schlegel, Fr., 2. 20. 22. 279.
Schleiermacher, 192. 304.
Schleswig-Holstein, 187. 319 ff.
Schlosser, 279.
Schluß-Acte, Wiener, 42.
Schmalz, 32. 33. 36.
Schmedding, 280. 286.
Schmidt-Phiseldeck, 183.
Schmülling, 287.
Schneckenburger, 312.
Schön, 33. 298.
Schonen, 148. 151.
Schönlein, 209.
Schrenck, 318.
Schuckmann, 30.
Schubschab, 264.
Schulze, Joh., 191.
Schuster, 188.
Schwedt, Zusammenkunft, 217.
Schweiz, 180 ff. 218. 339 ff.
Schwerin, 308.
Schwyz, 181.
Sclaven-Emancipation, 267.
Sclavenhandel, 337.
Sébastiani, 155. 222. 349.
Sedlnitzky, 293.
Seidensticker, 188.
Semenow, 56.
Sémonville, 148.
Seo d'Urgel, 59.
Septembergesetze, 224.

Sepulveda, 55.
Serben, 326.
Serrano, 249.
Settimo, Ruggiero, 334.
Sicilien, 55. 57. 330. 333 ff.
Sidmouth, 49.
Siebener Concordat, 181.
Siebenpfeifer, 203 ff.
Sierſtorpff, 184.
Sieveking, 277.
Simon, Heinrich, 308.
Simowitſch, 264.
Siſſinis, 98.
Skau, Lauritz, 321.
Skrzynezki, 171 ff.
Slawonen, 326.
Slowaken, 326.
Smidt, 24. 41.
Sobrier, 354.
Socialismus, 349 ff. 358 ff.
Soiron, 315.
Solms-Lich, 308.
Soltyk, 168. 171.
Sonderbund, 341 ff.
Sondershauſen, 119. 187.
Soult, 223. 228 ff. 259.
Spanien, 14. 53 ff. 59 ff. 156. 233 ff.
  Ferdinand VII., 14. 54. 59. 61. 233 ff.
  Maria Chriſtina, 233 ff. 248 ff. 338.
  Iſabella, 234. 338.
  Luiſa (Montpenſier), 234. 338.
  Don Carlos (V.), 233 ff. 247.
  Don Sebaſtian, 244.
  Montemolin (Carlos VI.), 247.
  Don Fernando, 247.
  Don Juan, 247.
  Don Carlos (VII.), 247.
  Don Alfonſo, 247.
  Cadix, Francisco, Herzog von, 338.
  Sevilla, Enrique, Herzog von, 338.
Spaniſche Heiraten, 338 ff.
Spencer, ſ. Althorp.
Spetſia, 87.
Spiegel, 285 ff.
Sprewitz, 75.
Spyridion, 87.
Staatsrath, preußiſcher, 34.
Staatsſchuldengeſetz, preußiſches, 46.
Stägemann, 33. 37.
Stahl, 79. 296.
Stapford, 260.
Staueli, Schlacht, 143.
Steiger, 341. 342.
Stein, 2. 8. 21. 24. 33. 36.
Steuerverein, 197.
Stockmar, 271.
Stolberg, Graf, 288.
Stolberg, Gräfin, 279.
Stourdza, 38. 39.
Straßburger Putſch, 225.
Stratford Canning, 262.
Strauß, David, 339.
Strogonoff, 86.
Strohmaier, 203. 206. 216.
Struve, 314.
St. Simon, 223. 350.
Stuart, 63.
Stüve, 276.
Sucre, 69. 71. 72.
Süddeutſchland, 26. 199.
Sulioten, 82. 89.
Surlet de Chokier, 161. 161.
Sutſos, 84.
Süvern, 191.
Szalay, 328.
Szechenyi, 329.

T.

Tafna, Vertrag, 344.
Talleyrand, 163.
Tarella, 89. 90.
Tauentzien, 30.
Teijeiro, 246.
Tellez Jordao, 231. 233.
Teplitz, Zuſammenkunft, 41. 217.
Terceira, 233.
Territorial-Commiſſion, 45.
Teſſin, 181.
Teſte, 349.
Texas, 74.
Thiele, 296.
Thiers, 137. 143. 145. 149. 223. 226 ff. 240. 243. 259. 261. 348. 354.
Thierſch, 99.
Thil, du, 121.
Thiſtlewood, 51.
Thomar, Schlacht, 237.
Thüringen, 123.
— Handelsverein, 193. 195.
Tieck, 295.
Tilly-Verein, 306.
Toleranz-Edict, preußiſches, 305.
Toreno, 241.
Toscana, 16. 330. 333.
Trades-Union, 268.
Treilhard, 146. 155.
Troppau, Congreß, 56.
Trözen, Verfaſſung, 98.
Trützſchler, 187.
Tſchechen, 326 ff.
Tſcherkeſſen, 255. 263.
Tucuman, Congreß, 68.
Turgenjew, 113.
Türkei, 80. 102. 251 ff.
  Mahmud, 86. 253 ff.
  Abdul Medjid, 257.
Turopoljer, 328.
Tyſſowski, 325.

U.

Ueberlandpoſt, 262.
Uhland, 28. 197. 313.
Uhlich, 305.
Ultramontanismus, 277 ff.
Ungarn, 17. 173. 177. 233 ff.
Union, evangeliſche, 191 ff.
Unkjar Skeleſſi, Vertrag, 254.
Urquhart, 255.
Uruguay, 67. 68.
Uſſing, 327.
Utilitarier, 49.

V.

Valdes, 70. 71. 239.
Valée, 345.
Valtetſi, Schlacht, 85.
Vandeweyer, 159.
Varnhagen, 8. 40.
Vaublanc, 12. 13.
Vaudrey, 225. 227.
Venedey, 219.
Venezuela, 64, 65. 68. 73.
Vereinigte Ausſchüſſe, 298.
— Landtag, 307 ff.
— Staaten, 73. 337.
Verfaſſungsfrage in Preußen, 296 ff. 306 ff.
Vergara, Vertrag, 247.
Vernet, 20. 153.
Verona, Congreß, 59 ff. 77. 90.
Victoria, 71.
Villafranca, 55.
Villèle, 53. 60. 134 ff.
Vincke, Oberpräſident, 33. 279.
Vincke, Georg, 309. 310.
Vitet, 353.
Vitrolles, 147. 148.
Vläminger, 323.
Voirol, 225.
Voß, von, 44.
Voß, 99.

W.

Wagemann, 212.
Waitz, 313.
Wallis, 181.
Wangenheim, 27. 36. 40. 42. 76 ff. 119.
Wartburgfeſt, 35.
Warſchau, Einnahme, 176.
Waver, Schlacht, 171. 172.
Weber, 273.
Wegſcheider, 192.
Weimar, Sachſen, 28. 36.
Welcker, 40, 202. 205. 208 ff. 314.
Wellesley, 49.
Wellington, 101. 105. 129. 131. 133 160. 231. 269.
Werner, 2.
Weſſenberg, Miniſter, 23.
Weſſenberg, General-Vicar, 277. 279.
Wette, de, 40.
Weyer, van de, 159.
Wien, Congreß 1815, 9.
Miniſter-Conferenzen 1820, 42. 117.
— 1834, 217. 218.
Willems, 323.
Winter, 202.
Winzingerode, 77.
Wirth, 203 ff.
Wiſeman, 336.
Wiſlicenus, 305.
Wittgenſtein, 30. 107.
Witzleben, 46.
Wladimiresco, 84.
Wrede, 22. 206.
Wirtemberg, 21 ff. 27. 42. 121. 193. 210. 316.
König Friedrich, 23. 27.
König Wilhelm, 27. 42. 76 ff. 115. 202. 275.
Wyſozki, 169.

X.

Xanthos, 81.

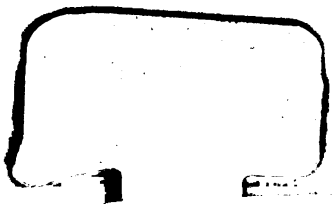
Z.

Zaimis, 92. 98.
Zamoyſki, 169.
Zarategui, 245.
Zeſchau, 194. 195.
Zichy, 36.
Zillerthaler, 278.
Zollgeſetz, preußiſches, 118. 193 ff. 316.
Zollverein, deutſcher, 115 ff.
Zollverein, italieniſcher, 332.
Zucchi, 179.
Zumalacarregui, 238 ff.
Zürich, 339.

S. 6, Z. 20: lies Ermordung ſtatt Verſchwörung.
= 336, = 22: = zwölf = neu.

Pierer'ſche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

MAR 16 1909



Gebund
C. W.
in Gö

H 768.76
Geschichte der neuesten zeit, 1815-
Widener Library 001814073
3 2044 087 971 263